

PAPERS

MICHAEL BRIE/MARIO CANDEIAS (HRSG.)

**TRANSFORMATION
IM KAPITALISMUS UND
DARÜBER HINAUS**

**BEITRÄGE ZUR ERSTEN
TRANSFORMATIONSKONFERENZ**

Michael Brie und Mario Candeias (Hrsg.)

Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus

Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

13. und 14. Oktober 2011

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: November 2012

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Rainer Rilling: Wozu sozialistische Transformationsforschung?	7
Rolf Reißig: Die neue »Große Transformation« – eine Erklärung und Deutung	11
Frigga Haug: Die Transformation muss am Herrschaftsknoten ansetzen	25
Alex Demirovič: Reform, Revolution, Transformation	33
Ulrich Brand. Transition und Transformation	49
Christina Kaindl: Subjekte der Transformation. Probleme beim Denken von Übergängen	71
Wolfgang Küttler: Entstehung und Überwindung des Kapitalismus bei Marx – ein asymmetrisches Verhältnis. Konsequenzen für die Perspektiven aktueller Transformation	78
Judith Dellheim: Auf der Suche nach Handlungsmöglichkeiten	83
Erhard Crome: Transformation und Gewalt	93
Michael Brie: Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtliche Horizont in der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen	101
Dieter Klein: Das Viereck - Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken	119
Mario Candeias: Szenarien grüner Transformation	135
Richard Detje: Zwischen Ohnmachtserfahrung und Systemkritik Linke Politik in der neuen »großen Transformation«	151
Radhika Desai: Financial Crises, the Dollar and International Monetary Revolution	155
Alan Freeman: Investing in civilization	171
Michael Thomas: Einstiege in einen sozialökologischen und solidarischen Umbau – Ansätze zur Transformation	186
Lutz Brangsch: Staat in der Transformation – Transformation des Staates. Ein Problemaufriss	195
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	216

Vorwort

Im Oktober 2011 fand die erste Transformationskonferenz des 2008 gegründeten Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Ziel dieser Konferenz war es, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen in einem sehr intensiven Diskussionsprozess eine Bestandsaufnahme von Transformationsdiskussionen der akademischen Linken vorzunehmen.

Seit 1999 wird an der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Ansatz sozialistischer Transformationsforschung entwickelt und mit deutschen und internationalen Partnerinnen und Partnern diskutiert. Erste Zwischenergebnisse wurden auf einem lateinamerikanisch-europäischen Seminar in Rio de Janeiro im Juni 2004 vorgestellt und erörtert. Immer wieder ging es um das Grundverständnis von Kapitalismus und Sozialismus, von Eigentum und Macht, von unterschiedlichen Typen und Entwicklungspfaden kapitalistisch-geprägter Gesellschaften, um Szenarien, Einstiegsprojekte, Krisen und neue Allianzen. Einen Überblick über wichtige Ergebnisse ist im Anhang zu diesem Reader gegeben.

Ziel dieser Forschung ist es, an einem Konzept »mittlerer Reichweite« zu arbeiten, das die von Boaventura de Sousa Santos identifizierte »Distanz zwischen der Praxis der [...] Linken und den klassischen linken Theorien« überwindet. Sousa Santos folgert: »Aus dieser zum Teil bestehenden wechselseitigen Blindheit von Theorie und Praxis geht eine Untertheoretisierung der Praxis wie eine Irrelevanz der Theorie hervor. Dieses Aneinander-Vorbei erzeugt auf der Seite der Praxis oft ein Schwanken zwischen der revolutionären Spontaneität und einer bis zur Wirkungslosigkeit selbstbeschränkten Politik des Möglichen. Auf der Seite der Theorie erzeugt dies nicht selten ein Hin und Her zwischen einem Bestreben der nachvollziehbaren Anpassung post factum

und einer arroganten Indifferenz gegenüber allem, was die Theorie nicht erfasst.«¹

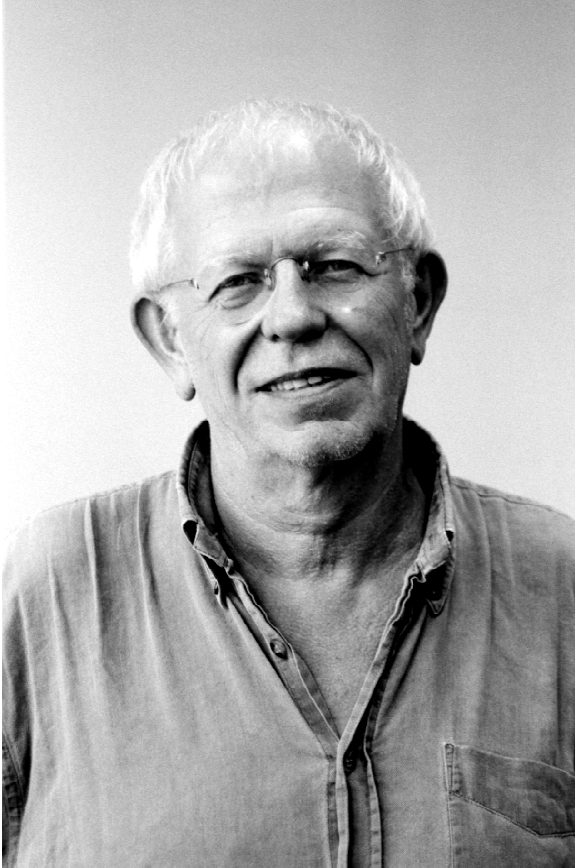
Diese Kluft hatte dazu beigetragen, zwischen dem »Fernziel« einer befreiten und solidarischen Gesellschaft, einem demokratischen Sozialismus, und dem »Nahziel« konkreter Reformen, die die Lebenslage der Arbeitenden, von Frauen, von kolonial und ethnisch unterdrückten Völkern und Gruppen verbessern, einen falschen Gegensatz zu erzeugen, den Gegensatz von »Revolution« und »Reform«. Rosa Luxemburg hatte dem die Formulierung von »revolutionärer Realpolitik« gegenübergestellt. Eine solche Politik sucht nach Wegen der sozialistischen Bearbeitung der realen Widersprüche emanzipatorischer Bewegung. Es ist eine Politik der Gegen-Hegemonie, die auf transformatorische Bündnisse zielt. Veränderung der Kräfteverhältnisse, Einleitung eines Richtungswechsels der Gesellschaftspolitik und eine sozialökologische Transformation gehören in diesem Verständnis zusammen.

Berlin, Oktober 2012

Michael Brie Mario Candeias

¹ Boaventura de Sousa Santos: Entpolarisierte Pluralitäten«. In: Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis), Heft 1/2010, S. 128.

Wozu sozialistische Transformationsforschung?



»Willst du dein Leben damit verbringen, Zuckerwasser zu verkaufen, oder willst du die Welt verändern?« Für Linke ist die Antwort auf diese Frage klar, mit der Steve Jobs einst den damaligen Pepsi-Cola-Chef John Sculley zu Apple lockte. Linke wollen auf alle Fälle die Welt verändern, vorzugsweise ohne sich oder gar Pepsi-Cola zu verkaufen. Das ist auch eine gute Antwort auf die Frage, zu welchem Ende eine *sozialistische Transformationsforschung* zu betreiben wäre.

Sie ist auf Veränderung aus, radikal, interdisziplinär, normativ, politisch, praxis-, akteurs-, institutionen- und zielorientiert, sie sieht in den Eigentumsfragen und Gefügen der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, in dem Verhältnis von Konsens, Führung, Hegemonie, Macht und Konflikt international wie global die Schlüsselmomente für Transformationen, und sie will schließlich komplexe Alternativen für Systemveränderung und Vorschläge entwickeln, *wie wir von hier*

nach da kommen (»how to come from here to there«), worum es also geht bei der Dialektik einer *radikalen Realpolitik* im Kapitalismus und über ihn hinaus.

Seit Anfang des letzten Jahrhunderts gab es eine Reihe von substantiellen Anläufen einer Analyse von unterschiedlichsten Transformationsprozessen: jene von Joseph Schumpeter, Nikolaj Bucharin, Ewgenij Preobraschenski, Karl Polanyi, Wolfgang Küttler, Rolf Reißig, Erik Olin Wright, Immanuel Wallerstein, Raj Kollmorgen, Giovanni Arrighi und Beverly Silver, Karl Hermann Tjaden, Helmut Wieselthaler und anderen. In den momentanen Debatten geht es um die Rolle einer ökologischen und sozialistischen Transformation, der varieties of capitalism, Regulationstheorie, die Szenarien der Analysen zu Wohlfahrtsregimen, um die aktuellen Debatten der Revolutions-, Krisen- und Subjekt- oder Akteursforschung, vor allem auch um die bemerkenswert ausgreifenden umwelt-, klima- energie- und wachstumspolitischen Transformationskonzepte und -programme, um Alternativen des Öffentlichen, der Commons, der Teilhabe. Ins Zentrum sind mittlerweile der Zusammenhang von Krise und Transformation und das Problem gerückt, wie eine sozialökologische Transformation den Rück- Ab- und Umbau der fossil-nuklearen Industriegesellschaft verbinden kann mit einer postkapitalistischen Perspektive und dabei die deutlich unproduktiven und ermüdenden politischen Gegenüberstellungen von »Reform und Revolution« ad acta gelegt werden können.

Die für große Theorien typischen Fragen waren und sind etwa:

- *Befinden wir uns in einer Scheideweg- oder Übergangssituation, um welche Entwicklungspfade geht es, welche Felder sind umkämpft, wie beurteilen wir Entscheidungssituationen?*
- *Wie bestimmen wir die Spezifik einer Transformation gegenüber der bloßen Kontinuität des sozialen Wandels, den*

Übergängen und Transitionen?¹

¹ In der linken Transformationsdebatte gibt es sehr unterschiedliche Bestimmungen des Begriffs Transformation. Meist wird darunter ein grundlegender Systemwechsel verstanden, der daher auch konstitutive Momente wie Eigentums-, Herrschafts- und Klassenverhältnisse radikal verändert. Transitionstheorien fassen hier zumeist nicht bloß Politikwechsel oder Situationen des Einstiegs (»Umbau«), sondern ein Spektrum von Übergängen, deren Anfangs- oder Ausgangssituation bestimmt sind und denen ein politischer Willen und eine Zielorientierung zugrunde liegen (s. Rolf Reißig: Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009). Der Bogen geht hier von der »reflexiven Moderne« bis zum »gesteuerten Wandel« (s. Michael Brie: Solidarische Gesellschaftstransformation. Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit, in: Horst Müller (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt 2010, S.11ff., bes. S.43-48; WBGU-Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten 2011, Berlin 2011, S.186ff.). Zum Gerüst der dagegen immer noch stark auf sozio-technische Systeme fokussierten Transitionsforschung im aktuellen Mainstream s. Anne Jerneck/Lennart Olsson: Breaking out of sustainability impasses: How to apply frame analysis, reframing and transition theory to global health challenges, in: Environmental Innovation and Societal Transitions 1 (2011) S. 259: »Transition research comprises three important components, the multi-level heuristic (landscape, regime, niches), the multi-phase scheme (pre-development, take-off, acceleration, stabilisation) and transition management.« Kritisch-historisch und sehr differenziert dagegen Ulrich Dolata: Soziotechnischer Wandel als graduelle Transformation, in: Berlin J. Soziol. 2011, S.265-294. Zu dem in der Transformationsdebatte völlig vernachlässigten Aspekt der materiellen Transformation Ray Hudson: Critical Political Economy and Material Transformation, in: New Political Economy 4 (2012), S.373-397. Als theoretische Referenzen der WBGU-Studie nennt Dirk Messner in seinem Vortrag »Conceptualizing the green transformation« (Mexico City, 2012) historische Forschung, Innovations- und Organisationstheorie, Transitionstheorie, aktorsorientierten Institutionalismus; als Orientierungsreferenzen könnten gelten Braudel, Osterhammel, Sieferle und die in EIST stark repräsentierten niederländischen Transitionsschulen. Ausgeprägt ist der Versuch dieser Autoren, eine stark heterogene und diverse Menge von Transformationsprozessen und ihr wechselndes Zusammenspiel zu identifizieren, weshalb sie dann wiederum den Begriff der »großen Transformation« eher ablehnen, s.

- *Trifft die Diagnose der Mehrfachkrise weiter zu, und welche weitreichenden Veränderungsprozesse kommen zusammen, verdichten und überlagern sich zu »großen Transformationen« – und was sind eigentlich »kleine Transformationen«?*
- *Das hergebrachte (linke) Verständnis von »großen« Übergangsphasen oder -perioden hat sie als Zeiten bestimmt, die strukturiert sind von grundlegenden, höchst politisierten, heftigen Konflikten und Klassenkämpfen; gilt dieses Verständnis eigentlich noch heute? Mit welchen Krisen, Legitimationsverlusten und – wenn es an die Wurzeln geht – nach aller historischen Erfahrung fast im Regelfall auch gewaltförmigen Machtkonflikten sind solche Prozesse verknüpft? Warum findet sich dazu in den entsprechenden Konzeptionen und Analysen fast nichts?*
- *Die Kultur der sozialökologischen Transition ist stark geprägt von Steuerungs- und Planungsvertrauen; darauf setzt auch der neue finanzialisierte Staatsautoritarismus (gleichwohl natürlich selektiv); welche Position jenseits der verbreiteten Anrufung von Teilhabe entwickelt hier eine linke Transformationspolitik?*
- *Und zum Thema einer linken Transformationspolitik: Wie können die Prozesse materiell-stofflicher, libertär-demokratischer und sozioökonomischer Transformation so verbunden werden, dass sie sich zu einer Richtung des Wandels verdichten und überzeugend in das Zentrum der Perspektive eines demokratischen und eben auch grünen Sozialismus der Linken rücken?²*

den Report »Transgovernance. The Quest for Governance of Sustainable Development« des von Klaus Töpfer initiierten Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam 2011 .

² Zur theoretischen Grundlegung s. vor allem Karl Hermann Tjaden: Schwachstellen in der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. Barrieren und Chancen einer marxistischen Mensch-Umwelt-Theorie, in: Z 88 (2011), S.60-75 sowie Marina Fischer-Kowalski: Analyzing sustainability transitions as a shift between socio-metabolic regimes, in: EIST 1/2011, S.152-159 und Helmut Haberl: Ein weiter Weg zur Nachhaltigkeit: Analysen sozialökologischer Übergänge zeigen das Ausmaß nöti-

- *Wie endlich können für eine differenzierte Politik der Transformation ein Konsens im linken Milieu und eine Akteurskonstellation gebildet werden?*³

Am Ende des Films *Chinatown* gibt es eine Unterhaltung zwischen einem Privatdetektiv (Jake Gittes, gespielt von Jack Nicholson) und einem Kapitalisten (Noah Cross, gespielt von John Huston). Gittes hat eben herausgefunden, dass Cross die Wasserversorgung Kaliforniens sabotiert hat, um sich zu bereichern. Er ist neugierig, warum Cross das getan hat:

»Jake Gittes: *How much are you worth?*

Noah Cross: *I have no idea. How much do you want?*

Jake Gittes: *I just wanna know what you're worth. More than 10 million?*

Noah Cross: *Oh my, yes!*

Jake Gittes: *Why are you doing it? How much better can you eat? What could you buy that you can't already afford?*

Noah Cross: *The future, Mr. Gittes! The future.*«

Die politische Antwort auf Cross hat vor einiger Zeit Derrida gegeben: »Die Zukunft kann nur den Gespenstern gehören.« Zukunftsarbeit ist für die Linke substantiell. Hier geht es eben nicht darum, Trendausagen aus der Vergangenheit zu aktualisieren und sich darüber zu streiten, für welche der unterschiedlichen Trends und damit verbundenen Politikmodelle aktuelle Ereignisse überzeugungskräftige Daten und Argumente liefern. Ihre politische Schlüsselaufgabe ist vielmehr, Wirklichkeitssinn und

ger Veränderungen auf, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 3/2008, S.36-55.

³ Sehr auffällig in diesem Zusammenhang die letzte Anmerkung der Studie von Anette Braun: *State of the art of international Forward Looking Activities beyond 2030*, Düsseldorf 2010, S.49: »Apart from the methodological notes, one startling fact revisiting the existing studies was that though labor and jobs are of utmost importance for the prosperity and social cohesion of democratic societies especially these fairly developed industrialized nations in the enlarged and enlarging EU (Turkey), jobs and the changes to labor have not been mirrored in the different studies. The changes to qualification requirements, the change of labor as one of the major fields for identity-formation and the self-esteem of individuals in modern, highly differentiated societies are not at all reflected at the moment.«

Möglichkeitssinn (Musil) zueinander zu bringen, im Wirklichen das Mögliche zu finden und im Möglichen das Realistische, Wirklichkeitsfähige – ohne im Wirklichen das Mögliche und im Möglichen das Wirkliche zu verlieren. Nichts anderes meint die Bloch'sche »Konkrete Utopie«. »Die Utopie« ist, sagt Bloch, »nicht nur Zukunft, sie erhellt die Gegenwart.« Gelingt dies, dann deckt sie das mögliche Bessere im Hier und Heute und im Morgen auf (Misik), das nicht von selbst, sondern durch eine gesellschaftliche Praxis entstehen könnte, deren Modus und Gestalt sie umreißen muss. Auch eine Transformationsforschung und -politik versucht *Zukünfte* zu fassen und präsent zu machen durch Sprechen, Texte, Kalkulationen, Prognosen, Trendanalysen, Szenarien, Road Maps, durch Kritik, Visionen, aber auch durch Bilder, Hoffnungen, Wünsche, Träume oder Handeln, durch Vorstellung, Simulation, Imagination, Spiel. Auch die Linke verfügt über einen reichen Schatz von Operationen, durch den sie Zukünfte *präsent* machen kann. Es ist geradezu ihr Kerngeschäft. Auch sie versucht Vorboten, Anfänge, Einstiege, Treiber, Agenten, Experimente, Hindernisse oder Konstellationen, Arenen, Schwellen und Faktoren der Beschleunigung zu identifizieren, wobei es hier aber um ein dreifaches Potenzial geht, das damit aufgerufen wird: das des unmittelbar präsenten Globalen (Brangsch) und eines zukünftigen »Anderen«, in denen »das Potenzial eines Ganzen« (Adorno) steckt. Sie fragt also nach der *Transformationsfähigkeit* des Gegenwärtigen und letztlich nach den spezifischen Temporalitäten sozialer Formationen. Sie untersucht, *wie* und *weshalb* Veränderungen womöglich zu übergreifenden, richtungsstarken Dynamiken kulminieren, und arbeitet Umrisse möglicher Transformations*pfade*, Kippunkte, Brüche und Übergänge aus. Sie analysiert die Akteure, die politischen Methodologien und Techniken der Veränderung, und sie tut dies zudem inmitten und als Teil eines weiten Feldes *transformativer* Forschung, das *jetzt verändernd* wirkt. Durch all das macht sie Zukünfte präsent, und dann kann sie im Jetzt folgenreich werden: Wissen kann strategisch, Politik kann programmatisch, Handeln kann nachhaltig werden. Aus linker Politik wird Zukunftspolitik der Linken. Ohne sie bleibt Wissen orientierungslos, Politik blind, Handeln ohne Reichweite.

Die neue »Große Transformation« – eine Erklärung und Deutung



Fragen der Transformation gewinnen in der Gegenwart eine zunehmende praktische und theoretische Bedeutung. Dies hat zuerst zu tun mit tiefgreifenden Veränderungen in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und der Weltgesellschaft.

1. Gesellschaft im Übergang und Umbruch – eine neue »Große Transformation«

Meine zeitdiagnostische Ausgangsthese lautet: Die heutigen Konfliktstrukturen, weltweiten ökonomischen und ökologischen Krisen und Brüche sowie längerfristigen Trends sind – in Anlehnung an Polanyi – nicht primär als Niedergangs-, sondern als Übergangs- und Transformationsepoche zu interpretieren. Eine Übergangs- und Transformationsepoche, die einen längeren historischen Zeitraum umfassen wird, deren Ausgang aus heutiger Perspektive aber noch offen ist. Genau genommen, so mein

schon früher formulierter Vorschlag, kann diese globale wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche Übergangs- und Umbruchsituation als »Zweite Große Transformation« der Neuzeit gedeutet werden (Reißig 2007: 35 und 2009: 93 ff.). Hinsichtlich der Tiefe des anstehenden Wandels ist diese heute auf der Agenda stehende Transformation vergleichbar mit den beiden fundamentalen Transformationen der Weltgeschichte: der Neolithischen Revolution, der Erfindung und Verbreitung von Ackerbau und Viehzucht, sowie der Industriellen Revolution und der Herausbildung der kapitalistischen Marktwirtschaft. Denn es geht bei dieser neuen Großen Transformation nicht nur um »kleine Reparaturen«, auch nicht nur um das Problem der »varieties of capitalism«, sondern um eine andere, neue und zukunftssträchtige Art und Weise des Wirtschaftens, des Arbeitens, der Teilhabe und des Lebens. D. h., es geht um eine nachhaltig gewandelte Produktions- und Lebensweise. Das erfordert den grundlegenden Wandel und Umbau des bisherigen Entwicklungs- und Wachstumspfades und den Übergang zu einem neuen, d. h. ökologisch, sozial und solidarisch-emanzipativ geprägten Gesellschafts-, Entwicklungs- und Wachstumspfad.

Der Kern dieser neuen Übergangs- und Umbruchsituation besteht m. E. darin, dass das über mehr als zwei Jahrhunderte hegemoniale Entwicklungs-, Wachstums- und Fortschrittsmodell an seine natürlichen und gesellschaftlichen Grenzen gestoßen und auf den Prüfstand gestellt ist. Dieses Entwicklungs- und Modernisierungsmodell des Westens, das einst beachtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt bewirkte, ist so nicht verlängerbar und nicht verallgemeinerbar. Mehr noch – käme es nicht zur Umkehr und zu einem neuen Entwicklungspfad, könnte dieses Modell mit seinen Folgen zu einem »Weltuntergangsmodell« (Ulrich Beck) werden: von der kapitalistischen Wachstumslogik mit ihrem unbremsten Ressourcenverbrauch über den rasch sich vollziehenden Klimawandel bis

zur Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und Spaltungen weltweit. Dieses Entwicklungs- und Wachstumsmodell kann nur noch um den Preis irreversibler Schäden und Zerstörungen für Natur, Gesellschaft und Mensch fortgesetzt werden.

Auf die historische Agenda gerückt ist daher die Notwendigkeit eines grundlegenden Pfadwechsels, einer einschneidenden gesellschaftlichen Transformation. Transformation hier verstanden als Übergang zu einem neuen Typ nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe, demokratischer Bürgerbeteiligung und sozialer und humaner Lebensqualität (s. dazu 3.-5.).

Schon seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts zeichnete sich dieser Epochenbruch und das »Ende des goldenen Zeitalters« (Hobsbawm 1998) ab. In den 1970er Jahren setzte eine »systemübergreifende Krise europäischer Industriegesellschaften« (Steiner 2006: 1) ein, die die kapitalistischen des Westens ebenso traf wie die realsozialistischen des Ostens. Es war, wie Konrad Jarausch feststellt, der Beginn eines »fundamentalen gesellschaftlichen Strukturwandels« und einer »strukturellen Transformation« (Jarausch 2006: 4). Ihr Kern besteht in der Krise des sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungspfad und Gesellschaftsmodells. Der bisherige Entwicklungspfad stieß an seine immanenten Grenzen. Der steigende Verbrauch nicht erneuerbarer Energie und Rohstoffe und die Zunahme der Emissionen bilden die Grenze dieses Typs wirtschaftlicher Entwicklung – und die Grenzen wurden in den 1970er Jahren global spürbar (Land 2009): Ölkrise, Ölpreisschock, steigende Energie- und Rohstoffpreise, Ende des internationalen Währungssystems von Bretton Woods, fallende Wachstumsraten des BIP, Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung, Verfestigung einer Sockelarbeitslosigkeit, partielle Aufhebung des Teilhabemodus. Der Club of Rome sprach erstmals von den »Grenzen des Wachstums« (1972). Diese neuen, ungewohnten Blockaden und Konflikte führten bei den dominierenden Akteuren zu Verunsicherungen und zu unterschiedlichen Suchstrategien. Doch eine tragfähige Alternative konnte sich letztlich nirgendwo durchsetzen.

Die staatssozialistisch-fordistischen Gesellschaften fanden – aufgrund ihrer strukturel-

len und subjektiven Reformunfähigkeit – auf die neuen Herausforderungen des gesellschaftlichen Strukturwandels und der Transformation keine überzeugende Antwort. Die Folge war eine schleichende Erosion, die schließlich die Implosion ihres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells bewirkte. Die kapitalistisch-fordistischen Gesellschaften suchten letztlich die Antwort im Neoliberalismus und Marktfundamentalismus, die eine restaurative Transformation der Wirtschaft (Übergang vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zur »Entbettung« des Marktes und zur Dominanz des Finanzmarktkapitalismus), des Staates (Übergang vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat) und der Gesellschaft (Übergang von einer partiellen Teilhabe- zu einer marktradikalen Konkurrenzgesellschaft) einleitete und vorantrieb. Damit verbunden war die Freisetzung von neuen Anpassungskapazitäten, Stabilitäts- und Innovationspotenzialen. Die Grenzen des bisherigen Pfades aber konnten nicht überwunden werden. Im Gegenteil. Das neoliberale Projekt, das 30 Jahre lang weltweit die Vorherrschaft innehatte, erodierte. Der Traum, Kapitalverwertung könne auf Kosten von Lohnarbeit, Sozialstaat, anderen Konkurrenten und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit auf Dauer gewährleistet werden, zerplatzte (vgl. Land 2009, Reißig 2009: 136-139). Diese neoliberale Antwort auf die neuen Herausforderungen einer grundlegenden Transformation führte schließlich zur tiefsten Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltkrise der Nachkriegsgeschichte. Im Kern ist die jetzige Krise eine Krise des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise des Finanzmarktkapitalismus.

Die nach 1989/90 einsetzende postsozialistische Transformation im Osten (als dem schwächsten Kettenglied) war dann doch nicht – wie im politischen und wissenschaftlichen Mainstream thematisiert – das »Ende der großen Gesellschaftsalternativen« (Bell 1989), sondern im Gegenteil der Beginn einer neuen Ära der Transformation. Doch am alten Entwicklungs- und Wachstumspfad orientiert, konnte die postsozialistische Transformation das Tor zur neuen sozialökologischen und demokratisch-emanzipativen Transformation nicht aufstoßen. Nach der Transformation ist deshalb vor der Transformation, der Transformation gerade auch der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, der Weltgesellschaft, der ge-

samten Moderne. War es eine grundlegende Schwäche zumindest der vom Mainstream dominierten Transformationsforschung der 1990er Jahre, die postsozialistische Transformation im Osten nicht im Zusammenhang mit der Transformation im Westen zu betrachten, so ist es umgekehrt eine erhebliche Schwäche der gegenwärtigen Transformationsforschung, die heutige Transformation ohne die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der postsozialistischen Transformation und -forschung zu bearbeiten (vgl. dazu Reißig 2011a: 31 ff.).

2. Der zeitgenössische Transformationsdiskurs - Restauration, Reform, Transformation

Sich den Problemen der zweiten Großen Transformation zu nähern erfordert auch, die gesellschaftlichen Diskurse zu analysieren. Denn gesellschaftliche Diskurse widerspiegeln nicht nur gesellschaftliche Verhältnisse, sondern bereiten deren Veränderungen oft vor. Auf jeden Fall gingen bislang gesellschaftlichen Transformationen immer Wandlungen im gesellschaftlichen Diskursfeld voraus.

Die neue Situation des Übergangs und Umbruchs, gepaart mit den Schocks des Finanzcrashs, der Eurokrise und besonders der Atomkatastrophe von Fukushima, hat die Debatte um den Zustand der Gesellschaft, der Weltgesellschaft, um ihre Stabilität und Brüchigkeit, um ihre Zukunftsfähigkeit neu belebt. Themen, die in den 1970er Jahren und den folgenden Jahrzehnten eher am Rande der Gesellschaft diskutiert wurden, rücken nun ins Zentrum der Gesellschaft und führen zu vielfältigen Suchprozessen und einem Streit um die künftige Gestaltung der Gesellschaft. Eine bemerkenswerte Veränderung.

Etwas verallgemeinert können heute m. E. drei Wandlungs- und Transformationsdiskurse und konkurrierende Gesellschaftskonzepte unterschieden werden:

Erstens: Wandel als Kombination von Erhalt und Modifikation des marktradikalen, finanzmarktgetriebenen Ordnungs-, Wachstums- und Entwicklungsmodells. Die Mitte der 1970er Jahre einsetzende neoliberale, restaurative Transformation wird partiell geöffnet für staatliche Interventionen und für neue, u. a. ökologische Gegebenheiten und Erfordernisse.

Ein Diskurs und Konzept der bzw. das von maßgeblichen ökonomischen und politischen Machteliten getragen wird. Es ist der Versuch, die Krisen und Instabilitäten innerhalb der gegebenen Strukturen abzubauen. Richtungskonstanz statt Richtungswechsel (vgl. auch IfG-Thesen 2011). Die Problemlösungskapazität dieser Strategie aber dürfte gering sein, da sie breiten Kreisen der Bevölkerung immer weniger anzubieten vermag. Wege nach rechts (autoritäre und populistische Lösungen) sind deshalb so wenig auszuschließen wie neue Suchprozesse in Richtung eines irgendwie gearteten Ökokapitalismus.

Zweitens: Wandel als reformkapitalistische Transformation und Richtungsveränderung mit der Präferenz einer ökokapitalistischen Entwicklungsvariante (»Grüner Kapitalismus«) oder eines weiterführenden »Soziallibertären Green New Deal«.

Ökokapitalismus oder auch »Grüner Kapitalismus« wird hier verstanden als ökologischer Wandel und ökologische Modernisierung im Prinzip innerhalb der vorherrschenden Strukturen. Als Green New Deal hingegen soll ein Richtungswechsel auf neuer Grundlage, eine postneoliberale Entwicklung des Kapitalismus bezeichnet werden. Eine Entwicklungsrichtung, in der es sozialen und politischen Kräften gelingt, im Rahmen des Kapitalismus den ökologischen Umbau mit sozialen Reformen und demokratischen Entscheidungsprozessen und damit einen Transformationsprozess einzuleiten (vgl. IfG-Thesen 2011: 14). Damit könnten Voraussetzungen für weitergehende sozialökologische und demokratische Umwandlungen entstehen. Ein Green New Deal hat einflussreiche Fürsprecher und Verfechter in unterschiedlichen ökologischen und sozial-libertären Milieus, in Parteien und NGOs, aber auch innerhalb verschiedener Kapitalgruppen und Unternehmerfraktionen. Green New Deal orientiert in dieser oder jener Weise auf einen Umbau der bisher dominierenden Akkumulations- und Regulationsweise, auf einen Typ von Wachstum, der zugleich ökologisch und sozial sein sollte. Es spricht einiges dafür, dass zumindest mittelfristig dieser Diskurs – zunächst jedoch eher in Gestalt eines Ökokapitalismus als eines Green New Deals – zum hegemonialen Diskurs und zum neuen hegemonialen Projekt werden könnte.

Drittens: Wandel als sozialökologische und solidarisch-emanzipative Transformation; verstanden als Ringen um die Überwindung des marktradikalen Entwicklungsmodells und neoliberalen Wachstumspfades und des Suchens nach einem neuen, zukunftsfähigen sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungspfad als Kern der neuen, der zweiten Großen Transformation (siehe unten).

Was als erste Diskussion um »Grenzen des Wachstums« (1970er Jahre) begann, dann als Diskurs um »Nachhaltige Entwicklung« (1980er und folgende Jahre) fortgesetzt wurde, später in jenen von »Ökologischer Modernisierung« und »Green New Deal« (seit 1990er Jahren bis heute) mündete und seine weiterführende, Gesellschaft verändernde Struktur im Diskurs um eine »Sozialökologische und solidarische Transformation« findet, zeugt zum einen von der schon längeren Diskussion um eine Korrektur der bislang dominierenden Fortschritts- und Wachstumsvorstellungen. Es reflektiert zum anderen einen Such- und Lernprozess in einer Zeit des historischen Übergangs und Umbruchs. Oder anders formuliert:

Das Ringen um gesellschaftlichen Wandel und Transformation hat als Diskurs und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung eine längere Geschichte, nimmt heute jedoch neue Formen an. Denn die Frage nach Richtungsentscheidungen ist im Kontext der tiefgreifenden ökonomischen und ökologischen sowie gesellschaftlichen Krisen und Brüche erstmals wieder auf die Tagesordnung gerückt. Der Ausgang dieser Entwicklung und Auseinandersetzung jedoch ist offen.

Der auf sozialökologisch-solidarische Veränderungen zielende Transformationsdiskurs ist in sich außerordentlich vielgestaltig, hat in den letzten Jahren an Gewicht und Einfluss gewonnen, ist aber in der Gesellschaft keineswegs dominant oder gar hegemonial. Im Gegenteil – gegenwärtig sind die Chancen der Einleitung eines solchen Transformationsprozesses noch gering (s. 5.).

Noch trifft dieser Transformationsdiskurs nicht wirklich die Lebenswelten, die Hoffnungen und Vorstellungen einer breiteren gesellschaftlichen Mehrheit. Und noch zeigt sich in der gesellschaftlichen Realität kein anderer wirtschaftlicher und kultureller Pfad

als überzeugende Alternative und begehrenswertes Beispiel. Und deshalb dominiert Angst vor Wandel gegenüber Bereitschaft zur Veränderung.

Auch sind die Vorstellungen über das, was unter Transformation zu verstehen ist, wodurch gesellschaftliche Transformationsprozesse ausgelöst und welche Übergänge und Zielorientierungen sich mit Transformation verbinden, auch unter ihren Protagonisten noch recht kontrovers.

So wird der Begriff Transformation inzwischen inflationär und oft nebulös gebraucht. Schon das zwingt zur inhaltlichen Präzision. Transformation als neuer Leit- und Suchbegriff wird von mir verstanden als Synonym für Umformungen, Umgestaltungen, Übergänge und als Destruktion und Neukonstitution von Typen sozialer Ordnung und von Gesellschafts- und Entwicklungsmodellen. Transformation also als ein besonderer Typ sozialen Wandels. D. h. Transformation sowohl verstanden als ein intendierter, eingreifender, langfristiger und umkämpfter Prozess grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen und Umgestaltungen als auch verstanden als eigendynamischer, evolutionärer, nicht steuerbarer und offener Entwicklungsprozess. Das allein schon unterscheidet Begriff und Konzept, der Transformation von Transition, Reform, Evolution und Revolution (dazu ausführlich Reißig 2009: 29-66).

Die Schärfung eines zeitgemäßen, gesellschaftskritischen Transformationsbegriffs ist heute umso erforderlicher als – wie gesagt – inzwischen auch wieder eine breitere Transformationsdebatte entstanden ist. Diese zeichnet sich durch eine erfreuliche Vielfalt aus, aber auch durch Pauschalisierungen einerseits und Einengungen und Verkürzungen andererseits. So kann Transformation aus den dargelegten inhaltlichen Bestimmungen nicht einfach mit Globalisierung, Europäisierung oder demographischen Veränderungen – wie es oft geschieht – identifiziert werden. Sie kann aber auch nicht normativ auf Übergänge zu marktwirtschaftlichen Demokratien oder auf Übergänge autoritärer Regime zu liberalen Demokratien – wie es in der Mehrzahl der neueren Transformationsliteratur noch immer vorkommt (so auch bei Merkel 2010 und im Bertelsmann Transformation Index 2006) – reduziert werden. Was hier besonders auffällt, ist, dass Transformation (im o.

g. Sinne) in Bezug auf moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften weiterhin ausgeblendet wird.

Nicht zuletzt ist eine Schärfung des Transformationsbegriffs in der aktuellen ökologisch geprägten Transformationsdebatte (siehe unten) erforderlich. So wird Transformation in diesem Kontext als ökologisches Umbauprojekt interpretiert, aber oft einseitig nur als technisch-organisatorisches Projekt, das eine Veränderung der allgemeinen Rahmenbedingungen durch eine neue institutionelle Steuerung von oben verlange. Dass diese Transformation letztlich ein sozioökonomischer und soziokultureller Wandel ist, eine Transformation von unten und oben, eine Austragung tiefgreifender Konflikte, die einen Wandel der Kräfteverhältnisse und grundlegende Eingriffe in das bestehende Akkumulations- und Regulationsregime erfordert, bleibt in vielen dieser Debatten zumeist außen vor. Auf der anderen Seite wird Transformation verschiedentlich aber auch als »alter Wein« in »neuen Schläuchen« verstanden; als Fortführung des klassischen Revolutionsmodells und Konzepts radikalen Systembruchs, nur eben als längerer Prozess und mit anderen, angepassten Mitteln und Methoden.

Transformation in unserem Verständnis ist jedoch ein neues, weiterreichendes Konzept sozialen, gesellschaftlichen Wandels, Übergangs und Umbaus, das sich von alten Gewissheiten unterschiedlicher Provenienz trennt, ohne neue festzuzurren. Klaus Dörre formuliert deshalb völlig zu Recht: »Eine kritische Soziologie auf der Höhe ihrer Zeit hätte hingegen Begriffe und Kategorien zu entwickeln oder wieder zu entdecken und mit Inhalten zu füllen, die eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation bei Wahrung, Ausbau und Erweiterung von Demokratie überhaupt denkbar machen« (Dörre 2011: 71).

Transformationsanalysen müssten mithin Antwort suchen auf die Fragen: Was wird transformiert (Gegenstand), warum (Ursachen, Triebkräfte), durch wen (politisches Handeln, Akteure), wie (in welchen Formen, Etappen, Geschwindigkeiten), mit welchen Folgen (mittel- und längerfristige Wirkungen, historische Resultate)?

Transformationsforschung hat daher die Aufgabe, diese komplexen und in sich differenzierten Wandlungs-, Umwandlungs- und

Übergangsprozesse von Typen sozialer Ordnung und sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweisen zu analysieren. Sie sucht im Wirklichen das Mögliche. Im Hier und Heute das Künftige.

Dazu bedarf es keiner neuen Großtheorie, aber eben der Rekonstruktion der unterschiedlichen basalen Transformationskonzepte und vor allem ihrer kritischen Weiterentwicklung. Die heutige Transformationsforschung kann dabei auf ein reichhaltiges und differenziertes »Angebot« theoretischer und methodischer Konzepte und Erklärungsansätze zurückgreifen: auf Systemtheorien, Strukturtheorien, Kulturtheorien sowie Handlungs- und Akteurstheorien. Diese unterschiedlichen Ansätze suchen die Ursachen, Erfolge und Misserfolge der Transition und Transformation in unterschiedlichen Teilsystemen und Akteurskonstellationen (vgl. auch Merkel 2010: 66 ff.). In der zeitgenössischen Transformationsforschung beziehen sich Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Schulen einerseits auf Marx, Gramsci, Polanyi wie andererseits auf Durkheim, Weber, Schumpeter, Parsons, Luhmann. Spielen bei den Ersten vor allem Macht (-ressourcen), Eigentum, Klassen, Kräfteverhältnisse, Hegemonie, Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle, so bei den Zweiten eher Systeme und deren funktionale Differenzierung, Modernisierung und Evolutionsprozesse. Aber auch die Kombination verschiedener Erklärungsansätze ist bei zeitgenössischen Transformationsanalysen zu beobachten. In Zeiten wie den unsrigen, die durch vielfältige Ambivalenzen und Übergänge und wenig geltende Gewissheiten gekennzeichnet sind, sollte das Nebeneinander verschiedener und konkurrierender Ansätze und ein diskursiver Dialog- und Lernprozess eine Selbstverständlichkeit sein. Doch auch in ihrer Summe verkörpern diese theoretischen Ansätze und Konzepte kein neues Paradigma der Transformation. Dies zu erarbeiten bleibt eine Herausforderung unserer Zeit, wobei System und Handeln, Struktur, Kultur und Akteur in ihren wechselseitigen Zusammenhängen betrachtet und analysiert werden müssen, sollen Transformationsprozesse in ihrer Komplexität genauer beschrieben und erklärt werden (Reißig 2009: 26 ff., 36-66).

Neue Fragen des sozialen Wandels und der gesellschaftlichen Transformation in einer neuen Umbruchsituation drängen auf neue

Antworten. Die neue Transformationsforschung verlangt deshalb vor allem auch konkrete empirische Studien und Synopsen über die Ausbreitung und Verhinderung transformatorischer Neuerungen in der Gegenwart. Das vorhandene Theorieangebot zeigt, dass diese Transformationsanalysen durchaus theoretisch anspruchsvoll sein können und sein sollten.

3. Zweite Transformation als neuer, zukunftsträchtiger Entwicklungspfad

Der gesamte bisherige Pfad wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Entwicklung ist, wie gesagt, an seine Grenze gestoßen und könnte nur um den Preis irreversibler Schäden für Mensch, Natur und Gesellschaft fortgeführt werden. Die globale »ökonomisch-ökologische Doppelkrise« des Kapitalismus ist auch nicht mehr mit dem klassischen Königsweg eines konventionellen Wirtschaftswachstums zu überwinden (Dörre 2011: 69). Dieser würde mit seiner extensiven Vernutzung natürlicher Ressourcen, endlicher fossiler Energieträger und Emittierung klimaschädlicher Schadstoffe die ökologische Krise weiter verschärfen. Ohne Wirtschaftswachstum aber würden – so wie die westlichen Gesellschaften heute strukturiert sind – sich die sozialen Folgen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Prekariat, zunehmende Ungleichheit zuspitzen. Es geht deshalb um eine neue gesellschaftliche Transformation, die auch klassische Basisinstitutionen wie Erwerbsarbeit, Wirtschaftsverfassung, Wohlfahrtsstaat und Demokratie erfasst (ebd.: 70).

Die Alternative in dieser Übergangs- und Umbruchsituation heißt, das gesellschaftliche Naturverhältnis und die sozialen Verhältnisse in ihrem Zusammenhang neu zu gestalten durch den Übergang zu einem zukunftsträchtigen sozialökologischen und solidarisch-kooperativen Entwicklungspfad. Es ist die konstruktive Antwort auf die beiden zentralen Konfliktlinien unserer Zeit: die Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens, der natürlichen Gemeingüter (Ressourcen, Klima, Wasser, Landschaft, Meere) und die soziale Zerklüftung und tendenzielle Zerstörung der Weltgesellschaft, der sozialen Gemeingüter (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Vertrauen, sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft). Ökologische und soziale Konflikte durchdringen sich wechselseitig und verlangen sozial-

ökologische und ökologisch-soziale Antworten. Beide sind eng miteinander verbunden. Neu ist aber, dass die ökologische Frage enorm an Gewicht gewonnen hat. Und nicht mehr auf unbestimmte Zeit vertagt werden kann. Denn es könnte sein, dass dann der Kippunkt bereits überschritten ist.

Bei dieser neuen Großen Transformation handelt es sich um den am tiefsten greifenden Struktur-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftswandel seit Beginn des Industriezeitalters, um den grundlegendsten Wandel und Umbauprozess in der Geschichte der Moderne überhaupt.

Sozialökologische und solidarische Entwicklung – das sind deshalb die beiden miteinander verbundenen Säulen, sind der Kern dieser Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Dieser Pfadwechsel erfordert einen tiefgreifenden Wandlungs- und Umbauprozess von Produktions- und Lebensweisen und damit auch ein neues Verständnis von Fortschritt. Ohne dass es für diese Transformation einen Masterplan gibt, sind mit einem solchen Pfadwechsel auf diese oder jene Weise drei Erfordernisse gesellschaftlichen Wandels und Übergangs verbunden:

Zum einen der schrittweise Übergang von der alles beherrschenden, inzwischen Natur und Gesellschaft gefährdenden Wachstumsökonomie zu einem alternativen, zu einem neuen Wachstumspfad, genauer zu einem neuen Entwicklungspfad.

Denn die alte Gleichung Wachstum gleich Fortschritt gleich Wohlstand gleich höhere Lebensqualität ist nicht mehr haltbar. Dennoch wird sie nach wie vor in der offiziellen Politik und auch im Mainstream der Ökonomieunft favorisiert. Tatsächlich führt das bisherige Wachstumskonzept zur ungebremsten und nicht mehr zu reparierenden Zerstörung der Natur, zu Umweltkatastrophen, zu sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzungen national und global, zu öffentlicher Verschuldung und geht zulasten der heranwachsenden Generationen.

Wachstum ist also nicht mehr wie in der Vergangenheit eine grundlegende Voraussetzung zur Lösung der Probleme in den entwickelten kapitalistischen Ländern, wie Wachstum an sich aber auch nicht der Grund aller Probleme, allen Übels ist. Wachstum – Entwicklung – Wohlstand sind neu zu definieren und in einem längeren

Prozess gesellschaftlichen Wandels auf neue Art und Weise zu verwirklichen. Dieser Übergang vom industriell-fordistischen zu einem nachhaltigen, sozialökologischen Entwicklungspfad ist bislang noch in keinem Land vollzogen. Wie und auf welchem Wege stabile und zukunftsfähige Entwicklung ohne traditionelles Wachstum zu erreichen ist, ist Gegenstand vielfältiger und kontroverser Diskussionen (Dörre 2011, Klein 2011, Land 2011, Müller/Strasser 2011, Paech 2011). Doch gibt es auch schon erste partielle Projekte und Experimente einer Postwachstumsökonomie. Ohne eine konstruktive Antwort und praktische Alternative auf diese wahrlich einmalige Herausforderung der Wachstumsfrage ist die zweite Große Transformation nicht denkbar, nicht realisierbar.

Der dynamische »Entwicklungsgedanke« bildet in diesem Transformationsverständnis die konstruktive Alternative zur traditionellen »Wachstumslogik«. Die Wachstumsfrage ist in die übergeordnete Frage eines neuen Entwicklungspfades ein- und dieser unterzuordnen. Die Transformation steht vor der historischen Aufgabe, die heutige Wachstumsökonomie schrittweise in ein nichtfossiles Wirtschaftssystem und einen neuen Typ nachhaltiger, natur- und umweltverträglicher, sozialer und kultureller Entwicklung umzubauen (vgl. auch Land 2011: 99 ff.). Statt Fortführung eines destruktiven Wirtschaftskurses also nachhaltige Entwicklung, d. h. vor allem »menschliche Entwicklung« (UN-Bericht 2010).

Zum anderen verlangt die neue Große Transformation den schrittweisen Übergang zu einem alternativen, neuen Modell sozialer und demokratischer Teilhabe statt zunehmenden und weltweiten Ausschlusses großer sozialer Gruppen und Regionen. Der alte fordistisch-industrielle Pfad garantiert nicht mehr Wohlstand und Lebensqualität. Der Übergang zu einem nachhaltigen, sozialökologischen Wirtschaftspfad kann aber auch nur gelingen, wenn es nicht um Askesse und Verzicht geht, sondern um neue Formen sozialer und demokratischer Teilhabe und gleicher individueller Entwicklungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. Die konkreten Wege zu dieser Teilhabe sind in den verschiedenen Weltregionen (z. B. Industrie- bzw. Schwellenländer) sehr unterschiedlich und müssen in vielem erst auch noch gefunden und ausprobiert

werden. Letztlich geht es jedoch um gleiche Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichem Leben.

Zukunftsfähige Entwicklung als soziale Teilhabe stellt die Frage nach dem »Guten Leben« (in westlichen Gesellschaften) neu, schon weil diese mit Umweltkompatibilität und Ressourceneffizienz vereinbar sein muss. Die Qualität des Lebens hängt – wie die Erfahrungen der modernen Industriegesellschaften zeigen – nicht allein vom Kaufen und Nutzen von Waren und Diensten (Massenkonsumtion) ab, sondern zu einem wesentlichen Teil von sinnvollem Tun, von gesunder Umwelt, guten Bildungschancen, ausreichender Gesundheitsvorsorge, Pflege menschlicher Beziehungen, zivilgesellschaftlicher Tätigkeit. Das alles ist nicht zuerst nur eine Frage des Geldes (Wohlstand), sondern vor allem auch der Zeit und der gleichberechtigten Teilhabe als Voraussetzung für Wohlfahrt (Scherhorn 2011: 97 ff., Etzioni 2011:328 ff.).

So oder so – der sozialökologische, solidarische Pfadwechsel geht mit Änderungen der bisherigen Lebensweiseformen und Lebensstile einher. D. h., ohne kulturellen Wandel ist der ökonomische nicht realisierbar und umgekehrt.

Schließlich erfordert diese neue Transformation den Übergang zu einem globalen Modell nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung und zu einem alternativen, neuen Finanz-, Weltwirtschafts- und Sicherheitssystem, zu friedlichem, kooperativem Zusammenwirken und -leben der Menschen statt Konfrontation, marktradikaler Konkurrenz und globaler Ausbeutung.

Die grundlegenden Menschheitsprobleme – ökologische Krisen und Schäden, Klimawandel, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit, Verelendung weiter Teile der Erdbevölkerung, Hunger und Flüchtlingsströme – sind allesamt globaler Natur und übersteigen die Problemlösungskapazität der Nationalstaaten. Diese zweite Große Transformation ist daher im wahrsten Sinne des Wortes nur als eine globale Transformation vorstell- und realisierbar. So ist auch die Abkehr der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens von ihrem expansiven Wirtschafts- und Entwicklungspfad eine Voraussetzung für neue Entwicklungschancen im globalen Süden.

Eine solche globale Transformation bedingt ein hohes Maß an Steuerung, zielt sie doch auf ein neues Wachstums-, Entwicklungs- und Fortschrittsmodell. Denn es geht um den Übergang zu einem anderen Wirtschaften, anderen Arbeiten, anderer Teilhabe und anderer Lebensqualität gerade auch im globalen Maßstab.

Diese Transformation kann und wird jedoch weder global noch in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nach einem Muster und nicht in eine Richtung verlaufen. Schon weil die historischen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Bedingungen und Voraussetzungen jeweils sehr unterschiedlich sind. Gerade in den entwickelten Gesellschaften ist sie nur als vielfältiger Diskurs, als widersprüchlicher Such-, Experimentier- und Lernprozess, als Selbstorganisation und Partizipation denkbar. Dennoch ist sie nicht beliebig, da ihr Rahmen mit »ökologisch«, »sozial«, »solidarisch« abgesteckt ist.

Diese Transformation als schrittweise Ablösung des bis heute dominierenden und institutionell sowie kulturell-mental verfestigten Entwicklungspfades ist nur als ein langfristiger historischer Evolutions- und Umgestaltungsprozess vorstellbar. Letzteres erfordert von den Kräften der progressiven Transformation, Übergänge aufzuspüren, Zwischenlösungen anzustreben, Neues zu erproben und mögliche Kompromisse zu schließen. Auch deshalb sollten diese realistischerweise davon ausgehen, dass es auch in der nächsten Entwicklungsperiode nicht um ein Ende des Kapitalismus geht, sondern gerade in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften bestenfalls zunächst darum, auf einen ökokapitalistischen Entwicklungspfad im Sinne seiner sozialen und demokratischen Ausgestaltung (Green New Deal) Einfluss zu gewinnen und zugleich um Anschlussstücke für einen späteren Übergang zu einer sozialökologisch-solidarischen, Gesellschaft verändernden Transformation zu ringen.

4. Große Transformation und die Frage einer Zukunftsvision oder Realen Utopie (Erik O. Wright)

Im Unterschied zu den drei Gesellschaftstransformationen des 20. Jahrhunderts (staatssozialistische, postsozialistische, Transition autoritärer/diktatorischer Regime zu liberal-bürgerlichen Demokratien), wo

den handelnden Akteuren das Ziel jeweils weitestgehend bekannt war, gilt das für die erste Große Transformation wie auch für die zweite Große Transformation in dieser Form nicht. Für sie gab bzw. gibt es keinen Masterplan. Für diese neue Transformation gibt es auch keine Garantie des Gelingens, und sie würde selbst als erfolgreiche Transformation in vielem andere Ergebnisse zeitigen als vordem angenommen.

Dennoch bedarf es – und vielleicht sogar deshalb – für diese Transformation einer normativen Leitidee oder einer Realen Utopie (Wright 2010). Eine solche normative, orientierende und aktivierende Leitidee für das Handeln der Akteure in der zweiten Großen Transformation hieße dann wohl ökologisch-nachhaltige und solidarische Gesellschaft, ökologisch-nachhaltige und solidarische Weltgesellschaft.

Als normatives Leitbild ist eine nachhaltige »Solidargesellschaft« oder auch »Solidarische Teilhabegesellschaft« (Reißig 2009: 150 ff.) kein ideologisches Konstrukt, das es durch avantgardistische Akteure von oben umzusetzen gilt, sondern die Antwort auf die grundlegenden Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit sowie der Gegenwurf zur heute dominierenden marktradikalen Konkurrenzgesellschaft. Und ein solches Leitbild bzw. Zukunftskonzept gibt dem viel diskutierten, aber sozial oft verengt interpretierten Projekt des »Sozialökologischen Umbaus« eine klarere, Gesellschaft verändernde Perspektive. Es stärkt das soziale Profil und schlägt doch zugleich Brücken zwischen den verschiedenen, vielgestaltigen Transformationsakteuren.

»Solidargesellschaft« soll hier verknüpft als gleichberechtigte Teilhabe aller am Sagen und Haben eines Gemeinwesens verstanden werden, das am Ziel der Unterordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter die Reproduktion der Natur und an kooperativer Lebensweise und einem friedlichen und vernünftigen Zusammenleben der Menschen orientiert ist. Doch eine solche Solidargesellschaft wäre keine vereinheitlichte, keine harmonische »Einheitsgesellschaft«, sondern eine in sich differenzierte, plurale, immer wieder umkämpfte und entwicklungs-offene Gesellschaft. Fernab also vom Bild einer konfliktfreien und harmonischen Zukunftsgesellschaft, die es zwar in unseren Köpfen, aber nicht in der gesellschaftlichen Realität geben kann.

Eine solche Solidargesellschaft wäre offensichtlich charakterisiert durch eine spezifische Kombination moderner Evolutions- und Vergesellschaftungspotenziale wie Demokratie, Märkte, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und deren Weiterentwicklung plus neuer Entwicklungspotenziale wie »Nachhaltiges, nichtfossiles Wirtschaftssystem«, »Neue Arbeits- und Zeitmodelle«, »Solidarität und Teilhabe«, »Partizipative Demokratie« und »Bürgergesellschaft«, »Soziale Wohlfahrt«. Wie Geschichte und Gegenwart belegen, sind nicht Einheits- sondern Bindestrich-Gesellschaften (Marshall 1992) zukunftsfähig, die sich jedoch durch ein hohes Maß an Gleichheit und Gerechtigkeit auszeichnen sollten. Wie Richard Wilkinson und Kate Pickett in einer umfassenden Studie mit Vergleichen von 23 entwickelten kapitalistischen Ländern und der 50 US-Bundesstaaten nachweisen, sind Gesellschaften mit stärker egalitären Strukturen und Lebensweisen heute bereits funktions- und entwicklungsfähiger, und die Menschen leben in ihnen zufriedener (Wilkinson/Pickett 2010).

Die Funktions- und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften wie der sich herausbildenden Weltgesellschaft hängen im 21. Jahrhundert ganz offensichtlich vor allem von Entwicklungen ab, die sich stärker durch »Nachhaltigkeit«, »Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität«, durch »Teilhabe«, »Gleichheit« und »demokratische Solidarität« auf der Grundlage von Eigeninitiative, Selbstorganisation und individueller Freiheit auszeichnen. Darin widerspiegeln sich wichtige und neue Universalien einer zukunftsfähigen Entwicklung im 21. Jahrhundert.

Doch ohne strukturelle Eingriffe in die bestehenden Macht- und Eigentumsstrukturen, in die Logik kapitalistischer Verwertung und Akkumulation, ohne Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Finanzoligarchie, ohne sozial- und umweltverträgliche Bindung des Eigentums, ohne neue volkswirtschaftliche Proportionen und neue Verteilungsverhältnisse – und das heißt ohne neues wirtschaftliches und gesellschaftliches Regulationssystem und vor allem ohne Entstehung einer »Neuen Demokratie«, wie es Karl Polanyi formulierte, die die politische und kulturelle über die ökonomische Macht stellt, ist die Herausbildung und Entwicklung einer sozialökologischen und solidarischen Teilhabegesell-

schaft nicht möglich. Sie ist nur als Ergebnis gesellschaftspolitischer Diskurse sowie Auseinandersetzungen und eines breiten demokratischen Konsenses der Gesellschaftsmitglieder denkbar.

Eine solche Gesellschaftsform würde weder Systembruch im klassischen Sinne bedeuten noch Anpassung und Fortschreibung der traditionell-fordistischen oder gar der marktliberalen, finanzmarktgetriebenen Entwicklungslogiken.

Ein neues Transformationsverständnis verabschiedet sich auch vom alten Fortschrittsdenken und -glauben sowie dem diesem zugrunde liegenden kausalen Entwicklungsmodell; zumindest in zweifacher Hinsicht. Zum einen: Statt Determinismus und Gesetzesfetischismus Entscheidungssituation, statt Logik der Fortschreibung Logik der Alternative (Schulze 2004: 193). Alternative und Zukunft gibt es wie Gesellschaft jedoch nur im Plural. Geschichte und Gesellschaft werden als offener Entwicklungs- und Veränderungsprozess und fern vom Bild einer konfliktfreien und harmonischen (Zukunfts-)Gesellschaft interpretiert. Fortschritt in diesem Sinne ist möglich, aber nicht sicher.

Zum anderen: Fortschritt selbst ist vor allem inhaltlich neu zu definieren, denn was traditionell als Fortschritt – schneller, höher, weiter – verstanden wurde, erweist sich heute immer mehr als Bremsklotz, ja als Gefährdung der Zivilisation. Fortschritt nicht mehr länger als Fortsetzung des alten Steigerungsspiels und als quantitatives Wachstum des BIP, sondern vor allem als Substanzerhalt und nachhaltige, naturverträgliche Entwicklung; als Gestaltung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft; als Zugewinn individueller Freiheit und Selbstbestimmung; als neue soziale und humane Lebensqualität. Und Entwicklung, die sich nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen vollzieht und der die globale Dimension inhärent ist. Deshalb muss auch das Gelingen oder Misslingen von Transformation an diesen neuen Indikatoren ge- und vermessen werden.

5 Transformation als Problem der Strategien und Wege

Transformationen waren in der Vergangenheit und werden in Zukunft mehr denn je voller Paradoxien in Gestalt von Kontingen-

zen, Zufällen, Unwägbarkeiten, Risiken und von Steuerungen und politischen Entscheidungen ohne festem Gerüst sein (vgl. auch Holzinger 2011: 4 ff.).

Mit dieser Gesellschafts-Transformation soll im Grunde etwas entstehen, was eigentlich nicht entstehen kann, oder anders formuliert: »Transformation ist eine mögliche Unmöglichkeit« (Brie 2011: 71). Dieses Paradoxon der Transformation zu bearbeiten bzw. aufzulösen ist die eigentliche Herkulesarbeit in dieser neuen Transformation.

Nicht zuletzt, weil diese sozialökologische und solidarische Transformation, wie sich tagtäglich zeigt, auf enorme objektive und subjektive Blockaden und Hürden stößt. Sie ist konfrontiert mit der institutionell weitverzweigten Verfestigung des alten Entwicklungspfades, mit den systemimmanenten Lebensweisen und Lebensstilen in fast allen Milieus der Gesellschaft, auch bei denen, die diesen Wandel eigentlich befürworten. Sie ist konfrontiert mit der Machtfülle und der Anpassungsfähigkeit des heute dominierenden konservativ-wirtschaftsliberalen Blocks und nicht zuletzt mit den Schwierigkeiten bei der Herausbildung neuer, hegemonialer Akteurskoalitionen. Auch deshalb ist diese Übergangssituation zugleich eine Scheidewegssituation, in der verschiedene Entwicklungsszenarien möglich sind (s. 2.).

Ich will hier aber gerade auf die theoretische und praktische Möglichkeit eines Pfadwechsels hin zu einer sozialökologischen und solidarisch-emanzipativen Transformation eingehen – oder anders formuliert –, wie also das Unmögliche vielleicht doch möglich werden kann. Diese Möglichkeit ergibt sich – zunächst noch allgemein – aus der inneren, hybriden Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft (Wright 2010) mit ihren Macht- und Vergesellschaftungspotenzialen und ihrer spezifischen Kapital- und Soziallogik. Und vor allem ergibt sie sich auch aus dem »Doppelcharakter« der Transformation selbst (Polanyi 1944/1978).

Die konkrete, praktische Möglichkeit eines spezifischen Pfadwechsels erwächst dann nicht so sehr – wie oft angenommen wird – aus theoretischen Konzepten, für die hinreichende Argumente und Wahlmehrheiten gefunden werden, sondern vor allem aus den Kämpfen und Arrangements der großen gesellschaftlichen Interessengruppen und aus günstigen internationalen Bedingungen

(Esping-Andersen 1998; Vester 2011). Dies lässt sich übrigens sowohl am Beispiel des New Deals in den USA und der Herausbildung des fordistischen Pfades in den kapitalistischen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg aufzeigen als gerade auch am Aufstieg des neoliberalen Pfadmodells seit Mitte der 1970er Jahre.

Transformation ist also zunächst ein Prozess, der in Wandlungen in den Tiefen der Gesellschaft und in der Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger begründet liegt. Will man über mögliche Transformationsprozesse Auskunft erlangen, sollte der Blick zuerst dorthin gerichtet werden. Und da weist die Milieu- und Sozialstrukturforschung nach, dass sich die demokratisch-partizipativen Potenziale in verschiedenen Milieus (untere, mittlere und auch obere Segmente) verstärkt haben (Vester 2011). Und die repräsentativen Bevölkerungsumfragen zeigen, dass sich inzwischen Mehrheiten gegen Neoliberalismus und Marktfundamentalismus und eher für ökosoziale und solidarische Entwicklungen aussprechen. Entscheidend für praktische Schritte zur Entfaltung der Transformation ist jedoch, ob sich diese Potenziale tatsächlich auch gesellschaftlich zu einem realen Machtfaktor entfalten. Das ist heute noch eher selten der Fall.

Dennoch: Die neuen sozialen und politischen Spannungen, Konfliktstrukturen und Krisen, der fortschreitende Klimawandel mit seinen beängstigenden Folgen führen heute, widersprüchlich zwar, aber doch zu neuen Interessenkonstellationen und gesellschaftlichen Arrangements. Dies zeigt sich z. B. in vielfältigen Suchprozessen von gesellschaftlichen Bewegungskräften und Bürgerinitiativen, aber auch von Intellektuellen, Teilen des Unternehmertums und selbst von aufgeschlossenen Kreisen im politisch-administrativen System nach Auswegen aus der akuten Krisensituation und nach machbaren Alternativen. Sie stoßen dabei immer wieder auf Blockaden und auf den Widerstand besonders des konservativ-wirtschaftsliberalen Blocks. Im Mittelpunkt steht hierbei heute die Frage der Energiewende, d. h., wie sie praktisch bewerkstelligt wird: sozial, dezentral, partizipativ und die Macht der Energie- und Ölkonzerne sowie des Finanzkapitals einschränkend oder diese im Gegenteil stärkend bei gleichzeitig zentralistischen und autoritären Lösungen. Die

Frage der Energiewende wird so zu einem entscheidenden Prüf- und Testfeld für oder gegen einen neuen Entwicklungspfad, für oder gegen eine Gesellschafts-Transformation. Ihre Umsetzung wäre ein Meilenstein auf dem Weg der sozio-ökologischen Transformation.

Auch Folgendes scheint für eine Politik der Transformation wichtig: Transformation muss, soll sie Zustimmung in der Bevölkerung finden, als praktisches Beispiel sichtbar und erlebbar werden. Sozialökologische und solidarische Transformation braucht deshalb vor allem engagierte Pioniere und Modellprojekte auf lokaler und regionaler Ebene. Beides ist heute zumindest in Ansätzen und praktischen Beispielen schon zu beobachten.

Sozialökologischer Umbau z. B. in Gestalt autonomer, dezentraler Energie-Dörfer und -Regionen; ökologischer Netzwerke, die das Regionale und Gemeinschaftliche wiederentdecken; in Gestalt von Genossenschaften und verschiedenen Formen Solidarischer Ökonomie.

Neue Soziale Teilhabe in Gestalt z. B. von mehr selbstbestimmten neuen Beschäftigungs- und Arbeits-Zeit-Modellen und Bildungsformaten.

Demokratisierung der Gesellschaft z. B. in Gestalt von neuen demokratisch-partizipativen Beteiligungsformen wie Runde Tische, Volksentscheide, Bürgerhaushalte, Formen von Mitbestimmung und wirtschaftlicher Demokratie.

Schließlich auch in Gestalt partieller Ansätze und neuer Praxen »Guten Lebens«, die an verschiedenen Orten ausprobiert und demonstriert werden.

Eine Große Transformation verlangt also nicht zuerst eine Politik großer Transformationsprojekte, sondern konkrete Schritte, Alternativen, Projekte. Transformation beginnt »unten«.

Im Ringen um solche konkreten Alternativen, Projekte, Netzwerke kommt es – wie entsprechende empirische Studien belegen – zu Wandlungen von Eigentums- und Bündnisstrukturen zunächst auf lokaler und regionaler Ebene. Hier entsteht dann auch ein gewisses »Wir-Gefühl«, ein Wandel von Einstellungen (ja, Veränderungen sind möglich), von Lebensstilen, kulturellen Identitäten. Transformation ist in diesem Sinne also

nicht mehr nur Idee, Vision, sondern hat in Nischen und Nahtstellen schon begonnen. In der Regel handelt es sich dabei um Inselösungen, die für sich genommen in den alten und bis heute dominierenden Entwicklungspfad wieder integriert werden können. Am ehesten ist das zu verhindern, wenn es gelingt, ihren demokratisch-emanzipativen Charakter zu stärken und sie in neue institutionelle Formen zu »gießen«.

Die Zukunft entscheidet sich in der Gegenwart, nicht zuletzt im Prozess der »Selbstermächtigung« (Rosa Luxemburg) der Bürgerinnen und Bürger, in den vielfältigen Kämpfen und Bewegungen um Erneuerung der Demokratie, um Stärkung von Gleichheit und Solidarität, um Erweiterung der Freiheitsrechte.

Doch verlangt eine solche Transformation letztlich immer auch grundlegende Struktur-reformen:

sozialökologische Umgestaltung der Produktions- und Lebensweisen (u. a. Energiewende, Rekommunalisierung, Förderung von Genossenschaften, Stärkung des öffentlichen Sektors, bedarfsorientierte Grundsicherung und neue Formen individueller Teilhabe);

gerechte Umverteilung (u. a. der Einkommen, des Vermögens, der Macht und des Eigentums);

breite Demokratisierungsprozesse (u. a. neue demokratische Beteiligungsformen und Mitbestimmungen auf den verschiedenen Ebenen der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft);

umsichtige Friedens- und Sicherheitspolitik (nichtmilitärische Lösungen internationaler Konfliktstoffe, Kooperation statt Konfrontation, umfassende Entwicklungshilfe).

Diese Strukturreformen (vgl. auch IfG-Thesen 2011) bedingen schließlich ein neues gesellschaftliches Regulationssystem und eine entsprechende Rahmensetzung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Transformation beginnt zwar »unten«, kann aber ohne Wandel »oben« nicht erfolgreich weitergeführt werden. Transformationspolitik muss deshalb immer auch Vermittlungspolitik sein zwischen Lebens- und Systemwelt, zwischen »Unten« und »Oben«.

Ob freilich aus diesen heutigen »kleinen Transformationen« morgen einmal die »Große Transformation« erwächst, kann nicht vorhergesagt werden. Das hängt auch davon ab, ob das eine oder andere Projekt in einem gesellschaftlichen Schwebezustand zum »Kipppunkt« der Transformation wird und zum »Durchbruch« führt. Nur was m. E. vorausgesagt werden kann, ist: Ohne diese konkreten Transformationsschritte, Alternativen und Projekte verschiedener Akteursgruppen wird es die erforderliche Große Transformation nicht geben. Die Zukunft, die Utopie ist etwas, um mit Ernst Bloch zu argumentieren, das im Schoße der gegebenen Gesellschaft entsteht und sich entwickelt. Aber eben auch nicht nur spontan. Transformation – so könnte man auch formulieren – entsteht nicht ohne Evolution, nicht ohne intendierten und nichtintendierten sozialen, ökologischen, kulturellen Wandel, nicht ohne vielfältige Experimentier- und Suchprozesse.

Wenn Gesellschafts-Transformation hier und heute beginnt, beginnen muss, dann kann sie auf Dauer jedoch nur erfolgreich sein, wenn die sie tragenden Akteure und deren Handeln sich am Ziel eines Richtungs- und Pfadwechsels orientieren. Dafür bedarf es mehr denn je auch eines gesellschaftlichen Narrativs, eines überzeugenden Leitbildes (keine Endzielprojektion) von einer alternativen, von einer besseren, gerechteren und freieren Gesellschaft. Ein solches Narrativ gilt es positiv und als Angebot an breite gesellschaftliche Mehrheiten zu kommunizieren: d. h. Wandel und Transformation natürlich auch als Anstrengung, Mühe und Wagnis, aber weder als Zumutung und Bedrohung noch als eine zu realisierende Wunsch-dir-was-Vorstellung, sondern als berechtigte Hoffnung für die Menschen auf ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Solidarität. Hoffnung aber ist, wie Sartre es nannte, eine Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen.

Entscheidend wird letztlich sein, ob die gewachsenen demokratisch-emanzipativen Potenziale in der Gesellschaft zu selbstbestimmtem Handeln der Bürgerinnen und Bürger, zu einer Bürgergesellschaft, zu einer neuen »sozialen Macht« (Wright 2010) führen, die schließlich einen sozialen, ökologischen und demokratischen Rahmen gegenüber der wirtschaftlichen und staatli-

chen Macht setzt und den Weg der Transformation öffnet.

Transformationen waren und sind immer heftige und konflikthafte gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um Hegemonie, Macht und Eigentum. In demokratisch-pluralistischen Gesellschaften mit unterschiedlichen politischen und kulturellen Präferenzen muss und kann die Frage eines künftigen Entwicklungspfad aber zugleich nur im breiten demokratischen Konsens und nur auf demokratischer Grundlage ausgehandelt werden (»Neuer Gesellschaftsvertrag«).

6. Transformation als ein linkes Projekt

Sozialökologischer und solidarischer Umbau der Gesellschaft – so wäre aus politischer Perspektive zu resümieren – ist vor allem ein linkes Projekt (s. auch Müller/Stasser 2010: 120).

Denn erstens ist die ökologische Frage heute nicht mehr von der sozialen zu trennen und die soziale nicht mehr von der ökologischen. Die große Mehrheit kann nämlich ihre Lebensinteressen nicht mehr länger mittels kapitalistischer Wachstumslogik und individueller Statuskonkurrenz verwirklichen, sondern nur noch durch das gemeinsame Ringen um einen sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad. Das erfordert zugleich die Umverteilung von oben nach unten und zugunsten der benachteiligten Regionen in der Welt, erfordert eine Politik für mehr Bürgerbeteiligung, mehr Gleichheit und Solidarität. Alles also im Prinzip linke Themen.

Denn zweitens ist der sozialökologisch-solidarische Umbau zudem eine wesentliche Seite einer nachhaltigen Friedenspolitik, weil nur durch die Lösung der sozialökologischen Frage eine sich »heute bedrohlich abzeichnende Ära ruinöser Ressourcenkriege« verhindert werden kann (Müller/Stasser 2011: 121).

Denn drittens erfordert und ermöglicht eine solche Transformation die Einbeziehung neuer sozialer Milieus und die Herausbildung neuer und erweiterter Netzwerke zwischen den heute differenzierter gewordenen gesellschaftlichen und politischen Akteuren auf nationaler und globaler Ebene, und dies in einem gemeinsamen Such-, Lern- und gesellschaftlichen Veränderungsprozess.

Die zweite Große Transformation verlangt letztlich die Abkehr von der Natur, Mensch, Gesellschaft gefährdenden »Marktgeseilschaft« (Polanyi), die heute noch dazu finanzkapitalistisch dominiert ist, und die Hinwendung zu einer sozialökologischen und solidarisch-emanzipativen Gesellschaft.

Die gesellschaftliche und politische Linke (in umfassendem Sinne verstanden) sollte deshalb endlich begreifen, dass diese sozialökologische und solidarisch-emanzipative Transformation vor allem ihr Thema ist und sich damit für sie eine große Chance eröffnet, noch einmal eine politisch gestaltende Kraft zu werden und eine neue Epoche entscheidend mitzuprägen und mitzugestalten.

Literatur

- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005): Deutschland im Umbruch, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, S. 11-37, Wiesbaden.
- Bayer, Walter (2010): »Transformation«: Anton Gramsci und Karl Polanyi, in: transform, H. 7, S. 45-53. Brüssel.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt a.M.
- Bell, Daniel (1989): Beitrag, in: Die Zeit, 19. Dezember.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Gütersloh.
- Brie, Michael (2011): Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften, in: Thomas, Michael (Hrsg.): a. a. O., S. 61-84.
- Club of Rome (1972): Grenzen des Wachstums. Berlin.
- Dörre, Klaus (2011): Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik, in: Berliner Debatte Initial, H. 4, S. 56-72. Berlin.
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus, S. 19-56. Frankfurt a. M./New York.
- Etzioni, Amitai (2011): Eine neue Charakterisierung des guten Lebens, in: Welzer, H./Wiegandt, K. (Hrsg.): a. a. O, S. 328-338.
- Hall, Stuart/Held, David/Hubert, Don/Thompson, Kenneth (1996): Modernity Introduction to Modern Societies. Cambridge.
- Hobsbawm, Eric (1998): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.
- Holzinger, Markus (2011): Der Zwang zur Entscheidung. Die fragile Zukunft in der Kontingenzgesellschaft, in: vorgänge, H. 3, S. 4-16. Berlin.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Thesen, RLS-Papers, Berlin.
- Jarausach, Konrad H. (2006): Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 3, S. 4-10.
- Klein, Dieter (2011): Kein Wachstum – Der schwierige Fortschritt künftiger Transformation. RLS-Standpunkte, Nr. 16, Berlin.
- Land, Rainer (2009): Transformation des Kapitalismus. Roosevelt und Obama, in: Theater der Zeit. Arbeitsbuch 7/8, S. 74-79.
- Land, Rainer (2011): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung, in: Thomas, Michael (Hrsg.), a. a. O., S. 99-137.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Frankfurt a.M.
- Leggewie, Claus (2010): Futur zwei. Klimawandel als Gesellschaftswandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, H. 32/33, S. 40-46.
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M./New York.
- Marx, Karl (2005): Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 42. Berlin.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden.
- Müller, Michael/Strasser, Johannes (2011): Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle. Berlin.

- Paech, Niko (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Welzer, H./Wiegandt, K. (Hrsg.): a. a. O., S. 131-151. Frankfurt a.M.
- Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main
- Reißig, Rolf (1998): Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 2, S. 301-328. Köln.
- Reißig, Rolf (2007): Ostdeutschland im Wandel und Umbruch – Neu denken und gestalten, in: Woderich, Rudolf (Hrsg.): Im Osten nichts Neues? S. 23-38. Münster/Berlin.
- Reißig, Rolf (2008): Weltgesellschaft – Dialog- und Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts, in: Bahr, Egon (Hrsg.): Weltgesellschaft. Ein Projekt von links! S. 21-40. Berlin.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2009a): Wie aktuell ist Polanyis Transformationsansatz? In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4, S. 33-36. Berlin.
- Reißig, Rolf (2010): Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 30/31, S. 20-25. Bonn.
- Reißig, Rolf (2011a): Wandel und Transformation als Thema kritischer Sozialforschung. Ein Rück- und Ausblick, in: Thomas, Michael (Hrsg.): a. a. O., S. 31-59.
- Reißig, Rolf (2011b): Die neue »Große Transformation«. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: vorgänge, H. 3, S. 79-88. Berlin.
- Rilling, Rainer (2011): Wenn die Hütte brennt, in: LuXemburg, H. 3, S. 134-138. Berlin.
- Scherhorn, Gerhard (2011): Die Politik entkam der Wachstumsfalle. Ein Bericht aus dem Jahre 2050, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.), a. a. O., S. 64-102.
- Schulze, Gerhard (2004): Die beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert? Frankfurt a.M.
- Schumpeter, Joseph A. (1942/1975): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München.
- Steiner, André (2006): Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 3, S. 1-3.
- Thomas, Michael (Hrsg.) (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Münster/Berlin.
- UN (2010): Bericht über menschliche Entwicklung. Washington.
- Vester, Michael (2011): Auf dem Weg zu einem »partizipatorischen« Wohlfahrtsstaat?, in: perspektiven ds, H. 1, S. 27-49. Berlin.
- vorgänge (2011): Was ist heute Fortschritt? H. 3 (195). Berlin.
- Wagener, Hans-Jürgen (1996): Transformation als historisches Phänomen. F.I.T. Discussion Papers H. 7. Frankfurt (Oder).
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Zusammenfassung). Berlin.
- Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2011.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Frankfurt a.M.
- Wiesenthal, Helmut (2009): Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung, in: SFB 580. Mitteilungen, H. 31, S. 8-20. Jena.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt a.M./Berlin.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London/New York.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1971): Theorien sozialen Wandels. Köln.

Die Transformation muss am Herrschaftsknoten ansetzen

Für Dieter Klein



Brecht schärft ein: »Man darf nie vergessen, dass der Hauptvorwurf aller konservativer Elemente gegen den Sozialismus, er stelle eine Fortführung (und also wenn man will: eine Steigerung) des Kapitalismus dar, eine einfache Wahrheit ist, die noch nicht alle Sozialisten begriffen haben« (GW 20, 48 f.).

Dies scheint schon zu den Voraussetzungen dieser Konferenz zu gehören, wenn die Rede vom Sozialismus als »Aufhebung« des Kapitalismus ist und als zentrale Probleme für die Referate formuliert sind: Gibt es bewahrenswerte »Stärken« des Kapitalismus, und worin sind sie begründet? Können sie innerhalb anderer (welcher?) Strukturen bewahrt werden? Gibt es Ansätze einer neuen Gesellschaftsordnung?

(1)

Üblicherweise sind dies die Fragen nach den »Errungenschaften«. Aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft das zu Erhaltende herauszustellen – das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, oder wie Marx die radikalen Kapitalismuskritiker zeigt,

nicht zugleich mit der Kritik die Früchte »aufzuopfern« (MEW, 26.3, 257). Zunächst denkt man da an die Entwicklung der Produktivkräfte, ein Gradmesser, der heute angesichts von Atomenergie und Klimawandel etwas in Verruf geraten ist – gleichwohl möchte man nicht die Bequemlichkeiten der Lebensweise im entwickelten Kapitalismus missen –, dann aber auch an die Entwicklung der Zivilgesellschaft mit Wissenschaft und Kunst und all ihren Staats- und Rechtssystemen, die wichtig zu bewahren sind und stets gefährdet. Etwa Presse-, Meinungsfreiheit, die der Andersdenkenden, das Streik- und Versammlungsrecht, Menschenrechte überhaupt, Parlamente – kurz: die positive Bilanz »historisch-transitorischer Notwendigkeit« ist groß, Vieles ist widersprüchlich. Wiewohl auch hier schon in allen Punkten daran erinnert werden soll, dass die meisten Formen, die unter den Bedingungen des Kapitalismus herausgebildet sind, andere werden müssen, will man sie in eine andere, nennen wir sie: eine sozialistische Struktur tragend einbauen. Sie sind nichts an sich Festzuhaltendes, haben kein aufhebenswertes Wesen, sondern sind selbst als Prozess zu fassen. Sie zu nutzen, braucht es eine andere Denkweise.

(2)

Ich will an dieser Stelle aber an einem anderen Punkt ansetzen und aus eigener Erfahrung, aus dem Versuch, die Vier-in-Einem-Perspektive als mögliches politisches Projekt für die Linke vorzuschlagen, Lehren für die Fragen dieser Konferenz ziehen. Zunächst das Projekt, falls es inzwischen nicht allgemein bekannt ist. Wo und wie lernt es aus den Stärken des Kapitalismus, und wie begründet es sich von daher als Transformationsprojekt?

Kurze Skizze des Projekts: Die Vier-in-Einem-Perspektive ist eine Utopie von

Frauen, die eine Utopie für alle ist. Das Projekt setzt an bei den großen Arbeitsteilungen und ihrer Fassung im Hier und Jetzt, um eine andere nichthierarchische Ordnung vorzuschlagen. Einmal die Entwicklungslinien erkannt, geht es darum, eine Politik zu begründen, die ein Fernziel – die Überwindung der Herrschaft sichernden Grenzen – mit der alltäglichen Reformpolitik verbindet. Es folgt also Luxemburgs Vorschlag »revolutionärer Realpolitik« und sucht diese für uns Heutige zu übersetzen. Es geht dabei um Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, fürsorgender Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen. Lange Zeit wurden politische Projekte in diesen vier Bereichen getrennt verfolgt. Ich verknüpfe diese. Die Funktion der Verknüpfung ist es, einen Kompass zu liefern, der für die unterschiedlichen Projekte auf einen Zusammenhang orientiert und in dieser Bündelung wahrhaft kritisch, ja revolutionär ist, während jedes für sich genommen früher oder später reaktionär wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass »wir« nicht zu wenig Arbeit haben, wie dies offiziell politisch verkündet wird und praktisch auch als Arbeitslosigkeit von so vielen gelebt wird, sondern dass wir umgekehrt in Arbeit geradezu ersticken. Der Schein von zu wenig Arbeit verdankt sich der offiziellen Nichtwahrnehmung der meisten notwendigen Tätigkeiten in der Gesellschaft, weil sie keinen Profit bringen. Dazu gehören fast alle Arbeiten, die fürsorgend zwischenmenschlich geschehen, die wir als Reproduktionsarbeit zu bezeichnen pflegen. Diese werden meist unentgeltlich und von Frauen getan oder gehören teilweise zur öffentlichen Dienstleistung, wo sie auch zumeist von Frauen in niedrig bezahlten Jobs erledigt werden. Sie betreffen alle Fragen, wie wir miteinander umgehen, mit Kindern, mit Alten, mit Kranken, mit Freunden und geliebten Personen usw. Dazu gehört auch der Umgang mit den natürlichen Bedingungen unseres Lebens, kurz die Fragen der Ökologie, nachhaltigen Wirtschaftens.

Ferner rücke ich ins Blickfeld alle Tätigkeiten, die wir zur Entwicklung unserer menschlichen Fähigkeiten benötigen. Darin ist lebenslanges Lernen ebenso eingeschlossen, wie die Entwicklung der Sinne und der Kultur. – Schließlich geht es um uns als politische Wesen, darum, wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen und müssen.

Wenn wir die vier Bereiche ungefähr zu gleichen Teilen in unser Leben denken, kommt ein etwa 16-stündiger Arbeitstag heraus. Dies aber nur dann, wenn wir die sogenannte Erwerbsarbeit rigoros auf vier Stunden verkürzen. Perspektivisch erledigen sich auf diese Weise Probleme von Arbeitslosigkeit (wir haben dann weniger Menschen als Arbeitsplätze) mitsamt Prekariat und Leiharbeit – so gesprochen gehen alle einer Teilzeitarbeit nach, bzw. der Begriff hat aufgehört, etwas sinnvoll zu bezeichnen, und wir können uns konzentrieren auf die Qualität der Arbeit, ihre Angemessenheit an die menschliche Verausgabung ihrer Fähigkeiten.

Es versteht sich von selbst, dass alle Einzelnen über ein ausreichendes Einkommen zum Leben verfügen und dass sie ebenso in jedem der vier Bereiche sich betätigen: in der Erwerbsarbeit, in der fürsorgenden Arbeit um sich und andere, in der Entfaltung der in ihnen schlummernden Fähigkeiten, schließlich im politisch-gesellschaftlichen Engagement. Alternativ kann man dies auch so ausdrücken, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, sein Leben so einzurichten, dass er oder sie je vier Stunden in jedem dieser Bereiche pro Tag verbringt.

Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche. Keiner sollte ohne die anderen verfolgt werden, was eine Politik und zugleich eine Lebensgestaltung anzielt, die zu leben umfassend wäre, lebendig, sinnvoll, eingreifend und lustvoll genießend. Dies ist kein Nahziel, nicht heute und hier durchsetzbar, doch kann es als Kompass dienen für die Bestimmung von Nahzielen in der Politik, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht und in der endlich die Entwicklung jedes Einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann, und dieser Satz nicht bloß folgenlose Phrase bleibt. So ungefähr. Man kann das in vielen Versionen nachlesen, am besten im Buch mit Begründung aus Forschungen von 30 Jahren.¹

¹ Frigga Haug: Die Vier-in-Einem-Perspektive . Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. 3. Auflage, Hamburg 2011.

(3)

Was wurde in diesem Projekt aus dem Kapitalismus gewonnen, bzw. an welcher Entwicklungslinie wurde wie angesetzt? Ich habe eine Weile über diese Frage gegrübelt. Ungläubig zunächst, weil ich die »Errungenschaften« als Ansatzpunkt nicht gleich fand und dabei selbstbewusst genug war, vorauszusetzen, dass ich die Klassiker wieder und wieder studiert hatte und also kein utopistisches Projekt jenseits aller Entwicklungslinien entworfen hatte.

Mein Ausgangspunkt war der wirkliche Beginn menschlicher Tätigkeiten – die Auseinandersetzung mit der Natur, also Arbeit. Dann die Teilungen der Arbeit mit der Möglichkeit von Entwicklung und von Herrschaft. Sobald Kapitalismus die dominante Produktionsweise ist, also eine Reihe von Arbeiten in die Form der Lohnarbeit geraten, beginnt auch Gegenwehr – nur wenige Jahrzehnte nach Beginn der Industrialisierung gibt es eine schnell stärker werdende Arbeiterbewegung in internationalem Maßstab, die die Kämpfe um Zeit aufnimmt – von der 60-Stunden-Woche, zu 50, zu 40 bis in den 1970er Jahren zu 35 Stunden-Woche – erste Anzeichen vom Kampf um die 30-Stunden-Woche gibt es seit 2011 aus der Gewerkschaft Ver.di. Die Kritik der politischen Ökonomie durch Marx liefert die bis heute stimmigen Analysen. Er hält die Kämpfe um Zeit, genauer den entsprechenden Fabrikakt, für die erste »gesellschaftliche Kontrolle«, »welche den Arbeitstag mit seinen Pausen gesetzlich beschränkt, reguliert und uniformiert« (MEW 23, 316).

Das Projekt der Vier-in-Einem-Perspektive gewinnt aus dem Kapitalismus zunächst den Stand der Arbeitsproduktivität, dass also die lebendige Arbeit in der Form der Lohnarbeit immer weiter zurückgedrängt wird, sodass mehr verfügbare Zeit (disposable time) möglich wäre. Es gewinnt: die Arbeiterbewegung, vom Kapitalismus geschult und geformt. Es setzt also an bei den wirklichen Bewegungen, beim Studium der Kräfteverhältnisse, wie Rosa Luxemburg dies einschärft (GW 4, Krise der Sozialdemokratie, 149 f).

Auf der anderen Seite der Arbeiterbewegung wächst eine andere Bewegung mit eigenen Schwerpunkten und Zielen. Die vom Kapitalismus nicht erfassten, weil nicht mit Profit ausbeutbaren Reproduktionstätigkeiten benötigen diese andere Hälfte der

Menschheit, die die »Produktion, Reparatur und Instandhaltung« der Arbeitskräfte besorgt und dann mehr und mehr zu schlechteren Bedingungen in die Lohnarbeit einbezogen wird, die Frauen. Sie kämpfen nicht für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, wie die Gewerkschaften für die der Lohnarbeiter; sobald sich die Bewegung der Frauen herausbildet, muss sie sogleich für eine andere nichtkapitalistische Gesellschaft eintreten, wie diffus auch immer, weil ihre Belange strukturell auf der Unterseite der Lohnarbeit eine Umwälzung der Gesamtstruktur erfordern. Dies bezeichne ich als den strategischen Herrschaftsknoten: das Ineinander von gesellschaftlich anerkannter notwendiger Arbeit und ihrer Akteure, gestützt durch eine andere Gruppe von Akteurinnen, die gewissermaßen notwendig-unsichtbaren, die dafür sorgen, dass das Ganze weiterläuft, und zugleich auch den Opfermut aufbringen, auf eigenes Leben und Entwicklung zu verzichten. Dass der Knoten hält, verlangt ungleichzeitige und widersprüchlich fragmentierte Subjekte. Solche entstehen, wie Antonio Gramsci in den Gefängnisheften einschärft, wenn Menschen an der Herstellung ihrer gesellschaftlichen Bedingungen nicht gemeinsam beteiligt sind.

Die beiden Bewegungen, die alte der Arbeiter und die neuere der Frauen, sind nicht ineinander integrierbar. Sie haben unterschiedliche Interessen und Bedrückungen. Insofern habe ich, aus dem Studium beider lernend, die Hierarchie in der Teilung der Arbeit im theoretischen Modell ausgehebelt und beide Bewegungen nebeneinander gestellt, ihre Tätigkeiten in der Gesellschaft also nebeneinander stehen gelassen. Die politische Lösung konnte nicht darin bestehen, die unterschiedlichen Tätigkeiten auf einen Arbeitsbegriff, den der Lohnarbeit zu vereinheitlichen –, selbst wenn mehr und mehr Frauen in den Erwerbsprozess einzogen, blieben ja die vielen nicht erwerbsmäßig zu leistenden Arbeiten – sondern die Verallgemeinerung musste quer dazu darin bestehen, die notwendige Arbeit anders zu teilen. Alle Gesellschaftsmitglieder, Männer wie Frauen, sollen auf beide Bereiche bezogen werden, den der Produktion wie den der Reproduktion. Aus dem Kapitalismus wurde an dieser Stelle die praktische Notwendigkeit solcher Verallgemeinerung gewonnen. So wenig die menschliche Reproduktion im kapitalistischen Gesellschafts-

projekt umfassend einbezogen ist, umso deutlicher wird im weiteren Verlauf, dass die Menschen wie die übrigen Rohstoffe verschlissen werden. Dem Kapitalismus verdankt sich, dass ein wachsendes Heer von Frauen, ebenfalls geschult, Lösungen für die Frage der gesellschaftlichen Reproduktion finden muss, die die menschliche einbezieht.

Weitere Ungleichzeitigkeiten erlauben eine klarere Sicht auf die Perspektive. So weit entfernt Marxens Fernziel, in dem die Entwicklung eines jeden Voraussetzung für die Entwicklung aller ist, von den heutigen Repressionen im neoliberal geschrumpften aktiven Lohnarbeiteranteil und den herausgedrängten »Überflüssigen« scheint, ist doch gerade der wachsende Berg an Arbeitslosen der offenkundige Beweis, wie reich diese Gesellschaften sind und wie ökonomisch möglich, die vorhandenen Fähigkeiten zu entfalten. In der großen Wirtschaftskrise, die alle am Bildschirm immer unverständlicher und immer handgreiflicher zugleich erfahren, wird auch offensichtlich, dass die politische Einmischung von allen gefordert ist, weil der Kapitalismus und in ihm die Anordnung von Wirtschaft und Staat keine Lösungen mehr für die von ihm selbst gebauten Sackgassen findet. In dieser Krise und ihren Umbrüchen lässt sich die Vier-in-Einem-Perspektive als Spannungsrahmen, als axiomatisches Feld, in dem die Erschütterungen analysierbar sind, begreifen. Die Krise ist eine doppelte Reproduktionskrise, eine des Systems und eine der Reproduktion der Menschen – es ist allerdings noch nicht sichtbar, wie eine formierende Kraft sich bildet.

Die Errungenschaften und Stärken des Vier-in-Einem-Projekts sind in diesem Fall: die Produktivität der Lohnarbeit und damit der Stand des Wissens, die Herausbildung von geschulten Widerstandsbewegungen und die Bereitstellung von Erkenntnis über die Unmöglichkeit dieses kapitalistischen Projekts, das, wie in der Weltwirtschaftskrise erfahrbar, an sein historisches Ende gekommen zu sein scheint, damit die Sichtbarkeit der Notwendigkeit der Einbeziehung aller an der Gesellschaftsgestaltung. Alle diese Stärken sind umkämpft, bedroht, zerstörbar. Dabei kommt das Projekt der Vier-in-Einem-Perspektive zunächst ganz harmlos daher: Verkürzung der Erwerbsarbeit, Verteilung der Gesamtarbeit im

umfassenden Sinn auf alle, Menschenrecht auf Entwicklung, Einmischung in die Gestaltung von Gesellschaft, – was sollte dies an kapitalistischer Herrschaft rütteln?² – Das Geheimnis ist die Verknüpfung der vier getrennten Bereiche und ihrer Politiken, die nur zusammengeknotet so unauflösbar scheinen. Sie also gilt es, gleichzeitig aufzurufen.

Brecht, der so vieles von Rosa Luxemburg aufgenommen und in seine diversen Stücke, Gedichte, Prosaschriften hineingedichtet hat, übernimmt auch ihre Gedanken zum Verhältnis von Gewalt und Revolution, deren Sprache vielleicht veraltet ist, deren Inhalt aber gültig bleibt:

»Nun ist sicher, was wir haben, Unordnung, und was wir planen, Ordnung, aber das Neue ergibt sich aus dem Alten und ist seine nächste Stufe. Wir versuchen weniger, etwas ganz anderes, zu dem es keinen Zugang gibt, durchzusetzen, als den nächsten Schritt zu tun, d.h. den Schluss aus dem Vorhandenen zu ziehen. Das Neue entsteht, indem das Alte umgewälzt, fortgeführt, entwickelt wird. Die Klassiker haben die Unordnung ihrer Zeit als eine Ordnung erkannt und gezeigt, die einmal mühsam und auf gewaltsame Art eingeführt wurde und die eine Fortführung, Umwälzung, Entwicklung einer vorausgehenden Ordnung war. Deshalb kann man nicht erwarten, dass die *Große Ordnung* auf einen Schlag, an einem Tag, durch einen Entschluss eingeführt werden kann. Die Einführung der *Großen Ordnung* ist, weil ihre Gegner gegen sie Gewalt anwenden, ein Akt der Gewalt, ausgeübt durch die große Mehrheit des Volkes, aber ihr Aufbau ist ein langer Prozess und eine Produktion« (Me-ti, 527 f.).

Später schlägt Brecht vor, statt Ordnung Produktion zu sagen.

(4)

Der Kapitalismus hinterlässt neben vielem anderen auch eine Art negativer Errungenschaft auf Seiten der Akteure. Das sind die Gewohnheiten, die übernommenen Denkmuster, das lieb gewordene Alte. Zu rech-

² Tatsächlich gab es in den vielen öffentlichen Diskussionen um das Projekt immer einige, die darauf beharrten, es handle sich um ein langweilig reformistisches Projekt, das selbst gar nicht antikapitalistisch sei.

nen ist damit, dass die vorhandenen Strukturen verinnerlicht sind und die Menschen in ihren Individualitätsformen nicht unbedingt eine Veränderung wollen. Ich spreche jetzt also von dem Hegemonieproblem, dem sich jede Veränderungspolitik stellen muss. Das ist für ein Transformationsprojekt wie die Vier-in-Einem-Perspektive von besonderer Bedeutung, weil sie als zentrale Achse die Politik von unten anzielt, also die Gestaltung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder. Dies lässt sich kaum von oben fordern. Die Menschen müssen dies selber wollen. Hier eingreifend zu denken setzt wiederum Dialektik voraus. Das soll heißen: die Dinge im Fluss der Bewegung denken, als sich verändernd beim Machen. So im Falle der Politik von allen mit einem konservativen apathischen, nicht wollenden Volk rechnen und zugleich, dass alle eine Veränderung wollen können, die sie selbst machen und bejahen können – und dies zugleich nicht wollen, weil sie sich dafür verändern müssen. Man kann nicht die Bedingungen seines Lebens verändern und selbst gleich bleiben, ebenso wenig wie umgekehrt. Hier ist eine Hinzuziehung von Gramsci elementar: Er geht davon aus, dass die einzelnen aus unterschiedlichen Traditionen und Beziehungen kommend, selbst ein chaotisch zusammengesetztes Erbe antreten und sich dessen bewusst sein müssen, sich kohärent arbeiten. Das alte: »Erkenne dich selbst« nennt er die dringlichste politische Aufgabe. Dabei würde ein jeder ein Verzeichnis der eigenen Wünsche und Hoffnungen erstellen, das Resultat besichtigen – also Erinnerungsarbeit –, betreiben, um sich selbst bejahen zu können.

Vorläufiges Resultat: Ein Transformationsprojekt müsste so etwas wie ein Aktivierungsdispositiv anbieten, in das sich die Einzelnen hineinbegeben können und, so wie sie dies tun, schon mit Veränderung beginnen.

(5)

Ich zeige im Folgenden einige exemplarische Widerstände gegen das Vier-in-Einem-Projekt (das im Übrigen dort, wo ich es vorgestellt habe, gewöhnlich auf große Zustimmung stößt), um aus ihnen zu lernen.

Das Schwierigste sind die Diskussionen in der Partei DIE LINKE, dort insbesondere im Vorstand. Sie kommen einerseits aus einem nicht bearbeiteten Liberalismus, mit dem zu

rechnen ist, zum anderen aus einem gewerkschaftlichen Horizont, der an der Ineinssetzung von Arbeit = Lohnarbeit festhalten will, weil anders die antikapitalistische Stoßrichtung aufgeweicht würde.

Ich hatte angenommen, dass die Kämpfe um Zeit für zentral zu halten ganz selbstverständlich begriffen würden, ja, dass dies eine zentrale Losung für die LINKE sein müsste, von allen verstanden und dennoch für die LINKE einmalig sei. Erfahre aber u.a. aus einer Veröffentlichung eines Vorstandsmitglieds, geschrieben gegen die Vier-in-Einem-Perspektive –, dass Zeitkämpfe banal und allzu harmlos seien. Da ich Marx seit über 40 Jahren studiere und immer wieder mit Gewinn und anders lese, kam ich nicht darauf, dass seine Vorstellungen, etwa von der Ökonomie der Zeit, in die sich letztlich alle Ökonomie auflöse, bei Linken unbekannt sein könnten. Die genannte Autorin behauptet, dass die Beschäftigung mit Zeit nicht viel mehr als Zeitvertreib sei und daher ungeeignet für ein Programm der LINKEN. In ihrer Begründung schafft sie beispielweise ein paar Arbeiten ab – »Kochen, Waschen, Putzen« –, um »Selbstbestimmung« an die Stelle zu setzen, und erkennt in der Anordnung der Vier-in-Einem-Perspektive, die tätige Zeit gerecht auf die wesentlichen Bereiche der Lebensmittelproduktion (Lohnarbeit), Reproduktion (Fürsorge für alle), Selbstentwicklung, Politik zu verteilen, eine »Bevormundung«. »Freiheit aber ist Selbstbestimmung« lautet ihr Gegenargument sowohl gegen die Vier-in-Einem-Perspektive wie gegen die Kämpfe um Zeit. Zudem sei die »Reduktion der feministischen Kämpfe auf einen Kampf um die Zeit vereinfachend und verharmlosend«.

Tatsächlich kommt ein solcher Begriff von freier Selbstbestimmung des Individuums aus dem Liberalismus, in dem ein jeder Unternehmer seiner selbst ist, als Quelle von Autonomie und Selbstverwirklichung. Gegen dieses liberale Versprechen, jüngst stark aktualisiert im Neoliberalismus, haben Marx und Engels und die Folgenden gelehrt, die Bedingungen zu untersuchen, in denen die Menschen gemeinsam ihr Leben organisieren und darin um die Verfügung über Zeit kämpfen. Dieser Kampf ist keineswegs harmlos, sondern schwer und wird auf gewaltsame Gegenwehr stoßen. Es ist der zentrale Kampf für ein linkes Projekt. Aber

solche Gedanken aus dem Vorstand und zweifellos weit darüber hinaus lehren uns: Man kann den Freiheitsbegriff ebenso verharmlosen in »ich tue, was ich will« wie den Begriff der Selbstbestimmung in »ich bestimme über meine Zeit, wie ich will«. Noch einmal Brecht: »Der Wunsch nach Freiheit ist die Folge von Unterdrückung. Die Freiheit ist die Folge der Befreiung. Das erscheint ein Spiel mit Wörtern. Aber viele haben für die Befreiung nichts geleistet, weil sie die Freiheit vor oder zugleich mit der Befreiung wollten« (Marxistische Studien, GW 20, 56 f.).

Also gilt es auch unter uns zu streiten gegen die Illusion des »freien Willens« für die Aneignung und Politisierung der beiden Begriffe Freiheit und (kollektive) Selbstbestimmung, dass sie wahrhaft Kämpfe gegen Kapitalismus und Herrschaft sind. Das Erbe des Liberalismus und aktuell neoliberaler Faszination zu überwinden ist in einem Transformationsprojekt als dringliche Aufgabe gestellt, weil es eine wesentliche behindernde Denkweise ist. Noch ein weiteres Mal ist Brecht nützlich. Ausgehend vom subjektiven Willen, etwas nicht zu wollen, schreibt er, als müsse auch er die Zustimmung, in die politische Gestaltung von Gesellschaft einzugreifen, in der Vier-in-Einem-Perspektive zurückweisen:

»Ich will zum Beispiel leben mit wenig Politik. Das heißt, ich will kein politisches Subjekt sein. Aber das soll nicht heißen, dass ich ein Objekt von viel Politik sein will. Da also die Wahl nur lautet: Objekt von Politik zu sein oder Subjekt, nicht aber: kein Objekt, kein Subjekt oder Objekt und Subjekt, muss ich wohl Politik machen, und die Menge davon bestimme ich auch nicht selber. Es ist bei dieser Sachlage wohl möglich, dass ich mein ganzes Leben zubringen muss in politischer Betätigung und es dabei verliere« (GW 20, Marxistische Studien, Über den Staat, 66 f.).

Der zweite Haupteinwand kommt aus dem Marxismus-Leninismus und aus der gewerkschaftlichen Linken – darin die Verhärtung um einen angeblich marxischen Arbeitsbegriff, der auf Lohnarbeit setze und sie als Zentrum aller Herrschaft und Befreiung fasse.

Dieses Denkmuster hat ein historisches Recht und steht gleichwohl einem Transformationsprojekt entgegen. Es verunmöglicht, den oben skizzierten Herrschaftskno-

ten, der strategisch die Reproduktion von Kapitalismus hält, auch nur zu besichtigen, geschweige denn in das Zentrum der Kämpfe zu ziehen.

Im Sinne der Vier-in-Einem-Perspektive ist anzustreben, bei jedem Politikvorschlag je nach den Umständen die Bereiche zusammenzufügen und dabei vor allem auf die Bewegung von unten zu achten. Die allgemeinste praktische Forderung ist die nach der gerechten Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit und der Arbeitsarten, mit Verkürzung der individuellen Erwerbsarbeitszeit. Gewerkschaftliche Gewohnheit versteht dies nicht als Aufforderung, die freigesetzte Zeit mit den anderen drei Bereichen des tätigen Lebens zu füllen, sondern ergänzt sie um die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Das hat den paradoxen Effekt einer selbstbewussten Lähmung. Sie rührt aus der Gewissheit, dass dies bei wirklich substanzieller Verkürzung der individuellen Erwerbszeit, wie sie zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit nötig ist, nicht gelingen kann, es sei denn, man rüttelt an dem enormen wachsenden Auseinanderklaffen von Lohn und Gewinn. Dafür allerdings braucht es eine selbstbewusstere Arbeiterklasse.

Das zeigt auch, dass die Einzelbereiche nicht getrennt angegangen werden können, sondern jeweils so vorgeführt werden müssen, dass sie ihr Gegenüber produktiv in Bewegung bringen. Mein Vorschlag war, *Teilzeitarbeit für alle* zu fordern. Das ist selbst paradox. Aber es nimmt die Frauensituation auf. Ferner bringt es einen dazu, das »Volle« und die »Teile« zu durchdenken. Und schließlich zwingt es dazu, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit anders auf den Weg zu bringen, als sie mit der Lüge, es sei keine Arbeit da, zu vertagen. Der Vorschlag, Teilzeitarbeit für alle zu fordern, entfachte das Engagement der Vielen, aber kontrovers. Begeistert waren die Teilzeitarbeitenden und ebenso die qualifizierten Besserverdienenden, für die Zeit der größte Wohlstand ist. Je näher die Einzelnen den Gewerkschaften waren, desto eher erinnerten sie sich, dass Teilzeitarbeit für die Betroffenen minderwertig und ausweglos war und also bekämpft gehörte. Dies haftete nun gleichsam am Wort wie eine feste Eigenschaft und hinderte, die Sprengkraft jener paradoxen, sich ja in Wirklichkeit selbst aufhebenden Kampflösung zu erken-

nen. Teilzeitarbeit für alle ließ sich für sie nicht übersetzen in die positive Forderung, dass alle mehr Zeit zu ihrer Verfügung hätten. Zum Transformationsprojekt gehört also auch Sprachpolitik. Sprache hat eine große Kraft. Man versuchte sich bei der Teilzeitforderung im heftigen Streit auf »Halbzeitarbeit für alle« zu einigen, wiewohl alle spürten, dass dem Feuer damit die Luft zum Brennen ausgegangen war. Die Frage glimmt weiter. Jüngst (2010) hat man sich auf »kurze Vollzeit für alle« einigen können, eine Losung, in der die alte Forderung wie ein fernes Echo matt nachklingt.³ An diesem Beispiel wird erkennbar, dass nicht eine einzelne Maßnahme entscheidend ist, sondern der Lernprozess als Bewegungspolitik. Die Menschen messen sich eine Änderungsmöglichkeit an, und indem sie dies tun, ändern sie sich. Auf diese Weise sind sie bereits im Übergang.

In der praktischen Politik wird man als Linker alle Reformvorschläge zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung, die auch die anderen Parteien machen, unterstützen, aber diese nicht als eigenes Ziel ausgeben, sondern zugleich vorführen, wie dies nicht genug ist – etwa ein Mindestlohn oder ein verkürztes Rentenalter –, sondern, wo immer möglich, den Gesamtzusammenhang betonen – Experimente an den Grenzen des Kapitalismus entlang fördern.

Ein solches zu prüfendes Experiment ist der neuerlich wieder aufgenommene Versuch, in die Politik der Gewerkschaften – es gilt auch für Parteien – einen Paradigmenwechsel hineinzutragen, der, knapp gesprochen, die Politik von oben durch eine der Selbstermächtigung ablöst. Für die Gewerkschaften soll es darum gehen, den schrumpfenden Organisationsgrad, der mit einer Politik des Anspruchs, dass von oben Rechtsschutz und Kampf um die Löhne geleistet wird, einhergeht, so umzuwälzen, dass immer mehr Menschen ihre Geschicke in eigene Hände nehmen – dies unter dem Schutz der Gewerkschaften, deren Mitglieder sie werden. Dieses als »Community Organizing« aus den USA kommende Konzept wurde 2005 auf einer Tagung in Hamburg vorgestellt und insbesondere von den Gewerkschaften Verdi und der IG-Metall

³ Wuppertal Institut, BUND, Diakonie und Hamburger Zukunftsrat (Hrsg.): Zukunftsfähiges Hamburg – Zeit zum Handeln, 2010.

aufgenommen – als Kampf gegen den Neoliberalismus. (Dörre, Detje u.a. – aus der Krise zur Erneuerung, nahmen 2008 das Konzept auf). – Für das Projekt der Vier-in-Einem-Perspektive kann es als Modell dienen, wie die tragende Achse von 4 in 1, dass alle die Gestaltung der Gesellschaft zu ihrer eigenen Sache machen, politisch umzusetzen wäre. »Organizing« in Deutschland nimmt wegen der gewerkschaftlichen Anbindung vornehmlich im Betrieb seinen Ausgangspunkt, über den zunächst ein Wissen unter den Beschäftigten hergestellt wird, dass nachhaltiges Eingreifen überhaupt möglich wird. In einer anderen Art von politischer Bildungsarbeit sollen durch gezielte Fragen zur Person – im Einzelgespräch – zum Befinden im Betrieb, zur Aktionsbereitschaft, die Wut freigesetzt, Hoffnung und Aktion angestiftet werden. Ziel ist es, von den wirklichen Anliegen der Beschäftigten auszugehen, sie zu Losungen zu verdichten, andere Aktivisten zu suchen und zunächst erreichbare Ziele von den Betriebsangehörigen durchsetzen zu lassen. Durch die Erfahrung der eigenen Mächtigkeit werden dann idealtypisch und mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke, größere Ziele anvisiert. Das Verfahren, weiterentwickelt aus der Chicagoer School of Economics der 1920er Jahre, ähnelt eingreifender Sozialforschung. Unter Anleitung von »Community Organizern« wurden die Bewohner befähigt und bestärkt, aktiv für ihre eigenen Interessen und oft gegen die Interessen großer Unternehmen, einzelner Unternehmer oder mächtiger staatlicher Einrichtungen vorzugehen. Als Begründer des »Community Organizing« gilt Saul Alinsky. Das Verfahren wurde auch in Nachbarschaften, Sportvereinen, Bürgerorganisationen, kirchlichen Gruppen gegen faschistische Bewegungen und für die Verbesserungen von Lebensbedingungen angewandt und zum Ausbau »lokaler Demokratie«. In jedem Fall setzt es intensive Feldwahrnehmung voraus und schnelles Begreifen von Änderungsmöglichkeiten. Es setzt zudem auf eine wachsende Schar »organischer Intellektueller«, die jeweils die Möglichkeit »militanter Aneignung der eigenen Lebensbedingungen« für eine kurze Phase von außen vorantreiben. Es ist in dieser Weise ein Angebot an Gewerkschaften und linke Parteien, mehr Mitglieder zu gewinnen und ihnen darüber hinaus zur Selbstermächtigung zu verhelfen und auf

diese Weise gesellschaftliche Transformation voranzutreiben, nicht bloß reformistisch durch Mitgliederzuwachs allein Gesellschaftsveränderung für möglich zu halten. Es hat geschichtlich aus der Bernsteindebatte gelernt.

Bei der Vier-in-Einem-Perspektive geht es nicht primär um den Betrieb und auch nicht um lokale Brennpunkte und Konflikte, sondern um die Eingelassenheit in herrschaftliche Zeitverfügung in der Gesamtgesellschaft, um Eingreifen in gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung. Da ließen sich mit dem »Organizing-Konzept« die Frageräume vom Betrieb ausgehend auf die Bereiche fürsorgende Arbeit, politisches Eingreifen und auch Recht auf Selbstentwicklung erweitern. Es ist anzunehmen, dass ein solches Projekt dann sogar an Tiefe und Dynamik gewinnt. Schwieriger aber ist es, angebbare Ziele in einer Vier-in-Einem-Perspektive zu gewinnen und so die in Organizing enthaltene Rückkopplung von Zielerreichung, also einem Nahziel, auf die Ansteuerung des Fernziels, der Gestaltung von Gesellschaft durch ihre Mitglieder in einem nicht zu langen Zeitraum zu schaffen. Es ist nicht das Problem, dass überhaupt ein Politisierungsprozess in Gang kommt, sondern die Nahziele so zu stecken, dass erste Zielerreichung in kleinen Schritten erfahrbar ist. Eine Möglichkeit scheint mir zu sein, die Kämpfe um Zeit so auszurichten, dass eine allmähliche Verschiebung von Zeitkonten im Betrieb, in staatlichen Unternehmen angebar wird. Es könnte ein Nahziel sein, ein Kontingent an Zeit in der Politik, in der Reproduktionsarbeit, in Selbstentwicklung/Lernen auf die Erwerbsarbeit anzurechnen – dies trifft ja auf schon vorhandene Praxen wie Freistellungen, Bildungsurlaub zu –, d.h. diese Erwerbszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen und umgekehrt, bei Teilzeitarbeitenden aufzustocken und den Lohn entsprechend zu erhöhen. In jedem Fall wäre dies ein Ziel, das schrittweise angegangen, die Unterstützung sehr vieler braucht, weil in dieser Verschiebung die Ausgleichszahlungen an die bislang Teilzeitarbeitenden und die zusätzlich einzustellenden Arbeitslosen, von den Gewinnen erstritten werden müssten. Es kann für diese Mobilisierung »Organizing« als Selbstermächtigung eingesetzt werden, wenn genügend organische Intellektuelle unterwegs sind und daran arbeiten. Diese Verschiebung setzt unmittelbar am Herrschaftsknoten an, indem sie die passive

Zustimmung zu den alten Arbeitsteilungen aufweicht und schon von Beginn an, Politisierung ankurbelt ebenso wie Lernen oder andere Selbstzweckpraxen. Es eignen sich die Kämpfe um Zeit auch deshalb, weil mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass das Zeitproblem, Zeithetze, die Vergeudung von Zeit alle betrifft. Je anders werden die Druckpunkte sein, an denen der Konflikt um Zeit entbrennt. Dies als gesellschaftliches Wissen zu erkunden, kann selbst eine starke Mobilisierung bringen. Und dass zugleich umgekehrt von allen gewusst wird, dass die unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte mehr verfügbare Zeit für alle erbringen muss, sollte zu den täglichen Informationen gehören. Es ist also an der Zeit.

(6) Voraussetzungen statt Errungenschaften

Es kann in einem Transformationsprojekt nicht einfach darum gehen, etwas aus dem Kapitalismus »zu bewahren«, sondern die einzelnen Stützpfeiler aus ihrer wechselseitigen Umklammerung zu lösen und für den Bau einer anderen Struktur zu verändern. Keines kann bleiben, wie es ist, wenn es aus der Verschränkung in eine selbstbewusste neue Ordnung eintritt. Und auch hier zum Abschluss noch einmal Brecht, der als politischer Ratgeber viel zu wenig beachtet wird:

»Die Vorstellung einer idyllischen Staatsform, in der die Sorge um das Materielle (das sie hassen) dem Einzelnen und der Masse abgenommen wäre, ist eine rein bürgerliche Vorstellung. Der Revolutionär hasst das Materielle nicht. Die Revolution soll im Gegenteil jene Sorge zur Sorge aller machen. Der Kommunismus erstrebt weniger eine Teilung der freien Zeit als eine solche der Arbeit! Heute haben die wenigsten eine Ahnung davon, welche ungeheure Steigerung der Lust an öffentlichen Geschäften bei der Masse zu erfolgen hat, damit sie fähig werde, den Staat zu übernehmen. Arbeit zur Beseitigung der Arbeit ist eine ganz jämmerliche Pensionistenidee! In Wirklichkeit müssen nur alle Leute in stand gesetzt werden, es sich leisten zu können, um der Arbeit willen zu arbeiten!« (GW 20, 48 f.)

Reform, Revolution, Transformation



Die OECD-Gesellschaften sind in einer Vielfachkrise, die sich aus einer Vielzahl von jeweils eigensinnigen, aber intern miteinander verbundenen Krisendynamiken zusammensetzt (vgl. Demirovič u.a. 2011). Neben der Krise des Finanzmarktes und der Wirtschaft sind auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in vielen Hinsichten gestört: Klima, Energie, Wasser, Ernährung, Stadt und Land; krisenhaft ist der Arbeitsmarkt und sind die Arbeitsverhältnisse, die Lebenssituation vieler Lohnabhängigen, die Sozialsysteme, die Mobilität, die Bildungs- und Ausbildungsprozesse oder die Formen der Reproduktion des Subjekts. Der Bedarf an Veränderungen ist demnach groß und geht über Maßnahmen zur Bewältigung allein der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise weit hinaus. Mehr noch, er geht über die Krisensituation selbst hinaus, denn auch das, was als anzustrebende Normalität und Stabilität gilt, ist nicht nachhaltig und erweist sich als eine Form von sozialer Herrschaft, die viele Widersprüche aus der Gesellschaft hinauszudrängen versucht, die sich dann als Krisenmomente zur Geltung bringen.

Diese Vielzahl von generischen Krisenmomenten ist ein Hinweis auf den prekären Charakter dieser normalen Lebensbedingungen.

In allen diesen Hinsichten scheint es so, dass sich die entwickelten Gesellschaften wie in einer Zeitschleife bewegen. Kein Problem wird gelöst. Der Atomunfall von Fukushima macht dies einmal mehr deutlich: Es ist wie die Wiederholung der Situation von 1986. Die neoliberale Form kapitalistischer Herrschaft ist auch Zeitdiebstahl: Drei Jahrzehnte wurden verloren. Relevante Einsichten aus den 1970er und 1980er Jahren wurden nicht umgesetzt, dies nötigt dazu, sie auch heute noch zu wiederholen. Zwar kam es dann in Deutschland zum Regierungsbeschluss eines Atomausstiegs, aber die Gegenkräfte bemühen sich längst, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Der gesellschaftliche Entwicklungspfad selbst müsste zur demokratischen Diskussion und Entscheidung gestellt werden (vgl. Allespach, Demirovič, Wentzel 2010).

Die Linke konnte sich weder reformorientiert noch revolutionär wirklich durchsetzen. Für revolutionäre Politik scheint dies auf der Hand zu liegen, denn es gibt eine enorme Evidenz dafür, dass die bekannten sozialistischen politischen Revolutionen kaum die Emanzipationsziele verwirklicht haben, mit denen sie symbolisch verbunden waren. Aber auch Reformen haben nicht die Ergebnisse hervorgebracht, die von ihnen erwartet wurden. Die Erfahrungen mit Reformen, reformorientierten Parteien und Regierungen, die auch von linken Kräften getragen wurden – in Deutschland die sozial-liberale Koalition in den 1970er Jahren und die rot-grüne Koalition zwischen 1998 und 2005 – lehren, dass es auch in diesem Fall zu einer Verkehrung der ursprünglichen Ziele kommen kann. So wie im Fall der Revolution, so kann auch eine Politik der Reform angesichts einer jahrzehntelangen Erfahrung nicht mehr länger in einer objektivistischen Einstellung betrieben werden,

sondern muss das Scheitern und die Folgen mit bedenken. Jede Reformpolitik muss sich heute diesem Problem einer Evaluation ihrer Praxis und ihrer Ergebnisse stellen.

Die Dialektik von Revolution und Reform muss von Neuem durchdacht werden. Wurden beide Begriffe in der Geschichte der sozialistischen Bewegung sehr häufig als Gegensatz gedacht, stellt sich heute, nach dem Scheitern beider Strategien, die Frage nach der Konzeption einer Transformationsstrategie, die von vielen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam getragen wird, weil sie ihnen den Raum und die Möglichkeit gibt, ihre jeweiligen emanzipatorischen Ziele zu verfolgen. Im Folgenden sollen zunächst einige der Probleme dargestellt werden, die mit den Begriffen der Revolution und der Reform verbunden sind. Die Folie dafür ist der in der politischen Diskussion häufig angemahnte politische Handlungsbedarf und die damit verbundene Zeitsemantik (1). Im zweiten Abschnitt werden Argumente für den Begriff der Transformation dargelegt (2). Schließlich werden im dritten Abschnitt drei exemplarische Ansätze der Transformation vorgestellt. Wenn Transformation nicht als ein evolutionärer Prozess verstanden wird, sondern als Ergebnis gesellschaftlichen, demokratischen Handelns, dann müssen die Akteure sich Klarheit darüber verschaffen, auf welchen Ebenen Transformation ansetzen muss, mit welchen Hindernissen eine entsprechende Strategie zu rechnen hat und welche Voraussetzungen Transformationsakteure erfüllen müssen, um erfolgreich zu sein (3).

1. Die Dilemmata von Revolution und Reform

In Theorien des gesellschaftlichen Wandels oder der Evolution wird die Ansicht vertreten, dass die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung kaum dem kollektiven Willen der Menschen zugänglich sind. Doch angesichts der tief greifenden Krisen, von denen die globale Gesellschaft geprägt ist, stellt sich gerade diese Frage nach den Möglichkeiten des demokratischen Zugriffs auf jene tief liegenden Verhältnisse, die die gesellschaftlichen Entwicklungspfade bestimmen, und damit das Problem der öffentlichen Diskussion und demokratischen Entscheidungsfähigkeit. Dies führt mich zu der abstrakteren Frage nach der Zeit bzw. der Zeitlichkeit, die Reformen oder Revolutio-

nen in Anspruch nehmen. Es scheint, dass in den historischen Diskussionen zum Thema Revolution oder Reform die Revolution mit Dringlichkeit, Entschlossenheit und dem Versprechen auf alsbaldige Lösung eines Problems, Reform hingegen mit einem langsamen, vorsichtigen, zögernden, evolutionären Prozess verbunden war. Mein Eindruck ist, dass sich die Zeitsemantik verändert und die impliziten Zeitlichkeitsannahmen in den vergangenen Jahren geradezu umgekehrt haben. Kathrin Buhl spricht dies mit Blick auf die lateinamerikanische Situation an. »Die Frage, wie es gelingen kann, nachhaltige, gerechte Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, die den Menschen und nicht dem Gewinn verpflichtet sind, bleibt eine Herausforderung. Schwieriger noch: es wird sich um einen *längerfristigen* Prozess handeln (müssen), doch die gegenwärtigen Lebensbedingungen großer Teile der lateinamerikanischen Bevölkerung verlangen unmittelbare Lösungen, und die scheinen nur in einer Fortsetzung des bisherigen Wirtschaftsmodells und einem staatlich organisierten Umverteilungsprozess zu bestehen. Die Zweifel, ob dieser Weg nicht notwendigerweise eine Abkehr von transformatorischen Prozessen bedeutet – davon abgesehen, dass er keinerlei Lösung für die ökologischen Probleme beinhaltet – sind groß« (Buhl 2010: 6, Herv. von AD). Es ist also gerade die Dringlichkeit, die Menschen von der schlimmsten Armut zu befreien, der Gesichtspunkt, der radikalere Lösungen in den Hintergrund drängt; demgegenüber wäre dies in früheren Diskussionen Anlass gewesen, auf eine alsbaldige Revolution und politische Machtübernahme hinzuwirken. Allein eine Revolution versprach die Schnelligkeit, mit der gesellschaftliche Probleme zum Besseren gewendet werden können.

a) Der Markt, der sich an Gewinnen, nicht am gesellschaftlichen Bedarf orientiert, kann als sachlich ungeeignet gelten, weil zu langsam, zu selektiv, zu partikularistisch, zu widersprüchlich, um die kollektiven Ressourcen zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu mobilisieren. Ein jüngeres Beispiel dafür, wie nach der Dreifachkatastrophe von Erdbeben, Tsunami und AKW-Unfall und damit verbundenem wirtschaftlichen Einbruch die Rating-Agenturen Japan schlechter bewertet haben. Gerade in dem Augenblick, in dem das Land weltweite Solidarität benötigte und sie teilweise auch

durch Spenden, Unterstützung durch Wissenschaft und Regierungen anderer Staaten erhielt, wenden sich die »Märkte«, also vor allem die von den Staaten geretteten institutionellen Anleger gegen Japan.

b) Die parlamentarische Demokratie mit ihrer Abhängigkeit von der Wirtschaft, mit ihrem Rhythmus der Legislaturperioden, dem Wechsel zwischen Regierung und Opposition, dem Repräsentationsprinzip, den Steuerungsmitteln des allgemeinen Gesetzes und den grundsätzlich schwachen monetären Möglichkeiten begünstigt Unverantwortlichkeit, Korruption, Fehlsteuerung und Steuerungsversagen. Gerade mit Blick auf ökologische Krisendynamiken ist sie zu langsam und zu ineffektiv (vgl. Demirović 1997: 183 ff.).

Aber auch im Kontext ökologischer Diskussionen lässt sich die Veränderung der Zeitsemantik beobachten. Angesichts der Dringlichkeit vieler Problemlagen, insbesondere im Fall der sich beschleunigenden Klimakrise, ist manchmal das Argument zu hören, dass sich das Zeitfenster schnell schließe und »wir« keine Zeit mehr hätten, bis Menschen zu grundlegenden Lösungen bereit seien. Radikale gesellschaftsverändernde Perspektiven und Strategien, die darauf zielen, Problemen der Armut oder der Zerstörung der Umwelt eine grundsätzliche Lösung zu geben, gelten als zu langsam, als zu zeitaufwendig und deswegen als unbrauchbar. Reformen versprechen die schnellere Lösung, weil sie sich mit den Interessen verbinden können, die in der Gegenwart als mächtig gelten können. Es soll demnach möglich sein, auf der Grundlage staatlicher Regulierung und Förderung mit Mitteln des Marktes CO₂-Emissionen zu senken oder Investitionen in die Solarenergieerzeugung zu mobilisieren. Dies wäre die Grundlage für die Strategie des Green New Deal: Im wohlverstandenen Eigeninteresse sähen sich die Kapitaleigner dazu veranlasst, eine umweltfreundliche Investitionsstrategie zu verfolgen. Die Profitinteressen der Vermögensbesitzer würden sich ohne bewusste Planung und ohne politische Strategien radikaler Änderung, die doch nur viele Widerstände hervorrufen würden, dann am Ende mit dem Allgemeinwohl zusammenfinden.

Zeit wird zu einem politischen Faktor. Offensichtlich kehrt sich das Zeitlichkeitsmuster um. Mit Reformen sollen sich

schnelle und entschlossene Maßnahmen einleiten lassen, weil an breite Interessenlagen angeknüpft werden kann und nicht durch radikale Absichten Widerstände hervorgerufen werden. Demgegenüber richtete sich der Reformgedanke in der Geschichte der Linken gegen zweierlei: einmal gegen eine katastrophistische Erwartung, die nahelegte, dass eines Tages die Revolution schon kommen würde und deswegen bis zu diesem Zeitpunkt eine verändernde Praxis nicht notwendig sei; zum Zweiten gegen eine revolutionäre Ungeduld und die Erwartung, dass am Tag nach der Revolution alle Probleme mit einem Schlag gelöst werden könnten. Paradoxiertweise entsprechen sich trotz ihres Gegensatzes beide Haltungen. Denn auch mit dieser radikalen Haltung kann man in Anspruch nehmen, bis zur Revolution zu warten oder sich allein für die Revolution als einem transzendenten Ereignis einzusetzen, während die Kritik am Engagement für die kleinen Verbesserungen im Rahmen des gegenwärtigen Systems dazu beizutragen kann, gerade dieses System selbst zu erhalten. Nur wenn eine Verbesserung konkreter Verhältnisse mit dem Ziel der grundlegenden Veränderung vermittelt ist, erscheint sie als akzeptabel.

Die Orientierung an der Revolution verspricht, aus der linearen Zeit herauszutreten und sie anzuhalten. »Das Bewusstsein, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen, ist den revolutionären Klassen im Augenblick ihrer Aktion eigentümlich. Die große Revolution führte einen neuen Kalender ein« (Benjamin 1940/2010: 79). Metaphorisch dafür steht, Benjamin zufolge, der Vorgang, dass während der Juli-Revolution in Paris an mehreren Stellen auf die Turmuhren geschossen wurde, um die Zeit anzuhalten. Revolutionen schaffen ein Moratorium und stellen damit die Bedingungen her, unter denen die Verhältnisse neu und derart geordnet werden könnten, dass die bisherigen bekannten Krisen vermieden würden: also Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Ressourcenvernichtung, Verhinderung der Demokratie oder Zerstörung ihrer Institutionen.

Die Erwartungen, die sich derart an die Revolution knüpfen, beinhalten eine Reihe von Problemen. Tatsächlich ist es nicht so, dass die Revolution so schnell eintritt, wie revolutionäre Entschiedenheit es sich wünschen

würde. Es stellt sich also die Frage, wie mit der Zeit bis zu diesem Ereignis selbst umzugehen ist. In Erwartung des zukünftigen revolutionären Kampfes kann es abgelehnt werden, die vielen Veränderungsmöglichkeiten wahrzunehmen, die Erschwernisse schon heute zu verringern. Mehr noch, dieser Alltag und seine Probleme werden im Lichte einer verheißenen Zukunft schlicht nicht zur Kenntnis genommen oder auf die simple und durchaus zynisch wirkende Einsicht reduziert, dass die kapitalistischen Verhältnisse nun einmal so seien, dass mit einem guten, richtigen, befriedigenden Leben nicht gerechnet werden könne. Aus dem kritisch gemeinten materialistischen Anspruch wird positivistische Affirmation: »Wir sind ja Materialisten, wir wissen doch, dass die Kräfteverhältnisse so sind.« So ganz falsch ist das allerdings auch nicht, denn tatsächlich ist die Erwartung, es könnte das Leben jetzt schon als sinnvolles, gerechtes, freies erlebt und gelebt werden, mit der Gefahr der falschen Versöhnung verbunden. Entsprechend sind Reformvorschläge und -praktiken oftmals naiv, weil sie suggerieren, es bedürfe nur des Engagements, des guten Willens, der guten Ideen, der durchdachten und funktionsfähigen Konzepte, der Beteiligung vieler, und dann wären die Dinge schon zu ändern.

Die Vorbereitung der Revolution und die Durchführung des revolutionären Handelns, so ein zweites Argument, setzt eine eigene Logik frei. Diese Logik kann schnell in den Instrumentalismus abrutschen: Der Alltag und die sozialen Beziehungen werden zwar nicht völlig ignoriert, aber einseitig werden alle Probleme und alle Personen allein unter dem Gesichtspunkt ihres Nutzens für das herbeizuführende große Ereignis gesehen. Dies ist beinahe unvermeidlicherweise mit einer Abwertung vieler Individuen verbunden. Diejenigen, die für das revolutionäre Ziel eintreten, nehmen für sich ein Privileg in Anspruch: Es handelt sich zum einen um ein epistemologisches Privileg zu wissen, wie sich die Gesellschaft entwickelt und sich ihre Probleme lösen lassen werden. Zum Zweiten treten die Revolutionäre für das Allgemeinwohl ein, sie sind aufopferungsvoll und entschlossen, es zu verwirklichen. Die anderen vertreten nur partikulare Interessen, verhindern eine grundsätzliche Lösung der Probleme oder verstehen die historische Mission nicht. Nun ist auch das nicht per se falsch. Individuen, die für grundlegende,

langfristig wirksame Veränderungen eintreten, entwickeln tatsächlich ein besonderes Wissen und repräsentieren auch tatsächlich universalistische Ziele. Aber dies wird nicht mehr in ein Verhältnis mit den Zielen der vielen anderen und den von ihnen verkörperten Alternativen gesetzt. So wird es möglich, Individuen in einem geschichtsphilosophischen Sinn als bloße Mittel zum Zweck zu betrachten. Dies kann mit einer Verschiebung im revolutionären Prozess auch für Revolutionäre selbst gelten, deren Positionen als bloß partikulare und als Verrat an den allgemeinen Zielen gelten. Auch ein schlechter sozialer Zustand kann in diesem Sinn als förderlich für das eigene Ziel bewertet werden. Diesen drückenden Zustand kann man glauben drückender zu machen durch die Spirale der mit immer härteren Mitteln ausgetragenen Auseinandersetzung mit den Kräften, deren Herrschaft die Revolution beseitigen will. Dies kann zu großen politischen Erfolgen führen, anders als revolutionstheoretisch unterstellt wird, ist dies aber nicht aus logischen, sondern kontingenten Gründen der Fall. Wenn beide Kräfte das Mittel der Gewalt anwenden, kann dies auch eine Dynamik freisetzen, die dem revolutionären Ziel selbst großen Schaden zufügt: Die Gewalt wird selbst strukturbildend, weil die Gesellschaft möglicherweise noch Jahrzehnte mit der Bewältigung der Zerstörungen, der Traumata und der Versöhnung beschäftigt ist.

Drittens schließlich führt der revolutionäre Prozess selbst das Potenzial großer Konflikte und Gewalt mit sich. Da eine Revolution die normalen Bahnen der gesellschaftlichen Reproduktion unterbricht, muss es zu schnellen Lösungen kommen. Diejenigen, die den revolutionären Prozess organisiert haben, können überfordert werden durch die Schnelligkeit der Ereignisse und die Vielfalt der Anforderungen. Die »Personaldecke« und das Wissen sind zu dünn. Die Erwartung, dass alles aus der Situation selbst heraus gelöst wird, dass die Revolution in revolutionären Prozessen entsprechende Menschen in ausreichender Proportion schafft und sich bei ihnen die entsprechenden Fähigkeiten gleichsam spontan herausbilden, ist irrig. Zwar soll nicht grundsätzlich bestritten werden, dass Revolutionen selbst Verhältnisse darstellen, die sich ihr eigenes Handlungspotenzial schaffen. Aber häufig blieben revolutionäre Prozesse auf wenige Städte und Regionen begrenzt.

Auch bilden sich auf die Schnelle nicht unbedingt jene Kompetenzen aus, die für die Reorganisation komplexer Produktions-, Verteilungs- und Entscheidungsprozesse und die Einrichtung von langfristigen Routinen wichtig sind. Darüber hinaus kann gerade eine lang eingeübte Tradition so stark sein, dass sie auch die Kreativität der revolutionären Situation begrenzt. Die Sozialdemokratie hatte so lange für das Wahlrecht und den Parlamentarismus gekämpft, dass sie, als 1918/19 mehr möglich war, sie diese Möglichkeit ausschlug, allein am überkommenen Zielkatalog festhielt und ihr und der deutschen Gesellschaft das Bürgertum dann auch noch den Parlamentarismus nahm. »Man kann behaupten, dass die deutsche Sozialdemokratie bis zu der Stunde, da sie die politische Macht erlangte, sich um die Auffindung einer positiven Formel für die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft, also um die praktische Lösung der Sozialisierungsfrage herzlich wenig gekümmert hat« (Korsch 1919/1980: 161). Anders gesagt, das, was mit Revolution gemeint ist, kommt nicht ohne Weiteres zustande. Am »Tag danach« müssen gleichfalls Lösungen für die anstehenden Probleme gefunden werden. Die Zahl der Probleme ist jedoch nicht kleiner, sondern eher größer, und nicht notwendigerweise stehen genügend Menschen und ihre Fähigkeiten zur Verfügung. Auch Revolutionen benötigen viel Zeit, sie kommen vielleicht schnell, aber dann müssen die Verhältnisse reorganisiert werden. Allerdings hat nun die Revolution die Verantwortung dafür zu tragen und läuft Gefahr, sich auf diese Weise zu diskreditieren. Ein wohldenkender Mensch würde, so Kant im Streit der Fakultäten, angesichts des Elends und der Gräueltaten eine Revolution nie beschließen, selbst wenn er hoffen könnte, sie beim zweiten Mal glücklich zu unternehmen (vgl. Kant 1798/1968, 85). Tatsächlich hat dann auch Marx das Modell der politischen Revolution kritisiert und für eine Orientierung am Prozess der sozialen Revolution plädiert. Es sind zwei Gründe, die ihn zu der Kritik an der politischen Revolution veranlassten. Erstens erscheint in der Vorstellungswelt der politischen Revolution das Handeln als ein politisches Willensverhältnis. Als Konsequenz ergibt sich zweitens daraus die Erwartung, mit politischen und rechtlichen Mitteln Veränderungen erzwingen zu können, die allein als soziale Prozesse stattfinden

den könnten. Als Folge davon wird die politische Revolution autoritär. »Je ausgebildeter und allgemeiner der politische Verstand eines Volkes ist, umso mehr verschwendet das Proletariat – wenigstens im Beginn der Bewegung – seine Kräfte an unverständige, nutzlose und in Blut erstickte Emeuten. Weil es in der Form der Politik denkt, erblickt es den Grund aller Übelstände im Willen und alle Mittel zur Abhülfe in der Gewalt und dem Umsturz einer bestimmten Staatsform« (Marx 1844/1972: 407). Zwar könne auf den politischen Akt der Auflösung nicht verzichtet werden. Wo aber die organisierende Tätigkeit des Sozialismus beginne, »wo sein Selbstzweck hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg« (ebd.: 409). Marx hat allerdings dieses Verhältnis von politischer und sozialer Revolution nicht systematisch weiter durchdacht, doch finden sich insbesondere in seinen Texten zur Pariser Kommune zahlreiche Hinweise.

Angesichts der enormen Herausforderungen und Gefahren, die mit einer Revolution verbunden sind, wurde von sozialdemokratischer Seite eine Konzeption der gradualistischen Evolution entwickelt. Sehr pointiert haben an diese sozialdemokratische Konzeption Fritz Vilmar und Karl-Otto Sattler (1978: 8 f.) in ihrer Darstellung der wirtschaftsdemokratischen Diskussion innerhalb der SPD erinnert. Sie nehmen in Anspruch, eine evolutionäre und gradualistische Strategie zu verfolgen. Auf reformpolitischem Weg soll mit der Einführung neuer Steuerungselemente, der fortschreitenden Kontrolle wirtschaftlicher Macht, dem Ausbau von Mit- und Selbstbestimmungsrechten eine Veränderung der bestehenden Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden. Diese gradualistische Position unterscheiden die Autoren von einer revolutionären Totallösung auf der einen Seite, aber auch von einer Position, die »perspektivlos und rein tagespolitisch lediglich marginale Korrekturen vollziehen« will, ohne noch das Ziel einer Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu verfolgen. Dies soll schrittweise geschehen, indem die jeweils nächsten Schritte im Rahmen eines dynamischen Konzepts niemals als abschließende erscheinen, sondern als notwendige Vorbereitung anspruchsvollerer gesellschaftspolitischer Konzepte. Offensichtlich verbindet sich mit einer solchen gradualistischen Konzeption eine Annahme, die nicht als solche schon plausibel ist. Vilmar und Satt-

ler unterstellen anscheinend, dass mit schrittweisen Reformen Lernprozesse möglich sind, also institutionelle Veränderungen ausprobiert werden können. Dies erlaubt es den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sich mit diesen Veränderungen vertraut zu machen, alte Interessenbindungen aufzulösen und ihre Interessen mit neuen Regelungen und Institutionen zu verbinden, Präferenzen zu überprüfen und neue auszubilden. In der Folge würden die Veränderungen schließlich einen zunehmend breiteren Rückhalt haben und damit auch die Machtverhältnisse ganz allmählich verändern. Es wirkt wie eine Art List, in der ein sehr langsamer, Schritt für Schritt sich vortastender Prozess zu radikalen systemischen Veränderungen führen soll. Die Erwartung der beiden Autoren geht dahin, dass die jeweiligen Entscheidungen zu »Randverschiebungen« und zu Selbstbindungen der Akteure führen, die zu Prämissen des weiteren Handelns und weiterer Entscheidungen werden, so dass im Prozess marginaler Veränderungen bestimmte Schwellenwerte gesellschaftlicher Reproduktion überschritten werden.

Einwände liegen auf der Hand. Wenn davon gesprochen wird, dass es sich um einen evolutionären Prozess handeln soll, wird darauf spekuliert, dass sich dieser Prozess hinter dem Rücken der Akteure als ein Prozess nichtintentionaler Wirksamkeit vollzieht. Damit ist ein eigentümlicher Mangel an Öffentlichkeit und demokratischer Strategiediskussion verbunden, der droht, den Prozess de facto Technokraten zu überlassen. Denn sofern tatsächlich die Menschen auf allen Stufen des wirtschaftlichen Reproduktionsprozesses beteiligt werden, liegt es auf der Hand, dass sie nicht nur die Ziele, sondern auch das Tempo der Reformprozesse bestimmen wollen. Gleichzeitig ist jedoch das Ziel im Prinzip schon festgelegt und muss mit politischen Mitteln nur angemessen, sachrational verwaltet werden. Dann geht es also darum, die Leute dazu zu motivieren, die Schritte zu gehen. Dies konstituiert ein pädagogisches Verhältnis zu den Leuten. Der Prozess ist zum einen also gerade nicht als offener Prozess angelegt, zum anderen aber von dem Vertrauen geprägt, dass die jeweils nächsten inkrementalistischen Verbesserungen zu einer Veränderung des Ganzen führen. Ein durchaus problematisches Vertrauen: »Denn ob in dem »nächsten Schritt« das

Potenzial eines Ganzen drinsteckt, oder ob es das abwürgt und verhindert, das zeigt sich immer erst nachher; und es gehört im Grunde schon die ganze Hegelsche Metaphysik, die ja in Marx weiterwirkt, also im Grunde ein, ich möchte sagen, ganz solider Glaube an den Weltgeist dazu, wenn man sich vorstellt, dass der nächste Schritt ohne weiteres also nun tatsächlich sich auch auf das Ganze erstrecken mag« (Adorno 1964: 91). Die Konzeption der nächsten Schritte lädt sich also eine besondere Bürde auf, denn nicht nur gibt es die gegenwirkenden Kräfte, sondern auch das Moment der Resignation und – im Namen des Realismus – der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse. Adorno selbst hat offensichtlich keine lineare Vorstellung des emanzipatorischen Verlaufs vor Augen. Er plädiert für einen offenen Prozess, den er wohl als eine Serie von aleatorischen Vorgängen versteht. Die Emanzipation ist weltgeschichtlich schon längst möglich. Das gibt Reformen ihren besonderen Stellenwert, denn jede einzelne ist notwendig und sinnvoll, aber jede einzelne müsste auch so getätigt werden, dass sie vielleicht die letzte sein könnte und unmittelbar den Zustand einer versöhnten Menschheit herbeiführte. So schreiben Adorno und Horkheimer, dass angesichts der Vervielfachung der Dinge und Kräfte der Gesellschaft deren Beherrschung durch wenige nicht mehr zeitgemäß sei, alle könnten sie beherrschen. Alle »lernen an der Macht der Dinge, der Macht endlich zu entraten. Aufklärung vollendet sich und hebt sich auf, wenn die nächsten praktischen Zwecke als das erlangte Fernste sich enthüllen« (Horkheimer/Adorno 1947/1984: 60).

Es wird zweitens auch nicht bedacht, dass selbst in gradualistisch angelegten Prozessen rationale, bewusste und schrittweise sich entwickelnde Entscheidungen selbst wieder zu unvorhergesehenen und unbeabsichtigten Veränderungen führen können. Um bei einem Vorhaben mögliche Gegner zu überzeugen und sie zu gewinnen, kommt es aus Gründen des Kompromisses zu Veränderungen am Vorhaben, das im Laufe der Zeit einen ganz anderen Charakter annimmt (vgl. Bachrach/Baratz 1977: 77). Präferenzen und Metapräferenzen können sich im Zuge der Reformen verschieben: der Ausbau der staatlich getragenen Sozialsysteme kann schließlich den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben derart stärken,

dass die bürokratische Verwaltung von Lebensrisiken selbst als ein Problem erscheint.

Drittens werden interessanterweise die Aktivitäten gerade derer, die die Macht haben und gegen die sich auch die gradualistische Reformstrategie richtet, nicht in die Argumente für eine reformistische Strategie einbezogen. Doch diese machtvollen und herrschenden Gruppen, so könnte man etwas salopp sagen, sind nicht blöd, sondern begreifen auch die gradualistische Strategie als eine, die sich gegen ihre Interessen richtet. Sie spielen »Weltgeist« und stellen sich zwischen das Ziel und die einzelnen Schritte und versuchen, in diesen Prozess derart zu intervenieren, dass er nicht evolutionär und gradualistisch abläuft. Sicher würden diese mächtigen Gruppen in diesem Prozess allmählich geschwächt werden, weil Einzelne von ihnen aus diesem Machtblock herausgebrochen würden. Aber gerade dies werden diejenigen zu verhindern versuchen, die am meisten zu verlieren haben.

Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse seit den 1970er Jahren ist so verlaufen, dass gerade auch die Grundlagen der evolutionären Reformstrategien geschwächt wurden. Während Wilmar und Sattler von einer evolutionären Strategie einen allmählichen Umbau erwarten, haben Neoliberale und Systemtheoretiker einen derartigen Begriff der Evolution entwickelt und gesellschaftlich durchgesetzt, der sich einer rational geplanten Strategie zum Umbau und zur Lenkung der Gesamtgesellschaft entgegenstellt. Damit wurde ein gegenreformatorisches Konzept entwickelt, das alle Entwicklungen, auf die eine gradualistische Reformstrategie spekuliert, nicht nur blockiert, sondern auch geradezu umkehrt: also wohlfahrtsstaatliche Sicherheit und Partizipation, wirtschaftliche Rahmenplanung, Ausbau der Gemeinwirtschaft, Investitionssteuerung und politisch kontrollierter Wirtschaftsbereiche und damit schließlich die Herstellung eines Primats der demokratisch legitimierten Politik über die Rentabilitätslogik der Privatwirtschaft.

Die Vorstellung von einer gradualistisch-evolutionären Entwicklung hin zum Sozialismus, wie sie in Teilen der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften Mitte der 1970er Jahre bestanden hat, hat ebenso enttäuscht wie ein radikales, kulturevolutionäres Konzept, wie es von weiten Teilen der undogmatischen Neuen Linken nach '68 verfolgt wurde. Solche Enttäuschungen mö-

gen der Grund dafür sein, dass in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften der Sozialismus kaum mehr als Ziel der politischen Bestrebungen gilt, sondern allenfalls noch die Bedeutung eines zu beachtenden ethischen Werts unter vielen anderen hat. Es ist deswegen sicherlich angebracht davon zu sprechen, dass die Sozialdemokratie die Niederlage ihrer Reformstrategie noch nicht angemessen theoretisch überdacht hat. Ich will also festhalten, dass auch evolutionäre Konzeptionen Teil des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses sind und die Herrschenden gegen sie mobil machen. Da aber solche evolutionären Begriffe gerade nicht mit Begriffen des politischen Kampfes verbunden sind, sondern häufig angenommen wird, alles hinge von der logischen Plausibilität und ökonomischen und politischen Machbarkeit eines Vorschlags ab, entsteht eine analytische Lücke, die fatal ist für die weitere Reflexion innerhalb der Linken.

2. Die Perspektive der Transformation

Der Widerspruch von Revolution und Reform wurde von vielen als unbefriedigend gesehen, weil er der Komplexität realer emanzipatorischer Prozesse nicht Rechnung trägt, die Linke immer wieder gespalten und geschwächt und dazu beigetragen hat, dass eine übergreifende Emanzipationsperspektive entwickelt wurde. Immer wieder wurde versucht, diesen Widerspruch zu überwinden. Rosa Luxemburg hat deswegen von revolutionärer Realpolitik gesprochen, die Austromarxisten und insbesondere Max Adler haben den Versuch unternommen, sich der Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Auch Überlegungen, die zur Gründung einer sozialistischen Einheitspartei oder von Industriegewerkschaften führten, waren der Einsicht geschuldet, dass eine Spaltung der emanzipatorischen Kräfte entlang der Achse von Revolution oder Reform letztlich nur den herrschenden Kräften dienen würde. Seit Langem wird also der Versuch unternommen, den Widerspruch, der sich offensichtlich in den alltäglichen Politikprozessen immer wieder einstellt, den Widerspruch zwischen einem radikalen, revolutionären Bruch und einer gradualistischen, evolutionären Veränderung durch eine entsprechende politische Theorie zu unterlaufen und ihn zurückzuweisen. Von radikaler Realpolitik oder von radikalem

Reformismus ist neuerdings die Rede. Selbst wenn man, um es noch einmal mit Kant zu sagen, aus vernünftigen Gründen angesichts ihrer Kosten eine Revolution nicht machen möchte, so bleibt aufgrund der moralischen Anlage im Menschen der Wunsch nach Revolution bestehen. Zum Ersten, weil das Volk das Recht hat, sich eine bürgerlich-republikanische Verfassung zu geben, wie sie ihm selbst gut zu sein dünkt; zum Zweiten, weil allein eine solche Selbstkonstitutionalisierung rechtlich und moralisch so beschaffen ist, dass sie den Angriffskrieg, also letztlich den Krieg vermeidet und damit das Menschengeschlecht im Fortschreiten nicht mehr gehindert wird (vgl. Kant 1798/1968: 86). Das Begehren der Revolution ist demnach ein konstitutives Moment der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser gelingt es nicht, mit sich identisch zu werden und sich im Ende ihrer Geschichte abzuschließen.

Der Begriff des Fortschritts, den Kant in Anspruch nimmt, schließt auf widersprüchliche Weise immer beides ein: Einmal die lineare Zeit des ewigen Fortschreitens, was mit dem bürgerlichen Selbstverständnis einhergeht, dass eigentlich schon alles erreicht sei und nur dies und noch das verbessert werden müsse. So verändert sich alles unentwegt, modernisiert sich, schreitet fort, um so bleiben zu können, wie es ist. Zweitens aber die Logik des Bruchs, das Anhalten der Zeit, der Verzicht auf das ständige Verändern, damit endlich einmal alles anders werden kann. Fortschritt, der nur in und durch Gesellschaft stattfinden kann, so Adorno, geht trotzdem nicht in Gesellschaft auf, sondern erhebt sich über sie. Ein Fortschritt muss in der Logik des Fortschritts selbst stattfinden. »Fortschritt heißt: aus dem Bann heraustreten, auch aus dem des Fortschritts, der selber Natur ist, indem die Menschheit ihrer eigenen Naturwüchsigkeit innewird und der Herrschaft Einhalt gebietet, die sie über Natur ausübt und durch welche die der Natur sich fortsetzt. Insofern ließe sich sagen, der Fortschritt ereigne sich dort, wo er endet« (Adorno 1962/1977: 625).

Kant und Adorno weisen mit ihren Überlegungen darauf hin, dass es Revolutionen immer wieder geben wird, dass sie ein Moment der bürgerlichen Logik des Fortschritts selbst sind. Aber es reicht seit den Erfahrungen der französischen und russischen

Revolution demnach nicht, auf das Ereignis der Revolution zu hoffen. Vielmehr erweist es sich als notwendig, zu antizipieren, was sich mit ihr verbindet und welche Folgen sie haben würde – und das weniger im Sinne eines gegen-revolutionären Projekts als vielmehr im Sinn einer Vermeidung all jener möglichen Tendenzen, die das Ziel einer grundlegenden Emanzipation der Individuen gefährden.

Es sind, so meine ich, drei Argumente, die dafür sprechen, nach einer Alternative zwischen Revolution und gradualistischer Reform zu suchen.

Erstens ist es nicht sinnvoll, mit Veränderungen bis zum Zeitpunkt eines Machtwechsels zu warten. Die Revolution ist, anders als es Benjamins Metapher nahelegt, kein Schuss in die Turmuhr, der die Zeit anhält. Es ist nicht gelungen, die überkommenen religiösen Zeitrechnungen mittels politischer Entscheidung durch eine neue zu ersetzen. Um ein anderes Bild zu wählen: Das Schiff kann nicht anlegen, sondern muss auf hoher See umgebaut werden. Nach Revolutionen existieren die gesellschaftlichen Probleme fort, wegen denen sie gemacht werden. Diese Probleme, die »heute« erzeugt werden, müssen gelöst werden. Deswegen ist es sinnvoll, die Daten setzende, Fakten schaffende Macht von Herrschenden einzuschränken und so weit wie möglich die Menge jener Hinterlassenschaften gering zu halten, die jeden weiteren Fortschritt der selbstbestimmten Gestaltung des Zusammenlebens über lange Zeit belasten und aufhalten. Zudem ist es sinnvoll, die Probleme, die heute gelöst werden können, schon heute zu lösen. Warum sollte damit gewartet werden? Was geschieht mit den Menschen, die in der Zwischenzeit leben? Mit welchem Recht und aufgrund welcher Prinzipien könnte ihnen zugemutet werden, ihre Situation nicht aktuell zu verbessern.

Es ist zweitens sinnvoll, jetzt schon mit Verbesserungen zu beginnen, weil von ihnen aus betrachtet auch die Begrenztheit der gegenwärtigen Gesellschaft ersichtlich wird. Es wird zweierlei erkennbar: zum einen, dass Verbesserungen immer wieder an die Grenzen der Macht vorherrschender Interessen stoßen und nicht im intendierten Sinn durchgeführt werden können, solange diese Machtverhältnisse nicht grundsätzlicher verändert werden; zum Zweiten, dass die Ver-

fahren, nach denen verbessert werden könnte, immer wieder behindert werden. Selbst ein demokratischer Inkrementalismus hat, wie Habermas (1973: 93 f.) mit Blick auf den Spätkapitalismus schrieb, mit machtvoller Ablehnung zu rechnen. Gelingt es aber, demokratische Reformen durchzusetzen, so stellen sie für jeden Versuch einer emanzipierten Gesellschaft ein höheres Ausgangsniveau dar.

Es ist, drittens, notwendig, die Zukunft zu antizipieren durch die Praktiken, die heute schon stattfinden. Es muss also auch antizipiert werden, welche Praktiken, welche Einstellungen im Fall tief greifender Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse autoritäre, antiemanzipatorische Folgen hätten. In diesem Sinn beinhalten Verbesserungen auch die Möglichkeit, Dinge auszuprobieren, Schwächen und Widersprüche zu erkennen und praktisch und intellektuell die Gefahren und Risiken eines emanzipatorischen Projekts kennenzulernen sowie Fähigkeiten zu entwickeln, mit ihnen umzugehen. Dies betrifft technische und ökonomische ebenso wie demokratische Kompetenzen und Ansprüche, von denen viele erwarten, dass sie heute schon im alltäglichen Umgang miteinander verwirklicht werden sollten und könnten. Nicht zuletzt ist es diese praktische und Wissensantizipation, die die Plausibilität von grundlegenden Veränderungen selbst erhöht und dazu motivieren kann, sie überhaupt anzustreben.

Angeregt durch solche Überlegungen hat es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Versuche gegeben, eine entsprechende Konzeption der emanzipatorischen Veränderung zu entwickeln, die sich durch die tradierten Begriffe der Reform oder Revolution nicht blockieren lassen will. Schon die älteren Vertreter der kritischen Theorie haben dieser Frage Aufmerksamkeit gewidmet. In dem schon zitierten Aufsatz über »Fortschritt« betont Adorno (1962/1977: 630), dass Verwüstungen, die der Fortschritt der Naturbeherrschung anrichtet, wiederum nur mit den Kräften des Fortschritts wieder gutzumachen wären. Nicht erst in der Abwendung des letzten Unheils, schon in »jeglicher aktuellen Gestalt der Milderung des überdauernden Leidens« würden diese beiden Begriffe des Fortschritts – also Naturbeherrschung und Verwüstung – kommunizieren. Gerade Adorno, der nie einen Zweifel daran gelassen hat,

dass nicht nur die Überwindung des Kapitalismus geboten ist, sondern grundsätzlich noch die Überwindung der naturgeschichtlichen Phase der Menschheitsentwicklung, betont immer wieder die Notwendigkeit der Verbesserung der konkreten Lebensumstände, weil in der Enge der quasi-natürlichen gesellschaftlichen Zwänge Freiheit nicht erfahrbar ist. »Jemand, der sozusagen um der Reinheit von Klassenverhältnissen willen diese Dinge hintertreiben wollte [die Verbesserung innerhalb der Arbeitsprozesse und der Lebenslage als Ergebnis gewerkschaftlicher Kämpfe; AD], wäre ein Narr und ein Reaktionär zugleich, und zwar ein Reaktionär einfach deshalb, weil ja jede Art von selbständiger Einsicht und von Autonomie gebunden ist an eine gewisse Art der Freiheit von den dringendsten täglichen Nöten, die eben auf Grundlage dieser Verbesserungen herbeizuführen ist.« (Adorno 1964: 104 f.)

3. Transformatorische Strategien

Um die Probleme zu vermeiden, die historisch mit den Begriffen und Strategien von Reform und Revolution gemeint waren, hat es in jüngerer Zeit eine Reihe von Vorschlägen gegeben, in deren Zentrum die Begriffe der radikalen Transformation, der radikalen Realpolitik und des radikalen Reformismus stehen. Diese Begriffe versuchen, kritisch über die Alternative von Revolution und Reform hinauszugehen: Überwindung von gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen sowie der Ursachen gesellschaftlicher Krisen, Offenheit des historischen Prozesses, Zielorientierung ohne autoritäre oder pädagogische Bevormundung – gleichzeitig ein emanzipatorisches Handeln, das vermittelt ist durch die vorhandenen gesellschaftlichen Apparate, das die konkreten alltäglichen Probleme und Auseinandersetzungen ernst nimmt und Reformvorschläge macht, ohne in ihnen aufzugehen und die Kräfteverhältnisse außer Betracht zu lassen. Das ist ein zentraler Unterschied zu solchen Ansätzen (vgl. Dieterich 2006; Albert 2006), die modelltheoretisch überlegen, wie der Sozialismus funktionieren könnte, die sich jedoch wenig darum kümmern, wie dorthin zu gelangen sei und auf welche Weise die Leute den Weg dorthin gestalten. Den Gesellschaftsmitgliedern bleibt lediglich, sich in ein als funktionsfähig konzipiertes Modell einzufügen und es zu verwirklichen. Die demokratische

Aktivität derjenigen, die dazu beitragen, solche Verhältnisse zu erreichen, wird nicht mitgedacht. Damit bleibt aber auch außer Betracht, dass sie auf dem Weg dorthin und aufgrund von gesellschaftlichen Widerständen und neuen Einsichten, von praktischer Erfahrung und theoretischer Reflexion ganz andere Strategien verfolgen und andere Wege wählen könnten. Die Kontingenz der Transformation ist nicht berücksichtigt. Die im Folgenden vorgestellten drei Konzeptionen der Transformation vermeiden ein solches modelltheoretisches Denken, das durchaus autoritäre Folgen haben kann. Es wird aber deutlich, dass Transformation kein einheitliches Konzept ist, sondern auf verschiedenen Ebenen ansetzt und sich ihr auch verschiedene Strategien der Transformation verbinden können.

1) Die Reichweite der Begriffe ist verschieden und ihre Verwendungsweise bislang keineswegs kohärent. Auf drei Ansätze will ich kurz eingehen. Für eine zweite große Transformation argumentiert Dieter Klein (2010; vgl. auch Reißig 2009), die er analog zu der von Karl Polanyi beschriebenen ersten großen Transformation von der Subsistenz- zur Marktwirtschaft im 18. Jahrhundert als einen ökonomisch-sozialen Strukturwandel sieht. Diese zweite Transformation stellt eine doppelte Transformation dar: nämlich die der staatssozialistischen Gesellschaften und die der kapitalistischen, die ihrerseits nun mit ihren eigenen Problemen konfrontiert sind. Klein konstatiert eine Reihe von tief greifenden Problemen, die die moderne Gesellschaft vor einen Scheideweg stellen. Bislang habe die Linke sich darauf nicht hinreichend eingestellt und entsprechende Vorschläge für ein alternatives Gesellschaftsprojekt, den demokratischen Sozialismus, ausgearbeitet und in der »Arena der geistig-politischen Hegemonialkämpfe« zur Diskussion gestellt. Klein zufolge zeichnen sich mehrere Entwicklungswege ab: ein neoliberales »Weiter so«, ein Neoliberalismus, kombiniert mit Staatsinterventionen, ein postneoliberaler Kapitalismus, der getragen wäre von einem neuen, ökologisch und sozial geprägten Gesellschaftsvertrag, viertens einem entzivilisierten Kapitalismus und schließlich einer emanzipatorischen Transformation. Der demokratische Sozialismus wird als ein transformatorischer Prozess begriffen, der weder Revolution noch bloße Reformfolge sein soll (Klein 2010: 4). Eine Vielzahl von Gesichtspunkten

definieren dieses Projekt: die individuelle Freiheit, sinnvolle Arbeit, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens, weltweiter Frieden. Als zentral gelten die Beendigung der Ausrichtung am Wirtschaftswachstum, die Entwicklung neuer Technologien und der Übergang zu neuen Lebensweisen.

Obwohl der Ansatz weit ausgreift, lassen sich einige zentrale Probleme kennzeichnen. Das erste Problem hat mehr mit dem Ansatz von Karl Polanyi zu tun, auf den sich Dieter Klein beruft als mit seinem eigenen Ansatz. Polanyi bleibt in seinem Buch über die große Transformation (1978) eine genaue Bestimmung des Begriffs der Transformation schuldig. Es ist nicht klar, ob es der Prozess des Übergangs zum selbstregulierten Markt ist oder der Prozess, in dem sich die Gesellschaft schließlich beginnt, vor einem solchen Markt zu schützen. In diesem Fall bezeichnet die große Transformation vor allem, dass die Gesellschaft die Arbeit, den Boden und das Geld dem Zugriff der Logik des Marktes entzieht. Dies geschieht mittels einer Reihe von Maßnahmen, die Polanyi insbesondere schon bei Robert Owen sich herausbilden sieht: also geregelte Arbeitszeiten, gute Bezahlung und Wohnverhältnisse, allgemeine Schulbildung für die Kinder und Jugendlichen und moralische Erziehung für die Arbeiter. Dies wird durch den Wohlfahrtsstaat seit den 1930er Jahren verallgemeinert. Als sozialistisch gilt dann die Einhegung des Marktes durch die Institutionen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Der Begriff der Transformation ist also mit einer gewissen Unklarheit behaftet. Historisch wird nicht deutlich, was genau als Transformation bezeichnet wird: der Prozess der Kommodifizierung oder der Dekommodifizierung. Es werden auch die Prozesse der Transformation selbst nicht erklärt: weder der Prozess, der zur Entbettung des Marktes führt, noch der Prozess, mit dem sich die Gesellschaft selbst schützt. Damit bleibt aber letztlich unbestimmt, in welcher Weise dieser Prozess der Transformation selbst als ein langfristiger, intentionaler, demokratisch verfasster Prozess organisiert werden kann. Angesichts der erfolgreichen neoliberalen Angriffe auf den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss stellt sich jedoch genau das Problem nicht nur danach, den Markt erneut politisch einzuhegen, sondern den Übergang zu einer neuen, nachkapitalisti-

schen Produktionsweise zu organisieren, die zukünftige Rückfälle verhindern.

Das zweite Problem ist die Frage der Diagnose, also die Beschreibung eines Scheidewegs nach 300 Jahren Kapitalismus. Mein Einwand ist, dass die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Entwicklung nicht nur gegenwärtig, sondern schon seit Langem das Potenzial der Emanzipation in sich trägt, aber immer wieder solche Konstellationen eines Scheidewegs herbeiführt. Die Katastrophe, so lässt sich mit Adorno sagen, hat historisch stattgefunden mit der zivilisatorischen Entgrenzung des staatlich verfügbaren rassistischen Massenmordes an den europäischen Juden, dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Einsatz der Atombombe. Diese Mittel stehen der Herrschaft zur Verfügung und stellen einen unvermeidlichen Bezugspunkt und eine Determinante jeder weiteren Emanzipationsperspektive dar. Gleichzeitig sind aber auch die Potenziale für eine freie und selbstbestimmte Lebensweise längst vorhanden. Anders gesagt: Der Vorschlag von Klein hat die Tendenz zu einem normativen Stadienmodell, das eine zeitliche Abfolge festschreibt, während die Kontingenz von Reformen selbst ebenso wie radikalere Entwicklungsschübe nicht ausreichend in die Überlegung einbezogen werden. Klein erwartet als mittelfristige Perspektive »im günstigsten Fall« eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links. Dies wäre eine ökosoziale Reformalternative im Rahmen des Kapitalismus, die sich auf den »Erdrettungsgeist« des engagierten Bürgertums und der kritischen Eliten stützen könnte. Radikale Akteure, die Druck auch auf diese bürgerlichen Kräfte machen und die das Tempo der Veränderung beschleunigen wollen, finden keinen Platz in diesem Modell. Aber freilich stellt sich die Frage, ob ohne einen solchen Druck überhaupt der »Raum für die demokratische Durchsetzung von sozialistischen Elementen und Tendenzen« eröffnet wird (Klein 2010: 3). Der von Karl Polanyi übernommene Begriff vom Scheideweg ist missverständlich und hat eine objektivistische Tendenz, so als stelle sich eine solche Konstellation unabhängig von den Praktiken der Beteiligten ein. Sie suggeriert im Widerspruch zur evolutionstheoretischen Begründung eine freie Wahl, in diese oder in jene Richtung zu gehen. Eine Wahl gibt es, aber sie ist immer eine Wahl, die sich aus der konkreten Konstellation von Kräften ergibt.

Eine dritte Frage betrifft den Staat und die Politik. Dieser Bereich ist in den bisherigen Überlegungen zur zweiten Transformation eine Blindstelle. Einige Formulierungen von Dieter Klein legen nahe, dass die Wirtschaft, die sich mit dem Kapitalismus zunehmend aus der Gesellschaft entbettet haben soll, der Politik wieder untergeordnet werden muss. Daraus ergibt sich die Frage, wie der Staat selbst beschaffen sein muss, der die Wirtschaft kontrollieren könnte. Wenn der Staat gestärkt würde durch Kompetenzen, Einnahmen und Interventionsmöglichkeiten, würde das dann nicht die Logik des Eatismus stärken? Würde ein Staat die Ökonomie mit den Mitteln des allgemeinen Gesetzes, mit monetären Steuerungsmitteln und einer allein von der Regierung gelenkten und kontrollierten Verwaltung überhaupt wieder politisch neu einbetten können? Wie würde der Staat umgebaut? Würde das auf dem Niveau des Nationalstaats geschehen, oder müsste der europäisierten und globalisierten Ökonomie auch eine entsprechende Form von europäischer oder transnationaler Staatlichkeit nachwachsen? Von welchen Akteuren ginge dies aus? Weiter stellt sich die Frage nach der Reichweite der Demokratie: Reichen die gegenwärtigen Formen der periodischen Wahlbeteiligung an einer repräsentativen Legislative vermittels Parteien sowie eine durch Privateigentümer oder Parteipolitiker kontrollierte Öffentlichkeit, um einen so tief greifende Transformation zu bewirken? Könnten die Lohnabhängigen und die Konsumierenden wirtschaftsdemokratisch an den Prozessen der Entscheidungen über Investitionen, über Produktionsabläufe, über Produkte beteiligt werden? Anders gesagt, muss die Ökonomie nicht direkt eine öffentliche und politische Sphäre sein?

Viertens ist der Bezug auf die erste große Transformation hinsichtlich einiger tief sitzenden Herrschaftsverhältnisse unzureichend: Die instrumentelle Verfügung über Natur ist ein bestimmendes Merkmal der jahrtausendealten Herrschaftspraktiken seit den frühen Hochzivilisationen. Dazu gehört unmittelbar auch das herrschaftliche Verhältnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen denen, die körperlich, und denen, die geistig arbeiten. Auch die Konstitution der Geschlechtlichkeit von Individuen ist ein Merkmal, das weiter zurückreicht und tiefer verankert ist als der moderne Kapitalismus.

Eine Transformation muss in diesen Hinsichten radikaler konzipiert werden.

2) Spielt der Staat im Transformationskonzept von Dieter Klein eine geringe Rolle, so steht er im Zentrum der staats-theoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas, und zwar sowohl als Ebene der Transformation als auch als Strategie. Wenn Nicos Poulantzas von radikaler Transformation hin zum demokratischen Sozialismus spricht, dann hat er vor allem einen Umbau des Staates vor Augen, setzt also sehr viel bescheidener an. Die Vorstellungen, die in der Arbeiterbewegung bestanden hätten, erwiesen sich aus seiner Sicht als unzulänglich. Auf der einen Seite sieht Poulantzas die Sozialdemokratie, die etatistisch orientiert ist, Reformen mit den Mitteln des Staates verfolgt und umsetzen will und einen Argwohn gegen demokratische Forderungen und Beteiligungen der breiten Bevölkerung hegt; auf der anderen Seite die leninistisch-stalinistische Tradition, die den Staat zerschlagen will. Auch wenn er selbst für ein Absterben des Staates plädiert, so hat er Zweifel, dass dies mit dem Modell der revolutionären Machtübernahme, der Doppelherrschaft und der Konzentration auf Räte oder direkte Basisdemokratie überhaupt möglich ist. Denn diesem von Poulantzas kritisierten Modell zufolge entsteht eine parallele politische Machtstruktur: auf der einen Seite der Staat und seine Bürokratien als Instrument der vormals herrschenden bürgerlichen Klasse, auf der anderen die emanzipatorischen Kräfte mit ihrem Ziel der Selbstverwaltung. Die sozialen Bewegungen bleiben dem Staat äußerlich, für die inneren Widersprüche und Auseinandersetzungen innerhalb des Staates haben sie kein Verständnis; indem sie von ihm Besitz zu ergreifen glauben, um mit seiner Hilfe die Gesellschaft umzubauen, integrieren sie sich in ihn, verändern ihn also nicht von innen heraus. Letztlich kommt es zu einer undemokratischen, etatistischen Transformation, aus der der Staat gestärkt hervorgeht. Poulantzas selbst geht es darum, eine radikale Transformation des Staates in die Wege zu leiten, indem die Freiheiten und Institutionen der repräsentativen Demokratie ausgeweitet und vertieft werden und mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbunden werden. Die Kontinuität der Institutionen der repräsentativen Demokratie hält Poulantzas nicht für ein bedauerli-

ches Überbleibsel, sondern für eine notwendige Bedingung des demokratischen Sozialismus. Er sieht aber durchaus auch das Problem, dass mit einer erweiterten Demokratie auch Gegner des Prozesses mehr Möglichkeiten erhalten, »das Experiment des demokratischen Sozialismus zu boykottieren oder aber brutal zu intervenieren, um ihm ein Ende zu setzen« (Poulantzas 2002: 292). Diese Gefahren im Blick, soll der Ausbau der Demokratie möglich werden dadurch, dass es breite soziale Bewegungen gibt. Doch sie müssen sich mit der Transformation des Staates verbinden. Innerhalb des Staates müssen sich effektive Zentren des Widerstands und der Macht bilden, entfalten und verstärken, so dass sich die inneren Kräfteverhältnisse der Staatsapparate verändern und es zu effektiven Verschiebungen und Brüchen in diesen Kräfteverhältnissen zugunsten der Beherrschten kommt. Der Transformationsprozess ist demnach offen für Kontingenzen, die aus den Eingriffen von sozialen Bewegungen entstehen. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass nun die transformierende Praxis nur in den staatlichen Institutionen stattfinden kann, vielmehr geht es um eine Entfaltung von Bewegungen und Dispositiven der direkten Demokratie, die sich mit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staates und folglich mit einer Transformation seiner Apparate verbinden. »Diese Transformation muss von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden. Eine Transformation des Staatsapparats allein und eine Entwicklung der repräsentativen Demokratie könnten dem Etatismus nicht entgehen. Die [Stärkung der Selbstverwaltung – AD] hat allerdings auch eine Kehrseite: Auch die einseitige und eindeutige Verschiebung des Schwerpunktzentrums auf die Bewegung der Selbstverwaltung könnte über kurz oder lang nicht das Scheitern verhindern, d.h. den technisch-bürokratischen Etatismus und die autoritäre Konfiskation der Macht durch die Experten« (ebenda: 2002: 290).

Auch im Fall von Poulantzas stellen sich Fragen. Er konzentriert sich auf die Transformation des Staates. Der Zusammenhang dieser Transformation mit der der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse bleibt im Unklaren. Erstens nimmt Poulantzas an, dass tief verankerte Praktiken der

Herrschaft – also die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, die nationalen Spaltungslinien oder die Geschlechterdichotomie – sich im Staat verdichten. Allerdings wird nicht klar, wie Transformationen des Staates, die eine Formveränderung von Herrschaft beinhalten, auch an diese tief sitzenden Herrschaftspraktiken in den Grundlagen der Gesellschaft selbst heranreichen.

Zweitens hängt viel von den sozialen Bewegungen ab, doch kann er nicht klären, wie diese entstehen und dauerhaft bleiben, um einen lang anhaltenden Transformationsprozess des Staates zu unterstützen und zu tragen. Soziale Bewegungen haben eine eigene Dynamik; diese hält sich nicht an den Masterplan eines langen Umbaus, sondern durchläuft Phasen. Die Bewegungen werden für beschleunigte Maßnahmen aktiv, sie wechseln die Themen und Aktionsformen, sie lösen sich wieder auf. Wenn sie massiv für bestimmte Ziele eintreten, kann es zu Konflikten mit anderen Akteuren kommen, die zwar ebenfalls die Transformation wollen, jedoch andere Interessen oder Prioritäten haben.

Daraus resultiert drittens die Frage, wie das Verhältnis zwischen Staatsapparat, Parteien und sozialen Bewegungen demokratisch geregelt wird. Die Handlungslogiken werden sich trotz geteilter Ziele unterscheiden: Parteien werden eher die Logik der repräsentativen Demokratie und staatlicher Autorität und Allgemeinheit vertreten, Bewegungen sich auf mobilisierungsfähige Themen konzentrieren und sich dabei oftmals auch über transformierte Regeln hinwegsetzen.

Viertens bleiben bei Poulantzas Prozesse des demokratischen Umbaus der Wirtschaft weitgehend außer Betracht. Hingewiesen wird allein auf Prozesse der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, aber damit bleiben wesentliche Fragen nach den demokratischen Entscheidungen in den Betrieben und Kommunen, nach der Koordination zwischen Produktion und Dienstleistungen, zwischen Betrieben und Branchen, der Beteiligung der Konsumierenden, der Ausrichtung des Wirtschaftens auf Nachhaltigkeit, der Entwicklung neuer kollektiver Lebensformen noch unbeantwortet. Auch unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage, wie soziale Bewegungsprozesse auf der Ebene der wirtschaftlichen Selbstverwaltung

auf Dauer gestellt und mit staatlichen Entscheidungsprozessen koordiniert werden.

3) Als letzten Ansatz will ich den von Joachim Hirsch erwähnen, der nicht direkt von Transformation spricht, sondern für radikalen Reformismus plädiert. Er greift damit ähnlich wie Dieter Klein Überlegungen von Antonio Gramsci zu Zivilgesellschaft auf, die Poulantzas eigentümlicher Weise außer Betracht lässt, und plädiert dafür, diese mit dem Ziel der Demokratisierung zu verändern und um die »herrschenden Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft zu kämpfen« (Hirsch 2005: 230). Der Staat sei kein Instrument, sondern der »institutionelle Ausdruck grundlegender gesellschaftlicher Machtbeziehungen«, es könnten deswegen auch diese Machtbeziehungen nicht mit seiner Hilfe verändert werden. Er besitze nicht die Macht, die Gesellschaft zu steuern und zu kontrollieren. Die gesellschaftlichen Strukturen müssten verändert werden. Doch alternative Vergesellschaftungsformen entwickelten sich nicht quasi automatisch aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Es bedürfte eines bewussten Handelns, »das sich gegen die herrschenden sozialen Strukturen, politischen Institutionalisierungsformen und Subjektprägungen richten muss«; neue Produktions- und Lebensformen, von den bestehenden institutionellen Strukturen, Staat und Parteien unabhängige politische Organisationszusammenhänge, eine unabhängige Öffentlichkeit müssten praktisch durchgesetzt werden. Mit dem Begriff des Reformismus will Hirsch darauf hinweisen, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht durch staatliche Macht durchgesetzt werden können, sondern einen »langwierigen und schrittweisen Prozess der Bewusstseins- und Verhaltensveränderung darstellen, durch den gesellschaftliche Machtverhältnisse allmählich transformiert« werden. Es handelt sich also insbesondere um die Veränderung der Zivilgesellschaft: Möglichkeiten unabhängiger Diskussionen, Aufarbeitung von Erfahrungen, kulturrevolutionäre Lebensweisen und Bewusstseinsinhalte. Radikal ist dieser Reformismus Hirsch zufolge deswegen, weil er sich weder durch besondere materielle Ziele noch durch die Radikalität der Forderungen auszeichnet, sondern die kapitalistischen sozialen Formen durchbricht, also die Formen der herrschenden Arbeitsteilung, der gesellschaftlichen Produktion, der Familien- und Ge-

schlechterbeziehungen, des Konsums und insbesondere der Politik mit ihren Trennungen von Privat und Öffentlich, Politik und Ökonomie, Regierenden und Regierten, StaatsbürgerInnen und AusländerInnen (vgl. ebd.: 229).

Die Überlegungen Hirschs zum radikalen Reformismus erweitern das Spektrum reformerischer Aktivität noch einmal erheblich: Neben grundlegende wirtschaftliche Parameter, Technologieentwicklung, wirtschaftspolitische Maßnahmen, den Umbau von Staatsapparaten und ein neues Verhältnis zwischen Staatsapparaten und Gesellschaft treten nun noch langfristige Veränderungen in der Zivilgesellschaft selbst: gesellschaftliche Arbeitsteilung, Geschlechterverhältnis, Familienpraktiken, Öffentlichkeit. Wie Klein versteht er den Kampf um Hegemonie in allererster Linie allerdings nur als eine Veränderung von Bewusstsein und Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung. Das greift ersichtlich zu kurz, denn Hegemonie bedeutet auch eine materielle Veränderung der Alltagsgewohnheiten in einer neuen Organisation der Kultur. Die Überlegungen Hirschs können durchaus als antietatistisch verstanden werden, er plädiert – im Unterschied zu Poulantzas – für eine Art parallele, »unabhängige« politische Struktur. Um die naheliegende Konsequenz eines den Staat ablehnenden Abstentionismus zu vermeiden, betont Hirsch, dass es unumgänglich sei, sich politisch einzumischen, da die staatliche Instanz erkämpfte soziale Kompromisse und Rechte kodifiziere und garantiere. Demnach ist der Staat also doch nicht nur Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, sondern er ist – ganz im Sinne von Poulantzas und Gramsci – selbst ein solches: Die Art und Weise, von wem, auf welche Weise, in welchen Apparaten der zivilen und politischen Gesellschaft Politik gemacht wird, welche Interessen berücksichtigt werden, welche verbindlichen Entscheidungen getroffen werden, wie sehr das öffentlich kontrolliert werden kann – all das muss notwendigerweise zu Aspekten der Transformation werden. Diesen Widerspruch trägt Hirsch aber nicht aus, sondern bleibt appellativ: Politik in Bezug auf den Staat zu machen dürfe nicht dazu führen, etatistische Politik- und Verhaltensformen zu übernehmen (ebd.: 232). Doch gerade dies ist das Feld der Auseinandersetzung. Man betritt das Feld des Staates nicht von außen, um dann durch

politisches Engagement sich zu kontaminieren, sondern umgekehrt befindet man sich immer schon im Staat als gesellschaftliches Verhältnis, und es geht darum, den Staat zu transformieren, um die Macht dieses gesellschaftlichen Verhältnisses »Staat« abzubauen. Öffentliche Willensbildung, Parteien und Parlament sind staatliche Apparate, ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen bleibt bei Hirsch unklar. Es scheint so, als würde er sie, anders als Poulantzas, als bedauerliche Überbleibsel betrachten. Dem steht entgegen, dass Hirsch die Möglichkeiten der Demokratie strukturell in kapitalistischen Verhältnissen verankert sieht und es ihm ja um den Ausbau von Demokratie geht (ebd.: 27); Demokratie muss zwar nicht notwendigerweise in den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie praktiziert werden, aber ein radikaler Reformismus müsste sagen, welche Formen dann besser geeignet wären. Wenn Demokratie strukturell in kapitalistischen Verhältnissen, dem Warentausch, verankert ist, ist zudem zu bedenken, dass, wenn die kapitalistischen Formen durch radikale Reformen zurückgedrängt werden, auch die Grundlage der Demokratie geschwächt werden könnten. Hirschs staats- und parteikritischen Überlegungen führen also in eine Reihe von Selbstwidersprüchen und ungeklärte Fragen. Da nicht immer nur auf die sozialen Bewegungen gehofft werden kann, sondern es um die Initiative zur Transformation der Gesellschaft auf allen Ebenen geht – also auch um die mögliche Initiative durch Parteien, Gewerkschaften oder sogar einzelne Akteure innerhalb der Staatsapparate (man denke an die Nelkenrevolution in Portugal) –, muss das Verhältnis von politischer und sozialer Demokratie weiter vertieft werden, also die Fragen, wie es zu gesellschaftlicher Willensbildung kommt, wie transformatorische Prozesse angestoßen und allgemein verbindlich umgesetzt werden könnten.

4. Abschließende Bemerkungen

Die Diskussion über sozialistische Transformation hat in den vergangenen Jahren wichtige Impulse erfahren. Dennoch ist sie weitgehend noch am Anfang. Es ist demnach eine Vielzahl von weiter zu diskutierenden Problemen und Widersprüchen festzuhalten. Da ist zunächst der Gesichtspunkt einer Evaluation von solchen Konzepten der Reform und der Revolution. Insbesondere

der Stand des Wissens über Praktiken und Ergebnisse von Reformen ist verblüffend gering. Zweitens bedarf der Umfang des Transformationsbegriffs weiterer Klärung: Welche Bereiche müssen transformiert werden, und wie tief müssen die Transformationen reichen? Die zeitlichen Dimensionen – schnell, langsam, allmählich, kontinuierlich-linear oder mit Brüchen verbunden – und die Verknüpfung dieser zeitlichen Rhythmen. Drittens gibt es die Frage der gesellschaftlichen Macht, denn der Erfolg hängt nicht allein von der Qualität der Reformvorschläge und Transformationskonzepte ab. In der bisherigen Transformationsdiskussion spielt der Rationalismus eine zu große Rolle – so als hinge alles von gut überlegten Konzepten ab. Es gibt also viertens ein Rationalitätsproblem, denn tatsächlich bedürfen gesellschaftliche Veränderungen entfalteter Überlegungen, gleichzeitig können Letztere wiederum in akuten gesellschaftlichen Prozessen blockierend wirken. Fünftens stellen sich die Fragen nach der Transformation des Staates und den Möglichkeiten, im und durch den Staat langfristige Reformen zu verfolgen. Sechstens stellen sich Fragen der Demokratie in der Gestalt der vorfindlichen repräsentativen Institutionen und auf die politische Sphäre begrenzten Verfahren, ihrer Erweiterung und der Verknüpfung dieses Prozesses demokratischer Willensbildung mit den tiefen Gesetzmäßigkeiten, die die Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation bestimmen. Soweit ich dies sehe, gibt es mehr Fragen als Antworten.

Zudem stellt sich die erkenntniskritische Frage, auf der Adorno immer bestanden hat: Sind die Widersprüche, die sich historisch zwischen Begriffen wie Reform und Revolution herausgebildet haben, nicht insofern selbst objektiv und historisch rational, als sie für einen unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen auch durch noch so gute Theorie nicht zu schlichtenden Widerspruch stehen? So verstanden stellen sie einen weiteren Antrieb dar, diese Verhältnisse zu verändern. Die Dialektik von Reform und Revolution lässt sich nicht einfach stillstellen, der Begriff der Transformation stellt keine logische Lösung eines bestehenden gesellschaftlichen Widerspruchs dar. Vielmehr kann der Begriff der Transformation nur dazu beitragen, diese Dialektik selbst auszutragen und ihr eine Form zu geben, so dass der Widerspruch prozessiert werden

kann. Der Begriff der Transformation zielt demnach nicht auf die falsche Versöhnung und Auflösung des Widerspruchs, nicht auf logische Vereindeutigung, wo es keine theoretische Lösung gibt. Eher markiert er das Feld, auf dem diese Widersprüche und Fragen selbst in bewusster und strategischer Absicht diskutiert werden können. Denn unabhängig von den Problemen im Einzelnen fehlt vor allem eine strategische Diskussion, in der die Gemeinsamkeit und der Zusammenhalt aller emanzipatorischen Bemühungen hergestellt wird, mit verschiedenen Konzepten die für notwendig gehaltenen Transformationen auf den Weg zu bringen.

Literatur:

Adorno, Theodor W. (1962/1977): Fortschritt, in: ders., Ges. Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt a.M.

Adorno, Theodor W. (1964/2008): Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a.M.

Albert, Michael (2006): Parecon. Leben nach dem Kapitalismus, Frankfurt a.M.

Allespach, Martin/Demirović, Alex/Wentzel, Lothar (2010): Demokratie wagen! Gewerkschaftliche Perspektiven in der Wirtschaftskrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.2, S. 95-106

Bachrach, Peter/Baratz, Morton S. (1977): Macht und Armut, Frankfurt a.M.

Benjamin, Walter (1940/2010): Über den Begriff der Geschichte, in: Werke und Nachlass, Bd. 19, Berlin

Buhl, Kathrin (2010): Anmerkungen zu Theorie und Praxis des Sozialismus in Lateinamerika, unveröffentl. Ms.

Demirović, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster

Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg

Dieterich, Heinz (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947/1984): Dialektik der Aufklärung, in: Theodor W. Adorno: Ges. Schriften, Bd. 3, Frankfurt a.M.

Kant, Immanuel (1798/1968): Streit der Fakultäten, in: Kants Werke, Bd. VII (Akademie-Textausgabe), Berlin

Klein, Dieter (2010): Eine zweite große Transformation und die Linke, Kontrovers 01/2010, Beiträge zur politischen Bildung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Korsch, Karl (1919/1980): Die Sozialisierungsfrage vor und nach der Revolution, in: ders.: Gesamtausgabe, Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf, Frankfurt a.M.

Marx, Karl (1844/1972): Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, in: MEW, Bd. 1, Berlin

Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt a.M.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie, Hamburg

Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden

Vilmar, Fritz/Sattler, Karl-Otto (1978): Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Frankfurt a.M.

Transition und Transformation



Die Begriffe Transition und Transformation sind in der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatte zu neuen Modebegriffen geworden. Zumindest dort, wo es um die ökologische Krise und sozial-ökologische Veränderungen geht. In anderen Bereichen wie der Finanzmarkt- oder Sozialpolitik werden die Begriffe hingegen weit weniger verwendet.

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird unter Transition eher der Wechsel von politischen Regimen verstanden – etwa von autoritären Regime oder Militärdiktaturen in Südeuropa in den 1970er Jahren, später in Afrika und Lateinamerika und dann in Osteuropa und der Sowjetunion zu mehr oder weniger liberaldemokratischen politischen Systemen (Merkel 2010; O’Donnell et al. 2004). Der Begriff der Transformation bezeichnet häufig den Übergang der osteuropäischen sozialistischen Plan- hin zu kapitalistischen Marktwirtschaften. Obwohl auch in der Transitionsforschung die Begriffe immer wieder synonym verwendet werden (vgl. etwa die beiden Wikipedia-Einträge; zu den Begriffen Brie 1994), ist aus der Realgeschichte zu lernen: In Lateinamerika und

Afrika fanden zuvorderst Veränderungen politischer Regime statt, während in Osteuropa eben auch Wirtschaft und Gesellschaft tief greifend verändert wurden.

So spricht der Wissenschaftliche Beirat der (deutschen) Bundesregierung für globale Umweltveränderungen in seinem neuen Gutachten von einem »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« (WBGU 2011). Der Ausgangspunkt ist, wie in vielen anderen Beiträgen, die ökologische Krise und insbesondere der Klimawandel, die ein Umschwenken auf andere Entwicklungspfade und insbesondere auf ein nicht mehr fossilistisches Energiesystem dringend notwendig scheinen lassen. Der Begriff der Transformation ist hier normativ bzw. »heuristisch« (ibid.: 87) zu verstehen, wobei Ansatzpunkte für einen solchen Prozess genannt werden. Ein solcher Ansatzpunkt ist der aus Sicht des Beirates global sich abzeichnende Wertewandel hin zu einer Sensibilisierung für ökologische Fragen (ibid.: 71ff.). Um diesen zu fördern bzw. zu verstärken bedürfte es eines neuen »globalen Gesellschaftsvertrages« (ibid.: 8, 293ff.). Neben dem Wertewandel ist zentral zur Realisierung einer Großen Transformation der »gestaltende Staat« (ibid.: 215ff.), der die als notwendig erachteten Innovationen fördern soll (für die Studien des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP ist Innovation gar der Schlüsselbegriff).¹

Das Department of Economic and Social Affairs der UNO (DESA 2011), um ein anderes Beispiel zu nennen, plädiert für eine »great green technological transformation«, um einer grünen Ökonomie im Sinne eines

¹ »Resource use reductions ... are, ultimately, what really is needed most. However, the key factor that will determine whether this happens will be the degree of investment in innovations for more sustainable use of resources. A key driver here will be whether prices of critical resources rise in response to resource depletion.« (UNEP 2011a: 51)

neuen Entwicklungsparadigmas zum Durchbruch zu verhelfen. In der wissenschaftlichen Diskussion etabliert sich eine Linie der *transition research* bzw. des *transition management* (Rotmans et al. 2001, Shove/Walker 2007), als »novel mode of governance for sustainable development« (Loorbach/Rotmans 2010: 237)

Es scheint sich innerhalb von kurzer Zeit um die Begriffe Transformation-Transition ein gesellschaftspolitisches und wissenschaftliches Debattenfeld zu öffnen, das aus meiner Sicht *analytisch* eng mit der multiplen, insbesondere der ökologischen Krise zusammenhängt und *normativ* mit einer breit geteilten Diagnose, dass die stofflichen und energetischen Grundlagen der Gesellschaften rasch und grundlegend geändert werden müssen. Die analytische und die normative Dimension geraten in der Transformationsdiskussion immer wieder durcheinander.

Doch, und das ist die Ausgangsthese für diesen Beitrag, haben die Beiträge zur Transitions-Transformations-Debatte zum einen ein unzureichendes Verständnis vom »Subjekt« der Steuerung, d.h. von Staat bzw. Governance.² Es wird angenommen, dass Staat und Governance ein Interesse an der Bearbeitung von kollektiven Problemen und damit an der Herstellung von Allgemeinwohl haben (vgl. Buckel 2011). Auch das Verhältnis von Steuerung und vermuteten gesellschaftlichen Dynamiken wie technologische oder soziale Innovationen werden nicht expliziert.

Zweitens wird kaum genauer bestimmt, was der gesellschaftliche Gehalt der zu bearbeitenden Probleme bzw. Krisen eigentlich ist. Auf der beschreibenden Ebene sind es die übernutzten Erdsysteme wie die Landoberfläche oder unter der Erde lagernde Natur-elemente, Atmosphäre oder Ozeane. Dennoch bleibt unklar, was überhaupt geändert werden soll. In der Regel erschöpfen sich die Diagnosen im Problem Übernutzung von Ressourcen und Senken, insbesondere der

Atmosphäre durch überhöhte CO₂-Emissionen. Das Millennium Ecosystem Assessment unterscheidet etwa hinsichtlich der Nutzung von Ökosystemen recht allgemein zwischen demographischen, ökonomischen, soziopolitischen, wissenschaftlichen und technologischen, kulturellen und religiösen Triebkräften (*drivers*), die als indirekt bezeichnet werden und die zur einer veränderten Nutzung von Ressourcen führen. Direkte Triebkräfte sind physikalischer, biologischer und chemischer Art, nämlich Landnutzung, Klimawandel, Luft- und Wasserverschmutzung, Bewässerung, Nutzung von Düngemitteln, Ernten und die Einführung fremder Arten (MEA 2005; ähnlich, wenngleich etwas spezifischer gefasst, GEO-4 von 2007). Die Darstellung und Diskussion der Triebkräfte bleibt jedoch ziemlich abstrakt.

Auch das Internationale Ressourcen-Panel des Umweltprogramms der UNO beschreibt eindrucksvoll den enormen Zuwachs der Vernutzung der Ressourcen Baustoffe, fossile Energieträger, Biomasse und Mineralien im 20. Jahrhundert (UNEP 2011a). In einem anderen UNEP-Bericht zur »Grünen Ökonomie« wird die Fehlallokation des Kapitals in Bereiche wie dem Finanzsektor als Hauptursache der Fehlentwicklungen ausgemacht (UNEP 2011b). Detaillierter nennt der WBGU (2011: 200ff.) in seinem Bericht Blockaden der Transformation, die insbesondere in Politikblockaden im Mehrebenensystem aufgrund der kurzfristigen Orientierungen von staatlicher und Parteienpolitik, bestehender Interessen und institutionellen Fragmentierungen, in der dynamischen Entwicklung in Schwellenländern, unzureichender globaler Kooperation, rasanter Urbanisierung und auf absehbare Zeit günstig verfügbare Kohlevorräte bestehen.

Entscheidend an dieser wirkungsmächtiger werdenden Perspektive scheint mir, dass die Probleme als gegeben angenommen werden, nämlich als Menschheitsprobleme, die von der Menschheit und den sie strukturierenden Akteursgruppen wie Politik, Unternehmen, KonsumentInnen – mitunter wird auch die Zivilgesellschaft genannt – zu lösen seien. Wenn Konflikte konstatiert werden, dann am ehesten jene zwischen wohlständigem und Ressourcen bzw. Senken übernutzendem globalen Norden und jenen Ländern des globalen Südens, die

² Der Governance-Begriff wird sehr breit und unspezifisch verwendet, doch sein Bedeutungskern verweist auf sich verändernde Formen politischer Steuerung, insbesondere durch die Auflösung der Gleichsetzung politischer Steuerung mit dem (National-)Staat (vgl. Journal für Entwicklungspolitik 1/2007).

sich dynamisch wirtschaftlich entwickeln mit all den Implikationen für Ressourcen- und Senkennutzung.

In jüngeren Studien wird der Begriff des Problems durch jenen der Megatrends ersetzt: Der WBGU spricht von Megatrends des Erdsystems einerseits und von jenen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits (2011: 35-65; im Bericht ist allerorten von »Problemen« die Rede, aber der Begriff hat keinen explizierten systematischen Stellenwert).

Die zerstörerischen gesellschaftlichen Dynamiken werden konstatiert (insbesondere die Globalisierung der westlichen Lebensweise), aber nicht als solche analysiert. Es dominiert eine Art naturalistisches Wahrheitsregime – die Naturwissenschaften beschreiben uns den Charakter der Krise (prominent Rockström et al. 2009). Insbesondere die Politik soll Transitions- bzw. Transformationsprozesse einleiten und fördern. Die Optionen oder Potenziale werden besonders in der Technik (vor allem in der drastischen Erhöhung der Effizienz), in Innovationen (Produktionsmethoden, Stärkung der Kreislaufwirtschaft) oder in gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem Wertewandel hin zu post-materiellen Werten oder in Anzeichen von Selbstbegrenzung (Suffizienz) gesehen. In der Transitionsforschung ist der Begriff der Innovation die Zentralkategorie. Doch dass Effizienzgewinne alleine nicht ausreichen, wie die Neoklassik mit den Begriffen Substitution und technologischer Fortschritt verspricht, wird zunehmend anerkannt (UNEP 2011a). Dies ist nicht nur der Fall aufgrund der sog. Rebound-Effekte, d.h. der Tatsache, dass Effizienzsteigerungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen nicht den Ressourcenverbrauch reduzieren, da die hergestellten Produkte wie beispielsweise Autos oder Bildschirme in der Herstellung tendenziell billiger werden und deshalb größere Einheiten (an Autos oder Bildschirmen) konsumiert werden. Hinzu kommen die enormen Entwicklungsdynamiken in einigen Regionen der Welt.

Hier liegt die doppelte Herausforderung eines kritischen analytischen Transformationsbegriffs: In einem genaueren Verständnis der politischen Steuerungsmöglichkeiten bzw. von Governance-Strukturen und Prozessen, die nicht einfach angenommen werden können. Die kritische Staats- und

Governance-Forschung kann hier Erkenntnisse liefern. Der zweite Springpunkt liegt in einer gründlicheren Konzeptualisierung der Probleme und des »Steuerungsobjektes«, das sich im sozial-ökologischen Transitions-Transformations-Prozess verändern soll: Die Gesellschaft und ihr Metabolismus mit der Natur oder, in der Sprache der politischen Ökologie, die gesellschaftlichen *Naturverhältnisse*. Der Begriff des sozialen Verhältnisses scheint mir zentral und die *differentia specifica* eines kritischen *analytischen* Transformationsbegriffs.

Im Folgenden möchte ich die Begriffe Transition und Transformation etwas genauer fassen, um daraus einen kritisch-analytischen Transformationsbegriff zu gewinnen. Dieser begreift – in Anlehnung an staats-, hegemonie- und regulationstheoretische Überlegungen sowie an die politische Ökologie – Gesellschaft und ihren Metabolismus mit der Natur als Ensemble sozialer Verhältnisse (ohne die biophysikalischen Dimensionen zu negieren). Vor diesem Hintergrund soll die getroffene Unterscheidung zwischen Transition und Transformation an den aktuellen Debatten und möglichen Entwicklungen im Kontext von »grüner Ökonomie« und »grünem Kapitalismus« ausgeführt werden. Es folgen einige Anmerkungen, inwieweit die angestellten Überlegungen in Ländern des globalen Südens angewendet werden können, bevor ein fragender Ausblick den Beitrag abrundet.

Begriffsklärungen

Zunächst wird eine aus meiner Sicht analytisch und gesellschaftspolitisch hilfreiche Unterscheidung eingeführt, um sie für eine kritische analytische Transformationsperspektive stark zu machen. Anhand der von mir getroffenen Unterscheidung zwischen den Begriffen Transition und Transformation werde ich zunächst die analytische Reichweite unterschiedlicher Diagnosen und Vorschläge der Krisenbearbeitung – wenn man will: die Eingriffstiefe – besser einschätzbar machen.

Die Begriffe Transition und Transformation werden unscharf benutzt, was bereits etymologische Ursachen hat.³ *Transire* hat einen Bedeutungskern im Sinn von »hinüber-

³ Alex Demirovic wies mich auf diesen Zusammenhang hin.

gehen«, *transformare* von »umgestalten, verwandeln«.

Entsprechend werden die Begriffe häufig synonym verwendet. So ist der erwähnte WBGU-Report mit dem deutschen Titel »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« in der englischen Übersetzung als »World in Transition – A Social Contract for Sustainability« betitelt. Im Bericht selbst geht es jedoch auch im Englischen um Transformation. Auch Raskin et al. (2010), um ein weiteres Beispiel zu nennen, sprechen in ihren Szenario-Analysen (s.u.) unterschiedslos von Transition und Transformation.

Ich plädiere für begriffliche Schärfe, um damit wichtige Differenzen anzuzeigen: Transition verstehe ich im Sinne politisch-intentionaler Steuerung, also eine strukturierte, politisch-staatlich vermittelte Intervention in Entwicklungspfade und -logiken, Strukturen und Kräfteverhältnisse, um dominanten Entwicklungen eine andere Ausrichtung zu geben. Ein Großteil der Studien zu grüner Ökonomie und sozial-ökologischer Transformation argumentiert vor diesem Hintergrund. Auch wenn mitunter gesellschaftliche Dimensionen wie der Wertewandel oder bereits stattfindende technologische Entwicklungen benannt werden.

Transformation wird demgegenüber als umfassender sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderungsprozess verstanden, in den Steuerung und Strategien eingehen, der darauf aber nicht reduzierbar ist. Er wird analytisch verwendet und ist nicht reduzierbar auf eine normativ begründete Position von Veränderungen hin zu einer solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft.

Damit lehne ich mich an die fast 70 Jahre alte, bis heute prominenteste Verwendung des Begriffs an. Karl Polanyi arbeitete in seiner *The Great Transformation* (1944/1990) für das 19. Jahrhundert heraus, wie der entstehende Kapitalismus die bestehenden feudalistischen Sozialbeziehungen und den sozialen und natürlichen Lebensraum der Menschen zerstörte bzw. zu zerstören drohte und wie gewaltsam dieser Prozess der »Entbettung« war. In diesem Punkt lassen sich durchaus Parallelen ziehen zu der von Marx beschriebenen »ursprünglichen Akkumulation« (MEW 23: 741ff.): Die kapitalistische Ökonomie ist kein

Ergebnis eines quasi-natürlichen Evolutions- oder Modernisierungsprozesses, sondern ihre Organisationsprinzipien wurden mit Gewalt eingerichtet und gegen vielfache Widerstände durchgesetzt. Ausgehend vom England in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Great Transformation ein Prozess, in dem der Kapitalismus neue Märkte schuf und auf deren unregelmäßigem Charakter basierte – inklusive freier Märkte für Arbeit, Boden und Geld, die allesamt wie Waren behandelt wurden.⁴ Preismechanismus und Profitorientierung wirkten einige Jahrzehnte ungestört, d.h., die Bildung von Märkten wurde in dieser unregelmäßigen Phase nicht von staatlicher oder anderer Seite behindert. Waren vorher Marktprozesse in umfassende gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet, so kehrt sich diese Beziehung um. Das »utopische Experiment« führt nach Polanyi zu einem »selbstregulierenden Markt«: »Sobald das wirtschaftliche System in separate Institutionen gegliedert ist, die auf spezifischen Zielsetzungen beruhen und einen besonderen Status verleihen, muss auch die Gesellschaft so gestaltet werden, dass das System in Einklang mit seinen Gesetzen funktionieren kann« (Polanyi 1944/1990: 89). Polanyi betonte als Wesensmerkmal dieser Durchsetzung, dass sich Politik und Ökonomie ausdifferenzieren und gleichzeitig aufeinander bezogen blieben. »Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewussten und oft gewaltsamen Intervention von Seiten der Regierung« (ebd.: 330 f.).

Dieser liberale Kapitalismus der freigesetzten Märkte war aber für die meisten Menschen ein Katastrophenprogramm, das seine eigenen Grundlagen untergrub. Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden aufgrund dieser zerstörerischen Tendenzen verschiedene Gegenbewegungen« bzw. »kollektivistische Gegenströmungen« (in Form von ArbeiterInnenbewegungen,

⁴ Letztere sind dabei aber nach Polanyi »fiktive Waren«, d.h., ihr Warencharakter weist systematische Grenzen auf, und trotzdem werden sie im liberalen Kapitalismus bzw. im »selbstregulierenden Marktsystem« als Waren behandelt.

von Fabrik und Sozialgesetzen), von Gesetzen zur Einschränkung des Handels sowie zur Kontrolle des Geldes durch die Errichtung von Zentralbanken. Polanyi nennt diese Bewegungen gegen den sich ständig erweiternden Markt, die sich oft über den Staat und legislative Maßnahmen ausdrücken, den »Selbstschutz der Gesellschaft« (ebd.: 182 ff.). Deshalb interpretiert er die Geschichte des 19. Jahrhunderts als das Ergebnis einer »Doppelbewegung«: einerseits als Ausweitung der Marktorganisationen in Bezug auf echte Waren und andererseits als Einschränkung in Bezug auf die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld. Die Dynamik im Prozess der Herausbildung des Kapitalismus bestand nicht zuletzt im »Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens« (ebd.: 329).

Von Polanyi können wir also lernen, dass die Analyse von Transformationsprozessen etwas mit gesellschaftlichen Kräften, Interessen und Kräfteverhältnissen zu tun hat und dass Staat und Politik nicht per se die (welt-)gesellschaftlichen Probleme lösen, sondern ihrer Grundstruktur nach die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchsetzen und absichern – bis es zu gesellschaftlichen Gegenbewegungen kommt. Die Ökonomie hingegen ist nichts Überhistorisches, sondern ein historisch spezifisches Kräfteverhältnis. Politik und Ökonomie konstituieren sich gegenseitig – darauf wird noch zurückzukommen sein.

Transition und zwei systematische analytische Grenzen

Die Übergänge zwischen den Begriffen Transition und Transformation sind fließend, und mir ist bewusst, dass hier von mir eine begriffliche Setzung vorgenommen wird. Doch die Annahmen und Aussagen haben enorme Implikationen für die Bearbeitung sozial-ökologischer Probleme bzw. Krisen. Anhand einiger Beispiele soll mein Argument verdeutlicht werden.

Die New Economics Foundation (NEF) möchte mit dem Begriff *The Great Transition* (2010) zur Debatte über Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu einer neuen Wirtschaftsweise beitragen. Dafür macht die keynesianisch ausgerichtete NEF sehr komplexe und einsichtige Vorschläge wie etwa eine Neubewertung von Wohlstand, eine größere und progressive Rolle des

Staates oder die Aufwertung lokaler Produktion. Neben Hinweisen, wie jede und jeder Einzelne im privaten Bereich ökologisch nachhaltiger handeln kann, liegt der eindeutige Fokus der Studie jedoch darauf, dass Regierungen Einsicht in die Probleme beweisen und umsteuern müssen (ebd.: 97-99).

Ein zweites Beispiel ist der innerhalb der Gewerkschaften zunehmend verwendete Begriff der *just transition*. Zentral für die Strategien einer gerechten Transition ist für die Gewerkschaften – etwa neben Bildung, Übergangsmöglichkeiten in andere Jobs, die Beteiligung der Gewerkschaften an Veränderungen, eine Kostenaufteilung des Umbaus – ein »national framework or mechanism to ensure long-term planning and representative decision making on environmental transition« (TUC 2008: 5; ähnlich CLC 2000), um langfristige und stabile Beschäftigung zu erreichen. Der Begriff wurde unter anderem von argentinischen, kanadischen und britischen Gewerkschaften sowie Umwelt-NGOs als Entwicklungspfad hin zu einer CO₂-armen Ökonomie eingeführt und auf der offiziellen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 prominent verwendet. Das ist aus meiner Sicht kein Zufall. Denn die politischen Vorstellungen internationaler Umweltpolitik, in der die ökologische Krise sehr präsent ist, sind eben solche des intentionalen Umsteuerns (*Transition*) über die Schaffung geeigneter politisch-institutioneller Rahmenbedingungen und Anreize (denen damit Priorität eingeräumt wird; vgl. zum Begriff nachhaltige Entwicklung Brand 2010).

Die OECD (2011) publizierte kürzlich ihren Bericht *Towards Green Growth*. Sie erachtet die angemessenen Rahmenbedingungen als entscheidend, um grünes Wachstum und Transitionsprozesse voranzutreiben und Marktversagen zu korrigieren. »Efficient resource use and management is a core goal of economic policy« (OECD 2011: 10). Dafür sollen sich Umwelt- und Wirtschaftspolitik gegenseitig verstärken. Die Strategie grünen Wachstums »takes into account the full value of natural capital as a factor of production and its role in growth. It focuses on cost-effective ways of attenuating environmental pressures to effect a transition towards new patterns of growth that will avoid crossing critical local, regional and global environmental thresh-

olds. Innovation will play a key role« (ibid.). Neben dem geeigneten politischen Rahmen, internationaler Kooperation und Innovationen ist die Substitution von zerstörtem (depleted) Naturkapital durch anderes Kapital für die OECD entscheidend, um derart die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch zu erreichen und neue Jobs zu schaffen. Die Verteilungsdimension sollte berücksichtigt werden. Es ist die bekannte Strategie des innovationsgetriebenen »Wachstums der Grenzen«, die eben der entsprechenden Rahmenbedingungen bedarf.

Auf das aktuelle Gutachten des WBGU wurde bereits eingegangen. Auch hier dominiert – neben dem konstatierten Wertewandel – eine Fokussierung auf geeignete Rahmenbedingungen. Bei der Problemdiagnose bilden die »Krisentendenzen des Erdsystems und die Endlichkeit natürlicher Ressourcen« (WBGU 2011: 200) den Ausgangspunkt.

Den meisten Beiträgen liegt ein Szenario zugrunde, das Raskin et al. (2010) – als eines von vier Szenarien – als *Policy Reform* bezeichnen.⁵ Das Szenario *Policy Reform* »assumes the emergence of a massive government-led effort achieves sustainability without major changes in the state-centric international order, modern institutional structures, and consumerist values. Strong and harmonized policies are implemented that, by redirecting the world economy and promoting technological innovation, are able to achieve internationally recognized goals for poverty reduction, climate change stabilization, ecosystem preservation, freshwater protection, and pollution control« (ibid.: 2629).⁶ Dieser Entwick-

⁵ Im Unterschied zu Vorhersagen sind Szenarien »intended as renderings of plausible possibilities, designed to stretch the imagination, stimulate debate, and, by warning of pitfalls ahead, prompt collective action« (Raskin et al. 2010: 2627). Plausibilität und innere Konsistenz sind dabei durch Unsicherheit gekennzeichnet.

⁶ Die anderen drei Szenarien sind *Market Forces*, bei dem die marktgetriebene Globalisierung weitergeht, *Fortress World*, das durch zunehmende autoritäre Maßnahmen gegen unterschiedliche Krisen gekennzeichnet ist, sowie *Great Transition*, die eine »fundamental transition« (auch hier werden die Begriffe austauschbar verwendet) bedeutet.

lungspfade benötige »unprecedented political will for establishing the necessary regulatory, economic, social, technological, and legal mechanisms« (ibid.: 2630).

Eine Transitionsperspektive zielt stark auf einen veränderten politischen Rahmen für gesellschaftliche Akteure, insbesondere für Unternehmen, und Prozesse, insbesondere Innovation (mitunter Substitution), ab. Die derzeit prominenteste *Strategie* einer Transition ist die grüne Ökonomie und besonders in Deutschland der Grüne New Deal (s.u.). Letzterer geht, ähnlich wie der Begriff der ökologischen Modernisierung (Überblick in Jänicke 2009; Huber 2011), auf die 1980er Jahre zurück. Der Grüne New Deal fokussiert die zu verändernden Rahmenbedingungen, die einen grünen Kapitalismus ermöglichen.

Eine Transitionsperspektive ist ein wichtiger Bestandteil der gegenwärtigen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten. Doch sie hat ihre systematischen Grenzen darin, dass sie einerseits die strukturell bedingten Möglichkeiten und Grenzen der weitreichenden (Um-)Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft und ihren Metabolismus mit der Natur durch politische Institutionen bzw. Governance nicht ausreichend reflektiert. Die starke Steuerungsfähigkeit, insbesondere des Staates, der mit gesellschaftlichen Akteuren kooperiert, wird vorausgesetzt. Es besteht zudem eine Rationalitätsannahme dahingehend, dass der Staat bzw. die Akteure von Governance-Mechanismen, welche die geeigneten Rahmenbedingungen bereitstellen sollen, überhaupt ausreichend wissen, worin die Probleme bestehen und wie sie angegangen werden können. Die derzeit allortend entstehenden Berichte sollen das staatliche und intergouvernementale Wissen erhöhen.

Der WBGU formuliert die starke These, dass sich über globale Gesellschaftsverträge eine Art weltgesellschaftlicher Übereinstimmung hinsichtlich der vielfältigen Probleme und – als Ergebnis politischen Streits – auch der Problembearbeitung herausbilden könne. Es handelt sich in gewisser Weise um eine kontrafaktische Äußerung, die zum Einsatzpunkt von Verschiebungen in der Problemdeutung seitens politischer und gesellschaftlicher Akteure werden soll. Politik soll so (wieder) möglich werden. Der WBGU ist hier besonders explizit, wenn

apodiktisch geäußert wird »It's politics, stupid!« (WBGU 2011: 200)

Die Semantik ist gegen das neoliberale Mantra »It's the economy, stupid!« gerichtet und verbleibt doch in der Dichotomisierung von »Politik/Staat« einerseits und »Ökonomie/Markt« andererseits. Die Annahme eines im Politischen verkörperten Allgemeinwohls wird auch und gerade über die Feststellung von mächtigen Interessen, die sich gegebenenfalls den notwendigen Veränderungen entgegenstellen, nicht hinterfragt. Das Allgemeinwohl kann nur gesichert werden über die »Große Transformation«.

Wenn man die Transitionsperspektive in einer aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion verorten will, dann ist das zuvorderst jene, die unter dem Begriff Governance geführt wird. In der kritischen Nachhaltigkeitsforschung wird das Problem der Transition bzw. Governance auf den Punkt gebracht, nämlich als Fokussierung einer Ordnungs- oder Managementperspektive: »Conventional approaches [to governance: UB] may sustain a myth of a world manageable through neat state-civil society-international institutions and distinctions, through scientific expertise, and through uniform approaches to problem and risk assessment based on singular views of evidence. But the melee of real-life dynamics and interactions, and of everyday practice amongst citizens, bureaucrats, and people crossing public-private boundaries suggests a far more dynamic, complex and messy world in which knowledge and notions of the problem are contested. ... While these myths may expediently sustain a sense of order and control, at least in the short term and at least for some, this is often a fragile, problematic and ultimately illusory order« (Leach et al. 2007: 24).

Diesem unterkomplexen Verständnis des Steuerungs-»Subjektes« Staat oder Governance-Strukturen korrespondiert ein wenig ausgeführtes Verständnis dessen, was verändert werden soll. Der Horizont sozial-ökologischer Transition-Transformation ist in den vielen Beiträgen konsensual: Die Gefahren, die mit übernutzten Ressourcen und Senken sowie gefährdeten Ökosystemen und Reproduktionskreisläufen der Natur einhergehen, sollen durch entsprechende gesellschaftliche Maßnahmen wie höhere Ressourceneffizienz, Recycling oder geringeren Konsum oder aber durch entspre-

chende Anpassungen an erwartbare negative Auswirkungen gemindert werden. Angesichts der enormen Unsicherheit über mögliche Wirkungen, etwa im Hinblick auf den Klimawandel, wird mitunter mit dem Vorsichtsprinzip argumentiert.

Dabei überwiegt ein systemisches Denken, das einem gefährdeten Erd- bzw. Natursystem ein gefährdendes Gesellschaftssystem gegenüberstellt. Doch Gesellschaft als solche, ihre Strukturen und Triebkräfte, Stabilisierungen und Krisen, Akteure, deren Existenzbedingungen und Handlungsressourcen oder gar Akteurskonstellationen bzw. Kräfteverhältnisse, wird nicht explizit konzeptualisiert. Implizit scheinen Annahmen einer funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu dominieren. Ein anspruchsvoller Gesellschaftsbegriff verschwindet hinter Begriffen wie »Problem«, »Megatrend« oder »Menschheit«.

Die geringen Reflexionen auf den Steuerungs-»Gegenstand« werden beim derzeit prominenten wissenschaftlichen Ansatz des *transition management* deutlich. Dieser nimmt die langfristigen, nur teilweise gesteuerten Übergänge von einer Entwicklungsweise zur nächsten in den Blick. Prominent wurde der Ansatz des *transition management* von Rotmans et al.: »Transition management is a model of coevolutionary management of transformative change in societal systems through a process of searching, learning, and experimenting. Managing here means adjusting, adapting, and influencing rather than the command-and-control mode [...]. The rationale behind transition management is that there are persistent problems for which there are no immediate solutions. By transforming the persistent problem into a visionary challenge, transition management explores a range of possible options and pathways, by carrying out a diversity of small-scale experiments.« (Rotmans et al. 2001).

Der *transition management cycle* (Loorbach/Rotmans 2010: 238) erinnert an eine erweiterte Version des Zyklusmodells der Politikfeldforschung. Steuerung, das ist die analytische Erweiterung, muss Unsicherheiten und Langfristigkeit berücksichtigen – manche Bedingungen, unter denen Veränderungen stattfinden werden, kennen wir noch gar nicht. Und es müssen lange Fristen berücksichtigt werden.

Kritisiert wird zum einen, dass der Begriff politischer Steuerung auf einen technischen Managementbegriff enggeführt wird. Markus Wissen (2011a) bezeichnet *transition management* als »a mode of governance of reflexive modernisation«, wobei die zu bearbeitenden Probleme als gegeben angenommen und durch viele Akteure (multi-stakeholder) bearbeitet werden. Kooperation wird per se als gut betrachtet.

Es besteht zudem ein unterkomplexer Systembegriff, denn es geht beim *transition management* zuvorderst um zu bearbeitende Probleme. Die tief verankerten nicht-nachhaltigen Lebensweisen werden zu wenig berücksichtigt (Shove/Walker 2007).

Aus meiner Sicht stellen die unzureichenden Reflexionen von Steuerungs-»Subjekt« (Staat – Politik – Governance) und »Objekt« für die Analysen und Vorschläge sozial-ökologischer Transition-Transformation ein Hauptproblem dar. Das betrifft insbesondere den ko-konstitutiven Charakter von »Subjekt« und »Objekt« sowie von Gesellschaft und Natur; es handelt sich nicht um einander gegenüberstehende Bereiche, sondern sie schaffen sich eben gegenseitig. Der Staat als ein zentrales Element politischer Steuerung kann nicht sozialen Verhältnissen wie Klassenverhältnissen als äußerlich begriffen werden. Gesellschaft ist nicht ohne Natur vorstellbar und schafft sich »ihre« zeitlich und räumlich variablen Naturverhältnisse.

Im Folgenden soll ein kritischer analytischer Transformationsbegriff skizziert werden. Dafür greife ich auf regulations-, hegemonie- und staatstheoretische Perspektiven zurück, die mit Einsichten der politischen Ökologie kombiniert werden. Damit sollen die dargestellten Ansätze nicht verworfen, sondern eher in einen breiteren Kontext gestellt werden.

Ein kritischer analytischer Transformationsbegriff

Obwohl der Begriff der »sociometabolic transition« verwendet wird, bieten Beiträge im Umfeld der sozialen Ökologie wichtige Ausgangspunkte für einen analytisch gehaltvollen Transformationsbegriff. In der sozial-ökologischen Debatte wird im Kern argumentiert, dass Gesellschaft ein soziometabolisches System ist, das mit ihrer natürlichen Umwelt interagiert und sie tenden-

ziell kolonisiert. Der Transitionsbegriff wird verwendet, um Wechsel von einem sozio-metabolischen Regime zum anderen zu fassen (Haberl et al. 2011; Fischer-Kowalski 2011). Transition – in Hinblick auf die oben getroffene Unterscheidung handelt es sich um Veränderungen, die mit dem Begriff der Transformation gefasst werden sollten – als umfassender Veränderungsprozess kommt dann zustande, wenn soziale Systeme ihre Grenzen, d.h. die Reproduktion der Umwelt, mit der sie interagieren, aufgrund der Übernutzung biophysikalischer Materialien und Prozesse herausfordern. Sie entsteht aus der »structural exhaustion of opportunities« (Fischer-Kowalski 2011: 155), indem neue Möglichkeiten erwachsen. Das betrifft insbesondere die Energiebasis. Mächtige Interessen können sich dem eine Zeitlang widersetzen, solange sie im alten sozio-metabolischen System ihre Interessen verfolgen können.⁷

Der »metabolische« Transformationsbegriff der sozialen Ökologie nimmt die »structural exhaustion of opportunities« als treibende Kraft an und kommt zu skeptischen Einschätzungen gegenüber Strategien wie ökologischer Modernisierung und der Möglichkeit umfassender Steuerung und Regulierung, da Systeme komplex und sich selbst organisierend sind (ebenda: 153).

Das ist ein wichtiges Argument (prominent auch vertreten in UNEP 2011). Und dennoch ist auch in den sozial-ökologischen Beiträgen das Verständnis von Steuerungssubjekt so gut wie gar nicht, das des Steuerungsobjektes zu wenig explizit. Das betrifft insbesondere die Spezifik kapitalistischer Reproduktion und Regulation, die in diesem sehr weiten Fokus nicht berücksichtigt wird.

Aus meiner Sicht muss ein analytischer Transformationsbegriff heute einen Begriff der gesellschaftlichen und hier insbesondere der kapitalistischen Verhältnisse selbst haben, der Mechanismen ihrer dynamischen Reproduktion, welche überhaupt

⁷ Die historische Spanne und der sachliche Gegenstand, der aus meiner Sicht für einen Transformationsbegriff auch aktuell wichtig ist, beziehen sich auf einen Transformationsprozess hin zum Kapitalismus (im Sinne einer Auflösung subsistenter Produktions- und Lebensweise in vielen Ländern des globalen Südens) und innerhalb des Kapitalismus.

Probleme und Krisen erzeugen, und des Verhältnisses von Kontinuität und Bruch. Dabei ist der breite historische Blick der sozialen Ökologie hilfreich, nicht zuletzt deswegen, da diese die bis heute anhaltende Wirkungsmächtigkeit des Übergangs vom agrarischen zum industriellen Metabolismus unterstreicht.

Gegenwärtig wichtig scheint mir, auf die grundlegenden Merkmale wie auch auf die Wandlungsfähigkeit des sich globalisierenden Kapitalismus und den Stellenwert politischer Steuerung theoretisch hinzuweisen und eine entsprechende Zeitdiagnose auszuarbeiten.⁸ Doch, wie gesehen, Verständnisse von politischer Steuerung und vom zu steuernden Objekt müssen selbst theoretisch entwickelt werden. Dasselbe gilt für die Frage von Stabilität und Wandel. »Die Bestimmung einer neuen Gesellschaftsformation hängt nicht so sehr von der ›objektiven‹ Entwicklung der realen Verhältnisse ab, sondern von den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und ihren primären Kriterien und Instrumenten der Analyse« (Candeias 2004: 10). Hilfreich ist aus meiner Sicht eine Theorie der sich globalisierenden kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Dynamiken, wie sie in der Tradition der Marx'schen Theorie in Grundzügen vorliegt und insbesondere von Antonio Gramsci und der Regulationstheorie entscheidend weiterentwickelt wurde (zu kritischen Theorien und ihrer Konzeptualisierung von Kontinuität und Wandel vgl. etwa Albritton et al. 2001; Das Argument 2001).⁹

⁸ Dies ist auch sinnvoll angesichts der vielen kritischen Diagnosen, die aufgrund der ökologischen Krise und der zunehmenden Verknappung fossiler Energieträger eine Art systemimmanentes Ende prognostizieren. Und aufgrund des »normativen Überhangs« vieler Analysen, die davon ausgehen, dass angesichts der unbezweifelbaren und sich wahrscheinlich zuspitzenden Krisenhaftigkeit die kapitalistische Produktionsweise transformiert werden muss.

⁹ Es sind nicht alle Verhältnisse und problematische Dynamiken mit dem Begriff Kapitalismus oder kapitalistische Produktionsweise gefasst. Theoretische Begriffe können nicht die Komplexität sozialer Realität abbilden. Mit dem Begriff des Kapitalismus wird eine starke, die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturierende und unterminierende Grammatik angenommen; eben auch der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, deren Krisenhaftigkeit der Transitions-Transformations-

Im Zentrum stehen nicht Begriffe wie Systeme oder Probleme, sondern der Begriff des *sozialen Verhältnisses*. In seiner Theorie der kapitalistischen Produktionsweise hat Marx auf den Zusammenhang von sich entwickelnden Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hingewiesen und ein Phasenmodell historischer Entwicklung skizziert. Den Produktionsweisen entsprechen nach Marx »Produktionsverhältnisse – Verhältnisse, welche die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Lebensprozess, in der Erzeugung ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen« und die für ihn immer nur einen historisch-spezifischen und vorübergehenden Charakter haben (MEW 25: 885). Der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise sagt noch nicht viel über die konkreten und mannigfaltigen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Denn diese sind historisch variabel und artikulieren sich mit anderen.

Für einen kritischen Transformationsbegriff ist der Ausgangspunkt, dass der zentrale innere Zusammenhang vieler aktueller Probleme in den Widersprüchen der industriell-fossilistischen und kapitalistischen Produktionsweise begründet liegt. Vorgeschossenes Geldkapital muss über den Mehrwert bildenden Produktionsprozess oder über davon abgeleitete Verwertungsprozesse vermehrt werden. Ob und auf welcher materiellen Basis das aber zu ökonomischem Wachstum innerhalb einer Gesellschaftsformation oder sogar weltweit führt, hängt von vielen Faktoren ab. Denn Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise müssen nicht ökonomisch wachsen; Kapitalverwertung kann auch unter Bedingungen des Nicht-Wachstums stattfinden. Dann werden die Verteilungskämpfe zwischen den in Konkurrenz zueinander stehenden Kapitalen sowie zwischen Kapitalbesitzern, Lohnabhängigen und Staat intensiver. Dies geht mitunter einher mit der Entwertung von anderem Kapital, mit der Außerwertsetzung von Räumen etwa durch De-Industrialisierung, der Erschöpfung von Ressourcen oder der Abnahme landwirtschaftlicher Produktivität. Die kapitalistische Produktionsweise tendiert dazu, andere Produkti-

mations-Debatte ihre Dynamik gibt. Mit diesem Argument möchte ich den Erkenntnisgewinn durch andere Theorien wie etwa institutionalistischer, poststrukturalistischer oder feministischer Ansätze nicht schmälern.

onsweisen zu dominieren und damit zu verändern; aktuell etwa über Prozesse der Proletarisierung wie in den letzten zwei Jahrzehnten in China oder der Kommodifizierung der Natur oder der Sorgearbeit. Kapitalistische Entwicklung findet räumlich und zeitlich ungleich statt, sie ist immanent und in ihren Naturverhältnissen krisenhaft. Und sie basiert auf einem meist de-thematisierten »Externalisierungsschaten« (Biesecker/von Winterfeld 2004).

Die Strukturen und Handlungen der Individuen wie auch der kollektiven Akteure reproduzieren bzw. vollziehen sich wesentlich entlang der kapitalistischen *sozialen Formen*, nämlich der Wert-, Waren- und Geldform sowie der politischen und der Rechtsform. Das Geld ist nicht neutral, sondern Teil des Verwertungszusammenhangs, der Staat und sein sanktionierendes Gewaltmonopol bleibt rückgebunden an sozioökonomische und Klassen-, Geschlechter und ethnisierte Verhältnisse sowie an eine dynamische Ökonomie. Das freie Staatsbürger schaffende und auf sie als Gleiche hin orientierte Recht ist Teil der bürgerlichen Geschlechter-, Klassen- und Eigentumsordnung.

Auf der Strukturebene verweist der Begriff der sozialen Form auf abstrakte Zusammenhänge, die unter Bedingungen der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise eine Art Grundbedingung gelingender Reproduktion darstellen. Auf der handlungstheoretischen Ebene betont der Begriff der sozialen Form, dass die Akteure in ihren täglichen Praxen dazu tendieren, die Waren-, Wert- und Geldform über Lohnarbeit, Produktions- und Konsummuster zu reproduzieren. Die Möglichkeiten, daraus auszubrechen, sind mehr oder weniger gering. Vielmehr sind die Lebensweisen internalisiert, werden zu mannigfaltigen und molekularen Praktiken, welche – neben Zwang – entscheidend zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen (wenn wir die Lebensmittel des täglichen Bedarfs einkaufen, reproduzieren wir diese komplexen Formen ganz praktisch). Die historisch entstandenen, durch Handeln reproduzierten sozialen Verhältnisse treten den Menschen als sachliche Verhältnisse bzw. als Strukturen gegenüber. Soziale Formen wie Staat, Geld oder Ware bilden auf der Ebene des sozialen Handelns Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen für Akteure, denen sie

unterworfen sind, die sie aber gleichzeitig durch ihr Handeln reproduzieren.

Das ist historisch kontingent und abhängig von sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen. Die jeweils historisch-spezifische Stabilität von Gesellschaft basiert also darauf, dass Orientierungen und Handeln gesellschaftlich geprägt und in institutionelle Strukturen eingebettet sind. »Die Formbestimmtheit des institutionellen Gefüges erzeugt die *Wahrscheinlichkeit*, dass »strategische« Optionen und Handlungen mit der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft kompatibel werden, und zugleich reproduziert das gesellschaftliche Handeln die es prägenden, wenngleich keineswegs kausal determinierenden sozialen Formen« (Hirsch 1994: 186; Hvh. UB).

Der Begriff der sozialen Form ist eine abstrakte Kategorie, welche zunächst darauf hinweist, dass sich unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen soziale Verhältnisse tendenziell als kapitalistische, d.h. als waren-, wert- und geldförmige, in den Formen des bürgerlichen Staates und des Rechts und samt der damit ausgebildeten institutionellen und subjektiven Bedingungen reproduzieren und sogar ausweiten. Imperative der Kapitalakkumulation, der Sicherung der Eigentumsverhältnisse und Konkurrenz bzw. Konkurrenzfähigkeit (auch das sind abstrakte Begriffe, die noch nichts über die konkreten Akkumulationsstrategien, die umkämpfte Vielfalt an Eigentum und Formen von Konkurrenz aussagen) sind ganz wesentliche Dynamiken der Reproduktion sozialer Formen.

Dasselbe gilt für die politische Form, die den politischen Akteuren gewisse Handlungsrationaltäten nahelegt oder sogar aufzwingt, derzufolge Politik bzw. das Politische ein gesellschaftliches Allgemeinwohl ausdrückt, sich am Staat ausrichtet und in einer bürgerlichen Öffentlichkeit rational begründet, sich bestimmten Regeln sowie Anerkennungs- und damit Herrschaftsverhältnissen unterwirft und damit tendenziell zur Reproduktion der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen beiträgt (Hirsch 1994; zur Rechtsform Buckel 2007).

Politisch-intentionale Steuerung, das wissen wir nach Jahrzehnten der Neoliberalisierung von Gesellschaften, findet allerorten statt (zum Begriff der Neoliberalisierung, Brenner et al. 2010, zur Neoliberalisierung der Natur,

Castree 2008). Doch sie wirkt eher krisenverschärfend, treibt sozial-ökologische Transformationen in der postulierten Tiefe nicht voran, sondern verbleibt im Korridor einer kapitalistisch verankerten ökologischen Modernisierung der Produktionsweise. Auch keynesianisch inspirierte Politik trägt tendenziell zur Verschiebung von Krisendimensionen hin zu verschärfter Degradation bei. Das hängt mit mächtigen Interessen, asymmetrischen Kompromissen und aktiven oder passiven Konsensen zusammen, aber eben auch mit der darüber reproduzierten politischen Form, welche die Handlungsmuster des Politischen zwar nicht determiniert, aber wesentlich prägt.

Eine kritische Analyse von Staat und Governance ergründet die Herrschaftlichkeit von staatlicher Politik bzw. Governance als Strukturmuster moderner Gesellschaften, die wiederum Hinweise gibt auf die (Um-)Steuerungsfähigkeit von Politik bzw. Governance. Letztere ist nicht nur herrschaftlich dahingehend, dass bestimmte Interessen eher bedient werden als andere, sondern dass staatliche Politik bzw. Governance tendenziell die herrschenden sozialen Verhältnisse absichern und dass deshalb Strategien grundlegenden Umsteuerns gegen gesellschaftliche Strukturmuster systematische Grenzen haben. Nicht-nachhaltige Entwicklungsdynamiken sind tief in die staatlichen Apparate, ihr Personal und ihre Regeln, ihre Funktionsweise und Wissen, ihre Modi und Praxen eingelassen.

Zudem weist eine kritische Perspektive gegen die häufig vorgenommene Dichotomisierung von »Staat« und »Markt« (mitunter ergänzt durch die »Zivilgesellschaft«) auf den ko-konstitutiven Charakter von Gesellschaft und staatlicher Politik bzw. Governance hin.

Das wiederum verweist auf den gesellschaftstheoretischen Bezug eines kritischen Transformationsbegriffs. Formen und Inhalte von Politik bzw. Governance sind nur einschätzbar mit einem Begriff von Gesellschaft, dem Stellenwert des Politischen darin und den je spezifischen historischen Konstellationen.

Die postulierten, angesichts der Krise in den Studien und Diskussionen als sehr umfassend vorgestellten Transitions-Transformationsprozesse müssten sich also analytisch der sozialen Formen vergewissern und sie

politisch aufzubrechen versuchen, um überhaupt emphatische Steuerungsfähigkeit im Sinne einer umfassenden gesellschaftlichen Gestaltung von Nachhaltigkeit zu erlangen (damit rede ich keiner Planwirtschaft oder einem zentralisierten, alles kontrollierenden Staat das Wort).

Eine Theorie, welche die gesellschaftlichen wie sozial-ökologischen Transformationsdynamiken begreifen möchte, muss zudem die widersprüchlichen und sich gegebenenfalls über einen gewissen Zeitraum stabilisierenden gesellschaftlichen Verhältnisse – sozio-ökonomische, politische, kulturelle, subjektive – in ihrem Zusammenhang in den Blick nehmen. Seit den 1980er Jahren haben unterschiedliche Theorien in Anknüpfung an Marx' Theorie der kapitalistischen Produktionsweise Vorschläge entwickelt, wie Kontinuität und Bruch *innerhalb* der kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformationen verstanden werden können.¹⁰

Die mit der Hegemonietheorie Gramscis angereicherte Regulationstheorie, auf die ich mich hier beziehe (also eher auf die deutsch- und englischsprachige als die französischsprachige Diskussion), argumentiert auf der gesellschaftstheoretischen Ebene, dass sich die widersprüchlichen kapitalistischen Verhältnisse, die sich aufgrund kontingenter Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen historisch sehr unterschiedlich ausformen, zeitweise stabilisieren und damit erst den gesellschaftlichen Kontext für einen relativ dauerhaften Prozess der Kapitalakkumulation schaffen.

Dies zeigt der Begriff der *Regulation* an. »Wir nennen *Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert*« (Lipietz 1985: 109, Hvh. i.O.). Gesamtgesellschaftliche Reproduktion stellt sich immer wieder durch das Handeln der Einzelnen her, die ganz verschiedene Strategien verfolgen und über sehr verschiedene allokativen und autoritativ-

¹⁰ Die allermeisten Arbeiten zur Periodisierung des Kapitalismus – auch in der hier dargestellten regulationstheoretischen Variante – nehmen sozial-ökologische Fragen weder theoretisch noch zeitdiagnostisch in den Blick. Das könnte sich ob der aktuellen realhistorischen Dynamiken ändern.

ve Ressourcen verfügen. Deshalb bleibt die Reproduktion der Gesellschaft ein prekärer Prozess, doch über die zeitweise Aufdauerstellung sozialer Verhältnisse können Planbarkeit und Dynamik entstehen.¹¹

Es wurde innerhalb der Regulationstheorie der Begriff des Akkumulationsregimes eingeführt – dazu gehören die Form der Organisation der Produktion, die zeitlichen Fristen der Kapitalverwertung, die Nachfrage, aber auch das Verhältnis zu nichtkapitalistischen Formen der Produktion – und der sich mit dem Akkumulationsregime gegebenenfalls artikulierende Regulationsweise –, das Lohn- und Geldverhältnis, der Staat, die Unternehmenskonkurrenz und die Weltmarkteinbindung (Aglietta 1979; Boyer 1990; Becker 2002). Ein Begriff, der mit der Zeit in der Debatte verloren ging, mir aber für das Transformationsthema wichtig scheint, ist jener des technologischen Paradigmas bzw. des Modells der Industrialisierung.

Makroökonomische Kohärenz ist institutionell eingebettet, wofür der Begriff der Regulationsweise verwendet wird. Hierbei handelt es sich um »die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus« (Lipietz 1985: 121). Diese Stabilisierung erfolgt über breit geteilte gesellschaftliche Werte und die vorübergehende Institutionalisierung sozialer Verhältnisse in Form einer Regulationsweise. Dabei sind die konkreten Regulationsweisen Ergebnisse von sozialen Auseinandersetzungen und in keinem Fall in einem funktionalistischen Verhältnis zur Kapitalverwertung zu verstehen. Boyer (1990: 42ff.) beschreibt drei Eigenschaften der Regulationsweise: Sie sichere die Reproduktion der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen über alle konkreten Gestalten institutioneller Formen hinweg; außerdem »steuere« sie die Reproduktion des jeweiligen Akkumulationsregimes;

¹¹ Kapitalistische Akkumulationsdynamik und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren sich auch in Krisenzeiten, aber instabiler und mit weniger Kompromissfähigkeit seitens herrschender Kräfte.

schließlich gewährleiste die Regulationsweise die dynamische Vereinbarkeit vielfältiger dezentral getroffener Entscheidungen durch die Individuen oder die Institutionen, ohne dass die Logik des gesamten Systems berücksichtigt werden müsste.

Die relative Aufdauerstellung gesellschaftlicher Verhältnisse bedeutet neben institutionellen Verstetigungen auch eine Stabilisierung von Erwartungshaltungen und Lebenspraktiken der Individuen wie auch kollektiver Akteure wie beispielsweise der Gewerkschaften. Gesellschaftliche Deutungen und Wissen spielen hierbei eine wichtige Rolle (Demirovič 1992).

Eine mehr oder weniger stabile Entwicklungsweise, in der es dennoch zu kleinen Krisen und auch zu massivem Protest kommt, die aber zu keinen grundlegenden Veränderungen der Entwicklungsrichtung einer Gesellschaft führen, bildet einen geschichtlichen Block. Die sozio-ökonomischen und technologischen, die politischen und kulturellen Verhältnisse, die Klassen- und Geschlechterrelationen, die Naturverhältnisse werden alltäglich aktiv reproduziert. Der prominente Gegenstand der Theorie war bekanntlich der Fordismus, deutlich umstrittener war, inwiefern sich eine Entwicklungsweise des Postfordismus oder Neoliberalismus herausgebildet hat (Demirovič et al. 1992; Brand/Raza 2003). Ein solches Verständnis ist produktiv für die Einschätzung von Strategien und Vorschlägen sowie für die Analyse realhistorischer Prozesse der Transformation.

Ein kritischer analytischer Transformationsbegriff sollte die Wirkungsmächtigkeit sozialer Formen in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, berücksichtigt. Er thematisiert die Herrschaftsvergessenheit des dominierenden wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Denkens aufgrund der dort unkritisch verwendeten Begriffe von Markt, Staat, Technologie und Innovation. Es werden in einer kritischen Analyse zudem Konflikte, Projekte und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Ausschlüsse und Gewalt, aber auch die hegemonialen Elemente der bestehenden Produktions- und Lebensweise in den Blick genommen.

Im Unterschied zu einem großen Teil der marxistischen und hier der regulationistischen Literatur, die eher eine Ex-post-Pers-

pektive einnehmen, plädiere ich dafür, im Hinblick auf einen kritischen Transformationsbegriff gesellschaftlichen Wandels auch die konkreten Entstehungs- und Reproduktionsformen von Hegemonie in den Blick zu nehmen. Das soll im übernächsten Abschnitt exemplarisch geschehen.

Doch zunächst sollen die bisherigen Überlegungen um ein weiteres Element angereichert werden.

Regulation der Naturverhältnisse

Die Begriffe Transition und Transformation erhalten derzeit Prominenz vor dem Hintergrund sozial-ökologischer Gefährdungen und Problemlagen. Aus meiner Sicht stellt die politische Ökologie wichtige Einsichten bereit; in der deutschsprachigen Diskussion ist hier das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wichtig (Görg 2003; Wissen 2011b aus Sicht der politischen Ökologie; Becker/Jahn 2006; Krausmann/Fischer-Kowalski 2010 aus Sicht der sozialen Ökologie). Ich möchte nur die Grundgedanken skizzieren.

Die hier vorgenommene Lesart der politischen Ökologie schließt zunächst an die ökologische Kritik der politischen Ökonomie an; für sie steht im deutschsprachigen Raum führend Elmar Altvater (etwa 1992, 2005; Überblick in Dietz/Wissen 2009). Diese argumentiert, dass der wesentlich über Arbeit vermittelte Stoffwechsel menschlicher Gesellschaften mit der Natur in kapitalistischen Gesellschaften eine besondere Form annimmt: Die Produktion von Gebrauchswerten um des Tauscherts bzw. Profits Willen, eine herrschaftsförmige Arbeitsteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit sowie anderer Formen von Arbeit und zudem die Entwicklung eines modernen, von der kapitalistischen Ökonomie und den Klassenverhältnissen getrennten Staates. Diese gesellschaftlichen Formen sind zentral für die Organisation des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft. Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft bestehe darin, Menschen bzw. Arbeitskraft und Natur in Wert zu setzen. Die moderne kapitalistische Ökonomie basiere auf einem quantitativen, d.h. expansiven Zuwachs von Geldwerten, wobei das auf Krediten basierende Produktionssystem zur Überschusserzielung zwingt, während hingegen eine natürliche Evolution vor allem in der qualitativen Veränderung von Stoffen und Energien bestehe.

Dabei wird davon ausgegangen, dass der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur konstitutiv vermittelt ist. Das welthistorische Problem, mit dem wir heute konfrontiert sind, ist also nicht eine Übernutzung der »Natur da draußen«, in die Gesellschaft eingreift, Natur nutzt und gegebenenfalls übernutzt und zerstört (das ist die vorherrschende systemische Sichtweise der Neoklassik, die auch die ökologische Ökonomie einnimmt, obwohl sie die Umwelt als die Gesellschaft umgreifend versteht). Natur wird aus Sicht der politischen Ökologie gesellschaftlich – d.h. sozioökonomisch, kulturell und politisch-institutionell – angeeignet. In den Blick gerät damit nicht »die Umwelt«, sondern geraten die gesellschaftlichen Formen der Aneignung von Natur: also die Formen wie gesellschaftliche Basisbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Fortpflanzung materiell und symbolisch befriedigt werden (Becker/Jahn 2006; Becker et al. 2011; Görg 2003). Das hat etwas mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Preisentwicklungen, politischen Rahmenbedingungen, Orientierungen an einem »attraktiven Leben« u.a. zu tun. Die politische Ökologie geht also davon aus, dass komplexe und historisch veränderbare Verhältnisse zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur bestehen.

Es geht aus dieser theoretischen Perspektive weniger um die Übernutzung natürlicher Systeme, sondern ökologische Probleme sind nicht-intendierte Folgen der konfliktiven Aneignung von Natur, wobei eine starke Triebkraft kapitalistischer Gesellschaften darin besteht, Natur nicht nur zu kolonisieren (so argumentiert die soziale Ökologie als Tendenz aller menschlicher Gesellschaften), sondern diese Kolonisierung nimmt unter Bedingungen der dominanten kapitalistischen Produktionsweise die Form der Kommodifizierung an. Auch die Betroffenheiten von spezifischen Dimensionen der sozial-ökologischen Krise sind sehr unterschiedlich für verschiedene gesellschaftliche Gruppen, und entsprechend spielen Verteilungsfragen eine wichtige Rolle.

Es sollen die materialen Eigenständigkeiten biophysikalischer Prozesse nicht negiert werden (denn sie sind unter Umständen nicht mehr reproduktionsfähig), aber diese sind eben gesellschaftlich überformt. Und umgekehrt formt die Materialität der Natur

soziale Prozesse. Bei Trockenheit, Boden-erosion oder lokalem Umkippen des Klimas, aber auch bei der Verknappung von Ressourcen ist direkt einsichtig, dass Gesellschaften von Natur abhängig sind. Aber auch: Wenn Atomkraftwerke, Autobahnen oder Infrastrukturen für den Transport von Gas aus Russland nach Westeuropa mal gebaut sind, dann sind damit Produktions- und Konsumweisen verankert, ökonomische und politische Interessen damit verbunden. Entsprechend sind der Zugang zu und Kontrolle über Natur bzw. »Ressourcen« entscheidend für gesellschaftliche Verhältnisse – und dies ist eine besondere »driving force« aktueller Geopolitik.

Insofern ist der zu untersuchende Gegenstand weniger »die Umwelt« oder »der Umweltraum« oder übernutzte Ressourcen und Senken, sondern der Gegenstand sind die *sozialen Verhältnisse*. Diese reproduzieren und verändern sich auf komplexe Weise, etwa durch die gesellschaftlichen Formen der Arbeitsteilung, Produktion und Konsum, Geschlechter- und rassifizierte Verhältnisse, Subjektivitäten und politische Verhältnisse.

Die Verbindung von regulationstheoretischen und politisch-ökologischen Einsichten – und hier liegt eine Differenz zu den Arbeiten Altvaters, vgl. Dietz/Wissen 2009 – führt zu dem Argument, dass die tendenziell ihre materiellen Grundlagen zerstörende kapitalistisch dominierte Gesellschaft stabilisierte Formen der Naturaneignung entwickeln kann. Eine gesellschaftliche Regulation der Naturverhältnisse ist möglich, findet real statt, und hier liegt eine zentrale Dynamik von Politik (Görg 2003; Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008; Brand/Wissen 2011a). Regulation bedeutet nicht die Aufhebung der tendenziell zerstörerischen Aneignung von Natur. Doch Naturzerstörung wird zum einen nicht zum aktuellen Problem kapitalistischer Entwicklung insgesamt, gefährdende negative Konsequenzen werden also zeitlich in die Zukunft verschoben, und kann zum anderen räumlich externalisiert werden. Das sehen wir etwa beim Klimawandel, dessen Wirkungen trotz aller Unsicherheit bekannterweise in Zukunft stattfinden werden bzw. heute schon an einigen vulnerablen Orten. Es wird insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene zu Krisen kommen, bzw. das ist heute schon der Fall. Aber es werden damit nicht per se die grundlegenden kapitalistischen Strukturen und Entwick-

lungsdynamiken infrage gestellt. Hinsichtlich der möglichen Knappheit von Ressourcen können wir zudem beobachten: In einer Gemengelage globaler Knappheitserwartungen und lokaler Inwertsetzungsstrategien impliziert die Regulation der Naturverhältnisse heute neue Explorationen über Ölsand oder Gas aus Schiefergestein, Treibstoffe aus Biomasse und die damit einhergehende Kontrolle und Nutzung von Land oder auch partieller Umstieg auf Solarenergie.

Ein derart angereicherter kritischer Transformationsbegriff nimmt die komplexen gesellschaftlichen und sozial-ökologischen Verhältnisse und insbesondere ihre dominante Entwicklungsdynamik in den Blick. Er fokussiert unter anderem die Strukturen und Prozesse, mittels derer die Gesellschaft ihre materielle Grundlage – inklusive ihres Metabolismus mit der Natur– mehr sozio-ökonomisch, politisch, kulturell und subjektiv organisiert. Ein hegemonie- und regulationstheoretischer Transformationsbegriff ist also konkreter als jener der sozialen Ökologie. Er ist kapitalismustheoretisch grundiert, jedoch nicht blind gegen nicht- oder postkapitalistische Vergesellschaftungsformen (in der Sprache der politischen Ökologie: die Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse).¹²

Grüne Ökonomie als Transformationsstrategie – grüner Kapitalismus als neue Form der Regulation der Naturverhältnisse

In der aktuellen multiplen Krise gibt es viele Strategien (Brie 2009, Bullard 2011, Brand 2009, Candeias 2011), die zuvorderst von der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber eben auch von der ökologischen Krise angetrieben werden. Insbesondere den politisch und ökonomisch herrschenden Kräften geht es darum, ihre gesellschaftlichen (Macht-)Positionen abzusichern. Natürlich ist nicht jede Strategie Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen Projektes. Und dennoch können sich auch solche Projekte heraus-

¹² Peter Newell (2011) nennt in der Diskussion um globale Umweltveränderungen und Umweltpolitik »Kapitalismus« *the elephant in the room*. Es ist so offensichtlich, dass die aktuellen Umweltzerstörungen mit kapitalistischer Dynamik zu tun haben, aber fast niemand benennt das als solches in den sich als wissenschaftlich führend verstehenden Zeitschriften.

bilden, die dann dominant oder gar hegemonial werden, wenn die sie tragenden ökonomischen, politischen und kulturellen Kräfte Kompromisse und Konsense ausformulieren. Als umfassende Projekte wären denkbar: Neoliberaler business-as-usual, eventuell verbunden mit einer politisch und territorial autoritäreren Absicherung der Verhältnisse, keynesianisch-unökologische, öko-keynesianische oder öko-autoritäre bis hin zu öko-faschistischen Varianten. Und natürlich eine Vielzahl emanzipatorischer Strategien. Diese artikulieren sich mit Strategien der Entwicklung einer wissensbasierten Ökonomie (Jessop 2012), der finanzgetriebenen Akkumulation (Sablowski 2009; McNally 2009), der nachholenden Industrialisierung in Schwellenländern und des Ressourcenextraktivismus in sich industrialisierenden Ländern wie Brasilien oder eben weitgehend auf Ressourcenrenten basierenden Ökonomien wie Russland, die Ölstaaten, Venezuela oder Bolivien (Gudynas 2011).

Im Hinblick auf eine hier nicht in der gebotenen Konsistenz durchzuführende Zeitdiagnose ist mir an dieser Stelle eine Unterscheidung wichtig: Auf der einen Seite gibt es Strategien wie jene einer »grünen Ökonomie« (im Sinne von *Transition*), die seit einigen Jahren von bestimmten Apparaten des internationalisierten Staates (UNEP, OECD, neuerdings die ILO), von europäischen grünen Parteien und von Thinktanks ausgearbeitet wird, um mit unterschiedlichen Mitteln die wirtschaftliche, politische und sozial-ökologische Krise bzw. die verschiedenen Krisenmomente zu bearbeiten. Es geht zuvorderst darum, für Wirtschaft und Gesellschaft geeignete politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, damit technologische Prozess- und Produktinnovationen ermöglicht werden (Brand 2012).

Der UNO-Generalsekretär fasst in einem Zentraldokument hinsichtlich der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 die politischen Strategien hin zu einer *green economy* zusammen, die m.E. exemplarisch sind:

- «(a) Getting prices right [...] in order to internalize externalities, support sustainable consumption and incentivize business choices [...];
- (b) Public procurement policies to promote greening of business and markets;

- (c) Ecological tax reforms [...];
- (d) Public investment in sustainable infrastructure and natural capital, to restore, maintain and, where possible, enhance the stock of natural capital [...];
- (e) Targeted public support for research and development on environmentally sound technologies [...];
- (f) Strategic investment through public sector development outlays [...];
- (g) Social policies to reconcile social goals with existing or proposed economic policies« (U.N. Secretary-General 2010: 15 f.).

Von diesen politischen Strategien wären zu unterscheiden die Elemente eines sich eventuell herausbildenden »grünen Kapitalismus« im Sinne komplexer *Transformationsprozesse*. Gramscianisch-regulationstheoretisch betrachtet entwickeln sich gegenwärtig »grüne« Elemente als Teil sich verändernder Akkumulations- und Produktionsstrategien, Lebensweisen und Konsummuster und anderem (einige Elemente sind etwa genannt bei Kaufmann/Müller 2009; Wichterich 2011). Politische Strategien einer »grünen Ökonomie« können ein Teil davon sein, etwa über die Förderung erneuerbarer Energien oder die Einrichtung des Emissionshandels, doch die Transformationsprozesse sind umfassender. Ob und wie sich Elemente eines grünen Kapitalismus durchsetzen und welchen Stellenwert dabei Strategien einer grünen Ökonomie spielen, kann heute niemand sagen. Wir können solchen offensichtlichen wie untergründigen Transformationspotenzialen und realen Prozessen aber eine gewisse Aufmerksamkeit entgegenbringen.

Aus meiner Sicht spricht einiges dafür, dass die *Strategie* einer grünen Ökonomie oder hierzulande eines Grünen New Deal (der in der internationalen Diskussion keine Rolle spielt) *an ihren eigenen Ansprüchen*, nämlich der Bearbeitung der sozial-ökologischen und der Wirtschaftskrise – UNEP spricht von einem problematisch gewordenen ökonomischen Paradigma – *scheitern wird* (vgl. Brand 2012). Es ist zudem fraglich, ob es durch diese Strategien zu einem Aufbrechen der neoliberalen Produktions- und Entwicklungsweise kommt, die Mario Candeias (2004) als Zusammenhang der zunehmend hochtechnologischen Organisati-

on von Arbeit und Arbeitsteilung als transnationales finanzkapitalistisches Akkumulationsregime und als wettbewerbs- und workfare-orientierte Regulationsweise unter neoliberaler Hegemonie analysiert hat. Manche Beiträge zur »grünen Ökonomie« postulieren die Notwendigkeit eines anderen ökonomischen Paradigmas (UNEP 2011), andere bleiben eher unkritisch gegenüber dem neoliberalen Kapitalismus.

Und dennoch könnten die Strategien hin zu einer grünen Ökonomie wirkungsmächtig werden. Denn hier werden Elemente formuliert, die de facto zur Herausbildung eines *grünen Kapitalismus* beitragen können. Dieser würde eine neue Phase der Regulation der Naturverhältnisse einleiten, die nicht grundlegend die Degradation stoppen wird. Er wird, wie alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, selektiv sein, vielen Menschen zu mehr Einkommen und einem höheren materiellen Lebensstandard verhelfen, andere Menschen und Regionen ausschließen oder gar ihre materiellen Lebensgrundlagen zerstören.

Die aktuellen Dynamiken bestehen in einer verstärkten Inwertsetzung der Natur, die durch aktuell hohe und tendenziell steigende Rohstoffpreise, geopolitische und geökonomische Konkurrenz sowie mächtige Finanzmarktakteure (z.B. Landkauf und Infrastrukturentwicklung) nochmals intensiviert wird.

Eine grün-kapitalistische Entwicklungsweise wird ein notwendig exklusives Entwicklungsmodell für einige Regionen sein. Konkurrenz- und Ausschlussmechanismen, Dynamiken der Inwertsetzung und Landnahme werden damit nicht aufgehoben. Die »oligarchische Lebensweise« in den Ländern des globalen Nordens wird sich zwar ausweiten, sie ist aber nicht verallgemeinerbar (s.u.).

Insbesondere in Ländern wie Deutschland oder Österreich könnten sich mittelfristig grün-kapitalistische Entwicklungsmodelle durchsetzen, wenn sich unterschiedliche Kräfte um dieses Projekt gruppieren: Dies könnte unter anderem grüne Kapitalfraktionen, Teile der Dienstleistungsgewerkschaften, Umwelt- und KonsumentInnenverbände umfassen, die sich auch über Parteien artikulieren und zunächst in bestimmten staatlichen Apparaten präsent sind. In den USA

und China deuten staatliche Krisenpolitiken darauf hin, dass auch hier Interessen an ökologischer Modernisierung wichtiger werden. In Großbritannien wiederum ist eine Diskussion um eine grüne Ökonomie eng mit dem Finanzsektor und der Frage von Finanzdienstleistungen – etwa im Bereich des Emissionshandels – verbunden. Diese Strategien und die sie tragenden Kräftekonstellationen könnten »Staat werden« dahingehend, dass die verdichteten Kräfteverhältnisse unter Führung bestimmter ökonomischer und politischer Machtgruppen zuvorderst ein solches Projekt vorantreiben und staatlich absichern (Gramsci 1991 ff.: 1560, 1567)

Grün-ökonomische Strategien sind begrenzt, wenn man sie an den eigenen Ansprüchen misst. Und dennoch könnten sie ein Element sein, um die Wachstums- und Akkumulationskrise zu bearbeiten. Dadurch werden Kompromisse mit und Zustimmung von Lohnabhängigen und Gewerkschaften unter Bedingungen der industriekapitalistischen Moderne und ihrer Globalisierung geschaffen.

Doch viele Fragen schließen sich an, die genauer zu analysieren wären: Ob ein Projekt im Sinne einer Entwicklungsweise gangbar wird, hängt nicht nur an technologischen und ökonomischen Faktoren sowie an Wirtschaftspolitik, sondern auch an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und gewünschten sowie gelebten Alltagspraktiken (inklusive der Formen der Arbeitsteilung entlang multipler Linien). Grün-kapitalistische Projekte könnten sich in autoritären Varianten durchsetzen, aber auch – etwa in Ländern wie Deutschland oder Österreich – als grüner Korporatismus wirkungsmächtig werden, der größere Teile der Lohnabhängigen und ihrer Interessengruppen einbindet. Die Menschen würden darauf verwiesen, dass sie weiterhin zuvorderst enge ökonomische Interessen (an Gewinnen, Einkommen, Wirtschaftswachstum) haben sollten, dass »grüne Innovationen« Wachstum, Wohlstand und Jobs bringen. Damit werden Subalternität und Herrschaft reproduziert. Eine grün-kapitalistische Entwicklungsweise müsste mit einer höheren Lebensauffassung und mit Versprechen und Erfahrungen von Fortschritt einhergehen.

Es müssten – in der Regulationstheorie immer unterschätzt – Mechanismen der Externalisierbarkeit von negativen Aspekten wir-

ken (etwa über die *dirty industries* in anderen Ländern, Müllexport nach Osteuropa und Afrika), um die Oligarchisierung der globalen Lebensweisen abzusichern. Hinsichtlich der energetischen Basis wäre zu untersuchen, inwieweit eine Dominanz fossiler Energieträger erhalten bleibt, es zu einem Ausbau der Solarenergie kommt oder zu einer »Rückkehr zur Biomasse«.

Auch wenn die Strategien einer grünen Ökonomie einen *grundlegenden* Umbau der Wirtschaft und insbesondere ihrer Energiebasis postulieren, werden sie sich an den existierenden nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen brechen. Es kommt höchstens zu *partiellen* Veränderungen. Die realen Entwicklungen bleiben dabei unkämpft und in sich widersprüchlich; dennoch kann davon ausgegangen werden, dass sich in den kapitalistischen Zentren eine bürgerliche Lebensweise als breit praktizierte und akzeptierte, als bewusste und gewollte herausgebildet hat – und dass sie sich weiterhin global in die Ober- und Mittelschichten anderer Länder ausbreitet. Markus Wissen und ich haben den Begriff der imperialen Lebensweise vorgeschlagen, der in knappen Worten Folgendes meint: Produktions- und Konsummuster, die in bestimmten Regionen oder Ländern hegemonial werden, können sich »kapillar« und gebrochen sowie mit erheblichen raumzeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopolitiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen- und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethnisierten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit »Verallgemeinerung« ist nicht gemeint, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von »gutem Leben« und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede (ausführlich Brand/Wissen 2011b).

Der Staat und das internationale politische Institutionensystem sichern – trotz aller Ausnahmen, die in Richtung starke Nachhaltigkeit weisen – diese Verhältnisse tendenziell ab. Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise ist ein Bestimmungsfaktor benannt – etwa neben solchen politischer und medialer Einseitigkeit bis hin zur Manipulation, offenen Machtstrategien bis hin zur Repression gegen Kritik und Alternativen, politische Kooptation –, warum politisch recht wenig passiert. Dass Menschen politisch passiv bleiben, öffnet gleichzeitig den autoritären, und damit meist rechten politischen Strömungen den Raum. Zudem gerät damit in den Blick, dass die aktuellen Krisenstrategien unzureichend sind.

Und dennoch: Wenn die Verschiebungen im Block an der Macht signifikant sind, können grün-kapitalistische Strategien integraler Bestandteil staatlicher Politik werden.

Ausblick

Theoretische Arbeit und Zeitdiagnosen können niemals die Mannigfaltigkeit sozialer Realität abbilden. Doch sie können über plausible Argumente Aufmerksamkeiten schaffen, können auf Sachverhalte hinweisen, die in anderen Ansätzen ausgeblendet werden. Das Ziel dieses Beitrages bestand darin, über die begriffliche Unterscheidung von Transition und Transformation gehaltvolle theoriegeleitete Zeitdiagnosen vorzunehmen.

Die Zeitdiagnose hinsichtlich des Stellenwerts der Strategien hin zu einer »grünen Ökonomie« bzw. der möglichen Konturen eines »grünen Kapitalismus« ist analytisch voller Fragen und realhistorisch unsicher. In diesem Abschnitt sollte lediglich aufgezeigt werden, dass auch Strategien, die an ihren formulierten Ansprüchen – hier: dem grundlegenden Umbau der Energie- und Ressourcenbasis – scheitern und dennoch historisch wirkungsmächtig werden können.

Staatliche Politik ist weiterhin Politik zur Absicherung bzw. herrschaftlichen Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Versprechen der vielfältigen politischen Strategien – im Sinne des hier entwickelten Transitionsbegriffs – hin zu einer grünen Ökonomie ist nicht zuletzt ein Versprechen, angesichts der multiplen Krise die Krise des Krisenmanagements zu bearbeiten.

Schließlich geht es beim Nachdenken über analytische und normative Perspektiven der Transformation (inklusive Transition) auch um die Frage der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse. Dies ist eine wichtige Forschungsperspektive: Was sind etwa bereits existierende demokratische Formen der Ressourcenkontrolle, welche Konflikte waren und sind notwendig, um sie zu realisieren, und wie stabilisieren sie sich institutionell? Welche Anforderungen gibt es in einem umfassenderen Sinne an die demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse? Inwieweit wirken konkrete Strategien grüner Ökonomie bzw. eines Green New Deal hier förderlich oder sind doch eher hinderlich?

Interessant wäre schließlich eine genauere Betrachtung des sozial-ökologischen Gehalts der unterschiedlichen weltweit stattfindenden Proteste, Aufstände und Veränderungsprozesse daraufhin, inwieweit die ökologische Krise und sozial-ökologische Transformationsperspektiven eine Rolle spielen. In einigen Ländern Lateinamerikas wie Bolivien und Ecuador ist das offensichtlich, in Argentinien, Brasilien und wahrscheinlich auch in Nordafrika sieht das ganz anders aus; dort dominiert ein klassischer Entwicklungskonsens. Solche Entwicklungskonsense sind zu berücksichtigen, wenn über die konkreten Formen einer sich herausbildenden grün-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nachgedacht wird.

Literatur

Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*. London.

Albritton, Robert/Itoh, Makoto/Westra, Richard/Zuege, Alain (2001): *Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalization*. London.

Altwater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster.

Altwater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster.

Bäuerle, Lukas/Behr, Maria/Hütz-Adams, Friedel (2011): *Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen*. Siegburg.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg., 2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt a.M./New York.

Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*. In: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden, S. 75-96.

Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulations- theorie*. Marburg.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2004): *Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith*. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie. Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Nr. 58, Bremen.

Boyer, Robert (1990): *The Regulation School: A Critical Introduction*. New York; Oxford.

Brand, Ulrich (2009): *Herrschaft und Befreiung. Global Governance und emanzipatorisches Handeln im sich globalisierenden Kapitalismus*. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Roithner, Thomas: *Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?*, Dialog 56 – Beiträge zur Friedensforschung, Hamburg et al.: Lit-Verlag, S. 287-302.

Brand, Ulrich (2010): *Sustainable development and ecological modernization - the limits to a hegemonic policy knowledge*. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 23(2), 135-152.

Brand, Ulrich (2011): *Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien*. Hamburg.

Brand, Ulrich (2012): *After Sustainable Development: Green Economy as the Next Oxymoron?* In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 1.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): *Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains*, London/New York.

- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg., 2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven der Regulationstheorie. Münster.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hrsg., 2009): Postneoliberalism. A beginning debate. Development Dialogue 51. Dag-Hammarskjöld-Stiftung. Uppsala.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. 36(2), S. 12-34.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovič, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, 78-93.
- Brangsch, Lutz (2010): Kennziffernfragen sind Machtfragen. Politische Dimensionen von Gegenstand und Methode von Wachstumsdebatten. In: Kurswechsel 1.
- Brenner, Neil/Peck, Jaimie/Theodore, Nik (2010): After Neoliberalization? In: Globalisation 7(3), S. 327-345.
- Brie, Michael (1994): Russland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse. In: Hedwig Rudolph (Hrsg.) unter Mitwirkung von Dagmar Simon: Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozess der Transformation. WZB-Jahrbuch 1995, S. 44-61.
- Brie, Michael (2009): Ways out of the crisis of neoliberalism. In: Development Dialogue 51, S. 15-31.
- Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (2011): Green Economy – Green New Deal - Green Growth: Occupy Rio plus 20. W&E-Hintergrund, November: 1-3; www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org.
- Buckel, Sonja (2007): Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist.
- Buckel, Sonja (2011): Jenseits des Problemlösungsbias – Diskussionspapier. Manuskript.
- Bullard, Nicola (2011): Just Transition – Einstieg in Transformation? In: LuXemburg 1.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Hamburg/Berlin.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Demirovič, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, S. 45-62.
- Castree, N. (2008): Neoliberalising nature: the logics of deregulation and Reregulation. In: Environment and Planning A, 40 (2), S. 131-52.
- CLC – Canadian Labour Congress (2000): Just Transition For Workers During Environmental Change. (www.canadianlabour.ca/newsroom/publications/just-transition-workers-during-environmental-change)
- Das Argument (2001): Schwerpunktheft »Periodisierung des Kapitalismus«, Nr. 239. Hamburg/Berlin.
- Demirovič, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster.
- Demirovič, Alex (1992): Regulation und Hegemonie. Intellektuelle Wissenspraktiken und Akkumulation. In: Demirovič, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, S. 128-157.
- DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs) (2011): The Great Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey 2011. New York.
- Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2010): Indikatoren des Glücks. Überlegungen zu einem Nationalen Wohlfahrtsindex. In: Le Monde Diplomatique, 9. Juli 2010.
- Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und »natürliche Grenzen«. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: Prokla 159, S. 351-370.

- EU-Kommission (2010): Europe 2020 A strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010) 2020. Brüssel.
- EU-Kommission (2011): A resource-efficient Europe – Flagship initiative under the Europe 2020 Strategy. Brüssel.
- Fischer-Kowalski, Marina (2011): Analyzing sustainability transitions as a shift between socio-metabolic regimes. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1(1), S. 152–159.
- GEO 4 – Global Environmental Outlook (2007): Environment for Development. UNEP, http://www.unep.org/geo/geo4/report/GEO-4_Report_Full_en.pdf
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang-Fritz Haug. Hamburg/Berlin.
- Gudynas, Eduardo (2011): Alcances y contenidos de las transiciones al post-extractivismo. *Ecuador Debate* 82, April, S. 60-79.
- Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Martínez-Alier, Joan/Winiwarter, Verena (2011): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation. In: *Sustainable Development* 19, S. 1-14.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg, S. 157-211.
- Huber, Joseph (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Opladen, S. 279-302.
- Jänicke, Martin (2009): On ecological and political modernization. In: Mol, Arthur P. J.; Sonnenfeld, David A.; Spaargaren, Gert (ed.): *The ecological modernisation reader: environmental reform in theory and practice*. New York: Routledge, S. 28-41
- Jessop, Bob (2012): Beyond Finance-Dominated Capitalism? Critical Reflections on Growth Regimes. Manuskript.
- Kaufmann, Stefan/Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin.
- Krausmann, Fridolin/Fischer-Kowalski, Marina (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse: Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse. In: Sieder, Reinhard/Langthaler, Ernst (Hrsg.): *Globalgeschichte 1800-2000*. Wien, S. 38-65.
- Larrea, Ana María (2010): »Buen vivir« als gegenhegemonialer Prozess. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2.
- Leach, M., Bloom, G./Ely, A./Nightingale, P., Scoones, I./Shah, E./Smith, A. (2007): Understanding Governance: pathways to sustainability, STEPS Working Paper 2, Brighton.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«. In: *Prokla* 58, S. 109-137.
- Loorbach, Derk/Rotmans, Jan (2010): The practice of transition management: Examples and lessons from four distinct cases. In: *Futures* 42, S. 237-246.
- Martínez Alier, Joan (2009): Socially Sustainable Economic De-Growth. In: *Development and Change* 40(6), S. 1099-1119.
- McNally, David (2009): From Financial Crisis to World-Slump: Accumulation, Financialisation, and the Global Slowdown. In: *Historical Materialism* 17, S. 35-83
- MEA – Millennium Ecosystem Assessment (2005): *Ecosystems and Human Wellbeing: Policy Responses: Findings of the Responses Working Group of the Millennium Ecosystem Assessment*. Washington, DC.
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden.
- MEW – Marx-Engels-Werke, Bd. 25 (2003): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. Berlin.
- NEF - New Economics Foundation (2010): *The Great Transition*. London.
- Newell, Peter (2011): The elephant in the room. Capitalism and global environmental change. In: *Global Environmental Change* 21, S. 4-6.

- O'Donnell, Guillermo/Vargas Cullell, Jorge /Iazzetta, Osvaldo M. (Hrsg., 2004): The Quality of Democracy: Theory and Applications. Notre Dame.
- OECD (2011): Towards Green Growth. Paris.
- Polanyi, Karl (1944/1990): The Great Transformation. Frankfurt a.M.
- Raskin, Paul D./Electris, Christi/Rosen, Richard A. (2010): The Century Ahead: Searching for Sustainability. In: Sustainability 2, S. 2626-2651.
- Rilling, Rainer (2011): Warum sozialistische Transformationsforschung? In diesem Reader, S. 7-10.
- Rockström, J. et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. In: Ecology and Society 14(2) (<http://www.stockholmresilience.org/download/18.8615c78125078c8d3380002197/ES-2009-3180.pdf>).
- Rotmans, Jan/Kemp, René/van Asselt, Marjolijn (2001): More evolution than revolution. Transition management in public policy. In: Foresight 3(1), S. 15-31.
- Rotmans, Jan/Kemp, René (2008): Detour ahead: a response to Shove and Walker about the perilous road of transition Management. In: Environment and Planning A 40, S. 1006-1014.
- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Heft 2, S. 116-131.
- Shove, Elisabeth/Walker, Gordon (2007): Commentary. CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management. In: Environment and Planning A 39, S. 763-770
- TUC – Trades Union Congress (2008): A Green and Fair Future. For a Just Transition to a Low Carbon Economy. London (www.tuc.org.uk/touchstonepamphlets).
- UNEP (2009): A Global Green New Deal. Executive Summary. 1-21. Nairobi. (www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd_Final%20Report.pdf).
- UNEP - (2011a): Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. Report by the International Resource Panel. UNEP.
- UNEP (2011b): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. UNEP. www.unep.org/greeneconomy
- UN Secretary-General (2010): Progress to date and remaining gaps in the implementation of the outcomes of the major summits in the area of sustainable development, as well as an analysis of the themes of the Conference. Report for the Preparatory Committee for the United Nations Conference on Sustainable Development.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, S. 71-78.
- WBGU – German Advisory Council on Global Change (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wichterich, Christa (2011): Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy. In: Informationen für die frau, Oktober. Berlin: S. 5-7.
- Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«. Das Scheitern von »Kopenhagen« und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel 2, S. 30-38.
- Wissen, Markus (2011a): Transition and transition management from a political science perspective. Manuskript.
- Wissen, Markus (2011b): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster.

Subjekte der Transformation. Probleme beim Denken von Übergängen



Mein Ausgangspunkt ist die These, dass sozialistische Transformationsforschung – wenn verstanden wie von Rainer Rilling vorgeschlagen als aktiver und interessierter Teil im gesellschaftlichen Prozess der Transformation – die Perspektive der Subjekte, der Akteure der Veränderung als Teil ihrer analytischen Perspektive nicht nur aufnehmen muss, sondern lernen muss, aus ihrer Perspektive zu theoretisieren. Transformationsforschung muss also eine Theorie vom verallgemeinerten Standpunkt des Subjekts werden – nicht verstanden als Einzelne, als vereinzelte Menschen. Sie muss dabei in besonderer Weise das Verhältnis von Struktur und Handlung reflektieren und vermitteln.

Der Begriff der »Transformation« greift auf, dass Veränderungen der Gesellschaft schrittweise, in einem Prozess erfolgen, der mit notwendig beschränkten, reformerischen Schritten im Heutigen beginnen muss, aber die Perspektive einer Befreiung, einer grundlegenden Umgestaltung der zentralen Verkehrsformen, der Art zu leben und zu produzieren bedarf. Inspiriert von Rosa Luxemburgs »revolutionärer Realpolitik«, doch unter gänzlich anderen Kräfteverhältnissen, sollen reformerische und revolutionäre Mo-

mente verbunden werden. Sowohl die abstrakten Utopien als auch die kleinen Reformen sind Teil des bürgerlichen Repertoire (vgl. Demirovič 2005): die Sehnsucht nach dem ganz anderen, das die Jugend zu Widerspruch reizt und bald in Bahnen gelenkt ist. Auch die konkrete Negation, die Kritik, aus der die Geschichte ihre Dynamik erhält; das »Andere äußert sich in konkreten Alternativen, in kleinen und großen Änderungen. So wie es ist, muss es nicht sein. Das sich aufzwingende Prinzip, dass es zu der Alternativlosigkeit der Gegenwart nur die Alternative des unvermittelt Anderen der Utopie gebe, ist selbst unfrei und falsch. Man muss nicht befürchten, die Kritik stürbe aus« (ebd.: 145). Die bestimmte Negation überbrückt den Gegensatz von abstrakter Zukunft und der Gegenwart, und kann selbst affirmativ gewendet werden: »Optimistisch zehrt sie davon, dass es schon werden wird. Zukunftsfroh glaubt sie, an Veränderungen und Verbesserungen zu arbeiten, während doch gleichzeitig – wie bei einer Wanderdüne – hinter dem Rücken der Beteiligten sich die herrschenden Verhältnisse in neuer und noch schrecklicherer Gestalt wieder einrichte« (ebd.). Dagegen hilft, nicht nur die konkreten Verhältnisse, die akuten Probleme in den Blick zu nehmen, sondern auch die Voraussetzungen, aus denen sie – immer wieder neu – entstehen. »Eine linke Partei zum Beispiel, bei welcher der Lichtbogen zwischen dem Fernziel und dessen realpolitischen Stützpunkten im Jetzt erlösche, sänke ins Grau in Grau des normalen, des bürgerlich-parlamentarischen Betriebs und verlöre ihre Existenzberechtigung« (Haug 2005: 150).

Doch ein »Wille ohne Weg versucht, die Weglosigkeit zu überspringen« (ebd.: 149). Gegen »Unmittelbarkeitskommunismus« (Rainer Land), den Traum von einem »direkten Selbst, ohne Vermittlung und Institutionalisierung (Objektivierung, Vergegenständlichung)« (ebd.: 150), steht Marx' Verweigerung gegen »Rezepte aus der Garküche Zukunft«. Daraus ergibt sich die Frage

nach »Einstiegsprojekten«, die Teil dieser Transformation sind. Sie sind wichtiger Gegenstand linker Strategien – und ziehen Fragen nach sich: wie unter den bestehenden Ansätzen, Projekten und Politiken diejenigen identifizieren, die zum »Einstieg« dienen; wie kann es gelingen, solche Einstiegsprojekte zu initiieren? Auch umgekehrt ist dieses Auseinanderfallen möglich, nämlich dann, wenn aus der Aufzählung von vielen konkreten Projekten, deren Verbindung in einem transformatorischem Projekt lediglich additiv bzw. erzählerisch hergestellt wird.

Dies betrifft das Verhältnis von strukturellen Analysen, politischen Schlussfolgerungen und Handlungsperspektiven. Auch in emanzipatorischer Transformationsforschung besteht die Gefahr, das analytisch als notwendig erachtete zu dem zu formulieren, was »die Menschen« wollen sollen, im Sinne von vernünftigerweise von ihnen zu übernehmender Handlungsziele. Die so formulierten Ziele und Projekte müssen notwendig isoliert bleiben; und: Aus den Analysen globaler Kräfteverhältnisse scheint veränderndes Handeln ggf. gerade noch auf Ebenen von Großorganisationen und Staaten denkbar. Dies durchaus in guter Absicht und angesichts der Probleme der engen »Zeitfenster« zur Bearbeitung der drohenden Umweltkatastrophe, der Erwärmung des Planeten und der dadurch entstehenden tödlichen Entwicklungen der multiplen Krise. Das betrifft einerseits die Frage, in welchem Verhältnis WissenschaftlerInnen/TransformationsforscherInnen und politisch Handelnde stehen, was bei Gramsci als die Frage nach dem »organischen«, der Eingelassenheit in die Klassenkämpfe und Herstellung einer herrschaftlichen oder gegenhegemonialen Kultur diskutiert wird.

Darüber hinaus betrifft es ganz grundsätzlich das Problem, wie und ob im emanzipatorischen Interesse (gut gemeinte) Ziele für andere formuliert werden können.

Dagegen steht seine so oft zitierte Definition, dass Kommunismus »die wirkliche Bewegung« sei, die die bestehenden Verhältnisse aufhebt. Die Utopie ist kein Fernziel, sie ist Gegenstand der alltäglichen Kämpfe, nur in ihnen zu entziffern. Doch selten wird dies zur Orientierung von Transformationsforschung genutzt. Vielfach dient das Zitat der Verdopplung einer Gegenüberstellung von Forschung und Praxis; durchaus als Antwort

auf eine praxisabstinente Forschung, die die Widersprüche der Praxis nicht zum Ausgangspunkt macht.

Intellektuelle der Transformation

Intellektuelle haben in Gramscis Verständnis »nicht nur in der Kultur, sondern in beiden Bereichen der Überbauten, der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft eine organisierende Funktion« (Demirovič/Jehle 2004, 1275). Sie arbeiten die Hegemonie der Herrschenden aus. Diese hegemoniale Funktion wird brüchig, kann aktiv unterlaufen werden, wenn es gelingt »immer breitere Volksschichten intellektuell zu heben«, Intellektuelle eines neuen Typs zu bilden, »die direkt aus der Masse hervorgehen und gleichwohl mit ihr in Kontakt bleiben, um zu ›Korsettstangen‹ derselben zu werden« (Gramsci 1991 ff., H.11, §12, 1390).

Konzepte sozialistischer Transformation werden derzeit und in unseren Kontexten meist von klassischen Intellektuellen verfasst, hervorgegangen aus Universitäten – auch wenn sie dort nicht (mehr) lehren –, interessiert an gesellschaftlicher Veränderung, einem Projekt, nicht unbedingt »den Massen« verbunden. Dies ist nicht zuvörderst eine Schwäche der Personen, sondern Ergebnis eines spezifischen, historischen Trennungsprozesses von Intellektuellen, Bewegung, linken Parteien und Organisationen. Damit ist kein Urteil über ihre Nützlichkeit in gesellschaftlichen Transformationsprozessen gesprochen, aber das Problem ihrer Strategien benannt. Es kann nicht darum gehen »im Proletariat unterzugehen« (Brecht, zit. n. Demirovič/Jehle 2004: 1279), sondern intellektuelle Tätigkeit zu verstehen als »Vergesellschaftungshandeln, das [...] aufs Eingreifen in emanzipatorischer Perspektive zielen kann« (ebd.: 1279). Die Verhältnisse von Hand- und Kopfarbeit, planender und ausführender Tätigkeit, sind Teil von Ausbeutung und Herrschaft, und ihre Transformation muss diese Trennung ebenfalls zurückdrängen; nicht erst als Ziel, sondern als Modus der Transformation.

Nik Theodore fordert, die Forschung zu »entmystifizieren« und den Forschungsprozess zu demokratisieren (Theodore 2011, 67): Forschung vom Standpunkt der Akteure zu betreiben, die »Seiten wechseln und diese Orte [...] als Orte politischer Denkpro-

zesse und Analysen« verstehen (ebd.). Dabei bezieht er sich auf Gruppen und Organisationen, die ihrerseits an gesellschaftlicher Transformation arbeiten. Politische Bildung zielt hier (auch) darauf, Hierarchien zurückzudrängen, die strukturellen Probleme im Leben der Mitglieder herauszuarbeiten und *leadership*, Selbstrepräsentanz und Selbstorganisierung herauszubilden. Das Wissen über diese Widersprüche – etwa das Wissen der Tagelöhner über transnationale Migrationsregime – geht in den Forschungsprozess ein, beleuchtet sonst verborgene Zusammenhänge. »Und wer wüsste über Prekarität auf dem Arbeitsmarkt mehr zu berichten, als die modernen Tagelöhner? Was will man einer illegalen Einwanderin über die Folgen der Einwanderungspolitik erzählen?« Dieses Wissen wird systematisch ignoriert und unterbewertet, Transformationsforschung muss es zur Geltung bringen. Das bedeutet nicht, andere Quellen, ökonomische Analysen, Expertise auf anderen Gebieten zu leugnen. Oder die Wahrnehmungen der Betroffenen als Letztheiten zu behandeln. Intersubjektive, gleichberechtigte Forschung impliziert Kritik und die Rekonstruktion von Strukturen, die sich in den Erfahrungen zur Geltung bringen können, ohne dass das auf den ersten Blick bewusst ist.

Subjekte der Transformation

»Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie muss daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden werden.« (Marx/Engels 1957 ff., Bd.3: 5 f.)

Auch das Sprechen und Forschen über Transformation ist in der Gefahr, sich auf die Seite der Welt zu stellen, von der aus die notwendigen Veränderungen konzipiert werden.

Armin Bernhard formuliert in Anlehnung an Gramsci: »Eine tief greifende Umgestaltung der sozialen Verhältnisse kommt an der Neuformierung der Menschen nicht vorbei. Wer mit strukturellen Eingriffen in die Gesellschaft nicht zugleich die jeweils konkrete

Lebensweise und den jeweils vorherrschenden Menschentypus verändernd bearbeitet, kann keine gesellschaftliche Alternativzivilisation entwickeln« (Bernhard 2002: 10). Was er anspricht, ist also eine »pädagogische« Formulierung des Transformationsproblems. Markard weist in seinem Antwortartikel auf den Widerspruch hin, dass die Subjekte einerseits als zur Hegemonie zu befähigende, umzuarbeitende betrachtet werden, gleichzeitig ihre Selbstbestimmung als Ziel dieses Handelns benannt wird (vgl. Markard 2008). Vielfach werden linke Bildungsprozesse und -angebote an ihren Zielen identifiziert: Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, Erweiterung von Handlungsfähigkeit, Kenntnisse in linker Geschichte und Theorie, Entwicklung von Teamfähigkeit, Solidarität usw. Das hat zur Kennzeichnung eines spezifisch »linken« Bildungsangebots seine Berechtigung. Doch das Setzen von Zielen *für andere* ist an sich problematisch, zumindest sofern verbunden mit Verhältnissen, in denen diese Ziele auch durchgesetzt werden können. Auch in »freiwilligen« Zusammenhängen unterläuft das Setzen von Zielen für andere die Ebene gleichberechtigter Umgangsformen und behindert tendenziell eine Verständigung über je eigene Interessen der Beteiligten.

Das betrifft auch Skizzen von Einstiegsprojekten, die nicht aus Widersprüchen und Praxen heraus entwickelt werden, insofern »unorganisch« bleiben. Wenn diese als Projekte erdacht werden, »die den Menschen angeboten werden sollen«, ihnen Beteiligungen ermöglichen, wirken die Akteure der Transformation seltsam passiviert. Politisch führt das m.E. zu einer Überbetonung der Formulierung von Plattformen und Forderungskatalogen, in denen sich die verschiedenen Interessen (gefälligst) verbinden sollen, aber kaum zu Verbindungen zu Menschen oder eigenen Praxis, die diese aus den eigenen Projekten heraus erarbeiten.

Die Gefahr besteht, dass so vor allem Ziele für andere formuliert werden – und für diese einen Motivationskonflikt darstellen können: Gerade, wenn die Ziele als sinnvoll erscheinen, können sie von den Subjekten mitunter nicht gewollt werden, weil sie als eigene zu übernehmen als Korruption der eigenen Selbstbestimmungsinteressen wahrgenommen werden können. Anders als im Kontext von Kindererziehung und schulischem Ler-

nen, aus dem diese Argumentation stammt (vgl. Markard 1984), fehlt allerdings linken Konzepten oft die gesellschaftliche Macht, diese Ziele durchzusetzen. Das ermäßigt nicht das Problem, dass es für die Betroffenen erst mal keinen Grund gibt, von außen an sie herangetragene Ziele als die eigenen zu übernehmen, weil diese die subjektiven Interessen und Sichtweisen nicht in sich aufgenommen haben können. Und dass die strukturelle Ähnlichkeit der Erfahrung mit fremdbestimmten Situationen eher Abwehr produzieren wird. Es sind also sowohl psychische, subjektive Gründe, die gegen eine »äußerliche« Formulierung von Zielen und Zwischenzielen sprechen, als auch politische – Veränderungspotenzial wird so gegeben.

Die Geschichte des Sozialismus ist voller Beispiele von Erziehungsvorstellungen, sie waren eine Übersetzung des Avantgarde-Konzepts in Alltagspraxen. Die zugrunde liegende Haltung zementierte die Gegenüberstellung von »individuellen« und »gesellschaftlichen« Interessen und definiert die Sprechenden als in der Lage, die allgemeinen zu formulieren – wie bereits in der 3. Feuerbachthese von Marx kritisiert. Osterkamp (1993) kritisierte (auch) linke Kritiken von »Konsumorientierungen«: Statt zu beklagen, dass egoistische, materielle Werte überwiegen, ginge es darum, deutlich zu machen, »dass auch der persönliche Konsum letztlich nur über die Einflussnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung gesichert werden kann« (Osterkamp 1993: 79) – was freilich selbst im weiteren Sinne als pädagogisch verstanden werden kann, wenn auch als Aufklärung in einem Feld von Deutungsangeboten.

In vielen traditionellen Theorien erscheint Lernen nicht als bewusstes Handeln von Subjekten, sondern als Ergebnis bestimmter Reizkonstellationen (Behaviorismus) oder Speichermodelle (Kognitivismus); institutionelle Anordnungen legen nahe, dass Lernen erzwungen oder doch mit Belohnung zu bestechen sei. Parteiliche, subjektwissenschaftliche Theorie des Lernens muss diese gesellschaftlichen Konstellationen theoretisch zur Kenntnis nehmen, sie gleichzeitig als – eigenes – Kampffeld betrachten. Gegen Relevanzkriterien von Wissen, die fest im Verwertbarkeitsparadigma von Lern- und Bildungsprozessen verankert sind, gilt es die »Vernunft der Utopie«, die Relevanz von

Wissen am Kriterium der Überwindung von Ungleichheit und Unterwerfung und an Interessen und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen zu messen.

Subjektwissenschaftliche Theorie fasst Lernen als intendierte Handlung der Subjekte, die sich unter Bezug auf ein Handlungsproblem zum Lernen entschließen. Die Gründe zum Lernen können sich dabei eher auf die vordergründige Bewältigung von (fremdgesetzten) Problemen und Handlungseinschränkungen beziehen oder auf die Aneignung eines Lerngegenstandes mit all seinen gesellschaftlichen Verweisen und Verzweigungen und den Möglichkeiten der Erweiterung von Lebensqualität. Holzkamp unterscheidet je nach den Gründen defensiv und expansiv begründetes Lernen – wobei dies vor allem eine begriffliche Unterscheidung ist, mit der die in der Realität der meist widersprüchlich vermengten und überlagerten Lernbegründungen zugänglich gemacht werden sollen und vor allem die Verhältnisse analysiert werden, die eher die einen oder anderen Lernbegründungen nahelegen. In expansiven Lernbegründungen werden die »zu erwartenden Anstrengungen und Risiken des Lernens [...] unter der Prämisse von mir motiviert übernommen, dass ich im Fortgang des Lernprozesses in einer Weise Aufschluss über reale Bedeutungszusammenhänge gewinnen und damit Handlungsmöglichkeiten erreichen kann, durch welche gleichzeitig eine Entfaltung meiner Lebensqualität zu erwarten ist« (Holzkamp 1993: 190).

Die Frage ist auch für die Reichweite von subjektiven Transformationsperspektiven interessant: Die Vorstellung der »Einstiegsprojekte« impliziert, dass die Aktiven damit quasi zu den gesellschaftlichen Transformationsperspektiven »mitgenommen« werden. Doch Transformation als Prozess bedeutet, dass die Beteiligten unterschiedliche Vorstellungen über die Reichweite entwickeln können; *worin* eingestiegen, findet sich selbst erst im Prozess. Dabei stellt sich die Frage von Kräfteverhältnissen, von subjektiven Risiken immer wieder neu.

Inwieweit ragen derartige Verweisungszusammenhänge auf mögliche Alternativen in den individuellen Möglichkeitsraum »hinein«? Inwieweit sind oppositionelle Denk- und Handlungsmöglichkeiten im verallgemeinerten Interesse und in Kooperation mit anderen wahrnehmbar? Das ist eine Frage

an »ideologische Kräfteverhältnisse«: Ist es vorstellbar, dass die Welt, auch wenn man so nicht mit ihr einverstanden ist, anders gestaltbar ist? Ist das wünschbar? Überwiegen die psychischen und materiellen Risiken, die damit verbunden sind, sich vom bisher gewussten und gedachten, von herrschaftlich gestützten Denkweisen zu entfernen? Holzkamp diskutiert das mit dem Begriff der »kooperativen Integration«, die ermöglicht, das Gefühl der Bedrohtheit, die psychischen Belastungen zurückzudrängen, die es bedeutet, herrschende Denk- und Handlungsweisen in Frage zu stellen. Holzkamp fasst »kooperative Integration« unnötig eng als verbunden mit den Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung. Gramscis Begriff der »gesellschaftlichen Partei«, die gesellschaftliche und politische Akteure umfasst, eine gemeinsame Strömung, die Verdichtungen und (Gegen-)Hegemonien herstellen kann (Gramsci 1991 ff.: 1715). Sie »stützt sich auf die Initiative einer Vielzahl von unterschiedlichen und divergenten Individuen und Gruppen« (Demirovič 1997: 88).

Organisationen und Bewegungen sind Verdichtungen in den Kräfteverhältnissen, Formen und Medien kollektiver Handlungsfähigkeit. »Der ›Kollektivwille‹ von unten ›bildet‹ sich nicht einfach, er wird organisiert, gewebt, Interessen und Individuen, Gruppen und Diskurse werden verbunden, Repräsentation geschaffen.« (Kaindl/Rilling 2011, 17) In der Form von Organisation(en) können so Handlungsmöglichkeiten erweitert werden, können »Pflöcke eingeschlagen« werden für eine Gegenmacht, die kooperative Integration ermöglichen kann und so die Risiken, sich auf Alternativen einzulassen verringert.

Die Geschichte linker Organisationen und Organisierungen ist aber auch ein Hinweis auf Erfahrungen von Vergeblichkeit und Machtlosigkeit: Im globalen Norden geht sie zurück auf die Delegitimierung der sozialdemokratischen Reformperspektiven durch Einbindung in neoliberale Paradigmen. Dies führte dazu, dass Erfahrungen der abhängig Beschäftigten und des neu geschaffenen Niedriglohns weitgehend »aus der Repräsentation gefallen« sind; sie wurden rechten und rassistischen Projekten mit ihren nationalen sozialstaatlichen Versprechungen überlassen; vor allem gingen sie mit einer Delegitimierung der Vorstellung von verän-

derndem Handeln einher. Die LINKE hat hier eine gewisse Sonderstellung, die mit ihrer kurzen Geschichte (sowohl der Neugründung 1990 als auch 2007) zusammenhängt. Durch das Bündnis von Fundamentalopposition, Vertreterin ostdeutscher Interessen und links-sozialdemokratischer und linksgewerkschaftlicher Akteure konnte sie eine Alternative zum sozialdemokratischen Neoliberalismus repräsentieren. Doch seit die SPD wieder in der Opposition ist, gelingt es der LINKEN weniger, ein eigenes Projekt zu konstituieren. Darin spiegelt sich auch eine strategische Schwäche, wie denn das angepeilte Mitte-Unten-Bündnis zu schmieden sei. Eine einfache Repräsentation verschiedener Milieus und ihrer bloß äußerliche Verbindung – erhoben aus Meinungsumfragen – wird das nicht leisten können.

Stuart Hall analysierte schon für die Sozialdemokratie im korporatistischen Dreieck des Fordismus, dass sie Erfolge für die Arbeiter herauswirtschaftete, aber »in zunehmenden Maße jene Haltungen von pragmatischem und schleichendem Autoritarismus ein[nahm], die als einen ihrer Effekte eine allmähliche Suspendierung von vielen der traditionellen Stützpunkte demokratischer Repräsentation und Gegenmacht bewirkten; aber dies ging einher mit ihrer formalen Erhaltung als Mittel zur Sicherung eines passiven populären Konsensus« (Hall 1982: 108).

Diese fehlenden »Stützpunkte demokratischer Repräsentation« schwächen das Feld der »ideologischen Kräfteverhältnisse« und mindern die Ausstrahlungskraft von Alternativen. Verschiedene Bewegungen haben neue Stützpunkte unter den veränderten Bedingungen neoliberaler Globalisierung geschaffen: so die Sozialforen und die globalisierungskritische Bewegung. Sie haben sich auf unterschiedlichen Weise – zumindest in Europa – erschöpft (vgl. Kaindl/Rilling 2011, 24). Die neuen Protestbewegungen gegen Krise und Austeritätspolitik greifen in dieses zentrale Kampffeld ein, suchen nach neuen »Pflöcken«, gleichzeitig sind sie gezeichnet von der eigenen Geschichte: Ihre Kämpfe sind allein gelassen von Institutionen der Repräsentation, bislang und soweit diese noch gesellschaftliche Macht darstellen können. Sie sind damit vielfach abgeschnitten vom Wissen um Strategien, Niederlagen und Kooptation,

historischen Erfolgen und der Enteignung dieser Erfolge. Das bedeutet natürlich nicht, dass sich dies nicht ändern kann, dass nicht neue Zusammensetzungen von Akteuren und neue Erfahrungen die Situation wandeln können.

Diese Erfahrungen von kollektiver Erschöpfung der Transformation zeigen sich in zahlreichen Umfragen als eine zentrale Erfahrung der »subjektiven Seite« der Krise von Repräsentation und Veränderungsperspektiven (bei anhaltenden Unzufriedenheiten).¹ Sie sind Teil einer realen Entwicklung, daher nicht als pädagogisches Problem zu behandeln, in dem Sinne, dass »die Menschen lernen müssen, dass sie sich wehren müssen«.

Kleine und große Transformationen gleichzeitig

Nik Theodore etwa schildert, dass in der Organisierung (und Forschung) der Tagelöhner deutlich wurde, wie sie die Verbindung von ihren Alltagsproblemen der Konkurrenz und Misshandlung an den Straßenecken mit den Gründen ihrer Migration ziehen und beides zum Gegenstand ihrer Politik machen wollen. Die Strömung des *transformative organizing* in den USA hat diese Verbindung von gesellschaftlichen und lokalen / alltäglichen Themen zum Mittelpunkt ihrer Strategie gemacht, die die pragmatische Orientierung von Ansätzen umgeht, die den Horizont grundlegender Veränderung – und damit die Perspektive auf zugrunde liegende allgemeine Strukturen – aufgeben.

Die Zukunft ist nicht erst morgen (vgl. Rilling in diesem Band), sondern wird heute gemagt und verwaltet, geplant und realisiert; dann ist auch die Gegenüberstellung von lokalen und kleinen Transformationen einerseits und den großen, globalen andererseits untauglich, die Prozesse zusammenzudenken. Sozialistische Transformation als parteiliche Analyse der Prozesse, aus der wir doch auf ein eingreifendes, aktives transformieren der Prozesse hoffen und dazu beitragen wollen, muss in den Blick nehmen, wie diese beiden Dinge zusammenhängen, untrennbar sind bzw.

¹ Hinzu kommen die »Pull-Faktoren«, die die Menschen in die herrschaftlichen Verhältnisse integrieren.

nur um den Preis, das sozialistische, gestaltende Moment darin zu verlieren.

Literatur

Bernhard, Armin (2002): Neue Lernkultur und die marktkonforme Zurichtung der Bildung. Heydorns Theorie der Bildung als Bezugsrahmen der Kritik gegenwärtiger Bildungsreformen, in: Das Argument 246; 44. Jg., H. 3, S. 311-24

Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft, Münster

Demirovic, Alex (2005): Zur Dialektik von Utopie und bestimmter Negation. In: Christina Kaindl (Hrsg.), Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus, BdWi Marburg, S. 143-7

Demirovic, Alex/Jehle, Peter (2004): Intellektuelle. In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, 6.2, Hamburg, 1267-86

Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang-Fritz Haug. Hamburg/Berlin.

Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Wolfgang Fritz Haug und Wieland Elfferding (Hrsg.): Internationale Sozialismuskonzeption, Bd 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Hamburg, S. 104-24

Haug, Wolfgang Fritz (2005): Notiz zur Dialektik der Utopie. In: Christina Kaindl (Hrsg.), Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus, BdWi Marburg, S. 148-52

Holzcamp, Klaus (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt a.M.

Kaindl, Christina/Rilling, Rainer (2011): Eine neue »gesellschaftliche Partei«. Linke Organisation und Organisierung, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 4, S. 16-27

Markard, Morus (1984): Einstellung - Kritik eines sozialpsychologischen Grundkonzeptes, Campus Frankfurt a.M./M New York

Markard, Morus, 2008: Wer braucht Erziehung?, in: Utopie kreativ 218, H. 6, <http://www.linksnet.de/de/artikel/19876>

Marx, Karl, und Friedrich Engels (1957 ff.): Werke, Berlin

Osterkamp, Ute (1993): Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?, in: Forum Kritische Psychologie 31, S. 68-85

Theodore, Nik, 2011: Bildung, Forschung, Organizing, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 4, S. 64-71

Entstehung und Überwindung des Kapitalismus bei Karl Marx – ein asymmetrisches Verhältnis. Konsequenzen für die Perspektiven aktueller Transformation



In der aktuellen linksgerichteten Transformationsforschung überwiegen in theoretischer und methodischer Hinsicht Konzepte mittlerer und kleiner Reichweite bei deutlicher Distanz zu den »Großtheorien« des 19. und 20. Jahrhunderts.¹ Einerseits betrifft

¹ Der Beitrag beruht auf folgenden eigenen Arbeiten: W. Küttler, Stichwort Kapitalismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus,, Hrsg. v. W. F.Haug, F. Haug u. P. Jehle, Bd. 7/1, Hamburg 2008, Sp. 238-271; ders. Perspektiven und Grenzen des Kapitalismus als Gesellschaftsformation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Kapitalismuskritik von Marx, in: Kapitalismus und Krisen heute. Herausforderung für Transformation, Hrsg. v. G. Krause, Berlin 2011; vgl. ferner J. Herrmann, Geschichtstriade und Gesellschaftsformation, in: Sitzungsberichte der AdW der DDR, 17 G, Berlin 1984; Formationstheorie und Geschichte, Hrsg. v. E. Engelberg u. W. Küttler, Berlin 1978; Vergleichende Revolutionsgeschichte. Probleme der Theorie

diese Skepsis nach den Erfahrungen mit den Dogmen des Marxismus-Leninismus auch generell das Instrumentarium makrohistorischer Erklärung mit den zentralen Begriffen ökonomische Gesellschaftsformation, soziale Revolution und Klassenkampf. Andererseits ist die Kapitalismusanalyse und -kritik von Marx mit der 2008 ausgebrochenen Krise aktueller denn je, und dies nicht nur unter Marxisten. Im Entstehungszusammenhang des Originalwerks sind jedoch diese gegenwärtig als Gegensätze erscheinenden Seiten des marxischen Projekts untrennbar miteinander verbunden, nicht nur konzeptionell in Bezug auf die emanzipatorische Perspektive, sondern auch in Theorie und Methode kritischer Gesellschaftsanalyse. Mit den Umbrüchen von 1989 und danach ist auch die grundsätzliche Gegenstandsbeziehung beider Kernanliegen des Marxismus auf die Kapitalismus-Sozialismus-Alternative unsicher geworden.

Diese Problematisierung der Perspektivenfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts verlangt zum einen nach Konzepten und Methoden, die den qualitativen Veränderungen im Kapitalismus seit dem zweiten Drittel des 19. und vor allem seit Ende des 20. Jahrhunderts angemessen sind. Um hier zeitgemäße Orientierungen zu finden, ist auch eine kritische Prüfung der theoretischen Rahmenvorstellungen erforderlich, auf de-

und Methode, hrsg.v. M. Kossok, Berlin 1988; Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hrsg. v. M. Brie, R. Detje u. K. Steiner, Berlin 2011; R. Reißig, Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009; Jenseits der Orthodoxie. Ansätze für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie, zusammengestellt v. U. Busch, in: Berliner Debatte Initial 23 (2012); W.F. Haug, Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise, Hamburg 2012.

nen die in vieler Hinsicht nach wie aktuelle marxische Kritik beruhte. Denn so sehr die Transformationsfrage in konkreten Projekten auf spezielle Probleme heruntergerechnet und pragmatisch auf realisierbare Veränderungen konzentriert werden muss, ist sie in linksorientierter Politik und Gesellschaftsanalyse auch und gerade im globalen Kapitalismus der Gegenwart doch immer mit gesamtgesellschaftlichen Systemfragen verknüpft. Im Folgenden konzentriere ich mich auf einen Vergleich der Art und Weise, wie diese von Marx gestellt wurde, mit den aktuellen geschichtlichen Rahmenbedingungen.

Leitaspunkt dafür soll das Verhältnis von Formation und Revolution im Hinblick auf Entstehung, Entwicklung und Überwindung des Kapitalismus im Werk von Marx sein. Dafür sind zunächst drei Grundaspekte der Kapitalismuskritik von Marx zu unterscheiden: Erstens die Erfassung der auf Warenwirtschaft, in der Produktion investiertem Kapital und der Ausbeutung von Lohnarbeit beruhenden modernen Gesellschaftsform als besondere, auf eigenen ökonomischen Grundlagen sich entwickelnde Formation, wobei deren Bezeichnung als »kapitalistisch« erst in der Phase der Arbeiten am »Kapital« die bisherige, von Hegel übernommene Bestimmung als »bürgerliche Gesellschaft« ersetzte. Zweitens deren historische Unterscheidung und Herleitung im Verhältnis zu früheren Gesellschaftsformen im Prozess der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Drittens die Begründung der Prognose des Untergangs durch die inneren Widersprüche der ökonomischen Entwicklung, auf der die Kapitalherrschaft beruht, und die daraus abgeleitete Perspektive der sozialen Revolution des Proletariats.

Dabei ist die enge Verbindung von wissenschaftlich begründeter Kritik und revolutionärer Konzeption zweifellos die Basis des emanzipatorischen Projekts von Marx. Er begründet sie durchweg mit einer umfassenden, immer wieder ausgeweiteten und nie abgeschlossenen, weil per se empirisch unabschließbaren Untersuchung der konkreten Bedingungen der Entstehung, Entwicklung und inneren Widersprüchlichkeit des Kapitalismus. Meine These ist, dass die Relation dieser Grundaspekte sowohl objektiv gegenstandsbedingt als auch in der subjektiven Sichtweise in mehrfacher Hinsicht asymmetrisch ist und dass diese Asymmetrie

gerade die Dialektik des modernen Geschichtsprozesses zum Ausdruck bringen, woraus sich wichtige Konsequenzen für die Problemstellung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ergeben.

Erstens wird – programmatisch in den »Frühschriften« und im »Kommunistischen Manifest«, dann aber auch durchgängig im späteren Werk – ein Zusammenhang von Entstehung und Überwindung des Kapitalismus hergestellt, mit dem zunächst die gegensätzlichen Voraussetzungen für beide als gesamtgesellschaftliche Umwälzungen aufgefassten Prozesse erfasst werden. »Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranzubildete«, heißt es im »Manifest«, »wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt«, aber auf »einer gewissen Stufe« entsprachen »die feudalen Eigentumsverhältnisse« ihrer Entwicklung nicht mehr und hemmten sie, statt sie zu fördern. »Sie mussten gesprengt werden, sie wurden gesprengt« (MEW 4, 467).

Wichtig in dem hier zu erörternden Zusammenhang ist nicht so sehr das unter Marxisten umstrittene Verhältnis von Genesis des Kapitalismus und bürgerlicher Revolution. Vielmehr kommt es auf den grundsätzlichen Qualitätswechsel im Formationsprozess an, der hier konstatiert wird. Die Formierung und weitere Entfaltung der neuen Gesellschaft unterscheidet sich grundsätzlich von allen früheren Epochen dadurch, dass sie nicht stagniert, sondern sich überhaupt nur auf dem Wege permanenter Umwälzung entwickeln kann: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse *fortwährend zu revolutionieren*«, während die »*unveränderte* Beibehaltung der alten Produktionsweise« die Existenzbedingung der früheren herrschenden Klassen war.« (ebenda, 465)

Trotz dieser fundamentalen Asymmetrie in der Qualität der derart kontrastierten Formationsprozesse wird aber die Prognose der sozialen Revolution, die den Kapitalismus überwindet, mit dem Vorgang seiner Entstehung aus dem Feudalismus analogisiert, wenn es heißt, »unter unseren Augen« gehe »eine ähnliche Bewegung« wie bei der Sprengung der feudalen Gesellschaftsorganisation vor sich. Denn »die bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions-

und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor« (ebenda, 467). Voraussetzung dafür ist die exponentielle Tendenzbestimmung einer finalen Polarisierung von Kapital und Arbeit; und nur durch die Gleichsetzung des Proletariats mit der dynamischen Seite der modernen Formationsentwicklung, d.h. mit den von ihr hervorgebrachten progressiven Produktivkräften, wird die Diskrepanz der geschilderten Revolutionsprozesse plausibel aufgehoben. Ohne diese Voraussetzung wird sie problematisch. Zwar ist die Arbeiterbewegung zum Subjekt tief greifender Veränderungen im Kapitalismus und auch der ersten Revolutionen gegen den Kapitalismus geworden; die Überwindung dieser Formation durch sie aber wurde nicht erreicht.

Zweitens – und in engem Zusammenhang mit diesem inadäquaten Revolutionsvergleich – geht Marx im Hauptwerk, im Abschnitt über die Tendenz der kapitalistischen Akkumulation am Schluss seiner Analyse des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation im ersten Band, von einem notwendig zur Überwindung der Kapitalherrschaft führenden Zusammenhang zwischen den Voraussetzungen der ökonomischen Genesis des Kapitalismus (der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals) und den Tendenzen der Akkumulation auf eigenen Grundlagen mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals aus. Er verbindet diesen Vorgang mit der Diagnose der unvermeidlichen Zerstörung der Grundlagen des Privateigentums überhaupt – zuerst bei den unmittelbaren Produzenten, dann bei den Kapitalisten selbst, und stellt diesem Vorgang eine entsprechend unaufhaltsame Konzentration der Arbeiterklasse gegenüber. Beides zusammen, so die These, führt zum Zerfall der Grundlagen und zum revolutionären Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Hier ergibt sich eine Asymmetrie zwischen dieser Tendenz einer finalen Polarisierung von Kapital und Arbeit einerseits und gegenläufigen Prozessen fortwährender Differenzierung durch die beständige Umwälzung der Produktivkräfte und ökonomischen Strukturen auf beiden Seiten des sozialen Spektrums (MEW 23, 789-792).

Drittens ergibt sich mit der Ausbreitung des kapitalistischen Systems die Asymmetrie von Zentrum und Peripherie, von fort-

dauernder Überlagerung der Entstehungs- mit fortgeschrittenen Entwicklungsprozessen des Kapitalismus im Weltmaßstab. Die formationsgeschichtliche Perspektive von Marx bezieht sich analytisch zunächst auf die bis dahin am weitesten entwickelten Verhältnisse in England und, schon mit vielen Abweichungen, auf den west- und mitteleuropäischen Kontinent. Ihre Ausweitung durch die Beobachtung und Erforschung der Entwicklungen in Russland, in den USA und den Kolonien der Metropolen und die Auswertung neuer ethnologischer Forschungen zu ursprünglichen Gemeinwesen eröffnen neue Perspektiven einer globalen Formationsgeschichte, in der die mediterran-europäische und nordamerikanische Entwicklungsreihe nur einen – wenn auch den bis dahin dynamischsten – Sonderfall darstellt. Dieses Konzept, auf das sich Engels im »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« Pars pro Toto beruft (MEW 21, 27-29), ist in den Entwürfen für einen Antwortbrief an die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch skizziert, bei dem es um die Funktion der russischen Dorfgemeinde und um die Chance eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges ging, den Marx damals unter der Bedingungen des Sieges der Revolution im Westen für möglich hielt (MEW, 19, 384-406). In diesem Kontext wird der Kapitalismus transitorisch am Ende der Entwicklungsreihe klassen antagonistischer Formationen verortet. Diese folgt und entwickelt sich selbst in Koexistenz oder in Mischformen mit der Stufen- und Schichtenfolge von Urgesellschaften bzw. deren Auflösung bis hin zu ihrer modernsten Form, der Territorialgemeinde mit gemeinschaftlicher Bodennutzung und privater Hauswirtschaft in der russischen *Obschtschina*. Dagegen trägt die kapitalistische Gesellschaft umgekehrt den Dualismus von schon vergesellschafteter Form der Produktivkräfte und noch privater Aneignung der Produktionsmittel in sich.

In der auf diese Weise universalisierten formationsgeschichtlichen Sicht und durch die Untersuchungen zu den konkreten Formen, in denen sich der Kapitalismus von seinen Zentren ausbreitete, wird mit der Möglichkeit unterschiedlicher Revolutionsprozesse zugleich die Vielfalt von »Gesellschaften, die auf kapitalistischer Produktionsweise beruhen« (MEW 23, 49), deutlich. Dadurch wird auch die weitere Differenzierung erkennbar, mit der zugleich die Unter-

schiede zu den europäischen und Ursprungsgebieten und die Differenz von Zivilgesellschaft und kapitalistischen Formierungen sowohl in den Zentren als auch in der Peripherie immer stärker hervortreten. Insgesamt ergibt sich daraus eine vierte strukturelle Asymmetrie von permanenten Umwälzungen, Krisen und von Phasen der Stabilisierung des Gesamtsystems. Auf die daraus sich ergebenden strukturellen Wechselwirkungen revolutionierender und stabilisierender Momente in den sich immer wieder neu differenzierenden Klassenstrukturen, im Verhältnis Ökonomie einerseits und Staat, Recht, Ideologie, in der Wirkung kultureller Normen etc. andererseits, kann hier nur hingewiesen werden.

Die hier skizzierten Aspekte stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang, wenn gegenwärtige Transformationsprozesse in globaler Perspektive betrachtet werden. Mein Kernpunkt dabei ist die Bedeutung der Unterscheidung der mediterran-europäischen Entwicklung bis zur modernen bürgerlichen Gesellschaft einerseits und einer weltweiten formationsgeschichtlichen Perspektive auf Grund von Grundtypen der Produktion und Reproduktion der Existenzbedingungen des menschlichen Lebens (Großformationen) andererseits.

Diese weltweite formationsgeschichtliche Perspektive bietet, wenn sie von der utopielastigen »Triade« Urkommunismus – Klassenantagonismus – Kommunismus gelöst wird, einen neuen, auch gegenwärtig interessanten Ansatz: Retrospektiv lassen sich so die bisherigen Stadien des Kapitalismus als unterschiedliche Formationen einer Entwicklungsreihe von übergreifender Dimension interpretieren. Der Kapitalismus erscheint wie die auf Grundeigentum und Naturalwirtschaft beruhenden Agrargesellschaften selbst nicht als bloßer Übergang, sondern als eigene Großformation.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet, vollzieht sich diese Entwicklung einerseits als Folge immanenter Transformationen. Die revolutionierende Dynamik der Produktivkraftentwicklung ist dabei konstitutiv für die *innere* Evolution der Produktionsweise und bedingt auch eine ständige Anpassung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsformen. In diesem Zusammenhang lassen sich die Stadien des Kapitalismus als unterschiedliche Formationen mit je besonderer Ausprägung des auf Kapitalherrschaft beruhenden

Produktions- und Reproduktionsgrundtyps bestimmen. Zugleich erscheinen die Umbrüche zwischen ihnen als ein Zyklus von Revolutionen mit je unterschiedlichen Klassen- und Hegemoniekonstellationen. Er verbindet Prozesse der Entstehung des Kapitalismus gegen vormoderne, vor allem feudale Verhältnisse mit Prozessen der inneren Umstrukturierungen. Weltweit entwickelt sich das Ganze in einer komplizierten Vielfalt der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, der Entstehungs- und Entwicklungsprozesse auf unterschiedlichen regionalen Entwicklungspfaden.

In beiden Dimensionen zeigen sich jedoch andererseits neben der systemimmanenten Tendenz ständiger Umwälzung auf eigenständigen Grundlagen von Anfang an auch die inneren Widersprüche, die ständig weiter bis an die von Marx erkannten Schranken der kapitalistischen Formierung und schließlich über diese hinausgetrieben werden. Die kapitalistische Form überwindet ständig alle ihre Grenzen und setzt sie neu. Dabei verstärken sich mit den innovativ-konstruktiven mit jeder Krise auch die verheerenden destruktiven Tendenzen, entstehen aber immer wieder alternative soziale Bewegungen und grenzüberschreitende Transformationsprozesse. Hierher gehören auch die sozialistischen Entwicklungsmodelle des 20. Jahrhunderts in Ost- und Ostmitteleuropa, die als solche scheiterten, oder wie ihre noch offene Fortführung in China, Vietnam oder Kuba, die jedenfalls ganz andere als die ursprünglich projizierten Resultate erreicht haben.

Das systemüberwindende Moment ist in diesem Rahmen ähnlich wie bei den früheren großen Übergangsprozessen zur klassenantagonistischen Agrargesellschaft (neolithische Revolution) und zur modernen Gesellschaftsentwicklung als eine langfristig sich vollziehende schrittweise Transformation zu denken. Aber diese unterscheidet sich von den vormodernen Verhältnissen grundlegend durch die völlig neue Dynamik ständiger Umwälzung sowohl der Produktivkräfte als auch aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Auch die Diskussionen über den Dualismus von den den globalen Kapitalismus vorantreibenden und zugleich subversiv auflösenden Tendenzen der neuen Produktivkräfte-revolution seit Ende des 20. Jahrhunderts erhalten durch diesen Aspekt der

marx'schen Analyse einen übergreifenden formationsgeschichtlichen Bezug – noch im Kapitalismus und schon über dessen Schranken hinausweisend. Die marx'sche Formationskonzeption im Spätwerk erweist sich in diesem Rahmen als methodisches Angebot, um die fortwährende Verbindung vielfältiger Entstehungs- und Transformationsprozesse zum, im und über die Grenzen des Kapitalismus hinausweisend im Wechsel von Formierungen und Umwälzungen/ Revolutionen als Systemwechsel im weiten Sinne zu untersuchen.

Bezogen auf die aktuelle Situation, geht es konkret um die komplexen Erscheinungsformen des seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ausgeprägten neuen Stadiums des globalisierten, weil wieder weltweit dominierenden Kapitalismus. Dieses kann von den Triebkräften im Produktionsbereich her als Hightech-Kapitalismus oder von der vorherrschenden äußeren Funktionsweise als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden. Es hat ungeahnte Chancen zivilisatorischen Fortschritts eröffnet und zugleich verheerende destruktive Kräfte hervorgebracht, die eben diese Zivilisation in ihrer Existenz bedrohen. Folgewirkungen von beidem zeigen sich in vielschichtigen und jeweils ambivalenten Wechselbeziehungen von den großen Konflikten um Krieg und Frieden, Reichtum und Armut, Freiheit und Diktatur, hoch- und unterentwickelten Regionen bis hinunter in die kleinsten Segmente des gesellschaftlichen Lebens.

In diesem Rahmen relativiert sich der Gegensatz systemimmanenter und -überwindender Transformation, müssen Zielvorstellungen eines regulierten Kapitalismus und eines demokratisch formierten Sozialismus nicht unbedingt Gegensätze sein. Vielmehr können sie im Kampf gegen die destruktiven Kräfte des Finanzmarktkapitalismus sich ergänzende Leitaspekte ökonomischer, sozialer, ökologischer und kultureller Veränderung markieren, wodurch breite Bündnisse gegen den Neoliberalismus erleichtert werden.

Auf der Suche nach Handlungsmöglichkeiten



Einem »Problemaufriss« folgen Gedanken zu einem eigenen, politökonomisch geprägten Ansatz in der Transformationsdiskussion, zur gezielten Suche nach Handlungsmöglichkeiten und so zu Transformatorischem im sozialen Alltag. Der Beitrag stellt einige in der Broschüre »Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation«¹ entwickelte Gedanken vor. Mit dieser Publikation haben die Autoren einen sozialistisch akzentuierten Diskussionsbeitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte »von unten« vorgelegt, der in keiner Weise die enorme Bedeutung von Regierungshandeln, von offiziellen internationalen Organisationen und Verträgen relativiert, aber auch deren Grenzen sieht. Das zentrale Anliegen der Broschüre und dieses Artikels ist, über konkrete Angebote zum Austausch über Problemanalysen, Lösungskonzepte, Erfahrungen und Vorschläge das eigene Verstehen, Denken und Handeln zu qualifizieren und zugleich problemlösungsorientierte Kommunikation und

Kooperation mit gesellschaftskritischen Wissenschaftler/innen und am Thema Interessierten zu befördern bzw. auch erst zu initiieren.

Problemaufriss

Bei anhaltender bzw. fortschreitender Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts der massenhaften globalen Armut, der drastischen Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, der mit rasantem Tempo schwindenden biologischen Vielfalt und der zunehmenden Verknappung von Naturressourcen, angesichts der erlebbaren und drohenden Gewalt gegen Menschen geht unser Konzept von der Idee aus, dass die Menschheit so in die Biosphäre eingebettet werden soll und (noch) könnte, dass die einzelnen Menschen – die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen – individuell frei, sozial gleich und miteinander solidarisch werden, dass sie ihre natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, gesunden und verbessern.

Das hier umrissene Konzept soll insbesondere interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, Genossinnen und Genossen eine Orientierungshilfe geben, um die verschiedenen Krisen und ihr Zusammenspiel, die drängendsten gesellschaftlichen bzw. globalen Probleme besser zu verstehen, Handlungsmöglichkeiten zur politischen Auseinandersetzung mit diesen aufzuspüren und zu nutzen. Es geht zum einen von der Einschätzung aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in der Europäischen Union die Krisen als Beweise dafür ansehen, »dass es nicht so weiter gehen kann«; dass sie mehrheitlich selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und intakter Natur leben wollen und sich wünschen, dass das weltweit jede und jeder könne. Die Bürgerinnen und Bürger sind u. E. zu großen Teilen bereit, sich politisch zu engagieren, wenn sie sich in ihrem Alltag angegriffen und/oder die Chance sehen, der Erfüllung ihres Wunsches nä-

¹ Lutz Brangsch/Judith Dellheim/Joachim H. Spangenberg, Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 99, Berlin 2012. In diesem Beitrag wird darauf verzichtet, der Publikation entnommene und entlehene Passagen zu kennzeichnen.

her zu kommen. Unser Konzept geht des Weiteren von der These aus, dass der Alltag der Bürgerinnen und Bürger vielfältige Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit den Herrschenden im Allgemeinen und den Führenden in jenen Wirtschaftsbereichen bietet, die für soziale und ökologische Zerstörung prioritär sind: Die wechselseitig einander durchdringenden Energie-, Transport- und Landwirtschaft/der Agrobusiness, der militärisch-industrielle Komplex (MIK)/der Sicherheitsbereich, die Finanzsphäre und der Hightech-Bereich. Diese Bereiche sind die Stützpfeiler der herrschenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Produktions- und Lebensweisen, mit denen die Entwicklung und Reproduktion von Kapitaloligarchien² untrennbar verquickt sind.

² Der Analyse von Kapitaloligarchien kommt im gewählten Ansatz ein besonderer Stellenwert zu: Der Begriff »Kapitaloligarchie« steht für eine bestimmte Qualität sozialer Beziehungen, die Menschen einschließt, die durch ihre Funktionen als Eigentümer/innen, Finanziers, Manager/innen, Staatsbedienstete, Politiker/innen, Anwältinnen und Anwälte, Berater/innen, Militärs, »Sicherheitspezialisten«, wissenschaftliche Eliten und Thinktanks, Funktionäre internationaler Organisationen usw. über die Möglichkeit verfügen, sich über verschiedene soziale Gruppen hinweg gesellschaftliche Ressourcen anzueignen, also selbst Ressourcen anderer Kapitalgruppen zu usurpieren. Diese Fähigkeit resultiert aus ihrer Stellung in der Gesellschaft. Sie generiert ein gemeinsames Interesse, ein gleichartiges politisches und wirtschaftliches Handeln.

Kapitalgruppen, die als Träger dieser Netzwerke fungieren, streben danach, in allen für sie relevanten Bereichen »der Wirtschaft« und der Gesellschaft die Entwicklung zu bestimmen. Sie betreiben insbesondere Spekulationsgeschäfte – mit Finanzen insbesondere mit Staatsschulden, mit Währungen, Energieträgern/Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Boden – und schaffen bzw. reproduzieren spezifische Herrschaftsverhältnisse. Kapitaloligarchien entwickelten sich in den USA früher und schneller als in anderen Teilen der Welt. Wenngleich sie kein US-amerikanisches Phänomen sind, prägten diese – wegen der Struktur der US-Gesellschaft, wegen der Verquickung unter den global Mächtigsten in der Finanzsphäre, im Hightech-Bereich, in der Energiewirtschaft, in der Transportwirtschaft, in der Landwirtschaft/im Agrobusiness und im Sicherheitsbereich/MIK und wegen des globalen strategischen Gewichts der USA – weltweite Entwicklungen enorm und beeinflussen sie weiterhin stark.

Die *energiebezogenen Aktivitäten* bewirken weltweit ca. 63% der globalen klimaschädigenden Emissionen, darunter 77% aller Kohlendioxidemissionen. Ca. 28% der klimaschädigenden Emissionen und 36% der Kohlendioxidemissionen rühren von Elektrizität und Heizung her. Auf die *Transportwirtschaft* entfallen über ein Viertel der klimaschädigenden Emissionen. Sie hängt energetisch zu 96 Prozent am Erdöl, das über 95 Prozent der Transportemissionen bewirkt. Die *Landwirtschaft* verursacht ca. 14 Prozent der Kohlendioxidemissionen.

In Deutschland und in der Europäischen Union entwickeln sich Finanzoligarchien anders. Hier sind ihnen nicht zuletzt durch das parlamentarische System, durch den traditionellen »Obrigkeitsstaat« und durch den Korporatismus andere Grenzen gesetzt.

Kapitaloligarchien reproduzieren sich wesentlich über Finanzmärkte, nicht primär über das Eigentum als Unternehmer/in, als Eigentum an einem bestimmten Unternehmen. Ihr Interesse ist damit im weitesten Sinne global. Sie bewegen Energieträger, Rohstoffe, Lebensmittel, Boden bzw. (potenzielle) landwirtschaftliche Nutzflächen insbesondere über Finanzmarkttitle. Sie können dies in sehr kurzen Zeitabschnitten und über große Distanzen hinweg, Dank der Mikroelektronik und der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Primär geschehen diese Ressourcenbewegungen zum einen über den Kauf und Verkauf von Wertpapieren, insbesondere von Aktien, Unternehmensanleihen, Staatsanleihen und Derivaten (fiktives Kapital), zum anderen über Eingriffe in die politischen Entscheidungsprozesse über die Verteilung öffentlicher Finanzen, den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen (Wissen, Bildung, öffentliche Investitionen, Forschungsförderung etc.), sowie auch über Gesetze. Dass Kapitaloligarchien beim Umgang mit den Staatsschulden, Entscheidungen über Megaprojekte, Privatisierungen öffentlicher Güter bzw. sozialer Sicherungssystemen nachhaltig ihre Interessen durchsetzen konnten und können, demonstriert ihre Macht im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess.

Die Mitglieder und Aktivitäten der modernen Kapitaloligarchie kreuzen sich mit denen der »alten« Finanzoligarchien über persönliche Verbindungen, analoge Bildungswege oder Kapitalverflechtungen zwischen den Unternehmen. Das erhöht ihre gesellschaftlichen Einflussbereiche, die sich letztlich immer auf Machtpositionen in der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/im Agrobusiness, in der Finanzsphäre bzw. -industrie und im Hightech-Bereich, im Sicherheitsbereich stützen.

Wird die durch Waldrodung zerstörte CO₂-Bindung addiert, erhöht sich der klimarelevante Wert auf 32 Prozent. Hinzu kommen CH₄ und N₂O-Emissionen. Aber über eine Milliarde Menschen leiden unter Hunger, Unterernährung und viele Millionen mehr unter Energiearmut.

Die Entwicklung und Reproduktion der mit diesen Daten verbundenen stofflichen und gesellschaftlichen Strukturen geht wesentlich mit *Rüstung und Militarisierung*, mit Gewalt und Kriegen zusammen. Der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK) ist nicht nur Großkunde der Energiewirtschaft, des Transports, der Landwirtschaft/des Agrobusiness. Er hat diese Bereiche mitgeprägt.

Wegen der Rolle und der gegenseitigen Verflechtungen dieser vier Bereiche mit ihrem Verbrauch an Naturressourcen, ihrer Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, ihrer Übernutzung der Ökosysteme und ihrem Anteil an der Produktion von Gewalt gegen Menschen, werden sie hier

»zerstörerisches Quartett« genannt.

Das »zerstörerische Quartett« und insbesondere der MIK/Sicherheitsbereich haben wesentlich die Entwicklung des Technologiebereiches und der Finanzsphäre mitbestimmt. Die Technologien und Finanzbewegungen begründen ihrerseits die Entwicklung und Zusammenhänge des Quartetts, seine Dynamik, wirtschaftliche, ökologische und vor allem gesellschaftliche Wirkungen. Die Entwicklung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Produktions- und Lebensweisen einerseits, der Machtstrukturen und herrschenden Politik andererseits sind nicht erklärbar ohne die Interaktivitäten und Verquickung unter den Führenden in diesen sechs Wirtschaftsbereichen. Die »4+2«, das »zerstörerische Quartett« und der Hightech-Bereich und die Finanzindustrie, bilden ein Ganzes. Und sie sind ihrerseits wiederum von staatlicher Finanzpolitik und Gesetzgebung abhängig – von den Führenden »in der Politik«, »in der Ideologie« und so »in den Medien«. Die von ihnen

Illustration von wechselseitigen Zusammenhängen zwischen Energiewirtschaft, Transport- und Landwirtschaft und Militärisch-Industriellem Komplex und damit von Akteursnetzwerken sowie Kapitaloligarchien

	Energiewirtschaft	Transportwesen	Landwirtschaft / Agrobusiness	Militärisch-Industrieller Komplex
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
<i>Energiewirtschaft</i>		Kraftstoff, Schmierstoffe	Kraftstoff, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel	Kraftstoff, Schmierstoffe
<i>Transportwirtschaft</i>	Energietransporte		Transporte von Energieträgern, Dünge- u. Pflanzenschutzmitteln, Agrarprodukten usw.	Transportmittel und Transporte
<i>Agrarwirtschaft</i>	Flächen, Rohstoffe	Biokraftstoffe		Biokraftstoffe, Flächen
<i>Militärisch-Industrieller Komplex</i>	Energiesicherheit, Flächenversiegelung	Sicherung von Transporten	Flächenversiegelung,	

Die Spalten (2) bis (5) stehen für die Adressaten von Warenlieferungen, die zugleich Produzenten neuer Nachfrage sind. Die Spalte (1) steht für die Lieferanten der Waren.

forcierten Megaproje können sonst nicht durchgesetzt, die Verflechtung ihrer Strukturen kann anders nicht gesichert werden. Der Konsens mit großen Teilen der Gesellschaft wird in den kapitalistischen Zentren wesentlich über Einkommen, Finanzmärkte, Produktions- und Konsumtionsstrukturen und durch die damit ermöglichten Lebensstile organisiert.

Ein sozialistischer Ansatz

Schon die eingangs genannte, an Karl Polanyi erinnernde Idee von der die Menschen befreienden, einander sozial gleich und solidarisch machenden Einbettung in die damit rettbar Biosphäre spiegelt sozialistische Ziele. Da die Autoren diese Einbettung als das Ergebnis sich gegen Fremdbestimmung, Diskriminierung, Gewalt und Naturzerstörung wehrender, um die Erfüllung ihrer Ziele und Wünsche ringender Menschen denken, orientieren sie auf das Handeln jener, die diesen Gedanken teilen bzw. für ihn gewonnen werden können.

Die vorgenommene Problemanalyse und die Lösungsvorschläge sind von dem Anliegen bestimmt, in der Auseinandersetzung mit den herrschenden Zuständen bzw. mit dem gesellschaftlichen Alltag immer zuerst bzw. zugleich den sozial und global Schwächsten Solidarität zu erweisen. Dieses Anliegen ist moralischer Imperativ und Kriterium für sozialistische Politik – auch angesichts der anhaltenden politischen Defensive der Linken. Diese konnten die Erfahrung sammeln, dass es sinnvoller ist, auf gemeinsame Suchprozesse statt auf die Präsentation fertiger bzw. geschlossener Konzeptionen zu fokussieren. Derartige Suchprozesse schließen die Organisation und solidarische Begleitung von konkreten Projekten ein, die wiederum darauf zielen, im individuellen und kollektiven Alltag besondere Probleme zu mildern bzw. zu lösen. Dabei soll zugleich linke europäische Politik gestärkt und qualifiziert werden – aus historischer Erfahrung, Beschäftigung mit Zusammenhängen, aus Verantwortung für globale Entwicklungen.

In Widersprüchen politische Handlungsmöglichkeiten suchend, analysierend und diskutierend haben die Autoren insbesondere drei miteinander verbundene bzw. verbindbare politische Handlungsfelder ausgemacht: Das Ringen um demokratische, soziale – insbesondere armutsfeste

soziale Mindestsicherungen – und ökologische Standards (1), um den Erhalt und die Demokratisierung des Öffentlichen, vor allem der öffentlichen Finanzen (2) und um aktive Lokal- und Regionalentwicklung (3). Ein wesentliches Bindeglied zwischen (1), (2) und (3) sind partizipative Prozesse. Hier sehen die Autoren praktizierte und potenzielle Möglichkeiten dafür, dass Menschen sich Wissen und Fähigkeiten solidarischer Kooperation aneignen, sich aktiv mit den Ursachen und Verursachern sozialer und ökologischer Probleme auseinandersetzen, dabei tragfähige politische Bündnisse schaffen (können) und eigenes, kollektives und gesellschaftliches Leben nachhaltig positiv verändern (können) – lokal und regional, überregional, europäisch und global solidarisch vernetzt handelnd. Es sind insbesondere folgende drei Widersprüche, die produktiv genutzt werden können und müssen: Die kapitalistische Produktionsweise erfordert die Kooperation von Menschen. Die Kooperierenden können sich gegen die Zwänge, Detailarbeiter/in (auch Hochqualifizierte sind das), sozial und ökologisch zerstörerisch zu sein, wehren (a). Die neuen Technologien und die Finanzialisierung³ eröffnen nicht nur neue Felder für die Kapitalakkumulation, sondern auch neue Möglichkeiten individueller Unabhängigkeit. Sie produzieren Bedürfnisse nach mehr Wahlmöglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung. Die neuen Technologien bieten nicht nur den Kapitaloligarchien neue Möglichkeiten, ihre Macht zu erweitern, sondern auch jenen, die sie bekämpfen und die an gesellschaftspolitischen Alternativen arbeiten (b). Menschen in sehr unterschiedlicher sozialer Situation sind an ihrer – und zumindest an ihrer Kinder – Gesundheit, Bildung, an Selbstbestimmung und daher an vernünftiger Arbeit und gesichertem Einkommen, an intakter Natur, an einem friedlichen funktionierenden Alltag interessiert. Sie sehen sich durchaus durch Konkurrenz, Naturzerstörung, soziale und globale Spaltungen, durch politische und religiöse Fun-

³ Aydin, Ayturk, Kozanoglu, Ozan und Kurtulan verfassten eine Übersicht zu Definitionen, Herangehensweisen, Merkmalen und Folgen von Finanzialisierung (Ayturk et al. 2011). Hier wird unter »Finanzialisierung« die Durchdringung wirtschaftlicher Prozesse und Bereiche von Akteuren und Operationen auf den Finanzmärkten verstanden.

damentalismen, Überwachung und Militarisierung bedroht. Sie können sich auch weigern, die Erklärungen und politischen Antworten der Herrschenden zu akzeptieren. Auch all jene, die in unterschiedlicher Art und Weise an der Verwaltung der Gesellschaft partizipieren, wirken meist auf eine gewisse Interessenübereinstimmung sozial und politisch sehr heterogener Kräfte hin: Unter den Bedingungen der herrschenden Vergesellschaftungsweise und insbesondere der globalen Konkurrenz sind die »Qualität des Humankapitals« und Standorte mit »relativ vernünftigen« Luft-, Wasser- und Bodenwerten unverzichtbare Erfolgsbedingungen. Und außerdem »gibt es ja nur diese eine Welt« (c). Daraus folgen Interessenkämpfe unter den Kapitalfraktionen.

Es kommt die für Linke entscheidende Frage auf, ob und wie »gewisse Interessenübereinstimmungen« genutzt werden können, um erfolgreich wider soziale und ökologische Zerstörung zu handeln und um gerechte, nachhaltige Problemlösungen einzuleiten.

Dabei kommt der Verteidigung, Nutzung und Erweiterung von individuellen und kollektiven Handlungsmöglichkeiten, im Alltag zwischen »mehr« oder »weniger« Konkurrenz, zwischen »mehr« oder »weniger« Partizipation an der Ausbeutung Schwächerer, an Ressourcenverschwendung und Naturverschmutzung und -zerstörung wählen zu können, durchaus wichtige Bedeutung zu. Allerdings wird in der Broschüre auf die Grenzen für die Einzelnen, ihren Lebensstil sozial und ökologisch verantwortungsvoll wählen zu können, fokussiert – weil die Menschen es nicht gelernt haben und notwendige Lernprozesse in der Gesellschaft nicht organisiert werden; weil in der Gesellschaft ökologisch vernünftige Verhaltensweisen nicht wirksam honoriert und zerstörerische Verhaltensweisen nicht entsprechend sanktioniert werden; weil die erforderlichen individuellen Wahlmöglichkeiten durch die gesellschaftlichen Produktionsstrukturen und den gesellschaftlichen Alltag nicht gegeben sind – weil jene Akteure, die letztlich wirtschaftlich, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch hegemonial sind, ihre Interessen durchsetzen können und so die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsstrukturen bestimmen; weil jene, die wissen, dass dies sozial und ökologisch zerstörerisch ist und die solidarisch und

ökologisch vernünftig leben wollen, zu schwach sind, um die in der Gesellschaft Führenden politisch wirksam zu bekämpfen; um die Machtstrukturen, den gesellschaftlichen Alltag grundlegend zu verändern.

In der globalisierten Wirtschaft hat die lokale Lebensmittelproduzentin in der südlichen Hemisphäre den geringsten bzw. einen vergleichsweise geringen Anteil an den sozial und ökologisch zerstörerischen Macht- und Reproduktionsstrukturen. Zugleich ist sie das besondere Opfer der Reproduktion dieser Strukturen. Aber von ihrer sozialen, ökonomischen und globalen Stärke hängen die Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerungen ab. Werden der Schutz und die Stärkung der lokalen Lebensmittelproduzentin im globalen Süden zu einem wesentlichen Ausgangs- und/oder Schwerpunkt politisch erwirkter Veränderungen, wachsen die Chancen für die erstrebte Einbettung der Menschheit in die Biosphäre.

Daher war diese Frage für die Autoren bei ihrem Studium und ihrer Kritik von Literatur, Medien und Debatten besonders wichtig.

Gezielte Suchprozesse

Wenngleich in der deutschen Suffizienzdebatte mit ihrer Orientierung auf solidarische lokale und regionale Kooperationen und auch in der deutschen Ökosozialismus-Debatte mit ihrer Orientierung auf Stoff- und Energieumsätze senkende gesellschaftliche Kooperationen wichtige Ansätze für eine die lokale Lebensmittelproduzentin im globalen Süden stärkende Entwicklungs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik gesehen werden, können nur sehr begrenzt konzeptionelle und politische Hilfen, um der emanzipativ-solidarischen Einbettung näher zu kommen, ausgemacht werden: beide Debatten zielen nicht auf die zu gewinnenden »normalen« Bürgerinnen und Bürger, die jetzt und hier – in der Auseinandersetzung mit den »Krisen, denen wir entkommen« wollen – Schritte sozialökologischen Umbaus bzw. sozialökologischer Transformation beginnen und gehen können.

Die Nachhaltigkeitsdebatte zeigt, dass und wie der Begriff »nachhaltig« bzw. »Nachhaltigkeit« zum umkämpften Begriff geworden ist. Wird er im Sinne des Brundtland-Berichtes interpretiert, sprechen die Autoren von »echten Nachhaltigkeitsstrategien« im Unterschied zu »falschen Nachhaltigkeits-

strategien« . Hinter den falschen stehen die Verfechter des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen, insbesondere die Strategen ökologischer Modernisierung. Die Unterschiede und die Auseinandersetzung zwischen echten und falschen Nachhaltigkeitsanhänger/innen zeigen sich nicht zuletzt in der Debatte zu den verschiedenen Green-New-Deal-Konzepten.

Die Anhänger/innen von echten Nachhaltigkeitsstrategien wollen Orientierungen für vernünftiges und verantwortungsvolles Handeln geben, um nachhaltige Entwicklung zu befördern. Dabei bzw. deshalb arbeiten sie mit Kriterien und Indikatoren. Sie sehen sehr wohl die Notwendigkeit politischer Kämpfe, aber fokussieren mehrheitlich nicht auf grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse unter den Menschen. Diese erklären letztlich erst, warum wer kein/kaum reales Interesse an vernünftigem, sozial und global verantwortungsvollem Handeln hat.

»Ökologische Modernisierung« meint eine mehr oder weniger drastische Reduzierung der Stoff- und Energieumsätze sowie der klimaschädigenden Emissionen unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen – bei struktureller sozialer Ungleichheit, zentralisierten Wirtschaftsstrukturen, Gewaltproduktion und Militarisierung. Einige Green-New-Deal-Projekte gehen darüber hinaus.

Die vom sozialistischen Ansatz ausgehende Intervention in wissenschaftliche und politische Debatten zielt also insbesondere auf Einfluss und Kooperation mit den »echten« Nachhaltigkeitsanhänger/innen bzw. den Akteuren der weitergehenden Green-New-Deal-Projekte. Sie bezieht sich daher vor allem auf die Konzepte und Aktivitäten der »Echten und Weitergehenden«. Zugleich ist sie das gemeinsame und offene Arbeiten an einem Transformationskonzept, das die Vision einer Gesellschaft persönlich freier und sozial gleicher Menschen, die solidarisch miteinander leben und verantwortungsvoll mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, alltagspraktisch umsetzt: Sozialökologischer Umbau und mit ihm beginnende sozialökologische Transformation sind Konzepte für eine tief greifende komplexe Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Stoffwechselprozesse des Menschen / der Gesellschaft mit der Natur. Dabei wird das verbindliche Ziel ver-

folgt, dass die Menschheit in ihrer Ganzheit Reproduktionsfähigkeit erlangt – nicht die einen auf Kosten der anderen – und dass sie folglich zugleich der Reproduktion ihrer natürlichen Lebensgrundlagen in der Koexistenz mit anderen Spezies den nötigen Raum gibt. »Sozialökologischer Umbau« bedeutet Beginn der Entwicklung einer solidarischen Kooperation, die weitgehend lokale und regionale Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung der dortigen Bevölkerung nutzt und dabei die Belastungen der Biosphäre, wie sie in sozialen und externen Kosten erfahren werden, konsequent reduziert und schrittweise minimiert. Eine solche gesellschaftliche Arbeitsteilung und Ressourcennutzung gehen zentral mit der vorrangig lokalen und regionalen Erschließung und Anwendung erneuerbarer Energien einher. Dabei wird Arbeit gesellschaftlich um- und neu bewertet, neu verteilt und organisiert – unter und zwischen Frauen und Männern, innerhalb der Gemeinwesen, zwischen den Regionen, Staaten, den weltwirtschaftlichen Makroregionen und Wirtschaftsblöcken (Dellheim 2008: 236).

Transformatorisches im sozialen Alltag (nicht zuletzt der Linken)

Die vorgestellte Idee ist nicht neu. Sie ist mit jahrzehntelanger Praxis von Linken in Parteien, Gewerkschaften, ökologischen und sozialen Bewegungen verknüpft.

Unser Konzept orientiert auf ihre Erneuerung, wozu gehört, dass die Linken dorthin gehen, wo Menschen hier und heute solidarischer, sozial und ökologisch verantwortungsvoller, vernünftiger als der Mainstream handeln oder aber sagen, »was man tun müsste«, was sie »eigentlich tun wollten«. Das betrifft gesellschaftliche Aktivitäten in insbesondere vier miteinander verknüpften Richtungen: öffentliche Finanzen und damit nicht zuletzt soziale Sicherungssysteme, Entwicklungshilfe, Haushaltssanierung und Schuldentilgung, die Problematik der Finanzmärkte (a); besondere Vorhaben der Herrschenden, der Regierenden, konkreter Konzerne wie Privatisierung, PPP, Megaprojekte bzw. Probleme in der Kommune oder Region. Diese haben häufig mit der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/ dem Agrobusiness, der »Sicherheit /Verteidigung« und damit insgesamt mit Standorten von Problemverursachern, mit konkreten Technologien und Investitionen zu tun

(b); die Auseinandersetzung mit Armut/sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Repression/Gewalt – das Eintreten für soziale, demokratische und ökologische (Mindest-)Standards (c); Kämpfe gegen sozial und ökologisch zerstörerische Projekte/Praktiken von Regierungen und internationalen Institutionen (EU, WTO) wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie, Freihandelsabkommen, WTO-Vereinbarungen (d).

Die weitere Analyse der tatsächlichen gesellschaftspolitischen Aktivitäten ergibt die Verdichtung auf die drei oben genannten zusammengehörenden strategischen Handlungsfelder: das Ringen um demokratische, soziale und ökologische Standards; Demokratisierung des Öffentlichen; Entscheidungsprozesse zu den Prioritäten und Prinzipien für die Mobilisierung und Verwendung der öffentlichen Finanzen; aktive Lokal- und Regionalentwicklung. Dabei sollten das politische Engagement für die strukturelle Verbesserung der Lebensverhältnisse der sozial und global Ärmsten und die Organisation von Akteuren und partizipativen Prozessen besonders interessieren.

Die politischen Auseinandersetzungen, die Kämpfe gegen Privatisierungen, zerstörerische Vorhaben, Konzernpraktiken, Mega-projekte usw. erfolgen vorrangig in der Kommune oder Region. Die Lokal- und Re-

gionalentwicklung ist für politische Aktivitäten gegen soziale und ökologische Zerstörung und so für die Kritik und den Umbau der Energie-, Transport-, Agrarwirtschaft und den Abbau des MIK/Sicherheitsbereiches hochgradig relevant. Hier arbeiten Bürgerinnen und Bürger, kollektive Akteure an konkreten Problemlösungen und Alternativen. Sie müssen von Beginn an »europäisch denken«, weil die Probleme ebenfalls immer eine EU-Dimension aufweisen.

Für die Betonung der Lokal- und Regionalentwicklung gibt es weitere Argumente: Sie ist die Kehrseite der Globalisierung, insbesondere in den sechs genannten Wirtschaftsbereichen (»4+2«). Die Arbeitskräfte sind nicht so mobil wie das Kapital. Sie können und wollen nur bedingt den Kapitalbedürfnissen folgen und entsprechen. Für das gesellschaftliche Leben in der Kommune und Region sind die sozialen, demokratischen und ökologischen Standards und die Entscheidungen zu den öffentlichen Finanzen von hochgradiger Wichtigkeit. Kommunen und Länder sind Akteure im Finanzausgleich in und zwischen den Bundesländern bzw. dem Bund. In der Kommune und Region kommen am ehesten jene Akteure aus unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen zusammen, deren Allianzen auf

Die nachfolgende Tabelle illustriert an Hand von Beispielen die Rolle von Standards für die Auseinandersetzung mit dem „zerstörerischen Quartett“

Energiewirtschaft	Transportwirtschaft	Landwirtschaft	Militärisch-Industrieller Komplex
<ul style="list-style-type: none"> - Zeitpläne für den Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergie - Reduzierung des Verbrauches konkreter Energieträger - Steigerung der Energieeffektivität - Anteil erneuerbarer Energien an Strom- und Energieerzeugung - Reduzierung von CO₂- und anderen Schadstoffemissionen - Anteil dezentraler Produzenten an der Strom- und Energieerzeugung 	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung des Transportaufkommens nach Distanzen und Transportmitteln - Anteil der Schienentransporte und des öffentlichen Transports am Transport-Gesamtaufkommen - Reduzierung von CO₂- und anderen Schadstoffemissionen - Reduzierung des Flächenverbrauches - Senkung des Energieverbrauchs der Transportmittel 	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung des Einsatzes von chem. Dünge- u. Pflanzenschutzmitteln - Ausstieg aus Gentechnologien - Senkung des Flächen- und Wasserverbrauchs durch die Tierzucht - Einhaltung der Tierrechte - Agrodiversität - Reduzierung von CO₂- und anderen Schadstoffemissionen - Erhöhung der Bodenqualität - Mehrung des Baumbestands 	<ul style="list-style-type: none"> - Abbau von Angriffsfähigkeit - Beseitigung von ABC-Waffen - Beseitigung klima- u. wetterrelevanter Waffen - Abbau der Truppen, von Personal, Rüstungsaufträgen

der staatlichen, EU- und internationalen Ebene erforderlich sind, um gesellschaftliche Standards, Regeln und Gesetze insbesondere zu den öffentlichen Finanzen – einschließlich der Hilfen für die global Armen – zu setzen, um Wirtschaftsstrukturen und Lebensweisen umzubauen.

Die politischen Auseinandersetzungen um die Hebung bzw. Setzung von sozialen, ökologischen und demokratischen Mindeststandards – das Standardsetting – reflektieren bzw. verändern gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse. Schließlich bedeuten Standards das Recht darauf, eigene Ansprüche geltend zu machen, oder sie sind Gegenstand von Forderungen konkreter Akteure mit ihren Interessen. Sie können aber auch Grenzen für Erlaubtes bedeuten bzw. als Forderungen nach konkreten Grenzen (z. B. Höchstarbeitszeit) artikuliert werden. Es geht beim Setzen oder Verändern von Standards um komplizierte Prozesse: zunächst müssen Betroffene bzw. Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt kritische Wissenschaftler/innen, sagen bzw. erfassen, was sie und andere für notwendig und wünschenswert ansehen, um Probleme nachhaltig lindern und lösen zu können, z. B. Versorgungsdefizite bei öffentlichen Leistungen abbauen oder Lärmbelastung durch Straßenverkehr reduzieren. Dann geht es um die kollektive Formulierung von Forderungen – wie die Gesamtschule oder Grenzen für die zulässige Lärmbelastung einzuführen –, die vorrangig an staatliche bzw. suprastaatliche und politische Institutionen, aber auch an andere Akteure wie Konzerne/TNC u. a. adressiert werden. Die Adressaten sollen die Forderungen als Handlungsnorm akzeptieren, als verbindlich ansehen, als Standard beschließen und gesetzlich regeln. Zum Dritten geht es um Kämpfe, um die Forderungen nach konkreten demokratischen und sozialen Rechten, nach sozialen und ökologischen Mindeststandards, nach Grenzen für sozial und ökologisch zerstörerische Akteure zu bekräftigen und durchzusetzen.

Die Tabelle spiegelt u. a. erneut, dass der Auseinandersetzung um Technologien, entsprechende Investitionen und so um öffentliche Finanzen – um öffentliche Haushalte und mit Akteuren an den Finanzmärkten – eine außerordentlich hohe Bedeutung zukommt.

Dass das Ringen um gesellschaftliches Leben verändernde Standards und um Einfluss auf öffentliche Finanzen zusammengehören, kann an Hand tatsächlich von Akteuren artikulierter Forderungen illustriert werden:

1. zu den Lebensbedingungen der sozial und global Schwächsten

- Mindesteinkommen in Deutschland und in der EU in Höhe von 60 % des nationalen Medianeinkommens und von mindestens 60 % des nationalen bzw. branchenspezifischen Durchschnittslohns; ganzheitliche Armutsbekämpfung
- Realisierung der Millennium Development Goals
- Reduzierung der CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020 im Vergleich zu 2000 um 40 % bei Ausstieg aus der Atomenergie, Verzicht des Baus weiterer Kohlekraftwerke und von CCS-Anlagen
- Verzicht auf Projekte militärischer Aufbau bzw. »Nachrüstung«, Beseitigung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen sowie Landminen
- Aussetzung von Privatisierungen sozialer Sicherungs- und öffentlicher Infrastruktursysteme

2. zu den Finanzmärkten

- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einer Finanztransaktionssteuer und Einsatz des Steueraufkommens zur Bekämpfung der globalen Armut und des Klimawandels in den armen Ländern
- Verbot der Finanzmarkt-Spekulation mit Lebensmitteln, landwirtschaftlichen Nutzflächen, Rohstoffen, Staatsschulden und Währungen
- Verbot hoch riskanter Spekulationsgeschäfte, die gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozesse destabilisieren können

3. zu Produktion und Handel

- Realisierung der IAO-Normen gemäß »Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit«

- Realisierung der OECD-Leitsätze für TNC, Umsetzung des Global Compact⁴ in verbindlichen Internationalen Rahmenvereinbarungen
- Senkung des absoluten Energie- und Ressourcenverbrauches um 20 % bis 2020 im Vergleich zu 2000
- Realisierung der Empfehlungen der Bundestags-Enquetekommission »Schutz des Menschen und der Umwelt«

4. zum Verbraucherschutz

- Offenlegung der Bestandteile und der kompletten Herstellung des Endproduktes, der gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Folgen seiner Herstellung, Lieferung, des Verbrauches und der Entsorgung

5. zur Demokratie

- Realisierung der Menschen- und Grundrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, des Schutzes von Asylsuchenden, der Bekämpfung von Diskriminierung; Einführung des Volksentscheides auf der Bundesebene und der Staatsbürgerschaft nach dem Residenzprinzip.

Derartige Standards können nur durch neue politische Bündnisse erkämpft werden. Diese würden zwar von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, aber weit über unverzichtbare »BürgerInnenbewegungen« hinausgehen müssen. Es werden Bündnisse von Organisationen auf den verschiedenen Ebenen sein – von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen und Verbänden, von Zusammenschlüssen nach Berufen, fachlichen Tätigkeiten und von Unternehmer/innen; von Parteien mit ihren unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten über die Arbeit ihrer Mitglieder, Verbände und Zusammenschlüsse, ihrer Abgeordneten und Fraktionen, ihrer in die Verwaltungen und Regierungen entsandten; von Parlamenten, Regierungen und Staaten. Für ihr Zustandekommen ist wiederum die Arbeit an und mit Standards relevant – dabei nicht zuletzt die Diskussion in offenen lokalen und regionalen Foren (So-

zialforen) nutzend. Das Lokale, die Kommune und die Region sind für die Hegemonie- und Gesellschaftsveränderung entscheidende Orte bzw. Räume.

Das gilt auch und insbesondere unter den gegenwärtigen Bedingungen – da die Herrschenden die selbst verursachte »Schuldenkrise« für eine neue Offensive zum Abbau sozialer und demokratischer Standards gebrauchen. Dabei predigen sie Wachstum und marginalisieren, was ihren wirtschaftlichen und »Sicherheitsinteressen« untergeordnet sein soll. Sie peitschen so soziale und ökologische Zerstörung weiter voran, spitzen globale Probleme zu. Würden ihre »Argumente« und der EU-Rechtsrahmen akzeptiert, wären die Standard-Senkung und die fortschreitende neoliberale Transformation alternativlos. Die Linken sollten also der Logik »erst die Menschen und ihre Rechte, dann alles Weitere!« folgen und sich auf die »systemische Sprengkraft« der Menschen- und Bürgerrechte besinnen.

Die in diesem Abschnitt vorgestellten Überlegungen sind in unserer Broschüre als »Diskussionsangebot« zum Einstieg in den sozialökologischen Umbau bzw. die sozialökologische Transformation entwickelt. Es ist nicht am »grünen Tisch« entstanden, wenngleich es ohne wissenschaftliche Arbeit nicht entstanden wäre. Bei allen unterstützenswerten sozialen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten haben die Autoren gefragt, wie diese Aktivitäten nachhaltig werden können. »Nachhaltig« sowohl in dem Sinne, dass ihre Akteure gesellschaftspolitisch aktiv bleiben, lernen und sich zunehmend politikwirksam organisieren; »nachhaltig« auch in dem Sinne, dass ihr Handeln sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung fördert und forciert. Schließlich haben gesellschaftskritische Aktive die Erfahrung gemacht, dass emanzipative und vernünftige Forderungen oftmals von den Herrschenden erst bekämpft und dann genutzt wurden, um Konkurrenzzwänge zu erhöhen. Wenn z. B. Menschen gegen die Gängelei durch Verwaltungen kämpfen und im Ergebnis dessen für ihre sozialen Belange eigenverantwortlich werden, ohne dass allen die Voraussetzungen für das Eigenverantwortlich-sein-Können gewährt werden, sinken soziale Standards. Wenn Menschen um partizipative Prozesse, z. B. partizipative Haushalte ringen, aber nicht um eine andere Steuer-, Haushalts-,

⁴ Siehe <http://www.unglobalcompact.org/Languages/german/index.html>.

Gesellschaftspolitik, qualifizieren partizipative Prozesse die Verwaltung der Konkurrenzgesellschaft. Wenn Menschen ihre Region lebenswerter machen wollen, aber »lebenswerter« nicht zugleich als solidarischer nach innen und nach außen fassen, wachsen in unserer globalisierten Gesellschaft soziale Ausgrenzung, Repression gegen ihre Opfer und (Standort-)Konkurrenz. Nur in der Gleichzeitigkeit und daher in der solidarischen Verbindung von Kämpfen gegen die Konkurrenzzwänge und ihre Verursacher, für höhere demokratische, soziale und ökologische Standards als Schritte zu eigenen Leitbildern sehen die Autoren Erfolg. Dabei muss unumgänglich auf die politische Auseinandersetzung mit Kapitaloligarchien fokussiert werden. Deren Strukturen und komplexe Wirkungen begründen zusätzlich, warum schwerpunktbezogene linke Politik nicht einfach Ressortpolitik und warum linke Gesellschaftspolitik keine einfache Summe von linken Ressortpolitiken sein dürfen. Sie erklären auch, warum der Kampf um die Hegemonie mit der Aufklärung über konkrete Netzwerke von Führenden in »4+2« einhergehen muss. Die Strukturen und komplexen Wirkungen begründen weiter, warum es zu linken Politikstrategien gehört, die Regierungen und Verwaltungen zu drängen, ihre Handlungsmöglichkeiten gegenüber den Führenden in »4+2«, im Interesse der sozial und global Schwächsten, der Bürgerinnen und Bürger, der Bevölkerungsmehrheiten zu verteidigen, auszunutzen und auszubauen.

Literatur:

Aydin, Alev Dilek/Ayturk, Yusuf/Canikli, Seda/Kozanoglu, Ozlem/Ozan, Kurtulan (2011): Financialisation and Turkish Economy, Beitrag zur IIPPE-Konferenz in Istanbul.

Ayres, Robert U. (1999): Turning Point. The End of the Growth Paradigm, London.

Dellheim, Judith (2008): Sieben Diskussionsthesen zu Energiepolitik und sozialökologischen Umbau, in: Dellheim, Judith/Krause, Günter (2008): (Hrsg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, rls, Manuskripte 77, Berlin.

KOM (2011): Mitteilung der Europäischen Kommission, 26.1.2011, Ressourcenschonendes Europa – Eine Leitinitiative inne-

rhalb der Strategie Europa EU 2020, Brüssel.

Spangenberg, Joachim H. (2004): Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und nach außen. Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 1/2004, Berlin.

Spangenberg, Joachim H. (2005): Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Theorien, Kriterien und Indikatoren, Berlin.

Transformation und Gewalt



Das Thema dieses Beitrags umfassend und zusammenfassend auszuarbeiten sind weitere Studien und Debatten erforderlich. Auf der Grundlage des Beitrages auf der Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. Oktober 2011 und der anschließend geführten Diskussionen wurden die nachfolgenden Thesen erarbeitet. Sie stellen einen Zwischenstand dar.

(1) Der Titel dieses Teils der Transformationskonferenz lautet: »Die Transformation zum Kapitalismus neu betrachtet«. In diesen Kontext ordnet sich der nachfolgende Beitrag ein: Es geht darum, den Übergang zum Kapitalismus neu im Sinne von »unvoreingenommen«, nicht durch frühere geschichtsphilosophische Annahmen belastet anzuschauen.

In diesem Zusammenhang will ich drei Fragen aufwerfen und eine Annäherung an die Beantwortung unternehmen:

- Welche Elemente des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, sind bereits früher entstanden und dann, nach dem Be-

ginn der Neuzeit, in das entstehende weltkapitalistische System eingefügt worden?

- Wie tief war der gesellschaftliche Bruch, der mit den revolutionären Veränderungen in Westeuropa erfolgte, und welche Kontinuitäten wirkten fort?
- Welche Rolle spielte die Gewalt in Bezug auf die gesellschaftliche Transformation?

Zu den Besonderheiten der Geschichtswissenschaft in der DDR gehörte die vergleichende Revolutionsforschung, die von Walter Markov begründet und von Manfred Kossok in Leipzig fortgesetzt wurde. Das war verdienstvoll, blieb jedoch stets auf die Revolutionen als politische Kämpfe, sozusagen Knotenpunkte der politischen Auseinandersetzungen konzentriert, während zugleich die Entwicklung neuer Produktivkräfte, deren Revolutionierung als letzlicher Grund für die politischen und gesellschaftlichen Revolutionen vorausgesetzt wurde. In dem Band: »Revolutionen der Neuzeit. 1500-1917«, der die damals über fünfzehnjährigen Arbeiten auf diesem Gebiet zusammenfasste, sind denn auch die vergleichenden Analysen von 25 Revolutionen der Neuzeit versammelt, beginnend mit der »deutschen frühbürgerlichen Revolution« ab 1517 (deren Beginn mit dem Anschlag der 95 Thesen Martin Luthers am 31. Oktober 1517 an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg gesetzt ist, was bedeutet: Die »frühbürgerliche Revolution« ist das, was anderenorts als Reformation nebst nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen einschließlich Bauernkrieg verhandelt wird) und endend mit der Februar-Revolution 1917 in Russland, die zum Sturz des Zaren führte. (Ob aus ihr zwangsläufig oder historisch notwendig die Oktoberrevolution folgen musste, die die Machtübernahme Lenins und der Partei der Bolschewiki zur Folge hatte, soll hier außerhalb der Betrachtung bleiben.) Diese vergleichende Revolutionsuntersuchung war nicht euro-

zentristisch angelegt, sondern schloss die nordamerikanische Unabhängigkeitsrevolution (1775-1783), die Kämpfe um die Unabhängigkeit Lateinamerikas (1810-1823), den Bürgerkrieg in den USA (1861-1865), die Unabhängigkeitskämpfe in Kuba (Ende des 19. Jahrhunderts), die Revolution in Mexiko (1910-1917) und die in China (1911-1913) mit ein.

Damit ist der Zeitraum des »bürgerlichen Revolutionszyklus«, wie er auch für die hier gewählte Problemstellung unterstellt ist, umrissen.

(2) In der Studie zu den Revolutionen während der ersten Teilperiode, denen »in der Epoche des Manufakturkapitalismus«, heißt es in dem Band: »Die bürgerlichen Revolutionen in der Epoche des Manufakturkapitalismus, an deren Ende die Französische Revolution steht, schaffen die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Durchbruch zur industriellen Revolution. Im Zeichen dieser Doppelrevolution vollzieht sich eine gewaltige Umwälzung der Produktionsweise und der Machtverhältnisse, die den Sieg des Kapitalismus im Weltmaßstab zum Ergebnis hat. Dies vorzubereiten ist ihre historische Pionierfunktion.«¹ Im Grunde wird hier die spätere Geschichte zum Zweck der früheren gemacht und der geschichtliche Verlauf auf ein teleologisches Ziel hin betrachtet – was Marx und Engels immer abgelehnt haben. In der »Deutschen Ideologie« heißt es dazu: »Die Geschichte ist nichts als die Aufeinanderfolge der einzelnen Generationen, von denen Jede die ihr von allen vorhergegangenen übermachten Materiale, Kapitalien, Produktionskräfte exploitiert, daher also einerseits unter ganz veränderten Umständen die überkommene Tätigkeit fortsetzt und andererseits mit einer ganz veränderten Tätigkeit die alten Umstände modifiziert, was sich nun spekulativ so verdrehen lässt, dass die spätere Geschichte zum Zweck der früheren gemacht wird.«²

¹ Gerhard Brendler/Gerhard Schilfert: Revolutionen in der Epoche des Manufakturkapitalismus, in: Manfred Kossok (Hrsg.): Revolutionen der Neuzeit 1500-1917, Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 11.

² Marx/Engels: Werke (MEW), Berlin, Bd. 3, S. 45.

In dem Band über die bürgerlichen Revolutionen heißt es weiter, »dass der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus trotz verzweifelter Rückschläge irreversibel wird und die Grundtendenz der gesamten Epoche bestimmt.« Dazu wird dann näher ausgeführt: »Darin hebt sich die Epoche des Manufakturkapitalismus und der ihr eigenen Revolutionen ab von der vorangegangenen Epoche, die durch das Auftreten sporadischer, wenn auch bisweilen schon recht kräftiger Keime des Kapitalismus gekennzeichnet war. Diese Keime des Kapitalismus sind im 14., stärker im 15. J h. vor allem in den italienischen Stadtrepubliken, in Flandern, Brabant, im oberdeutschen Wirtschaftsraum und in den Küstenzonen Spaniens und Portugals nachweisbar. Sie bilden eine Grundlage für die Kultur der Renaissance und des Humanismus und bleiben nicht ohne Einfluss auf häretische und reformatorische Bewegungen, auf bäuerliche Aufstände, Unruhen vorproletarischer und plebejischer Bevölkerungsschichten sowie auf den Ständekampf. Insgesamt gesehen, erweisen sie sich jedoch als noch zu schwach, das Gesamtbild der Bewegungen und Kämpfe hinsichtlich der gesellschaftlichen Ziele der agierenden Kräfte und der Resultate zu bestimmen.«³

Auch hier wird der Blick auf die gesellschaftlichen Bewegungen und die sozialen Prozesse gerichtet, wohl wissend, dass es am Ende zuerst in Europa zu Industrie, Kapitalismus und Imperialismus gekommen ist. Daraus beantwortet sich jedoch nicht die Frage, warum überhaupt Kapitalismus und warum hier, in Europa. Der Verweis auf die »Keime« weist jedoch in eine richtige Richtung. Es gibt Voraussetzungen für die Entwicklungen zum Kapitalismus in Europa, die früher liegen, als Luthers Thesen von 1517. Hinzu kommt: Wenn die Transformationsprozesse hin zum Kapitalismus neu besichtigt werden sollen (nicht zuletzt, um über die Voraussetzungen von Transformation aus dem Kapitalismus heraus zu reden), dann ist nicht zuerst auf die politischen (qualitativen) Brüche – die hoch konzentriert in den Revolutionen zum Ausdruck kommen – zu schauen, sondern auf die ganz langwierigen, allmählichen (quantitativen) sozialen, wirtschaftlichen und anderen Prozesse, zu denen auch Fortschritte im Militärwesen, in der

³ Brendler/Schilfert: Revolutionen, S. 11.

Hochseeschifffahrt, in der Astronomie, im Geldwesen, in der Buchhaltung usw. gehörten.

(3) Der britische Historiker Paul Kennedy nannte die Entstehung des Kapitalismus, der Moderne in Europa das »Europäische Wunder« und schrieb zu seinen Entstehungsgründen: »Es war eine Kombination von wirtschaftlichem Laissez-faire, politischem und militärischem Pluralismus und intellektueller Freiheit – wie rudimentär jeder Faktor im Vergleich zu späteren Zeitaltern auch erscheinen mag –, die in ständiger Interaktion standen, um das ‚Europäische Wunder‘ zu schaffen. Da das Wunder historisch einmalig ist, scheint es plausibel, anzunehmen, dass nur eine Entsprechung aller Komponenten anderswo ein ähnliches Resultat produziert hätte.«⁴ Er erklärt dieses »Wunder« vor allem mit der Vielfalt Europas. Die Konkurrenz der Staaten, Handelszentren und Gesellschaften war Antrieb für wirtschaftliche Entwicklungen und militärische Neuerungen. Das Heraustreten Europas aus dem jahrtausendealten Trott der agrarischen Gesellschaften am Beginn der Neuzeit hatte hier seinen Ausgangspunkt.

Der Historiker Immanuel Wallerstein hatte in ähnlichem Sinn bereits 1974 darauf verwiesen, dass das Neue, das Ende des 15., Anfang des 16. Jahrhunderts entstand, die »europäische Weltwirtschaft« war. Im Unterschied zu Imperien, Stadtstaaten und Nationalstaaten bildet eine solche Weltwirtschaft eine wirtschaftliche, nicht aber eine politische Einheit.⁵ Den Unterschied zu einem Imperium beschreibt er so: »Politische Reiche sind ein primitives Instrument ökonomischer Herrschaft. Wenn man so will, ist es eine soziale Errungenschaft der modernen Welt, das Verfahren erfunden zu haben, das eine Erhöhung des Surplusstromes von den unteren Schichten zu den höheren, von der Peripherie zum Zentrum, von der Majorität zur Minorität möglich machte, indem

⁴ Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. 1989, S. 68.

⁵ Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, S. 27 (die US-amerikanische Erstausgabe erschien 1974).

der Verlust vermieden wurde, die ein allzu schwerfälliger politischer Überbau mit sich bringt.«⁶

Zu den Besonderheiten des westeuropäischen Feudalismus gehörte, dass er aus dem Zerfall eines Reiches, nämlich des weströmischen, hervorgegangen war. Dieser Zerfall war niemals total, der »Mythos des Römischen Reiches gab diesem Gebiet immer noch einen gewissen kulturellen und sogar rechtlichen Zusammenhalt«. Das Christentum bzw. die Papstkirche setzte Parameter, in denen gesellschaftliches Handeln stattfand.⁷ Wobei Feudalismus und Ausweitung des Handels niemals Gegensätze waren, sondern sich ergänzten. Zugleich war keines der Feudalreiche in der Lage, ganz Europa zu beherrschen. Der Kaiser, erst Karl d. Gr. als Kaiser des Frankenreiches, dann die deutschen Kaiser waren zwar zeitweise mächtiger als andere Herrscher, konnten diese aber nicht dauerhaft dominieren. Mit den Königreichen in Frankreich, England, Spanien und Portugal entstanden eigene Herrschaften, die zum Gefüge der (west-)europäischen »Zivilisation« gehörten, aber nicht zu einem übergreifenden Imperium. Sammelpunkt des Fernhandels war bis zur »Entdeckung« und Eroberung Amerikas der Mittelmeerraum, in dem sich das Byzantinische Reich, die mächtigen italienischen Handelsrepubliken, insbesondere Venedig und Genua, und das islamische Kalifat begegneten (einander bekämpften und miteinander Handel trieben). Die oberitalienischen Republiken vermittelten den Handel nach Westeuropa, während die islamische Welt eine Vermittlungsrolle in den Raum des Indischen Ozeans hinein und bis nach China spielte.

Vom 11. Jahrhundert bis etwa 1300 expandierte das europäische Feudalsystem, wirtschaftlich und sozial nach innen und geographisch und militärisch nach außen. Auf der Iberischen Halbinsel wurden die Mauren zurückgedrängt; das christliche Europa eroberte die Balearen, Sardinien und Korsika zurück; die Normannen eroberten Süditalien und Sizilien; die Engländer unterwarfen sich nach und nach Wales, Schottland und Irland; die Deutschen und die Skandinavier eroberten und christianisierten weite

⁶ Ebenda, S. 28.

⁷ Ebenda, S. 29.

Teile Osteuropas. Die Kreuzzüge waren hier eingeordnet, durch sie wurden Zypern, Palästina und Syrien, später Kreta und die Ägäischen Inseln westeuropäischer Herrschaft unterworfen. Von 1300 bis etwa 1450 befand sich der Feudalismus in einer Krise, was zuvor expandiert war, schrumpfte wieder. Wallerstein nennt dies – auch unter Bezug auf andere Historiker – eine »allgemeine Krise des Feudalismus«.⁸ Nach etwa tausend Jahren feudaler Surplusaneignung verringerten sich bei gleichbleibender Produktivität die Gewinne, verstärkt durch die Verringerung der Bodenproduktivität infolge Klimaveränderung (Kältezeit) sowie Epidemien, die die Bevölkerungen dezimierten. Langandauernde Kriege (»Hundertjähriger Krieg« zwischen England und Frankreich 1337-1453) überstrapazierten das Steueraufkommen, die Kreuzfahrerstaaten mussten vor der arabisch-islamischen Übermacht kapitulieren.

Wallerstein bezeichnet »die Krise des westlichen Feudalismus im 14. und 15. Jahrhundert als Hintergrund für oder Vorspiel zur Expansion Europas und seiner ökonomischen Transformation seit dem 16. Jahrhundert«.⁹ In diesem Sinne war die territoriale Expansion Europas eine Schlüsselvoraussetzung für die Lösung der »Krise des Feudalismus«. Und hier war es dann Portugal, gefolgt von Spanien, das diesen Schritt als Erster tat, also die äußersten »Randmächte« Europas. In ihrem Rücken befanden sich gewissermaßen die Kämpfe im Mittelmeerraum und das sich in Kriegen zerfleischende Europa. Aus portugiesischer Sicht konnte es nur eine Richtung der Eroberung geben: über den Atlantik.

Zunächst wurden die im Atlantischen Ozean gelegenen Inseln Madeira, die Azoren und die Kapverdischen Inseln entdeckt bzw. wiederentdeckt, erobert und ab 1420 besiedelt. Es wurden Getreide, Zucker, Färbemittel und Wein produziert, mit denen große Teile des westeuropäischen Marktes beliefert wurden. Etwa zur selben Zeit eroberten die Spanier die Kanarischen Inseln. Die Portugiesen bemühten sich Schritt um Schritt um die Entdeckung entlang der afrikanischen Küste, am Ende mit dem Ziel der Umrundung Afrikas und der Entdeckung

des Seeweges nach Indien. Hier ging es nicht mehr um Märkte, sondern um Eroberungen, Gold und Gewürze. Es lag in der Logik der Entwicklung, dann auch nach Amerika vorzustoßen.

(4) Die Eroberung Amerikas, dann weiter Teile Afrikas und Asiens stellte die Mittel zur Verfügung, aus denen die Kapitalbildung und schließlich der Kapitalismus hervorgingen. Karl Marx nennt diesen Prozess die »ursprüngliche Akkumulation«. Im »Kapital«, Band 1, heißt es dazu: »Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefasst im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z. B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.«¹⁰

Marx diskutiert hier die Bedingungen der Herausbildung des Kapitalismus, wie sie in Europa zunächst stattgefunden hat und von hier in die Welt ausgreift. Dieses Ausgreifen hat von vornherein etwas Gewalttames. Errichtung des Kolonialsystems heißt Zurechtweisung der eroberten und besetzten, zur Ausbeutung bestimmten Gebiete auf die europäischen Zwecke bzw. die der jeweils daran verdienenden Gruppierungen in dem jeweiligen europäischen Staat. Wallerstein betont, dass bereits in der europäischen Weltwirtschaft des 16. Jahrhunderts in den Zentralgebieten dieses Systems sich eine Klasse von dynamischen Kräften herausbildete, »die von der wirtschaftlichen Expansion und vom kapitalistischen System profitierten«. »Sie umschloss Landwirte, Kaufleute und Industrielle. Einzelne Unternehmer bewegten sich zwischen diesen Aktivitäten hin und her oder verbanden sie miteinander. Der entscheidende Unter-

⁸ Ebenda, S. 34.

⁹ Ebenda, S. 42.

¹⁰ MEW, Bd. 23, S. 779.

schied bestand zwischen diesen Leuten, welche Tätigkeit sie auch immer ausübten, die vor allem darauf gerichtet waren, Profite auf dem Weltmarkt zu erzielen, und den anderen, die nicht so ausgerichtet waren.« In diesem Sinne waren der traditionelle Adel, der seine Standesprivilegien verteidigte, oder Manufaktur-Unternehmer, die regionale oder nationale Zunftmonopole verteidigten, Gegenkräfte zu der weltmarktorientierten Unternehmerklasse. Diese wiederum stützte sich auf eine starke Staatsmacht. Ohne eine starke Staatsmaschinerie »hätten die kapitalistischen Schichten keine Mechanismen, um ihre Interessen zu schützen, ihre Eigentumsrechte zu sichern, die verschiedenen Monopole zu behaupten und ihre Verluste auf die weite Bevölkerung zu verteilen«. Daraus folgte, »dass die Weltwirtschaft eine Ordnung entwickelt, worin die Staatsstrukturen in den Zentralgebieten relativ stark, und die in den Peripheriegebieten relativ schwach sind. Welche Gebiete dabei welche Rolle übernehmen, ist in vielerlei Hinsicht zufällig. Zwingend jedoch ist, dass die Staatsmaschinerie in manchen Gebieten weit stärker als in anderen ist.«¹¹

Die Tatsache also, dass zu den Eigenheiten der Globalisierung im 21. Jahrhundert die weitere Stärkung des Staates der USA und der EU (im Verbund zwischen Kommission, Europäischem Rat und den Regierungen der großen EU-Staaten) gehört, ist demnach kein Zufall, sondern dem Weltsystem als solchem eingeschrieben. Zugleich hat die derzeitige Ausgestaltung des global abgezielten Finanzsystems im 21. Jahrhundert seine Zentren in den USA und der EU, während nicht nur in den finanziellen Konkurrenzkämpfen, sondern auch außenpolitisch die Staatlichkeit in China, Russland, Indien und Brasilien bekämpft wird, die wiederum Voraussetzung der dortigen kapitalistischen Entwicklung ist.

(5) Der Mittelmeerhandel kam nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches nicht zum Erliegen, sondern fand geldvermittelt bis zur Eroberung Nordafrikas durch die Araber weiter statt. Danach kam es zum Bruch und zur Herausbildung neuer internationaler Arbeitsteilungen, innerhalb des Kalifats bzw. des arabischen Raums

einerseits und in Europa, zwischen Mittelmeerregion und dem nördlicheren Europa, andererseits. Das Oströmische Reich blieb mit seiner ein Jahrtausend lang nahezu ununterbrochen aufrechterhaltenen Geldwertstabilität ein wichtiger Wirtschaftsfaktor zwischen Orient und Okzident – der »Solidus« war von Kaiser Konstantin d. Gr. um 310 als Goldmünze mit dem Gewicht von 1/72 eines römischen Pfundes (4,55 Gramm) festgelegt worden und behielt seinen Goldgehalt bis in die Spätphase des Byzantinischen Reiches fast 1000 Jahre später.

Unter diesen Bedingungen entwickelten sich Venedig und Genua als selbstständige Handelsmächte, die zunehmend auch zu eigenständigen Machtfaktoren wurden. Die Geldwirtschaft – zunächst in Formen, wie sie aus der römischen Epoche herausgewachsen waren – setzte sich in ihrem Einflussbereich fort und wurde weiterentwickelt: Banken- und Kreditwesen, Wechsel, Doppelte Buchführung, Versicherung der Unternehmungen des Seehandels, Beteiligungsgesellschaften bzw. genossenschaftliche Schifffahrtsfonds, um die Risiken des Seehandels zu verteilen usw.

Die Kreuzzüge waren der Versuch der abendländischen Mächte (die Papstkirche hier als eigenständiger Machtfaktor), im Mittelmeerraum wieder außerhalb Westeuropas Fuß zu fassen. Die Handelsrepubliken, vor allem Venedig, waren Hauptnutznießer dieser Unternehmung. Mit dem Orden der »Tempelritter« entstand auch eine neue Form der Bankorganisation und des Mitteltransfers. Nach dem Scheitern der Kreuzzüge blieb das Interesse der europäischen Mächte, vor allem der »Randmächte« am Atlantik, bestehen, Reichtum und Macht über See zu erreichen, schon weil der Mittelmeerhandel monopolisiert und geschlossen war. So waren die Entdeckungsreisen und die kolonialen Eroberungen die Fortsetzung der Kreuzzüge – und aus der Sicht der Königreiche auf der iberischen Halbinsel ideologisch-politisch der »Reconquista« – unter veränderten Umständen.

Mit den ersten portugiesischen Eroberungen (Tanger 1415, dann der Azoren, der Kanarischen Inseln, die später an Spanien fielen, der Kapverden) und der Reisen nach Süden entlang der westafrikanischen Küste wurden Voraussetzungen geschaffen für die

¹¹ Wallerstein: Das moderne Weltsystem, S. 526 f.

weitergreifenden geographischen Entdeckungen, die in die kolonialen Eroberungen mündeten. Die spanische Konkurrenz folgte; beide nutzten insbesondere die Fähigkeiten der genuesischen Seefahrer und deren seemännisches Können. Bei der Ausbeutung der Inseln wurden auch bereits Produktionssysteme genutzt, die dann nur noch in die »Neue Welt« übertragen zu werden brauchten: Plantagenproduktion unter Verwendung von Sklaven, zunächst zur Herstellung von Zuckerrohr.

Mit dem Auftauchen der portugiesischen Karavellen im Indischen Ozean war eine Seekriegswaffe erschienen, die dort zuvor unbekannt war und die allen anderen in diesem Raum zuvor agierenden Kriegs- und Handelsschiffen eindeutig überlegen war. Das war die Voraussetzung für die Errichtung der portugiesischen Handelsniederlassungen in der Region und die Einrichtung der militärisch gesicherten und kontinuierlich betriebenen Seehandelswege. Die militärische Überlegenheit und Skrupellosigkeit der spanischen Eroberer hatte die Eroberung der Reiche der Azteken und Inkas sowie weiterer Teile Amerikas zur Folge sowie deren wirtschaftliche Ausnutzung. Portugal errichtete in Amerika seine Kolonie Brasilien. Andere europäische Staaten versuchten, ihrerseits kolonialen Besitz in Übersee zu erlangen. Die ständige Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten, die nicht nur als Konkurrenz in Staatenkriegen auf dem europäischen Kontinent ausgetragen wurde, sondern auch als koloniale Eroberungskriege in Übersee und als Handelskrieg stattfanden, gaben der Ausdehnung der Kolonialreiche und der Verstärkung der Ausbeutung der Kolonien immer wieder neue Impulse. Die militärische Überlegenheit der europäischen Seestreitkräfte stand bereits am Anfang der kolonialen Expansion und hält bis in die Gegenwart an, sie wanderte nur von Portugal und Spanien nach Großbritannien, dann in die USA.

(6) Es entstand ein Weltsystem, das zunächst als handelskapitalistisches Gefüge funktionierte und dann als kapitalistisches Weltsystem zu charakterisieren war. Bis Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts lag das Schwergewicht der Weltwirtschaft allerdings in Asien, vor allem in China und in Indien. Asien produzierte – weltwirtschaftlich gesehen – mehr als Europa und seine Kolonien in Lateinamerika und Afrika zu-

sammen. Die Außenhandelsbilanz Chinas war bis Mitte des 19. Jahrhunderts positiv; Europa bezahlte seine Handelsdefizite in China mit den Erlösen aus der Ausbeutung der Kolonien in Amerika und Afrika, insbesondere mit dem Silber aus Lateinamerika. Das änderte sich erst mit der Eroberung Indiens durch Großbritannien, das dort ein Akkumulationsregime errichtete, das einen ständigen Kapitalfluss aus Indien nach Großbritannien ermöglichte. Das so akkumulierte Kapital war dann die Grundlage für die Entwicklung des Industriekapitalismus, der die Grundlage für die weltbeherrschende Rolle (West-)Europas bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurde.

Der Aufstieg Europas zur Beherrscherin der Welt war mit der Errichtung des kapitalistischen Weltsystems verbunden, bei dem (West-)Europa im Mittelpunkt stand (seit den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts einschließlich Deutschlands) und sich die anderen Weltteile – beginnend bereits mit Südost- und Osteuropa – in der Rolle eines peripheren Kapitalismus oder einer kapitalistischer kolonialer Ausbeutung befanden.

Dieses Weltsystem ist zunächst durch Gewalt geschaffen worden. Die Mittel für seine Entwicklung zum Zentrum des Weltsystems sind durch Eroberung und koloniale Ausbeutung beschafft und bereitgestellt worden. Es war nicht eine Überlegenheit an handelspolitischer Potenz, finanzieller Kraft, attraktiver Waren, die ein Mehrung des Reichtums auf der Grundlage äquivalenten Handels erlaubt hätte, sondern es wurden Raubregime errichtet, denen die der kolonialen Ausbeutung unterworfenen Völker bzw. Gesellschaften keine äquivalenten Machtmittel entgegenzusetzen hatten. Der Unterschied zu den Gewaltregimen früherer Großreiche – etwa Dschingis Khans oder der Osmanen – war jedoch, dass diese Mittel in Europa in einen Akkumulationsprozess von Kapital flossen, und nicht vor allem dem Verbrauch einer parasitären Oberschicht dienten. Die industriekapitalistische Überlegenheit wohlfeiler Waren seit dem 19. Jahrhundert war nicht Voraussetzung, sondern Ergebnis der auf dem Wege von Gewalt erfolgten Schaffung des Weltsystems.

(7) Dabei entstanden unterschiedliche Produktionsverhältnisse: (a) gildenmäßig organisierte bzw. »freie« Lohnarbeitsverhältnisse in den Handelsstädten, die in einigen Teilen Europas »frei« waren, wie in Nordita-

lien oder in Deutschland (Hansestädte bzw. »Freie Reichsstädte«), oder ihre Entwicklung auf der Grundlage königlicher Patente nahmen (Portugal, London); (b) auf der Grundlage unfreier, an die Scholle gebundener Arbeit in der Landwirtschaft (unterschiedliche Formen der Abhängigkeit bzw. Leibeigenschaft in England, Frankreich, Deutschland, Russland); (c) sich neu konstituierende »freie« Verhältnisse in den Siedlungskolonien, vor allem Nordamerikas, und (d) massenhafte Anwendung von Sklavenarbeit in den Ausbeutungskolonien. Sie waren nicht Momente unterschiedlicher Entwicklungsstadien, etwa dergestalt, dass die Sklavenarbeit in Westindien, den US-amerikanischen Südstaaten oder Brasilien zurückgeblieben war und die Industriearbeit in England besonders fortgeschritten, sondern alle waren Momente der Organisation der Arbeit innerhalb des Weltsystems unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen.

Zugleich wurden der Kapitalfluss in die Kolonien zur Investition in die dortigen Produktionsbedingungen und der Kapitalfluss aus den Kolonien in Gestalt der Erlöse so organisiert, dass in den Kolonien keine Verselbstständigung in Richtung einer nachholenden und selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen konnte. Davon war trotz der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert auch das spanische Amerika betroffen (hier wurden, vor allem seitens Großbritanniens, die finanziellen Instrumente entsprechend eingesetzt). Die Verschuldungsregime im 19. Jahrhundert gegenüber dem Osmanischen Reich, Ägypten und Persien dienten dem selben Zweck.

In diesem Sinne waren »freie Lohnarbeit« in England und Sklavenarbeit in Brasilien zwei Seiten der gleichen Medaille. Zugleich schufen die restriktive Finanzpolitik und Niedriglohn- bzw. Niedrigkostenpolitik gegenüber den Kolonien und den abhängigen Gebieten die Voraussetzungen, die Waren von dort dauerhaft zu Niedrigpreisen nach Europa einzuführen, die Kolonialwaren also für die Käufer im weltkapitalistischen Zentrum künstlich niedrig zu halten, und zugleich durch ein Regime relativ höherer Einkommen die Arbeiterschaft an den Vorteilen des Kolonialismus teilhaben zu lassen.

(8) Der bürgerliche Revolutionszyklus in Europa hatte das Weltsystem bereits zur Voraussetzung. Am Ende hat die bürgerli-

che Befreiung in Europa aber nicht erfolgen können, ohne die Kolonialfrage zu lösen. Die politische Unabhängigkeit der Kolonien wurde am Ende akzeptiert (wie die Haitis durch die Französische Revolution), ohne jedoch die ausgreifenden Wirtschaftsinteressen der respektiven Bourgeoisie in Frage zu stellen. Das Ergebnis ist die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltsystems, wie es im 21. Jahrhundert fortbesteht.

Innerhalb dieses Systems heute ist die Dominanz des überkommenen westeuropäisch-nordamerikanischen Zentrums nicht aufrecht zu erhalten. Schon deshalb, weil trotz auch derzeit bestehender militärischer Überlegenheit der USA und der NATO die schwindende weltwirtschaftliche Kraft nicht durch militärische Gewalt kompensiert werden kann. Der weltwirtschaftliche Schwerpunkt verlagert sich zurück nach Asien, vor allem nach China und Ostasien sowie Indien, wo er bis in das 19. Jahrhundert hinein lag.

Das kann man auch als »Transformation« fassen: Seit über 500 Jahren fand eine Transformation der verschiedenen Teile der Welt zu dem kapitalistischen Weltsystem statt, mit dem wir es noch heute zu tun haben, und es hat eine Transformation zu etwas anderem begonnen, von dem wir noch nicht wissen, was es sein wird. Es wird aber eine globale Transformation sein, weil die Globalität auch dann unhintergebar bleibt, wenn bestimmte wirtschaftliche und soziale Prozesse es sinnvoll werden lassen, zu einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen zurückzukehren. Diese globale Transformation wird alle regionalen oder nationalen Transformationsprozesse überwölben, beeinflussen und mit prägen. Und zwar unabhängig davon, ob die jeweiligen Akteure in den einzelnen Staaten und Gesellschaften sich dessen bewusst sind, oder ob sie es denn wollen.

(9) Die Auflösung des Weltsystems als »westliches« Weltsystem wird jedoch nicht mit Gewalt möglich sein. Einerseits sind die Streitkräfte der NATO-Staaten allen anderen in der Welt überlegen. Andererseits besteht ein aus dem Kalten Krieg stammendes »atomares Patt« zwischen den USA und Russland, in bestimmtem Maße auch Chinas fort. So kann der Westen seine schwächer werdenden Positionen in der Weltwirtschaft nicht militärisch »kompensieren«, während China, Indien und die neuen

Mächte Gewalt nicht brauchen, um ihren Aufstieg fortzusetzen. (Das gilt im Grunde auch für die globalen Wirtschaftsinteressen Deutschlands.)

Wenn also Gewalt eine zentrale Rolle bei der Entstehung des Kapitalismus und seiner Entwicklung während der vergangenen 500 Jahre spielte, so führt der Weg aus dieser Ordnung nicht über Gewalt. Umgekehrt ist es offensichtlich so, dass die Zunahme von Gewalt in verschiedenen Teilen der Welt, etwa im Nahen und Mittleren Osten, letztlich Ausdruck des Bestrebens des Westens ist, seine Machtpositionen zu erhalten, sich gegen eine Schwächung seiner Positionen zu stemmen. Insofern stellt sich die Gewaltfrage im 21. Jahrhundert auf neue Weise.

Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtliche Horizont in der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen

»Wir sind überzeugt, dass Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit Sklaverei und Brutalität bedeutet.«

Michail Bakunin

Moderne kapitalistische Gesellschaften sind Gesellschaften im ständigen Aufbruch und in permanenter Krise. Nichts wird bleiben, wie es ist, und jeder Moment verlangt Eingreifen, weil vieles auch nicht so bleiben soll. Und in Zeiten wie diesen werden die Krisen organisch und allgemein. Dann wird es Zeit, zurückzublicken und, wie Walter Benjamin sagt, »der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten«,¹ um sich der Zukunft hinzuwenden. Ich beginne deshalb mit einer Reise vor mehr als 210 Jahren.

New Lanark Twist Company. Sie hatten die Fabrik im Sommer 1799 von David Dale gekauft. David Dale ist Robert Owens Schwiegervater und einer der führenden Kapitalisten und Philanthropen Manchesters.

Der Ort New Lanark liegt am Flüsschen Clyde. Er war von David Dale 1783 gemeinsam mit Richard Arkwright als eine der frühesten Fabrikansiedlungen überhaupt erbaut worden. In solchen Siedlungen erhielt der Kapitalismus zuerst sein modernes Ge-



Im Januar 1800 fährt der Unternehmer Robert Owen von Manchester nach New Lanark in den schottischen Lowlands, um das Management der dortigen Fabrik zu übernehmen. Er handelt im Auftrag der von ihm mit einer Reihe von Partnern gegründeten

sicht. Und hier in New Lanark entstand eine Experimentierstube des Sozialreformismus, die zugleich zu einem Ausgangspunkt des Kommunismus wurde. Hier wurde die Moderne neu gegründet, hier wurde eine Welt neu vermessen.

¹ Walter Benjamin: [Aus dem Passagen-Werk. Erkenntnistheoretisches. Theorie des Fortschritts]. In: Ders.: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920–1940. Leipzig 1984, S. 155.

Neu im England des ausgehenden 18. Jahrhunderts waren weder Kapitalismus noch Lohnarbeit, weder Kredit noch Steuer-

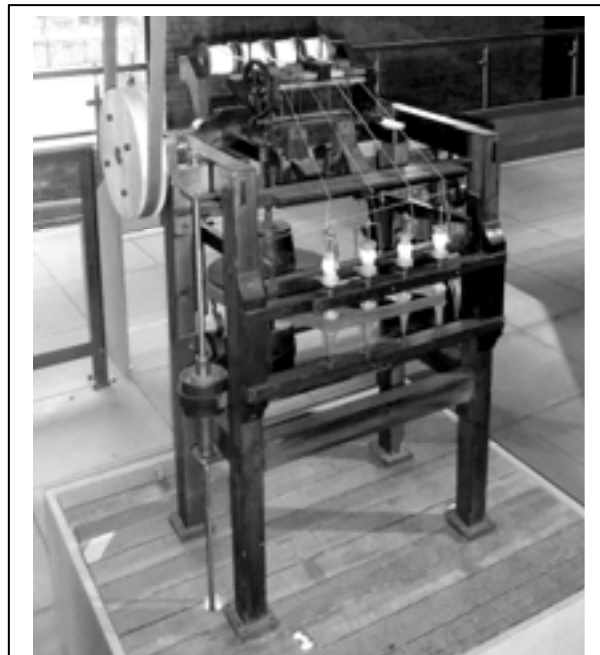
staat.² Neu war, dass kapitalistische Unternehmer wie Arkwright mit der Einführung der Maschinerie und des Fabriksystems die technologische Grundlage für das Lohnarbeitsverhältnis und die Profitorientierung schufen. Das Sozial-Unendlich des Kredit-systems erhielt im Industriesystem seine stofflich-energetische Entsprechung. 1799 wird erstmalig von »industrieller Revolution«³ – in Analogie zu den politischen Umwälzungen in Frankreich – gesprochen. Was Rousseau und Kant für die intellektuelle Revolution der Aufklärung, was Danton und Robespierre im Bereich des Politischen, das sind Watt und Arkwright für die technologisch-ökonomische Revolution mit ihrer vorher unbekanntem Verbindung von unendlichem Fortschritt der Reichtumsproduktion und neuer Armut.⁴

Das kapitalistische System der Reproduktion verwandelt alles in bloße Mittel der unendlichen Steigerung des Werts. Die industrielle Revolution ihrerseits reduziert Mensch und Natur auf bloße Instrumente der ebenso unendlichen Steigerung der Güterproduktion. Alles, was in den Orbit von Kapital und Industrie gerät, wird auf Rechengröße für Profit und bloße Naturkraft für gesteigerten Output reduziert. Mit dem Kreditsystem können für jedes Ziel, so es Aussicht hat, sich zu »rechnen«, die notwendigen Ressourcen gewonnen werden. Mit der Industrie tritt der Mensch – endlich – aus dem unmittelbaren Produktionsprozess heraus, befreit diesen von der Bindung an

² Paul Langford: *A Polite and Commercial People. England 1727–1783.* Oxford 1989.

³ Vgl. Jürgen Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts.* München 2009, S. 909.

⁴ Owen fasst seine Zeitdiagnose in die Worte: »Die Dampfmaschine und die Spinnmaschine haben [...] eine Anhäufung von Reichtum bewirkt und ihn wenigen in die Hand gegeben, die mit ihrer Hilfe den Reichtum weiter an sich ziehen, der durch den Fleiß vieler entstanden war. Auf diese Weise ist die Masse der Bevölkerung nur zu Sklaven der Unwissenheit und Willkür dieser Monopolisten geworden und ist bei weitem hilfloser und armseliger als zu der Zeit, in der die Namen WATT und ARKWRIGHT noch nicht bekannt waren.« Zit. nach Michael Vester: *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Zur Soziologie der Arbeiterbewegung.* Frankfurt a.M. 1970, S. 216.



Die von Richard Arkwright 1769 patentierte **Waterframe** (die erste, zentral angetriebene Spinnmaschine)

die begrenzten menschlichen Naturkräfte.⁵ Indem der Mensch die Führung des Arbeitsinstruments an die Maschine abgibt, wird der unmittelbare Fertigungsprozess von jenen Beschränkungen befreit, die ihm bis dahin die menschliche Natur auferlegt hatte. Nun kann alles hergestellt werden, was den Naturgesetzen nicht widerspricht und Erfindergeist ermöglicht. Das universalisierte kapitalistische Kreditsystem löst die Bindungen an vorgefundene Gemeinschaften und verinnerlichte Werte. Die Industrie zerreißt die Fesseln, die menschliche physische wie psychische Kräfte der Güterproduktion auferlegten. Dazu wird Energie genutzt, die über viele hundert Millionen Jahren aufgespeichert wurde in Kohle, Erdöl,

⁵ Schon 1803 registriert Hegel in seinem »System der Sittlichkeit« den Übergang von der immer tieferen Arbeitsteilung der Manufaktur hin zur Fabrik: »In dieser Abstumpfung der mechanischen Arbeit liegt aber unmittelbar auch die Möglichkeit, sich ganz von ihr abzutrennen [...] Es kommt nur darauf [an], ein ebenfalls totes Prinzip der Bewegung für dasselbe zu finden, eine sich differenzierende Gewalt der Natur wie die Bewegung des Wassers, des Windes, des Dampfs usw., und das Werkzeug geht in die Maschine über, indem die Unruhe des Subjektiven, des Begriffs, selbst außer dem Subjekt gesetzt wird.« G. W. F. Hegel: *System der Sittlichkeit.* In: Ders.: *Jenaer Schriften.* Berlin 1972, S. 450.

Erdgas, nuklearem Material – anfangs ein scheinbar unbegrenztes Reservoir unendlicher Produktionssteigerung.

Es sind jedoch nicht nur die erste industrielle Revolution und der Kapitalismus, die sich entsprechen. Das ausgehende 18. Jahrhundert war auch durch politische Revolutionen geprägt, die ebenso umstürzend wie befreiend waren. Wie Owen und alle anderen Zeitgenossen der amerikanischen Befreiungskriege und der Großen Französischen Revolution erfuhren, ist die Moderne eine Gesellschaft, in der die weltliche Autorität im Namen der Bürger und ihrer Natur- und Menschenrechte immer wieder enthauptet, abgewählt, hinwegdemonstriert oder bekriegt werden kann. Die Moderne steht ständig unter dem Druck von Reform und Revolution, Konterreform und Konterrevolution. Die gesellschaftliche Welt wird wie die der Natur zum Gegenstand bewusster Gestaltung, um deren Alternativen gerungen wird. Die modernen Disziplinierungsregime entstehen.⁶

Dies verweist auf den völlig neuen Charakter politischer Autorität. Sie ist auf Zeit und sie ist nicht absolut; ihre Macht ist ihr zudelegiert worden von einem »Volk«, das selbst nur in der Delegation auf Abruf oder in der zivilgesellschaftlichen Gestalt von ständigem Infragestellen, Diskutieren, Wählen, Protestieren oder als Bürgerkriegspartei erscheint. Es sind deshalb Gesellschaften, in denen alles als bindender Wille des Gemeinwesens möglich werden kann, was gedacht wird.

Und auch dieses »Denk-Mögliche« emanzipierte sich von jeder Bindung an heilige Texte und Offenbarungen. Die Aufklärung ist die vierte Revolution, die genannt werden muss. Gott starb am 12. Juni 1776, als die Delegiertenversammlung von Virginia ihre *Bill of Rights* verabschiedete und anstelle göttlich verbürgerter Vorrechte der Obrigkeit die in freier Diskussion vereinbarten Rechte des Menschen, die Macht des Volkes zum Ausgangspunkt jeder legitimen Autorität erklärte.

Es entstand eine Gesellschaft, in der es keine Werte gibt, die nicht infrage gestellt werden können, keine Idee, die nicht für

sich beanspruchen kann, Wirklichkeit zu werden. Zwar ist nicht zu jedem Zeitpunkt alles gestattet, aber alles Verbotene kann irgendwann erlaubt werden. Auch frühere Gesellschaften kannten Grenzüberschreitungen, aber die Moderne kennt keine Grenzen, sondern nur noch Schranken, die auf Zeit errichtet sind. Nicht die Ruhe und das Gebet, sondern der Aufbruch und die Unternehmung, kein »Genug«, sondern ein »Mehr« und auch kein »Verweile doch, du bist so schön«, sondern nur das »Noch Schönerere, noch Bessere, noch Reichere« verdient in einer solchen Gesellschaft Respekt. Ihr gilt kein göttlich verbürgtes »Du sollst nicht!«, sondern die Aufforderung, der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu entkommen und das eigene Wollen an eigenen Maßstäben selbst zu prüfen. Keine Heimat, die nicht Lager werden, kein Engel, der nicht schrecklich sein, keine Freiheit, die nicht auf Völkermord beruhen kann.

Die kapitalistische Moderne revolutioniert alle vier Elemente sozialer Evolution – das Verhältnis zur Natur, das Verhältnis der Menschen zueinander, die Konstitution von Gesellschaft als politische Gemeinwesen und die Art und Weise, in der Menschen sich als sittliche Wesen verstehen.⁷ Industrie ist der Stoff, Kredit die Triebkraft, Politik der Wille, Kritik der Geist, die gemeinsam, nur auf sich selbst gegründet, eine neue Welt ohne feste Fundamente erzeugen. Immer mehr zu schaffen, immer mehr zu haben, immer mehr zu wollen und auf nichts zu bauen als auf das eigene Wort, sind die Grundzüge dieser neuen Gesellschaft, die so faszinierend wie erschreckend in die Welt trat. Sie hat als *juggernaut* alle vorgefundenen, alle traditionellen Welten niedergewalzt und zermalmt, bis von diesen nur noch Ornamente touristischer Phantasien blieben.

Selten ist der umstürzende Charakter dieser Moderne so deutlich geworden wie in den vier Jahrzehnten zwischen dem Ausbruch des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges 1775 und der endgültigen Niederlage Napoleons bei Waterloo 1815. In diesen vier Jahrzehnten, in denen Robert Owen heranwuchs und sein Werk begann, brach

⁶ Michel Foucault: *Mikrophysik der Macht. Über Strafrecht, Psychiatrie und Medizin*. Berlin 1976.

⁷ Stuart Hall/David Held/Don Hubert; Kenneth Thompson (Hrsg.): *Modernity. An Introduction to Modern Societies*. Oxford 1996.

die ganze westeuropäische Welt um. In Nordamerika erkämpften die englischen Kolonien unter dem Banner der Menschenrechte ihre Unabhängigkeit, in Frankreich wurde die wichtigste Bastion des Ancien Regime geschleift und ein 20-jähriger Krieg der alten und neuen Mächten begann. Es war der erste europäische Weltkrieg. Manchester wurde zum Weltzentrum der Textilindustrie und zur »Werkstatt der Welt«, in der das industrielle Zeitalter seine frühe Gestalt annahm. Die Menschenrechte brannten sich unwiderruflich in die Hirne und Herzen ein. Schwarze Sklaven befreiten sich und gründeten in Haiti ihre eigene Republik. Frauen forderten ihre eigenen Rechte ein und starben dafür auf der Guillotine. Nichts war mehr sicher und alles möglich. Und in dem kleinen schottischen Ort New Lanark bietet sich dem 28-jährigen Unternehmer Robert Owen die Möglichkeit, in diesem Umbruch eine Welt nach seinen eigenen Vorstellungen zu schaffen.



Robert Owen (1771–1858)

Was Robert Owen vorfindet, als er im Januar 1800 in New Lanark eintrifft, ist noch das Beste, so heißt es, an einer durch philanthropische Bedenken gezügelten Fabrik­siedlung jener Zeit.⁸ Jenseits der großen Städte waren hier Kredit und Maschinerie, Wissen und Arbeitskraft herangeholt worden, weil das Wasser des Clyde ganzjährig

⁸ Siehe dazu die Darstellung bei Frank Podmore: Robert Owen. A Biography. Honolulu 2004 (Reprint der Ausgabe von 1907), S. 81–83.

jenen Antrieb lieferte, der gebraucht wurde für die von Arkwright patentierte *Waterframe*⁹. Noch musste die Fabrik zum Antrieb kommen, bevor mit Dampfmaschine und Lokomotive der Antrieb zum Standort kam.

Wie in einer Keimzelle werden in New Lanark alle Widersprüche der kapitalistischen Moderne ausgetragen: Es ist eine ganz und gar künstliche, eine »Neue Welt« auf dem Boden der »alten«. Die automatische Führung des Arbeitsinstruments, der mechanische Antrieb dieser Arbeitsinstrumente und die Reduktion der Arbeit auf Beaufsichtigung und Bedienung der Maschine sind die drei technologischen Grundmerkmale der völlig neuen Produktionsform Fabrik. Der Arbeiter wird zum Knecht seines Produktionsmittels, das unter der Leitung anderer steht, die ihrerseits im Auftrag ferner Eigentümer handeln.

Die Fabriksiedlung New Lanark, heute UNESCO-Weltkulturerbe, hat um die Wende zum 19. Jahrhundert 1800 bis 2000 Anwohner, darunter 500 Kinder ohne jeden Familienanhang. Sie waren aus Armenhäusern Glasgows und Edinburghs »verdingt« worden und gemeinsam in einem mehrstöckigen »Kinderhaus« untergebracht.¹⁰ Unter den Arbeitern sind Schiffbrüchige von der schottischen Insel Sky, die nach Amerika auswandern wollten und in der Clydebucht scheiterten.¹¹ Die meisten hat die blanke Not gezwungen, in dieser Fabrik fern der großen Städte zu arbeiten und zu leben. Wie Michael Vester schreibt: »Die Arbeiterschaft New Lanarks exemplifizierte [...] die Merkmale der durch die industrielle Revolution entwurzelten Bevölkerungsgruppen: Merkmale der Anomie«: kommunale Desintegration, geringe Leistungsmoral, deformierte Bedürfnisse und behinderte Persön-

⁹ Die *Waterframe* wurde von Richard Arkwright 1769 patentiert. Entwickelt worden war sie von Thomas Highs. Es wird behauptet, dass Arkwright die Erfindung von Highs gestohlen haben soll, wie 1785 auch ein Gericht urteilte (siehe dazu:

http://www.makingthefmodernworld.org.uk/stories/manufacture_by_machine/01.ST.01/?scene=5&tv=true [vom 25. August 2011]).

¹⁰ Frank Podmore: Robert Owen. A. a. O., S. 81.

¹¹ Richard Robert Wagner: Robert Owen. Lebensroman eines Menschengläubigen. Zürich/New York 1942, S. 75.

lichkeitsentwicklung. Und dies ohne die Gegentendenzen »solidarischer Traditionen der Gemeinde- und Berufsverbände«.¹²

Was Owen in New Lanark einleitet, nimmt Sozialreformen der nächsten 200 Jahre vorweg und weist bis in unsere Zeit hinein. Er erneuert die Maschinerie, rationalisiert die Produktion und beginnt, die Arbeiterschaft umzuformen. Unter seiner Leitung entsteht eine neue Umwelt für Arbeit und Leben. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die er bei seiner Ankunft antrifft, beschreibt er – zweifelsohne voreingenommen – so: »Die Leute waren übereilt aus irgendwelchen Orten, wo man sie zum Weggang überreden konnte, zusammengezogen worden, und sie waren in großer Mehrheit faul, unehrlich, verlogen und heuchelten eine Religion vor, von der sie glaubten, sie würde ihre ganze Unzulänglichkeiten und unmoralischen Handlungsweisen entschuldigen«.¹³ Zwölf Jahre später seien dieselben Personen »jetzt auffällig ehrlich, fleißig [industrious], nüchtern und ordentlich geworden, und es kommt vom Beginn bis zum Ende des Jahres kaum vor, dass ein Betrunkener oder Dieb gesehen wird«.¹⁴ Der Herzog von Kent, Vater der späteren Königin Victoria, sendet seinen Leibarzt nach New Lanark, der trotz seiner Abneigungen für Robert Owens Ansichten über Religion zugestehen muss, dass er tatsächlich dort »mehr an sozialen Tugenden und weniger an herrschenden Lastern« gesehen habe, »als man in irgendeiner Gemeinschaft mit der gleichen Bevölkerung in der zivilisierten Welt«¹⁵ finden könne.

Die Methoden, die Owen anwendet, sind paternalistisch. Bei Diebstahl, Schlägereien oder Trunkenheit ruft er nicht nach dem Gefängnis; die einzige wirkliche Strafe ist die Entlassung und Verbannung aus New Lanark – in das Elend des Pauperismus. Er belehrt, überwacht, fördert. Er setzt einfluss-

¹² Michael Vester: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. A.a.O., S. 194.

¹³ Robert Owen: Die Lebenserfahrungen des Verfassers. In: Ders.: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. Ausgewählte Text. Hrsg. von Lola Zahn. Berlin 1989, S. 77.

¹⁴ Robert Owen: Statement regarding the New Lanark Establishment. Edinburg 1812 (zit. nach Frank Podmore. A. a. O., S. 82).

¹⁵ Zitiert nach Frank Podmore. Ebenda, S. 150.

reiche Arbeiter und von den Arbeitern gewählte Komitees ein, die die von ihm vorgeschriebenen Regelungen kontrollieren und durchsetzen sollen. Sie besuchen wöchentlich alle Haushalte, um zu prüfen, ob die Wohnungen gereinigt wurden. Die Frauen sind empört und taufen sie »Wanzenjäger«. Die Mieter haben die Aufgänge der Häuser zu reinigen und jährlich das Haus zu streichen. Die Hygiene wird scharf reguliert; das Halten von Vieh oder Hunden ist verboten. Nächtliche Patrouillen kontrollieren die Straßen; zu später Stunde herrscht im Winter Ausgangsverbot. Owens Politik senkt, so vermerkt er stolz, die Zahl unehelicher Kinder. An jedem Arbeitsplatz wird ein Stab angebracht, der die Zahlen von vier bis eins trägt und dessen Seiten schwarz, blau, gelb und weiß gefärbt sind. Umso besser die Arbeitsleistung, umso niedriger die Zahl, heller die Farbe und höher die Entlohnung. Dies wird über Monate und Jahre in Büchern vermerkt. Die Arbeiter können gegen die Bewertung Einspruch erheben, Owen selbst ist die letzte Instanz. Er wirkt als Demiurg dieser Neuen Welt und ist ihr höchster Richter.



Besucher und Kinder in der Schule von New Lanark, 1825

Robert Owen gründet in Konkurrenz zu privaten Geschäften einen Dorfladen, in dem er, preiswert, so heißt es, Lebensmittel und Kleidung guter Qualität verkaufen lässt. Den Gewinn (jährlich immerhin 700 £) benutzt er, um die von ihm reformierte Schule zu finanzieren. Er erhebt so eine Mehrwertsteuer von den Arbeiterinnen und Arbeitern, um die Bildung ihrer Kinder zu sichern. Die Schule ist entgeltfrei für alle, auch für die Kinder des nahe gelegenen Dorfes. Eine Lohnerhöhung um fünf Prozent wird an die Bereitschaft gebunden, ein Sechzigstel des Lohns als Kranken- und Unfallversicherung zurückzulegen. Den Einspruch der Arbeiter,

die diese Fonds selbst kontrollieren wollen, wehrt er ab.¹⁶ Als die USA 1806 ein Embargo für den Export von Baumwolle nach Großbritannien verfügen, setzt Robert Owen gegenüber den anderen Eigentümern durch, dass für die gesamten vier Monate, in denen der Betrieb nicht arbeiten konnte, Kurzarbeitergeld in Höhe des vollen Lohns gezahlt wird. Er nimmt keine Kinder mehr aus den Armenhäusern auf. Die hohen Gewinne dieser Gründer- und Kriegszeit spielen ihm in die Hände.

Immer wieder üben die Geschäftspartner Druck auf Owen aus und sind schließlich alarmiert über den Umfang seiner reformerischen Absichten zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse in New Lanark. 1809 kommt es zum Bruch. Mit Hilfe neuer und eines bisherigen Partners kauft Owen die Anlage für 84.000 £, dies waren 24.000 £ mehr als 1799 gezahlt worden waren. Gleichzeitig hatte die Fabrik über die Kapitalzinsrate von jährlich fünf Prozent hinaus noch mehr als 60.000 £ Dividende abgeworfen, von denen immerhin 7.000 für die Kurzarbeit aufgewendet worden waren. Die neuen Eigentümer, darunter Verwandte, erweisen sich aber als noch härtere Gegner der Reformen. Besonders stößt der Bau einer neuen Schule auf heftigsten Widerstand. Sie soll einen großen Klassenraum, eine Vorlesungshalle, einen Speiseraum und andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Aus Protest gegen die Einsprüche der Gesellschafter tritt Owen 1812 als Manager zurück und veröffentlicht den schon zitierten Bericht über New Lanark. Er reist nach London, um neue Unterstützer zu gewinnen, unter ihnen Jeremy Bentham und James Mill. Ende 1813 kaufen er und seinen neue

Financiers die Fabrik für nun 114.000 £. Owen wird bei seiner Rückkehr nach New Lanark, so ein Leserbrief im *Glasgow Herald* vom 5. Januar 1814, »von seinen Leuten« begeistert begrüßt.¹⁷

Auf der Grundlage der neuen Eigentumsverhältnisse kann Robert Owen seine Reformen fortsetzen. Er senkt die Arbeitszeit auf zwölf Stunden – abzüglich ein und einer viertel Stunde für die Essenspausen. Es zeigt sich, dass die Qualität des erzeugten Garns steigt und der Produktionsumfang nicht geringer ist. Vor allem aber konzentriert er sich auf die Vollendung des Neubaus der Schule, die am 1. Januar 1816 eröffnet wird. Nun werden auch Kinder ab einem Jahr aufgenommen.¹⁸ Wichtigstes Auswahlkriterium für die Lehrer ist, so heißt es, deren Liebe zu Kindern. Es gibt keine körperlichen Strafen, und die Bildung wird auf eine neue Grundlage gestellt, in deren Mittelpunkt ein anschaulicher Unterricht, Musik, Tanz, aber auch eine Art militärische Grundausbildung stehen – es ist kurz nach den Kriegen gegen Napoleon. Wie er zu dieser Zeit schreibt: »... ich habe auf Grund einer mehr als ausreichenden Erfahrung die Tatsache allgemein bewiesen gefunden, dass es vorteilhafter ist, Kinder im Alter von 10 Jahren einer ständigen täglichen Beschäftigung zuzuführen als in einer früheren Periode und dass jene Kinder oder Erwachsene, die den besten Unterricht hatten, sich zu den besten Dienern entwickelten und am einfachsten zu lenken waren«¹⁹ – Erziehung als Menschenzüchtung! Seine zugleich zutiefst humanistische und doch ahumane Erkenntnis, die zum leitenden Gedanken seines gesamten weiteren Wirkens wurde, fasst sich in einem einzigen Gedanken zu-

¹⁶ Die Arbeiter schrieben 1823 an die Miteigentümer der Fabrik u.a.: »Die Usurpation des Managements der Gesellschaft [des *Sick Fund*; M. B.] durch Herrn Owen erfolgt in Übereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten, von denen er mit Sicherheit weiß, dass sie im Gegensatz zu den unsrigen stehen. Außerdem sehen wir es als große Bürde an, von Mr. Owen gezwungen zu werden, in Angelegenheiten, die ganz die unsrigen sind, Maßnahmen durchzusetzen, wie sie ihm auch immer in den Sinn kommen mögen. Solch eine Verfahrensweise ist für unsere Ansichten als Männer außerordentlich abstoßend und erniedrigend gegenüber unserem Charakter als frei geborene Söhne des so hoch geschätzten Britanniens.« Zit. nach: ebenda, S. 169.

¹⁷ Zu den Fakten vgl. ebenda, S. 92 ff.

¹⁸ Ein Besucher des Jahres 1822 schrieb dazu: »Diese Baby-Schule ist von großer Bedeutung für die Einrichtung, da sie es den Müttern erlaubt, ihre Häuser in Sicherheit zu schließen und ohne Sorge um ihre Familien ihren Pflichten in der Fabrik nachzukommen.« Zit. nach: ebenda, S. 143.

¹⁹ Robert Owen: Bemerkungen über die Auswirkungen des Fabriksystems mit Hinweisen für die Verbesserung seiner Gesundheit und Marlschädlichsten Elemente. Ehrerbietig der Britischen Gesetzgebenden Versammlung überreicht. In: Ders: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 127.

sammen: »Das grundlegende Prinzip [...] heißt: ›Man kann allen Kindern jedes Gefühl und jede Gewohnheit beibringen‹, mit anderen Worten, ›ihnen jeden beliebigen Charakter anerziehen.«²⁰

New Lanark wird zum Symbol eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Tausende Besucher kommen jährlich aus ganz Europa, darunter Regierungschefs, Minister, Politikberater, selbst der russische Kronprinz, Humanisten, Reformen, Geistliche. Insgesamt sollen zwischen 1815 und 1825 fast 20.000 Personen New Lanark besichtigt haben, so Owen später. New Lanark wird zum Mekka der Reformgeister Europas. In den Augen der Öffentlichkeit verkörpert Robert Owen die Möglichkeit, unbestreitbaren und lang anhaltenden unternehmerischen Erfolg und hohe Profitabilität des modernen Fabriksystems mit Zivilisierung und menschlichem Fortschritt zu verbinden.

In dem Vierteljahrhundert zwischen 1800 und 1825, als sich Robert Owen endgültig von New Lanark ab- und seinen sozialistischen und kommunistischen Experimenten zuwandte, konnte er praktisch beweisen, dass Kapitalismus und sozialer Aufstieg der Arbeiter, eine Marktwirtschaft mit positiven sozialen Folgen, eine Beteiligung der Arbeiter am wachsenden Wohlstand, ihre Verwandlung in Konsumenten ihrer eigenen Produkte (die hergestellte Baumwolle war nicht zuletzt für den Massenbedarf des einfachen Volkes gedacht) möglich ist. Auch die politische Partizipation der Beschäftigten zu den von ihm gesetzten Konditionen wurde erreicht. Es ist Mitbestimmung »light«. Owen hat immer das letzte Wort. Unter den relativ günstigen Bedingungen des industriellen Aufstiegs Großbritanniens und seiner Textilindustrie wurden von ihm zwei Jahrhunderte des Fortschritts für jene, die in das industrielle System integriert werden, vorweggenommen. Er hatte dies in der

²⁰ Robert Owen: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. Essays über das Prinzip der Charakterbildung und seine Anwendung in der Praxis. In: Ders: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 102. Beschwörend fügt er hinzu: »Es ist wichtig, dieses Prinzip immer im Auge zu behalten und seine Wahrheit so fest zu begründen, dass auch nicht der geringste Zweifel mehr besteht.« (Ebenda; kursiv im Original) Mit diesen Essays begann 1813 das öffentliche Wirken Owens.

Doppelfunktion von Unternehmertum und Wahrnehmung der Gemeininteressen – soweit er sie für sich (auch in Diskussion mit den Vertretern der Arbeiter) erkannt hatte – realisiert.²¹ Auch dies hat er demonstriert: Ein Teil der herrschenden Klassen kann in Zeiten der Krisen und Kämpfe dazu beitragen, die Weichen für Reformen zu stellen – aus einer Verbindung von politischen, ethischen und ökonomischen Beweggründen.

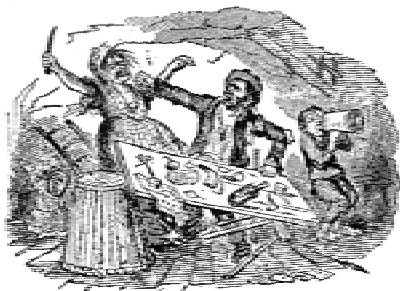


Kinderarbeit in einer Textilfabrik

Insbesondere nach 1812 bemühte Robert Owen sich, Einfluss auf die Regierung und das britische Parlament zu gewinnen, um die von ihm in New Lanark eingeführten Reformen der Beschränkung des Arbeitstages, der Zurückdrängung der Kinderarbeit, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Einführung einer allgemeinen Schulbildung gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Er wurde zum Initiator der weltweit ersten Fabrikgesetzgebung, so halbherzig, so schwach und undurchführbar diese auch zunächst blieb. Er verband dies als Sprecher der Textilindustriellen mit dem Einsatz für den Freihandel als Bedingung weiteren sozialen Fortschritts, und immer wieder appellierte er an seine Klasse, die Fabrikunternehmer: »Schon sehr wenig richtig gebrauchte Weisheit wird uns verdeutlichen, dass es bereits auf Grund unseres Wesens als Fabrikunternehmer eindeutig in unserem Interesse liegt, den Kindern eine anständige Bildung und eine solide und eine kräftige Konstitution zu gestatten; dass von unseren

²¹ »Owen identifizierte letztlich Management mit sozialer und wirtschaftlicher Staatsführung«, so Arthur Eugene Bestor, Jr.: Backwoods Utopias: The Sectarian and Owenite Phases of Communitarian Socialism in America: 1663–1829. Philadelphia 1950, S. 66.

Maschinenarbeitern und allen arbeitenden Klassen nicht mehr als zwölf Stunden Arbeit pro Tag mit zwei Stunden Pause für Erholung, frische Luft und Essen gefordert oder ihnen genehmigt werden sollten, und dass sie als Vergütung für ihre Arbeit Löhne erhalten sollten, die ausreichend sind, und sie in die Lage versetzen, gesunde Lebensmittel und einige der nützlichsten Waren der Produktion kaufen zu können.«²²



Zwei Holzschnitte aus Robert Owens »Essay on the Formation of the Human Character« (Ausgabe von 1834), abgedruckt in Podmore, a. a. O., S. 113. Sie sollen die Auswirkungen unterschiedlicher Lebensbedingungen auf Charakter und Lebensweise illustrieren.

New Lanark war für diese Experimente der ideale Ort und Robert Owen der ideale Reformier. In der Abgeschiedenheit des schottischen Ortes am Ufer des Clyde schuf er eine künstliche Gesellschaft. Kinder ohne Eltern, ausgeliehen von den Armenhäusern, armes »Gesindel« aus allen Teilen des Königreichs, denen nichts als die »Fabrikhölle« blieb, um sich zu ernähren, weil die Commons längst privatisiert waren²³ und sie auch keine Subsistenzwirtschaft mehr hatten, auf die sie zurück greifen konnten, waren zusammengeholt worden durch kapitalistische Investoren und eingespannt in die Welt der großen zentralisierten Maschinerie einer Fabrik, die jedem und jeder seinen bzw. ihren Platz zuwies, die notwendige Handbewegung befahl, und dies zu genau bestimmter Zeit und Reihenfolge. Nur die Aufmerksamkeit und der Wille sowie die Fähigkeit, dies auch zu befolgen, konnten

nicht befohlen werden. Sie mussten erzwungen oder – sollte man nicht lieber »und« sagen? – erzogen werden. Owen setzte auf »Erziehung«.

Die Welt von New Lanark hatte keinerlei traditionale gemeinschaftliche Grundlagen. Keine alten Dorfgemeinschaften, keine Familienbande, kein gemeinsamer Glauben, keine gemeinsame Kultur verband die Arbeiter miteinander, geschweige denn mit dem Management. Das »gute alte« England, Schottland, Irland waren hier längst verschwunden, und der Fabrik-Kapitalismus konnte diese Welten nicht ersetzen. Die Eigentümer waren weit weg und hatten nur ein Interesse – Profit. Die Zeitgenossen der englischen industriellen

Revolution waren Zeugen unglaublicher Bereicherung und völlig neuer Armut, einer Armut, die dieses Mal aus der Erzeugung von vorher unvorstellbarem Überfluss entstand.²⁴ Sie sahen das Zerbrechen aller alten Bindungen und das Entstehen von Klassenhass und Klassenangst auf nationaler Ebene. Die einen waren nichts als nacktem Zwang ausgesetzt, der sie an die Fabriken band, die anderen trieb nichts als nackte Gier, so war der allgemeine Eindruck. Das Wort »Lohnsklaverei« wurde geboren.²⁵ Die Vertragsfreiheit ist fiktiv, oder wie

²² Robert Owen: An die britischen Fabrikunternehmer. In: Ders.: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 167.

²³ Noch bis ins späte 16. Jahrhundert konnten auf den Commons Häuser gebaut werden, um sich eine eigene Existenz aufzubauen, Bedingung war nur, dass dies zwischen Sonnenauf- und -untergang gelang (http://en.wikipedia.org/wiki/Common_land, Zugriff vom 24.9.2011).

²⁴ »Es kommt hierin zum Vorschein, dass bei dem *Übermaß des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug ist*, d.h. an dem ihren eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.« G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin 1981, § 245, S. 270.

²⁵ 1763 schreibt Simon Linguet: »The slave was precious to his master because of the money he had cost him [...] They were worth at least as much as they could be sold for in the market [...] It is the impossibility of living by any other means that compels our farm labourers to till the soil whose fruits they will not eat and our ma-

Owen schreibt: »...welche Freiheit besteht in diesem Fall außer der Freiheit, Hungers zu sterben?«²⁶ Es ist eine Sklaverei »in doppelt verderblicher Gestalt«, so Lorenz von Stein, – eine »Sklaverei unter dem Namen der Freiheit«²⁷.

Jenseits aller religiösen Vorschriften und zivilisatorischen Standards kam es zu einer bisher ungekannten Art der Verrohung von oben wie von unten – und dies ganz nach Recht und Gesetz und auf der Grundlage der Verträge zwischen den »Meistern« und den »Händen«, jenen, die doch freie Bürger, aber eben doppelt frei waren. Die kapitalistische »Zivilisation« gebar eine neue, auf Profitbasis organisierte »Barbarei«.



Das Massaker von St. Peter's 1818

Organisierter Widerstand der Ludditen, der »Armee der Gerechten«, der »Sherwood

sons to construct buildings in which they will not live [...] It is want that compels them to go down on their knees to the rich man in order to get from him permission to enrich him [...] what effective gain [has] the suppression of slavery brought [him ?] He is free, you say. Ah! That is his misfortune [...] These men [...] [have] the most terrible, the most imperious of masters, that is, need. [...] They must therefore find someone to hire them, or die of hunger. Is that to be free?« Zitiert nach:

http://en.wikipedia.org/wiki/Wage_slavery (Zugriff vom 23.9.2011).

²⁶ Robert Owen: An die britischen Fabrikunternehmer. A. a. O., S. 163.

²⁷ Lorenz von Stein: Die industrielle Gesellschaft, der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848. In: Ders.: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. Bd. 2. Darmstadt 1959, S. 69.

Lads« wurde mit dem Galgen, der Verbannung, dem Gefängnis, dem Gewehr niedergelungen. Die zwischen 60 bis 80 Tsd., die sich 1819 mit radikaldemokratischen Forderungen auf dem St. Peter's Field versammelten, wurden mit Kavallerie niedergetrampelt. Es gab mindestens 11 Tote und 400 bis 700 Verletzte. Notstandsgesetze aus der Zeit des Krieges gegen Napoleon und der Formierung erster Organisationen der Arbeiter wurden immer wieder verlängert.

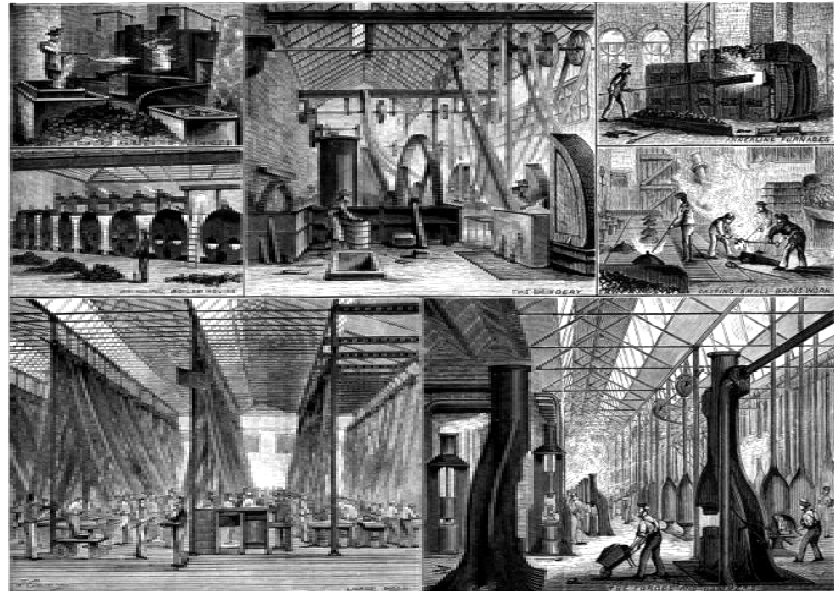
Was Robert Owen sicherlich nicht als Erster begriff, aber im Rahmen des Fabriksystems tatkräftig und mit beispielhaftem Erfolg verwirklichte, war die Notwendigkeit der Schaffung neuer Fundamente für die »bodenlose« und »orientierungslose« Moderne. Gerade weil man sich in keiner Weise mehr auf alte Gemeinschaftlichkeit stützen konnte, auf Brauch und überkommene Sitte, schuf er »mit einer – allein meiner Leitung und Beratung in sozialer und arbeitsmäßiger Hinsicht unterstehenden – Bevölkerung von zweitausendfünfhundert Menschen«²⁸ in der überschaubaren Welt von New Lanark, wo jeder ihn und er fast jede und jeden kannte, bewusst und rational, nach Plan und experimentell, mit Autorität und durch kontrollierte Partizipation, paternalistisch und kooperativ, eine neue, eine künstliche Gemeinschaftlichkeit, eine geplante öffentliche Ordnung, eine Moderne, die ihre eigenen Grundlagen bewusst hervorbringt: Wenn Kinder nicht mehr in einer selbstwirtschaftenden Familiengemeinschaft aufwachsen, müssen sie öffentlich erzogen werden; wenn Gewinn und Maschinerie gleichermaßen auf die Ausdehnung der Arbeitszeit über alles »natürliche Maß« hinaus gesteigert werden können, bedarf es ihrer eindeutigen Beschränkung; wenn der Markt monopolisiert ist, müssen Waren unter öffentlicher Aufsicht angeboten werden; wenn Trunksucht, Diebstahl, Gewalt alltäglich werden, dann bedarf es der gemeinsamen öffentlichen Anstrengung, sie zurückzurängen; wenn mangelnde Hygiene Epidemien gebiert, muss sie gelehrt und durchgesetzt werden. Häusliche Ordnung und

²⁸ Bericht Robert Owens über die Behandlung seines »Berichts an den Ausschuss zur Unterstützung der Fabrikarmen«. In: Ders.: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 154.

persönliche Pflege, Familienleben und öffentliches Leben, Alltagssprache und Umgangsweisen, Reinheit der Straßen und Sicherheit, Bildung, Gesundheitsfürsorge, die Beziehung der Religionsgemeinschaften und die Gestaltung der freien Tage und Nächte – alles wird zum Gegenstand der öffentlichen Sorge, und alles wird bewusst und in rationaler Form neu geschaffen.²⁹

Der moderne Kapitalismus, so die Erkenntnis von Robert Owen, ist dadurch geprägt, dass er alle vorgefundenen Grundlagen von Gemeinschaftlichkeit zerstört und neue Fundamente nicht spontan entstehen. Der Kapitalismus habe durch die »fabrikmäßige Fertigung«, durch das »Fabrikationswunder« »den Reichtum, die Industrie, die Bevölkerung und den politischen Einfluss des britischen Königreichs rasch« vermehrt.³⁰ Hundertfach sei die Produktivität gestiegen. Aber, so Robert Owen: »Andere nachhaltige Folgen, die der Ausdehnung der Fabriken entspringen, wenn sie dem natürlichen Fortschritt überlassen bleibt, haben noch niemals die Aufmerksamkeit irgendeiner Gesetzgebung erweckt.«³¹ Es bedarf also eines anderen, eines bewussten, der sichert, dass »diese wichtigen und wirklich großartigen Ergebnisse« nicht »von Übeln solchen Ausmaßes« begleitet werden, die »erstere [...] überwiegen«³². Dazu müssten die »Master« und die Gesetzgeber eingreifen, auch direkt durch Formung der Menschen, durch Erzie-

hung.³³ Eine neue Welt des Öffentlichen müsse die alte Welt traditioneller Gemeinschaftlichkeit ersetzen. Dieses neue Öffentliche ist gesellschaftlich vermittelte Gemeinschaftlichkeit.



Fabriken des 19. Jahrhunderts

Die im ausgehenden 18. Jahrhundert entstehende Fabrikgesellschaft zerriss die Bindungen an die handwerklichen Arbeitsinstrumente, vernichtete die Hauswirtschaft, löste die traditionellen Familien auf, privatisierte im großen Stil die alten Commons durch die *Enclosure Acts*³⁴ und konzentrierte riesige Arbeitermassen in den neuen Städten. Sie beseitigte das gemeinschaftliche Erbe im Großen wie im Kleinen. Sie verwandelte die Arbeiter in ein und demselben Zug in Subjekte des Rechts wie sie ihnen die Mittel nahm, sich jenseits der Lohnarbeit zu erhalten, und ihnen verbot,

²⁹ Man kann es auch so ausdrücken: »Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?« Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. MEW, Bd. 23, S. 505.

³⁰ Robert Owen: Bemerkungen über die Auswirkungen des Fabriksystems. A. a. O., S. 120.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Überhaupt ist diese Zeit eine Zeit der großen pädagogischen Reformer, inspiriert vor allem durch Rousseaus Roman »Emile oder über die Erziehung«.

³⁴ Die große Welle der Enteignung der *Commons* per Gesetz begann erst 1750 und wurde ein Jahrhundert später weitgehend abgeschlossen. 4.000 *Enclosure Acts* wurden zwischen 1750 und 1850 verabschiedet, die Hälfte davon in den zwei Jahrzehnten zwischen der Großen Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen. Siehe Boyd Hilton: *A Mad, Bad, and Dangerous People? England 1783–1846*. Oxford 2006, S. 8 f.

sich gemeinschaftlich zu organisieren und über die Gesetze mitzuentcheiden.

In kürzester Zeit drohte die Existenz einer hinreichend zivilisierten Gesellschaft vernichtet zu werden. Die Privatisierung der gemeinschaftlichen Welt wurde zur Zerstörung der Welt. Was Polanyi »Einbettung« nennt, die dem Kapitalismus Fesseln auferlegt, ist die Schaffung und immer wieder erneuerte Schaffung der gemeinschaftlichen Grundlagen einer Moderne, die im Rahmen des »natürlichen Fortschritts« weder technologisch noch ökonomisch, weder politisch noch geistig die eigenen Grundlagen hervorzubringen vermag.

Diese Einbettung entsteht durch die Welt der öffentlichen Daseinsvorsorge und Sicherheit, der öffentlichen Gesetzgebung, der öffentlichen Bildung und Erziehung, der öffentlichen Räume und der Öffentlichkeit von Diskussion und Entscheidungsprozessen, die tief in die Unternehmen und auch Familien eingreifen.³⁵ Dieses moderne Öffentliche schafft Gebote und Verbote, soll sichern, dass die Voraussetzungen jeder modernen Gesellschaft nicht zerstört, sondern reproduziert werden – ein funktionsfähiges Kredit- und Rechtssystem, ein handlungsfähiger Staat, Wissenschaft, Bildung, Kultur, städtische Räume und Landschaften, geschützte Biotop und sichere Nahrung, stabile zwischenmenschliche Beziehungen, Individuen, die fähig und bereit sind, zivilisiert und zivil miteinander zu verkehren und sich Erwerbsarbeit, gesellschaftlichem Engagement und Kindererziehung widmen. Die Natur wird bewusst gesellschaftlich (um)geformt – die menschliche wie die irdische.

³⁵ »Das Öffentliche ist eine *conditio humana* für individuelle Freiheit in sozialer Sicherheit. Es ist der Anker individueller Freiheit, weil es Teilhabegerechtigkeit an wichtigen elementaren Lebensbedingungen in einer komplexen und unsicheren Welt sichert. Das linke Projekt erfordert daher die Rückgewinnung und Stärkung des Öffentlichen als Klammer zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft, zwischen Ich und Wir. Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Stärkung des Öffentlichen wollen.« Dieter Klein: Die Linke und das Eigentum. Zur programmatischen Diskussion. In: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuchemäker (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 207.

Was Gott den Menschen am Beginn der Schöpfung als gemeinschaftliches Erbe (»in *commune patrimonium*«) fertig übergab, soll nun durch öffentliches Handeln erhalten und neu geschaffen werden. Es geht um Grundlagen moderner Gesellschaften. Und diese Grundlagen sind – welch ein Widerspruch! – ihrer Natur nach kommunistisch, sind Gemeingüter. Der Versuch, nun auch die Reproduktion einer lebenswerten, ressourcenspendenden irdischen Natur mit dem Erhalt und Ausbau moderner industrieller Produktion, Konsumtion und Verkehr sowie mit kapitalistischem Unternehmertum zu verbinden, der Green New Deal, dehnt die Schaffung dieser Grundlagen der Moderne auf die Natur selbst aus. Über die Gestalt und den Preis dieser Ausdehnung wird gegenwärtig entschieden. Es ist einer der entscheidenden Kämpfe unserer Zeit. Lothar Kühne, der in der DDR eine kommunistische Ästhetik der »Behutsamkeit« prägte, schrieb unter dem Eindruck der ersten Erdölkrise 1975 Erinnerungswertes im Wissen um die Endlichkeit der Rohstoffe und der Gefährdung irdischer Natur wie im Gespür für diese heranziehenden Kämpfe: »Wir brauchen keine Religion der Erde. Aber wir müssen das Bewusstsein der Bedeutung der Erde für die Menschheit, welches das Wissen auch von dem Zufälligen ihres Werdens und das der unaufhebbaren kosmischen Verunsicherung menschlichen Lebens einschließt, wie das Verhalten der Andacht und des Staunens, entwickeln.«³⁶

Dieses neue, künstlich geschaffene gemeinschaftliche Erbe des Öffentlichen unterscheidet sich prinzipiell von der vormodernen Gemeinschaftlichkeit. Traditionale Gemeinschaftlichkeit ist unmittelbar und basiert auf persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, das Öffentliche dagegen ist gesellschaftlich vermittelt; es setzt rechtlich unabhängige und autonome Subjekte (Personen wie Organisationen) voraus, die freien Zugang zum Öffentlichen haben.³⁷ Wie

³⁶ Lothar Kühne: Ökonomisches Verhalten und Weltanschauung. In: *form und zweck* 7/1975, S. 43 (wiederabgedruckt in: Michael Brie/Karin Hirdina (Hrsg.): *In memoriam Lothar Kühne*. Berlin 1993, S. 102).

³⁷ North, Wallis und Weingast sprechen in diesem Zusammenhang von einer »open access order«. Douglass C North/John Joseph Wallis/Barry R. Weingast: *Violence and Social Or-*

Rainer Rilling schreibt: »Das Öffentliche als eine gesellschaftliche und politische Bewegungsform ist eine Operation der *Öffnung* und *Erweiterung*, und es bildet den Zustand der Offenheit, also *Zugänglichkeit* [...] Insofern erschließt es grundsätzlich [...] die Wege zu den Momenten der *Gleichheit*, freien *Nutzung* (Konsum), der *Kommunikation* bzw. *freien Kooperation* und damit (auch politischen) *Teilhabe* (Verfügung).«³⁸ Es ist gesellschaftlich erzeugte, bewusst vermittelte und reflektierte Gemeinschaftlichkeit.³⁹

Genau dies macht auch den Bruch mit jeder vormodernen Form des Kommunismus aus. Der kommunistische Charakter dieses Öffentlichen – seine freie Zugänglichkeit – wird aber in den Gesellschaften des »realen Kapitalismus«, durch die Profitdominanz überformt, privatisiert und der Kapitalverwertung untergeordnet. Die konkrete Gestalt dieser Öffentlichkeit, der Zugang zu ihr, ihr Zweck und ihre Mittel werden überdeterminiert durch die Kapitallogik.

Das Erbe des Reformers Robert Owen wäre eingelöst, wenn die sozialen Reformen umfassend und deshalb auch ökologisch geworden wären. Aber das, zuerst er im Kleinen praktizierte, ist bis heute nicht Allgemeingut. Und auch er selbst hat hier keinen Punkt gemacht. Er wurde über seinen eigenen Reformersfolg hinausgetrieben und begann den Versuch, Produktion und Leben, Austausch und Verkehr nach kommunistischen Prinzipien zu gestalten, die er selbst nun aber wieder als *unmittelbare* Gemeinschaftlichkeit zu gestalten suchte und ihnen damit den modernen Charakter des Öffentlichen nahm. Nach den zwei Jahrzehnten seines öffentlichen Erfolgs begannen nun die langen vier Jahrzehnte seines Scheiterns. Es bleibt die Frage, warum Owen überhaupt diese Wendung vollzog: Worin bestanden die Grenzen des Erfolgs des Sozialreformers Robert Owen? Warum begab er sich auf eine andere Reise, die ihn in die USA und vor allem auf die Suche nach

ders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History. Cambridge 2009.

³⁸ Rainer Rilling: Plädoyer für das Öffentliche. In: Mario Candeias/Rainer Rilling/Katharina Weise (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Berlin 2009, S. 181.

³⁹ Diese Formulierung verdanke ich Thomas Flierl.

kommunistischen Experimenten brachte? Warum sind seine Reformansätze bis heute nicht umfassend realisiert?

Erstens war Robert Owen bei jeder Entscheidung, die über die unmittelbaren Kapitalverwertungsinteressen der Eigentümer hinausging, auf deren philanthropische Neigungen oder zumindest wohlwollende Duldung angewiesen. Selbst dann, wenn langfristige Verwertungsinteressen und soziale Reformen auf betrieblicher Ebene in ein und dieselbe Richtung wiesen, stieß er immer wieder auf Ablehnung. Ihm drohte die Aufkündigung des Gesellschaftervertrages, die Absetzung, die einfache Sperrung der Gelder. Seine Gegenmacht – seine eigene exzeptionelle unternehmerische Qualifikation und die Anrufung der Öffentlichkeit – waren begrenzt. Das *Ausmaß* der Reformen wurde durch die Verwertungsinteressen der Eigentümer begrenzt: *Kommunismus in den Grenzen des Privaten*.

Zweitens wurde die Richtung der Reformen dadurch bestimmt, dass sie zumindest langfristig den Profit der Eigentümer erhöhen müssen. Es ging nicht um die Hebung des Kulturlevels der Arbeiter an sich und auch nicht um ihre Fähigkeit, ihr Leben selbst zu bestimmen. Die einzig durchsetzbaren Ziele waren Qualifizierung der Arbeitskraft, Erhöhung der Motivation, Sicherung des Betriebsfriedens. Auch der *Inhalt* der Reformen wurde durch die Kapitalinteressen bestimmt. Die neue kommunistische Welt des Öffentlichen wurde den Zielen der Welt des Privatkapitalistischen untergeordnet: *Kommunismus im Dienste des Privaten*.

Drittens waren es Reformen von oben, durch die Eigentümer bzw. in ihrem Auftrag. Die Partizipation der Arbeiter erfolgte zu jenen Konditionen, die diese setzten. Ihre Einbeziehung in Entscheidungsprozesse war abgeleiteter Natur, zumeist eine bloße Kann-Bestimmung. Sie waren und blieben Objekte der Reformen, wurden notfalls mit Gewalt in diesen Status zurückgezwungen. Die *Gestaltung der Entscheidungsprozesse* wurde durch die Kapitalinteressen bestimmt: *Kommunismus unter dem Diktat des Privaten*.

Viertens: Jeder erreichte Reformersfolg, so bekam Robert Owen zu spüren, ist ein Erfolg auf Widerruf. Die Reformen waren *reversibel*. In dem Augenblick, wo die Kapital-eigentümer ihre Interessen spürbar beeint-

rächtigt sehen, wo sie durch Rücknahme der Reformen bessere Verwertungsbedingungen erhoffen, wo sie ihre bloße Vormacht eingeschränkt sehen, sind die so hart erkämpften Ergebnisse gefährdet: *Kommunismus auf Abruf durch das Private*.

Die Profitdominanz setzte sich – so Robert Owens Erfahrungen – letztlich immer durch, stellte alles Erreichte in Frage und überdeterminierte alle Entscheidungen. Auch insofern nahm er die Erfahrungen der Sozialreformen der letzten 200 Jahre vorweg. Das Öffentliche, die kommunistischen Fundamente der Moderne, wurden insofern und nur insofern produziert, reproduziert, modifiziert und transformiert, wie sie dabei mit der Dominanz der Kapitalverwertung vereinbar waren. Versuche ihrer privaten Aneignung als Quelle neuer Profite oder der Zerstörung als Bastionen des Widerstandes sozialer oder ökologischer Interessen verbinden sich. Es entstand ein breiter Korridor möglicher Reformen, aber mit scharfen Grenzen und immer wieder gefährdet durch Konterreformen.⁴⁰ Das moderne Öffentliche, dieses kommunistische Fundament von heutigen Gesellschaften, wird bisher vor allem als Instrument der Kapitalverwertung genutzt. Wie aber kann aus diesem kapitalistischen Korridor ausgebrochen werden? Wie kann das Gegensätzliche verbunden werden: *libertas et communis possessio*?!

Der Auslöser von Robert Owens Wende vom Sozialreformer zum Kommunisten kann klar benannt werden. Es ist die nach dem Ende der Napoleonischen Kriege infolge sinkender Staatsausgaben ausbrechende Wirtschaftskrise, die das Elend der arbeitenden Klassen, vor allem die Arbeitslosigkeit, enorm verstärkt. Der stockende Motor kapitalistischer Akkumulation stellt die Koevolution von Profitorientierung und Sozialreform in Frage. Owen sucht nach Lösungen. Aber er will über die bloße Abhilfe eines konkreten Missstandes hinausgehen, er fragt, wie die Grundrechte der Menschen auf ein selbstbestimmt-solidarisches Leben jenseits von Armengesetzgebung oder Warten auf die wirtschaftliche Erholung des Kapitalismus gesichert werden können. Für ihn wie für seinen Zeitgenossen Thomas Paine waren die Menschenrechte (*The Rights of*

Man) keine liberale Sammlung formaler Gesetze, sondern der »Archimedische Punkt«, um die alte Welt der Unfreiheit und Ungleichheit sowie Unterdrückung »aus den Angeln zu heben«⁴¹ und eine Gesellschaft zu schaffen, »begründet auf einer *sittlichen Lehre, auf einem System allgemeinen Friedens, auf den unverletzlichen erblichen Rechten des Menschen*«.⁴²

Damit wird ein Maßstab in die Diskussion gebracht, der die Neuschaffung der öffentlichen Grundlagen in einer modernen Gesellschaft nicht mehr an der Realisierung von Kapitalverwertungsinteressen, sondern an dem Maßstab der freien und gleichen Entwicklung einer und eines jeden misst. Owen bringt diesen Maßstab gemeinsam mit seinen Reformvorschlägen vor die entsprechende parlamentarische Kommission und fordert die staatlich finanzierte Gründung von großen Kommunen für die Erwerbslosen, wo sie selbst und ihre Kinder die Grundlagen einer neuen Zivilisation legen können. Mit diesem Projekt wendet er sich auch an die Siegermächte im Krieg gegen Napoleon, die sich 1818 in Aix-la-Chapelle treffen und beschwört sie: »Jeder Versuch, die Einführung dieser Maßnahmen zu stoppen oder zu verzögern, ist zum Scheitern verurteilt [...] Es wird sich zeigen, dass Schweigen sie nicht mehr hinauschieben kann und Widerstand sie nur beschleunigen wird.«⁴³

Real aber erfährt Owen zunehmende Ablehnung in den herrschenden Gruppierungen. Der Sozialreformer im fernen New Larnark war bewundert worden, den Owen, der gesamtgesellschaftliche Reformen einfordert, toleriert man, jenen Owen aber, der kommunistische Experimente vorschlägt, lässt man tagelang vor der Tür der parla-

⁴¹ Thomas Paine: Die Rechte des Menschen. Zweiter Teil. In: Ders: Die Rechte des Menschen. Herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von Wolfgang Mönke. Berlin 1983, S. 261.

⁴² Ebenda, S. 264. Friedrich Schiller dichtet im »Wilhelm Tell« von 1804: »Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,/ Wenn unerträglich wird die Last – greift er/ Hinauf getrost den Mutes in den Himmel/ Und holt herunter seine ew'gen Rechte,/ Die droben hangen unveräußerlich/ Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.«

⁴³ Zitiert in Frank Podmore: Robert Owen. A. a. O., S. 254.

⁴⁰ Siehe Erik Olin Wright: *Envisioning Real Utopias*. London 2010, S. 273 ff.

mentarischen Kommission unangehört warten. 4.000 Pfund seines Privatvermögens investiert er, um seine »Neue Auffassung von der Gesellschaft« in führenden Zeitungen zu publizieren. Er wendet sich nun an die gesamte britische Öffentlichkeit. 1817 wird zum Jahr der Radikalisierung seines Denkens. Er kann nicht akzeptieren, dass das, was er so überzeugend in Schottland praktiziert hatte, nicht zum allgemeinen Gesetz wird.

David Ricardo, einer der ehrenwerten Mitglieder der parlamentarischen Kommission, bemerkt, dass er zwar »die Hochherzigkeit, welche seinen Freund Owen antriebe«, würdigen müsse, dass er selbst aber »vollständig im Gegensatz zu dem System von Owen stünde, welches auf Grundsätzen aufgebaut wäre, die mit den Grundsätzen der politischen Ökonomie unvereinbar seien, und welches nach seiner Ansicht unendliches Unglück für die Gesellschaft im Gefolge haben müsste«. ⁴⁴ Für Ricardo galt es als wissenschaftliches Dogma: »Wie alle anderen Verträge sollten auch die Löhne der gerechten und freien Konkurrenz des Marktes überlassen bleiben und niemals durch Eingriffe der Gesetzgebung kontrolliert werden.« ⁴⁵

Robert Owen sieht sehr klar, dass es gerade die Arbeiter sind, die »täglich Fesseln für sich selbst schmieden, und [...] ihre Feinde durch ihre eigenen Leistungen in die Lage versetzen, diese Fesseln fest um ihren Geist und ihren Körper zu schmieden«. ⁴⁶ Die kapitalistischen Verhältnisse schaffen Menschen, die in ihrer Not oder ihrer Gier genau diese Verhältnisse, die sie derart entmündigen und verrohen, selbst reproduzieren. Robert Owen aber, skeptisch gegenüber den Chancen auf gesamtgesellschaftliche Reformen, ablehnend gegenüber gewaltsamen Revolutionen, setzt auf gemeinschaftliche Experimente – auf Kommunen, Genossenschaften und ihren Austausch untereinander nach dem unmittelbar

⁴⁴ Zit. nach Lola Zahn: Einleitung. In: Robert Owen: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 31 f.

⁴⁵ Zit. nach ebenda, S. 28.

⁴⁶ Robert Owen: Über Eigentum III. In: The New Moral World, Nr. 24, Sonnabend, 11. April 1835. In: Ders.: Das soziale System. Leipzig 1989, S. 141.

verausgabten »Arbeitswert«. In ihnen sollen jene Menschen entstehen, die als freie Individuen eine »Neue Moralische Welt« ⁴⁷ schaffen. Ihr Beispiel würde dann so anziehend wirken, dass Menschen aller Klassen in großer Zahl freiwillig folgen würden. Dadurch würde es, so die Annahme, möglich sein, schnell und ohne blutige Kämpfe eine »Revolution der Revolutionen« herbeizuführen »und der Menschheit ein dauerhaftes Wohlergehen und Glück [zu] sichern«. ⁴⁸ Er will die Umstände ändern, damit Menschen in veränderten Umständen auf eine Weise leben, arbeiten, entscheiden und sich entwickeln, dass diesem Vorbild keiner widerstehen kann. Dem Gedanken der Selbstentwicklung der Individuen als Teil ihrer eigenen gesellschaftsverändernden Praxis steht er fremd gegenüber. Seine Erfahrungen zeigen ihm die Arbeiter vor allem als Objekte. Aber sie sind gerade dabei, in Bewegung zu geraten und finden in ihm einen geistigen und politischen Bezugspunkt.

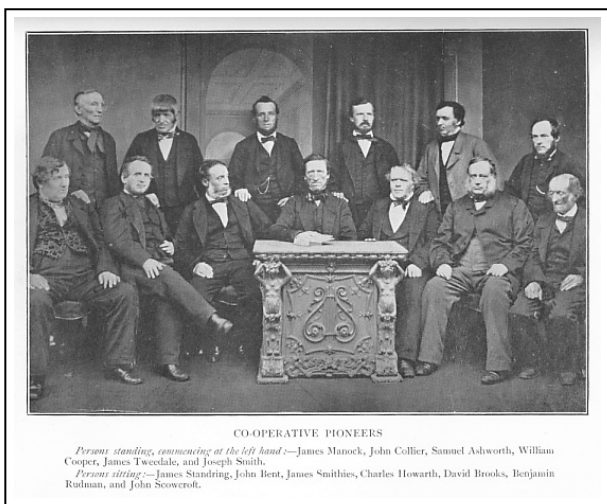
Mit Owen entsteht in England »die radikalste Gegenkultur, die in England seit dem Bürgerkrieg« ⁴⁹ im 17. Jahrhundert existiert hat. Seine Ideen werden zu einem entscheidenden Orientierungspunkt der entstehenden Arbeiterbewegung in England, inspirieren deren »organische Intellektuelle« und Aktivisten über die Chartistische Wahlrechtsreform hinaus. Die Bildungsprojekte der Arbeiter, die Gewerkschaften und die Genossenschaftsbewegung Englands haben einen Owen'schen Ausgangsimpuls, auch wenn sie sich bald von ihm lösten. Wie Edward P. Thompson schreibt: Die Führer der entstehenden Arbeiterbewegung hatten von Owen gelernt, »den Kapitalismus nicht als eine Ansammlung von Einzelereignissen, sondern als *System* zu betrachten. Sie hat-

⁴⁷ So der Titel eines Buches von Robert Owen: The book of the new moral world, containing the rational system of society, founded on demonstrable facts, developing the constitution and the laws of human nature and society. London 1836. Er gründete 1834 eine gleichnamige Wochenzeitschrift, in der auch Friedrich Engels 1843/44 veröffentlichte.

⁴⁸ Robert Owen: Bericht über die Behandlung seines »Berichts an den Ausschuss zur Unterstützung der Fabrikarmen«. A.a.O., S. 154.

⁴⁹ Jose Harris 1983, zit. nach Boyd Hilton: A Mad, Bad, and Dangerous People? A. a. O., S. 489.

ten gelernt, ein alternatives, utopisches System der gegenseitigen Hilfe zu entwerfen. Sie hatten [...] das Selbstvertrauen erworben, die neue [Gesellschaft] zu planen. Sie hatten Verständnis für die Wichtigkeit der Erziehung und die Wirkungen der Umwelt erworben.«⁵⁰ Sie hatten – so kann man resümieren – in Owen Schriften wichtige Elemente eines Klassenbewusstseins gefunden, das eine Alternative zu den Grundvorstellungen der bürgerlichen Mittelschichten darstellte. Wenige haben mehr getan für die Arbeiter.⁵¹



CO-OPERATIVE PIONEERS
Persons standing, commencing at the left hand—James Munro, John Collier, Samuel Ashworth, William Cooper, James Tweedale, and Joseph Smith.
Persons sitting—James Standing, John Bent, James Smithies, Charles Howarth, David Brooks, Benjamin Rolman, and John Scowcroft.

Drei große praktische kommunistische Experimente gehen von Robert Owen aus bzw. werden von ihm gefördert. Zunächst ist dies die Schaffung einer neuen Schule in New Lanark selbst und später in New Harmony, Indiana, USA, sowie in Queenwood, England. Seine berühmt gewordene Ausgangsthese, die er schon 1812 prägte, lautete: »Jeder beliebige Charakter, der beste wie der schlechteste, der unwissendste wie der intelligenteste, kann jeder Gemeinschaft ja der ganzen Welt aufgeprägt werden, wenn man gewisse Mittel anwendet, die in bedeutendem Maße den Regierenden der Natio-

⁵⁰ Edward P Thompson: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Zweiter Band. Frankfurt a.M. 1987, S. 911.

⁵¹ Friedrich Engels, der das Wirken Owen aus eigener Beobachtung kannte, schrieb: »Alle gesellschaftlichen Bewegungen, alle wirklichen Fortschritte, die in England im Interesse der Arbeiter zustande gekommen sind, knüpfen sich an den Namen Owen.« Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«). In: MEW, Bd. 20, S. 245.

nen zur Verfügung stehen oder ohne Schwierigkeiten verschafft werden können.«⁵² Die Welt neuer Erziehungsheime soll Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Umwälzung werden. Jenseits der alten familiären Bindungen, aus denen nur Menschen der »alten Welt« entstehen können, sollen die Bürger einer freien Gesellschaft hervorzunehmen.

Es sind aber nicht vornehmlich die mangelnde »Erziehung der Erzieher« oder das Gewicht der alten Gesellschaft, die diese Vorhaben stören. So wichtig die Reform des Bildungssystems war und ist: Das von Owen mit dieser Erziehung verfolgte Ziel selbst ist falsch: Der »Fortbestand gegensätzlicher Gefühle und Interessen« kann, anders als Owen es annimmt, nicht »verhindert« werden.⁵³ Der Widerspruch zwischen individueller Selbstverwirklichung und Sein-für-Andere ist nicht auflösbar, er kann nur jeweils unterschiedlich gelebt und gesellschaftlich vermittelt werden. Wollte man »alle antisozialen Gefühle [...] vernichten«⁵⁴ und alle Sonderinteressen beseitigen,⁵⁵ so müsste man Huxleys »Schöne neue Welt« schaffen, eine Gesellschaft »im Gleichgewicht«: »Die Menschen sind glücklich; sie bekommen, was sie begehren, und sie begehren nichts, was sie nicht bekommen können.«⁵⁶ Die Alternative ist nicht die Wahl zwischen »abstoßendem Individualismus« und »anziehender Vereinigung«,⁵⁷ sondern die zwischen antagonistischer und solidarischer Vermittlung der Gegensätze. Aber auch Owens pädagogische Annahme ist falsch: Menschen sind nicht beliebig formbar und kein passives Produkt der Erziehung. Man kann ihnen nicht »jeden beliebigen Charakter anerziehen«.⁵⁸ Gerade unter

⁵² Robert Owen: Essays über das Prinzip der Charakterbildung und seine Anwendung in der Praxis. A. a. O., S. 85 [im Original kursiv].

⁵³ Robert Owen: Das Buch der Neuen Moralischen Welt [1842]. In: Ders.: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. A. a. O., S. 337.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Ebenda, S. 389.

⁵⁶ Aldous Huxley: Schöne neue Welt. Frankfurt a.M. 2011, S. 215.

⁵⁷ Robert Owen: Das Buch der Neuen Moralischen Welt [1842]. A. a. O., S. 402.

⁵⁸ Ebenda, S. 102.

den »besten« Bedingungen gilt: »Eine Person gründet sich auf ihre in Freiheit vollzogenen Handlungen, und die persönliche Identität beruht auf der Freiheit [...] Wir schaffen unseren Charakter selbst; die Existenz geht dem Charakter voraus.«⁵⁹

Das zweite große Experiment ist der Kauf der Siedlung New Harmony im Mittleren Westen der USA, im Staate Indiana 1825. Was Owen in New Lanark als Oktroy gegenüber »seiner« Belegschaft durchsetzte, soll nun als freies Werk freier Bürgerinnen und Bürger entstehen. Selbstbewusst verkündet Robert Owen vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten in Washington, dass die »vereinte Arbeit [...] sei es in der Landwirtschaft oder in den Fabriken« Güter herstellen werde, die »besser und billiger« sein werden als Produkte des kapitalistischen Konkurrenzsystems.⁶⁰ Die Anziehungskraft der neuen Siedlungen werde ungeheuer sein: »Frei von allen finanziellen Sorgen, versehen mit den entscheidenden Vorteilen des Land-, Stadt- und Universitätslebens, ohne deren Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, im Genuss angeneh-

mer Gesellschaft, wird sich das gegenwärtige System zu verändern als gewaltige Versuchung für die menschliche Natur erweisen, so dass ich annehme, dass diese neuen, vernünftigen Wohnstätten kaum so schnell zu errichten sind, wie die Gesellschaft sie besitzen möchte.«⁶¹

Die Realität sieht anders aus. Nach einer kurzen Zeit des Enthusiasmus zerfällt die kommunistische Gemeinschaftlichkeit in immer neue Teile, verlassen enttäuschte Anhänger das Projekt, sinken Arbeitsmoral und Leistungsfähigkeit, zerreißt der Streit zwischen Anhängern eines sozialistischen Leistungsprinzips und kommunistischer Gleichmacherei, zwischen regulierter Aushandlung und bloßer Anarchie⁶² die erhoffte Harmonie, wird das Eigentum reprivatisiert. Fast sein gesamtes bewegliches Vermögen verliert Robert Owen in der Neuen Welt. Er ist fortan angewiesen auf seine Söhne, die in den USA bleiben und dort Einfluss gewinnen und ihm eine Rente aussetzen. Das gleiche Schicksal ereilt auch die kommunistische Siedlung Queenwood zwischen 1839 und 1845. Es vernichtet nicht nur



New Harmony, gezeichnet von Bodmer



Owens Plan für New Harmony von 1825

⁵⁹ Sari Nusseibeh (mit Anthony David): Es war einmal ein Land: Ein Leben in Palästina. Frankfurt a.M. 2009, S. 210. Man kann es auch so ausdrücken: Die Identität »ist [...] ein Wirbel in der gesellschaftlichen Strömung und somit immer noch Teil dieser Strömung. Das ist ein Prozess, in dem sich der Einzelne ständig im Vorhinein auf die für ihn relevanten Situationen einstellt und auf diese einwirkt.« Georg Herbert Mead: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 225.

⁶⁰ Roberts Owens zweiter Vortrag über ein neues Gesellschaftssystem. Gehalten am 7. März 1825 vor dem Repräsentantenhaus in Washington. In: Ders.: Das soziale System. A. a. O., S. 109.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Siehe dazu im Detail: Arthur Eugene Bestor: Backwoods Utopias. A. a. O., S. 160–201. Wie einer der Teilnehmer des Experiments *New Harmony* im US-Bundesstaat Indiana, Josiah Warren, schrieb: »Wir hatten eine Welt im Kleinformat geschaffen – wir hatten die Französische Revolution wieder und wieder durchgeführt, nur mit verzweifelten Herzen anstelle von Leichen als Resultat. [...] Es schien, als hätte der Natur eigenes Gesetz der Vielfalt uns besiegt [...] Unsere »vereinigten Interessen« waren im direkten Krieg mit den Individualitäten der Personen und Umstände und dem Instinkt der Selbsterhaltung.« Zit. nach Wikipedia-Artikel zu Richard Owen (engl.). http://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Owen (Zugriff vom 5.8.2010).

Spenden wohlhabender Philanthropen, sondern auch die jahrelangen kleinen Spenden der Arbeiterinnen und Arbeiter im Verein »of All Classes of All Nations«, die in Queenwood eine große Hoffnung gesehen hatten.⁶³ Es sind nur religiöse Sekten mit sehr hoher innerer Bindungs- und Disziplinierungskraft wie die Rappisten, die als geschlossene Produktions- und Lebenskommunen zeitweilig auch ökonomisch erfolgreich sein konnten.



Ein Arbeitswertschein (40 Arbeitsstunden) mit der Unterschrift von Robert Owen

Auch an einem dritten Experiment beteiligt sich Robert Owen, an der Gründung einer Arbeitswert-Bank in London zwischen 1832 und 1833. Die Reste seines Vermögens verliert er hier in dem Versuch, den direkten Austausch zwischen den Produzenten zum »Arbeitswert«, gemessen in Arbeitszeit, zu etablieren. Owen und seine Anhänger sind vom Erfolg absolut überzeugt. In einer überfüllten Versammlung mit den »unproduktiven Klassen«, den Besitzern von Läden und Händlern, informiert er sie, dass die Arbeitswert-Bank zu einer »Brücke« in eine

⁶³ Dieser Verein hatte es sich zum Ziel gesetzt, »das System, das von Robert Owen vorgeschlagen wird, praktisch zu verwirklichen«. Zit. nach Frank Podmore: Robert Owen, a. a. O., S. 465. Das Kapitel in diesem Buch, das das Queenwood-Experiment darstellt, gehört zu den interessantesten in Podmores Buch überhaupt. Es zeichnet nicht zuletzt die finanziellen Konsequenzen nach und kommt zu dem Schluss: »In einer Situation, wo ein qualifizierter Arbeiter sich selbst und seine Frau und seine Familie mit acht Schilling behaust, kleidet und verköstigt [so viel zahlte Harmony Hall ortsüblich an Lohnarbeiter; M. B.], wurde es als ökonomische Maßnahme angesehen vorzuschlagen, einem ungelerten Arbeiter [den Genossen von Harmony Hall; M. B.] eine Guinee (das sind 20 Schilling) zu zahlen und ihn frei in einem Palast wohnen zu lassen.« Ebenda, S. 569.

bessere Gesellschaft werden würde und warnt sie, sie sollten nicht zu spät kommen.⁶⁴

Aber es zeigt sich: Individuelle Arbeitszeit und gesellschaftliche Arbeitszeit, Bewertung des »Werts« durch die Produzenten und die Käufer fallen auseinander. Angebot und Nachfrage stimmen nicht überein. Die Lagerquellen über von Dingen, die keiner will und die den Arbeitern doch abgenommen werden müssen, da sie ja Arbeitszeit verausgabt haben. Und die Frauen, so heißt es, seien lieber auf Märkte gegangen, wo sie freie Auswahl für ihre geringen Ersparnisse hatten.⁶⁵

Diese Experimente nehmen den Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts vorweg: Kein neuer Mensch, keine wirkliche Freiheit, keine höhere Produktivität, keine anziehendere Lebensweise und keine überzeugende Demokratie entstehen auf der Basis der direkten kommunistischen Vergemeinschaftung von Produktion und Leben. Die freie Öffentlichkeit verkümmert zum Sozialpaternalismus; der menschenrechtliche Horizont schrumpft auf soziale Sicherheit.

Die rücksichtslose Analyse der kleinen gescheiterten Versuche jener, die im späten 19. Jahrhundert als Utopisten abgewertet waren, hätte die Sackgassen der großen kommunistischen Experimente des 20. Jahrhunderts vielleicht verhindern können. Das blinde Vertrauen in die Überlegenheit unmittelbarer Gemeinschaftlichkeit wäre in der Salzsäure empirischer Untersuchung verdampft. Und die Versuche, mit Überwachung, Terror und Gewalt sowie der Einmauerung der Widerwilligen die »neue Welt« doch noch zu erzwingen, sind nur vor dem Hintergrund der Weltkriege und des

⁶⁴ Siehe ebenda, S. 409.

⁶⁵ Der Arbeiter-Aktivist William Lovett schrieb in seiner Autobiographie: »Das Vorurteil der Ehefrauen der Mitglieder [jener Gesellschaften, die der Arbeitswert-Börse angeschlossen waren – M. B.] war ein anderer Grund des Scheiterns [der Börse – M. B.]. Ob es nun ihre Lust am Shoppen oder ihre Abneigung war, dass ihre Ehemänner mit dem genauen Umfang ihrer Geschäfte vertraut werden, für die diese dann in Zahlung standen, weiß ich nicht, aber es ist sicher, dass sie oft gute und unverfälschte Produkte liegen ließen auf der Suche nach solchen, die nicht selten fragwürdig waren.« Zit. nach ebenda, S. 421.

Faschismus zu verstehen, auch wenn sich im Nachhinein die Frage stellt, wie legitim es war, anderen diesen Preis aufzuerlegen.

Die kapitalistische Privatisierung des Öffentlichen und die kommunistische Vergemeinschaftung des Individuellen haben sich als Sackgassen der Geschichte erwiesen.⁶⁶ Der Kommunismus des Öffentlichen und die Freiheit der Einzelnen können nur um den Preis der Barbarei zerstört werden. Aus dem Widerspruch von individueller Freiheit und öffentlicher Gemeinschaftlichkeit gibt es kein gelingendes Entkommen. Das frei für jede und jeden zugängliche Öffentliche ist das ständig neu zu schaffende kommunistische Fundament der Moderne; die in der konkreten Ausgestaltung der Menschenrechte immer neu zu bestimmende Würde des Menschen ist ihr heller Horizont.⁶⁷ Nur zwischen diesen beiden kann jener weite Raum entstehen, in dem »die freie Entwicklung [jeder und] jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller« (Marx/Engels) wird. Sozialismus zielt darauf ab, die antagonistische Gestaltung dieses Raums im Kapitalismus durch die solidarische Austragung seiner Widersprüche jenseits des Kapitalismus abzulösen. Dies wäre eine zweite große Transformation. Es wäre, wie Rolf Reißig schreibt, der Übergang von der »Markt- und Konkurrenzgesellschaft« zur »Nachhaltigen Solidargesellschaft«.⁶⁸

Wichtige Fragen einer solchen Transformation müssen gelöst werden: Wie kann aus einer Ökonomie der Produktion eine Ökonomie der Reproduktion entstehen, eine Wirtschaft freier Menschen, behaust auf dem Planeten Erde – eine neue Hauswirt-

⁶⁶ Peter Ruben [1995]: Gemeinschaft und Gesellschaft – erneut betrachtet. In: Ders.: Philosophische Schriften – Online-Edition. www.peter-ruben.de

⁶⁷ »Die Menschenwürde bildet gleichsam das Portal, durch das der egalitär-universalistische Gehalt der Moral ins Recht transportiert wird.« Jürgen Habermas: Das utopische Gefälle. Das Konzept der Menschenwürde und die realistische Utopie der Menschenrechte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2010, S. 46.

⁶⁸ Siehe Rolf Reißig: Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden 2009, S. 142.

schaft, in der nur eines noch wächst, die Fähigkeit zum behutsamen Umgang mit der Natur und zur solidarischen Freisetzung neuer menschlicher Lebensmöglichkeiten? Wie kann die Gemeinschaftlichkeit des Öffentlichen mit der Freiheit des Einzelnen, die rationale Planung durch alle mit der Fähigkeit zur innovativen Zerstörung des Gegebenen, die gesellschaftlich effiziente Erzeugung und Nutzung der Güter mit der Arbeit von Unternehmen auf eigene Rechnung und Risiko verbunden werden? Wie können ein neuer solidarischer Kommunismus des Öffentlichen und ein neuer Aufbruch individueller Emanzipation gemeinsam zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts finden?

Eines zumindest könnte gewusst werden: Die Moderne hat einen menschenrechtlichen Horizont, den wir nur um den Preis, das Auschwitz wieder wird, verleugnen können. Sie hat kommunistische Fundamente, die wir immer wieder neu hervorbringen müssen, soll der Planet nicht »wüst und wirr« (Gen. 1,2) veröden. Dauerhaft darf der Kapitalismus den Platz zwischen diesem Himmel und dieser Erde nicht beherrschen. Die Profitdominanz überwältigt die Menschenrechte und plündert das Erbe der Menschheit. Aus dem Kampf darum, den Himmel auf die Erde zu holen und eine Gesellschaft der Freien und Gleichen unter Wahrung und Mehrung des frei für alle zugänglichen, des öffentlichen gemeinschaftlichen Erbes zu gestalten, kann die Chance erwachsen, die kapitalistische Moderne in eine solidarische Moderne, einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu transformieren. Dies ist die Aufgabe einer zeitgemäßen radikalen, an die Wurzeln gehenden Realpolitik, mit der wir uns auf eine wahrhaft große neue Reise begeben.



Das Grab von Robert Owen in Newton, Wales, seiner Geburtsstadt

Das Viereck - Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken

Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken



Rainer Rilling hat neben vielen anderen grundsymphatischen Eigenschaften auch die, erstarrte Sprech- und Schreibweisen in linken Diskursen nicht zu mögen und selbst nicht zu pflegen. Es ist beispielsweise kein Zufall, dass er in der Zeitschrift *LuXemburg* (1/2011) einen Beitrag kommentierte, in dem es um das literarische *Book Shield* geht. Demonstrierende halten den Knüppeln der Polizei auf ihren Schutzschilden mit der Nennung klassischer Buchtitel den Verweis auf große Erzählungen in der Weltliteratur entgegen. So legen sie symbolisch offen, dass die Macht sich nicht scheut, auch gegen Geist und Schönheit gewaltsam vorzugehen.

»Ohne Erzählung ist jeder Kampf verloren« – so formuliert das auf einem dieser Buchschilde genannte Autorenkollektiv Wu Ming. Welchen Sinn und Vorteil kann es haben, ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt der gesellschaftlichen Linken als »Erzählung« zu bezeichnen?

- Der Begriff Erzählung könnte darauf verweisen, dass die Linke zu mehr als einem nüchternen Theoriegebäude für

Fachleute herausgefordert ist, wenn sie für eine emanzipatorische Transformationsperspektive eintritt. Ein alternatives Gesellschaftsprojekt setzt zwar theoretische Grundlagen voraus und muss dies auch sichtbar machen. Aber von diesem Projekt ist auf solche Weise zu erzählen, dass es die Herzen der Adressaten erreicht. Eine bloße Theorie ist kaum als Herzensangelegenheit zu bezeichnen. Eine politische Erzählung könnte als Balanceakt zwischen theoretischem Gesellschaftsentwurf und Angebot an die Gefühlswelt von AkteurInnen betrachtet werden. Eine neue große Erzählung der Linken wird gleichermaßen theoretischem Anspruch wie dem Anschluss an die innere Welt der Menschen gerecht werden müssen.

- Über das besondere Genre der Erzählung ist beispielsweise bei Wikipedia nachzulesen: »Meist kürzer und vor allem weniger verschachtelt als ein Roman, wird ein Verlauf beziehungsweise eine Entwicklung chronologisch und durchgängig aus einer Perspektive dargestellt.« (<http://77de.wikipedia.org/wiki/Erz%C3%A4hlung>) Und: »Dichtungen, die sich in ihrem Gehalt an die Wirklichkeit des Lebens anschließen und schlicht und anschaulich eine einfache Begebenheit darstellen, [sind] Erzählungen« (Krell, 1954: 430).

Aber zu einer Erzählung gehört mehr: Es ist Darstellung aus einer Perspektive. In einer linken Erzählung ist das vor allem die Perspektive von unten. Sie nimmt allerdings viele Perspektiven in sich auf, auch die von Milieus der gesellschaftlichen Mitte bis hinein in das aufgeklärte, sozial denkende Bürgertum.

Wenig verschachtelt erzählen: Dies ist ein weiterer Balanceakt zwischen dem Erfassen der überaus komplexen und

differenzierten gesellschaftlichen Realität und ihrer einfachen und anschaulichen Darstellung.

An die Wirklichkeit des Lebens anschließen: Das erfordert, von einem linken Transformationsprojekt so zu erzählen, dass deutlich wird, was in der Lebenswelt der Menschen ganz unmittelbar auf welche Weise zum Besseren verändert werden kann.

- In einer Erzählung, in einer großen zumal, wird in der Regel eine zentrale Idee entfaltet, die ihr Faszination und hegemoniale Kraft verleiht. Dies betrachtete der französische Philosoph Jean Francois Lyotard als das Wesentliche einer großen Erzählung über Gesellschaften. Und er hielt zugleich die Gefahr der Überhöhung solcher Idee zu einem absoluten und alleingültigen Erklärungs- und Orientierungsprinzip gesellschaftlicher Entwicklung für unausweichlich. Die Folge sei die Negierung gesellschaftlicher Pluralität, von widerstreitenden Interessen und Meinungen und daraus resultierend die Neigung der Mächtigen, ihre eigene als absolute Wahrheit verstandenen Gesellschaftsvorstellungen autoritär und diktatorisch durchzusetzen. Er proklamierte daher 1979 in seinem Bericht »Das postmoderne Wissen« das »Ende der großen Erzählungen«.

Die Frage ist, ob die Linke, ohne in den Ideenabsolutismus des Staatssozialismus und des Marktradikalismus zu verfallen, eine neue Erzählung hervorbringen kann, deren zentrale Idee emanzipatorisch, hegemoniefähig und toleranzstiftend zugleich ist.

Stellt euch vor, die Linke findet ihre Erzählung von einer besseren Welt und vom Weg dahin – und die Leute hören zu.

Stellt euch vor, die Menschen fühlen: Das ist unsere Erzählung.

Stellt euch vor, sie fangen an, sie wahr zu machen!

Das Elend der gegenwärtig herrschenden Politik ist, dass den Machteliten nichts anderes einfällt, als nach ihrer alten, in der jüngsten Mehrfachkrise eklatant gescheiterten Erzählung zu handeln, dass die Märkte als gleichsam allwissende Wesen die

wundersame Fähigkeit hätten, die großen Probleme der Zeit auf die beste Weise zu lösen. Etwas Staatsinterventionismus und im Fall von Bankenrettungen sogar Billionen schwere Staatsaufwendungen plus grüne Technologien als eine Art Bluttransfusionen für den neoliberalen Kapitalismus sind dabei allerdings willkommen. Doch wenn sich mehr denn je alles »rechnen« muss, bleiben Menschen und Natur auch künftig auf der Strecke. Dies wird immer mehr zur Alltagserfahrung vieler Menschen. Die Ahnung breitet sich aus, dass ein anderes Maß aller Dinge als der Profit her muss – nach linksdemokratischen Vorstellungen die Freiheit der Einzelnen, über ihr Leben selbst zu bestimmen. Vielfach gebrochen dringt dieses aufkeimende Gefühl selbst bis in die großbürgerlichen Feuilletonredaktionen vor (Kahrs 2011). Ein geistiges Vakuum tut sich auf, von den Grünen nur unzureichend ausgefüllt – Raum für eine neue Erzählung der modernen Linken.

»Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen« (Marx, 2005: 91), Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden in Einklang mit der universellen Erhaltung der Natur anstelle höchstmöglichen Profits – das kann als der archimedische Punkt einer gerechten solidarischen Gesellschaft, des demokratischen Sozialismus, und des Weges dahin betrachtet werden. Das ist der Grundtenor der Erzählung einer modernen Linken.

Aber wie ist von dieser zentralen Idee eines alternativen Gesellschaftsprojekts auf solche Weise zu erzählen, dass ihre theoretische Substanz ihre Lebendigkeit nicht erschlägt und dass sie nicht zu einem schwer überschaubaren Forderungskatalog von der Art mancher Parteiprogramme gerät? Vier Kapitel einer modernen Erzählung der Linken ließen sich bei solchem Versuch aufschlagen oder vier Leitideen entwickeln.

Kapitel 1: Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht

Fernsehen und bunte Blätter sind dabei, uns mit einer Bilderflut vom Leben der Reichen und Schönen zu suggerieren, die Klüfte zwischen Oben und Unten seien das Normalste der Welt. Aber zwischen der Herrschaft über Öl- und Bankimperien und dem Fehlen von Geld für einen Schulausflug ist keine Normalität herzustellen. Der Regen fließt nicht von unten nach oben –

wohl aber das Geld. Wenn die oberen 10 Prozent der deutschen Bevölkerung über 61 Prozent des gesamten Vermögens und die weniger wohlhabenden 70 Prozent der Bevölkerung über gerade einmal 9 Prozent des Gesamtvermögens verfügen (ver.di 2011), kann von gerechter Verteilung der Lebenschancen und von gleicher Freiheit für alle keine Rede sein.

Aus der Sicht von Hartz-IV-EmpfängerInnen und prekär Beschäftigten, vom Standpunkt Hunderter Millionen Menschen auf der Erde, die heute nicht wissen, wie sie morgen ihren Hunger stillen können, in der Not der Millionen, deren Kinder in den armen Ländern an längst heilbaren Krankheiten sterben, aus der Sicht von unten also ist eine Umverteilung von Lebenschancen ihr erstes Überlebensproblem.

Davon wird daher ein erstes Kapitel einer modernen linken Erzählung handeln. Immer noch zerreißt der Widerspruch zwischen Arm und Reich die Gesellschaft. Und doch ist es nicht nur die alte Geschichte, die die Linken schon immer erzählt haben. Nie zuvor war die Spaltung der Gesellschaft so absurd und skandalös wie heute. Denn in der westlichen Welt ist der Reichtum so angewachsen, dass es im Gegensatz zu früheren Zeiten möglich wäre, in kürzester Zeit für alle Menschen ein menschenwürdiges Dasein in sozialer Sicherheit zu gewährleisten und obendrein den armen Ländern der Erde umfangreiche Unterstützung für die Überwindung von Armut und Umweltzerstörung zu geben. Nie zuvor hat das falsche Maß für die Entwicklung, der Profit, große Teile der Menschheit so existenziell gefährdet wie mit dem Heraufziehen einer Klimakatastrophe, der Zerstörung der Artenvielfalt und dem Andauern von Kriegen bis zur Möglichkeit von atomaren Kriegen noch immer. Die ausgeklügelten Instrumente der internationalen Finanzmärkte wurden zu Vehikeln der Fahrt in die Billionen schwere Verschuldung von Banken, Staaten und Haushalten. Je reicher die Vermögenden, desto größer ihre Forderungen nach Verzinsung ihrer Vermögen durch die Schuldner und desto radikaler die Sparprogramme, die die Menschen arm machen.

Das Maß aller Dinge in der kapitalistischen Gesellschaft, der Profit samt den Wertpapierkursen, funktioniert nicht einmal mehr für die Machteliten, denen die Kontrolle über das Geschehen entgleitet. Ein anderes Maß

muss sein – der Mensch selbst. An diesem Punkt gewinnt die Umverteilung ihren erst-rangigen Platz in einer linken Erzählung. Denn Freiheit bleibt vorwiegend die Freiheit der Mächtigen und Reichen, wenn nicht für alle soziale Gleichheit an den Bedingungen individueller Freiheit durchgesetzt wird: an Erwerbs- und an Reproduktionsarbeit in der Familie, an Bildung, Information, Gesundheitsleistungen, Umweltraum, Kultur, Zugang zu öffentlichen Räumen und an demokratischen Entscheidungsprozessen. Umverteilung heute betrifft die Gesamtheit aller dieser Freiheitsgter (Michael Brie), aller Lebenschancen in den reichen Gesellschaften selbst und rund um die Erde.

Das ist so einleuchtend, dass inzwischen alle Parteien in ihren Programmen Freiheit und Gerechtigkeit proklamieren. Nur eine Erzählung, die der Linken, gewinnt hier Brisanz. Denn sie handelt davon, dass Umverteilung von Lebenschancen auch die Umverteilung von Macht und Eigentum erfordert.

Ein funktionierender Finanzsektor, eine Energiewirtschaft, die Klimastabilitt und bezahlbare Energieversorgung für alle sichert, Gesundheit, Bildung, Kultur und die Grundversorgung mit Wasser und Mobilität sind potenziell öffentliche Güter, die unter gesellschaftliche Kontrolle und zu großen Teilen direkt in die öffentliche Hand gehören, um wirklich von allen benutzt zu werden (Ostrom 2011).

Diese Gemeingüter oder Commons zu einer entscheidenden Grundlage öffentlicher Daseinsvorsorge als Bürgerrecht auszugestalten, gegen Privatisierung zu verteidigen oder ihre private Beherrschung zu beenden – das ist ein zentrales Thema einer linken Erzählung. Diese handelt nicht allein von der Umverteilung zwischen Oben und Unten, sondern auch zwischen Privatem und öffentlichem. (An diesem Kapitel hat Rainer Rilling übrigens mit starker Handschrift mitgeschrieben.)

Kapitel 2: Sozialökologischer Umbau

Der Linken wird vorgeworfen, sie erschöpfe sich in Verteilungsfragen. Sie habe keine Kompetenz für die Wirtschaft, die erst einmal hervorbringt, was zu verteilen ist. Tatsächlich gehört in eine moderne Erzählung der Linken ein zentrales Kapitel, an dem sie nur sehr zögerlich arbeitet und das doch

den rot-grünen Faden aller Kapitel ihrer Erzählung ergeben muss. Die Transformation des 21. Jahrhunderts wird von einem sozialökologischen Umbau bestimmt sein. Das Soziale erfordert Umverteilung. Aber wie viel und ob künftigen Generationen überhaupt etwas zu verteilen bleibt, hängt vom Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen ab. Wirtschaftspolitik heute muss deshalb auf den sozialökologischen Umbau der Ökonomie konzentriert sein.

Sozialökologische Transformation, Umkehr im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur, Gestaltung zukunftsfähiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse – das ist gleichrangig mit einer Umverteilung von Macht und Lebenschancen die zweite Leitidee einer modernen Erzählung der gesellschaftlichen Linken.

An die Stelle rücksichtsloser Ausbeutung und Überlastung der Natur durch die kapitalistische Wachstumsgesellschaft tritt die Einsicht, dass die Menschen selbst ein Teil der Natur und ihrer Kreisläufe sind und dass die Endlichkeit der Naturressourcen zu einem Ende des bisherigen Wirtschaftswachstums führen muss. Lebens- und Wirtschaftsweisen müssen mit dem Erhalt der Natur und ihrer Gleichgewichte in Einklang gebracht werden.

Ein Green New Deal ist zum umkämpften Feld der kommenden Jahrzehnte geworden. Der Übergang von einer die Umwelt zerstörenden fossilistisch-atomaren zu einer solaren Energiewirtschaft, von vorwiegender Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Vorrang gesteigerter Ressourcenproduktivität, von profitdominiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung ist zur zentralen Herausforderung innerhalb eines nur schmalen Zeitfensters geworden.

Diffuse Transformationsvorstellungen geistern in Medien und prägen die offizielle Sprechweise in UNO-Kreisen und in der Europäischen Union. Eine Große Transformation, meist verkürzt verstanden als Übergang zu Dekarbonisierung durch einen Schub von Investitionen in Umwelttechnologien, sei schon dabei, der Menschheit eine freundlich-nachhaltige Zukunft zu eröffnen – als sei dies kraft Einsicht der Regierenden und ohne Veränderung der Macht und Eigentumsverhältnisse möglich (siehe z.B. Global Scenario Group 2003).

Tatsächlich lautet die zukunftsentscheidende Frage, in welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen und von wem ein Green New Deal durchgesetzt wird. Die Antwort darauf ist nach der hier vertretenen Auffassung (noch) offen. Wird der neoliberale Kapitalismus eine grüne Ökonomie als Lebenselixier in sich aufnehmen? Diese Tendenz ist sehr stark. Ulrich Brand beispielsweise hält diese Frage bereits für entschieden zugunsten eines neoliberalen *green capitalism* (Brand, 2011). Dann würden die Produktions- und Lebensweisen zwar ökologischer, doch nicht grundsätzlich anders werden: nicht gerechter, nicht sozialer, nicht demokratischer und ohne wesentliche Veränderung der gegenwärtigen Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Machtstrukturen.

Würden stattdessen mit einer grünen Wirtschaft die Kräfteverhältnisse zugunsten eines postneoliberalen Richtungswechsels verändert, so könnte es gelingen, schon im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine tatsächlich emanzipatorische Zeitenwende einzuleiten. Dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) und dem neoliberalen Kapitalismus könnte eine Transformation zu einer nächsten Phase oder Formation des Kapitalismus folgen: zu einem sozial und ökologisch regulierten Kapitalismus, der als sozial-libertärer Green New Deal bezeichnet werden könnte – mit wiederum offener Perspektive.

Ob die gesellschaftliche Linke, ob die Partei DIE LINKE, die zugleich ökologisch und sozial orientierten Kräfte bei den Grünen und in der SPD diesen Kampf zugunsten einer postneoliberalen sozialökologischen und libertären Transformation entscheiden können, hängt vor allem von einer gravierenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links ab, aber auch von der Überwindung weiterer Hindernisse. Die Bewältigung von Hindernissen oder das Scheitern an ihnen macht die Spannung manch guter Erzählung aus.

Ein solches Hindernis sind herkömmliche Vorstellungen linker Parteien und Bewegungen über das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur. Auch sie betrachteten die Natur in der Regel überwiegend als Herrschaftsobjekt und Ausbeutungsquelle. »Rechte der Mutter Erde«, wie im »Abkommen der Völker« von Cochabamba de-

klariert (Weltkonferenz 2010) und in Ecuador erstmals in einer Verfassung verankert, waren der internationalen Linken bis vor Kurzem genauso fremd wie anderen gesellschaftlichen Kräften. Eine zeitgemäße linke Erzählung beschreibt dagegen eine doppelte Befreiung: die Befreiung der Menschen von kapitalistischer und patriarchaler, von ethnisch, rassistisch und geopolitisch begründeter Herrschaft und die Befreiung der Natur von der martialischen Herrschaft der Gesellschaft über sie. Wer in der pluralen Linken die Zentralität dieser doppelten Befreiung nicht begreift und einseitig an der sozialen Frage festhält, als sei diese nicht längst zu einer sozialökologischen Frage geworden, manövriert die Linke ins Abseits und vergeht sich an der Gesellschaft.

Entwicklung statt Wachstum: Ein zweites Hindernis, für dessen Überwindung eine moderne Erzählung der Linken plädieren wird, ist das Verhaftetsein der Gesellschaft samt der Linken in der herrschenden Wachstumsfixiertheit. Wachstum und Expansion sind die konkurrenzgetriebene Daseinsweise des Kapitals. Aber auch die Linke hat im Wirtschaftswachstum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, stets die günstigsten Voraussetzungen für Verteilungskämpfe gesehen und tut dies überwiegend noch immer. Doch seit geraumer Zeit mehrt das Wachstum zwar immer noch den gesellschaftlichen Reichtum, zerstört aber gleichzeitig einen wachsenden Teil des bisher Geschaffenen. Das kapitalistische Wachstum droht akut in eine Klimakatastrophe zu münden. Nach dem im Auftrag des UN-Generalsekretärs erarbeiteten »Millennium Ecosystem Assessment« gelten zwei Drittel der von den natürlichen Ökosystemen geleisteten Funktionen als gefährdet. Besonders bedrohlich ist die wahrscheinliche wechselseitige Kumulation eines solchen Systemversagens (Wuppertal Institut 2008: 118, 470).

Das Absurde dabei ist, dass jenseits eines in der OECD-Welt von einer breiten Mitte der Bevölkerung etwa in den 1970er Jahren erreichten materiellen Lebensstandards nach den Befunden der Glücksforschung die Lebenszufriedenheit mit höherem Einkommen nicht einmal mehr zunimmt oder zumindest nicht dauerhaft wächst (Wilkinson/Pickett 2010; Layard 2010). Das Wachstum und die auf ihm beruhenden Lebensweisen verlieren den Sinn. Die Frage nach

dem Sinn des Lebens, die alle großen Erzählungen durchzieht, bedarf neuer Antworten. Die meisten Varianten eines Green New Deal zielen dagegen darauf, dem Wirtschaftswachstum durch Investitionen in Umwelttechnologien neuen Schwung zu verleihen. Würde diese Rechnung tatsächlich aufgehen, würden die grünen Investitionen ein allgemeines Wachstum auslösen, so fräße dieses Wachstum mit großer Wahrscheinlichkeit die Vorteile steigender Ressourcenproduktivität wieder auf (rebound effect). Wenn zudem die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse in einem grünen Kapitalismus unangetastet blieben, dauerte die Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten an und würde auch weiter mit sozialer Polarisierung verbunden sein. Das profitorientierte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts muss deshalb nachhaltiger Entwicklung weichen.

Also muss eine Erzählung der Linken für das 21. Jahrhundert die Perspektive einer Gesellschaft eröffnen, die ein besseres Leben auch ohne herkömmliches Wachstum ermöglicht. Und auch diese Seite einer solchen Erzählung kommt nicht an Widersprüchen und schwierigen Fragen für die Linke vorbei. Sie, die sich auf der Seite der Benachteiligten in der Gesellschaft sieht, deren Einkommen gewiss erst noch bis zu einem annehmbaren Wohlfahrtsniveau anzuheben sind, kann sich doch nicht gegen ein Wachstum stellen, das höhere Löhne ermöglichen soll. Die Gewerkschaften erklären das laut und deutlich. Ökologischer Umbau kann tatsächlich nicht auf Niedriglohn, Leiharbeit und Hartz-IV-Verhältnissen aufsetzen. Da muss erst umverteilt werden, damit nicht die Nöte großer Bevölkerungsteile für sie die Umweltpolitik ins Abseits drängen (Flassbeck 2011). Ein Wirtschaftsminister der Linken gar, der kein Wachstum anstrebte, stünde chancenlos auf der Abschlusliste der bürgerlichen Opposition. Und wie soll die westliche Welt ohne Wachstum eine Unterstützung für die armen Länder in nie dagewesenem Umfang gegen den Hunger und für deren sozialökologischen Umbau leisten? Aber andererseits – wie sollen diese den unverzichtbaren Raum für ihr Wachstum gegen Armut gewinnen, wenn das Wachstum der Industrieländer die Erde schon heute überlastet?

An diesem Punkt angelangt, tut sich der Gesellschaft und mit ihr der Linken für einen

kurzen historischen Moment eine glückliche Chance auf. Eine Erzählung der Linken muss diese Chance aufgreifen und in das eigene und das öffentliche Bewusstsein heben. Für einen nicht allzu langen Zwischenzeitraum nämlich könnte ein Schub umwelttechnologischer Investitionen ein solches Wachstum erlauben, das kraft der Zuwendung zu erneuerbaren Energien, Einspartechnologien und Effizienztechnologien bedeutend umweltverträglicher als bisher verlaufen kann, neue Arbeitsplätze schafft und vor allem eine kurze Atempause bietet. Die allerdings muss intensiv für eine Umstellung auf die kommende Zeit einer hochinnovativen, kreativen, einfachen Reproduktion ohne nennenswertes Wachstum genutzt werden. In dieser ungeheuer wichtigen Phase des Noch-Wachstums vor dem Übergang zu nachhaltiger Entwicklung ohne herkömmliches Wachstum, in der qualitative Fortschritte in der Regel im Rahmen der Amortisationsfonds zu finanzieren sind, muss die Ökokonjunktur der aufsteigenden grünen Branchen und humanorientierten Dienstleistungen für den Rückbau der die Umwelt zerstörenden Bereiche, für Konversion und den Einstieg in nachhaltige Lebensweisen genutzt werden. Dies ist das Kapitel von der wunderbaren Chance kurz vor dem Abgrund, eines der spannendsten und dramatischsten in der Menschheitsgeschichte. Und die Linke muss es mit großen Buchstaben in ihre eigene Erzählung einschreiben und in ihre Realpolitik umsetzen, soweit dies in ihrer Macht steht. Doch das erzählt sich leichter als es beispielsweise in Brandenburger Mitregierungsverantwortung bei leeren Kassen einzulösen ist. Nur bloße Erzählung also? Oder doch – was hier vertreten wird – zugleich ein wohl begründetes Raster zur Überprüfung linker Politik? Nach diesem Raster beurteilt, entspricht beispielsweise das im Januar 2011 vom Parteivorstand der LINKEN beschlossene Steuerkonzept ganz und gar der Leitidee gerechter Verteilung von Lebenschancen. Aber auf der Einnahmenseite wird nicht mit einem einzigen Satz problematisiert, ob womöglich eine Teilverlagerung der Besteuerung auf den Verbrauch von Umweltressourcen und Natursenken ein dringliches Erfordernis des sozialökologischen Umbaus ist. Ähnlich wären auch auf anderen Politikfeldern konkrete Projekte auf der Hut vor Verengungen an allen vier Leitideen eines

emanzipatorischen Gesellschaftsprojekts zu messen.

Natürlich hat die Linke auch dieses Kapitel mit ihrem eigenen Vorzeichen zu gestalten. Diese Phase der sozialökologischen Transformation muss zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und mehr Teilhabegerechtigkeit führen, oder sie würde die erforderliche Unterstützung großer Teile der Bevölkerung nicht finden. Die Offenheit dieser Übergangssituation – wenn sie denn durch einen umwelttechnologischen Schub tatsächlich erreichbar ist – muss in Chancen verwandelt werden.

Solidarische Lebensweisen: In den Blick gerät eine einschneidende Veränderung der Lebensweisen. Davon müsste nun eine alternative Erzählung handeln, vom Ausstieg aus dem Laufrad der Anhäufung von Gütern, die längst die Lebenszufriedenheit großer Teile der Bevölkerung nicht mehr erhöhen können, vor allem aber vom Einstieg in neue, bessere Lebensqualitäten.

Eine Erzählung, so wurde hier zitiert, schließt an die Wirklichkeit des Lebens an: Die Leute sagen, das Wichtigste ist die Gesundheit. Also geht es um die Wiedergewinnung einer gesunden Umwelt und um den sozial gleichen Zugang aller zu einem Gesundheitswesen, in dem nicht die Rentabilität der Krankenhäuser und nicht der Profit der Pharmakonzerne die Gesundheitspolitik bestimmen, sondern die Zuwendung zu den PatientInnen und ihrem Wohl. Die Menschen sagen, das Wichtigste sind unsere Kinder. Also geht es um gute Bildung und um erstklassige Betreuung bereits im Vorschulalter für alle, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Und tatsächlich bestimmt das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für eine bessere Bildung der Kinder viele Initiativen und ist zu einem der wichtigsten Wahlthemen geworden.

Weit oben stehen für die meisten gute Partnerschaft und gute Freunde. Also werden zwischenmenschliche Beziehungen etwas Entscheidendes in künftigen Lebensweisen sein. Menschen wollen in Sicherheit und ohne Ängste leben. Soziale Sicherheit durch Zugang zu guter Arbeit und durch eine solidarische Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme sowie Überwindung von Gewalt im Alltag werden für die Lebensweisen der Zukunft große Bedeutung haben. Erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit wird

ein ausgewogenes Verhältnis von Erwerbsarbeit, Reproduktions- oder Familienarbeit, gesellschaftlichem Engagement und Muße für die eigene Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen – geschlechtergerecht für Männer und Frauen.

Nicht zuletzt wollen die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbst bestimmen. Stuttgart 21 ist ein Signal dafür. Dazu gehören die Erweiterung der repräsentativen Demokratie zur partizipativen Demokratie und Wirtschaftsdemokratie und die Möglichkeit für alle zur Teilnahme an Entscheidungsprozessen.

In künftigen Lebensweisen könnten also mit dem Vorteil Ressourcen sparender Entwicklung nichtmaterielle Seiten der Persönlichkeitsentfaltung im Verhältnis zu stofflichem Konsum ein weit größeres Gewicht als bisher gewinnen.

Rückblickend auf unsere Zeit des Übergangs wird von den enormen Anstrengungen inneren Wandels der Individuen auf diesem Weg erzählt werden. Max Weber stellte für die Zeit der Herausbildung des Kapitalismus den ungeheuerlichen Umbruch vom Arbeiten, um zu leben, zum Leben, um (für das Kapital) zu arbeiten, dar. Und er schrieb, dass dies zuvor »als Ausdruck des schmutzigsten Geizes und einer schlechthin würdelosen Denkart« gegolten hätte (Weber 1991: 44, 46f). Inzwischen ist die Jagd nach Gütern und zumal nach Geld so tief in den Habitus der Bevölkerungsmehrheit in der westlichen Welt eingeschrieben und ist auch andernorts das Ziel der Sehnsüchte, dass nunmehr die Umkehr zur Arbeit, um zu leben, zu Anerkennung, die nicht nach Besitz geht, sondern nach menschlichen Qualitäten, zum Verzicht auf das Überflüssige, die Hinwendung zur Freude an Natur, an der Kunst und am Schönen unserer Umwelt den Einzelnen kaum weniger Anstrengungen abverlangt als einst die Akzeptanz des »Geistes des Kapitalismus« (Weber). Die Erzählung der Linken sollte den Perspektiven dieser Anstrengungen erheblichen Raum zumessen, geht es doch um den Übergang vom Primat des Kapitalreichtums zum Vorrang des »menschlichen Reichtums« (Marx) als Lebenssinn.

Für diesen Weg in Neuland bedarf es einer Fülle von Entscheidungen der Individuen, der kollektiven Akteure und Gemeinwesen. Eine Erneuerung der Demokratie wird den

Rahmen dafür bieten. Von ihr könnte ein drittes Kapitel in einer zeitgemäßen Erzählung der Linken handeln.

Kapitel 3: Demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft

Eine Erzählung lebt in aller Regel von den Handelnden, die ihr erst ihre Lebendigkeit verleihen und die Handlung vorantreiben. Durch die Brille einer linken Erzählung betrachtet ist deren Thema, ob und unter welchen Bedingungen Menschen sich aufmachen, um sich selbst und die Gesellschaft zu verändern. Dies ist Gegenstand der Subjektforschung, der Erforschung des Umschlags vom Objektstatus der Menschen zum Subjektstatus handelnder Akteurinnen und Akteure.

Eine Erzählung der Linken von einer besseren Welt wird nur dann zu lebendiger Realität werden, wenn es gelingt, einen elementaren Widerspruch zu lösen: den Widerspruch zwischen dem Gefühl von Mehrheiten, in einer ungerechten Welt und in einer ganz unzureichenden Demokratie auf dem Weg in die Zerstörung der eigenen natürlichen Existenzgrundlagen zu leben, und dem Verharren in den festgefahrenen Verhältnissen trotz des Wissens um ihre immanenten Risiken. Auf die Tagesordnung gerät, was Johannes R. Becher 1947 den »Aufstand im Menschen« nannte: »Das ist nicht das Leben, das wir leben – so flüstert und schreit es auf in uns. Das Leben, wie es das unsere sein könnte, geht tagtäglich unwiederbringlich an uns vorüber [...] der Mensch steht auf im Menschen gegen sich selbst, gegen den Menschen in sich, der alles Schändliche und alles Verbrecherische duldet unter der Ausrede, es sei halt einmal so und es sei doch nichts zu machen – gegen dies »Es ist nun einmal so« steht der Mensch im Menschen gegen sich selbst auf – mit dem Ruf: es kann nicht so bleiben, wie es ist, ich will nicht so weiterleben wie bisher, es muss anders werden – ich will ein anderer werden« (Becher 1986: 116f). Tatsächlich schreit »es« gegenwärtig noch immer oder immer wieder erneut in uns auf. Dies ist in einer Vielzahl von Bewegungen, Initiativen und Projekten lebendig. Aber trotz aller Kämpfe und Teilaufbrüche, in denen diese Hoffnung Bechers und vieler anderer manifest wird und in denen Potenziale für künftige Umbrüche aufscheinen, ist die Wahrheit, dass in Europa jene Mehrheit, die

die Profitdominanz infrage stellen, zurückdrängen und schließlich überwinden könnte, vom »Aufstand im Menschen« vielleicht berührt, aber keineswegs in Bewegung gebracht ist.

Eine partizipative Erneuerung der Demokratie und eine Ausweitung der Demokratie auf die von ihr bisher kaum berührte Wirtschaft ist daher die dritte Dimension einer Erzählung der Linken auf der Höhe der Aufgaben in den kommenden Jahrzehnten.

Die Lebenschancen werden nur dann nach dem Maß sozialer Gleichheit neu verteilt, und unsere natürlichen Lebensgrundlagen werden nur dann bewahrt werden, wenn in einer kaum übersehbaren Zahl von demokratischen Aushandlungs- und Abwägungsprozessen für die zu entscheidenden Fragen auf lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebenen herausgefunden wird, was jeweils als Gemeinwohl gelten soll. Eine erneuerte Demokratie ist Lebenselixier und Grundelement eines emanzipatorischen Gesellschaftsprojekts der Linken und der einzig mögliche Weg zu seiner Realisierung.

Wie aber kommt es zu einer Erneuerung der Demokratie? Eine Erzählung der Linken von ihren Zukunftsvorstellungen kommt um die Gretchenfrage nicht herum: Wie kann Demokratie als Entscheidungsmacht der Vielen Wirklichkeit werden? Wie soll ihre Erneuerung in Fahrt kommen? Die Machtverhältnisse und Institutionen der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft sind so konstituiert, dass für die Einzelnen eher Anpassung als Widerstand rational erscheint. Es müssten also die Verhältnisse überwunden werden, die die Mehrheit in ihren Grenzen festhalten. Und es sind die Festgehaltenen, die allein diese Verhältnisse sprengen können. Die Katze scheint sich in den Schwanz zu beißen.

Das Zauberwort zur Durchbrechung dieses geschlossenen Herrschaftszirkels heißt Empowerment – Selbstermächtigung. Das, was Becher den »Aufstand im Menschen« nannte. Empowerment ist massenhafte Selbstermächtigung und Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihren eigenen Interessen an Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Frieden. Was aber ist der Schlüssel zur Selbstermächtigung?

- Selbstermächtigung findet massenhaft in unübersehbarer Formenvielfalt bereits statt: in den Initiativen für mehr Kitaplätze; in den kleinen und großen Kämpfen für Geschlechtergerechtigkeit, angefangen bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit und bei gleicher Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Männer und Frauen; in der Solidarität mit AsylbewerberInnen; in Bürgerinitiativen gegen die Rechtsextremisten und Neonazis; in Bürgerentscheiden für die Re-Kommunalisierung privatisierter Unternehmen; in Umsonst-Aktionen gegen die Verwandlung aller Beziehungen in Waren und der ganzen Gesellschaft in eine Warengesellschaft; in Gestalt von Haus- und Betriebsbesetzungen; in Erfahrungen mit Bürgerhaushalten oder beispielsweise in der Anti-Atom-Bewegung. Es kommt allerdings darauf an, Erfolge solcher Einsätze in Selbstbewusstsein, in die Verstetigung von Bürgerengagement umzusetzen.

- Eine wichtige Erfahrung ist, dass eine andauernde Motivierung zu gesellschaftlichem Engagement stark aus gemeinsamem Handeln kollektiver AkteurInnen und aus dem Ansporn durch andere MitstreiterInnen resultiert. Selbstermächtigung ist in der Regel eingebettet in kollektive Initiativen und Bewegungen. Sie verläuft im Verhältnis von Selbstveränderung von Individuen und Einbindung in das Handeln kollektiver Akteure.

Und wenn die alte Linke eine neue werden will, muss sie begreifen, dass insbesondere junge Menschen sich über die Kommunikation mit anderen im Internet in soziale Netze eingebunden fühlen – Stichwort Piratenpartei.

- Selbstermächtigung findet Bestärkung, wenn es gelingt, konkrete Einstiegsprojekte in einen emanzipatorischen sozialökologischen Richtungswechsel zu entwickeln, durch deren Erfolg die Beteiligten ein Gefühl für die eigene Veränderungsmacht gewinnen.

- Empowerment der Einzelnen wird ermutigt und emotional erleichtert, wenn kollektiv handelnde Gruppen, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen oder Parteien eine solche Kultur des Umgangs der Menschen miteinander pflegen, dass bereits heute die Kultur einer besseren Gesellschaft aufzuscheinen beginnt. So, dass dies anziehend auf bisher abseits Stehende wirkt. Zwischenmenschlichkeit ist ein großes

Thema für eine Erzählung der gesellschaftlichen Linken – und fordert ihr beträchtliche eigene Veränderung ab.

- Neben der Selbstermächtigung durch Selbsterfahrung in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen ist der andere wichtige Zugang zur Teilhabe an einem großen transformatorischen Prozess das, was hier die neue Erzählung der Linken genannt wird: eine Zukunftsvorstellung von den Konturen einer besseren Welt, die gerechte und solidarische Gesellschaft oder demokratischer Sozialismus genannt werden kann. Die »Dämmerung des Vor-uns verlangt ihren spezifischen Begriff, das Novum verlangt seinen Fortschrittsbegriff.« So formulierte Ernst Bloch (Bloch 1985: 5). Ana Esther Ceceña schreibt: »Der Kapitalismus steckt uns in den Knochen. Doch wir müssen uns eine Alternative vorstellen können, wenn wir etwas verändern wollen.« (Ceceña 2009:20)

Eines der größten Hindernisse für einen alternativen Transformationsprozess ist die Kluft zwischen der fortgeschrittenen neoliberalen Globalisierung der Wirtschaft und dem nur nationalstaatlichen Rahmen der etablierten Demokratie und erst recht den Schwierigkeiten alternativer Akteure, sich über den nationalen Rahmen hinaus wirkungsmächtig zu vernetzen.

Kapitel 4: Umfassende internationale Solidarität und Friedensicherung

Eine sozialökologische Transformation ist nur als internationaler Prozess zu denken, in Europa im Rahmen der Europäischen Union. Auf wichtigen Feldern wird sie globale Dimensionen gewinnen. Der Klimawandel kennt keine Grenzen. Verursacht vor allem durch Industrieländer trifft er die Armen im sogenannten Süden besonders hart. Biosprit für die reichen Länder zulasten der bäuerlichen Nahrungsgütererzeugung in Entwicklungs- und Schwellenländern gehört zu den destruktiven Antworten darauf. Finanzspekulationen auf Preissteigerungen von Rohstoffen und Nahrungsgütern stürzen wiederum die Armen dieser Erde in noch größere Not. Geostrategische Interessen imperialer Mächte an militärischer Sicherung des Zugangs zu Wirtschaftsressourcen gehören zu den Ursachen von Kriegen, die viele Länder der Erde in Staatenzerfall und tiefes Elend der Bevölkerung treiben. Deutsche Exportüberschüsse füh-

ren zur Verschuldung konkurrenzschwächerer Importländer, zu ihrer noch höheren Verschuldung durch Rettungsaktionen, die ihrerseits Anstoß für neuerliche Spekulationsattacken sind. So werden Ungleichgewichte auf Dauer gestellt, die die europäische Union zerrütten, wenn nicht eine kooperative gemeinsame Wirtschaftspolitik zu Lösungen führt. Die Liberalisierung der Weltmärkte, in deren Gefolge unter anderem Millionen Bauern in Entwicklungsländern von Billigexporten des Nordens ruiniert werden, ist eine weitere Facette einer ungerichten Weltwirtschaftsordnung, die auf ökonomischen Machthierarchien, Ausplünderung der Schwächeren und Gewalt beruht.

Eine Antwort auf diese Verfasstheit der Weltgesellschaft kann nur eine internationale Dimension der Transformation sein, die auf Kooperation, auf gerechtem Ausgleich der von den reichen Staaten verschuldeten sozialen und ökologischen Verluste in den armen Regionen der Erde, auf deren umfangreichster finanzieller, technischer und politischer Unterstützung im Kampf gegen Armut und Umweltzerstörung und auf Frieden stiftender Sicherheitspolitik beruht.

Das erfordert Alleingänge von Staaten, in denen strategische Vernunft und die Verpflichtung auf Menschenrechtspolitik Einfluss gewinnen. Das verlangt bilaterale und mehrseitige Staatenvereinbarungen, wenn auf Weltkonferenzen keine Einigkeit erzielt werden kann. Das setzt immer wieder neue Anläufe globaler sozialer Bewegungen, neue Anstrengungen internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit, weit wirkungsvollere Vernetzung linker Parteien, Stärkung des Einflusses internationaler Wissenschaftlervereinigungen und den Einschluss internationaler Verpflichtungen in die Kämpfe nationaler Akteure voraus.

Das bedarf einer ganz neuen Dimension internationaler Solidarität. Nie zuvor war Verzicht auf eigenes Wachstum der wirtschaftsstarken Länder eine ökologische Überlebensbedingung für die armen Länder. Heute gehört genau dies als solidarische Leistung auf die Agenda der reichen Länder der Erde. Deren eigenes Ressourcen verschlingendes Wachstum muss gebändigt und gleichzeitig das der Entwicklungsländer trotzdem ökonomisch unterstützt werden. Eine Reihe von Beispielen existiert bereits für die Bildung von Fonds zugunsten von Entwicklungsländern, damit diese ihre Wäl-

der und im Boden ruhenden Ressourcen nicht antasten, während doch bisher gerade in die Ausbeutung ihrer Ressourcen investiert wurde. Statt auf Exportwachstum zu setzen, sollte Deutschland durch die Stärkung seines Binnenmarktes – durch gesetzliche Mindestlöhne, Lohnerhöhungen, angemessene Sozialleistungen und Stärkung des öffentlichen Sektors – seine Importe zugunsten der Exporte von Schuldnerländern stärken. Dass Waffenexporte zu verbieten sind, versteht sich im Widerspruch zur Realität von selbst. Krieg ist als Mittel der Politik zu ächten. Eine gemeinsame und komplexe Sicherheitspolitik, in der ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungspolitik, präventive Bearbeitung von Konflikten, Dialog, Rüstungskontrolle und Abrüstung Kriege zurückdrängen, gehört zum Hauptinhalt eines emanzipatorischen Transformationsprozesses.

Das Viereck

Dies auszuführen und gar in anschaulicher Weise zu erzählen würde den hier verfügbaren Raum allerdings sprengen. Hier ist zunächst zusammenzufassen: Um welche konkreten Reformprojekte auch immer es gehen mag, welches Thema auch immer bearbeitet wird, wovon auch immer UmweltaktivistInnen, GewerkschafterInnen, Feministinnen oder MandatsträgerInnen zu berichten haben und wofür sie andere gewinnen wollen – stets sollten linke Akteure den Bezug herstellen zu vier zusammenhängenden Dimensionen der neuen Erzählung einer modernen Linken:

1. Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht
2. Sozialökologischer Umbau
3. Demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft
4. Umfassende internationale Solidarität und Friedenssicherung

Ich habe zu diesen vier Leitideen, zu diesen »vier U« einer zeitgemäßen Erzählung der Linken nichts Außergewöhnliches gesagt. Ich gebe zu, dass die Versuchung groß war, mit der Chance, einen gehörig wissenschaftlichen Eindruck zu erwecken, eher gehobene ausgewählte theoretische Fragen der Transformation zu behandeln. Aber mein Anliegen war ein anderes. Eine Erzählung ist etwas immer wieder zu Erzählendes. Sie vermag, einzelnen Momenten linken Engagements strategische Bedeutung zu

geben. Wenn die Vielzahl linker Aussagen, Auftritte und Statements nicht mehr Züge einer Kakophonie hätte, wenn vielmehr – ob sie gute Arbeit betreffen oder eine solidarische Gesundheitsreform oder das Wohl von Kindern – immer wieder ihr Bezug zu diesen vier Kapiteln, zu diesem Viereck einer linken Erzählung erscheint, werden die einzelnen Schritte als Momente einer Gesamtidentität der Linken erkennbar. Diese selbst wird ein Profil gewinnen, das sie gegenwärtig nicht hat. Sie hat die Chance, von einer segmentierten Linken zu einem Mosaikganzen zusammenzuwachsen. Das Viereck wird im glücklichen Falle zur Quadratur linker Kreise.

Erzählung mit transformatorischer Perspektive

Die hier vorgestellte Impression von einem Gesellschaftsprojekt der Linken könnte leicht als bloße futurologische Erzählung verstanden werden, »über etwas, was nicht geschehen ist oder womöglich nie geschehen wird« (Rilling 2011). Ein politisch interessiertes Publikum hört sich womöglich die Zukunftsvorstellungen der Linken an. »Aber wie soll das gehen?«, fragen die Leute dann zweifelnd. Der Anspruch einer modernen Erzählung der Linken muss daher weiter als bis zu Entwürfen wünschenswerter Zukünfte gehen. Eine neue Erzählung der Linken ist selbst ein Teil der Suche danach, wie denn der Weg zu einer besseren Gesellschaft aussehen könnte und welche Tendenzen zu ihr bereits in der Gegenwart stecken. Damit gewinnt solche Erzählung eine transformatorische Perspektive. Im Rahmen des hier vorliegenden Beitrages sind allerdings nur Stichworte dazu festzuhalten.

- Transformation als linkes Gesellschaftskonzept vereint den Vorteil von Reformen – ihre Machbarkeit im Rahmen gegebener Verhältnisse – mit dem Vorzug des revolutionären Anspruchs auf notwendige Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen, damit Reformen nicht einfach in die herrschenden Machtverhältnisse integriert werden. Aber der Übergang zu einer besseren Gesellschaft wird nicht als das Ergebnis eines einzigen großen Akts des Umsturzes aller Verhältnisse erwartet, der das Tor zum gelobten Land aufstößt. Viel wahrscheinlicher wird er die Gestalt einer langen Abfolge von kleinen und größeren Reformen, von heftig umkämpften partiellen, größeren und

einschneidenden Brüchen annehmen. Wahrscheinlich wird er sich also erheblich anders als in Tim Bendzkos Song vollziehen, in dem es locker heißt:

*Da draußen brauchen sie mich jetzt
Die Situation wird unterschätzt
Doch keine Angst, ich bleib nicht allzu lange fern
Muss nur noch kurz die Welt retten
Danach flieg ich zu Dir
Noch 148 Mails checken
Muss nur kurz die Welt retten
Und gleich danach bin ich wieder bei dir.*

- Transformation realistisch als einen voraussichtlich lang andauernden Prozess zu begreifen und konsequent zur Grundlage linker Realpolitik zu machen, könnte auch diejenigen potentiellen Akteure für eine emanzipatorische Gesellschaftsalternative gewinnen, die nicht viel mehr als spürbare Verbesserungen im Kapitalismus wollen und die von einer puren Revolutionsperspektive nur abgeschreckt würden. Ein Transformationskonzept könnte aber auch die Zustimmung derer finden, die sich Reformen in der Gegenwart nicht verweigern, sie aber perspektivisch über eine bloße Modernisierung des Kapitalismus hinaustreiben wollen.

- Das Transformationskonzept einer modernen Linken geht von einer hybriden oder Doppelstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften aus (Polanyi 1978: 185; Wright 2010: 367 f). Das Privatkapital kann nicht ohne den Gegenpol des Öffentlichen existieren, die Kapitallogik nicht ohne eine Soziallogik. Nicht ohne öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit und Mobilität beispielsweise, nicht ohne öffentliche Verantwortung für die Bewahrung öffentlicher Güter wie die Klimastabilität und Biodiversität, wie ein reguliertes internationales Finanzsystem, wie soziale Sicherungssysteme und Rechtstaatlichkeit. Zwar gelten Gemeingüter oder Commons dem Kapital stets als Einschränkung seiner Macht und seiner Verwertungsinteressen. Zwar sind deshalb Privatisierung und Deregulierung Grundrichtungen neoliberaler Politik. Wo sie sich aber – wie auf den Finanzmärkten – weitgehend durchsetzen, führt dies zu systembedrohenden Krisen und zwingt die Machteliten widerwillig und daher halbherzig zu Beschränkungen der entfesselten Kapitalverwertung.

Eine linke Transformationsstrategie setzt an dieser Doppelstruktur bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften an. Sie nutzt aus, dass bereits im Kapitalismus potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Praktiken und Institutionen solidarischer und ökologisch orientierter Gesellschaften existieren. Eine moderne Linke verteidigt sie und ist bestrebt, sie voll zu entfalten. Sie zielt auf die Umkehr der Dominanzverhältnisse zwischen Kapitallogik und sozialökologischer Logik.

- Aus der Doppelstruktur bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ergibt sich die Möglichkeit des Verlaufs *einer künftigen Großen Transformation als doppelte Transformation. Auf dem Hintergrund der Widersprüche und Krisen des Kapitalismus und unter der Voraussetzung, dass starke demokratische Gegenmächte die Kräfteverhältnisse erheblich verändern, könnte sich eine postneoliberale sozialökologische Transformation im Rahmen des Kapitalismus durchsetzen. Nach der Phase des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) und nach der jüngsten neoliberalen Entwicklungsphase oder Formation des Kapitalismus würde ein sozial und ökologisch regulierter Kapitalismus folgen, der auch als sozial-libertärer Green New Deal bezeichnet werden könnte.*

Indem sich aber nach der hier dargestellten Erwartung bereits in dieser Entwicklungsphase Tendenzen zu einer den Kapitalismus selbst überschreitenden anderen solidarischen oder demokratisch-sozialistischen Gesellschaft herausbilden, beginnt schon eine zweite Große Transformation, die bis zur Dominanz dieser neuen Gesellschaft andauern wird. Der Begriff der doppelten Transformation bezeichnet also nicht zwei strikt voneinander getrennte Stufen der Gesellschaftsentwicklung, sondern den Umstand, dass hineingeschoben in eine innerkapitalistische Transformation eine umfassendere Transformation beginnen könnte, deren Resultat eine bessere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus sein wird. »Muss nicht der Übergang als eine Folge von Schritten gedacht – und befördert – werden, in deren Verlauf sich die ›Natur‹ des Kapitalismus verändert (oder verändert wird) und sich die ›Natur‹ des Sozialismus allmählich herausbildet?« (Huffschmid/Jung 1988: 102) Den gleichen Grundgedanken formulierte Martin Buber: »Erziehung ist

nicht so sehr eine kreative wie eine befreiende Macht, deren Funktion darin besteht, freizusetzen und Authentizität zu verleihen – das heißt, nur zu vollenden, freizusetzen und den Stempel der Autorität zu vergeben an etwas, das schon im Schoß der vorrevolutionären Gesellschaft überschattet dagewesen war; so, bezogen auf die soziale Evolution, ist die Stunde der Revolution nicht die Stunde der Zeugung, sondern die Stunde der Geburt - vorausgesetzt, dass zuvor eine Zeugung stattfand.« (Buber 1958: 44 f.)

Dies ist nicht als ein harmonischer allmählicher Verlauf vorzustellen, sondern als ein konfliktärer Prozess heftiger und an Bruchstellen erbitterter Kämpfe. Ein solches Transformationskonzept als Grundlage linker Strategien verlangt, in jeder Phase der Entwicklung den Möglichkeitsraum für Reformen voll auszuschreiten und fortdauernd auszuschließen, dass dieser Reformprozess in eine flexible Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse umschlägt oder dass die reaktionärsten Fraktionen der Herrschenden auf ihn sogar mit bewaffneter Gewalt reagieren. Radikale Realpolitik erfordert die Öffnung der in den gegebenen Verhältnissen bereits möglichen Veränderungen für die Überschreitung eben dieser herrschenden Verhältnisse.

▪ Eine zweite Große Transformation schließt den Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime und zu einer neuen Regulationsweise ein. Ein neues Akkumulationsregime bedeutet Übergang zu neuen Volkswirtschaftsproportionen, die eine sozialökologische Entwicklung tragen:

- Dominanz von Produktion und humanorientierten Dienstleistungen statt Dominanz der Finanzsphäre
- Einfache, jedoch hochinnovative Reproduktion als längerfristige Tendenz nach einer Noch-Wachstumsphase durch Investitionen in Umwelttechnologie
- Erneuerbare Energien anstelle einer fossilistisch-atomaren Energiebasis
- Vorrang der Materialproduktivität vor der Arbeitsproduktivität
- Umkehr zu einer Umverteilung von unten nach oben

- Starkes Gewicht öffentlicher Daseinsvorsorge anstelle fortschreitender Privatisierung der Vorsorge
- Wachsendes Gewicht des öffentlichen Personennahverkehrs in einer Mobilität für alle
- Vier-in-Einem-Perspektive in der geschlechtergerechten Verteilung menschlicher Haupttätigkeiten

▪ Nur eine neue Regulationsweise kann solche Umwälzung der Wirtschaftsstrukturen zur Geltung bringen. Eine auf einer Erneuerung der Demokratie und auf Wirtschaftsdemokratie beruhende gestaltende Politik muss Priorität gegenüber den Märkten gewinnen, ohne deren Regulierungspotenzial wie im Staatssozialismus zu beseitigen. Staatliche strategische Verantwortung, Mitbestimmung und autonomes Handeln der Vielen und größtmögliche Freiheiten für Unternehmerpersönlichkeiten müssen ohne zu große Reibungsverluste in ein produktives Verhältnis gebracht werden. Dafür sind Institutionen permanenter Kompromissfindung zur Minimierung wechselseitiger Blockaden erforderlich und neu zu erfinden. Sicher wird dies durch eine solidarische Mischwirtschaft auf der Grundlage unterschiedlicher Eigentumsformen begünstigt.

▪ *Die strategische Kernaufgabe für die Linke beim Vorantreiben transformatorischer Prozesse ist ihr größtmöglicher Beitrag für die Herausbildung eines auf breitesten Vernetzungen, Allianzen und Bündnissen beruhenden Blocks demokratischer Gegenmacht in der Auseinandersetzung mit dem herrschenden Machtblock. Eine zweite Große Transformation steht und fällt mit der dadurch möglichen Umwälzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.*

Noch ist die plurale europäische Linke weit entfernt von der Lösung dieser Aufgabe. Noch ist sie nicht in der Lage, die Vielfalt linker Kräfte in produktiver Weise für gemeinsame Ziele zusammenzuführen und damit auch für andere demokratische Kräfte als Partner attraktiv zu werden. Das ist die elementare Herausforderung, vor der die Linke steht (LuXemburg 1/2009; 1/2010; 2/2011; 3/2011)

Erzählungen werden in der Regel erst durch ihre »Heldin« oder ihren »Helden« lebendig, durch eine Figur, die den Gang der Entwicklung bestimmt. Nicht selten gehört zum Stoff

von Erzählungen, dass diese Figur sich selbst erst finden muss. Das ist auch das Problem der Linken. Die Ausdifferenzierung und der Individualisierungsprozess in modernen Gesellschaften haben dazu geführt, dass die Erzählung von einer doppelten Transformation zunächst von einer unübersehbaren Zahl von Individuen, Interessengruppen, sozialen Milieus und anderen handelnden Protagonisten bevölkert ist. Wie aus dieser Vielheit ein handlungsfähiger Souverän werden kann und was die Linke dafür tun kann, ist der eigentlich entscheidende Strang einer linken Erzählung. Wie im Abschnitt zur Erneuerung der Demokratie angedeutet, ist dies vor allem auf zweifache Weise zu erstreben: erstens durch gemeinsame Lern- und Verständigungsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren bei der Realisierung von konkreten Projekten sozialökologischen und demokratischen Wandels und zweitens in dem gesellschaftlichen Diskurs über Konturen einer besseren Gesellschaft, die den Mühen um einzelne Projekte einen umfassenderen Sinn und eine Richtung geben.

Selbst wenn die neue Erzählung der Linken Hoffnungen auf die Herausbildung einer gerade durch ihre Pluralität starken und geeint handelnden Linken und auf die Entstehung breiter zivilgesellschaftlicher Gegenmacht zu geben vermag, schafft dies jedoch nicht die enorme ökonomische Macht und den politischen Herrschaftsmechanismus der Machteliten aus der Welt. Wenn der herrschende Block von monolithischer Struktur wäre, hätte die Linke kaum eine Chance. Aber ist dies anzunehmen?

- Zur Transformationsstrategie der Linken gehört, Differenzierungsprozessen innerhalb des herrschenden Machtblocks eine erstrangige Bedeutung zuzumessen. Eine neue Erzählung der Linken handelt von der Menschheit am Rande des Abgrunds, in dem mit einer heraufziehenden Klimakatastrophe, anhaltender Armut und damit verbundenem Konfliktpotenzial in großen Regionen, mit Kriegen und militärischer Gewalt in vielen Ländern und krisenhafter Verfasstheit des internationalen Finanzsystems ein Gebräu von Gefahren lauert. Vor allem für die Abwendung einer Klimakatastrophe – für das Überleben Millionen Hungernder ohnehin – steht nach den Aussagen der Expertenwelt nur noch ein schmales Zeitfenster von ein bis anderthalb Dekaden zur

Verfügung. Doch in diesem kurzen Zeitraum werden die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse nicht überwunden sein. Das bedeutet, dass Lösungen, die zweifellos gegen die Machteliten erkämpft werden müssen, nur mit ihnen, genauer nur mit jenem Teil der Eliten möglich sind, die ihre eigenen Interessen mit allgemeinen Menschheitsinteressen zu verbinden vermögen.

Chancen und Gefahren künftiger Entwicklungen bewirken Differenzen im herrschenden Machtblock. Die ursprüngliche Strategie Obamas, die globale Kooperation, Dialog, soziale Reformen und stärkere Besteuerung der Reichen vorsah, war der Versuch eines Teils der amerikanischen Machteliten, sich von der gescheiterten radikal neoliberalen Politik der Bush-Administration zu lösen. (Rainer Rilling hat in seinem Buch »Risse im Empire« zu den Differenzierungen und Widersprüchen in den US-Machteliten eine eindrucksvolle detaillierte Studie vorgelegt.)

Die Aggressivität und die Erfolge der Tea-Party-Bewegung und anderer ultrakonservativer Kräfte gegen die Politik Barack Obamas verweisen auf die Härte der Auseinandersetzung innerhalb der Machtzirkel in der westlichen Welt. Aber bemerkenswerte Initiativen deuten gleichwohl auf erhebliche Flexibilität eines Teils der diesen Zirkeln Angehörigen hin. Dazu gehören beispielsweise Bill Gates' und Warren Buffetts an die Superreichen adressierte Initiative zur Übertragung eines Teils ihrer Vermögen, am besten wenigstens der Hälfte und insgesamt 600 Milliarden US-Dollar, an Stiftungen oder Fonds für Zwecke, die sie für gemeinnützig halten; ferner die Clinton Climate Initiative zur Mobilisierung von Milliarden und Milliarden für eine nachhaltige Klimapolitik; die Warnungen von Hauptreferenten auf dem Davoser World Economic Forum 2007 vor der Fortsetzung marktradikaler sozialer Polarisierung; das Carbon Disclosure Project von Investoren mit einem Anlagevermögen von zusammen 41 Billionen Dollar; die erzwungene Abkehr der Bundesregierung von der Atomenergie in Deutschland und eine neue bürgerlich-konservative Nachdenklichkeit auf den Feuilletonseiten einflussreicher Medien in jüngster Zeit.

Erik Olin Wright hat der Linken geraten, in ihrer Transformationspolitik außer Strategien des Bruchs mit den herrschenden Verhältnissen (ruptural transformation), außer

Strategien des partiellen Wandels (interstitial transformation) Strategien einer symbiotischen Transformation (symbiotic transformation) zu verfolgen (Wright 2010: 310 ff.).

Als symbiotische Transformation versteht er Prozesse der Demokratisierung, in denen die Linke und ihre Verbündeten Reformprojekte verfolgen, die durch ihren sozialen und demokratischen Inhalt einerseits die Dominanz der Kapitallogik schwächen, andererseits aber gerade deshalb Durchsetzungschancen haben, weil sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen, die auch im Interesse von Teilen des Machtblocks liegen. »Die Grundidee der symbiotischen Transformation ist, dass Fortschritte das Empowerment von unten im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft am stabilsten und verteidigungsfähigsten sein werden, wenn solche soziale Selbstermächtigung auch hilft, gewisse reale Probleme zu lösen, vor die sich Kapitalisten und andere Eliten gestellt sehen.« (ebenda: 337) Der fordistische Klassenkompromiss hatte eben diese Eigenschaft. Er brachte beachtliche Einkommenserhöhungen und soziale Reformen für die Lohnabhängigen und für das Kapital eine das Wachstum tragende Massennachfrage sowie auf korporatistischem Aushandeln beruhende Stabilisierung der eigenen Herrschaft. Aber nach diesen eigenen Interessen zu verfahren, musste den Machteliten – begünstigt durch die Wirkung des Staatssozialismus auf die inneren Prozesse in der westlichen Welt – durch die Kämpfe der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte aufgenötigt werden.

Die Linke sollte auch gegenwärtig in ihrer Transformationsstrategie die Differenzen im herrschenden Machtblock in Rechnung stellen und für wichtige Seiten des ökologischen Umbaus die Verwertungs- und Stabilisierungsinteressen einflussreicher Fraktionen des Kapitals ausschöpfen. Sie kann langfristige Kapitalinteressen an politischer Stabilisierung durch Minderung der Armut sowie an friedlicher präventiver Konfliktbearbeitung anstelle der Überforderung der Haushalte durch Rüstung und Kriege nutzen, um in der absehbaren Zeit erfolgreich zu sein, in der noch immer die Kapitallogik dominiert – und doch nicht mehr ohne erhebliche Beschränkungen chaotischen Verläufen entgehen kann.

Gegen die Machteliten mit Teilen von ihnen das Unmögliche möglich zu machen habe

ich in einer anderen Arbeit als die politische Kunst einer modernen Linken bezeichnet (Klein 2009).

Eine Kapitaltransaktionssteuer beispielsweise würde die Spekulationsmöglichkeiten des Finanzkapitals einschränken und wird deshalb von seinen Repräsentanten zurückgewiesen. Aber eine solche Einschränkung liegt durchaus im Interesse großer Kreise der ökonomisch und politisch Mächtigen an einer Stabilisierung der Verhältnisse und von Staaten an Einnahmen in Zeiten der Staatsverschuldung.

In das Steuersystem ein starkes Gewicht von Ökosteuern einzuführen und damit den ökologischen Strukturwandel zu fördern könnte durchaus mit dem Interesse von umweltorientierten Unternehmen und mit Neigungen von Teilen der politischen Klasse zu einem grünen Kapitalismus kompatibel sein.

Wenn Milliardäre und Millionäre selbst die Überführung eines Teils ihrer Vermögen in Fonds für Gemeinwohlzwecke oder eine höhere Besteuerung ihrer Einkommen initiieren, könnte ein Vorstoß für eine europäische Abgabe auf Großvermögen und für kooperative Mechanismen der Entscheidung über die Verwendungszwecke an solchen Initiativen von Seiten des Kapitals anknüpfen. Schon gegenwärtig wird selbst in konservativen Kreisen die Gefahr diskutiert, dass die Ungerechtigkeit einseitiger Austeritätspolitik zulasten der sozial Schwächeren das System destabilisieren könnte.

Könnte die Linke – etwa die Linkspartei zusammen mit anderen Kräften der pluralen Linken – nicht ein Reformpaket in die öffentliche Diskussion einbringen, das besonders die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Schwachen, gesamtgesellschaftliche Stabilitätsinteressen und Interessen problembewusster Teile des Kapitals zusammenführt und diese drei Elemente dezidiert hervorhebt? Sodass die Linke sich als soziale, realistische, konstruktive und bündnisfähige Kraft der Gesellschaft präsentiert. Sodass sie auf solche Weise ihr Projekt der Transformation zu einem sozial-libertären Green New Deal einbringen würde.

Klassenübergreifende Arrangements, Reformen in den herrschenden Verhältnissen gegen sie und radikale Brüche mit tragenden Strukturen des Kapitalismus sind in

einer doppelten Transformation zusammenzuführen.

Zum Zeitgeist der Gegenwart gehört seit einiger Zeit das Aufspannen von Schirmen. Sie leiten Geldregen direkt oder indirekt zu den Großbanken und Investmentfonds. Wie wäre es, wenn die Linke über die Vielfalt ihrer Strömungen, Aktivitäten und Projekte einen ganz anderen, einen geistigen Schirm spannte, der diese zu einer auf den skizzierten »vier U« beruhenden hegemoniefähigen Erzählung zusammenführt? Dieser Schirm böte nicht dem Geldkapital Schutz, sondern den Menschen. Unter ihm gäbe es Raum für viele Einzelerzählungen der pluralen Linken, aber sie würden an Kraft durch den gemeinsamen Bezug auf die vier Dimensionen einer einenden Großen Erzählung der modernen Linken gewinnen.

Allerdings, wir kennen die Linke, und wir kennen die Größe der Herausforderungen vor uns. – Deshalb schließe ich meinen Erzählversuch wie schon manche meiner Beiträge mit einem Zitat von Hermann Hesse, der mit einer Frage den chinesischen Moralphilosophen Kǒng Fūzǐ (Konfuzius) charakterisierte: »Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht, und es trotzdem tut?«

Literatur

Becher, Johannes R. (1986): Der Aufstand im Menschen. Berlin

Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M.

Brand, Ulrich (2011): Thesen »Ökologisierung des Kapitalismus oder Wandel der Wirtschaft« der Summer Factory des Instituts Solidarischer Moderne. 16. bis 18. September in Kassel

Buber, Martin (1958): Path in Utopia, Boston

Ceceña, Ana Esther (2009): Gesellschaftliche Gabelungen. In: LuXemburg 1

Flassbeck, Heiner (2011): Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein. Vortrag auf der Klausur der Fraktion DIE LINKE. 27.8.2011 in Rostock

Global Scenario Group/ Stockholm Environment Institute Boston (2003): Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft. Frankfurt a.M.

Huffschmid, Jörg/Jung, Heinz (1988): Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Hamburg

Kahrs, Horst (2011): Richtungsloses Bürgertum? Zur politischen Wirklichkeit und geistigen Situation im bürgerlichen Lager. Vortrag für die Kommission Politische Bildung der Partei DIE LINKE. Berlin

Klein, Dieter (2009): Das Zeitfenster für alternative Klimapolitik: von der Kunst, gegen die herrschenden mit ihnen Unmögliches zu ermöglichen. In: Brie, Michael (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik. Berlin

Krell, Leo (1954) Deutsche Literaturgeschichte für höhere Schulen. Bamberg

Layard, Richard (2010): Die glückliche Gesellschaft. Was wir von der Glücksforschung lernen können. Frankfurt a.M./New York

Marx, Karl (2005): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. Berlin

Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München

Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge

von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.

Rilling, Reiner (2008): Risse im Empire. Berlin

Rilling, Reiner, 2011: Etwas, was nicht geschehen ist oder womöglich nie geschehen wird. <http://ifg.rosalux.de/2011/09/01/etwas-was-nie-geschehen-ist-oder-womoglich-nie-geschehen-wird/p...>

ver.di, 2011:<https://www.verdi-bub.de/standpunkte/archiv/vermogensverteilung/>

Weber, Max (1991): Die protestantische Ethik. Bd. I. Gütersloh

Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde. 22. April 2010: Abkommen der Völker. Cochabamba. Bolivien

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin

Wright, Olin Erik (2010): Envisioning Real Utopias. London

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt a. M.

Szenarien grüner Transformation



In organischen Krisen zerfällt das spezifische Verhältnis der Verhältnisse zueinander, was zu einer Folge von scheinbar unverbundenen Krisen auf den unterschiedlichsten Feldern führt. Die Krise mäandert, verschiebt sich. Die Finanzkrise wurde zur Weltwirtschaftskrise, dann zur Schuldenkrise, zur Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas steht bevor: eine weitere Rezession. Denn schon die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise werden nicht angegangen – von den anderen Dimensionen der multiplen Krise ganz zu schweigen. Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern, Zeit verschaffen. Doch wie erwartet, *bereitet die Form der Bearbeitung der Krise jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor.*

Die Verschärfung ökologischer Krisen ist dabei noch gar nicht erwähnt – drängt sich aber, wie im Falle Fukushima oder anderer Katastrophen konjunkturell immer wieder auf. Ökologische Fragen sind nicht nur Fragen politischer Legitimation, angesichts eines wachsenden »bizarren« Umweltbewusstseins, sondern auch Fragen der Sicherung ökonomischer Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen, von Ressourcen, (Energie)Sicherheit usw.

Entscheidend ist der Zusammenhang der Krisen. Der Verknüpfung der aufbrechenden

Krisenerscheinungen – von Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen, Krise der Reproduktion und dramatischer Prekarität, ökologischer Krise und schwelender Repräsentationskrise – dieser »multiplen Krise« hat der alte neoliberale Machtblock keine produktiven Lösungen mehr entgegenzusetzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Der Neoliberalismus ist erschöpft, verstärkt seine autoritäre Form der letzten zehn Jahre – doch weder ein neuer Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Nichtsdestoweniger: *Die Neoliberalen sitzen nicht zuletzt in Deutschland fest im Sattel und bauen in Europa und den USA ihre institutionelle Macht aus.* Ihre Position mag keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor »herrschend« ist (Gramsci 1991b, 354).

Es zeichnet sich ein Interregnum ab, eine Übergangsperiode, in der die Krise sich über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz von durchaus starken Beharrungs- und Erneuerungskräften, der unterschiedlichen Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert. Kämpfe um die Neuzusammensetzung und Führung des Machtblocks werden geführt.

Dabei hat sich die gesellschaftliche Situation gegenüber unseren Analysen 2007 bis 2009 verändert. Einige der in den frühen Analysen des Instituts für Gesellschaftsanalyse noch für möglich gehaltenen Szenarien oder Trends, etwa eines sozialdemokratischen Public New Deal unter Obama, haben sich nicht realisiert, bzw. es traf zu, dass sie als zu schwach eingeschätzt wurden. Überraschend war für viele, wie erfolgreich das Krisenmanagement in Deutschland wirkte. Die Situation hat sich teilweise geschlossen, der Handlungsspielraum für bestimmte Projekte wurden eingeschränkt. Offen bleibt, inwiefern die Krise Möglichkeitsräume wieder aufreißt.

Im Folgenden daher der Blick auf vier im Entstehen begriffene, konkurrierende strategische Projekte – kein Szenario wie es künftig aussehen könnte, sondern ein Versuch der Bestimmung empirischer Tendenzen. Gestritten werden sollen ihre wesentlichen politischen Momente mit Blick auf Bearbeitung der organischen Krise, im Besonderen mit Blick auf die ökologische Krise. Wer sind die gesellschaftlichen Kräfte oder Träger der Projekte, welche Koalitionen gruppieren sich darum? Welches sind aber auch die jeweiligen sozioökologischen Konsequenzen, welches die ökonomischen Widersprüche, welche politischen Implikationen ergeben sich daraus? Die Projekte sind relativ klar voneinander zu unterscheiden, allerdings ist leicht erkennbar, dass sich zwischen den Projekten Überschneidungen ergeben, die Koalitionen ermöglichen – die wiederum andere Widersprüche mit sich brächten. Selbstverständlich bewegen sich die Projekte nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund konkreter Kräfteverhältnisse, von Kämpfen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Insofern ist auch eine Aussage darüber zu treffen, wie wahrscheinlich das jeweilige Projekt ist.

Projekt/Szenario 1: ein autoritärer Neoliberalismus

Das Projekt eines *autoritären Neoliberalismus* begegnet der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen: Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Pragmatisierung, Entdemokratisierung. Insbesondere wurde fast weltweit eine austeritätspolitische Wende durchgesetzt. In Europa treiben Finanzmärkte, IWF und die Regierung Merkel (zusammen mit den Regierungen Skandinaviens, der Niederlande und Österreich) *gleichgerichtet* eine Radikalisierung von Kürzungsmaßnahmen und ihre Institutionalisierung voran. Mit dieser institutionellen Blockade und unter den veränderten Kräfteverhältnissen wird die Möglichkeit für andere politische Optionen eingeschränkt – freilich ohne dass es gelingt, die Krise zu bändigen.

Was bedeutet das ökonomisch, v.a. mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland? Drei unterschiedliche ökonomische Szenarien sind möglich:

1. Autoritärer Neoliberalismus/ Restauration

- Stabilisierung der Finanzmärkte durch strikte Austeritätspolitik und neue Regulationen der Finanzmärkte
- symbolische Politiken
- freiwillige Vereinbarungen
- End-of-Pipe-Technologien; neue Technologie-Fixierungen wie CCS oder Desertec; fossile Xtreme-Energie
- marktformige Regulation und Inwertsetzung (GATS, TRIPS, Zertifikate)

Akteure: alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistische Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten

a) Möglich ist, dass die globale Nachfrage trotz Rückgang keinen tiefen Einbruch erleidet. In diesem Fall könnten deutsche Exporterfolge auf kleinerer Flamme weiterhin ein geringes Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne dass ein Wechsel des Modells notwendig würde, allenfalls werden – getrieben von Akzeptanzverlusten und Ereignissen wie Fukushima – kleine und graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologischer Modernisierung unternommen. Auch bei insgesamt schwacher globaler Dynamik können selbst eine abgeschwächte Nachfrage aus den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Indien und Brasilien und eine nur halbherzige ökologische Modernisierung ausreichend sein, um die Vorteile des deutschen Exportmodells auf Kosten anderer vorläufig zu bewahren. Gerade die Schwäche der Eurozone führt zu einer relativen Unterbewertung des Euro und verbessert so die deutsche Position gegenüber Konkurrenten wie Japan. In den USA scheinen selbst moderate Veränderungen einer ökologischen Modernisierung verbaut, zumindest wird der Kampf von rechts scharf geführt. In der Debatte um die Kürzungspolitiken werden auch sämtliche ökologischen Reformen und Förderprogramme als Jobkiller bekämpft, der Spielraum für Investitionsprogramme ist durch Krise und dominanter Kürzungspolitik extrem eingeschränkt.

b) Denkbar ist auch, dass die Konjunktur stagniert (gar Stagflation) und sich ein langfristiger Trend zum Null-Wachstum stabilisiert.

Dies würde, um Wirtschaft, Sozialsysteme und Staatshaushalte zu sichern, härteste Verteilungskonflikte um Steuern, soziale Leistungen, Löhne und Arbeitsstandards sowie ökologische Maßnahmen mit sich bringen. Eher ein Szenario eines Postwachstums, wie es der konservative Vordenker Meinhard Miegel beschreibt.

c) Relativ wahrscheinlich halten wir angesichts der vielfältigen Ungleichgewichte und der sich wieder aufbauenden finanziellen Überakkumulation einen weiteren tiefen Finanz- und Wirtschaftscrash (vgl. Krisenentwicklung in den Jahren 1929 ff.). Große Krisen und entsprechende Transformationen auch innerhalb des Kapitalismus verlaufen in einer Reihe von Brüchen und ziehen sich über Jahre hin – wir erleben dies bereits, da trafen linke Prognosen durchaus zu. Eine Rezession in Europa deutet sich – wie erwartet – ab Ende 2012 an. So wie die Ereignisse in Fukushima als Katalysator der Energiewende in Deutschland wirkten, ist offen, wie eine solche Krise sich auf die politischen Verhältnisse insgesamt auswirken würde.

Sozioökologische Konsequenzen

- Natur wird zur Ware
- fortschreitende ökologische Zerstörung
- wachsende Preise für Öl und andere Ressourcen
- Ressourcenkriege

Ökonomische Widersprüche

- Austeritätspolitik führt zu sinkenden Wachstumsraten
- wachsende Überakkumulation von Geldvermögen
- fast keine Investitionsimpulse

Politische Konsequenzen

- sinkende Umverteilungsmöglichkeiten und fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben
- Einschränkung der Demokratie und autoritäre Politiken
- protofaschistische Anrufungen, um Konsens zu erzielen
- Unterdrückung von Unruhen und Revolten

Im Kapitalismus ist auch ein stagnatives Szenario gleichbedeutend mit Krise. Treten Kürzungspolitiken hinzu, bedeutet dies Vor-

bereitung der kommenden Rezession. Dies bedeutet auch drastische Einschränkung der Verteilungsspielräume bzw. verschärfte Umverteilung von unten nach oben. Ohne entsprechende Konsensangebote an die Subalternen ist ein solches Szenario untrennbar mit wachsendem Autoritarismus verbunden, mit mindestens protofaschistischen Integrationsangeboten samt Ausgrenzung von schwächeren Gruppen und scharfer Repression von Unmut und Unruhen. Herrschaft durch Kontingenz würde Alex Demirovic sagen. Kein stabiles Szenario – aber das aktuelle.

Projekt/Szenario 2: grüner Kapitalismus

Das Projekt eines grünen Kapitalismus zielt anders als die Strategie der Restauration auf Erneuerung im Sinne einer passiven Revolution (Gramsci 1991a 102): Diese strebt nach Revolutionierung aller Verhältnisse, nicht nur Wiederherstellung der Ordnung, sondern *Entwicklung* bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft *vorantreibend*. Das passive Element besteht darin, Interessen der Subalternen zwar herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben (Transformismo).

Der schillernde Begriff einer *green economy* verbindet vor dem Hintergrund der Vielfachkrise die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energiewende und ökologischer Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen. Befördert wurden diese Vorstellungen insbesondere durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie durch die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore und durch die UN. Sie sprechen v.a. ökologisch sensibilisierte, marktwirtschaftlich orientierte, liberale Gruppen an, die über starke öffentliche Repräsentation verfügen und skeptisch gegenüber den Auswüchsen des Finanzmarktkapitalismus sind. Diese Verbindung von Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Beschäftigungs- und Klimakrise ist zurzeit die konsistenteste und mächtigste Antwort auf Krise und Restauration des Neoliberalismus.

Hinter einem grünen Kapitalismus stehen Kapitalgruppen wie die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Anlagenbauer wie Siemens, Automobilkonzerne, die sich von »green cars« und E-Autos ein neues Geschäftsfeld erhoffen, auch Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung und bei neuen Verkehrssystemen erwarten, Bio- und Gentechunternehmen, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, die sich in »Beyond Petrol« umbenannt haben sowie Venture-Capital und Private Equity Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds).

Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien wird auf etliche Billionen Dollar anwachsen. Der Weltmarkt für Greentech war laut Roland Berger mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro bereits 2007 größer als der für Maschinenbau. Bis 2020 wird sich der Umsatz auf 3,2 Billionen vorsichtig geschätzt mehr als verdoppeln. Wenn Investitionen getätigt werden, dann hier: Drei von vier Firmen in Deutschland legen nach einer Umfrage von Siemens Financial Services im Bereich Greentech ihren Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Schon jetzt hat sich hierzulande bei erneuerbaren Energien die Beschäftigung seit 2004 mehr als verdoppelt (340.000 Beschäftigte). Greentech-Firmen bieten hierzulande Beschäftigung für über eine Million Menschen und erbringen gut acht Prozent der Wirtschaftsleistung. Solar-Investitionen sollen sich bis 2015 verdoppeln. Private Equity Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshoreparks vor der deutschen Küste – eine Energieeinspeisevergütung von 150 € pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen eine Rendite von 10 bis 20 Prozent ermöglichen. Der Markt für grüne Technologien ist schwer abgrenzbar, die unterschiedlichen Bereiche zusammengenommen aber unbestreitbar mit einem Potenzial wie kaum ein anderer.

Ein grüner Kapitalismus weist durchaus Kontinuitäten zum Neoliberalismus auf: Etwa die

Fortführung und Intensivierung einer globalen »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing und XtremeEnergy; auch die Individualisierung von Umweltproblemen (der »aufgeklärte Konsument«) zeugt ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Insofern wird nicht nur eine begrenzte Finanzmarktregulierung angestrebt, vielmehr werden neue Instrumente entwickelt.

Favorisiert werden marktförmige und technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshorewindparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Exportgut. Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll GreenTech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern.

2. Grüner Kapitalismus

- verbindliche Vereinbarungen
- marktförmige Regulierung und Inwertsetzung
- (groß)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und Xtreme-Energie
- begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente
- öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- keine Umverteilung nach unten, halber der »Bastard«-Keynesianismus
- Übergang zu öko-kapitalistischer Produktions- und Lebensweise

Akteure: öko-kapitalistischer Elitenkonsens mit subalterner Integration der Beherrschten (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital

Dafür braucht es jedoch eine klare und bindende ökologische Regulierung, möglichst marktförmig, um Investitionssicherheit zu gewährleisten und gar neue Anlagesphären zu eröffnen, etwa im Zertifikatehandel, der bislang kaum funktioniert. Ein so weitgehender Umbau wird allein durch die Marktkräfte nicht zu bewerkstelligen sein, so dass auch Kapitalgruppen wie der Energiekonzern Eon öffentliche Investitionen fordern, um etwa die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen umzu-

bauen. Auch eine begrenzt höhere Besteuerung von Vermögen und eine Reregulierung der Finanzmärkte wird durchaus befürwortet, um die nötigen Mittel für Investitionen zu erwirtschaften und ökonomische Ungleichgewichte zu dämpfen. An eine direkte Umverteilung von oben nach unten ist nicht wirklich gedacht. Sozial-ökologische Ungleichheiten werden nicht thematisiert, auf die individuelle Ebene verschoben.

Auch das Projekt des grünen Kapitalismus bringt Widersprüche und *false solutions* mit sich – ein Beispiel: Die Produktion der E-Autos ist wohl etwas weniger energie- und ressourcenintensiv, weil die Wagen generell kleiner wären. Die Produktion der Batterien hingegen ist, wie generell die Akku-Produktion, energie- und ressourcenintensiv und belastet die Umwelt zusätzlich mit einer ganzen Reihe hochgiftiger Substanzen. Darüber hinaus ändert eine Orientierung auf E-Autos nichts an dem enormen Flächenverbrauch und der Versiegelung der Landschaft durch Straßen. Vielleicht wäre eine Umorientierung auf einen massiven Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme die billigere, effizientere, schnellere und ökologischere Methode. Aber darum geht es bekanntlich nicht. Die Konversion, wenn man es so nennen will, erfolgt möglichst ohne Veränderung der Produktlogik, Modernisierung ohne Pfadwechsel.

Zentraler ist jedoch: Die Erfahrungen mit Klimaverhandlungen und Zertifikatehandel angesichts der starken fossilistischen Kapitalfraktionen zeigen: Es dauert zu lang. Erfolgt der ökologische Umbau zu langsam, droht die Verschärfung von Umwelt- und sozioökonomischen Folgekrisen. Die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius ist laut IPCC bereits jetzt nicht mehr zu erreichen. Wird der Umbau wirklich konsequent betrieben, werden z.B. Emissionsrechte drastisch reduziert, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Es gibt keinen sanften Übergang. Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausemissionen um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein.

Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und

neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«. »Niemand hat eine Ahnung, wie sich ein Planet voller Slums« (in den nächsten 40 Jahren wird laut Prognosen die Hälfte der Weltbevölkerung in solchen leben, bereits 2008 über eine Milliarde Menschen) »mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen an die zukünftigen Gegebenheiten anpassen soll«, noch wie diese Menschen reagieren werden, so Mike Davis (2008, 8). Er geht denn auch eher von einer »selektiven Anpassung« aus, die »den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht«, in »grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten unwirtlichen Planeten« (ebenda, 7).

Sozioökologische Konsequenzen

- Natur wird zur Ware, während nicht profitable Bedürfnisse unbefriedigt bleiben
- erhöhtes Wachstum, mehr Jobs
- erhöhter Ressourcenverbrauch
- fortschreitende ökologische Zerstörung

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital
- Ressourcenkämpfe und steigende Preise
- Finanzblasen im Sektor der Grünen Technologien
- einseitige Exportorientierung, globaler Wettbewerb, wachsende Ungleichgewichte
- angesichts der Austeritätspolitik begrenzte Dynamik

Politische Konsequenzen

- die Machtverhältnisse behindern die schnelle (ökologisch notwendige) Transition
- die Klimaziele werden nicht erreicht
- Elitenkonsens, ökologische vs. soziale Politiken, Autoritarismus

Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, als vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung ökologischer Interessen – ein Elitenkonsens, garniert mit der Hoffnung der Subalternen auf neue Jobs.

Führungskämpfe im Machtblock: Die Grünen vs. CDU/CSU oder schwarz-grüner (Atom-)Konsens?

Es ist wohl keine Frage, ob es zu einer »ökologischen« Modernisierung kommt oder nicht, sondern welcher Art diese sein wird. Dies ist Teil der Führungskräfte im Machtblock: Konzepte eines sozial-liberalen Green New Deal, die soziale und ökologische Fragen zu verbinden suchen, konkurrieren mit Vorstellungen eines grünen Kapitalismus (Fücks/ Steenbock 2007) bzw. eines Kapitalismus 3.0, (Barnes 2008) der nach der erfolgreichen »sozialen Zivilisierung« im 20. Jahrhundert nun die ökologische vollzieht. Es geht nur noch um die zukunftsfähige Form des Kapitalismus, seine Überwindung ist von gestern. In der Bundesrepublik bildet ein sozial-libertärer Green New Deal den programmatischen Kern eines rot-grünen Lagers – international vielleicht vergleichbar mit einer Blue-Green Alliance, der grüne Kapitalismus den eines schwarz-grünen Lagers, international den Green Economy Kräften verbunden – die Linke ist darin nicht vorgesehen. Beide Lager verstehen sich als Antipoden zu einem business as usual neoliberaler Art. Die Grünen haben es (vorläufig) geschafft, sich für beide Varianten einer ökologischen Erneuerung als führend in der öffentlichen Debatte zu etablieren. Die CDU/CSU versucht sich sowohl als Hüterin stabilitätsorientierter, konservativer (lies: neoliberaler) Werte als auch als Protagonistin einer maßvollen ökologischen Modernisierung. Grüne und CDU/CSU erklären beide den Konflikt zwischen ihnen zum zentralen parteipolitischen Konflikt bis 2013, betrachten sich als Hauptkonkurrenten. Doch geprägt ist die Situation ebenso von einem Ereignis, einem schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsens (wie Christoph Spehr das nennt), und der damit verbundenen Dynamik des Übergangs in einen post-nuklearen und postfossilen, grünpolitikistischen Akkumulationspfad.

Projekt/Szenario 3: ein Green New Deal

Doch was unterscheidet einen sozial-libertären Green New Deal (GND) vom grünen Kapitalismus, auch wenn es viele Überschneidung gibt? Dieses Projekt wurde u.a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären vorgeschlagen. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien –, große NGOs wie der WWF, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern, die New Economics Foundation usw.

3. Sozial-libertärer Green New Deal

- verbindliche Mengenbegrenzungen + CO₂-Zertifikate
- staatliche Regulierung durch Ge- und Verbote (wie das Vorreiterprinzip)
- Dezentralisierung und Rekommunalisierung
- öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs
- Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen
- *Ausbau* des Öffentlichen (Dienstleistungen)
- Arbeitszeitverkürzung
- Umverteilung, Industriepolitik und Ansätze für »Gerechte Übergänge«
- Übergang zu ökosozialer *Wachstums*-ökonomie
- *keine* Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung

Akteure: sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, der sich auf ökologisch orientiertes Industrie- und Dienstleistungskapital stützt, starke Spannungen im Machtblock

Wenn man so will, ist der Green New Deal stärker zivilgesellschaftlich getragen als der kapitalgetriebene grüne Kapitalismus, stärker auf die Dramatik der ökologischen Krise gerichtet als auf neue Investitionsmöglichkeiten. Und ein GND schließt systematischer eine soziale Komponente ein. Die Rolle des Staates, die Ausweitung des Öffentlichen und Umverteilungspolitiken sind zentral. Die Integration von dezentralen, kommunalen Lösungen und Großtechnologien ist offen. Die Anrufung von Eigeninitiative erhält mit der Verbindung dezentraler Energielösungen, in

der jeder mit alternativer Energieerzeugung zu Hause zum Energieproduzenten und -konsumenten in einem werden kann. Im großen Netz aus zentralisierten und dezentralisierten Einheiten werden die Einzelnen zu Prosumenten und werden energetisch selbstbestimmt – so das Bild. Ein GND fördert den ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.), zielt auf die Schaffung völlig neuer Infrastrukturen und den Umbau der Städte als Lebensraum.

Vor allem aber ist das Projekt stark verbunden mit einer Perspektive und der Produktion und Vermittlung von *Sinn*: Der Green New Deal greift Unsicherheiten, Bedürfnisse und Interessen auf, die neben Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation stehen, für eine ökologischere Lebensweise und mehr demokratische Mitbestimmung, für Eigenverantwortung und bürgerliche Freiheitsrechte. Betriebliche Demokratisierung spielt keine Rolle. Der GND bietet insgesamt das grundlegende Potenzial für einen neuen gesellschaftlichen Konsens und für eine Relegitimierung der Marktwirtschaft.

Allerdings ist ein solcher sozial-libertärer GND von zahlreichen Widersprüchen und Spannungen durchzogen. Ziele des GND sind Wachstums- und Exportförderung, was letztlich den Ressourcenverbrauch nicht begrenzt. Tatsächlich haben sich Verbrauch und Ausstoß von Emissionen trotz 30 Jahre Umwelt- und Klimapolitiken noch beschleunigt. Jede Steigerung der Ressourcen- und Umwelteffizienz wurde bislang noch vom Wachstum überkompensiert – nicht nur in China: der sog. Rebound-Effekt. Eine *konsequente* ökologische Modernisierung ohne Änderung des Wachstumsmodells führt gar zu mordsmäßigem auch industriellem Wachstum durch quasikomplette Erneuerung der Produktions- und Infrastrukturen. Sollen bei 2,5 Prozent Wachstumsrate jene Minderungsziele erfüllt werden, die beim Verbrauch von Rohstoffen und bei Emissionen als ökologisch erachtet werden – die Wissenschaft spricht, wie bereits angeführt, von Einsparung bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 –, so wären die Verbräuche der Industriestaaten pro Einheit Sozialprodukt auf bis zu ein Siebenunddreißigstel zu senken. Optimisten wie Weizsäcker sprechen vom Faktor 5 – nicht 37.

Eine ökologische Transformation reduziert sich nicht auf eine technische Modernisierung,

sondern berührt gesellschaftliche Ungleichheiten: klassenförmige Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Geschlechter- und Produktionsverhältnisse sowie unsere konsumorientierte Lebensweise. Umweltpolitik selbst wirft immer wieder Gerechtigkeitsprobleme auf, da Folgen und Kosten sich ungleich verteilen, etwa bei Ökosteuern und Preispolitiken.

Wie bei jeder Dividende profitieren von der propagierten Nettodividende einer ökologischen Transformation vor allem bestimmte Gruppen und Klassen. Ausgeblendet wird, welche Branchen schrumpfen sollen, welche Bedürfnisse eingeschränkt werden und vor allem wer betroffen ist. So bleibt ökologische Politik eine Ein-Punkt-Politik für gut situierte, urbane Mittelklassen. Die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen oder von Beschäftigteninteressen bleibt nachrangig. So verwundert es nicht, dass die ökologische Bewegung seit 30 Jahren bei Gewerkschaften nur beschränkt als politischer Bündnispartner anerkannt wird, im Prekariat keine Rolle spielt. Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit wurden über Jahre kaum adressiert oder genutzt, um »überzogenes Anspruchsdenken« im Norden anzuprangern. Ein sozial-libertärer GND wäre von starken internen Spannungen und Zielkonflikten zwischen ökologischen und sozialen Zielen durchzogen.

Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse setzen Green New Dealer eher auf Kompromisse mit (progressiven) Kapitalfraktionen oder auf die »Kreativität« der Unternehmen. Es ist fraglich, ob eine Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals durch eine ökologisch orientierte Fraktion der Mittelklasse ohne breites Mitte-Unten-Bündnis Erfolg haben kann, zumal jede konsequente (sozial-)ökologische Transformation mit einer massiven Kapitalvernichtung einhergeht. Letzteres betrifft die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Was dies für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse, Krisen bedeutet, wird kaum thematisiert. Wobei eben die fossilistische Fraktionen nicht einheitlich sind, da v.a. die großen Energie-, Chemie- oder eben Autokonzerne selbst mit zu den größten GreenTech-Investoren gehören. Eine »kontrollierte« Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird aber extrem schwierig. Industriepolitische Abfederung oder Konversionspolitiken werden hier kaum entwickelt.

Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, die Schaffung einer neuen produktiven Basis, die Veränderung der Konsummuster, der Struktur unserer Städte, der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert dabei auch deren Widersprüche, z.B. die Gefahren einer ›grünen‹ Finanzblase oder eben die Überkompensation der Ressourcen- und Energieeffizienz durch notwendig wachsende Verwertung des Werts.

Sozioökologische Konsequenzen

- die steigende Ressourcen- und Energieeffizienz wird durch steigendes Wachstum überkompensiert
- fortschreitende ökologische Zerstörung
- Zielkonflikte zwischen Arbeitsplatzertand und Ökologie

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital; kein Konzept für eine gerechte Konversion alter Industrien
- konsistente ökologische Regulation und die Umverteilung führen zu sinkenden Profiten
- Grenzen des Reformismus und Etatismus
- angesichts der institutionalisierten Austeritätspolitik *begrenzte wirtschaftliche Dynamik*

Politische Konsequenzen

- Widerstand fossilistischer und Finanzkapitalgruppen
- kaum Initiativen für reale Partizipation, technokratische Politik
- sozioökologische Protestbewegungen, prekärer Konsens
- kein glatter Übergang

Wahrscheinlichkeiten

Unabhängig davon, welchem politischen Lager es gelingt, unter seiner Führung andere Gruppen in eine Neuordnung des Machtblocks zu integrieren, kapitalgetrieben findet die Entwicklung zu einem grünen Kapitalismus bereits statt. In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, eine führende Rolle zu übernehmen, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben:

die Oligopolisten der Stromversorgung und andere fossilistische Gruppen.

Noch gibt es weder einen grün-kapitalistischen Block noch einen Green New Deal. Auch das ist nicht ungewöhnlich für Transformationen in der organischen Krise. Bestimmte Kapitalgruppen gehen voran. Eine vorsichtige Analogie: Auch die fordistische Produktionsweise setzte sich in den 1920er Jahren durch, lange bevor eine entsprechende fordistische Lebens- und Regulationsweise entwickelt wurde. Nun entwickelt sich eine grünpapitalistische Produktionsweise, ohne dass die Regulation, Lebens- und Konsumweise bereits ähnlich deutlichen Veränderungen unterworfen ist. Es mangelt noch an einer klaren politischen Führungsgruppe, vor allem international. Doch erst bei einem Entsprechungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise ergibt sich auch ein funktionierender Kapitalkreislauf.

Vor dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist zurzeit die Durchsetzung eines sozial-liberalen Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus. Die Green Economy wurde zum zentralen Orientierungspunkt des Rio+20-Gipfels im Mai 2012. Doch auch dieser ist durch austeritätspolitische Blockaden in seiner Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird es auch mit einer konservativen Energiewende nichts. Einen sanften Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen.

Perspektivisch kann es sich bei diesen parallel konkurrierenden Ansätzen und Strategien auch um eine Abfolge von Konjunkturen handeln, vom Übergang vom autoritären Neoliberalismus in der Krise zum grünen Kapitalismus, der erst durch einen sozial-libertären Green New Deal verallgemeinert wird, seine volle ökonomische Dynamik entfallen kann, die aktive Zustimmung organisiert. Das muss aber nicht so kommen. Ein grün-autoritärer Kapitalismus, globale Konkurrenzen und gewaltsame Auseinandersetzungen sind mindestens ebenso wahrscheinlich.

Umso wichtiger ist es, von links eine eigene Position für ein »rotes Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus« zu formulieren oder

dem grünen Kapitalismus Ideen für einen »grünen Sozialismus« entgegensetzen.

Projekt/Szenario 4: sozial-ökologische Transformation

Gegen den grünen Kapitalismus positioniert sich der grüne Sozialismus. Nicht im Sinne der einfachen Negation, vielmehr als Kompass für die sozialistische Intervention in transformatorischer Perspektive. Es geht um die Formulierung einer eigenständigen Position in einem breiten Projekt der Mosaik-Linken für eine sozial-ökologische Transformation. Dabei gilt es anzuknüpfen an den realen Widersprüchen und Bedingungen, an den realen Kräften und Bewegungen, die sich bereits an den unterschiedlichen Punkten engagieren und konkrete experimentelle Praxen entwickeln. Der Begriff des grünen Sozialismus versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne »revolutionärer Realpolitik« so zu verknüpfen, dass sie »durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung« hinausgeht (Luxemburg 1903/1970: 374).

Kämpfe oder Einzelreformen müssen in den Zusammenhang einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung gestellt werden, sonst droht den Kämpfenden eine letztlich noch verschärfte Unterordnung: Ihre vereinzelten Interessen werden kompromissförmig in den herrschenden Block integriert. Dabei werden alte sozialistische Problematiken, wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie, aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft. Im Folgenden also der Versuch, wesentliche Elemente eines grünen Sozialismus zu benennen:

Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie kommt in der »grünen Ökonomie« nicht vor, im sog. Green New Deal spielt sie eine Nebenrolle, die in Zeiten von Kürzungspolitik nicht ernst gemeint ist – »ehrlich machen« nannte die Partei Die Grünen deren Relativierung. Dabei wurden Banken und Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit gerettet, und nun soll die Schuldenkrise erneut von jenen beglichen werden, die am wenigsten dafür können. Aus neoliberaler Sicht muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden. Auch Sozialdemokraten und Grüne halten sich daran, um das »Vertrauen der Märkte« zu sichern. Sie

stimmten europaweit der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Dies ist nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, treibt ganze Länder in die Depression, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten.

4. Sozial-ökologische Transformation/ Grüner Sozialismus

- globale Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengengrenzungen
- Wirtschaftsdemokratie und dezentrale partizipatorische Planung
- Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung
- unterschiedliche Formen von Sozialisierung und des Eigentums
- Ausweitung des Öffentlichen (Dienstleistungen)
- globale Umverteilung, Industriepolitiken und »gerechte Übergänge«
- Sozialisierung der Investitionsfunktion (Keynes)
- Umverteilung der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Teilung der Arbeit (4in1-Perspektive)
- Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie jenseits des Wachstums

Akteure: »Mosaik-Linke« (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten

Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein *Schuldentribunal*, ähnlich wie in Ecuador 2010: Welche und in welcher Höhe sind Schulden zu bedienen? Wie viel soll für den Schuldendienst oder Investitionen frei bleiben, und für welche? Dies ist kein Problem nur peripherer Staaten. Benötigen wir nicht generell einen Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar? In Verbindung mit einer *gerechteren Steuerpolitik*, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnten so Umverteilung gestoppt, umgekehrt, Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden, auch für eine sozial-ökologische – dazu schweigen die Vertreter der »grünen

Ökonomie«. Auch die Bereitschaft für eine solche Politik in der Bevölkerung gründet auf der Entlastung von erdrückenden (finanziellen) Existenznöten. An diesem Punkt treffen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die CDTM, die Griechische Kampagne zum Schuldenaudit (vgl. LuXemburg 2/2012, 34 ff.), und linke Parteien wie Syriza und die Izquierda Unida, die im Rahmen der europäischen Krisenproteste für Schuldenaudits, Vermögensbesteuerung, Finanztransaktionssteuern, Bankenabgabe usw. streiten.

Perspektivisch wäre damit eine *schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion* notwendig – übrigens eine alte Keynes'sche Position: Denn wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken, geschweige denn in die ökologische Modernisierung. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Die »grüne Ökonomie« setzt nichtsdestoweniger auf marktförmige Lösungen wie Zertifikatehandel. Aber wie schon dargestellt: Vor allem dauert ein solcher Umbau viel zu lange.

Wenn die Märkte weder ihre Investitionsfunktion wahrnehmen (können), noch demokratische Entscheidungen über die Richtung der Entwicklung, dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden, über internationale Finanzregulierung hinaus etwa über die Vergesellschaftung von »systemrelevanten« Banken, den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken und breiter Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung von und partizipative Entscheidung über Investitionen ist Voraussetzung eines linken und sozialistischen Projekts der gesellschaftlichen *Umgestaltung* – ohne das lassen sich Verteilungs-

politiken auch rasch wieder rückgängig machen. Es geht um strukturelle Veränderungen.

Beim ökologischen Umbau der Produktion und Beschäftigungssicherung hat die private Wirtschaft versagt, insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor. Jetzt ist sie dabei, dies nachzuholen, indem die ökologische Modernisierung innerhalb der maßlosen Verwertungs- und Wachstumslogik erfolgt. Der Natur wird ein Preisschild angeheftet, während nicht-profitable Bereiche vernachlässigt werden. Daher bedarf es einer sozial-ökologischen *Transformation der Produktions- und Lebensweise* insgesamt, nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (public goods) und den Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenloser ÖPNV statt einfacher Stützung der Autokonzerne).

Ein grüner Sozialismus stellt *das Öffentliche* in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau der Produktions- und Konsumweise. Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme kann der auch in Teilen der gewerkschaftlichen Linken verbreiteten Fixierung auf Lohn-erhöhung und stofflichen Warenkonsum gegengearbeitet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt.

Die »grüne Ökonomie« hingegen favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshorewindparks, monopolisierte transkontinentale Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Alle wollen ihren Anteil am wachsenden Multibillionen-Dollar-Weltmarkt für grüne Technologien. Das dezentralisierende *Potenzial* der neuen Technologien wird konterkariert.

»False solutions« (falsche Lösungen) – wie sie in den globalen Gegenbewegungen bezeichnet werden; sie produzieren eine Vielzahl sozial-ökologischer Konflikte. Hier be-

rühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit linken Landes- und Kommunalpolitikern: gegen eine von oben verordnete, konzerngetriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer etc. um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie versuchen in diesem Bereich unterschiedliche Bewegungen und Gruppen auf eine gemeinsame Orientierungen hin zu arbeiten (vgl. LuXemburg 1/2012).

Die Reorientierung auf *reproduktive Bedürfnisse* wäre zentral für eine sozial-ökologische Transformation. Das hieße, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Es ginge darum, jene Bereiche *ins Zentrum* einer Transformation zu stellen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: d. h. Ausbau einer bedürfnisorientierten sozialen Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung (sozialer Souveränität) und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Denn das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle seit Jahren Mangel beklagen. Es ist zentral, diese Bereiche öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Und es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Dies wäre sowohl ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion, als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen durch den zentralen Blick auf reproduktive Funktionen. Ein grüner Sozialismus ist also feministisch. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie Verdi können an solchen Punkten zusammenkommen.

Diese Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion. Globale Produktionsketten wurden überdehnt, führen zur Verschwendung von Ressourcen – der Transport, einer der Hauptverursacher von CO₂-Emissionen, muss verringert und die Produktion ökologisch reorganisiert werden – also kein »naiver Antiindustrialismus« (Ur-

ban), vielmehr eine *alternative Produktion*. Das E-Auto zur Fortschreibung der Exportstrategie deutscher Automobilkonzerne entspricht, wie schon dargestellt, sicher keiner alternativen Produktion. Stattdessen wäre über die Konversion der betreffenden Unternehmen hin zu ökologisch orientierten Dienstleistern für öffentliche Mobilität nachzudenken, die von der Region ausgehend integrierte Mobilitätskonzepte realisieren (vgl. LuXemburg 3/2010). Auf diese Art könnten die im Exportismus und Krisenkorporatismus verhedderten Gewerkschaften wie die IG Metall wieder eigenständige Perspektiven entwickeln, die sie nicht immer wieder in Gegensatz zu den anderen Teilen der Mosaik-Linken bringen oder als Krisengewinnler gegenüber den europäischen Partnergewerkschaften positioniert. Eine solche Tendenz zu *Deglobalisierung* und Regionalisierung der Wirtschaft trägt nämlich auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Und sie verringert im globalen Süden den Druck zur Einschreibung in globale Produktionsketten, in extraktivistische Politiken und Rohstoffströme sowie Ausbau einer imperialen Lebensweise, eröffnet Raum für eigenständige Entwicklung.

Ein grüner Kapitalismus steht nicht nur in einer bestimmten Kontinuität zum Neoliberalismus. Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«.

– Stattdessen wäre die Transformation in Nord und Süd solidarisch zu verknüpfen. Ein konsequenter Technologietransfer von Nord nach Süd wäre zu ergänzen durch einen Erfahrungstransfer ökologischerer Lebensweisen von Süd nach Nord. Die Schonung natürlicher Ressourcen erfordert darüber hinaus die Entwicklung einer *globalen Stoff- und Ressourcenplanung*, die eine gerechte Verteilung sichert, den Verbrauch begrenzt, reproduktive Bedürfnisse stärkt.

Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen*. Ein

gerechter Übergang bedeutet kurzfristig, dass während bestimmte Bereiche schrumpfen (bspw. die industrielle Produktion stofflicher Waren), müssen andere zunächst wachsen (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum* ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- vs. Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Dabei weisen Debatten um *Buen Vivir* (dem Guten Leben) und sozial-ökologische Entwicklungsweisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch dabei wäre es notwendig, falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht »Entwicklung« an sich ist das Problem, nicht die »moderne« Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) herrschaftsförmiger Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Hier muss eine politische Übersetzung der jeweiligen Erfahrungen erfolgen. Es ergeben sich zahlreiche Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen sozial-ökologischen und transformatorischen Kämpfen im globalen Süden und im Norden.

Dringend bedarf es dabei der Entwicklung *gerechter Übergänge – Just Transition* –, die auch für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z.B. der Energiewende) und dem Umbau (z.B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder eine Perspektive bietet. In diesem Sinne versuchen Just-Transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt. Oder die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (bessere Umweltbedingungen und bewusster Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt äußerlich. Versuchsweise *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus sind: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) relevant zur Senkung von CO₂-Emissionen beitragen, b) zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), c) zur Reduzierung von Einkommens- und anderer Ungleichheiten, d) Beschäftigung und Gute Ar-

beit befördern und e) demokratische Partizipation der Einzelnen fördern. Sicher kann die Liste der Kriterien beliebig fortgeführt werden. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung wären dies jedoch wesentliche Punkte. Ohne Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu mehr öffentlichen Finanzen kann es keine Umgestaltung geben. Aber auch umgekehrt: Ohne sozial-ökologische Umgestaltung keine wirkliche Verbesserung der Lage des Unten in der Gesellschaft über Almosen hinaus. Dies alles kann aber nicht elitär und autoritär erfolgen, sondern nur durch starke demokratische Partizipation.

Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss zugleich eine radikale *Demokratisierung des Staates* sein. Weder der »wohlmeinend« paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den neuen (Demokratie-)Bewegungen geforderte Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt. Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Das autoritär-neoliberale Krisenmanagement läuft dem entgegen gesetzt.

Und es blockiert sogar die Dynamik der »grünen Ökonomie«: Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, sollte GreenTech die Grundlage für die ökologische Modernisierung der gegenwärtigen Produktionsweise liefern. Wie schon gezeigt, ist dies ohne eine aktive und bindende Regulierung unmöglich. Darin liegt ein Konfliktpotenzial zwischen autoritärem Neoliberalismus und grün-kapitalistischer Erneuerung. Letztere ist durch austeritätspolitische Blockaden in ihrer Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird es auch keine konservative Energiewende geben. Auch über das Tempo des Umbaus besteht Uneinigkeit zwischen den beteiligten Kapitalgruppen: die fossilistischen Kapitalgruppen, die nun auf den grün-kapitalistischen Zug aufspringen wollen einen möglichst langsamen Übergang, um altes

Fixkapital noch zu verwerten und den Rückstand bei der GreenTech aufzuholen. Die neuen grünen Kapitalgruppen, nicht zuletzt der Solarindustrie, sind auf einen raschen Übergang angewiesen, um Größeneffekte in einem wachsenden Markt zu realisieren. Im bestehenden nur begrenzten und hart umkämpften Markt ist ihre Existenz gefährdet. Einen sanften Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen. Vielleicht werden auch die Vertreter eines grünen Kapitalismus sich entscheiden müssen: für eine weiter verschärfte autoritäre Wendung innerhalb des Neoliberalismus mit eingeschränktem Expansionsmöglichkeiten oder gar für eine sozial-libertäre Variante eines Green New Deal?

Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen »unter Zeitdruck« (Schumann und Urban 2011) herbeizuführen, macht Elemente partizipativer *Planungsprozesse*, *consultas populares* und *peoples planning processes*, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in den Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion, vgl. IG Metall Esslingen 2009, Lötzer 2010, Candeias/Röttger 2009). Unabhängig davon rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z.B. in den USA in den 1930er und 1940er Jahren).

Von der »Überlegenheit des sozialistischen Grundplans« sprach selbst Joseph Schumpeter (1942/1987, 310 ff.), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten »schöpferischen Zerstörung« des Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen über ein starkes Argument – doch dieses Mal sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung im eigentlichen Wortsinn mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus wie des Staatssozialismus brechen. Angesichts negativer Erfahrungen mit zentraler Planung können Experimente auf regionaler Ebene einen Einstieg ermöglichen. Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen usw. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung. Er-

fahrungen internationaler Organisationen oder die gigantischen Planungserfahrungen transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar.

Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Daher geht es um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (4in1-Perspektive) – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, dem Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste usw. Darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation auch der solidarisch-libertären Mittelschichten. Hier treffen sich z. B. die Bewegung gegen Stuttgart21 mit Occupy und der Bewegung der Empörten. Nicht nur ein bisschen grüne Bürgerbeteiligung, sondern »*Real Democracy Now*«.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die *Demokratisierung der Wirtschaft*: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushalten, hieß es Jahre lang. Doch die »Leistungen« von Management und Shareholder-Value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristen, Finanzkrise, exorbitanter Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung in Misskredit geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption.

Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokrati-

sierung der Wirtschaft (vgl. LuXemburg, Heft 3/2012), für eine echte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit und Kurzfristigkeit, mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft. Mangelnde Mitsprache erschwert die Konversion der Wirtschaft hin zu einer sozial-ökologischen Produktionsweise. Nur eine sozialistische Linke will mit der Wirtschaftsdemokratie die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche voranbringen.

Sozioökologische Konsequenzen

- sozial-ökologische Konflikte innerhalb der Mosaik-Linken, Zielkonflikte
- Kämpfe um neue Lebens- und Konsumtionsweisen
- Zeitdruck

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise
- fehlende Routinen in der Wirtschaftsdemokratie und partizipatorischen Planung
- Grenzen des Reformismus und Etatismus
- Konflikte zwischen Entwicklung neuer Bedürfnisse und Produktivkräfte und dem Zwang, die Ressourcen- und Energiekonsumtion nicht zu steigern, sondern mittelfristig zu senken

Politische Konsequenzen

- ungünstige Kräfteverhältnisse, starker Widerstand von Kapital und alten Eliten
- keine konstituierte Mosaik-Linke, dauerhafte Spaltungen
- eingeschränktes Interesse von wesentlichen Machtgruppen in der Sozialdemokratie, den Grünen oder wichtigen Gewerkschaften

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu werden. Denn es ist

»Sache eines jeden von uns, das Divergierende zu einer Einheit zu bringen« (Peter Weiss; 1975/1983, 204).

Literatur

Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hamburg 2008

Candeias, Mario/Röttger, Bernd (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise, in: Das Argument 284, S. 894–904

Davis, Mike (2008): Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen, in: Telepolis, 11.12.2008, www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/! .html

Fücks, Ralf/Steenbock, Kristina (2007): Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: Böll.Thema 1, www.boell.de

Gramsci, Antonio (1991a): Gefängnishefte. 1. Heft. Hrsg. von Klaus Bochmann, Hamburg 1991

Gramsci, Antonio (1991b): Gefängnishefte. 2. und 3.. Heft. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1991

IG Metall Esslingen (2009): Treuhandfonds für die Region, Esslingen

Lötzer, Ulla (2010): Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: LuXemburg 3, S. 86–93

Luxemburg, Rosa (1903/1970): Karl Marx. In: Werke, Bd. 1.2, Berlin

Schumann, Harald/Urban, Hans-Jürgen (2011): Gespräch über Konversion und Mosaiklinke, in: LuXemburg 1, S. 84–89

Schumpeter, Joseph A. (1942/1987): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen

Weiss, Peter, (1975/1983): Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt a.M.

Williamson, Thad (2010): Democratic Social Planning and Worker Control, in: LuXemburg (<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=1048>)

Szenarien Grüner Transformation - Widerstreitende Strategien im Vergleich

Autoritärer Neoliberalismus

kurzfristiges Krisenmanagement mit dem Ziel der Bewahrung der grundlegenden Strukturen
 intensivierte Austeritätspolitik
 autoritäre Politiken und Repression von Protest
 symbolische soziale und ökologische Modifikationen
Fortsetzung der fossilistischen Produktions- und Lebensweise
 Primat marktförmiger Regulation
 sinkende Wachstums- und Investitionsraten
starke Krisentendenzen
Akteure: alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistische Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten

Grüner Kapitalismus

verbindliche Vereinbarungen
 marktförmige Regulierung und Inwertsetzung
 (groß-)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und Xtreme-Energie
 begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente
öffentliche Investitions- und Förderprogramme
keine Umverteilung nach unten, halber »Bastard«-Keynesianismus
 Übergang zu ökokapitalistischer Produktions- und Lebensweise
Akteure: ökokapitalistischer Elitenkonsens mit subalternen Integration der Beherrschten (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital

Sozial-libertärer Green New Deal

verbindliche Mengenbegrenzungen + CO₂-Zertifikate
 staatliche Regulierung
 Dezentralisierung und Rekommunalisierung
 öffentliche Investitions- und Förderprogramme
 Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs
 Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen
Ausbau des Öffentlichen (Dienstleistungen)
 Arbeitszeitverkürzung
 Umverteilung, Industriepolitik
Übergang zu ökosozialer Wachstumsökonomie
keine Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung
gegenwärtig ökologisch und politisch blockiert
Akteure: sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, grünes und binnenwirtschaftlich orientiertes Kapital, starke Spannungen im Machtblock

Sozial-ökologische Transformation/Grüner Sozialismus

Wirtschaftsdemokratie
 Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengenbegrenzungen
 Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung
 Primat des Öffentlichen und Sicherung von individueller Sicherheit und Freiheit
 Sozialisierung der Investitionsfunktion
 globale Umverteilung, Industriepolitiken und »gerechte Übergänge«
 4in1-Perspektive
Übergang zu einer grünsozialistischen Reproduktionsökonomie
gegenwärtig nur eine Strategie der politischen Intervention
Akteure: »Mosaik-Linke« (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten

Zwischen Ohnmachtserfahrung und Systemkritik Linke Politik in der neuen »großen Transformation«



I.

Von Colin Crouch liegt eine höchst pessimistische Zeitdiagnose vor (»Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus«, Berlin 2011). Danach hat eine Transformationsperspektive keinerlei Realitätsgehalt. Statt hoher Ansprüche sei politisch-strategische Abrüstung angesagt; es sei schon viel gewonnen, wenn es gelänge, »in dieser Welt klarzukommen« (S. 243). Crouchs Blick in die Zukunft (»Was kommt nach dem Keynesianismus der privaten Hand«) verheißt noch einmal wachsendes Gewicht der Finanzmärkte und zunehmenden Einfluss der Finanzmarktakteure, Dominanz der Großunternehmen, weiter schwindende Bedeutung einer gespaltenen und fragmentierten Arbeiterklasse (»divide et impera«, S. 170ff.). »Jenseits von Staat, Markt und Konzern« (S. 240) gibt es nur noch zivilgesellschaftliche Akteure, die aber nicht mehr repräsentierten als die »Macht der Machtlosen«.

Eine Debatte über »linke Transformationspolitik heute« ist demzufolge begründungspflichtig. Vor allem dann, wenn nach der ersten Polanyi'schen Transformation mit

einer »zweiten Transformation« weitreichende, gleichsam grundstürzende Umwälzungen in den Blick genommen werden. Zum Begründungskontext gehört zweierlei: Zum einen das Aufbrechen der Widersprüche in den sozioökonomischen Verhältnissen, zum anderen soziale Akteure, die Kritiker dieser Verhältnisse sind und sich der Crouch'schen Maxime des »muddling through« nicht anschließen.

II.

In seiner – den Transformationsansätzen zugrunde liegenden – Krisenanalyse greift das Institut für Gesellschaftsanalyse auf Antonio Gramscis Begriff der »organischen Krise« zurück (»Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Berlin, August 2011). Begründet wird damit der Übergang von einer überkommenen Akkumulations- und Regulationsweise in eine neue, um den sich heftige politische Kämpfe rangen.

In drei Punkten sehe ich Diskussionsbedarf:

1. In Gramscis Analysen steht der krisenhafte Übergang in den Fordismus/Amerikanismus im Zentrum, dem sich in Europa starke traditionelle Klassen mit anti-modernen Bewusstseinsformen entgegenstellen, was den Durchbruch einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise zunächst blockiert. Dieses Konzept kann nicht ohne Weiteres auf die aktuelle Krisenkonstellation übertragen werden. In der gegenwärtigen Krise des Finanzmarktkapitalismus geht es nicht in erster Linie um die Freisetzung einer neuen Betriebsweise, sondern eher um eine gesellschaftszerstörerische Unterminierung von Voraussetzungen für eine neue Stufe der Entwicklung und Aneignung gesellschaftlicher Produktivkräfte.
2. Die Ausführungen zur organischen Krise changieren zwischen »Vervielfachung« und »Verdichtung« von Krisenprozessen – kurz: zwischen »Vielfachkrise« und »Systemkrise«. Damit wird das Trans-

formationskonzept sehr weit offen gehalten: Transformation im Kapitalismus und über diesen hinaus. Selbstverständlich geht es immer um beide Ebenen, aber der »Kniff« der Transformationsdebatte müsste doch darin bestehen, die Übergänge herauszuarbeiten.

3. Der Finanzmarktkapitalismus ist durch eine sozialstrukturelle Veränderung geprägt, die eine historisch neuartige Qualität aufweist: dauerhafte Prekarität. Ein politisch relevanter Teil der Bevölkerung ist damit nicht mehr in die gesellschaftliche Wertschöpfung eingebunden. Jede politische Übergangsforderung der Linken muss aber in einen Begründungszusammenhang von Wertschöpfung, Reorganisation von Verteilungsverhältnissen und der Ausgestaltung öffentlicher sozialer Sicherung (und damit der Rolle des Staates) eingebettet sein. Was das für politische Aufklärung und Überwindung von politischer Passivität, Protestkulturen, Solidarzusammenhängen und Bündnisperspektiven heißt, ist weiter zu klären.

III.

Von einer systemischen Krise zu sprechen macht Sinn, weil wir im Alltagsbewusstsein zahlreiche Ansätze der Delegitimierung der bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse feststellen. Ich hebe drei hervor:

1. Rund ein Drittel der Bevölkerung weist den Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« zur Kennzeichnung der bestehenden sozioökonomischen Verhältnisse zurück. Dabei geht es um mehr als die Erkenntnis wachsender sozialer Ungerechtigkeit. »Soziale Marktwirtschaft« beinhaltet nicht nur sozialstaatliche Regulierung, sondern bezeichnete auch eine meritokratische Ordnung: Nicht nach Klassenlage, sondern nach individueller Leistung sollte die Position in der Gesellschaft bestimmt sein. Zu Recht wird heute über die »Rückkehr der Klassengesellschaft« diskutiert. Ein weiterer Befund der repräsentativen Befragungsforschung lautet, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Zusammenhang von Unternehmensprofit und Investitionen infrage stellt. Wenn aber die Gewinne von heute nicht mehr die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind, wird eine zentrale Legitima-

tionsformel der bestehenden Verteilungsverhältnisse brüchig. Kurzum: Heute sind zentrale ideologische Integrationsmodi westdeutscher Nachkriegsentwicklung (und vielleicht ostdeutscher Anschluss Hoffnungen) infrage gestellt.

2. Eine wichtige Krisendeutung ist die einer Krise in Permanenz. Auch hier geht es um mehr als um soziale Verschlechterungen im gesellschaftlichen Lebensprozess. Ganz wichtig scheinen – nach einer Befragung, die wir gemacht haben (»Krise ohne Konflikt?«) – die unterliegenden Veränderungen im Arbeitsprozess zu sein. »Vermarktlichung«, Restrukturierung in Permanenz, Verlagerungen, Outsourcing, ein betriebliches Leistungsregime, das im Krisenjahr 2009 noch einmal intensiviert und nach dem Ende der Kurzarbeit mit der umgehenden Verlängerung der Arbeitszeit verkoppelt wurde – das sind einige Stichworte, die nicht nur wachsende Prekarisierung beschreiben, sondern auch Kernbelegschaften »Existenzängste« erfahren lassen. Die Arbeitsgesellschaft erweist sich als krank machender, pathologischer Krisenzusammenhang (Burnout).
3. »Systemerfahrung« heißt auch, dass die Personifikation des Klassengegensatzes hinter Systemzwängen zurücktritt. Auch der hoch spekulative Investmentbanker macht letztlich seinen Job, und das lokale Management wird häufig als Weisungsempfänger der Konzernspitze und selbst diese als abhängig von Finanzmarktlogiken gesehen. Damit ist die Botschaft eine doppelte: Einerseits rückt »das System« als solches und nicht seine Charaktermasken ins Zentrum. Andererseits ist dieses »System« in höchstem Maße fetischisiert: Wie der Finanzmarktkapitalismus funktioniert, ist das komplizierteste Rätsel der modernen Welt – in der ganzen Kette der Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise ist das Rätsel, wie aus Geld mehr Geld wird, das vertrackteste.

Wenn wir uns der Transformation vom Alltagsbewusstsein her nähern, stoßen wir auf einen auf den ersten Blick paradoxen Befund: Nicht die Destruktion von Ohnmachtserfahrungen öffnet das weite Feld der Systemkritik. Umgekehrt: Systemkritik mündet in Ohnmachtserfahrung – oder in »adressatenlose Wut«, wie wir das nennen. Eine Wut

über die bestehenden Verhältnisse, die (noch) keine Umsetzungsperspektive hat: »Was« ist »mit wem« »wie« zu attackieren? Also doch von Ohnmacht infiziertes *muddling through* mit Colin Crouch?

IV.

Damit komme ich zur Transformationsstrategie. In seiner Begründung einer »zweiten Transformation« gibt Dieter Klein wichtige Hinweise auf inhaltliche Projekte:

- Nachhaltigkeit durch sozialökonomischer Umbau, d.h. eine Revolution im Verhältnis von Gesellschaft und Natur«,
- der Ausbau des »Öffentlichen« als »conditio sine qua non für individuelle Freiheit«
- sowie »sozial gleiche Teilhabe an allen Gütern und Lebensbedingungen«

sind inhaltliche Eckpunkte einer »emanzipatorischen Transformation«.

Was nun die Akteursperspektive betrifft, hebt Frank Deppe hervor, dass die »alte Vorstellung von der Klasseneinheit (die dazu noch stellvertretend durch eine Partei repräsentiert wird) ... endgültig der Geschichte an(gehört)«, sie ist »rückwärtsgewandt, keine Zukunftsperspektive«. Oder um es mit Dieter Klein zu formulieren: »Links sein heißt, ... für die Mobilisierung alternativer Akteure ..., für deren Vernetzung zu veränderungsmächtigen Bewegungen, Allianzen und Bündnissen in den Kämpfen um bessere Zukünfte zu wirken« (ebd.). Hans-Jürgen Urban nennt das die »Mosaiklinke«. Soweit dürfte das Konsens sein.

Einspruch muss ich einlegen hinsichtlich dessen, was fehlt oder ausgeklammert ist. Trotz Systemkrise als Zeitdiagnose bleiben die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftliche Arbeitsprozess in der Skizzierung einer »zweiten Transformation« eigentümlich unthematized. »Emanzipatorische Transformation« ist aber – was die Prozesse wie auch die Subjekte betrifft – ohne Aufhebung von ausgebeuteter und entfremdeter Arbeit – in welchem Maße auch immer – nicht zu haben.

Um meinen Einspruch deutlicher zu machen: In einem Thesenpapier des Institut für Gesellschaftsanalyse zur organischen Krise wird für eine »radikale Realpolitik« der Umverteilung (von Reichtum, Macht, Ressourcenverbrauch, von privat zu öffentlich) ge-

worben. Zugespitzt heißt es in den Thesen: »Umverteilung ist die *Voraussetzung* jeder progressiven Strukturveränderung... Umverteilung ist der *Ausgangspunkt* linker Politik... Umverteilung ist das *Alpha*, Transformation das *Omega*.« (S. 22)

Man könnte zunächst meinen, dass damit eine Selbstverständlichkeit benannt ist. Gut drei Jahrzehnte Neoliberalismus sind politisch ins Werk gesetzte Umverteilung. Der Finanzmarktkapitalismus ist systematische Umverteilung zugunsten der vermögenden Klassen. Und die Große Krise seit 2007/2008 treibt die Umverteilung durch Enteignung des vom Staat mobilisierten gesellschaftlichen Reichtums noch einmal auf die Spitze. »Accumulation by dispossession« nennt David Harvey dieses Regime. Ist »radikale Realpolitik« durch Umverteilung von Reichtum, von Ressourcen und von Macht (sprich Demokratisierung) also das übergreifende Projekt der (sozialistischen oder sozialen) Linken?

Ich habe drei Einwände:

1. Umverteilung ist vertrackt. Bis zu welchem Punkt haben wir es mit Verteilung, ab wann mit Umverteilung zu tun? Selbstverständlich: Reallohnverluste bei gleichzeitig zweistellig wachsenden Vermögenseinkommen sind Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit. Und selbstverständlich ist auch die Ablehnung von Lohn-dumping. Aber welche Lohnentwicklung ist begründbar im globalen Prozess kapitalistischer Konkurrenz? Die Standortdebatte zeigt uns, dass das auch auf Seiten der abhängig Beschäftigten nicht ganz einfach zu beantworten ist. Und wie hoch dürfen die Vermögenszuwächse von Banken sein, von denen in der Krise gefordert wird, eine Umschuldung – Beispiel Griechenland – aus den eigenen Rücklagen zu finanzieren?
2. Den jeweiligen Verteilungs- und Umverteilungsansprüchen unterliegen Vorstellungen über den Zusammenhang von Einkommen und den Quellen ihrer Entstehung. Daraus leitet sich ab, was als »gerechte« Verteilung und was als »ungerechte« Umverteilung empfunden wird, die korrigiert werden muss. Von Marx haben wir gelernt, dass die bürgerliche Gesellschaft auf der Mystifikation beruht, dass Lohn, Profit, Grundrente und Zins jeweils spezifische Quellen haben: Arbeit, Kapital und Boden/Immobilien. In

diesen Verteilungsstrukturen ist die Formbestimmtheit der Reproduktion im Kapitalismus, die Produktion und Aneignung von Mehrwert, fetischisiert. Eine Transformationsstrategie muss diesen Fetisch aufbrechen. Das geht aber nur, wenn der Zusammenhang von Verteilung und Produktion aufgezeigt werden kann. Hier liegt m.E. der »Ausgangspunkt linker Politik«, nicht in bloßer Umverteilung.

3. In Verteilungsfragen sind alle Warenbesitzer und über den Staat und die darüber vermittelten Umverteilungsprozesse und institutionellen Strukturen zugleich Citoyen. Hier sind auch alle Akteure der Zivilgesellschaft versammelt, die sich gegen die Usurpation des gesellschaftlichen Reichtums durch eine verschwindend kleine Zahl der Vermögensbesitzer zur Wehr setzen: also die 99% von Occupy, die Vielheit, die Multitude. Zu dem bereits angesprochenen Fetisch der Gleichheit der Warenbesitzer an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft kommt im Finanzmarktkapitalismus ein Weiteres: Alle Eigentumsansprüche scheinen begründet und fix zu sein, nur der Lohn nicht. Während die Kapitalrendite und der Zins im Regime des Shareholder-Value dem Akt der Produktion gleichsam vorgegeben werden, scheint der Lohn die einzige flexible Kostengröße zu sein, an der je nach Konjunktur »gedreht« werden kann. Verteilung konzentriert sich so im negativen Sinne auf den Lohn. Um diese Verkehrung aufzubrechen, müssen die beiden Seiten des Lohnverhältnisses in den Blick genommen werden: die Produktion und spezifische Verteilung des unter dem Kapitalverhältnis produzierten Reichtums – nicht nur Letzteres.

Selbstverständlich kennt die bürgerliche Gesellschaft noch viele andere Formen von Arbeit und Tätigkeit, die für die gesellschaftliche Reproduktion unerlässlich sind. Aber eine Transformationsstrategie, die der Reichweite nach eine »zweite Transformation« einleiten will, muss eine Strategie der Transformation der Arbeit als Lohnarbeit sein. Und damit die Transformation der Wertschöpfung, der gesellschaftlichen Produktion, die Aufhebung der Ausbeutung und Entfremdung der Arbeit. Also Ausweitung der Kampfzone, nicht Engführung auf Umverteilung.

V.

Damit bin ich bei den strategischen Alternativen. Hier plädiere ich für »Neue Wirtschaftsdemokratie«¹ (als bündelungsfähiges, übergreifendes Projekt der (sozialistischen) Linken.

Wirtschaftsdemokratie können wir stark machen als Transformationsprojekt in Zeiten einer Systemkrise – ein mehrstufiges Konzept der Wirtschaftssteuerung, die auf der makroökonomischen Ebene ebenso ansetzt wie auf der Ebene der Struktur- und Regionalpolitik und schließlich bei der Unternehmenspolitik selbst.

Im Leitantrag des Parteivorstands zum neuen Grundsatzprogramm der LINKEN ist das eher unter Wert gehandelt: Dort wird Wirtschaftsdemokratie im Wesentlichen auf die Eigentumsform – z. B. privat/öffentlich/genossenschaftlich – zugespitzt, und wo dies nicht der Fall ist, wird für eine Ausweitung der institutionellen Mitbestimmung argumentiert. Das ist nicht falsch, aber Wirtschaftsdemokratie ist eben mehr. Hier zeigt sich noch großer Diskussionsbedarf.

Woran historische Konzepte der Wirtschaftsdemokratie letztlich gescheitert sind, ist – neben vielen anderen Punkten – der Ansatz der Vergesellschaftung von oben. Deshalb möchte ich einen anderen Ansatz stark machen, der von unten kommt: aus der Produzentenperspektive. Ein Ansatz, der die entwickelte Subjektivität ebenso aufgreift wie den Widerstand gegen die Prekarität der Arbeit. Ein Ansatz, der das Bedürfnis nach mehr Selbstbestimmung in der Arbeit stark macht, die Aufhebung von Entfremdung, den Autonomiegewinn fördert, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit und Arbeitsteilung zurücknimmt. Ein Ansatz schließlich, der Produzentenstolz einbringen kann und damit Fachlichkeit gegen kapitalistische Rationalisierung setzt.

Ich denke, dass dies Ansatzpunkte sind, die eingangs erwähnte Paradoxie von Systemkritik und Ohnmachtserfahrung zu bearbeiten und schrittweise aufzuheben. Und ein Ansatz, um Demokratie von unten neu zu begründen.

¹ Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg

Financial Crises, the Dollar and International Monetary Revolution



This paper analyses a neglected nexus in our understanding of the current crisis – that between the financial crisis and the US dollar's role as the world's currency. It is well-known that this role has historically given the US ›seigniorage‹ or an ›exorbitant privilege‹ (as then French President Valery Giscard d'Estaing termed it in the 1960s), a range of economic advantages including a substantial discount on the rates at which it borrows from the rest of the world. Two other things are, however, less well-known.

Firstly, this role has been inherently contradictory from the start and for one simple reason: the *world's* money was issued by *one* of its many nations. Hegemony Stability Theory (HST) was chief among the ideologies that dissimulated this contradiction and attempted to make the dollar's world role *appear* natural. But it could not make it so. According to it, the dollar was playing the same role in the 20th century world that the pound sterling had played until 1914. How-

ever, the HST story is deceptively simple. It was one thing for the currency of an imperial power with a vast formal empire to play this role and quite another for the currency of just one nation-state, no matter how large, among a proliferating number of them, to do the same. For ›during the ›thirty years' crisis‹ of 1914 to 1945, the imperial world dominated by Britain came to an end and a new world order was born in which the nation-states system would become generalized.

John Maynard Keynes, arguably the twentieth century's greatest scholar of capitalism, knew that imperial monetary arrangements would have to be replaced by those suited to a world of nation-states and proposed a set of such arrangements: a multilaterally created currency unit, ›bancor‹ that was the currency of no nation and a set of supporting arrangements, pre-eminently an International Clearing Union (ICU), designed to maximize trade without substantial and persistent imbalances and to prevent altogether the speculative financial transactions that could be so destructive of production and growth. However, Keynes' proposals would be defeated at the Bretton Woods Conference. It was held in 1944 precisely to come up with a set of new rules for postwar world economic and political governance that would prove better and more enduring than those attempted after the First World War. At Bretton Woods, the US wielded the extraordinary power it had acquired as a result of the Second World War to ensure the rejection of Keynes' proposals. It insisted instead that dollar be the world's currency (see Desai 2009, Desai 2013).

However, while the US may have had the power to force the dollar on the world, that power did not extend to suppressing the contradictions inherent in its world role. It had tried to make that role palatable by promising the exchange the dollar for gold at \$35 an ounce. However, the contradictions of the dollar's role ensured the ›closing

of the gold window^c in 1971. Thereafter the dollar could maintain its world role only through a series of largely financial contrivances, each more volatile and unstable than the last (these are discussed in detail in Desai 2013). However, HST prevented the clear recognition of this reality. Beginning in the early 1970s HST's advocates insisted that the 1971 breakdown of the international monetary system centered on the gold-backed dollar established at Bretton Woods had been a non-event and that after 1971 the US policy of ›benign neglect‹ towards the dollar's value worked and served the world at least as well as the Bretton Woods System had. HST was always less a theory than an instrumental rationalization. For it, the facts – the historical experience – was something to be glossed over, rather than contended with or explained. It is, therefore, no wonder then that by the early 21st century, precisely when the seeds of the recent financial crisis were being sown and the instability of the dollar's role being more widely recognized than ever, some US economists were arguing that there was in place a veritable ›Bretton Woods II‹ (Dooley et al 2003).

Secondly, the dollar-centered international monetary order has exacted a great cost from the developing world: at least two ›lost decades‹ of development after 1980 amid the generally deflationary economic environment which sustaining the dollar's world role required and, after the 1998 East Asian Financial crisis, slower growth than might have been possible because developing countries accumulated reserves to protect themselves against economically devastating financial crises that had by then become endemic to the dollar-dominated world. This reserve accumulation, predominantly in dollars, also led to the obscenity of poor countries lending to one of the richest countries in the world at a discounted rate of interest even though their own economies could have benefitted from additional investment. If this was not bad enough, the lending and foregone investment in the developing world was financing only more consumption, not productive investment in the US. This situation Fed Chairman Ben Bernanke conveniently dubbed a ›global savings glut‹ (Bernanke 2005. For a critique see Chandrashekhar and Ghosh 2005). It is an interesting question why these countries choose the costly path of accumulating re-

serves than the cheaper one of imposing capital controls: perhaps to appease the very financial interests (Rodrik 2006) that had grown stronger in practically every economy at the expense of productive interests thanks to the financial arrangements that the maintenance of the dollar's world role necessitated?

That, within months of the collapse of Lehman Brothers in September 2008, calls for the replacement of the dollar as the world's money began to be heard was no coincidence: the housing bubble that had burst earlier that year and the financial crisis it caused constituted the unraveling of last of the latest of the financial contrivances to prop up the dollar's world role. The most prominent call came from the Governor of the People's Bank of China (Zhou 2009), though there were others (Stiglitz 2009, Ocampo 2009). While Chinese motivations for seeking international monetary ›regime change‹ might be considered mixed given China's vast dollar reserves on the one hand and their declining value on the other, even some who might be expected to prefer the present system more unproblematically began to express concern about its future (Carney 2009, Subacchi and Driffill 2010).

Given the dominance of HST, inevitably many dismissed calls for reform as wishful thinking, insisting that the dollar's position was secure (Dooley et al 2009, Driffill 2010). Veteran US international affairs scholar, Benjamin Cohen, commented in his foreword to a Royal Institute for International Affairs (Chatham House) report that the question of international monetary reform had been posed before, indeed, repeatedly so.

I can remember it being asked half a century ago, back in the 1960s, when the postwar dollar shortage turned into a dollar glut and Robert Triffin formulated his famous ›Dilemma‹. It was posed again in the 1970s, after President Richard Nixon closed the gold window, suspending the convertibility of the greenback into gold, and the exchange rates of major currencies began to float. The question was back in the spotlight in the 1980s, when the Latin American debt crisis seemed to threaten the solvency of international banks. And it was asked again in the 1990s, following the Asian currency crisis, when everyone talked about the need to

rebuild the global financial architecture. *Plus ça change, plus c'est la même chose.* (Cohen 2010 : v)

Cohen's message was, quite simply, that the doubters had been wrong many times before and were likely to be wrong again. Looked at another way, however, his list of occasions when the question of the dollar's future as world money came up was simply a list of the major, and inevitable, crises in the dollar's contradictory world role. Indeed, it is interesting that Cohen neglected to mention some of the most severe. For one, there was the dollar's plunge at the end of the 1970s when gold reached levels as yet unmatched by the recent spike in gold prices real terms and the severe recession-inducing Volcker Shock that became necessary to reverse that slide. Another such was the fear of a catastrophic fall in the dollar's value that led to the 1985 Plaza Accord to devalue it gradually. Like other HST scholars, Cohen simply sought to emphasize that there were many obstacles to international monetary reform and though the dollar has had its detractors, its role as the world's money had endured and was likely to do so for the foreseeable future. Some even argued that it was a perfectly acceptable ›fall back‹ position for the world (Driffill 2010). But was it?

To be sure, the dollar rallied powerfully immediately after the crisis as nervous US investors repatriated their investments from emerging economies and businesses hoarded cash. Soon, however, the dollar resumed the downward slide it had been on since 2000 while gold and other commodities rose. The dollar's slide was accelerated by the vast additional debt the US state incurred to bail out its insolvent financial institutions and by the multiple rounds of ›Quantitative Easing‹ (QE), essentially money creation, which the Federal Reserve undertook. The justification was that it would keep the economy from tipping over into a depression but in effect it did little more than recapitalize banks which, moreover, nevertheless failed to get the economy going again by lending. The dollar strengthened after the end of QE2 when the Fed announced that it would no longer keep flooding the world with dollars but work instead to bring down longer term interest rate in ›Operation Twist‹. But the reasons were paradoxical:

This [the end of QE 2] in itself cannot fully explain the fall in the prices of alternative assets, especially gold. What is perhaps happening is that the uncertainty and downturn in equity markets [caused by the end of QE 2] is forcing some investors to sell alternative assets in order to cover losses or meet margin calls. The resulting price decline is possibly forcing those who in herd-like fashion moved into gold, metals and other commodities to book profits or cut losses and exit from these assets. But with nowhere else to go, the shift was to cash. And what form of cash is there to hold other than the dollar, with the euro and the yen in crisis. (Chandrashekhkar 2011)

However, eventually downward pressure on the dollar resumed, effectively a weakening of the world's desire to hold dollars, despite the additional boost the dollar received from the Eurozone crisis that erupted in 2010. In the Fall of 2012, the dollar's downward slide could be expected to continue, particularly with the Federal Reserve's announcement of a new and indefinite round of QE and with signs of a stabilization of the Eurozone (if not the resolution of its crisis, which by all accounts, was nowhere in sight). How long the dollar would slide before a catastrophic exit of investors – domestic as well as foreign – from it and a collapse its value was anyone's guess (Williamson 2009: 4, Bergsten 2009: 30-1).

The emergence of questions about the dollar's future as the world's money just after the financial crisis is treated as a mere coincidence by practically all commentators and those who do link the financial crisis to the dollar's future frame the problem as one of trade imbalances, particularly that between China and the US, and the resulting financial imbalances (D'Arista and Erturk 2010, Stiglitz 2009). However, as I argue in my forthcoming book *Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire* (2013), the dollar's career as the world's money since the end of the Second World War has been rocky throughout and dissatisfaction with it, which, for instance, set the European Union on the path to the Euro back in the early 1970s, laid the basis of a shift away from the dollar-centered international monetary system which is now accelerating. Many initiatives, particularly on the part of the emerging economies, are

beginning to displace the dollar-centricity of the system: whether it is the creation of the G-20 to replace the G-7, the emergence of regional reserve pooling mechanisms, or bilateral currency swaps and agreements to use national currencies in trade rather than the dollar (Grabel 2010). Today there is an emerging consensus that, at a minimum, a multi-currency world monetary system is emerging (Subacchi and Driffill 2010).

Proposals for a more active and deliberate reform of the international monetary system, such as that from the PBC, are emerging in this context, where decades of dissatisfaction with the dollar, decades during which its world role has, in fact, done much harm, have already led many countries to act in pairs or small groups to avoid using the dollar. The question is not whether change in the international monetary system is coming. It is. The questions that remain are about whether it will be the result of the blind concatenation of events or be informed, to a greater or lesser extent, by a vision of a more rational, sustainable and just international monetary system.

Most recent proposals for reform of the international monetary system take its existing institutional structures as their point of departure and propose a modification of some aspects to resolve one or more problems they identify with the existing system. Given this, one common theme running through otherwise very different proposals is the reform and strengthening of the International Monetary Fund (IMF) and an extension of the role of its Special Drawing Rights (SDRs) (Zhou 2009, Subacchi and Driffill 2010, Stiglitz 2009, Ocampo 2009). The focus on SDRs is not accidental. For some, Keynes' grander vision of a what Zhou called a ›super sovereign‹ currency continues to be something of a lodestar for a more democratic and just system while others are attracted by its practical advantages over national money attempting to play a world role, which Keynes had clearly foreseen. SDRs are the closest thing we have to its ›bancor‹ (Zhou 2009:2, see also Stiglitz 2009:116). As I have argued elsewhere, the hour of Keynes' vision may well have struck with the 2008 financial crisis. While Keynes accurately foresaw that the imperial world was giving way to one of nation-states, he did not reckon on the two world wars making US power relative to that of the rest of

the world so great, nor on the use of that power to thwart his vision. With the decline of that power, it is as though history has caught up with Keynes (Desai 2009).

This is something that must now engage the left's attention because it will undoubtedly be an element of any future transition beyond capitalism. Confusion tends to surround this theme in good part because in recent decades the rhetoric of globalization, even when, or especially when, it has taken critical forms, such as ›alter-globalization‹, has confused internationalism with cosmopolitanism. The former has historically been a valued principle of the left but one which places nation-states as material entities at its core. The latter, however, is at best empty verbiage in a world divided into radically unequal nations. The contemporary left is, however, uncomfortable with the former. In recent decades it has preferred to contest dominant cosmopolitan ideologies such ›globalization‹ and ›empire‹ with equally cosmopolitan ideologies. It forgotten that cosmopolitan ideologies – whether free trade in the 19th century or globalization and empire in the late 20th and early 21st centuries – were cosmopolitan ideologies because they were ideologies of actual or attempted imperialism (Desai 2013). They can only be contested by theories that take nations as well as classes as the material products of capitalist development, as Marx and Engels (see, e.g. Desai 2012 and 2013) and the classical theorists of imperialism (Desai 2013) did. A deeply anti-nationalist left has chosen instead to accept the descriptions of the cosmopolitan ideologies, their conception of the world order, while rejecting their prescriptions.

Against the cosmopolitan conceptions of HST, ›globalization‹ and ›empire‹, this paper argues that already in the twentieth century US business and policy-making elites aspired to give the dollar the role sterling enjoyed. Though it appeared to succeed after 1945, the career of the gold-backed dollar was rocky from the start and ended in 1971. Thereafter the dollar's role as world money came to rely on expanding the volume and scope of dollar-denominated capital movements as had been foreseen by as influential US policy intellectuals, including Charles Kindleberger, the originator of HST, back in the 1960s (Despres, Kindleberger and Salant 1966). Though the term

›financialization‹ was coined only towards the close of the 20th century, episodes of expansion of financial activity, overwhelmingly dollar-denominated, can be seen as a series of financialization dating back to the explosion of the so-called petrodollars in the 1970s and all were implicated in the requirements of maintaining the dollar's world role. The latest and most catastrophic for the developing countries culminated in the 1998 East Asian Financial Crisis and for the US and the advanced industrial countries in the 2008 Financial Crisis. With no other class of assets whose value could be inflated to sustain the dollar's world role in sight, the latter has finally put the role of the dollar in question.

This outcome is less surprising to those who know that, contrary to prevalent nursery tales about the international monetary order of capitalism, no stable international monetary arrangements have existed among capitalist economies. As De Cecco pointed out long ago, the still-mythologized gold standard was certainly not one and the misconception that it was not one the nineteenth century suffered from:

... nineteenth century public opinion did not create the Gold Standard Myth; nor did it believe in an ubi consistam of eternal duration as was claimed by Keynes ... After the Great War, it was the utopian jeremiads of a few day-dreamers which were responsible for the distorted image of the pre-1914 gold standard that has been so commonly accepted since. (De Cecco 1984: 61)

This was precisely because none of the inherently unstable monetary arrangements that have succeeded one another since the birth of capitalism (Hirst, Thompson and Bromley 2009: 41 has a partial list) took account of the essentially *international* character of world capitalism. Rather they have typically tended to assume it had a cosmopolitan – ›global‹ or ›imperial‹ – character.

Discounting Nation-States on the Left

It is widely acknowledged, at least in critical scholarship, that states played a central role in the ›primitive accumulation,‹ so famously analyzed by Marx in the final chapters of *Capital*, volume I, that was necessary to establish capitalism. It is less well-

remembered that the same chapters contain Marx's understanding of the state's continuing role in a combination which ›embraces the colonies, the national debt, the modern tax system, and the system of protection‹ which ›all employ the power of the state, the concentrated and organized force of society, to hasten, as in a hothouse, the transformation of the feudal mode of production into the capitalist mode, and to shorten the transition‹. Thus is political force ›the mid-wife of every old society which is pregnant with a new one‹ that it is ›itself an economic power‹ (Marx 1867/1977: 915-6).

Although nation-states were central to Marx and Engels' understanding of capitalism and the capitalist world order (see Desai 2012), as they were to that of the following generation of Marxists of the Second International who produced the classical theories of imperialism and idea of capitalism's uneven and combined development before and during the First World War (Desai 2013), the overwhelming majority of contemporary left writers share cosmopolitan assumptions about capitalism and its world order. This is largely because after the First World War Marxist writers accepted the marginalist, neoclassical equilibrium framework of the new economics, and worse, attempted to construct a ›Marxist economics‹ on its basis (Desai 2010). This led them to assume a more or less crisis-free capitalism (or at least to question all the main Marxist accounts of crisis, including paucity of consumption demand and the Tendency of the Rate of Profit to Fall, TRPF) and adopt unwarranted Schumpeterian assumptions about its growth Potenzial, growth record and innovativeness. All of this meant that the central role states had played historically, a role which only grew in extent as capitalism matured, in overcoming capitalist crises, stabilizing capitalist society through boom and bust and in generating its most expansionary phases (Freeman forthcoming), tended to be overlooked in Marxist accounts. This was ironic in several ways.

First, Marxists abandoned the centrality of the role of the state in the story of capitalism and that of international competition between nationally organized blocs of capital just when it had become even more important than in the nineteenth century. Britain's early industrial lead in the nineteenth century had allowed her to easily dominate

the world economy. By the late nineteenth century, however, state-organized blocs of capital contested her lead. The state's increasing centrality in capitalism was registered in the classical theories of imperialism. So central was the state role in the Marxist understanding of capitalism that these Marxist theories were also the first theories of inter-national relations (The social liberal John A. Hobson, whose *Imperialism: A Study* appeared in 1902 was the pioneering non-Marxist). In the twentieth century, the role of the state in capitalist development was left to be noted and underlined by non-Marxists such as Keynes and Polanyi. Marxists on the whole also failed to note that in the course of the late nineteenth and early twentieth centuries the rise of the organized working class domestically and the sharpening of international industrial and imperial competition internationally, had powerfully reinforced the tendency, already well-entrenched in capitalism, toward national capitalisms. Moreover, nation-states were at one and the same time indispensable for capitalism and a danger to it: each national capitalist class relied on its state for growth, stability, crisis management and international competition but remained uneasily aware that such an extensive state economic role it also opened the possibility that ›national capitalism would serve simply as a stopping point on the road to some type of socialism‹ (Block 1977: 9). These tensions were also apparent when Keynes pointed to the necessity of full employment for capitalism and Kalecki to its political difficulties (Keynes 1933 and 1936.1967; Kalecki 1943).

In a further irony, mid- and late-twentieth century Marxists employed the account of capitalisms' uneven and combined development (UCD) that underlay the classical theories of imperialism only to understand the prospects for transition to socialism in the developing world. They completely discounted the possibilities of combined capitalist development at a time when practically every capitalist state – developed or developing – was refining its particular brand of combined development, adding sophisticated ›Keynesian‹ techniques of demand management to their traditional supply-side techniques of state-directed development. This variety of forms combined development took was, once again, captured not by Marxists but by scholars focusing on ›varie-

ties of capitalism‹, ›models of capitalism‹ (e.g. Hall 2001 and Coates 2000) or on ›developmental states‹ (the literature here is vast but surveyed in Amsden 2007 and Woo-Cumings 1999). Needless to say, contrary to the Marxist economists' Schumpeterian assumptions about a crisis-free and inherently dynamic capitalism, these forms of combined development were, and remain, the motor of post-war capitalist growth stories. The recovery of Western Europe and Japan was the real growth story of the so-called ›golden age‹ of capitalism. The state-led models of the Newly Industrializing Countries (NICs) like South Korea and Taiwan allowed them to pull ahead of other developing countries. And, of course, in the twenty-first century, the BRICs constitute the main growth story.

Finally, the neoliberal decades found most Marxists also assuming that this was some sort of return to normal capitalism. And given their assumption that it was crisis-free and dynamic, they now engaged in what amounted to a merely moral condemnation of it. It was left to non-Marxist theorists of the developmental state to challenge neoliberalism's core claims – that unfettered markets produced growth and increased productivity – and do so on the basis of the growth experience of the most dynamic economies, showing that they had been state-led.

World Money in an International World

The confusion of internationalism with cosmopolitanism in critical and Marxist scholarship has meant that it has failed to challenge the cosmopolitan assumptions of so much received understanding of world money today, much of which was constructed in the twentieth century. In mounting a left critique of it, therefore, we must rely on the non-Marxist (though, as I have argued elsewhere, not anti-Marxist: see Desai 2009, Desai and Freeman 2009 and Desai 2013) scholarship. Given that the alleged stability and automaticity of the gold standard forms the backdrop for most discussion of the international monetary system, it is best to begin with it.

The Gold-Sterling Standard?

Keynes exposed gap between the David Hume's ›theory‹ of the automatic and stable gold standard and its actual operation in a

number of ways. The gold standard was, in the first place, a gold-sterling standard in which, while gold backed sterling to a certain extent through the Bank of England's promise to exchange sterling for gold, sterling itself, as well as all other national currencies were token money ultimately controlled by the central banks most major capitalist nations established by the nineteenth century. Even in this form, the gold standard had become problematic well before the First World War. Maintaining the gold parity of a national currency had always been deflationary, routinely requiring the sacrifice of domestic economic activity (and price levels). Even though gold did not back all money, the link between the two meant that there was always the possibility that not enough gold might be available in case of a big spurt in economic activity. And the gold standard imposed further deflation when the debtor and deficit countries had to adjust to trade and payments imbalances. They were »the *weaker* and above all the *smaller* in comparison with the other side of the scales [,] ...the rest of the world.« Adjustment, »*compulsory* for the debtor and *voluntary* for the creditor,« stimulated exports »by reducing their international price in terms of imports« — thereby imposing further deprivation on weaker economies (Keynes 1980: 29).

The gold standard only worked, or appeared to work, thanks to a number of historical contingencies of which two were very important. Firstly, fortuitous discoveries of gold ensured that the period between 1870 and 1914 – considered the heyday of the gold standard – was not unduly deflationary. Secondly, the gold standard only worked thanks to Britain's imperial pattern of trade and payments. The trade surpluses of Britain's colonies with the rest of the world compensated for the deficits which Britain incurred with the rest of the world when she chose to retain a relatively open economy. Moreover, these surpluses also enabled exports of capital which operated as a form of 'creditor adjustment', and supplied international liquidity. Even so, the gold standard could not operate »automatically« or »non-politically« in the era of competing national economies, many of them striving to catch up industrially and so unwilling to suffer its curbs on growth. Such economies needed, and used, far greater policy autonomy than

the gold standard would permit. No country adopted it with

... the slightest intention of linking itself to an international monetary system that would then automatically produce a kind of international economic meritocracy, based on differences in prices and interest rates among the various nations. ... The various governments adopted such economic policies as they deemed would best serve the interest of the ruling classes. They favored fixed exchange rates when they were expedient and progressive devaluation when it appeared possible. Nor were they afraid to change course whenever they felt it was necessary. (De Cecco: 60-61)

If the international gold standard never operated as its myth claims, Britain's own commitment to maintain it by accepting its rigors was weakened well before 1914 precisely to the extent that Britain's power over her colonies could not compensate for the political decisions of independent countries which had escaped her control and now challenged her industrial supremacy (De Cecco 119-126). Worse, the political assertion of working classes was making most advanced capitalist economies much less tolerant of the high unemployment that the deflationary gold standard entailed. Even the Britain, with its famous commitment to Free Trade and the gold standard began to use its »ability to fund balance-of-payments deficits to avoid adjustment, rather than continuing to accept the sacrifice of domestic unemployment« (Block 1977: 14; see also Eichengreen 1992).

This is the setting in which the US aspiration to replace Britain as »managing segment of the world economy« in the early twentieth century (Parini 1969) must be placed. Since acquiring a vast formal empire was, by then, out of the question given that easily-acquired territories were already claimed by other capitalist nations, US policy focused on emulating the UK by replacing sterling with the dollar as the world's money and London with New York as the world's financial center. However, this aspiration never took account of the either the problems inherent in the gold standard, or the difficulties Britain itself had in sustaining it. So, though First World War, which forced the UK off the gold standard, provided the op-

portunity for this enterprise, the US itself, and the world in which it sought to give the dollar and New York their place, were even more unsuited to national currency playing the role of world money than they had ever been.

The Gold Dollar Standard?

In the inter-war period, the US had partial success in making the dollar the world's money and New York its financial center. US insistence on repayments of war debts in the inter-war period was key to the enterprise. And it had, as Michael Hudson argued, disastrous consequences:

»It would be false to say that the United States provoked World War II . . . It is true, however, that no act, by whatever nation, contributed more to the genesis of World War II than the intolerable and insupportable burdens which the United States deliberately imposed upon its allies of World War I and, through them, upon Germany. In essence, every American administration, from 1917 through the Roosevelt era, employed the strategy of compelling repayment of the war debts, specifically by England, to so splinter Europe that, politically, the whole of Europe was laid open as a possible province of the United States.« (Hudson 2003: 112).

If the dollar now became the main currency in which international financial flows were denominated, and New York emerged as the world financial center, this was on the basis of the vast ›governmentalization of finance‹ (Hudson 2003) that the US insistence of repayment of war debts created. A veritable merry-go-round of inter-governmental debt payments centered on New York (This section draws on Desai 2013). 19th century capital movements that Britain had superintended had been private capital flows largely for productive investments whereas in the 20th century unproductive inter-governmental flows of inter-allied war debts ultimately owed to the US dwarfed private capital flows (Hudson 2003).

After the Second World War had wreaked destruction on all capitalist powers other than the US but caused a great economic boost in that country thanks to its role as supplier of war materiel to the Allies, the US got its second chance (Divine 1967). At the

Bretton Woods conference that took place near war's end, in 1944, the US insisted on making the gold-backed dollar the world's currency, sidelining Keynes' proposals – with their *bancor* and International Clearing Union – which form the basis of contemporary proposal for international monetary reform. However, given its inherent contradictions, the dollar's role as the world's money lurched from one unsatisfactory configuration to another and from crisis to crisis primarily because the US was not an imperial economy but a national one and the world too was not imperial but consisted of a number of nation-states, far too many of which were economically autonomous and substantial and none of which were sources of the sort of colonial tribute that Britain could parley into capital exports in the 19th century.

Launched on its career as the world's money after 1945, the dollar's first problem was its shortage. Having thwarted Keynes' plans and left the multilateral institutions – the IMF and the World Bank – created at Bretton Woods too small and powerless to have much effect, the US government was the most powerful economic actor. In the 1950s, the Marshall Plan was too small to supply the world with liquidity as were the even greater Cold War provision of military aid that followed it and the current account deficits the US incurred during the Korean War. The world complained of a dollar shortage even though Britain and her still-vast formal empire remained in the ›sterling area‹ and the communist countries also remained outside the ambit of the dollar. The shortage of international liquidity ended when the pound sterling, along with the currencies of the major European powers, became convertible in 1958 with the recovery of these economies.

Now, however, the dollar shortage turned into a dollar glut more or less overnight. As is well known, the 1960s witnessed the expansion of US imperial commitments, particularly through the Vietnam War, and corresponding payments deficits were now compounded by a weakening trade position as European and later Japanese competition stiffened. The result was the ›Triffin Dilemma‹. The US had no formal empire and colonial surpluses from which to make capital exports to supply the world with dollar liquidity (and as a national economy it

had, in any case, been historically an importer not an exporter of capital). So it could only supply dollar liquidity by running payments deficits. But these, despite the US's vast economy, assumed proportions that were great enough to undermine international confidence in the dollar and lead creditors to demand gold instead. It could only reliably supply liquidity through deficits if its own economy retained or increased its size relative to the rest of the world economy such that its deficits were great enough to supply the liquidity the world needed but small enough in relation of its own economy not to undermine confidence. But the US would never achieve such a phantastical size advantage and it can be doubted whether this would ever have been possible in a time national economies competing to grow. Indeed, the latter phenomenon was responsible for the US's loss of the large postwar relative size advantage thanks to the recovery in Western Europe and Japan.

As gold drained out of the US, it had to ask for European cooperation in the ›gold pool‹, a temporary holding operation to keep the dollar's gold backing. The gold pool would have had to be followed by a redesign of international monetary arrangements, a process in which the now recovered Europeans, upon whom the US was, moreover, now reliant, would have a bigger say than at Bretton Woods. However, even the gold pool proved insufficient and had to be wound up by 1968 and by 1971, as pressure on the dollar and gold outflows mounted, the Nixon administration was forced to suspend gold payments.

This event is generally understood in broad accordance with the arguments some US economists had started making in the late 1960s as the dollar's difficulties mounted (preeminently Despres et al 1966, Krause 1970) about how the dollar's world role could and would survive the currency's loss of its gold backing. They argued variously that the US was providing economic, financial and protection services and that any attempt to interfere with its operations would only be counter-productive while all the US had to do was subject the dollar to ›benign neglect‹ allowing it to find its own level in the market.

A Dollar Standard?

In reality, the record since then bespeaks not only close management of the dollar's value but one in which the US needed the help of other powers. After Nixon ›closed the gold window‹, the dollar slumped, initially benefitting US exports but eventually falling to levels requiring market intervention by the US government to prop up its value. The situation was saved for much of the 1970s by the OPEC oil prices increases. While oil remained denominated in dollars, it gave oil-importing countries a compelling reason to hold dollars quite independently of the performance of the US economy. Moreover, the Nixon government moved energetically to quash alternative proposals for recycling the resulting ›petrodollars‹ and ensuring that they would be deposited in US banks. US financial institutions and dollar-denominated capital movements acquired the centrality to world financial markets they hitherto did not have and would retain. But by the end of the 1970s, despite a second oil shock, gold reached a peak of \$850 US signifying investor preference for gold over the dollar. Only the radically deflationary Volcker Shock reversed the dollar's downward slide but at the cost of a deep recession in the US as well as in the rest of the world. Thereafter, for a few years, the dollar soared, powered by high interest rates and Japanese purchases of US treasury securities in return for access to US markets for Japanese exports. Now, its problem was the reverse: it was soaring far above the levels justified by the state of the US economy. So the Plaza Accord between the US and other major capitalist countries effected a controlled decline in the dollar to avert a catastrophic crash.

Capital flowing into the US economy under the high interest rate regime of the early 1980s financed the US's twin deficits, which emerged now to become a fixture of the US's economic relationship with the rest of the world. However, within the US, with opportunities for productive investment remaining low since the ›Long Downturn‹ that began in the 1970s (Brenner 1999), capital inflows could only fuel a stock market bubble. When it burst in 1987, ›maestro‹ Alan Greenspan, who had just been installed as Chairman of the Federal Reserve, responded with the ›Greenspan put‹: infusions of money into the economy to prop up US asset markets. It has remained a feature of the US financial system since that time, fuelling

the two great financial bubbles that followed. Both were based on asset inflation, the first inflating the stock market in the latter 1990s and the second, the housing market in the 2000s. Since the last burst in 2008, no great asset class whose value can be inflated to sustain another financialization emerged. That is why the present crisis is bound to mark the end of the dollar as the world's money. The enormous infusions of money into the financial system by the Federal Reserve have so far tended to stay within the financial institutions themselves or have leaked outwards into commodity markets and emerging economy asset markets.

The Dollar and the Crisis

The Fed's massive infusion of money into US financial institutions is indispensable to keep them solvent as well as to maintaining their position as the sole arbiters of the fate of the US economy. When QE1 and QE2 failed to get US financial institutions lending on a sufficient scale to reinvigorate growth and employment in the US economy, the US government refused to contemplate more active fiscal measures, or transforming US banking towards more of a public utility function. Only even greater infusion of money into US financial system was contemplated in the form of QE3, also nicknamed QE infinity, given that it is to continue until the US economy improves. So the wager in the US is either the US economy will improve through lending by private and speculative US banks, or it won't.

With the announcement in September 2012 of QE 3 – a monthly injection of \$40 billion into the economy by the Fed through the purchase of mortgage-backed securities to continue, without a time limit, until US unemployment drops – the dollar is bound to head south again. However, this vast production of dollars is unlikely to reconstruct the sort of financialization that the dollar's world role, and the US financial system relied. Investors in Europe, who were the chief purchasers of the dollar denominated assets during the last decade (Borio and Disyatat 2011) and Asia, which never participated in the housing bubble to the extent Europe did, remain wary. Around the world, especially among emerging economies, a host of alternatives to using the dollar were springing up (Gabel 2010). And financial institutions in other parts of the world never did become as financialized as those in the

US and the UK and are unlikely to do so now.

Thus, the international monetary system is already changing. Indeed, if my argument is correct, it has been doing so for decades but has been camouflaged by theories of US ›hegemony‹. This change is accelerating now. In this context, the left needs to carve out a position on a future world monetary order and in doing so, it could do a lot worse than begin with Keynes' original proposals for Bretton Woods for a 'super sovereign' currency, the ›bancor‹ which would be issued and managed by an International Clearing Union. They contain most of the elements for replacing the present international monetary system, which has exacerbated inequality between both classes and nations, and made economies far less productive than they might have been.

An International World Money At Last?

Three elements were critical to Keynes' original Bretton Woods proposals – capital controls; creditor/surplus country co-responsibility for adjustment; and bancor, a multilaterally managed international currency (not the currency of any single nation) to settle trade imbalances – and all three subserved a single overriding goal: to create the policy-space within which national governments could pursue full employment economies. Such economies would also have to be fairly egalitarian according to Keynes' own analysis (Desai 2009).

Of the three key elements, only capital controls survived in the eventual Bretton Woods system because war-devastated Europe could not remain capitalist without them. And, once the US lifted them in 1973 to facilitate the recycling of petrodollars, other OECD governments, and later even some others, followed suit. Since then the international monetary system has been, in all major respects, precisely the sort of arrangement Keynes wished to avoid. However, the realities of the dollar's unsuitability as the world's money also set the stage for the reassertion of all three as possibilities, especially since the crisis.

Capital Controls

Neoliberal dogma about capital markets was particularly strongly propagated by the Clinton administration in its ›globalization‹ drive to get the ›Big Emerging Markets‹ to

lift their still-intact capital controls. It claimed that deregulated capital would flow from ›capital rich‹ to ›capital poor‹ countries. The historical record tells a very different story. The most important aspect of the story, and the one largely ignored, is that this enabled money to flow into the US from newer parts of the world, beyond Europe and Japan which had, in any case become less keen to buy US treasury securities.

As for capital flows to developing ›capital poor‹ countries, the story could not be more ironic. During the 1990s, as before, most productive international investment circulated among rich countries, and a few selected developing countries. What changed was that other developing countries which lifted capital controls typically received short-term and speculative capital inflows, if they have received any at all. Such inflows are known to constrain national economic policies by producing pressures to confine them to those favoured by fickle international investors and to destabilise economies while adding nothing to productive capacity. The effects of such short-term speculative capital inflows were particularly apparent in the 1990s series of financial crises which culminated in the economically devastating 1997/8 East Asian Financial Crisis. These crises were typically triggered by sudden, massive and catastrophic capital outflows that led to currency collapses, trade disruptions, credit crunches and economic crises. This fate was avoided only by countries with capital controls such as India, China, Taiwan and Vietnam. After that experience, most developing countries sought to defend themselves against a repetition of such disaster by accumulating large reserves. Given that the dollar was the world's principal reserve currency, this meant, effectively, that capital from these countries now flowed into the US: from poor countries to a very rich one.

It should be added, however, given the tendency of the US administration and many observers to blame the 2008 financial crisis on the fabled trade and corresponding financial imbalances, particularly those between the US and China, that the bulk of the capital flows since the East Asian Financial Crisis have taken place between advanced countries, particularly between the US and Europe, where private as well as public institutions were heavily invested in the US

housing bubble in particular (Borio and Di-syatat 2011). Losses from these investments when the housing bubble burst and caused a financial crisis have made their own contribution to the ongoing Eurozone crisis. At the same time, it should also be noted that it is testament to the increased power financial capital even outside its heartlands in the US and the UK that so many developing countries choose to accumulate large reserves as a defence against capital outflows (China's are accumulated through trade, mainly), forgoing much needed investment at home (Rodrik 2006). That being said, others have been reinstating stronger or weaker capital controls and, in a process which is now more than a decade old but which accelerated after the 2008 Financial Crisis, the IMF has had to admit that capital controls were a legitimate policy tool (Gabel 2011).

Creditor Adjustment

The world ›adjustment‹, made infamous by the IMF's Structural Adjustment Plans (SAPs) since the 1980s, refers to the economic changes which have become necessary in countries facing unsustainable trade imbalances to correct them. In the capitalist world economy as it has evolved to date, the burden of adjustment has typically fallen on the deficit country, the one importing more than it is exporting. There are two problems with this. The deficit of one country is reflected in surpluses on one of more other countries. They too are parties to the imbalance. Secondly, when adjustment in the deficit country is usually deflationary causing lost growth, jobs and welfare and forcing the country concerned to focus on exports at the expense of all other economic goals, including increasing productive capacity to produce higher value products and exports (which may initially require increasing imports of capital goods). This is what so many Third World Countries suffered in the past and what Greece is being made to suffer by the EU today. And though surpluses do come with great advantages which compound over time, as economic nationalists like List had long noted, the aggregate effect is to constrain world demand and growth.

Keynes elegantly solved this problem by simply designing his International Clearing Union to make running persistent trade surpluses unattractive. The chief way to dis-

courage surpluses was for the ICU to charge interest on *both* credit and debit balances at year-end and to allow bancor to be bought with gold or national currencies, but not sold, so surplus countries could only accumulate bancor balances. A proportion of balances above a certain quota would be transferred at year-end to a reserve fund for making loans for development purposes. Countries with large and persistent credit balances could undertake several measures: expanding domestic credit and demand; appreciating the national currency or increased wages; reduction of tariffs or other barriers to imports; and exporting productive capital. Finally, national policy priorities would have considerable leeway when facing adjustment — e.g. the I.C.U. *permitted* debtor countries to devalue up to 5 percent for low debit balances and only applying harsher penalties for higher ones. The effect would be to restore policy autonomy to weaker countries. Today, with the US calling for creditor adjustment in China, more and more countries able to take retaliatory protectionist measures more generally, and still-unfolding story of how the Eurozone's trade and financial threatened the euro itself have made the need for creditor/surplus country adjustment more widely understood.

International Money

Bancor was a ›super sovereign‹ international currency, based on the value of a basket of 30 commodities, to replace imperial and would-be imperial world money such as sterling or the dollar respectively. It was not to be a currency for private use — for that national currencies were to suffice — but for settlement of imbalances between central bankers. Such a currency would have three critical advantages. Firstly, it would not give the issuing country seigniorage. Indeed, it would prevent that country from incurring unsustainable trade, current account or fiscal deficits financed by cheap borrowing abroad even as its corporations expanded their foreign holding, something Europeans used to call a ›cost-free takeover‹ of their economies in the 1960s. Secondly, it would not impose the issuing country's domestic priorities on the rest of the world as happened, for example, when inflation was exported by the US to other countries in the 1960s and 1970s or when the Volcker Shock imposed deflation on the world or, as is happening today, when the

Fed's decision to engage in QE is leading to unwanted capital inflows into certain emerging economies. Thirdly, since in a world of national economies, the currency of any country cannot sustainably become the world's money, bancor or some super-sovereign currency would have the advantage of not imposing the costs of sustaining the unsustainable through the series of financializations the world has seen since the 1970s. Indeed, the combination of capital controls, restriction of the use of bancor to central bankers and the minimization of trade imbalances (for only unbalanced trade needs money to change hands, therefore money at all), would confine any financialization that took place within national borders.

What Sort of International Monetary Reform?

Though there are considerable differences between bancor and SDRs, the latter are indeed the closest thing the world has, as yet, to the former. No wonder most proposals for international monetary reform focus on an expansion of the role of SDRs. So how do Keynes' original proposals compare with the proposals currently being floated? For the sake of simplicity, I propose to treat of two proposals — the one by the Governor of the Peoples' Bank of China and one made in a report issued by Britain's Chatham House. A very preliminary analysis raises the following points:

- 1) Both proposals entail an expansion of the role, allocation and use of the IMF's Special Drawing Rights (SDRs) to replace the dollar. SDR was a unit of currency created in the late 1960s under the aegis of the IMF for intergovernmental settlements. While the SDR is often likened to the bancor, there are many critical differences. For one thing, unlike the value of bancor, which was to rest on that of a basket of 30 major commodities, the value of the SDRs is based on a basket of the four major currencies — the US dollar, the pound, the Yen and the Euro. Though, like bancor, the allocation of SDRs is automatic in that each country has automatic access to its quota of SDRs, these quotas are widely regarded as constituting an unfair distribution. In Keynes vision, on the other hand, each country was to have automatic access to

a sum of bancor according to its economic and trading needs. Finally, at the moment, the amount of SDRs is very small. More can only be issued by the IMF in which the US and (more recently) the Europeans, hold veto power, not by a body in which all the major economies, which today must include the emerging economies, are adequately represented.

- 2) Beyond proposing an increase in the role and volume of SDRs, however, the two proposals are very different. Naturally, both proposals have interests behind them. The PBC proposals are clearly part of China's wider strategy of many years' standing to shift the composition of its sizeable reserves away from the dollar. The most important obstacle this effort faces is lack of adequate supply of alternative reserve assets. On the other hand, while Chatham House is an independent organization, the fact that the UK's financial sector – the City of London – has played a critical supporting role in the dollar-centered financializations of recent decades and is reformulating its role in the aftermath of the financial crisis can be expected to have influence on the Chatham House proposals.
- 3) It is interesting, therefore, that the Chinese proposals contain a clear bias against financialization and in favour of productive economic growth. Perhaps for this reason, the Chinese proposal is to use SDRs as an interim and more practicable measure given the ›extraordinary vision and courage‹ which would be required to create the modern equivalent of ›bancor‹. On the other hand, important elements of the Chatham House proposals appear to aim at re-creating the present, highly financialized system, on the basis of a new world currency, now that the dollar appears clearly to be on its way out. It evinces greater concern with the freedom of financial transactions than with productive economy and contains no indication that the two might be contradictory.
- 4) Though neither the PBC nor the Chatham House proposals propose to shift the valuation of the SDR away from a basket of currencies – to, say, that of a basket of commodities – the PBC proposes expanding that basket to include other currencies immediately while Chat-

ham House proposes this at some point in the future.

- 5) Concerned about maintaining the value of China's reserves, the PBC proposes that ›[t]he allocation of the SDR can be shifted from a purely calculation-based system to a system backed by real assets, such as a reserve pool, to further boost market confidence in its value‹. This reserve pool is to be a global one, with ›universal membership‹. Reserve pooling has the added advantage of lowering the amount of reserves necessary to preserve the stability of the system, freeing them up for investment. The proposed PBC reserve pool, created by permitting members to buy as well as sell SDRs but with a clear expectation that they will replace other currencies over time, is expected to increase confidence in the SDR's value, enable effective international rescue actions in times of crisis, and permit members to divert some reserves to growth and development. The Chatham House proposal does not propose reserve pooling and nor do they appear to be based on any concern about the social costs of reserves.
- 6) Any set of proposals that seek to displace one currency with another will involve a set of transition arrangements. A substitution account, through which the old currency can be exchanged for a new one, and vice versa, during the transition period has long been proposed but never implemented. The US has so far simply refused to bear the exchange rate risk. While it is in any case required to sell dollars for SDRs, it has so far refused to commit to buy dollars with SDRs at prevailing rates (Kenen 2010). Effectively, the US was refusing to guarantee the value of its own currency, and thereby to effectively pay its debts. Chatham House proposes a limited substitution account operated by the IMF which would accept dollars and issue SDRs in exchange, gradually working its way to two-way convertibility at an unspecified time. The PBC proposes a two-way substitution account but does not deal with the question of who should bear the exchange rate risk.
- 7) While the Chinese proposal envisages governance of SDRs by an IMF reformed in terms of voice and representation, the

Chatham house proposal envisages an ›International Monetary Policy Committee‹ chaired by the IMF's managing director, the heads of the four central banks in the SDR basket and ›four other limited term individuals chosen on the basis of their economic expertise and, if possible, hailing from other G20 countries whose weight in the world economy is large or growing‹ who might become permanent members once their currencies become ›free floating and have a substantial presence in cross-border trade and financial transactions‹ and are included in the SDR basket. This mimics the model of an ›independent Central Bank‹ which, historically, has meant a central bank run in the interests of bankers and finance capital in general, an outcome which is unlikely to have beneficial effects on world production, productivity or equality.

- 8) Both proposals call for the creation for SDR-denominated securities though one can imagine that the Chinese proposal is motivated by the need to shift their dollar exposure to some other interest-bearing instrument while the Chatham house proposals are more geared to creating a private capital market in SDRs. Though the Chinese proposal also calls for SDRs to become ›a widely accepted means of payment in international trade and financial transactions‹ and for them to be used in ›international trade, commodities pricing, investment and corporate bookkeeping‹, given the state-controlled and production oriented nature of the Chinese financial system it is unlikely that this is envisaged as the basis of financialization.
- 9) No proposal yet calls for the removal of trade imbalances and creditor and surplus country adjustment though a certain amount of that has been forced on China as a result of the crisis.

Though both proposals suggest that a more comprehensive reform may be out of reach at the moment, and though it is only rational to expect the US to resist such a move away from the dollar, there are some grounds for thinking that this resistance might not be as strong as one might expect. First of all, many in the US have been counting the cost of being the issuer of the world's money (Bergsten 2009) and promi-

nent figures such as World Bank president have, in principle, endorsed the idea of a super-sovereign currency. Secondly a recent report by McKinsey has argued that US seigniorage is now much reduced (McKinsey 2009).

References

Amsden, Alice. 2007. *Escape from Empire: The Developing World's Journey through Heaven and Hell*. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Arrighi, Giovanni. 2005. Hegemony Unraveling II. *New Left Review* 33. May-June.

Bergsten, Fred. 2009. ›The Dollar and the Deficits: How Washington Can Prevent the Next Crisis‹. *Foreign Affairs* 88(6) November-December.

Bernanke, Ben. 2005. »The Global Savings Glut and the US Current Account Deficit«. US Federal Reserve. <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/20050414/default.htm>

Block, Fred. 1977. *The Origins of International Economic Disorder: A Study of United States International Monetary Policy from World War II to the Present*. Berkeley: University of California Press.

Borio, Claudio and Piti Disyatat. 2011. »Global Imbalances and the Financial Crisis: Link or no link?« Bank for International Settlements Working Paper No. 346. May.

Brenner, Robert. 1998. »The Economics of Global Turbulence.« *New Left Review* 1/229, May-June: 1-265.

Carney, Mark. 2009. ›The evolution of the international monetary system'. Remarks by Mr. Mark Carney, Governor of the Bank of Canada, to the Foreign Policy Association, New York, 19 November. Bank of International Settlements Review, 147.

Chandrashekhar, C.P. 2011. Shifting Havens for Capital. Triple Crisis Blog. <http://triplecrisis.com/shifting-havens-for-capital/>

Chandrashekhar, C. P. and Jayati Ghosh, 2005. »The Myth of the Global Savings Glut« http://www.networkideas.org/focus/Sep2005/fo30_Bernanke.htm

- Coates, David. 2000. *Models of Capitalism: Growth and Stagnation in the Modern Era*. Oxford: Polity Press.
- Cohen, Benjamin. 2010. ›Foreword.‹ Paola Subacchi and John Driffill (eds.) *Beyond the Dollar: Rethinking the International Monetary System*. London: Chatham House, p. v.
- D'Arista, Jane and Korkut Erturk. 2010. ›The Monetary Explanation of the Crisis and the Ongoing Threat to the Global Economy.‹ *Challenge* 53/2, March-April, 5-29.
- De Cecco, Marcello. 1984. *The International Gold Standard: Money and Empire*. 2nd ed. London: Pinter.
- Desai, Radhika. 2009. ›Keynes Redux: History Catches Up.‹ Wayne Anthony and Julie Guard (eds.) *Bailouts and Bankruptcies*. Winnipeg: Fernwood Press.
- _____. 2010. »Consumption Demand in Marx and in the Current Crisis.« *Research in Political Economy* 26: 101-41
- _____. 2012. 'Marx, List and the Materiality of Nations' *Rethinking Marxism*, Vol. 24, 1, January, pp. 47-67.
- _____. 2013. *Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire*. London: Pluto Press. Future of World Capitalism Series.
- _____. Forthcoming. 'Marx and Engels' Geopolitical Economy'. In Amiya Bagchi and Amita Chatterjee, *Marx and Beyond*.
- Desai, Radhika and Alan Freeman. 2009. ›Keynes and the Crisis: A Case of Mistaken Identity.‹ *Canadian Dimension*, July.
- Despres, Emile, Charles P. Kindleberger and Walter S. Salant. 1966. »The Dollar and World Liquidity: A Minority View« *The Economist* (5 February).
- Divine, Robert A. 1967. *Second Chance; the Triumph of Internationalism in America During World War II*. 1st ed. New York: Atheneum.
- Dooley Michael P, David Folkerts-Landau, and Peter Garber. 2003. An Essay on the Revived Bretton Woods System. NBER Working Paper No. 9971. September.
- _____. 2009. ›Bretton Woods II Still Defines the International Monetary System.‹ *Pacific Economic Review* 14:3, 297-311.
- Driffill, John. 2010. The Fall Back Position. Paola Subacchi and John Driffill (eds.).
- Eichengreen, Barry. 1992. *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939*. Oxford UP.
- Freeman, Alan. Forthcoming. ›What Causes Booms?‹ in Amiya Bagchi and Amita Chatterjee, *Marx and Beyond*.
- Gabel, Ilele. 2010. ›Promising Avenues, False Starts and Dead Ends: Global Governance and Development Finance in the Wake of the Crisis.‹ Working Paper No. 241. Amherst: Political Economy Research Institute.
- _____. 2011. »Not your Grandfather's IMF: global crisis, ›productive incoherence‹ and developmental policy-space«. *Cambridge Journal of Economics* 35, 805-830
- Hall, Peter. 2001. *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hart, A. G. 1976. The Case as of 1976 for International Commodity Reserve Currency. *Weltwirtschaftliches Archiv*. 112, 1, pp. 1-32.
- Hirst, Paul Q, Grahame Thompson and Simon Bromley. 1996/2009. *Globalization in Question: The International Economy and the Possibilities of Governance*. 2nd ed. Cambridge, UK: Polity.
- Hudson, Michael. 2003. *Superimperialism: The Economic Strategy of American Empire*. London: Pluto Press.
- Kalecki, M. 1943. Political aspects of full employment. *Political Quarterly*, 14(4), 322-331.
- Kenen, Peter. 2010. The Substitution Account as the First Step Towards the Reform of the International Monetary System. Washington D. C.: Petersen Institute for International Economics.
- Keynes, John Maynard. 1933. »National Self Sufficiency« *Yale Review*, Summer 1933, *New Statesman and Nation* 8 July 1933.
- _____. 1936/1967. *General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- _____. 1963. *Essays in Persuasion*, New York: Norton.

_____. 1980. *The Collected Writings of John Maynard Keynes Vol. XXV: Activities 1940-1944*. London: Macmillan and Cambridge University Press.

Krause, Lawrence. 1970. »A Passive Balance of Payments Strategy for the United States.« *Brookings Papers on Economic Activity*. 3: 339-360.

Marx, K. (1867/1977). *Capital* (Vol. I). London: Penguin.

Ocampo, Jose Antonio. 2009. »Special Drawing Rights and the Reform of the Global Reserve System«. New York: Initiative for Policy Dialogue. http://policydialogue.org/files/publications/jao_brief.pdf

Parrini, Carl P. 1969. *Heir to Empire: United States Economic Diplomacy, 1916-1923*.

Rodrik, Dani. 2006. »The Social Cost of Foreign Exchange Reserves«. Working Paper 11952. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.

Stiglitz, Joseph. 2009. *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System*. New York. United Nations.

Subacchi, Paola and John Driffill. 2010. *Beyond the Dollar: Rethinking the International Monetary System*. London: Chatham House.

Williamson, John. 2009. »Why SDRs could Rival the Dollar«. Washington, D.C: Peterson Institute for International Economics.

Woo-Cumings, Meredith. 1999. *The Developmental State*. Ithaca: Cornell University Press.

Zhou, Xiaochuan. 2009. »Reform the International Monetary System«, Beijing: People's Bank of China

Investing in civilization



»We are capable of shutting off the sun and the stars because they do not pay a dividend. London is one of the richest cities in the history of civilization, but it cannot ›afford‹ the highest standards of achievement of which its own living citizens are capable, because they do not ›pay‹. If I had the power today I should surely set out to endow our capital cities with all the appurtenances of art and civilization on the highest standards of which the citizens of each were individually capable, convinced that what I could create, I could afford – and believing that the money thus spent would not only be better than any dole, but would make unnecessary any dole.«

– John Maynard Keynes¹

The state and crisis: an introduction²

In this paper I ask how the state might solve the present crisis.³ I do this by asking how it

solved the two comparable crises of 1893 and 1929. In each case, a prolonged world slowdown was followed by financial chaos, then turmoil provoking strong state activity, leading finally to a period of prolonged growth. In narrowly economic terms, this was a solution.

I will present two main conclusions. First, the scale of state action needed is vastly underestimated, above all by economists. Second, this action cannot be purely economic. Past crises on the present scale were resolved though »civilizational« change: far-reaching cultural and social transformations, many of which we still live with, that shaped the entire following epoch. Their profound economic impact is wrongly neglected.

The tendency is to treat such changes as simple products of economic circumstance or technical innovation. In these crises, the direction of causation was the reverse. The invisible hand of the market was paralyzed: the visible hand of political action took over. The state was no minor bit player in these processes, in either 1893 or 1929. It structured them, paid for them, and organized them.

My second purpose is to ask how these conclusions might inform programs of practical action. An error will be made if these are framed in a narrow economic way, as a quantity of money to be spent on a set of activities. What is required is a vision which informs every economic program, as did the postwar Welfare State and the UN Charter of Human Rights.

¹ J.M. Keynes cited in Dostaler, *Keynes and His Battles*.

² Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht als: »Investing in Civilization: What the State can do in a Crisis« in Julie Guard and Wayne Antony (eds.), *Bankruptcies and Bailouts*, Winnipeg and Black Point: Fernwood Publishing, 2009.

³ The debt this chapter owes to Carlota Perez and Christopher Freeman should be obvious. It is dedicated to John Harrison and Andrew Glyn, in great sadness that their pioneering contributions to economic statistics have ceased just as they are most needed. This chapter itself gestated during Graham Hitchen's 'Creative Breakfasts' and thanks are due its stimulating and informative discussions. Of course all mistakes are my own.

Such exits from crisis constitute a huge upgrading of 'human capital' – the productive Potenzial of the beneficiaries of political rights. The economic importance of such rights are, in Bush J unior's inimitable words, »misunderestimated«. They are falsely represented by economists as a pure cost, a drain, a loss. Civilization, however, is an asset.

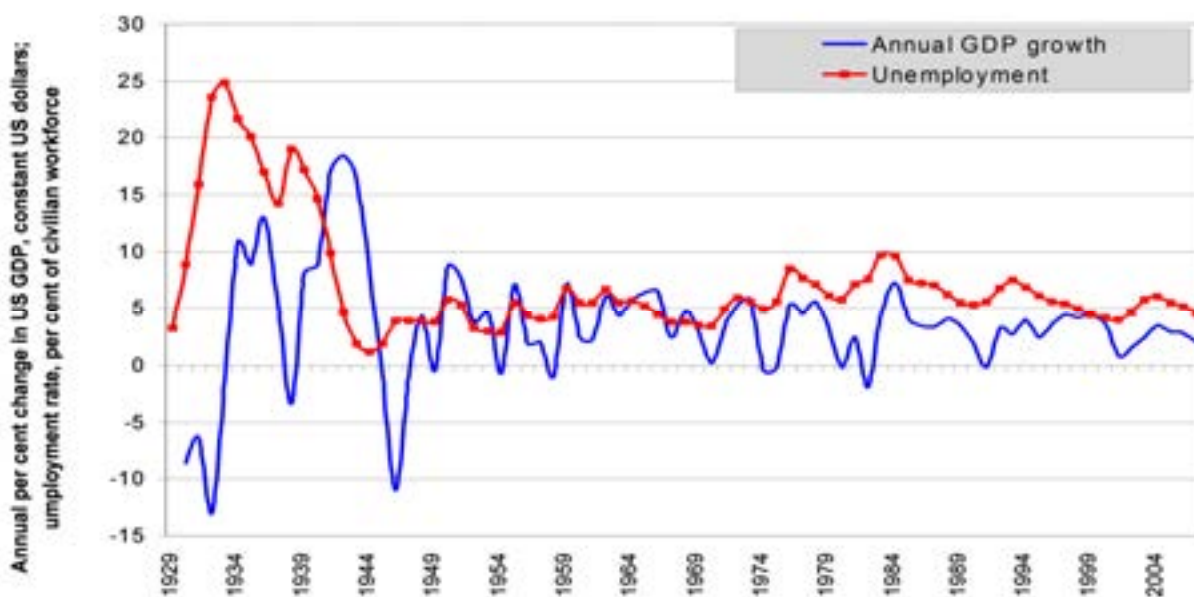
Investing in it requires a vision of the future, expressing how 21st Century society might deliver to its citizens the most advanced possibilities of which it is already capable. This calls for new rights, expressing both humanity's essence and Potenzial: the right to create, the right to think, the right to care, the right to sustain. These capabilities are already available to privileged individuals. The way out of crisis is to make them the right of all.

side by side with mass starvation places, in the path of a radical solution, the temptation to concentrate on simply sharing what we already have, halting progress and growth. These understandable ideas fail to draw on the hope which reality offers.

The contradiction of our age is the coincidence, on the same planet, of once unimaginable sufficiency combined with now unacceptable deprivation. The average product of the world, at \$6,000 per head, is now greater than the average income of the West in 1950. Materially, therefore, there is no need for anyone to lack, and no need to deplete the planet.

This does not mean, however, that there is no room for change. Economic growth today does require increased burdens on the earth. Seventy percent of the workers of the advanced countries – and forty percent of

Figure 1 Unemployment and GDP growth in the US economy 1929-2007



Source: GDP growth, BEA; unemployment, BLS CPS series and Dunlop and Galenson, *Labor in the Twentieth Century*

The first problems encountered, in framing such programs, are inequality and sustainability. Civilization, insofar as it has been realized, has been achieved at risk of planetary destruction and the expense of barbarous poverty inflicted on most world citizens by »western civilization«. In a world where the average income of the rich countries has reached 20 times that of the poor ones,⁴ the spectacle of unbridled greed and excess

the workers of China – produce services, not food, not goods. Growth leads, if appropriately directed, not towards depleting the planet, but towards raising the mental and human capacities of its inhabitants to the level that matches what both we are capable of, and what we can provide ourselves with. The problem in summary is to translate this Potenzial into a different kind of world. If, and only if this is done, civilization can realize its worth.

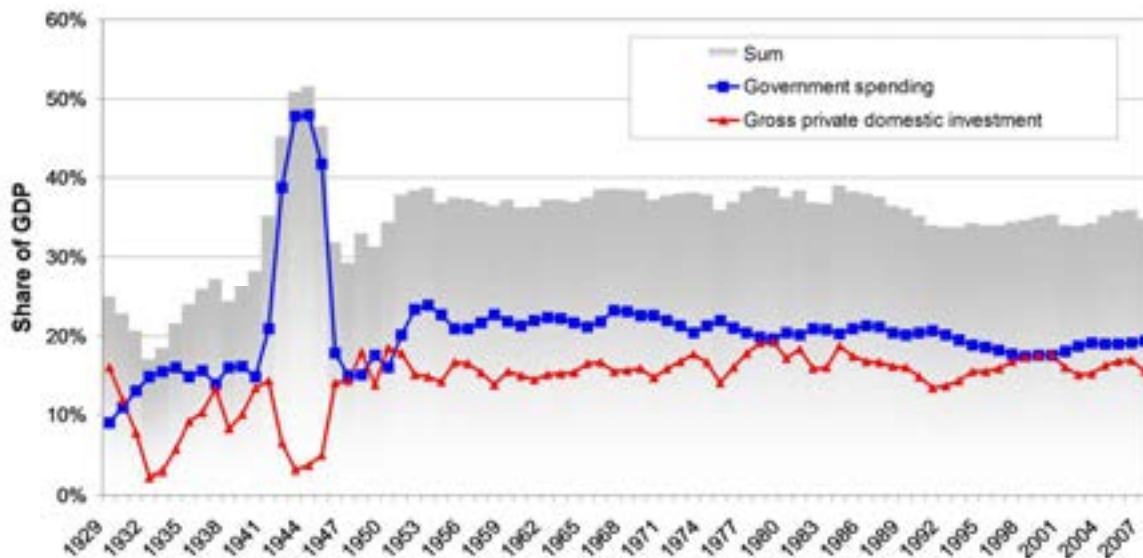
⁴ Freeman, A. *The Poverty of Statistics*.

Deal, Crash and War

We cannot hope to assess what the state may do in the future without understanding what it actually did in the past. For this reason, I begin with the post-1929 recovery. Figure 1 shows the level of US unemployment and its growth rate, showing when recovery in fact took off.

which dropped from 83 per cent in 1933 (73 per cent in 1939) to an all-time low of 49 per cent in 1944 and, significantly, did not breach the 70 per cent threshold until 2003. Even more important, it virtually replaced private investment, which sank to two per cent of GDP, only just above its 1933 trough. The state *became* the nation's investor. Its

Figure 2: Government spending and fixed investment in the US economy 1929-2007



Source: BEA

The New Deal, from 1933-1936, brought unemployment down from 25 percent to 15 percent and raised growth to an annual 12 percent. followed however by a mini-recession in 1937-38 and an uptick in unemployment.

This was not only halted by the mini-recession of 1937-38, but pales into the background compared with the war years. Between 1939 and 1944 annual growth averaged 14 percent. Unemployment fell to 2 percent, which would be cause for celebration in any recent decade. The scale of US wartime state spending exceeded anything past or present, accounting by 1944 for 50 percent of GDP. This was also the period of the most rapid growth, and the highest employment, that the U.S. economy has ever seen, making nonsense of all claims that the state obstructs growth, efficiency or prosperity.

In exactly what sense was the state responsible for this remarkable expansion? Figure 2 shows that it did two things. It substituted massively for private consumer spending,

share of the stock of nonresidential investment⁵ more than doubled, from 25 per cent in 1933 to 53 per cent in 1945, remaining above 40 per cent until 1973 – significantly, the point at which the US economy's problems first became intractable. It is ironic that the two most radical of Keynes's proposals (see Desai in this volume), advanced with the aim of securing peace – the socialization of investment and the euthanasia of the rentiers – were actually implemented in wartime.

This poses a contradiction, at the heart of the difficulties we face today: the economic centrality of World War II. This cannot be understated: 1942 is the starting date of every indicator of U.S. recovery, be it employment, output, or profits. The 1893 recovery, analyzed later, was also a direct outcome of military expansion, the wave of competitive imperial conquests which ended with World War I.

⁵ Not shown in the chart.

The economic successes of the wartime state lays to rest the idea that it is inherently inefficient. No nation in history emerged victorious by letting the market decide how many tanks to make. It also settles an obfuscatory debate on whether the state can save capitalism. Of course it can: it already did, twice. The way this was done poses a different question: how might the successes of state intervention be repeated without the costs?

Despite its wartime origins, the ultimate foundation of the state's lasting economic impact at least in the post-1929 recovery were measures we may characterize as »universalist«. They were step-change extensions in access, for the non-capitalist population, to capitalism's achievements. The national form of the imperial state, however, set absolute limits on this extension and associated them – so far irrevocably – with war. This was particularly clear in the post-1893 recovery, assessed later in this paper, which was driven by military expansion.

The state thus acted in two contradictory ways. With one hand it destroyed, while the other built. Can these two hands be separated? Yes, but only if the universalist content can be realized outside the military contexts which have, until now, been its precondition. Universalist change has always had the social rationale of a better world for humans to inhabit. Now, however, its economic rationale is transparent: it is the only peaceful way out of crisis.

The New Deal, Actually: Civilization as Economic Capacity

The American New Deal was not just an economic stimulus. It was not a mere bumpstart for a stalled system. Like European welfare states, it expressed a political imperative to address the social consequences of profound and prolonged market failures. Out of a mixture of compassion for suffering, and fear of its political consequences, the architects of these systems set out to give 'the people' access to the attainments which capitalism had, suicidally, confined to the gilded few. Their goals were expressed as political rights. Education, health, housing, and not least, employment, were proclaimed – and, where politically required or imposed, implemented – as guarantees from society to the citizen. This

is the origin of the postwar phrase »universal benefit«.

The economic benefits of these changes are omitted from mainstream economic accounts, and treated as a pure cost. But not only did they create a new source of mass demand for education and health which three decades of neoliberalism have still not wiped out, they also yielded a quantum upgrade to the productive capacity of the workforce.

This neglected point must be clarified. The economic role of »Fordism is widely recognized.⁶ Ford's cheap cars sold to hundreds of millions of people, becoming the emblem of an age dominated by the mass production of consumer goods: cars, washing machines, vacuum cleaners, fridges, gramophones, radios, telephones, hairdryers, cookers, TVs – future historians may well refer to the postwar era as the Age of Appliances.

It is less well recognized that the state built the roads that the cars travelled on. It also either built, financed or at the very least planned the electricity and telephone lines, the water supplies, sewage works and mass transits which made possible the modern city to which the cars drove and in which the gadgets were made and used. Moreover it went beyond material provision. It created mass education, social housing, health care, pensions and the public realm: broadcasting, civic architecture, parks, museums, and public spaces. It transformed the *way people lived*. Not least, by protecting working conditions and wages against the constant tendency of unregulated competition to drive them down to Victorian subsistence levels, it created a working class that could buy what it produced. The state became the custodian, in Marx's terms, of the »moral and historical« component of the wage.

These were, literally, investments in civilization. They made workers healthier, more knowledgeable and more capable. Raising the school leaving age by two, three, even eight years, they transformed the types of product that workers could make. Their limited and often hesitant implementation was not without contradiction: the additional bur-

⁶ For more information see Harvey, Aglietta and Fernbach

dens imposed by the mass entry of women into the workforce have yet to be relieved. The critical point is, however, that, their cumulative contribution to prosperity and productivity were as great as, and probably greater than, the machines this workforce tended. The educated, fit and above all employed populations of the postwar West were national productive assets. Whatever the short term impact of the New Deal and the war, the thirty-year boom that followed both would have been impossible without this investment. How did it come about?

The origins of postwar society

Beyond a vague commitment to Western democracy, the war aims of World War II offered no improvement in living standards. As an advertising pitch, Churchill's offer of »Blood, Toil, Tears and Sweat« did not exactly stack up against »Life, Liberty and the Pursuit of Happiness«. The experience of war, as in 1914-18, however created the demand for an equal and just society. Unlike in the first war, however, wartime sentiment in 1945 imposed a universalizing agenda on the victorious capitalist nations. U.S., U.K., and Canadian citizens were not prepared for an immediate return to private greed and profiteering. Writers such as Addison have noted the egalitarian ethos that emerged in the U.K. where a majority still felt, as late as 1950, that rationing was the fairest economic system. In Canada, as in the U.S., Gallup polls showed strong popular support for continued state control over at least some aspects of the postwar economy – specifically to maintain retail prices.⁷ In the U.S. it took at least five years of the Cold War, and several more of McCarthyism, to turn the clock back and it was not really until the Reagan era that free market values really penetrated beneath the surface of US society.

A vital factor in this – itself a child of war – was a world containing Russia and Red China, each with their own universalizing agenda. Notwithstanding the contradictions of »socialism in one country«, the appeal of Communism did not stop at any national boundary. In such a world neither victors nor vanquished could survive a repeat of the Versailles treaty, which imposed impossible war reparations on Germany after the

First World War in the vain hope of removing it as a military threat. Germany and Japan were turned into buttresses against the Red Menace. In Germany, welfare provision was so entrenched that welfare benefits were decreed, under Adenauer, to be constitutional rights.

This agenda was powerfully reflected in the decolonization movement, and gave rise to the United Nations »Universal Declaration of Human Rights«. Signed on 10 December 1948, three years after the UN's foundation, this proclaimed a world commitment to the right to health, education, and housing. This extraordinary document still speaks to us, demanding study if only to note how far the world, with its 'one-dollar-a-day' Millennial goals, has retreated in its aspirations. The Charter outlined a new conception of the responsibilities of government which it's still impressive, if dated, words recall:

»Whereas recognition of the inherent dignity and of the equal and inalienable rights of all members of the human family is the foundation of freedom, justice and peace in the world

Whereas disregard and contempt for human rights have resulted in barbarous acts which have outraged the conscience of mankind, and the advent of a world in which human beings shall enjoy freedom of speech and belief and freedom from fear and want has been proclaimed as the highest aspiration of the common people...

Whereas the peoples of the United Nations have in the Charter reaffirmed their faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person and in the equal rights of men and women and have determined to promote social progress and better standards of life in larger freedom,

Now, therefore the General Assembly proclaims this Universal Declaration of Human Rights as a common standard of achievement for all peoples and all nations«.

»Freedom from fear and want«, together with »social progress and better standards of life« are not merely political demands, as the detail makes clear. Articles 23 and 24 proclaim the right to work, a decent wage, rest, holidays, and reasonable working hours. Article 25 establishes the right of at least the male worker to a »standard of living adequate for the health and well-being

⁷ The Gallup Poll: p342.

of himself and of his family, including food, clothing, housing and medical care and necessary social services, and the right to security in the event of unemployment, sickness, disability, widowhood, old age or other lack of livelihood in circumstances beyond his control." Article 26 specifies that »Education shall be free, at least in the elementary and fundamental stages. Elementary education shall be compulsory. Technical and professional education shall be made generally available and higher education shall be equally accessible to all on the basis of merit.«

These are economic proposals. When we survey them as economists, we can only be struck by the vast extension of *demand* implicit in this *Zeitgeist*. We must also be struck, on reflection, by the implied scale of production. In the guise of a political declaration, this is in reality an economic program on a grand scale. If it has been honored in the breach as much as the making, this only testifies to the contradictions at the heart of the recovery.

This once again calls attention to a vital point: the failure of almost all recent economic analyses of the period to make due account of the increase in *productive capacity* which arise from these political rights, where granted. The postwar boom was fuelled by two simple factors: the flood of cheap commodities from the global South, and the fact that the Global North found itself in possession of a skilled, educated, healthy working class – for free. One datum illustrates this among many too numerous to list: the cost of health insurance which an employer must meet, for a U.S. auto worker, is around \$1500 greater than for a Canadian worker. Another is the undercelebrated achievement of the Scandinavian welfare states, which lie behind such global brand names as IKEA, Volvo and Nokia. For all the neoliberal talk of balanced budget, these governments alone in the world today show a surplus.

This allows reveals the missing dimension of today's »stimulus« packages: returns to human capital are neither discussed nor accounted for. Posed either as a demand-side prod or at best an investment in physical capacity, the discourse on human capacity remains one of »paying for« or »affording« the very capabilities on which the future of the world economy depends. Crea-

tivity, education, knowledge, health, community – these are not costs. They are assets. Without them, advance is impossible. What conditions make them possible?

Imperialism, Actually: Civilization as a White Monopoly

The evidence is fast growing that 1929 is the only appropriate recent comparator for the 2008 crisis.⁸ But a historical rule drawn from just one example is insufficiently general. I have included the 1893 crisis in this analysis not just because it supports the evidence that the state plays a vital role in recovery: but because it allows us to qualify its civilizing role, grasp its limits, and understand more deeply the intimate connection between it and war.

Economic historians refer to the period 1873-1893 as the »Great Depression«.⁹ Its culmination was a banking panic as dramatic as the present one, followed by a prolonged slump. US unemployment rose from 3.7 per cent in 1892 to 12.3 per cent by 1894 (14.7 per cent according to some estimates) and as late as 1900 had only fallen to 8.7 per cent. This was followed, however, by the *Belle Époque*, a period of great expansion which C. Freeman¹⁰ calls the 'age of steel, electricity and imperialism'. It was the age that built New York. In purely economic terms – growth rate and employment – it was unquestionably a recovery and with minor exceptions, it was not until 1929 that either sank to 1893 levels.

There are great economic similarities between this and 1929. Can we find a common framework to understand them both? Military activity is the outwardly obvious common factor: the 1893 recovery accompanied an unprecedented wave of state-led overseas expansion and led to World War I. Should we conclude that war was the *only* active factor in recovery?

Not so. On closer examination we can see that the state's intervention was neither

⁸ See Desai, R. and A. Freeman *How Bad is US Unemployment?*

⁹ See, for example, <http://eh.net/encyclopedia/article/whitten.panic.1893>

¹⁰ Freeman, C. »The Third Kondratieff Wave: Age of Steel, Electrification and Imperialism«

purely military, nor purely economic. It rested on and expressed, at the highest global level, a contradiction of which modern history is in many senses a working out. The age opened with Bismarck's Accident Insurance, Health Insurance and Old Age and Disability Insurance bills of the 1880s, setting Germany on a trajectory of state-led social-national construction from which it has never really deviated.

The imperialist party in the UK, the »Unionists« was founded by such radical liberals as Joseph Chamberlain (»Secretary of State for the Colonies« in the 1897) turned to imperial conquest precisely as the means to finance social reform. Belgium's Leopold II, personally responsible for the death of 10 million Congolese, was regarded in Europe as a great philanthropist. The imperial age combined civilizing social advance in the West with barbaric conquest everywhere else. In summary, the state acted to secure universalist advances, for the exclusive use of the conquerors. This remains today the force behind the imperative to war.

conquest of »new lands from which we can easily obtain raw materials and at the same time exploit the cheap slave labor that is available from the natives of the colonies« as needed »in order to save the 40 million inhabitants of the United Kingdom from a bloody civil war.«¹¹

The program was literally reactionary, placing the fate of the nation in the hands of exhausted social élites. We still live with the sometimes farcical results: Britain and Canada, purveyors of gunpoint democracy to the gentry, have yet to abolish hereditary rule – with less than funny consequences in Canada's recent governmental crisis. The spent aristocracies of the old world *Ancien régimes*, the quasi-feudal military castes of the West, and the antiquated or imposed colonial settler populations of the conquered countries, prospered like leeches on the body of newfound prosperity. Wholly new parasitic classes emerged: rentiers, mercenary adventurers, even global gangsters. Reaction acquired the new and monstrous ideology of universal racism, the idea that

Figure 3: maximum profit rate (value-added/stocks) of the US economy 1925-2007



source: BEA and author's calculations

The contradiction is rooted in the national form of the imperial state, which set an impassable limit on its universalism. This lent it a Jekyll and Hyde character, combining universalism at home with a profoundly retrogressive world program I term »reactionary-parasitic«. Cecil Rhodes, founder of de Beers and of Rhodesia, easily justified the

humanity is the hereditary entitlement of superior or »civilized« peoples. Fascism was only the most developed form of this ideology.

¹¹ Bigelow, B. and B. Peterson, *Rethinking globalization*. p44

This set an absolute limit on attainment, famously leading Lenin to characterize the system as »parasitic«. ¹² Bearing in mind this historical experience, what practical steps are available today?

Crisis: Cause and Cure

To understand what to do about the crisis, we must first know what caused it. This forces us, however briefly, to address two fundamental theoretical issues. First, was the crisis itself caused by factors »external« to the market, or internal to it? Second, if the market itself is the cause of crisis, how could the state plan an exit, without abolishing it? Orthodox economics gives no answer because it has abolished the question. It is governed by the doctrinal belief that the market cannot fail. Economic commentators endlessly assign external, superficial, causes to the crisis: monetary management, regulation, bonus culture – anything but the market itself. This is why initial reactions to the credit crunch took the form of minor tweaks to put the »show back on the road«. This has not worked because the problem is not the show but the road itself. Moreover it increasingly appears that no temporary expedient remains. Reactions to successive business cycles from 1974 onwards have merely postponed the reckoning – piling their unfinished business onto the bill now being presented for payment.

The credit failure did not cause the crisis; it was caused by the crisis. This in turn was an outcome of the normal process of capitalist accumulation. It arose from a prolonged structural malaise in the world economy, at the center of which stands the fundamental problem of profitability, the root cause of all three crises: 1893, 1929 and 2008. I focus on this. The important ancillary factors of output and distribution are discussed elsewhere in this book, and by myself elsewhere. ¹³

To study the problem properly, we should ideally consider the world rate of profit, capitalism being a world system. Since this is not yet available, we use the profit rate of the country at the center of the storm – the US. Figure 3 shows the *maximum possible*

¹² Lenin, V. I. *Imperialism, the Highest Stage of Capitalism*

¹³ Freeman, A. *The New Value Controversy*

US profit rate – what this would be, if workers were paid nothing at all. There is no »clever« way to improve on this rate by cutting wages, stealing savings, financialization, or any such measure. It shows the absolute upper limit on what a US capitalist can expect as the average return from long-term capital investment. After an upward surge in the 1980s, it resumed the downward trend along which it has travelled, with ups and downs, throughout the postwar years.

This explains why it is wholly insufficient to 'fix' the banking system or any superficial manifestation of the underlying cause. A declining profit rate steadily reduces the opportunities for a return on new capital sufficient to persuade investors to part with their money. It draws investments out of productive, value-producing investment into ever shorter and more speculative spheres – first commerce, then finance, and finally the fantasy world of Mortgage-backed securities, Madoff-style Ponzi schemes, and toxic investments with no underlying assets at all. Such frenzies occur in every crisis: any student of the banking crises of 1893 and 1929 will be struck by their similarity to recent events.

This said, the striking fact is that the profit rate's high point was precisely, when state intervention was at its height. How can this be? Unfortunately, conventional academic Marxism has equipped itself badly to comprehend the reasons. It has adopted a theory characterized by Kliman and myself¹⁴ as »physicalist« and »simultaneist«, according to which the rate of profit, basically, cannot fall. Faced with the fact that it does, even historians such as Brenner¹⁵ who has recorded the course of the profit rate with exemplary insistence, explain their own empirical evidence in a similar manner to orthodox economics, attributing it to superficial factors like competition, governance, or social structure.

Actually, the fall in the rate of profit is an outcome of growth itself. This introduces the

¹⁴ Freeman, A. and Kliman, *The New Value Controversy and the Foundations of Economics*

¹⁵ See Freeman, A. *Why does the Profit Rate Fall? A critique of Robert Brenner's Theory, and Confronting the Evidence: Marx and the Historians on the Profit Rate* for a detailed discussion of this point.

paradox that it can only be restored by putting a halt to growth. Each year, a certain portion of the surplus is re-invested in production. This raises the total stock of capital. Newly-produced surplus value – which cannot rise above the demographic limit set by the size of the working population – produces a return which when divided by a mass of capital which grows without limit, can only in the long run decline. The only way to reverse this is to wipe out the invested capital. The paradox is that to restore capitalism, capital must be destroyed.

The reduction cannot be achieved by cost-reducing technical change, as physicalism predicts. This does reduce the price of the goods in which a capitalist has invested – factories, raw materials, and so on. But though the assets decline in value, the past investment does not. The money spent, and in all likelihood borrowed, remains a part of total invested capital. It survives as a claim on value even when the bailiffs arrive at the gate: first as an undischarged debt, next as a toxic asset, a kind of ghost of capital past. In all manifestations, it subsists as a claim on income, demanding its blood price.

Part of the function of crisis is to reduce all these fictitious assets to their true value. A shortage of liquid capital (a »credit crunch«) coincides with a collapse of debt-inflated asset values (»debt-deflation«) and an investment strike. A positive feedback loop (the »multiplier«) further reduces demand as workers are laid off and wages are cut,

turns the reduction of demand into a collapse (»recession«).

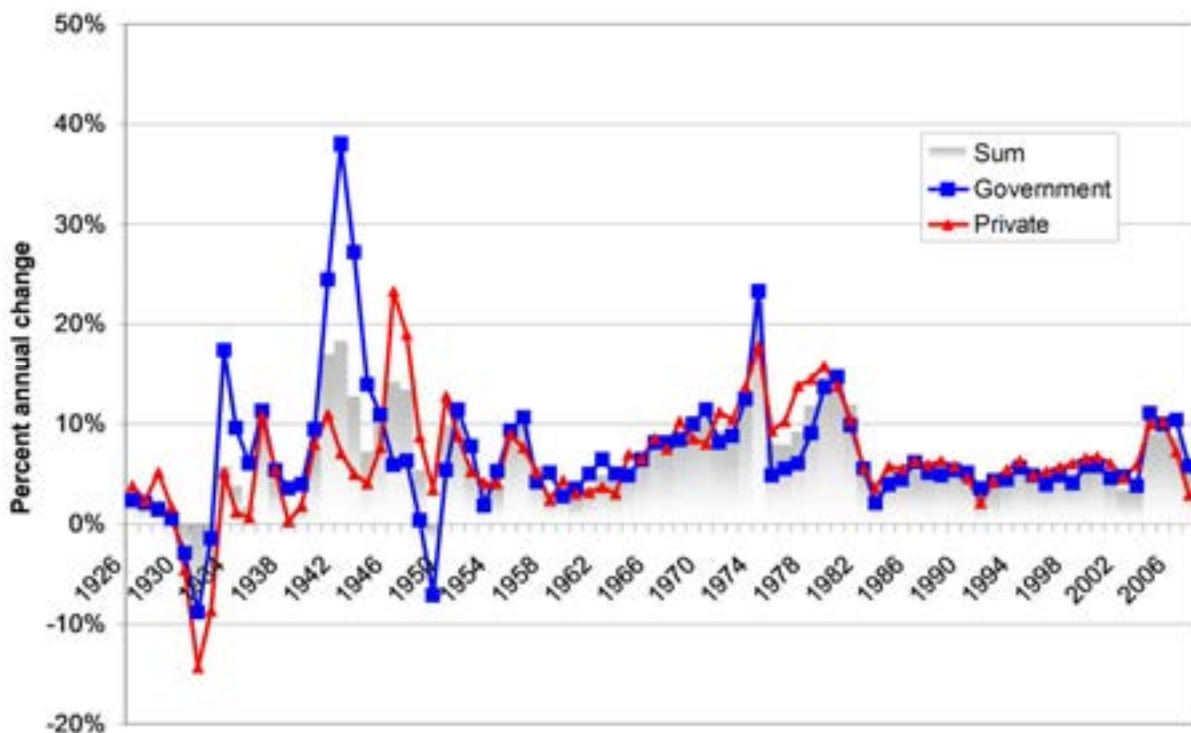
However, this is not enough. Even the true value of the underlying stock of capital, invested in the past, must be run down. This is the function of slump. When the underlying stock of capital rises to present levels – both because of its postponement through previous, inadequate measures, and through the long-term process of accumulation itself, slump becomes »Great Depression«. This is what is happening now, and what happened in 1893 and in 1929.

This explains the mechanism of the present crisis, but lays bare the underlying difficulty: how can capitalism be »restored« by destroying capital?

The marriage of Vulcan and Mars: War and State Production

During the war, the state's action simultaneously supplanted, and restored, capitalism. How? At first sight, it is a surgical cure which saves the patient by extracting its heart. As Bram Stoker fans well know, heart problems do not afflict the undead. The state, faithful custodian of their historical interests, laid capital out in a crypt for later revival. The war had created the social solidarity to assure them that the demands of the mob would be restrained in the present and curbed in the future, a promise which McCarthyism and the Cold War delivered on the nail.

Figure 4: growth rate of nonresidential net capital stock



Source: BEA

As noted, and as figure 4 shows, during the war era in the USA, accumulation was the highest ever recorded. Gross private capital accumulation, though dwarfed by government investment, moved positive after 1939 – but the overwhelming vehicle of investment was the state. How can such massive accumulation overcome the general law that accumulation lowers the profit rate? Because *state* investment demands no return on capital. In Marxist terms it is »unproductive«. The state oversaw a massive expansion of the productive capacity of the nation, without requiring of private capital that it should either invest, or accept a diminution of its returns.

The mass of *private* capital ran down. But the *return* to private capital shot up. Taking into account the fact that the growth in the working population facilitates a larger capital stock, Figure 4 shows that the USA decumulated, proportionately, at least until 1946 and probably for longer – at the same time that state investment restored and reconstructed national productive capacity, restoring the profit rate to the astonishing postwar level shown in figure 3.

War is usually seen as a period of destruction, consuming assets to be rebuilt in »reconstruction«. This is a law for losers. For the US, wars and their aftermaths saw an intense build-up of capacity. The Marshall Plan was a war baby: the US, emerging as the industrial superpower of the world, financed a universalizing, hegemonic project – postwar reconstruction.¹⁶

Can such a reconstruction be achieved today, and if so, how?

Let's Face the Music and Dance: a 21st-Century Vision

There is an economic solution to the crisis which does not involve war. If the state makes available, to as many people as possible on an equal basis, the capabilities that

¹⁶ This differs from Rosa Luxemburg's account, revived in the 1960s by Michael Kidron as the »Permanent Arms Economy«, and from the theory of »Military Keynesianism«, which sought to account for Reaganism's economic successes. Both saw military spending as a source of demand. The wartime state restored *investment*. Its role went well beyond that of consumer of last resort.

capitalism has brought into existence, stepping in wherever private capital will not, the crisis will end.

This economic solution would also constitute a huge leap for billions of people and for humanity as a whole. A program for 21st socialism might consist of little more.

Economic sense, joined with social need, can bring powerful political forces into being. But will any state actually do these things, even partially? We cannot begin from any prior assumption. The most responsible course is to demand such measures from anyone and everyone that claims to want to solve either the economic or the social problems of today. However, a sober assessment of who is likely to respond, is not out of place.

The obstacle in the rich nations is twofold. First, private investors would have to renounce, in peacetime, prerogatives they have so far relinquished only during war. Second, a truly universalizing solution would reverse a hundred-and-fifty year trend in North-South inequality, summoning the furious resistance of all classes that depend on reactionary-parasitic privilege – rentiers, financiers, corporate barons, land magnates, settler castes and just plain crooks. It will place at their disposal, in the absence of counter-measures requiring great political will, a mass of ordinary people in the Global North who have no buffer against a dramatic fall in living standards other than the cheap commodities of the South,

This is no reason to give up on such proposals. It does mean, however, that the problem will be posed together with another. Universalizing tendencies are unfolding *outside* the heartlands, in those countries now flexing their economic muscles, as they witness the steady erosion of US powers. The two greatest ironies of recent times are on the one hand the outpouring of hope that China, until recently the target of endless lectures on market virtues, will save world demand and on the other, the tirade of vilification directed at Venezuela for little more than using its own oil to better the condition of its own poor.

For most people in the world, it would be a tremendous advance even to attain the minimum standards of Western welfarism. The temptation is to reduce universalism to the

provision of basic material needs, the mere alleviation of »poverty«.

This is wrong, and it will not work. Universalism does not consist in leveling *down* to what the rich are willing to concede, but in leveling *up* to what the poor are entitled to. Universalism consists in proclaiming, as rights, the most advanced capabilities which society, in its current state of development, holds out the prospect of granting.

The greatest enemy to understanding is, for this reason, a lack of historical vision. Previous civilizing waves generalized not the most basic, but the most *advanced*, capabilities of the age. The question is, then, what are the most advanced capabilities that *this* age has generated?

My conclusion is controversial: material needs must of course be met, wiping out a hundred years of senseless poverty. *In order* to achieve this, however, a new focus is required: the expansion of »human infrastructure« – the mental and creative capacities of human beings – to levels now enjoyed by a privileged minority. This is not merely attainable but indispensable. I outline it in the final section.

Inalienable rights for the 21st Century: creation, knowledge, and the pursuit of sustainability

How might Obama deliver on the »Green« industries he includes in his package? He will not succeed if he only subsidizes that tiny portion of the economy which now struggles to make green energy or fossil-fuel-free transport. Change requires a population educated, prepared and enabled to switch to their use on a postwar scale.

This is a huge social transformation. A president determined to achieve it will need to defeat the oil lobby, rid the cities of congestion, reconstruct public transit nationwide, reconfigure the whole system of waste disposal and electricity generation, and create enough demand for this struggling minority industry to cut its output prices to a tenth of what they are now. He will have to put sustainability within the reach of the common people. That is, he will have to add 'living sustainably' on the human rights agenda.

Or, suppose the UK government wants to make good on its promise of a creative industry boost to new technology. It will not be enough to subsidize high arts, protect infant

entertainment industries against collapse, or built another Dome. As long as participation in the arts remains an expensive or élite privilege, creative activity will never be more than a luxury economic sector.

A government seriously seeking to turn this around would need a fundamentally new vision: it would have to make creative activity a general public right. It would have to fund universal free high-speed internet. It would have to fuel stable demand for a mass design industry by writing aesthetic and design principles into all private and public contracts. It would have to expand university education to the great majority of the people, placing a university in every town. It would have to ensure that education, from early years, offered general access to the arts and their informed appreciation.¹⁷

In short, where Fordism created a civilization based on the mass production and consumption of mechanical capacity, the 21st Century demands one based on the mass production and consumption of mental capacity.

These may be considered utopian ideals. Nothing could be farther from the truth. In any age, that which is socially practical reposes on a substrate of what is materially possible, which it translates into what is politically realizable. The material circumstances of modern society not only permit a green, arts-led future – they demand it.

Chernomas¹⁸ has drawn attention to Keynes's conception of a »Post-Scarcity« society, containing »larger and larger classes and groups of people from whom problems of economic necessity have been practically removed.«

Technically, this exists now. Since the 1950s the productive capability of the world has, slowly and almost unnoticed, transformed. Average world real income at \$US6,000 is now greater than that of the average citizen of the advanced countries in 1950, well into the »golden age« of prosperity. To put it another way, actually, the world

could afford, if it chose, to implement the UN Charter immediately, now.

World production is no longer bound by material necessity. Poverty exists not because of shortage but because the mass market which such productive capacity requires has been crushed out of existence by a world in which three to four-fifths of the population are worse off than Western workers at the dawn of the Victorian age. In this same world, even in the »advanced« countries, more than fifty percent of the population do not have acceptable health care, will be lucky to receive education beyond the age of 18 or dignity beyond the age of 65, and well over a quarter live under the semi-permanent threat of homelessness through debt and social destruction through unemployment.

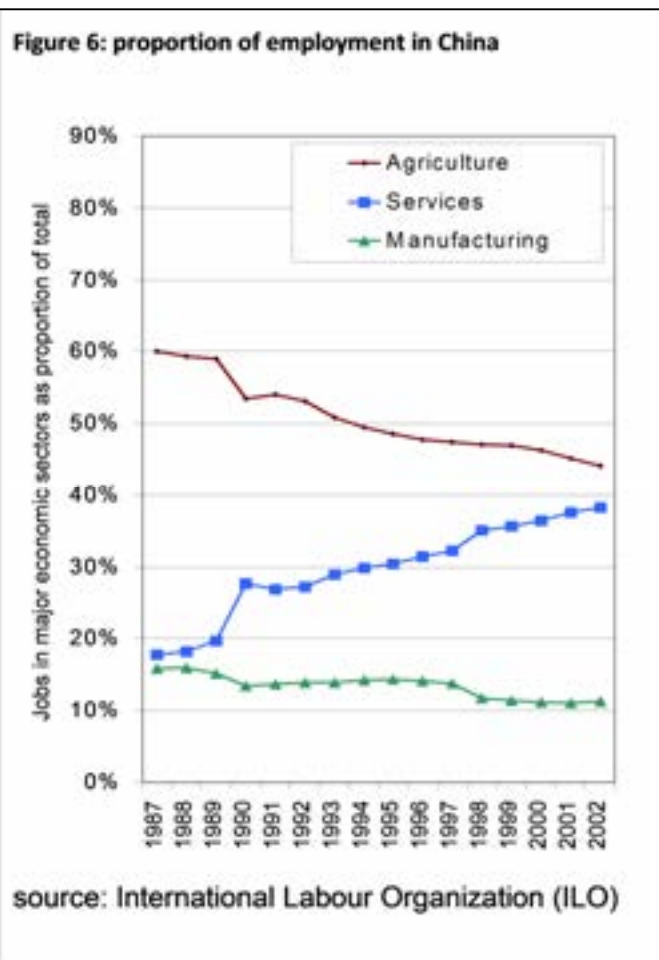
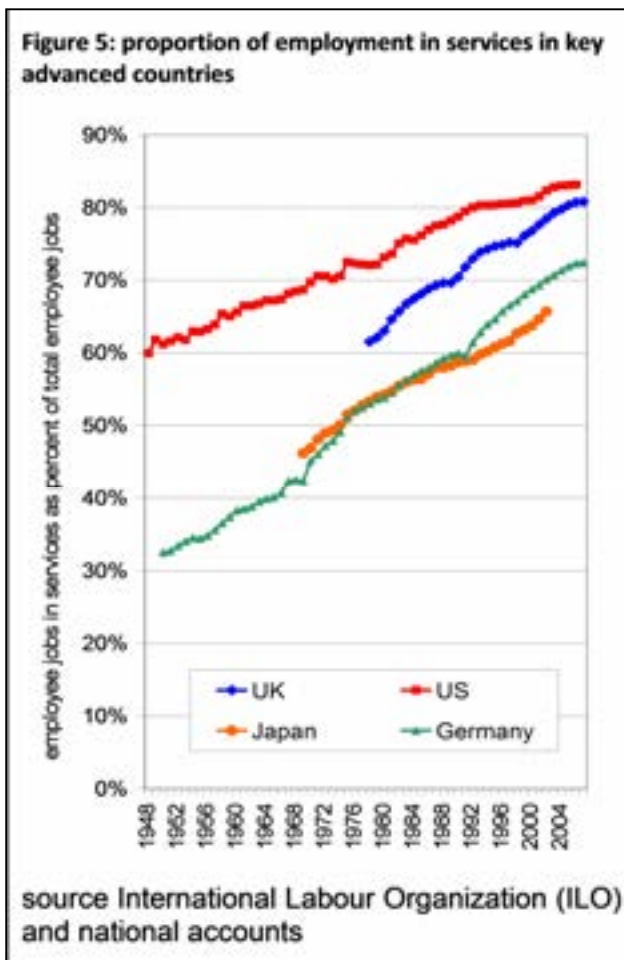
The problem, in short, is no longer the shortage of any product, but the social system that distributes it. In righting the enormous burden which this imposes on growth and sustainability we can neither demand that the consumers of capitalism's advanced products should stop, nor that those now producing them should lose their jobs. This is not just politically infeasible but socially retrograde.

¹⁷ See Freeman, A. *Culture, Creativity and Innovation in the Internet Age* for a more detailed discussion.

¹⁸ Chernomas »Keynes on Post-Scarcity Society«

To confine investment to a physical minimum is to miss the point of the current path of world development. »Material« production – of food, buildings, and machinery – has undergone a fundamental shift. Over 70 percent of workers in the advanced countries now produce services. This is a world tendency, a new growth path even for the developing world. Contrary to popular myth, manufacturing employment in China has shrunk. It employs only ten per cent of the population. Within five years, more Chinese workers will soon be producing services than agricultural goods.

We must not repeat this error with regard to the relation between manufacturing and services. From Adam Smith onwards, with Marx a notable exception, economists of left and right have treated services as »not real«, »unproductive,« a poor cousin of »true work«. This »machinocratic« view, as I term it by analogy, has missed the key phenomenon of the age: services now dominate both the production and consumption of material goods. These are in no sense »unproductive«. The financial sector, in the narrow sense of financial intermediation, employs in London no more than 200,000 peo-



A comparison with the dawn of the industrial revolution may illustrate the issue that arises. At that time, the overwhelming necessity was simply producing enough agricultural goods to survive. »Daily Bread« was everything. Manufacturing was an insignificant blip on the horizon. The dominant economic ideology, that of the physiocrats, treated the land as the sole source of value. Giving voice to the conservative demands of the landowners, it became such an obstacle to advance that the French revolution was provoked by the dismissal of an anti-physiocratic minister.

ple, among three million service workers. The remainder are, by any reasonable definition, productive. To demand they return to purely physical production is in the precise sense of the word reactionary. The idea that the future of the workforces of London, New York, or Toronto lies in factories is as backward as nineteenth-century agrarian-utopian proposals that industrial workers should migrate back to the land. A universalist future for the cities consists precisely in the massive expansion of demand for their products that an investment in civilization would bring.

The three largest media conglomerates today – Time Warner, Disney and Viacom – have a combined capitalization equal to half that of Exxon. Giants like Sony have made a successful transition from ventures dominated by the manufacture, to multinational giants whose main business, in a nutshell, the sale of artistic products. Material production remains of course vital to what they do. Without amplifiers, cables, electronic technology and the internet, the music and films would not exist. But in what must one invest, to sustain this industry? Who will buy iPods if no-one makes music?

The chief asset of modern civilization no longer consists in the size and majesty of its machines, but the creative and mental capacity of the workers who make them run. It is not utopian to present the right to be creative, to acquire knowledge, or to live sustainably as necessary and attainable. These are in the truest sense the defining, and oldest, features of humanity.

It is tempting to denounce this as irrelevant to people whose very survival is threatened. Of what concern is learning or music to those who cannot eat? From this point of view, the Simon Bolivar youth orchestra of Venezuela is a frivolous diversion, as is the futile attempt build a ramp of entirely new institutions of higher education in Venezuela. Such reasoning is profoundly wrong. It no longer even makes economic sense – if it ever did – to deprive one person of food so that another can enjoy high art. But far worse: the idea that a person has no desire or capacity for art or education because they have no money sits at the heart of every justification of privilege from Plato onwards. Where did Jazz, Rap, Salsa come from? The idea that art is the preserve of the rich, educated, and white is not only deeply elitist, but refuted by all popular art. Emma Goldman's famous words »If I can't dance, I don't want to join your revolution« are as relevant today as in the heyday of West Coast syndicalism.

The idea that the poor only need to be fed is the starting point of all attempts to *preserve* privilege. Setting limits on their demands is just another way to remove the limits which equality sets on the consumption of the rich. Of course everyone should eat and be clothed. But anything which stops there is just another way of putting the poor in their

places – to maintain the injustices which took their food away in the first place.

Human wants and needs which we now regard as luxury can, and should, be incorporated into a new vision of the future. This is not only the precondition for economic success: it is what civilization means.

References

Addison, Paul. 1975. *The Road to 1945: British Politics and the Second World War*. London: Jonathan Cape.

Aglietta, Michel, and D. Fernbach. 2001. *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. London: Verso.

Bigelow, B. & Peterson, B. (Eds.). 2002. *Rethinking globalization: Teaching for justice in an unjust world*. Milwaukee, WI: Rethinking Schools Ltd.

Chernomas, R. 1984. »Keynes on Post-Scarcity Society.« *Journal of Economic Issues* XVII, 4.

Desai, R. and A. Freeman, 2009. *How Bad is US Unemployment? On* www.debtonation.org, February 8th, 2009.

Dostaler, Gilles. 2007. *Keynes and His Battles*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing.

Dunlop, J.T. and Galenson, W. eds., *Labor in the Twentieth Century* (New York, Academic Press, 1978), p. 30.

<http://www.bls.gov/opub/cwc/cm20030124ar03p1.htm#37>, accessed 2/16/2009

Freeman, A. 2004. »Confronting the Evidence: Marx's Historians on the Falling Profit Rate.« Available at mpra.ub.uni-muenchen.de/5590/1/MPRA_paper_5590.pdf

_____. 2009. *Why does the profit rate fall? A critique of Brenner's theory*. Available at mpra.ub.uni-muenchen.de/5590/1/MPRA_paper_xxxx.pdf

_____. 2009. »The Poverty of Statistics.« *Third World Quarterly*, Vol. 30, No. 1

_____. 2009. *Culture, Creativity and Innovation in the Internet Age*. http://mpra.ub.uni-muenchen.de/9007/1/MPRA_paper_9007.pdf

Freeman, A. and G. Carchedi. 1995. *Marx and Non-Equilibrium Economics*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing.

Freeman, A., A. Kliman, and J. Wells. 2004. *The New Value Controversy and the Foundations of Economics*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing.

Freeman, C. 1989. »The Third Kondratieff Wave: Age of Steel, Electrification and Imperialism« Kihlstrom et al. et al. (eds.), *Festschrift in Honour of Lars Herlitz*, Gothenburg.

Harvey, David. 1991. *The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Oxford: Wiley-Blackwell.

Keynes, J. M. 1972. *Essays In Persuasion*, Volume 9 of *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. London: The McMillan Press.

Kidron, M. 1967. »A Permanent Arms Economy.« *International Socialism* 28,

Spring. Available at marxists.anu.edu.au/archive/kidron/works/1967/xx/permarms.htm

Kliman, Andrew. 2006. *Reclaiming Marx's Capital: A Refutation of the Myth of Inconsistency*. Lexington Books.

Lenin, V. I. *Imperialism, the Highest Stage of Capitalism*, <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1916/imp-hsc/index.htm#ch06> accessed 2/16/2009

Perez, C. 2004. *Technological Revolutions and Financial Capital: The Dynamics of Bubbles and Golden Ages*. Cheltenham, UK: Edward Elgar

The Gallup Poll: Public Opinion 1935-1971, volume one, 1935-1948. New York: Random House, 1972

United Nations Charter: <http://www.un.org/Overview/rights.html>

Michael Thomas

Einstiege in einen sozialökologischen und solidarischen Umbau – Ansätze zur Transformation



Einleitung¹

Mit dem Beitrag geht es um die scheinbar »kleinen« Fragen nach dem Einstieg in den sozialökologischen Umbau, um die kurzen Geschichten oder die vielen Erzählungen (vgl. Klein 2011). Den Anfang zu machen und damit sich selbst zu ermutigen – in einem weiten und thematisch passenden Bogen spricht der amerikanische Soziologe Erik Olin Wright leitmotivisch von »envisioning real utopia« (Wright 2010): Darum soll es gehen, wir müssen eine Utopie praktisch machen; oder, wie es sich auch sagen lässt: Wenn wir nicht das Un-

mögliche beginnen, dann werden wir am Möglichen scheitern. Die Utopie brauchen wir, um nicht der »Diktatur des Jetzt« zu erliegen – also keinen Ausweg, keinen anderen Weg zu suchen. Und den praktischen Beginn brauchen wir als emanzipatorischen Ansatz, um eben einer auch möglichen *Diktatur* zu entgehen. – Zu einigen allgemeinen Bemerkungen und Konturen.

Allgemeine Bemerkungen zu Umbau und Transformation

Der industriekapitalistische Westen ist in einem Entwicklungs- oder Fortschrittsmodell verfangen, das sichtbar seinen Zenit überschritten hat. Was lange und über Jahrhunderte erfolgreich schien und trotz grundlegender Ambivalenzen durchaus mit zivilisatorischem Fortschritt und Modernisierung verbunden war, zeigt sich nunmehr in seinem nackten Kern als »Weltuntergangsmodell« (Beck). Und dieses Weltuntergangsmodell betrifft eben alle – das ist der globale Zusammenhang. Wenn etwa die drängende Frage eine Trendumkehr in der Energieversorgung ist – quantitativ gefasst als Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen –, dann zeigt die Tatsache, dass bisher etwa 80 % der globalen Energieversorgung auf umwelt- und klimaschädlichen fossilen Energien beruhen, das Problem: Denn selbst dieses etablierte System reicht schon heute nicht für eine existenzsichernde Versorgung der Weltbevölkerung. Prognostiziert ist aber ein deutliches Bevölkerungswachstum. Der weitere Ausbau des fossilen Energiesystems – die globale Kapazität an Kohlekraftwerken wird in den nächsten 10 Jahren um 35 % wachsen; China, Indien und die USA planen bis 2020 beispielsweise 850 neue kohlegefeuerte Kraftwerke – scheint unerlässlich und ist doch *die* Bedrohung unserer Zivilisation. Wir können uns scheinbar nur die Schrittfolge der Katastrophe aussuchen. Und angesichts der düsteren Prognosen, die aus den

¹ Überarbeitete Fassung meines Beitrages auf der Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Diese Fassung war Grundlage meines Vortrages auf dem Workshop »Alternative left theory paradigm in Vietnams socialist orientated market economy« am 24./25. November 2011 in Hanoi. Eine ausführliche Fassung ist zudem erschienen in E. Binas (Hrsg): Die Neue Region. Gesellschaftliches Labor für gelingendes Leben, Frankfurt a.M. 2012, S. 73–86.

bisher erfolglosen Versuchen zum Umsteuern gezogen werden – eine eher optimistische Variante der IEA (International Energy Agency) hält eine Erderwärmung von 3,5 Grad Celsius mit ihren »Nebenfolgen« schon jetzt für unvermeidlich, die UNESCO ist noch pessimistischer; sie erwartet eine Erwärmung um etwa 5 Grad. Nach vorliegenden Expertisen gelten höchstes 2 Grad Erwärmung als »gerade noch beherrschbar« –, scheinen sich einige Länder auf einen zweiten Weg einzurichten: Sie bauen Zäune gegen Hungerströme, und sie rüsten die Polizei auf für den elementaren Krieg ums Überleben in den Metropolen der Welt. Die Klima- ist längst zur sozialen und zur Friedensfrage geworden: »Der härteste und wichtigste Kampf des 21. Jahrhunderts wird ohne Waffen geführt. Die Werkzeuge dieses Kampfes heißen: Energieeffizienz, Energie sparen und erneuerbare Energien.« (Franz Alt)

In einem umfassenden Sinn – für Klimakrise, Ressourcenkrise und auch Finanzkrise – lässt sich formulieren: »Es sind Systemkrisen eines unökologisch ausgerichteten Industrialismus, relativ unabhängig von den jeweiligen Wirtschaftsordnungen, sowie eines entfesselten Beschleunigungskapitalismus, der alle natürlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Grenzen – ohne die eine humane Zivilisation nicht denkbar ist – zu sprengen begonnen hat« (Ypsilanti/Scheer 2010; vgl. auch Institut Solidarische Moderne 2011).

Die hier zitierten Autoren sprechen angesichts der Komplexität und unmittelbaren Verwobenheit dieser drei Krisen mit Recht von einem »Handlungsnotstand«. In Deutschland ist eine umfassende politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte entbrannt, die auf einen »radikalen Wandel«, auf einen »grundlegenden Paradigmenwechsel« oder auf »einen neuen Gesellschaftsvertrag« zielt. Gefragt wird nach einen neuen oder einer großen Transformation.

Die anstehenden Anforderungen würden über technologische und technokratische Reformen weit hinausgehen. »Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‚Geschäftsgrundlage‘ gestellt werden. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsordnung« (WBGU 2011: 2). Mit »Gesellschaftsvertrag« und »Große Transfor-

mation« wird bewusst an Karl Polanyi (1944: The Great Transformation) erinnert, der so die epochale Herausbildung der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft, des Industriekapitalismus, charakterisierte. Jetzt geht es um die neue und radikale Bruchstelle, um ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis, eine »Einbettung« gesellschaftlicher Innovation in Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität. Dazu ist dann aber eine Erinnerung und Klärung erforderlich. Es geht um Konzept und Begriff der Transformation.

Transformation war über die vergangenen Jahrzehnte *der* Leitbegriff für die Konzeptualisierung des Übergangs der europäischen staatssozialistischen Gesellschaften in die kapitalistische Marktwirtschaft. Für die DDR etwa als *Anschluss* an die Bundesrepublik Deutschland, für die anderen Gesellschaften als (mehr oder minder schneller) *Weg nach Europa*. In dem Sinn war Transformation durchaus ein *Systemwechsel* – eben vom Sozialismus zum Kapitalismus –, nicht aber ein *Wechsel im Entwicklungsmodell*. Transformation war Adaption und konnte entsprechend der jeweiligen Perspektive dann als erfolgreich gelten – die gelungene Einfügung in die Bundesrepublik, die gelungene Aufnahme in die Europäische Union – oder auch als weniger erfolgreich – weil eine solche Adaption selbst infrage zu stellen ist. Am Beispiel Ostdeutschlands ließe sich zudem zeigen, dass gerade die Adaption (Nachbau) ein wichtiger Grund dafür ist, dass ihr Ziel – die Konvergenz zwischen West und Ost – sich nicht erreichen lässt (vgl. Kollmorgen/ Koch/Dienel 2011).

Diese Problematik nicht zu erreichender Konvergenz kann hier vernachlässigt werden. Wichtiger ist demgegenüber, dass wir ein anderes Transformationsverständnis brauchen: Es geht weniger um den Systemwechsel »an sich«, es geht um das *Entwicklungsmodell*. Kapitalismus wie Sozialismus waren bis zum Ende der 1980er Jahre eingebunden in ein weitgehend vergleichbares, gemeinsames Entwicklungsmodell. Und der Zusammenbruch des einen Systems, also des Sozialismus, hat dem anderen System, also dem Kapitalismus, eher die Einsicht darin verbaut. Mit seinem »Sieg« schien auch der Kapitalismus als Entwicklungsmodell fraglos. Das ist jedenfalls in hohem Maße das ideologische Grundkorsett, in dem

über Gesellschaftsfragen nachgedacht und auch entschieden wird.

Demgegenüber gehen wir davon aus, dass sich die modernen kapitalistischen Wirtschaften und Gesellschaften des Westens seit etwa den 1970er Jahren in einem radikalen Umbruch ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells befinden. In den 1970er Jahren sind, verkürzt gesprochen, die Grundlagen eines fordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells *erodiert*. Und es war eben gerade die Ressourcenproblematik, mit der sich diese Erosion insbesondere vollzogen hat: Funktionierte bis dahin der wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhang noch leidlich, so war eben nunmehr der »Traum von der immerwährenden Prosperität« (Lutz) ausgeträumt (vgl. Bericht 2006; Land 2011).

Ist das fordistische Modell an den Folgekosten mangelnder Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität gescheitert, so liegt eben hier die Perspektive für ein grundlegend anderes Gesellschaftsmodell, für die sozialökologische Transformation. Kern ist der Bruch mit dem einseitigen (fossilen) Wachstumsmodell. Insofern haben wir ein begrifflich-konzeptionelles differentes Verständnis von Transformation festzuhalten – eine hinreichend komplexe und so eben »große« Transformation. Mit diesem Verständnis stellt sich dann auch die Frage nach den Einstiegen und Einstiegsprojekten (vgl. Thomas 2011).

Transformation und der Modus der Energiewende

Der Zusammenhang von Transformation und Energiewende scheint einleuchtend, als Konsequenz eines zu seinem Ende gekommenen Entwicklungsmodells. Zugleich aber gilt das nicht umgekehrt – nicht jede Art einer durchaus erfolgreichen Energiewende muss zu einem Bruch mit dem Wachstumsmodell führen. Auch ein ökologischer Wirtschafts- und Gesellschaftsumbau bedeutet das nicht unbedingt; das Gegenteil ist möglich. Den »Beweis« liefern seit einigen Jahren die globalen Energie-, Rohstoff- und Agrarkonzerne. Es gibt eben Strategien, die auf zentralistische und auf Großlösungen orientieren und so nicht nur alle Macht in die Energiekonzerne legen, sondern mit diesen Großlösungen zugleich Folgekosten generieren und wirkliche Ein-

sparungen unmöglich machen. Zentralistische Anlagen, extreme Monokulturen, lange Transport- und Leitungswege verhindern den Bruch mit der Wachstumslogik (es ist ein Unterschied, ob 4.500 km neue Leitungen erforderlich sind, wie bei zentralen Offshore-Anlagen, welche die deutsche Politik favorisiert, oder höchstens 450 km, wie bei den dezentralen Onshore-Anlagen). Kosten, Zentralismus und Interessenkartelle machen diese Art von Energiewende zu einer extrem unsozialen und ungerechten Perspektive. Ähnlich sieht es mit den desaströsen Folgen zentralistischer und großindustrieller, großagrarischer Ökologie aus – Rodung des Regenwaldes in Südamerika, Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen in Afrika usw. Allein die Absage an fossile Energien reicht nicht. Die Art und Weise, wie Energiewende oder ökologischer Umbau betrieben werden – darum geht die politische, ideologische, wissenschaftliche Auseinandersetzung (vgl. Scheer 2010; Thie 2011) auch in Deutschland –, ist *nicht beliebig, sondern entscheidend*.

Die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Energiewende zeigt sich nicht zuletzt in den anhaltend beachtlichen Exportanteilen von Komponenten im Bereich erneuerbarer Energien (Photovoltaik 2010 bei 15,9 %; Solar bei 20,5 % und Wind bei 16,1 %), auch wenn sich insbesondere gegenüber China deutliche Verluste zeigen und Deutschland insgesamt seine Anfangsvorsprünge nicht (mehr) entsprechend umsetzen kann. Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Bruttostromerzeugung lag 2010 bei 16 % (beim Verbrauch bei 17 %). Damit konnten bereits 118 Mio. t. Treibhausgase reduziert werden. Seriöse Expertisen belegen, dass bis 2050 100 % erneuerbare Energien zu erreichen sind. Mit diesen Entwicklungen ist auch eine erstaunliche Rolle Ostdeutschlands verbunden. Steht Ostdeutschland ansonsten, wie mit dem fatal einseitigen Adaptionkurs aufgezeigt, in deutlichem Kontrast zu Westdeutschland – nahezu alle diesbezüglichen Kartierungen von BIP über Arbeitsproduktivität oder Armut zeigen die alten Grenzen –, so gilt dies für den Bereich der erneuerbaren Energien gerade nicht. Hier ähneln sich die beiden Landesteile (vgl. auch Keppeler/Nölting/Schröder 2011).

Der vor wenigen Tagen veröffentlichte Bericht der Bundesregierung zum Stand der

Deutschen Einheit weist auf diese Rolle hin (vgl. Bericht 2011: 18f.). Die ostdeutschen Bundesländer haben einen überproportionalen Anteil bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, bei der Herstellung entsprechender Produkte und Technologien (neben Solar- und Windenergieanlagen sind das weitere Umwelttechnologien); zu verweisen ist auf beachtliche Beschäftigungseffekte (etwa 85.000 Personen, was einem Viertel der Gesamtbeschäftigung in Deutschland entspricht). Mecklenburg-Vorpommern hat mit 51,8 % (2009) im Vergleich aller Bundesländer den größten Anteil von erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung. Danach folgen Thüringen (40,1 %) und Sachsen-Anhalt (32,2 %). Brandenburg führt die Liste bei der Installation von Windleistung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl an (bis Ende 2010 je 1.000 Einwohner 1.752 kW Windleistung); bei der Installation von Photovoltaikanlagen liegt das Land auf Platz 2 (hinter Bayern). Ostdeutschland ist gerade mit dieser Dynamik im Bereich erneuerbarer Energien zu einem »Nettostromexporteur geworden.

Mit den wirtschaftlichen Effekten und auch mit den Arbeitsplatzeffekten ist die Branche für relevante Akteure interessant (sie rechnet sich!) und hat sie sozusagen einen Punkt erreicht, von dem aus ihre weitere Entwicklung prognostiziert werden kann. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil viele der bisherigen Entwicklungen eher im Verborgenen erfolgten, nicht im Rahmen einer offiziellen Struktur- oder Wirtschaftspolitik, und weil zugleich manche der Entwicklungen mit spezifischen ostdeutschen Eigenheiten verbunden waren bzw. sind: Sie erfolgten in kleinen und mittleren Unternehmen, häufig in Verbänden von diesen mit regionalen Forschungseinrichtungen, und sie erfolgten in hohem Maße in lokal konzentrierten Ansätzen. Mit beidem sind auch Schwächen verbunden; zugleich scheint nur so der Ausweg aus einem dominierenden Transformationskonzept möglich gewesen zu sein und hat damit ein Stück Zukunft lange schon *begonnen*. Diese Voraussetzungen sind festzuhalten – es geht auch bei den Einstiegsprojekten nicht um eine »Stunde Null« (vgl. Thomas 2011a).

Ostdeutschland macht aber mit diesen Erfolgen zugleich Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten des Prozesses deutlich. Eine neuere Studie der Raumordnung be-

scheinigt Ostdeutschland insgesamt gravierende und sich kumulativ verstärkende *Nachhaltigkeitsdefizite* – ökonomisch, sozial wie auch hinsichtlich Umweltschutz seien hier die Voraussetzungen für eine Ressourcenwende schlechter als in Westdeutschland (BBSR 2011). Während man über einzelne Indikatoren streiten kann, sind in der Tat die sozialen Voraussetzungen in Ostdeutschland besonders prekär: Arbeitsplätze, Einkommen, Pendleranteile, Altersstrukturen usw., gerade sozial werden Alternativen blockiert. Dies lässt sich, ohne darauf zunächst weiter einzugehen, in einer wichtigen Frage zusammenfassen, nämlich in der Frage nach der *Transformationsfähigkeit* einer Gesellschaft: Es geht nicht nur um Ziel und Aufgabe einer Transformation, sondern nicht weniger darum, ob die Gesellschaft überhaupt die entsprechenden Voraussetzungen dafür besitzt.

Dabei scheint es entgegen neoliberaler Strategien und neoklassischer Grundannahmen offensichtlich – hier ließe sich historisch zudem ebenso auf die DDR verweisen wie aktuell auf Ostdeutschland –, dass eine Gesellschaft etwa dann eine Transformationsfähigkeit besitzt, wenn sie über hinreichende Freiheitsgrade für die Menschen verfügt (also eine möglichst große Vielfalt von Optionen gesichert ist), wenn sie von einer größeren sozialen Gleichheit charakterisiert ist (etwa Rechtssicherheit, Zugang zu den Bedingungen freien Lebens, soziale und kulturelle Grundrechte usw.). Es sollte möglich sein, eigenständig, unabhängig (dezentral) zu handeln und zugleich dieses Handeln auf einen solidarischen Beitrag für die Gesellschaft auszurichten. Das sind einige wesentliche Bedingungen (vgl. Brie 2011: 75), sie bestimmen die Anforderungen an politische Gestaltung. In dieser Hinsicht nimmt Deutschland aktuell weniger eine progressive Vorreiterrolle ein. Der »Exportweltmeister« setzt auf Niedriglöhne und soziale Differenzierung.

Ein zweiter Aspekt mit Blick auf Ostdeutschland ist darin zu sehen, dass die Kehrseite der aufgezeigten Erfolge im Bereich erneuerbarer Energien erhebliche Proteste sind. Markant sind zahlreiche Proteste der Windkraftgegner. Aber auch gegen große Biogasanlagen gibt es massive Proteste. Ostdeutschland als Energieexporteur, das heißt eben auch: Großanlagen, »Verspargelung« der Landschaft mit Windrädern,

riesige Maisfelder. Oder aber es finden sich Regionen, die zwar direkt Energieexporteure sind (Prignitz: 156 % Stromerzeugung), davon aber weder einen Arbeitsplatz noch einen Euro Wertschöpfung haben!

Es sind auch Erfahrungen in Ostdeutschland, die unterstreichen, dass sich im »Wie« der Energiewende und des ökologischen Umbaus die Herausforderungen bündeln. Wir (Thomas/Reißig/Koch 2011) sprechen deshalb vom erforderlichen »sozialökologischen und solidarischen Umbau«. Dabei ist die Perspektive auf einen stärker dezentralen, lokalen Entwicklungspfad eben nicht nur eine Perspektive unter anderen, sondern diese ist zugleich *die Voraussetzung* für einen sozialökologischen und solidarischen Umbau. Insofern ist das keine sekundäre Frage (Scheer); das »Wie?« wird zu einem »Ob überhaupt?«.

Für den aufgezeigten konzeptionellen Weg kommt deshalb einzelnen lokalen Projekten und Initiativen – den Einstiegsprojekten – besondere Bedeutung zu. An ihrer Durchsetzung liegt es, ob ein Umbau in den erforderlichen Dimensionen gelingt (vgl. auch generell Scheer 2010). Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt der Betrachtungen. Wir können nicht wissen, ob mit solchen Ansätzen und Projekten die verhängnisvolle Dynamik etwa des anthropogen verursachten Klimawandels aufzuhalten ist. Andererseits ist das einer der wenigen möglichen und praktischen Wege. Das macht Erfahrungen interessant.

Gegenüber den von der gegenwärtig bestimmenden Politik im Bündnis mit den vier großen Energiekonzernen in Deutschland favorisierten zentralen und großen Lösungen sind solche Projekte und Initiativen wichtig (vgl. auch Leggewie/Welzer 2009),

- weil sie die Chance bieten, organisatorische, technologische Lösungen in kleineren Bereichen (als »Nischeninnovationen«) auszuprobieren und umsetzungsreif zu machen,
- weil sie die Chance bieten, technologische Pfadabhängigkeiten und damit gesetzte einseitigen Lösungen zu durchbrechen und Handlungsmacht zu gewinnen gegenüber den Interessentkartellen der alten Energiekonzerne.
- Lokale Ansätze bieten neue, direkte Aushandlungsmöglichkeiten für »öffent-

liche Güter«, Entscheidungen über deren Nutzung, Rekommunalisierung, Vervielfältigung und Modifizierung von Eigentumsstrukturen (etwa bis zu Genossenschaften, Varianten solidarischen Wirtschaftens usw.) und damit strukturelle Transformationen.

- Dezentrale Projekte können Impulse für Regionen bieten, die im Abseits marktwirtschaftlicher Dynamiken und Wachstumsrankings stehen, eigenständige Ressourcen erschließen, Handlungsmöglichkeiten auf lokaler, regionaler Ebene entfalten,
- sie können vor allem auch zu praktischer Teilhabe anregen, diese ermöglichen und so zu Lernprozessen beitragen – also gerade auch zur erforderlichen kulturellen Wende –, zur eigenen Stärkung und Selbstermächtigung,
- sie machen andere Lebensweisenformen praktisch möglich (sparsamer, mit weniger Transport usw.),
- sie schaffen Arbeitsmöglichkeiten (gerade auch für die Jugend).
- Zudem können sie insofern ganz direkt ihre eigenen Voraussetzungen verbessern, nämlich die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt erhöhen,
- und sie sind nicht zuletzt eben das praktische Signal, Zeichen für den möglichen Beginn, für die Machbarkeit: »Wenn es dort geht, dann geht es vielleicht auch bei uns!«

Die »Große Transformation«, so lässt sich verallgemeinern, wird zu einem wesentlichen Teil eher eine »kleine Transformation« sein, und der großen Veränderung auf der Ebene der Gesellschaft – einem anzustrebenden Gesellschaftsvertrag – wird die kleine Veränderung auf der individuellen Ebene, der lokalen usw. partiell vorausgehen. Nur so lässt sich auch die erforderliche Komplexität der Transformation – Ökonomie und Technologie, Sozialität und Kultur, Lebenswelt oder Lebensstil – konkret angehen. Drei Beispiele und Erfahrungen können das verdeutlichen.

Bioenergiedörfer – Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und lokale Teilhabe

Bioenergiedörfer – oder: Dörfer, die ihre Energieversorgung eigenständig auf Grundlage erneuerbarer Energien, überwiegend mittels Biogas und Biomasse gewährleisten – sind keine besondere ostdeutsche Erfindung. Sie haben hier aber eine mittlerweile beachtliche Ausbreitung gefunden. Speziell Bioenergie hat einen Anteil von etwa 71 % an den erneuerbaren Energien (oder von 7,7 % am Energieaufkommen insgesamt). Auf den Weg gemacht haben sich schon über 100 solcher Dörfer, und mit umfassenden Programmen wie dem zum Coaching von Bioenergiedörfern in Mecklenburg-Vorpommern wächst die Zahl weiter kontinuierlich.

Einen besonders beeindruckenden und zugleich komplexen Umsetzungsansatz zeigt die Gemeinde Zschadraß im Bundesland Sachsen (in der Nähe von Leipzig). Die Gemeinde kombiniert in der Umsetzung Solaranlagen, Windräder, Biogas und Biomasse in einem Effizienzkonzept. Das Grundmodell ist eine Stiftung und ein Bürgerverein. Dieser Bürgerverein entscheidet über die gemachten Gewinne (ca. 18.000 €/Jahr bisher); investiert wird in Kindergarten, Schulspeisung, Sportvereine, Transport. Die Gemeinde organisiert die Bürger! Ein anderes Beispiel mit einem etwas anderen Modell wäre die Gemeinde Feldheim in Brandenburg. Auch sie erzeugt deutlich mehr Strom als der Eigenverbrauch ist (225 %), verfügt über ein eigenes Stromnetz und beteiligt die Einwohner direkt an der Energieerzeugung (mit jeweils 1.500 EUR).

Beide Gemeinden haben sichtbar an kommunaler Handlungsfähigkeit gewonnen (eigene Finanzierung!), sie konzentrieren sich neben der wirtschaftlichen auf die soziale und kulturelle Entwicklung, und sie sichern vor allem die breite Teilhabe der Bevölkerung. Sie machen zudem ganz deutlich, dass kommunale Politik – sowohl der jeweilige Bürgermeister/die Bürgermeisterin wie die Gemeindevertretung – ganz entscheidend sind.

Der zuständige Minister von Mecklenburg-Vorpommern hat deshalb nicht zu Unrecht

auf einer Tagung im November 2011² von »energieaktiven Regionen« gesprochen. In der Tat gehört neben der energetischen Komponente (100 % und mehr Stromerzeugung durch erneuerbare Energien, 75 % Wärme) und der erforderlichen Umweltkompatibilität (keine »Maiswüsten«, zusätzliche Artenvielfalt) auch die Teilhabe der lokalen Bevölkerung ausdrücklich zum Kriterienkatalog für solche Bioenergiedörfer (Anerkennung, Zertifizierung).

Hier sticht ein solcher Projektverbund wie der in Mecklenburg-Vorpommern besonders ins Auge: War zunächst ein Bürgermeister mit seiner Gemeinde gescheitert, so hatte er nicht aufgegeben – »Wenn es nicht allein geht, dann müssen es eben mehrere gemeinsam versuchen!« –, sondern suchte er vier, fünf Verbündete. Dann war die Zielstellung 100, und jetzt sollen es in zehn Jahren 500 werden. Dabei stehen über 70 jetzt schon direkt in den Startlöchern, ist ein sehr konkreter und dynamischer Prozess organisiert worden – ein Coaching als Unterstützung, ein Runder Tisch der Ingenieure, konzertierte Rechtsberatung. Aufgelegt wird jetzt ein revolvierender Fonds zur Finanzierung, und gegründet wird zudem eine Genossenschaft der beteiligten Dörfer. In einem umfassenden strategischen Konzept (»Garten der Metropolen«) soll die wirtschaftliche und politische Vernetzung vorangetrieben werden.

Bioenergiedörfer sind ein Weg, um kommunales (politisches) und wirtschaftliches Handeln direkt zu verbinden. Sie ermöglichen vielfältige Eigentumsformen – von Bürgerbeteiligungen über Stiftungen bis zu Genossenschaften und eben KMU – und können ein Schritt sein, um breitere gemeinschaftliche Verfügung zu erhalten (z.B. Rekommunalisierungen, Energienetze). Entscheidend ist, dass die z.T. beträchtliche Wertschöpfung im Ort bleibt, dass Arbeitsplätze und vor allem auch Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Bioenergiedörfer können gerade Monokulturen und die Ausweitung von Großanlagen (Wind, Bio) verhindern. Ihr entscheidender Punkt sind

² Wege zum (Bio)EnergieDorf. Welche Bedeutung haben die (Bio)EnergieDörfer für die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern?, 18./19.11. 2011. Universität Greifswald. – Eingeflossen in die Ausarbeitung sind Beiträge, Diskussionen auf dem Workshop.

die gewachsenen Teilhabemöglichkeiten, mit denen eben auch Einflüsse auf Kultur und Lebensweise möglich sind.

Ohne auf ähnliche Möglichkeiten – etwa die kommunalen, genossenschaftlichen Stadtwerke in kleineren Städten oder die vielfältigen Bürgergenossenschaften im Energiebereich – einzugehen, es zeigt sich eine gewichtige Rolle solcher Projekte für Energiewende und den sozialökologischen Umbau. Die Dynamik ist schon jetzt beachtlich, die Komplexität in den Ansätzen muss nur noch einmal unterstrichen werden (führt dann auch zu den anderen Beispielen), die Selbstverstärkerrolle ist schon jetzt sichtbar (zumal es erfolgreiche Umsetzungen auch in den Nachbarländern gibt). Vielfach ist schon erkannt, dass es um entschieden mehr geht als um Ökonomie oder um Technologie. Mit Bioenergiedörfern ist überhaupt erstmals, so Franz Alt unlängst, wirklich ein Einstieg in nachhaltige Landnutzung möglich geworden, die praktische Verbindung von Ökonomie und Ökologie.

Allerdings sind erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten nicht zu übersehen. Die Bereitschaft zum Mitmachen wächst langsam, die Bundespolitik hat mit Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz einige Hürden aufgebaut, und vor allem drängen jetzt auch immer stärker die Großunternehmen in diesen Bereich und üben massiven Einfluss auf Kommunen aus. Die Entwicklung scheint sich aktuell an einem »Kippunkt« zu befinden – beide Varianten sind möglich. Eine politische Herausforderung spitzt sich hier zu. Umso schwerer wiegen erfolgreiche Beispiele!

Stiftungen, Bürgerhaushalte, Regionalwährungen – die Dinge selbst in die Hand nehmen

Gerade auch die skizzierten Entwicklungen im Bereich der Bioenergiedörfer zeigen, wie wichtig ist es, die Verfügung über Ressourcen zu bekommen und sie nicht bei Großkonzernen usw. zu belassen. Nur so lässt sich der aufgezeigte Zirkel, der immer wieder in ein Wachstumsmodell führt, durchschlagen. Neben den schon erwähnten Genossenschaften, die in jüngster Zeit gerade im Energiesektor einen neuen Boom erfahren, ist kurz auf Erfahrungen mit Bürgerstiftungen, mit Bürgerhaushalten oder mit Regionalwährungen zu verweisen. Sie alle

sind geeignet, um den Bürgern in ihren Orten tatsächliche Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen, um so einerseits praktische Umsetzungen zu ermöglichen – Bürgerstiftungen bringen dafür das Geld zusammen, Bürgerhaushalte ermöglichen eine direkte Umverteilung von kommunalen Mitteln und Regionalwährungen sichern, dass Wertschöpfung auch in der Region bleibt und Effekte hat –, um aber zugleich demokratische Mitwirkung zu ermöglichen: In jedem der Beispiele sind eben die beteiligten Bürger auch mit ihrer Stimme dabei und können direkt wirksam werden.

Bürgerstiftungen haben sich in Ostdeutschland langsam entwickelt – es fehlt an individuellem Kapital, es fehlt an Tradition, und es gibt einige bürokratische Hürden. Zugleich aber sind sie vielfach im ökologischen Bereich (Landwirtschaft, Naturschutz) und der Energieerzeugung (Solarwirtschaft) anzutreffen. Entwickelt hat sich diese besondere Form von Bürgerstiftung, in der man nicht allein mit Geld zum Stifter/zur Stifterin werden kann, sondern mit seiner einzubringenden aktiven Betätigung, Arbeitsleistung.

Bürgerhaushalte werden in einigen ostdeutschen Städten erfolgreich praktiziert; das am längsten existierende und sehr erfolgreich wie demokratisch breit angelegte Beispiel ist das des Bürgerhaushaltes in Lichtenberg, einem Berliner Stadtbezirk. Dies war ein linkes Projekt, es soll aber jetzt (mit einer anderen Koalition) fortgeführt werden – was den schon erreichten Erfolg zeigt. Mit Bürgerhaushalten wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der kommunalen Mittel für Vorschläge der Bürgerschaft bereitgestellt. Diese kann breit darüber entscheiden, das Kommunalparlament ist verpflichtet, die Vorschläge dann aufzunehmen und auch in einem absehbaren Zeitraum umzusetzen. Darüber werden wiederum die Bürger informiert.

Regionalwährungen sind der Versuch, mit Vernetzungen zwischen regionalen Unternehmen und den Einwohnern zu erreichen, dass regionale Produktkreisläufe gestärkt werden. Dafür wird ein besonderes lokales Geld in Umlauf gebracht, mit dem ganz normal bezahlt werden kann. Zugleich wird verhindert, dass dieses Geld dem Kreislauf entzogen, also angespart wird. In jedem Fall soll die lokale Wirtschaft und möglichst auch

die lokale Gemeinschaft (Vereine) gestärkt werden.

Kunst, Kultur, Leben - eine zukunftsfähige Lebensweise!

Nicht weniger zu vernachlässigen sind Erfahrungen, die es mit Projekten, Initiativen im Bereich von Kunst, Kultur und vor allem solchen gibt, die anders arbeiten und leben wollen und dies praktizieren. Auch hier ist einerseits ersichtlich, dass solche Projekte, Initiativen direkt mit Bioenergiedörfern zusammenhängen können, andererseits zeigt sich immer deutlicher, dass ein Umbau unserer ganzen Lebenswelt die wesentliche Voraussetzung für eine ökologische Wende ist: Eine anzustrebende, für die Einzelne oder den Einzelnen »bereichernde« individuelle Entwicklung ohne Massenkonsum, ohne weitere Ressourcen- und Naturausbeutung. In gewisser Hinsicht kann nur eine solche kulturelle Revolution den Druck entfalten, den es für die erforderliche Wende braucht: Wir müssen auch aufhören, das zu kaufen, was uns, was die Welt kaputt macht!

Praktische Projekte sind deshalb wichtig, weil eben nur in gemeinsamer Erfahrung und Umsetzung auch ein Lernen der Veränderung und eine Änderung der eigenen Präferenzen möglich sind. Nicht Politik kann uns das sagen, nicht kulturelle Eliten können uns das vormachen – wir müssen es selbst erfahren. In Deutschland – West wie Ost – gibt es eine enorme Fülle von solchen Beispielen. Wir haben ökologische Modellprojekte, wo die ganze Dorfgemeinschaft einbezogen ist, wir haben Kunstprojekte im ländlichen Raum, die eine enorme Ausstrahlung besitzen. Eine besonders interessante neuere Bewegung ist die von Nachbarschaftsgärten (urban gardening/guerilla gardening) in Städten, weil mit ihnen vor allem auch Nachbarschaften, Kommunikation und direkte Beteiligung organisiert werden. Es gibt zudem das wachsende Bestreben, nicht nur bei solchen lokalen Beispielen und Ausstiegen zu bleiben, sondern von hier zu neuen Formen aktiver Demokratie zu kommen. Das reicht von der Beteiligung an dem eigenen Projekt bis zu Vorschlägen, auf Bundesebene eine Bundeswerkstatt als Art »Dritte Kammer« – neben Bundestag und Bundesrat – einzurichten, in der zivilgesellschaftliche Akteure sich versammeln und über Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung beraten, Vorschläge machen,

die dann zur politischen Umsetzung gebracht werden (vgl. Rohr 2011).

Weitere Beispiele ließen sich anführen, sie sind zum Teil ausführlich dokumentiert (vgl. etwa Links/Volke 2009). In Ostdeutschland ist etwa eine Perspektive verbreitet, die sich »Raumpioniere« nennt. Sie geht davon aus, dass es immer wieder Menschen gibt, kleine Netzwerke, die sich an Orten niederlassen, wo (scheinbar) nichts mehr ist oder nichts mehr geht. Wirtschaft und Politik haben solche Orte oftmals direkt oder indirekt aufgegeben, abgeschrieben. Es sind solche »Pioniere«, die wieder eine Schule zum Leben erwecken, einen Dorfkonsum, ein kleines Theater, eine Lernwerkstatt und auch neue produktive Möglichkeiten erschließen, zumeist im ökologischen Landbau und Handwerk. Schaut man sich das genauer an, dann findet man interessante Konstellationen von Zugewanderten und Einheimischen, die »verlorenen Orten« wieder Leben einhauchen. Bei vielen Beispielen ist ersichtlich, wie zentral eine direkte, unkomplizierte und anhaltende Kommunikation ist – es müssen echte *Gemeinschaftsprojekte* sein. Ein Kulturdorf etwa hat deshalb einen Verein gegründet, der einen eigenen Pizzeria im Dorf betreibt. Und an diesem Ofen ist jeden Mittwoch gemeinsames Essen. Ein anderes Dorf hat die Gemeinschaft in verschiedenen Runden Tischen organisiert, die für Themen des Dorflebens zuständig sind. Im einen wie im anderen Fall ist so direkt oder indirekt die zu beantwortende Frage: Wie können wir so leben und arbeiten, dass der Ausstieg aus dem »Weltuntergangsmodell« wirklich gelingt?

Es lässt sich schwer ein einzelnes Beispiel herausgreifen – es ist gerade deren Fülle, mit der sich zugleich eine enorme Ermutigung ergibt. Zu beobachten ist seit längerer Zeit eine Trendwende, ein Anwachsen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Viele Beispiele bzw. Projekte »scheitern« wieder, zumeist an fehlenden finanziellen Ressourcen, manche sind auch nur ein Ausstieg in private Wege, die nicht viel ändern werden. In der Suchphase, in welcher wir uns heute befinden, ist auch das unvermeidlich. Wichtig ist, dass Antworten gesucht und gefunden werden, um dem eingangs beschriebenen Handlungsnotstand zu begegnen. Wie weit damit ein erforderlicher und letztlich globaler »turn« gelingt, ist offen. Eine

Transformation kann aber nur gelingen, wenn sie jetzt und auch hier – bzw. an den vielen kleinen Orten und mit vielen kleinen Erzählungen beginnt.

Literatur:

BBSR-Berichte (2011): Regionalentwicklung auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Aktuelle Ergebnisse des BBSR-Indikatorenkonzepts. BBSR-Berichte KOMPAKT, 4. Bonn

Bericht (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte INITIAL, 17. Jg. (5), S. 3–96

Bericht (2011): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin, 9. November

Brie, M. (2011): Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. In: Thomas (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster u.a., S. 61–84

Institut Solidarische Moderne (2011): Umriss eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus auf dem Weg in eine solidarische Moderne. Der Erinnerung Hermann Scheers gewidmet. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 33

Keppler, D./Nölting, B./Schröder, C. (Hrsg.) (2011): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a.M. u.a.

Klein, D. (2011): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 34

Kollmorgen, R./Koch, F.T./Dienel, H.-L. (Hrsg.) 2011: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden

Land, M. (2011): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung. In: Thomas (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster u.a., S. 99–137

Leggewie, C./Welzer, H. (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chance der Demokratie, Frankfurt a.M.

Links, Ch./Volke, K. (Hrsg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin

Rohr, J. (2011): Kollaborative Demokratie! Warum wir eine Bundeswerkstatt brauchen, in: Oya. Anders denken, anders leben. September/Oktober, S. 12–15

Scheer, H. (2010): Der energetische Imperativ. 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München

Thie, H. (2011): Exit statt Exitus. Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen. Hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 09

Thomas, M. (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster u.a.

Thomas, M. (2011a): Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss. In: Kollmorgen, R./Koch, F.T./Dienel, H.-L. (Hrsg.) 2011: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden, S. 361–384.

Thomas, M./Reißig, R./Koch, Th. (2011): Das Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus. Fallbeispiele für den Einstieg. Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag. Berlin

WBGU (2011): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin

Wright, E.O. (2010): Envisioning Real Utopias. New York

Ypsilanti, A./Scheer, H. (2010): Grundsatzpapier Institut Solidarische Moderne. Frankfurt a. M.

Staat in der Transformation - Transformation des Staates Ein Problemaufriss



Die Turbulenzen der gegenwärtigen Krise der öffentlichen Finanzen berühren den Kern des politischen Systems – die bürgerliche Staatlichkeit und die mit ihr verbundene bürgerliche Demokratie. Dabei treffen Prozesse aufeinander, die sich über Jahre in kleinen Veränderungsschritten vollzogen haben. Diese haben offensichtlich für die meisten gesellschaftlichen Akteure überraschende Ergebnisse hervorgebracht und bringen sie immer noch hervor. Die Krise hat nicht zum Zusammenbruch des Neoliberalismus als politischer Doktrin geführt, sondern hat ihn modernisiert. Es hat sich erwiesen, dass diese vielen kleinen Veränderungen der letzten Jahrzehnte die Grundlagen kapitalistischer Entwicklung prinzipiell und unumkehrbar verändert haben. In diesem Sinne hat Draghi völlig Recht, wenn er im Zusammenhang mit den zur Eindämmung der gegenwärtigen Krise nötigen

Schritten vom Ende des europäischen Sozialstaates spricht (derStandard.at 2012). Dabei hat er genau genommen nicht nur das Soziale, sondern den Charakter der Staatlichkeit an sich im Blick. Der Neoliberalismus entwickelt und verändert sich nunmehr auf den von ihm geschaffenen Grundlagen. Unter diesen Bedingungen ist der Staat heute ein »neoliberal-globalisierter« Staat. Das bedeutet auch, dass dieser sich in den von den neuen Rahmenbedingungen spezifisch geschaffenen Widersprüchen bewegt und bewegen muss. Das bedeutet weiter, dass er sich mit den entsprechenden neuen Protest- und Widerstandsformen auseinandersetzen hat. Es geht darum, vor diesem Hintergrund die handelnden Akteure auf ihre Rolle, ihre Interessen und ihre Handlungsspielräume hin neu zu befragen.

Für Deutschland vollzieht sich dieser Veränderungsprozess über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten – beginnend mit der späten Ära Kohl bis hin zur zweiten Schröder-Regierung. Nicht nur und nicht in erster Linie die zeitliche Dimension, sondern vor allem der Charakter dieses Prozesses fordern dazu heraus, ihn als einen Transformationsprozess zu betrachten. Transformation bedeutet hier Anhäufung von kleinen Veränderungen, die schließlich zu qualitativen Brüchen führen, die als Kontinuität erscheint. Diese langdauernden »Anhäufungen« zeichnen sich als Elemente einer Transformation dadurch aus, dass im Wechselspiel von Vorstoß und Widerstand bei scheinbarer Verteidigung und Erhaltung bestimmter Machtkonstellationen diese tatsächlich nachhaltig untergraben und neu gesetzt werden. In dem hier zu betrachtenden Raum betraf dies z.B. die Gewerkschaften, deren Rolle und Stellung sich in den letzten drei Jahrzehnten grundlegend geän-

dert hat.¹ Auf sie trifft zu, was der karthagische Feldherr Hannibal auf einem seiner erfolgreichen Feldzüge gegen Rom ausgerufen haben soll: »Noch so ein Sieg, und wir sind verloren.« Diese Illustration trifft die Eigenart transformatorischer Prozesse recht gut.

Der Staat war und ist in solchen Prozessen ein zentraler Akteur. Was bedeutet das aber?

Unter dem Gesichtspunkt der Transformationsforschung kann der Staat nicht als monolithische Einheit betrachtet werden. Der Begriff »Instrument der herrschenden Klasse« erschöpft die Rolle des Staates nicht. Obwohl dies auch in der linken Wissenschaft weitgehend so gesehen wird, ist diese Verkürzung immer noch oft handlungsleitendes Stereotyp. Seinen Klassencharakter erhält der Staat nicht durch ein unmittelbares instrumentelles Verhältnis zu dieser oder jener Klasse, sondern durch seine Einordnung in die Vielfalt von Machtverhältnissen überhaupt, durch seinen Platz bei der Realisierung und Reproduktion einer bestimmten qualitativen Ganzheitlichkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen.

Zentral dabei sind die Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Gestaltung des Lohnarbeitsverhältnisses. Beide unterliegen mit der Entwicklung des Kapitalismus wesentlichen Wandlungen, in die der Staat einbezogen ist und denen er gleichzeitig immer wieder stabile Rahmen schaffen muss. Die Eigentumsverhältnisse sind hier nicht als juristische Frage zu fassen, sondern in der Bedeutung von Monopolisierung der Aneignung von Mehrarbeit und gesellschaftlicher Produktivkraft.

Im Kern ist die bürgerliche Demokratie eine »Eigentümerge Demokratie«. Erst dann, wenn ich in der Gesellschaft meine Eigentümer-Eigenschaft² durchsetzen kann (und sei es als Eigentümer meiner Arbeitskraft), bin ich Staatsbürger, politische Kraft. Es zeigt sich aber auch, dass die Realisierung des Eigentums als Privateigentum mehr denn je Ge-

ellschaftlichkeit voraussetzt. Die skizzierte Entwicklung der Demokratie als Erweiterung des Kreises der Träger von Bürgerrechten war auch Ausdruck der Vergesellschaftung der Produktion, der Abhängigkeit der privatkapitalistischen Form der Aneignung von funktionierenden und stabilen gesellschaftlichen Beziehungen.

Der entscheidende Motor dieses Vergesellschaftungsprozesses war letztlich das Proletariat, das durch seine Existenz an sich das kapitalistische Privateigentum infrage stellte. Mit dessen Aufstieg bis in die 1960er, 1970er Jahre war die Fortentwicklung von Staatlichkeit und Demokratie untrennbar verbunden. Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Unternehmens- und betriebliche Mitbestimmung oder die Fixierung sozialer Rechte als Ausdruck der Entwicklung der Demokratie sind Beispiele dafür.

Der Staat war die Institution, die diese Entwicklungen vermittelte – entweder direkt über seinen Apparat oder durch die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Wirksamkeit von anderen Institutionen. Dies war nicht einfach Ergebnis politischer Opportunitätsüberlegungen; Demokratie ist unmittelbar ökonomisches Potenzial, ist Triebkraft der Entwicklung des Kapitalismus. *Ohne Demokratie mit allen ihren Widersprüchlichkeiten sind, so das Fazit der letzten 150 Jahre, nicht die Triebkräfte des Handelns von Menschen freizusetzen, die diese Wirtschafts- und Gesellschaftsform braucht.* Gleichzeitig erwies es sich als nötig, andere, »allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals« in die Regulierung durch das demokratische System einzubinden, wie etwa Umwelt und Information.

Agnoli fasste die widersprüchliche Funktion des Staates in diesem Sinne in der Umbruchsituation Anfang der 1970er Jahre so: »Der Staat setzt sowohl auf der einen Seite spezifische Klasseninteressen des Kapitals organisatorisch durch, und gleicht widerstrebende Interessen [...] aus [...] Auf der anderen Seite berücksichtigt der Staat, da seine besondere Form als eigenständige Existenz das Allgemeine ist, auch allgemeine Interessen und fasst daher gesellschaftliche Widersprüche zusammen. Nicht, dass er einen gegen das Kapital gerichteten gesellschaftlichen Auftrag dazu hätte [...] Vielmehr schließt gerade die Reproduktion derjenigen Bedingungen, die der Durchsetzung der Kapitalinteressen dient, notwendi-

¹ Eine gute Übersicht zu den Prozessen der 1990er und frühen 2000er Jahre auf der globalen Ebene findet sich bei Wahl 2011.

² Im Folgenden wird die männliche Form für Eigentümerinnen und Eigentümer, Bürgerinnen und Bürgern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw. benutzt.

gerweise die Berücksichtigung von Klassen ein, die in ihrer gesellschaftlichen Stellung [...] nicht auf der Kapitalseite stehen« (Agnoli 1975, S. 66f.).

Darüber hinaus gehend betrachtet Marx die Republik unter den Bedingungen des voll entfaltenen Kapitalverhältnisses als »politische Umwälzungsform«, nicht »konservative Lebensform« der bürgerlichen Gesellschaft (Marx 1982, S. 122). Der Staat wird zum Machtinstrument als Resultante der politisch-ökonomischen Macht der verschiedenen sozialen Kräfte wie auch der ihm selbst innewohnenden, in sich wiederum widersprüchlichen Eigeninteressen. Nur in dieser Bewegung kann er nachhaltig Macht vermitteln. Das Eigeninteresse wie auch die Interessenbalance in der Gesellschaft (die Bewegung der Interessen) schlägt sich in der jeweiligen Staatsform – Republik oder Monarchie in dem an dieser Stelle von Marx behandelten Kontext – nieder. Beide ziehen unterschiedliche Gestaltungen des Staatsapparates nach sich, sind also für die Interessenlagen der verschiedenen sozialen Gruppen nicht gleichgültig.

Aber nur die Republik als Synonym des bürgerlich-demokratischen politischen Systems verschafft dem Kapitalismus die erforderliche Bewegungsfähigkeit, Innovationen aufzunehmen und den damit entstehenden sozialen Widersprüchen Raum zu geben. Das schließt unterschiedliche Formen ein, in denen das »Privatinteresse« der Kapitalisten gelegentlich bzw. oft in Widerspruch zu dem eigenen Klasseninteresse treten kann und der Staat gegen bestimmte Kapitalfraktionen vorgeht – ohne dass damit der Staat neutral werden würde (ebenda, S. 183).

Die Gesellschaft liefert dem Staat den Stoff, die Gegenstände seines Handelns: »Jedes gemeinsame Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, allgemeines Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs« (ebenda, S. 197). Die Entfremdung im ökonomischen Sinne findet ihre Entsprechung in der politischen Entfremdung. Diese ist aber Voraussetzung für das Funktionieren der Eigentümergebietung. In dem Maße, in dem das

Klasseninteresse komplexer und das gesellschaftliche Gewicht anderer sozialer Gruppen größer wird, muss der Staat selbst beweglicher und »opportunistischer« werden.

Dies wiederum bedeutet Differenzierungen im Staat selbst. Die Verwandlung öffentlicher in staatliche Angelegenheiten zieht den Staat selbst in den Strudel der Veränderung. Er ist damit als Teil eines Vergesellschaftungsprozesses zu sehen, in dem er sich verändernd verändert. Die sozialen Auseinandersetzungen werden auch, mindestens potenziell, zu Auseinandersetzungen im Staatsapparat selbst (dazu ausführlicher z.B. Poulantzas 2002, S. 185ff.). Es ist anzumerken, dass sich Marx wie auch Poulantzas jeweils mit historisch-konkreten Staatsapparaten bzw. den in ihnen präsenten gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandergesetzt haben. Ihre staatstheoretischen Aussagen müssen immer auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. Schon dies verbietet eine unkritische Übertragung von Aussagen auf den gerade historisch gegebenen Staat.

Machtinstrument in diesem Sinne zu sein bedeutet, dass die Akteure und Subjekte in diesem Apparat auf eine bestimmte Art und Weise handeln. Sie handeln so oder so, abhängig von ihrer Einbindung in die Breite gesellschaftlicher Beziehungen. Ihre Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (hier in einem sehr breiten Sinne gefasst) ist, Träger des »verdichteten Kräfteverhältnisses«, von dem Poulantzas spricht (ebenda, S. 152), zu sein. Um dies sein zu können, muss der Staatsapparat tatsächlich das durch die Klassenverhältnisse geprägte öffentliche oder allgemeine Interesse erkennen und realisieren können, aber auch als solches akzeptieren. In diesem Prozess sind die Akteure und Subjekte der Apparate gezwungen, nicht nur politisch-repressiv zu handeln, sondern auch konsensorientiert. Sie müssen sich in dem Maße, in dem sich der Kreis der Funktionen und damit der konkreten Arbeitsaufgaben erweitert, technische und organisatorische Kompetenzen aneignen.

Diese Kompetenzen (oder auch ihr Fehlen) geben dem Staat gegenüber den anderen politischen Kräften ein anderes, ggf. auch wachsendes Gewicht. Auf jeden Fall bringen diese Prozesse eine potenziell wachsende Eigenständigkeit mit sich, die sich

allerdings heute von der Eigenständigkeit des Staates im 19. Jahrhundert unterscheidet. Die Eigenart, dass staatliche Entscheidungsprozesse an Gesetze und Verwaltungsvorschriften gebunden, die Verfahren also reglementiert sind, wirkt in dieser Dynamik retardierend. Im Allgemeinen erscheint das als Schwerfälligkeit und wird durchaus auch parteiübergreifend negativ interpretiert. Die kompetenz- und regelgetragene Schwerfälligkeit ist aber zugleich Voraussetzung für die notwendige Konsensbildung, für die Wahrung der »gesellschaftlichen Angelegenheit«.³ Der Staat ist in diesem Sinne tatsächlich »polymorph«, wie in den 1970er Jahren der sowjetische Staatstheoretiker Leonid Mamut recht anschaulich diese Vielschichtigkeit beschrieb (Mamut 1982).

Dieser Apparat, diese Regierungsmaschine als Ansammlung von lebendigen Personen ist das »Dasein des Staates«. (Marx 1975, S. 321) Marx folgt an dieser Stelle Hegel, der das Dasein als Qualität, als Realität fasst (Hegel 1951, S. 96–101). Das Dasein betrachtet Hegel als »Mitte«, als »Anderssein, die Entwicklung, die Entfaltung als solche, die sich dann wieder zusammennimmt in dem einfachen Keim« (Hegel 1966, S. 103). Das Dasein schließt in diesem Sinne die Realität, ihr Werden, auch ihre Negation, ihre Veränderung (und Überwindung) auf eigener Grundlage ein (vgl. dazu auch Friedrich 2010, S. 31 ff.).

Der Staatsapparat ist nach Marx also Institution des Werdens, der Entwicklung. Er ist produktiv. Als Dasein des Staates ist er empirisch-analytischer Ausgangs- und Endpunkt jeglicher staatstheoretischer Untersuchungen. Klassenkampf und Bewegung in parlamentarischen Formen bilden so keinesfalls einen Gegensatz, sie sind vielmehr Momente eines Entwicklungsprozesses. Entscheidend ist, in welchem Maße die Akteure diesen Entwicklungsweg erkennen

³ Darauf verweist auch Frantz Fanon bei der Würdigung der Wege der Konfliktlösung in afrikanischen Dorfgemeinschaften: »In den Dschemaas, den Dorfversammlungen Nord- und Westafrikas, will es die Tradition, dass die Konflikte, die in einem Dorf ausbrechen, öffentlich verhandelt werden. Selbstkritik vor der Gemeinschaft also, jedoch mit etwas Humor, weil jedermann entspannt ist und weil wir letztlich alle dasselbe wollen« (Fanon 1986, S. 186).

und wie sie dann handeln. Die entscheidende Frage ist: Wie verstehen sie es, das Werden des Staatsapparates zu nutzen, um politische Spielräume zu erringen?

Wie bereits oben angeführt, bedeutet Machtausübung durch den Staatsapparat Interessen zu vermitteln, nicht einfach sie linear, instrumentell umzusetzen. Dabei tritt der Staatsapparat in Wechselwirkung mit anderen Formen der Vermittlung, wie

- die Legislative, d.h. die verschiedenen Arten parlamentarischer Vertretung,
- die Sozialversicherungen sowie
- verschiedene weitere Formen, wie etwa Praxen direkter Demokratie, kulturelle Praxis und die Medien.

Sie alle sind in die Machtverhältnisse eingebunden, besitzen aber als Teile des politischen Systems gleichzeitig jeweils ein eigenes Interesse und ein eigenes politisches Gewicht. Von Interesse ist hier vor allem, dass der Staatsapparat den Willen des Gesetzgebers (Legislative, Parlament) nicht einfach ausführt, sondern erst einmal interpretiert und in der von den dort Tätigen interpretierten Weise durchsetzt. Im Staatsapparat muss ein Suchprozess verlaufen, soll er Macht sichern. Oder: Der Staatsapparat ist Institutionalisierung eines Suchprozesses. Betrachten wir aber erst einmal die konkreten Formen der Vermittlung zwischen dem politischen Willen und dem politischen Handeln durch Staatsapparat und öffentlichen Dienst.

1. Die Umsetzung des bekundeten politischen Willens der Parlamente in Rechtsakte, hier vor allem die Erarbeitung von Gesetzen (dieser Schritt ist in bestimmten Fällen bereits privatisiert, aber auch in diesem Falle von den Verwaltungen durch die Art und Weise der Auftragsvergabe und den Umgang mit dem Ergebnis maßgeblich gestaltet) – also die »Verallgemeinerung der Interessen«;
2. Umsetzung von Gesetzen in Regeln und Verfahren;
3. Durchsetzung dieses Handelns unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen, letztlich auch Formen physischen Zwangs;
4. Aktive Auslegung von Gesetzen und Verordnungen entsprechend ideologischer und kultureller Prämissen durch die einzelnen Beschäftigten bzw. Beschäftigtengruppen in ihrem Handeln in

unmittelbarer Interaktion mit konkreten Personen und Personengruppen.

Tatsächlich können die so gefundenen Verfahren mehr oder weniger dem politischen Willen des Gesetzgebers entsprechen, sie können mehr oder weniger transparent sein, sie können mehr oder weniger zugänglich für Formen demokratischer Mitwirkung sein. Verfahren können auch so gestaltet werden, dass sie letztlich dem Willen des Gesetzgebers widersprechen, wenn der nicht eindeutig formuliert wurde, ideologische Instrumente der Formierung der Exekutive fehlen oder diese in sich geschlossen gegen den Gesetzgeber und ggf. auch gegen maßgebliche Teile der herrschenden Schicht bzw. der Gesellschaft zu handeln bereit ist. Ein Militärputsch ist etwa eine derartig extreme Situation.

In welchem Maße und in welcher Art also die Umsetzung bzw. in welche Richtung die Interpretation des politischen Willens des Gesetzgebers erfolgt, ist erst einmal eine Frage, die von vielen Faktoren abhängt und die durch die Eigenarten des Staatsapparates bzw. des öffentlichen Dienstes selbst bestimmt wird. In dem Maße, in dem die Ausübung von staatlichen Funktionen selbst arbeitsteilige Spezialisierung erfährt, gleicht sich die Situation des Beschäftigten dort der Lage in der privaten Wirtschaft an. In dem Maße, in dem der Staat selbst Leistungen im klassischen Sinne produziert, wird das Feld der Vermittlungen breiter – etwa in Unternehmen im Besitz oder unter Beteiligung des Staates. Der Staatsapparat als solcher ist nur noch für einen Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes alleiniger Punkt der Identifikation. Der Sachverhalt der Machtausübung wird weniger sichtbar. Wie kann man etwa das Interesse der Beschäftigten der Sparkassen, der Stadtwerke, von öffentlichen Banken, von Kindergärten oder gar von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, beschreiben? Wie die Interessen der Beschäftigten bei Sozialversicherungen und bei der Bundesagentur für Arbeit, die quasi-staatliche Funktionen wahrnehmen?

Wenn man von dem Fall der Sozialversicherung absieht,⁴ ist festzuhalten, dass mit dem

⁴ Deren Bedeutung wird durch die Quasi-Verstaatlichung, d.h. die Einschränkung einer über die unmittelbar und eng ausgelegten ge-

wachsenden Stellenwert der »allgemeinen Reproduktionsbedingungen« die Rolle der übrigen beschriebenen Bereiche staatlichen Handelns eher steigt. Wohlgemerkt – ihre Bedeutung für die Vermittlung politischen Willens steigt, ihre Bedeutung für die Strukturierung von Machtverhältnissen. Dies bedeutet nicht, dass diese Vermittlung unter den heutigen Bedingungen unbedingt an die staatliche Form gebunden ist.⁵

Auseinandersetzung mit und um den Staat bedeutet immer Auseinandersetzung mit seinen und um seine Angestellten. Um den Übergang vom Verständnis des Staates als Ausdruck von Klassenverhältnissen hin zum Verständnis des »Daseins«, der Wirklichkeit des Staates zu vollziehen, ist zu klären, was das Handeln der Angestellten des Staates bestimmt. Oder: Wie erfolgt die Vermittlung zwischen den Interessen einer bestimmten Schicht der Gesellschaft in das Handeln der staatliche Befugnisse Ausübenden? Dazu muss verstanden werden, wie die Interpretation des Willens der Machtbesitzenden und der Legislative durch den Öffentlichen Dienst erfolgt.

Marx charakterisiert als Voraussetzung von Herrschaft die »Aneignung fremden Willens« (Marx 1974, S. 400). Wie vollzieht sich der Prozess, in dem aus dem Kapital-

setzlichen Verpflichtungen hinaus, derzeit aktiv herabgedrückt.

⁵ Soweit man den Staat als Vermittlung ablehnt, stellt sich die Frage, ob die Gesellschaft selbst derartige Potenziale der Selbstorganisation besitzt, die Staatlichkeit überflüssig macht. Ist eine repräsentative und/oder direkte Demokratie ohne Staatlichkeit möglich? Dies wird aber wiederum von den konkreten Machtverhältnissen, von der Fähigkeit der einen oder anderen gesellschaftlichen Gruppierung, ihre Interessen mit Gewaltmitteln außerhalb der staatlichen Form durchzusetzen, bestimmt. Die staatliche Form des Politischen ist erschöpft, wenn etwa Gewalt generell gesellschaftlich nicht akzeptiert wird, wenn sie undenkbar und unausübbar ist. Auf diese Hoffnung gründen sich etwa die Visionen von Tolstoi, letztlich auch das Widerstandskonzept von Gandhi. (Dazu auch Engels über die Gewalt und ihre Rolle in der Geschichte.) Die Problemstellung, die durch Tarnow 1931 formuliert wurde, (das »Arzt-am-Krankenbett-Dilemma«) ist noch nicht geklärt – aber über das Hegemoniekonzept Gramscis erklärbar oder wenigstens beschreibbar. Auch Poulantzas oszilliert letztlich um diese Frage.

verhältnis heraus der Willen der Staatsangestellten »angeeignet« wird und diese in die Lage kommen, als Realisierende öffentlicher Gewalt den Willen anderer Menschen anzueignen? In den Diskussionen zum Staat ist dieser Aspekt wenig entwickelt. Mit den Überlegungen Wilhelm Reichs zur Rolle der Traditionen wie auch der damit verbundenen Psychologie, denen Gramscis zur Hegemonie oder Althusser zur Ausdifferenzierung des Staatsapparates und zur Rolle vor allem der ideologischen Staatsapparate sind für das Verständnis dieses vielschichtigen »Aneignungsprozesses« wichtige Ansatzpunkte gegeben, die im Rahmen von Transformationsforschung weiter auszubauen wären. Reich stellte die Frage nach den Ursachen des Auseinanderfallens von Klassenlage und Handeln der Arbeiter am Vorabend des Faschismus (eine Frage, die sinngemäß für die lohnabhängigen Beschäftigten des Staatsapparates auch heute noch gültig ist) (Reich 1997, S. 40f.).

Althusser geht richtigerweise vom Gesamtkontext der Reproduktion des Kapitalverhältnisses aus, umgeht aber ähnlich wie viele andere Autoren die Frage der Pole, der konkreten Träger derselben (Althusser 2012). Wie stellt sich die Hegemonieproduktion IN diesem und FÜR den hier betrachteten Bereich konkret dar? In den Debatten zwischen und um Althusser, Poulantzas, Miliband und Gramsci wird deutlich, dass genau hier das entscheidende methodische Problem linker Staatstheorie zu liegen scheint – in der Frage, wie strukturelle Gegebenheiten, gesellschaftliche Beziehungen sich in Handeln konkreter Personen und damit Gesellschaftsveränderung umsetzen – und wie das zu erklären ist, ohne in platten Determinismus zu verfallen (vgl. zu dieser Diskussion Bretthauer et al. 2006). Diese Erklärung und konkret-politische Adressierung ist aber entscheidend, wenn Theorie mehr sein soll als Kontemplation oder allgemeine Anklage der Verhältnisse. Die Rezeption linker staatstheoretischer Vorstellungen in den Bewegungen wie auch in der parlamentarischen Praxis läuft gegenwärtig immer noch auf die beiden Pole Opportunismus (eigentlich geht alles, wenn man nur »richtig« arbeitet) und fatalistischer Determinismus (es geht mit dem Staat nichts, solange Kapitalismus ist) hinaus. Dies deutet auf ein prinzipielles Defizit in der Produktion, nicht in erster Linie bei der Verbreitung linker staatstheoretischen

Wissens hin. Was selbst in demokratischsten Entscheidungsprozessen (übrigens egal in welcher bisher absehbaren Gesellschaft) als Willen ermittelt wird, muss irgendwie in Handeln umgesetzt werden. Menschen müssen Entscheidungen, an denen sie vielleicht gar nicht beteiligt waren, umsetzen. Das öffentliche Unternehmen X soll das und das tun, die Verwaltung soll diese oder jene Formen sozialer Absicherung durchsetzen, es sollen Arbeitsplätze oder Räume für kulturelle Betätigung geschaffen werden usw. Auch demokratischste Entscheidungswege schließen Interessenkollisionen nicht aus, es müssen also auch Entscheidungen gegen diese oder jene Gruppen oder Individuen durchgesetzt werden. Auch deliberative, direkte Demokratie ist keine Idylle. Alle Einstiegsprojekte und Alternativen werden, fassen wir sie als transformatorische Projekte aus dem Heute heraus, staatliches Handeln voraussetzen. Der Kampf um den Staat ist keine Frage der Diktatur des Proletariats (allein), sondern eine Tagesaufgabe. Die Linke braucht den Staat und damit seine Beschäftigten, wie das Proletariat ihn brauchte und braucht. Auch heute gilt nach wie vor die Feststellung von Marx: »Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen« (Marx 1962a, S. 320).

Staatliches Handeln ist unter den gegebenen Umständen ein entscheidender Filter für alle, auch linken Projekte – wenn die Verwaltung sie nicht umsetzt bzw. ihr Umsetzen nicht unterstützt oder sie gar verhindert, sterben sie. Nun könnte man sagen: Dann zwingen wir die Verwaltungsmitarbeiter – gut, aber auch das setzt Handeln konkreter Menschen voraus. Man kann sagen, wir wechseln die Verwaltung aus – aber auch dazu bedarf es Mehrheiten und Menschen, die dies können und wollen. Und selbst dann, wenn man die Mehrheiten und die Menschen hat, heißt das noch lange nicht, dass dieses Ersetzen zu anderen Verhaltensweisen führt. Man könnte auch auf die Idee kommen, die Sache durch Gewalt zu lösen, etwa im Sinne des Kriegskommunismus in Sowjetrußland. Auch dann, wenn man hinter jeden Verwaltungs-

angestellten einen Menschen mit Maschinenpistole als Zwangsmittel stellen würde? Dies ist keinesfalls eine hergeholte Vision. Begriffe wie »Sicherheitsverwahrung«, »Aburteilung« und »Liquidation« begegnen uns verstärkt, wenn von Perspektiven eines Machtwechsels die Rede ist – selbst in einer harmlosen Sache wie einer Umfrage zur ökonomischen Alphabetisierung kam das vor, auch gab es einen Projektantrag an die Stiftung, der Varianten eines Machtwechsels auf dieser Grundlage bearbeiten sollte. Žižek und Badiou (Žižek 2011, S. 99ff.) wurden schon angesprochen – ihre Macht- und Gewaltphantasien sind nicht weit davon entfernt und finden breiten Beifall. Das läuft, soweit hier Transformationsgesichtspunkte überhaupt eine Rolle spielen, auf Transformation durch Angst hinaus – und das auf die Reproduktion stalinistischer Machtstrukturen. Aber das ist ein anderes Thema. Generell wird aber durch die Verlagerung des erwarteten Handelns auf eine immer neue Ebene oder einen immer neuen Akteurskreis das Problem des Verständnisses der Vermittlungen nicht gelöst.

Die Frage nach der Notwendigkeit derartiger Vermittlungen ist einer der wesentlichen Bruchpunkte in der Arbeiterbewegung. Der Anarchismus leugnet die Notwendigkeit einer Vermittlung in staatlicher Form (vgl. z.B. Stowasser 2007, S. 35ff.). Er erkennt durchaus berechtigt die Gefahr der Verselbständigung von Führungsgruppen auch in der Arbeiterbewegung und damit die Möglichkeit einer gegen die eigene Klasse gerichteten Herrschaft in der Diktatur des Proletariats. Daher sei der Staat grundsätzlich, auch in Übergangssituationen, abzulehnen. Diese Ablehnung erstreckte sich auch auf die Frage des Agierens der Arbeiterbewegung im Staat und in der Bewertung der Veränderungsfähigkeit des Staates im Rahmen seiner Grundqualität als bürgerlicher Staat. Mit der Betonung dieses Punktes traten Bakunin und andere in direkte Konfrontation zur Marx'schen Richtung in der IAA (I. Internationale). Die Kontroverse wurde erbittert geführt und spitzte sich in Behauptungen zu, wie sie Kropotkin um 1900 formulierte: Die IAA habe nach der Niederlage der Kommune den direkten Kampf der Arbeit gegen das Kapital durch die Agitation in den bürgerlichen Parlamenten ersetzt (Kropotkin 1997, S. 88). In dieser anhaltenden theoretischen wie praktischen Kontroverse, die dazumal einen wesentli-

chen Beitrag zur Auflösung der IAA leistete, fehlt allerdings bisher der Nachweis der Möglichkeit der von den Anarchisten behaupteten Unmittelbarkeit. Dies umso mehr, als dass es eine tatsächlich konsistente theoretische Widerlegung der Marx'schen Kritik an Bakunin bis heute nicht gibt. Genauso fehlt aber auch der Nachweis der Überwindbarkeit der von Bakunin angeführten und ernst zu nehmenden Einwände gegen die Konzepte der Einbindung parlamentarischer Formen in den politischen Kampf sowie der Diktatur des Proletariats. Marx verweist in seinem Konspekt zu Bakunins Buch »Staatlichkeit und Anarchie« (Marx 1962b) zwar auf die gegenseitige Bedingtheit von ökonomischen und politischen Formen, mithin auch auf die Veränderung der Handlungsfähigkeit und Handlungsweise des Proletariats, entwickelt dies aber nicht zu einer geschlossenen Konzeption. Das Thema wird später von Rosa Luxemburg wieder aufgegriffen, die sich mit dem engen Zusammenhang von Lernen und Politik sowohl politisch-konzeptionell wie auch praktisch auseinandersetzt.⁶ Den Staat in seiner Widersprüchlichkeit konsequent als »Lerngelegenheit« zu verstehen öffnet einen Weg, die verschiedenen Phasen und die verschiedenen Ebenen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in Bezug auf den Staat tiefergehend zu verstehen. In diesen Lernprozessen manifestiert sich das Transformatorische. Mit Bezug auf den Staat bietet die Analyse der Lernprozesse der Beschäftigten durchaus Ansatzpunkte auch für das Verständnis der Differenziertheit und inneren Dynamik des Staatsapparates.

Aus den verschiedenartigen Bindungen, personelle Verflechtungen, Ideologie, Kultur, Korruption, Lobbyismus, Recht, die Gestaltung von Entscheidungsprozessen, parlamentarische Praktiken, Bildungswege und Bildungsinhalte werden wir nur einige berücksichtigen können, die gerade für die Transformation des Staates und die transformierenden Wirkungen staatlichen Handelns von spezifischer Bedeutung sein dürften. Wir müssen uns also so oder so damit beschäftigen, was Staat heute konkret als Prozess der Machtausübung durch konkrete Menschen ist. Wer sind die Menschen, die

⁶ Zu den verschiedenen Facetten ihres Erkenntnisprozesses vgl. (Brie/Haug 2011).

unsere transformatorischen Vorstellungen, so sie die Transformation im Kapitalismus betreffen, umsetzen müssten.

Betrachten wir also den Staat, wie er derzeit ist, unter dem Gesichtspunkt der handelnden Personen und der Institutionen, in denen sie handeln. Die Aufgabe sozialistischer Transformationsforschung würde hier darin bestehen zu ergründen, in welchen Widersprüchen das Handeln der Verwaltungsangestellten sich bewegt und wo dementsprechend Ansatzpunkte für Bündnisse und für das Aufbrechen von antiemanzipatorischen Handlungsmustern liegen.

Der Neoliberalismus schafft sich in der Krise seine eigene staatliche Basis

Agnoli konstatierte im Zusammenhang mit den Umbruchprozessen Ende der 1960er Jahre: »In dieser Zeit bewährt sich die parlamentarisch-demokratische Form der Ausübung staatlicher Gewalt – und das ist: die politische Kopplung der widerstreitenden Pole im Verfassungsstaat – nur, wenn ungeachtet der Fortführung formaler Verfassungen neue institutionelle, ideologische und technische Steuerungsmittel gefunden werden [...] Wo dem nicht so ist, gerät der Verfassungsstaat in den Sog der Demokratisierung und kann bürgerliche Macht und Freiheit, bürgerliche Kultur, Ordnung und Sittlichkeit nicht mehr garantieren« (Agnoli 1968, S. 9). Sinngemäß trifft dies auf die heutige Situation auch zu.

Im Verlaufe der Krise 2007 bis 2012 treffen vier Prozesse aufeinander, die den angeführten Suchprozess in den letzten Jahren bestimmten und weiter bestimmen.

Dies ist *erstens* der seit den 1990er Jahren forciert betriebene Umbau des Staates und seine Anpassung an die neuen Machtkonstellationen, die mit Begriffen wie neoliberale Offensive, Entstaatlichung, Staatsaufgabenkritik oder Globalisierung beschrieben werden. Dieser Umbau des Staates war verbunden mit ideologischen Erwägungen zur sinkenden Bedeutung des Staates (bei Ausbau seiner repressiven Funktionen) auf der einen und einer starken Betonung bürgerschaftlichen Engagements als Korrektiv, Surrogat und Ergänzung staatlichen Handelns auf der anderen Seite. Es geht nicht mehr einfach um Hinnahme des Bestehenden, sondern in hohem Maße um aktive Akzeptanz, Mitgestaltung der eigenen Begrenzung. Dies betrifft auch den Versuch,

die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes in die Reformprozesse zu integrieren. Im Zuge dieser Prozesse wurde versucht, das Bild des Staatsangestellten grundlegend zu ändern und es scheinbar der hoheitlichen, machtausübenden Komponente zu entkleiden. An die Stelle des machtverkörpernden Angestellten sollte der Anbieter einer Leistung stehen, dem der Bürger als Kunde selbstbewusst entgegentreten können sollte.

Mit der Privatisierung öffentlicher Leistungen wurde aber gleichzeitig der Abzug von Kompetenz organisiert und durch eine unternehmensorientierte Beschleunigung von Verwaltungsprozessen der Raum für Konsensbildung verengt.

In diesem Punkt ist weiter zu berücksichtigen, dass mit der Installierung der Währungsunion, mit den Verträgen von Maastricht und dann Lissabon ein Prozess der »EUisierung« des Staates begonnen hat, der in der Krise stabilisiert und intensiviert wurde und nun mit dem Fiskalpakt einem neuen Höhepunkt zustrebt.

Zweitens sind wir mit dem Umbau des Sozialstaates mit den als neue Antwort auf eine neue Soziale Frage verbundenen Verschiebungen in der Ausformung des Kapital- bzw. Lohnverhältnisses konfrontiert. Zentral dabei waren und sind die Konstituierung des Prekariats als neuer sozialer Schicht, die offene und verdeckte Privatisierung und die Finanzialisierung und Kommerzialisierung (Unterlaufen der Selbstverwaltung) sowie die Hyperprofessionalisierung als zentrale Elemente des Umbaus.

Die »Hartz-Reformen« (nicht nur Hartz IV) bilden den Dreh- und Angelpunkt auch in der Umformung des Staatsapparates. Durch diese Gesetze wurde nicht nur ein neues Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit fixiert, sondern auch die Stellung der Lohnabhängigen zum Staatsapparat neu bestimmt. Die Beseitigung aller Elemente der Selbstverwaltung und die Fixierung der Arbeitsmarktpolitik auf offenen Zwang, die Schließung aller noch so kleinen Freiräume, die in den alten Systemen vorhanden waren, verwandeln diesen Bereich des Sozialstaates in einen Sanktionsmechanismus, der Kontrolle und Bestrafung in den Mittelpunkt rückt. Die Beschäftigten als selbst Lohnabhängige in diesem Bereich werden wieder enger an die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols, wenn auch unter dem

Deckmantel der »Kundenorientierung« geführt. In nicht wenigen Fällen ist strittig, inwieweit Menschenrechte in diesem Umbauprozess gewahrt bleiben. Die Auseinandersetzungen um die Höhe der Regelsätze, um Praktiken des Entzugs oder des Vorenthaltens von Leistungen usw. zeigen, dass durch die Gesetzgebung und die Verwaltungspraxis die Grenzen des in der bürgerlichen Demokratie Zumutbaren immer weiter hinausgeschoben werden. Zentral dabei ist, dass die Rechtsnormen wie auch das Verwaltungshandeln in diesem Bereich verfassungsrechtlich gleichermaßen fragwürdig sind. In einer Expertise für die Bundestagsfraktion DIE LINKE. kommt der Autor zu folgender Einschätzung: »Als Ergebnis existiert deshalb bis auf die Ebene der Landessozialgerichte eine Vielzahl von sich widersprechenden Entscheidungen. Die Bundesagentur für Arbeit arbeitet gerichtliche Entscheidungen oft erst nach Bundessozialgerichtsurteilen in die Dienstanweisungen ein. Die Jobcenter ändern daher ihre vom fiskalischen Interesse geleitete Vorgehensweise meist erst bei Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes. Es kommt aber nur ein Teil der Probleme – wegen der meist verfassungskonformen Auslegung der Normen – durch die unteren Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit bis zum Bundessozialgericht. Die Folge ist, dass das Verfassungsrecht in der Verwaltungspraxis bei der Auslegung oft unbeachtet bleibt. Um ihre verfassungsmäßigen Rechte durchzusetzen, muss die Leistungsbezieherin Widerspruch einlegen und oft die Justiz zu Hilfe nehmen« (Mundt 2009, S. 5). Erdem/Nešković sprechen von Verfassungsbruch als ständiger Praxis der Jobcenter. (Erdem/Nešković 2012, S. 1) Auf die Rolle der »vom fiskalischen Interesse geleiteten Vorgehensweise« wird weiter unten zurückzukommen sein.

Jüngstes Beispiel dafür ist der Umgang mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zum Schutz von Whistleblowern (»Meinungsfreiheit vor Loyalität« 2012). Die deutschen Gerichte stellten in dem konkreten Fall die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber über den Schutz der Pflegebedürftigen und die Meinungsfreiheit der Beschäftigten. Erst durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurde diese Praxis gerügt. Der zuständige Richter deutete nach Darstellung der *Financial Times Deutschland* an,

dem Urteil »nicht eins zu eins« folgen zu wollen. Es heißt dort weiter: »Zwar haben sich die 20 größten Industrienationen (G20) 2010 darauf geeinigt, bis Ende dieses Jahres gesetzliche Vorschriften zum Whistleblower-Schutz einzuführen. In der Bundesregierung nimmt man es mit der Frist aber nicht so furchtbar genau.«

Ideologisch wird dies mit der Reanimierung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft verbunden, also auch einer Orientierung auf paternalistische, letztlich vormoderne Gesellschafts- und Staatsvorstellungen (jüngst z.B. in Fuchs and Möller 2012).

Drittens ist hier die schleichende Untermi- nierung demokratischer Rechte im Zuge des »Krieges gegen den Terror«, der Privatisierung von Sicherheitsaufgaben und der Migrationsabwehr zu nennen. Die Parallelität zwischen dem Ausbau der repressiven Seite des Sozialstaates und der Perfektionierung der klassischen Repressionsmechanismen (wie auch ihrer teilweisen Privatisierung) hat seit Anfang der 2000er Jahre, schon vor den Anschlägen 9/11 an Dynamik gewonnen. Es sind zwei Seiten derselben Medaille. Nicht erst in diesem Zusammenhang ist Innenpolitik zu einem guten Teil zum Spiel mit Ängsten, die auf nicht nachprüf- baren Behauptungen beruht, geworden. »Konservativer Gesellschaftspolitik geht es [...] um die Kontrollierbarkeit der Bevölkerung, um die verschärfte Kontrolle von Außenseitern und Querdenkern. Daher muss eine demokratische Politik die Instrumentierung von Ängsten abwehren und Aufklärung im besten Sinne des Wortes leisten« (Korte 2010, S. 79).

Kutscha hebt hervor, dass es im Unterschied zu anderen Ländern auf der Ebene der Verfassung nach dem 11. September 2001 keine Eingriffe in den Text der Grundrechte gegeben habe. Er verweist darauf, dass gravierende Einschnitte bereits früher erfolgten und nennt insbesondere: die Wehrverfassung 1956, die Notstandsverordnung 1968, die fast vollständige Aufhebung des Asylgrundrechts 1993 und die Verankerung des Lauschangriffs auf Wohnungen 1998. Er fährt fort: »Unterhalb der Ebene der Verfassung aber reagierte der deutsche Gesetzgeber [...] geradezu mit einer Flut gesetzlicher Bestimmungen mit grundrechtsbeschränkender Wirkung« (Kutscha 2011, S. 16). Tatsächlich markieren die von Kutscha angeführten »histori-

schen« Maßnahmen das Feld, in dem gegenwärtig das Handeln des Staatsapparates aus Sicht der Bürger- und Menschenrechte neue Qualitäten von Repression aufweist: Die Migrationspolitik, die Sicherheitspolitik im engeren Sinne, der Umgang mit personenbezogenen Daten und die Modi der Ausübung von militärischer, polizeilicher und geheimdienstlicher Gewalt. Kutscha hebt unter diesen besonders die »Eingriffsbefugnisse informationeller Art« hervor (Kutscha 2011, S. 17). Tatsächlich bilden diese ein Zentrum der Veränderungen. Sie bieten im Unterschied zu direkten Eingriffen – etwa offene Einschränkungen des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes usw. den Vorteil, unmerklich in die Gesellschaft einzusickern; auch im Verein mit den angeführten Entwicklungen im Bereich des Sozialen. Die Diffusität der Bedrohung der »inneren Sicherheit« bzw. der Bedrohungsvermutung und die damit verbundenen Zuschreibungen an »Andere« sind zwar geeignet, Solidarität zu lähmen, konterkarieren aber in dem gleichen Maße alle Versuche der Inkorporation durch »bürgerschaftliches Engagement«. Die extensive Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe spiegelt die in Teilen der Exekutive vorhandene Tendenz zu unbeschränkter Herrschaft wider. Dies wurde besonders deutlich in den Auseinandersetzungen um die Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden (Redaktion 2011). Bemerkenswert ist weiterhin, dass hier, wie auch bei den Bereichen Migrationsabwehr, Abschiebepaxis oder FRONTEX alle Komponenten des »neuen Angstregimes« aktiviert werden. Dies wird nicht zuletzt auch in der Schengenreform deutlich, wo die Unklarheit der Gründe für die möglichen Beschränkungen der innergemeinschaftlichen Mobilität, die schwebende Gefahrenvermutung, der Exekutive ein Interpretationsmonopol verschafft (FTD 2012). Insoweit diese Herangehensweisen die Interpretation der Sicherheitsstrategie der EU ist (Kommission 2010), erhalten die Elemente dieser Strategie eine außerordentliche Brisanz für die Substanz der bürgerlichen Demokratie. Ähnliches gilt für die gegenseitige Durchdringung der zivilen und militärischen Nutzung von EU-geförderten Forschungsprojekten. Das betrifft z.B. den datenschutzrechtlich sensiblen Bereich der Fernerkundung für den hier zu diskutierenden Problembereich von Bedeutung (Monroy 2011).

Für die transformatorische Dimension ist festzuhalten, dass das Zusammenspiel einer untergründigen Stärkung von Teilen der Exekutive (auch gegen die Legislative) und die Installierung eines neuen »Angstregimes« (Brangsch 2007) die Interaktion zwischen Bürgern und Staatsangestellten wie auch die jeweiligen inneren Beziehungen beider Gruppen (so sie als solche zu betrachten sind) verändert.⁷ Für den oben angesprochenen »Suchprozess« bedeutet das wenigstens zweierlei: auf der einen Seite eine Bruchlinie innerhalb des Staatsapparates selbst, auf der anderen Seite eine dauerhafte Fundierung der Machtasymmetrie nicht nur im Verhältnis Staat-Bürgern (im Sinne Staatsangestellte-Nichtstaatsangestellte), sondern auch ganz speziell Legislative-Staat. Diese mit technischen Mitteln (teilweise im Rahmen der ganz normalen Verwaltungsmodernisierung eingeführt) und rechtlichen Regelungen unterhalb der Verfassungsebene fundierte Asymmetrie kann aber auf längere Sicht prägend für den Charakter und das Selbstverständnis des Staatsapparats als eigenständiger Machtfaktor werden. Insoweit sich dies wiederum mit der Privatisierung von Verwaltungsaufgaben dann überlagert, wird die Tendenz der Oligarchisierung auch in einer so technisch basierten Verschmelzung von Staatsapparat und Privatwirtschaft sichtbar.

Viertens schließlich sind dies die vor allem aus pragmatischen Gründen getroffenen Entscheidungen zur Eindämmung der Krisen und zur Beherrschung ihrer sozialen bzw. politischen Folgen.

In diesem Zusammenhang ist die Vorgeschichte der Krise, insbesondere der Umbau der Finanzmarktregulierung als konstituierend zu berücksichtigen.

Im Ergebnis einer Kurzstudie zu den seit 1990 auf dem genannten Gebiet erlassenen Rechtsakte und den Debatten um diese hebt Steinborn folgende Momente hervor:

»– Standortförderung ist das bestimmende Thema in den Debatten, gestritten wird höchstens über das Wie, nicht ob Standortförderung eigentlich ein sinnvolles Ziel ist. Außerdem ist die vergleichsweise niedrige Eigenkapitalausstattung deutscher Unter-

⁷ Das gilt letztlich auch für den Übergang der Bundeswehr in eine Berufarmee.

nehmen immer wieder Grund zur Sorge und soll mittels Belebung der Aktien- und Unternehmensbeteiligungsmärkte gefördert werden.

- Insofern ist die Bereitstellung möglichst guter Bedingungen für Investoren immer schon als Bedingung von Wirtschaftswachstum in der internationalen Konkurrenz gedacht. Nachdem in den 1990er Jahren erfolgreich die Finanzmärkte in Schwung gebracht wurden, rückt dann der Anleger-schutz stärker ins Zentrum; allerdings weiterhin unter der Prämisse, dadurch ein attraktiver Standort für Kapitalinvestoren sein zu wollen.

- Eine Bereitschaft, sich auf strengere Regeln für Finanzmärkte einzulassen, ist zum Teil erkennbar, soll aber nur EU-weit oder international abgestimmt erfolgen, um keinen Nachteil für den eigenen Standort darzustellen. Auf dem Weg der Umsetzung von EU-Richtlinien werden diese Liberalisierungen dann in deutsches Recht umgesetzt, sind z.T. aber auch erst auf deutsche Initiative in Brüssel zustande gekommen.

- Die sich z.T. bemerkbar machende Tendenz, Regelungen unter Ausschluss oder nur formaler Beteiligung des Parlaments zu treffen, scheint mir im Widerspruch der öffentlichen Regelung privater Eigentümerinteressen begründet. Das Privateigentum und der Markt zwischen Finanzmarktakteuren sollen erhalten und geschützt werden, eine staatliche Beaufsichtigung soll aber im Interesse der Systemstabilität erfolgen. Da viele zu einer effektiven Aufsicht notwendigen Informationen in hohem Maße Eigentümerinteressen tangieren und bei öffentlichem Bekanntwerden marktbeeinflussend wirken würden, werden sie unter Verschluss gehalten und die damit verbundenen Vorgänge so einer parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen. Da es in den letzten Jahren und besonders im Zuge der Krise eine größere Eingriffsbereitschaft seitens des Staates gab, tritt auch diese Problematik verstärkt in den Vordergrund« (Steinborn 2009).

Diese Veränderung des rechtlichen Regulierungsgefüges gab z.T. schon bestehenden Akteuren – Hedgefonds, Private-Equity-Unternehmen, Ratingagenturen sowie Fonds als Trägern bzw. Derivaten als Vermittlern von Interessen – eine neue Rolle. In ihnen realisiert sich heute kapitalistisches

Eigentum – sie bilden die Grundlage der neuen Qualität der »Eigentümerge-demokratie«. Sie wurden aber nicht nur durch den Staat ermöglicht, sie sind eine Symbiose mit der Staatlichkeit eingegangen. Dabei bilden die auf Permanenz gestellte Finanzierung der Staatshaushalte über Verschuldung sowie die Privatisierung staatlicher Funktionen die eine Seite. Die institutionelle Fundierung ist eine andere. Mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (auch unter dem Namen »Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung« – SoFFin – handelnd) wurde eine Struktur geschaffen, die regulierend, sichernd und vollziehend in die Eigentumsstrukturen eingreift. Hier wurden Milliarden Euro außerhalb demokratischer Kontrolle vergeben. Da die Aufsicht durch das Parlament über das »Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds« mit einer Schweigepflicht der delegierten Mitglieder des Bundestages verbunden, somit Öffentlichkeit nicht gegeben ist, kann man hier nicht von einem demokratischen Prozess sprechen. Dies wurde auch in Teilen der Unternehmerschaft und der Medien zunehmend kritisch reflektiert (FTD 2009a, S.11) und (FTD 2009b, S.23) . Immerhin war SoFFin eine Einrichtung, die mit einem Lenkungsanspruch in die Wirtschaft hinein ausgestattet war. Die Aufgaben von SoFFin sind nunmehr ausgelaufen. Dafür werden die Aufgaben der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung als Organ des Bundesfinanzministeriums erweitert. Das Ministerium charakterisierte die Aufgaben so:

»Sie wird nicht nur mit der Verwaltung des neuen Restrukturierungsfonds betraut, sondern wird auch die Verantwortung für die Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen im Bankensektor übernehmen, wenn die Instrumente aus dem Restrukturierungsgesetz angewendet werden. Neben diesen neuen Aufgaben führt die FMSA die bestehenden Stabilisierungsmaßnahmen weiter« (BMF 2010).

Daneben trat der Stabilitätsrat, der die Haushaltspolitik von Bund und Ländern überwachen soll (Bundesgesetzblatt 2009: 2702ff.). Als zentrales Kontrollorgan ist der Stabilitätsrat nun ausschließlich in der Hand der Exekutive. Faktisch ist er ein Planungsorgan ohne Sanktionsmöglichkeiten und »wertfrei« nur an Zahlen orientiert. Und hier liegt das grundlegende Problem. Es wird eine Inkonsistenz von Politik konstituiert, da

wesentliche Akteure schon auf der exekutiven Ebene ausgeschlossen bleiben – z.B. Umwelt und Soziales. Letzteres ist besonders fatal, da über das Soziale ja auch Umverteilungsprozesse laufen, die das Geld der Beitragszahler betreffen.

Mit dem Übergang von der Wirtschaftskrise in eine Krise der Staatsfinanzen vor allem ab 2009 erfolgte eine weitere Modifikation wesentlicher Entwicklungsbedingungen der verschiedenen gesellschaftlichen Beziehungen und Kräfte. Die vereinbarten Wege der Haushaltskonsolidierung und ihrer Überwachung greifen tief und offensichtlich in den Kern bürgerlicher Staatlichkeit, die Haushaltspolitik, ein. Der Konsolidierungszwang hat den Gläubigern scheinbar paradoxerweise eine völlig neue Machtposition eingeräumt. Selbst bei erfolgreicher Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird die Kreditfinanzierung weitergehen. Vor allem aber verleiht die Privatisierung sozialer Sicherung, in erster Linie der Alterssicherung, wesentlichen Gläubigern ein andersartiges gesellschaftspolitisches Gewicht und eröffnet ihnen neue Sphären der Durchsetzung ihrer Verwertungsinteressen.

Vor allem über die »innovativen Finanzmarktprodukte« wurde eine Verallgemeinerung der Interessen an der Verwertung des in den genannten Unternehmensformen präsenten fiktiven Kapitals erreicht. Diese Tendenz wurde dadurch verstärkt, dass viele Kommunen sich ausgehend von haushaltspolitischen Erwägungen über Geschäfte mit Derivaten und anderen »innovativen Finanzmarktprodukten« in diese Sphäre in Abhängigkeit begeben haben. Die Tendenz zur Privatisierung sozialer Absicherung verbreitet das Verwertungsinteresse in modifizierten Formen in die meisten Schichten der Gesellschaft.

Diese Verschränkung von Verschuldungsmechanismen, Privatisierung und Finanzialisierung im Staatsapparat, verbunden mit einem weiter unten noch darzustellenden kulturellen Wandel im öffentlichen Dienst selbst bildet eine der ökonomischen Grundlagen für die Entstehung einer neuen Art von Oligarchie. Vermittelt über die Finanzmärkte werden die ohnehin gesetzten haushaltspolitischen Restriktionen verstärkt und im öffentlichen Dienst internalisiert. Das bedeutet eine neue Qualität der Verflechtung des Staates mit der Wirtschaft gegenüber den Charakteristika, die Lenin und

Hilferding für das Finanzkapital bzw. die Finanzoligarchie Anfang des 20. Jahrhunderts konstatierten. Gleiches gilt für das in den 1970er Jahren entwickelte Konzept des »Staatsmonopolistischen Kapitalismus«. Dellheim fasst dies unter dem Begriff der Kapitaloligarchien (Brangsch et al. 2012, S. 70f.) oder auch der neuen Finanzoligarchie. Es geht um neuartige Verflechtungen, um neue Wege und Formen der Umverteilung und Aneignung gesellschaftlichen Reichtums, damit um neue Realisierungsformen kapitalistischen Eigentums und der Hegemonieproduktion.

In allen diesen vier Prozessen sind die Beschäftigten des Staates als dessen »Dasein« Ausführende wie auch Betroffene gleichzeitig – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Quer zu diesen vier Prozessen liegt aber ein weiterer Faktor – die Herausforderungen der ökologischen Krise. In den Reaktionen auf diese Krise manifestiert sich ob ihres a priori gesetzten globalen Charakters eine neue Qualität des »allgemeinen Interesses«. Das WBGU-Gutachten 2011 spricht daher berechtigt von einer »neuen Staatlichkeit« angesichts der »neuen Problemlagen«. Weiter heißt es: »Die großen Herausforderungen des Transformationsprozesses in politischer Hinsicht sind die Beschleunigung der politisch-administrativen Prozeduren und Abläufe, die bessere Umsetzung von Langfristorientierungen, die entschiedene Überwindung von Pfadabhängigkeiten, die Aktivierung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie eine historisch beispiellose Ausweitung internationaler Kooperation« (WBGU 2011, S. 215). Diese Beschreibung bevorstehender Herausforderungen ist sicher nicht vollständig und in ihrer Ausrichtung auch diskussionswürdig. Sie zeigt aber die wachsende Komplexität der Anforderungen an die Staatsapparate wie auch an die Apparate auf internationaler Ebene (wie die EU z.B.). Bemerkenswert ist hier, dass in dem Gutachten selbst (was nachvollziehbar ist) aber auch in den verschiedenen Konzepten des Umbaus der Gesellschaft im Sinne der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit die Konsequenzen für den Staatsapparat nicht diskutiert werden. (vgl. zu den Konzepten Adler/Schachtschneider 2010) Alle Konzepte folgen im Kern der Vorstellung des Staatsapparates als Instrument. Allein die Konstatierung der nötigen Geschwindigkeit von Entscheidungen und

Veränderungen bei Wahrung des Demokratischen wirft aber tief gehende Fragen auf. Allein aus der Sicht der Partizipationsforschung wird dies nicht zu bewältigen sein. Das erst recht, wenn man in Rechnung stellt, dass der Staatsapparat in den letzten Jahren ganz anderen Maßstäben gemäß umgestaltet wurde. In diesem Bereich hat der neue neoliberale Staat bisher kaum transformatorische Perspektiven eröffnet – mit Ausnahme der prinzipiell erweiterten Repressionsmöglichkeiten.

Betrachten wir die Prozesse, die bereits abgelaufen sind, nun etwas näher.

Der Veränderungsprozess erfasste alle Ebenen und alle Bereiche des Staates. Von den Ortsteilen über die Kommunen und Länder bis in die Ministerien und auf der Ebene der EU haben sich Handlungsweise und Kultur wie überhaupt die Möglichkeiten des aktiven Eingreifens in gesellschaftliche Prozesse verändert. Eingebunden in diese Veränderungen waren nicht einfach nur die Beschäftigten des öffentlichen bzw. Staatsdienstes. Auch ihre Gewerkschaften waren aktiver Teil dieser Veränderungen. Auch wenn in den ideologischen Konstrukten eine tiefe Wirtschaftskrise nicht vorgesehen sein mag, lässt sich doch konstatieren, dass diese nun über 20 Jahre laufenden Veränderungen dem Staat eine hohe Reaktionsfähigkeit erhalten haben oder unter den neuen Bedingungen verleihen können. Im Zusammenwirken der verschiedenen Zentren von Macht der heutigen Gesellschaft hat er eine stabilisierende Rolle spielen können. Er hat die entscheidenden Impulse für die Krisenbewältigung auf neoliberale Weise setzen können. Dies ist unabhängig davon, dass damit der Keim für weitere Krisen gelegt wurde. Selbst eine schwache Regierung wie die gegenwärtige kann daran nichts ändern. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Staat kann eher als Bestätigung dafür gedeutet werden, dass er trotz allen Lobbyismus offensichtlich in der Lage ist, ein allgemeines, schichtübergreifendes Interesse im herrschenden Block gegen die Mehrheit der Gesellschaft durchzusetzen. Das wiederum wird daran liegen, dass praktisch alle Parteien, soweit sie Regierungsposten oder auf der kommunalen Ebene Verwaltungsposten stellten, wie auch die Gewerkschaften in diesen Wandel integriert waren. Was die bundesstaatliche Ebene betrifft, so sind die Differenzen zwischen

dem Handeln der verschiedenen Koalitionen in dieser Hinsicht eher marginal, so dass die Veränderungen als langfristig wirksam und im herrschenden Block (von FDP bis Grüne) als Konsens eingeschätzt werden können. Gleichzeitig schuf er den Rahmen für gesellschaftliche Integration, die mindestens praktisch alternativlos erscheint. Die Veränderungen, die eine mögliche SPD-Grünen-Koalition bringen werden, dürften letztlich marginal bleiben und vor allem nicht die Grundqualität der neu entstandenen Staatlichkeit berühren. Die Akzeptanz der Grundlagen der gegenwärtigen EU-Politik, die durch die Linie Maastricht – Lissabon charakterisiert wird, lässt vermuten, dass es sich, wie schon eingangs ausgeführt, um langfristige und in den tragenden Eliten konsensfähige Veränderungen handelt.

Umbau der Entscheidungsprozesse als Hebel der Durchsetzung neuer Staatlichkeit

Zentral für die Veränderung des Staates und seines Apparates ist neben der Gesetzlichkeit die Veränderung der Art der Entscheidungsfindung und -durchsetzung. Die Reglementierung des Zugangs zu Entscheidungsprozessen ist die entscheidende Form, in der die von Marx angeführte »Aneignung fremden Willens« realisiert wird. Das betrifft sowohl die aktive Form, also die Möglichkeit, an Entscheidungen teilzunehmen, als auch die passive Seite, das Wissen, was von wem zu welchem Zeitpunkt entschieden wird.

Die Reform des öffentlichen Dienstes und die Neubestimmung des Stellenwertes von Formen »halbstaatlicher« und zivilgesellschaftlicher Formen der Findung von Machtbalance von der Ebene der EU bis auf die kommunale Ebene sind zwei Seiten, die die Veränderungen in den 1990er und frühen 2000er Jahren prägten. Sie sind durch ein Experimentieren mit Formen indirekter Steuerung des Zugangs zu Entscheidungsprozessen von der EU-Ebene auf die lokale Ebene charakterisiert, wie sie z.B. durch die Maastricht-Kriterien realisiert wird.

Hervorzuheben sind dabei folgende Momente:

- Ausgangs- bzw. Bezugspunkt dessen waren die Good-Governance-Konzepte von Weltbank und OECD sowie das

Weißbuch »Europäisches Regieren« der EU von 2001 und der »Europäische Kodex für gute Verwaltungspraxis« des Europäischen Bürgerbeauftragten (2005).

- Die davon ausgehenden Prozesse standen in enger Wechselwirkung mit Prozessen der Staatsaufgabenkritik, der Einführung des Neuen Steuerungsmodells (NSM), schließlich des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NFM) und in diesem Kontext der Doppik (doppelten Buchführung) in den Kommunen. In diesem Zusammenhang veränderte sich auch der Charakter der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand.
- Lobbyismus, die Einbeziehung von Beratern, von Rechtsanwaltskanzleien, von zeitweilig von Unternehmen entsandten Kräften in den Staatsapparat und nicht zuletzt die Privatisierung exekutiver bzw. von Verwaltungsaufgaben bringen eine Kompetenzverschiebung und einen enormen Abfluss von Informationen aus dem öffentlichen in den privatwirtschaftlichen Raum mit sich. In Unternehmen, wie der Partnerschaften Deutschland AG, deren Ziel die Beratung der öffentlichen Hand bei der Vergabe von ÖPP-Aufträgen ist (AG 2012), manifestiert sich eine von der Bundesregierung gewollte inhaltliche und personelle Verflechtung von Exekutive und Wirtschaft ohne hinreichende parlamentarische Kontrollmöglichkeit (Bundesregierung 2012b; Bundesregierung 2012a).
- Gebietsreformen erfolgten unter ausschließlich fiskalischen Gesichtspunkten. Die schleichende Verlagerung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten auf immer höhere Ebenen ist nicht nur ein räumliches Problem, sondern auch ein Aggregationsproblem. Staat und auch die Legislative werden auf immer mehr verdichteter Grundlage mit Problemlagen konfrontiert. Sie verlieren die Fähigkeit zur lokalen Feinsteuerung, ohne dass die Einwohner das Recht erhalten, diese Feinsteuerung selbst zu organisieren.
- Die finanziellen Spielräume wurden relativ zu den übertragenen Aufgaben für die Kommunen immer enger. Damit entstanden weitergehende Möglichkeiten einer indirekten Steuerung des

Handelns der Kommunen und ihrer Beschäftigten, wie sie über die Schuldenbremse gegeben ist.

- Die Quasi-Verstaatlichung der sozialen Sicherungssysteme im Zuge der verschiedenen Reformen hat diese aus einem mittelbaren in ein unmittelbares Instrument von Regierungspolitik verwandelt und durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Maßstäbe auch hier einen Wandel des Charakters eingeleitet. Die Selbstverwaltung ist faktisch beseitigt, die Beschäftigten wurden in den Staat »zurückgeholt«.
- Arbeitsmarktpolitik und in deren Folge die Arbeitslosenversicherung hat mit den Hartz-Reformen die bestehenden repressiven Tendenzen zu dominierenden gemacht. Mit den Hartz-Gesetzen, insbesondere Hartz IV hat sich der Neoliberalismus eine eigene soziale Struktur geschaffen, die den Gegenpol der neu entstandenen Oligarchie bildet. Die Beschäftigten werden damit immer stärker wieder in eine »Obrigkeitsrolle« gedrängt, die sachlich mit der »Kundenorientierung« – und erst recht mit bisher anerkannten Werten – in unauflösbarem Gegensatz steht.

Tatsächlich ist in diesem Kontext der Staatsapparat in seiner Gesamtheit völlig umgewälzt worden. Ideologisch kleidete sich diese Veränderung in Begriffen wie »aktivierender Staat«, »Konzern Stadt«, »Gewährleistungsstaat«, »Dienstleistungskommune« oder »Bürgerkommune«. Für die transformationstheoretische Debatte wäre es interessant, die Unterschiede zwischen den Verhaltensweisen der Staatsapparate nach der Novemberrevolution, nach 1945 und für die ostdeutschen Bundesländer nach 1989/90 und schließlich den hier zur Debatte stehenden Veränderungen zu untersuchen. Ein wesentlicher Unterschied dürfte darin bestehen, dass es gelungen ist, den Umbau der letzten Etappe zu internalisieren.

Es war nicht Staatskritik von links oder rechts, die die tief gehenden Veränderungen auslösten. Zu den Ursachen und zur Richtung dieser Entwicklung heißt es in einer Bilanz zu zehn Jahren »Neues Steuerungsmodell« (NSM):

»Erst unter dem zunehmenden Druck der Haushaltskonsolidierung und wahrgenommener Steuerungsmängel konnte Anfang

der 1990er Jahre das managerialistische Leitbild des NSM, nicht zuletzt infolge einer breit angelegten Diffusionskampagne der Kommunalen Verwaltungsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), im kommunalen Raum Fuß fassen. Es versprach mehr Effizienz, Effektivität und Kundenorientierung, gleichzeitig verzichtete das NSM weitgehend auf die Diskussion der Neubestimmung öffentlicher Aufgaben, was seine politische Konsensfähigkeit deutlich erhöhte« (Bogumil et al. 2007).

Der Umbau der Verwaltungen begann in den meisten Kommunen in den Jahren 1994 bis 1997 (ebenda). In diese Zeit fällt auch die Integration der Gewerkschaften (vor allem der ÖTV) in diese Veränderungsprozesse.

Allerdings war die Diskussion zur »Neubestimmung öffentlicher Aufgaben« aus einem anderen Fokus heraus schon in vollem Gange. Es ging um die Erweiterung der Akkumulationsmöglichkeiten von Kapital, das im Zuge der weltweiten Umverteilungsprozesse »von unten nach oben« nach Anlagemöglichkeiten suchte. Das Zusammenspiel von Haushaltskrisen (vornehmlich auf der kommunalen Ebene) und Erweiterung der Anlagesphären für Verwertung suchendes Kapital durch Privatisierung öffentlicher Leistungen sind die Prozesse und das Interesse, die die Veränderung des Staates vorantreiben. Beides ist nicht nur ein Umverteilungsprozess, sondern auch und vor allem ein Prozess, der in seinen Wirkungen den Charakter des Staates verändert hat und weiter verändert. Insofern bilden Privatisierungs- und Haushaltspolitik die entscheidenden Felder im Kampf um den Staat. Hebel und Motor der Transformation des Staates ist dabei die Haushaltspolitik.

Zu den Zielen der Reform gehörte eine »Entpolitisierung der Verwaltung«. Allerdings war gerade mit dem Ziel, Politik und Verwaltung zu trennen, zwangsläufig eine implizite politische Zielsetzung des Verwaltungshandelns gesetzt. Die Trennung des politischen Handelns der Politiker von dem der Verwaltungsmitarbeiter brachte zwangsläufig mit sich, dass die Konstruktion der Verfahren selbst politisiert wurde. Die Durchsetzung der Ausschreibungspflicht für öffentliche Leistungen, die Realisierung der Aufsicht über Unternehmen in öffentlichem Eigentum entsprechend den Regeln für Kapitalgesellschaften wie auch die Orientie-

rung auf die Entwicklung von Konkurrenzverhältnissen innerhalb der Verwaltungen und zwischen den Kommunen/Ländern fixierten das Handeln auf Normen eines kapitalistischen Marktes. Diese Normen schließen wirtschaftliche, ideologische und politische Interessen gleichermaßen ein. Zutreffend ist, wenn Henrik Lebuhn das Neue Steuerungsmodell (NSM) daher gestützt auf empirische Untersuchungen in Berlin folgendermaßen charakterisiert: »Es unterwirft die öffentlichen Verwaltungen einer unternehmerischen Logik und konstituiert eine Art neoliberaler Technokratie. Zentrale Fragen lokaler Demokratie – so etwa die Nutzung öffentlicher Räume – werden der Sphäre der politischen Aushandlung durch das NSM tendenziell entzogen« (Lebuhn 2010).

Der Beginn des Prozesses liegt also vor dem Wirken der Expertenkommission Staatsaufgabenkritik (sog. Scholz-Kommission), die ihren Abschlussbericht im November 2001 vorlegte (Staatsaufgabenkritik 2001) und der Regierungskommission »Zukunft des öffentlichen Dienstes – Öffentlicher Dienst der Zukunft« in Nordrhein-Westfalen (Kommission 2003), die heute in der Literatur als wesentlich Bezugspunkte für die Reformprozesse angeführt werden. Auch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bzw. der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) werden erst nach weitgehend selbstständigen Realisierungsschritten auf der lokalen Ebene in den 1990er Jahren auf Bundesebene strategisch verdichtet. Auf der 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (21.11.2003) wurde beschlossen, »das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung« umzustellen (Innenministerkonferenz 2003b). Die Innenministerkonferenz ging davon aus, »dass die Reform des kommunalen Haushaltsrechts einen grundlegenden Wandel der kommunalen Haushaltswirtschaft und der Kommunalverwaltungen bewirken wird«. Kern dieses Vorhabens und für die hier zu behandelnden Fragen von besonderem Interesse sind u.a. die Einführung der doppelten Buchführung (»doppisches Haushalts- und Rechnungswesen« genannt), die Dezentralisierung der Bewirtschaftungskompetenz für den Einsatz von Personal- und Sachkos-

ten, die Budgetierung personeller und sächlicher Ressourcen nach Fachbereichen, die Darstellung kommunaler Leistungen in »Produkten«, die Entwicklung von Kennzahlen über Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen, die Einführung eines Berichtswesens über die Erreichung von Zielen des Verwaltungshandelns und die Gesamtdarstellung von Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch (Innenministerkonferenz 2003a). Der Übergang sollte bis 2010 realisiert werden. Originäres, wenn auch nicht immer ausgesprochenes Ziel dieser Veränderungen ist es, durch die Übertragung von Prinzipien der Unternehmensorganisation in den Bereich des öffentlichen Dienstes Ausgangspunkte für die Senkung der öffentlichen Ausgaben zu schaffen.

Für die grundlegende Neubestimmung der Machtkonstellationen in der Gesellschaft und die Umverteilung von Reichtum von unten nach oben erwies sich die Staatsverschuldung bzw. die Verschuldung der Kommunen als entscheidende ideologischer Hebel, der die Stellung und die Handlungsweise der Angestellten des Staatsapparates in seiner ganzen Breite veränderte.

Hinsichtlich des Internalisierungsprozesses des neuen neoliberalen Staatskonzeptes liegen Untersuchungen vor allem für die Veränderung öffentlicher Unternehmen auf der kommunalen Ebene vor. Die Ergebnisse dürften aber exemplarisch für die Veränderungen im Verständnis der Wechselwirkung von Ökonomie und Politik über alle Ebenen hinweg sein. Hier bündeln sich verschiedene Einzelprozesse.

Symptomatisch sind die Ergebnisse von Untersuchungen zum Selbstverständnis von Beschäftigten, vor allem des Managements öffentlicher Unternehmen. Edeling beschreibt die Situation auf der Grundlage empirischer Untersuchungen folgendermaßen: »Wenn die öffentlichen Wirtschaften begründenden und legitimierenden Vorstellungen von Bedarfswirtschaftlichkeit, Bindung an ein öffentliches Interesse und politische Steuerung immer weniger in den Unternehmen, die derzeit vor allem in den kommunalen Unternehmen öffentliches Wirtschaften repräsentieren, strukturell verankert sind und Entscheidungen dort faktisch kaum noch bestimmen, ist ein Institutionenwandel in Gang gesetzt, der sich empirisch nicht zuletzt auch an einer

Angleichung der Rollen und des Rollenverständnisses im Management kommunaler Unternehmen ablesen lässt« (Edeling 2009). Der Autor konstatiert, dass das öffentliche Interesse »auf ein fiskalisches Interesse zusammenschrumpft« (ebenda) und auf dieser Grundlage das ausschließlich betriebswirtschaftliche Interesse der öffentlichen Unternehmen politische Legitimierung erfährt. Die Herausbildung von der Privatwirtschaft entsprechenden Interessenstrukturen und Handlungsweisen ist durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren bedingt. »Die Öffnung der Energiemärkte und die zumindest formal eingeleitete Loslösung der Stadtwerke von der Verwaltung durch den Wechsel in privatrechtliche Organisationsformen hat über die Mitgliedsrollen der Manager hinaus auch die professionellen Standards des Managements und in diesem Zusammenhang letztlich innerbetriebliche Machtstrukturen betroffen und nachgerade auf den Kopf gestellt« (Edeling 2003). Die einseitige Dominanz des Betriebswirtschaftlichen gegenüber dem Technischen bedingt, dass Aufgabenerfüllung nur noch vermittelt über das ökonomische Ergebnis wahrgenommen wird.⁸ Andere, »bedarfswirtschaftliche«, Kriterien treten mehr und mehr in den Hintergrund. Edeling fasst schließlich die Ergebnisse seiner Forschungen in folgenden drei Thesen zusammen:

- Formelle Privatisierung führt zu einer Verselbstständigung kommunaler Gesellschaften.
- Anhand eines professionellen Beteiligungsmanagements kann das begrenzt werden.
- Formelle Privatisierung führt zu einer Stärkung der Verwaltung, jedoch gleichzeitig zu einer Schwächung des Einflusses des Rates (der Legislative) und damit zur Abnahme politischer Steuerung. (Edeling/Abel 2009)

Dabei widersprechen sich These 2 und 3 nur scheinbar, da das Beteiligungsmanagement in der Regel von der Verwaltung ausgeführt wird.

⁸ Zu betonen ist hier das »nur«. Selbstverständlich muss ein öffentliches Unternehmen dadurch charakterisiert sein, dass es seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise erbringt, seinen Zweck in ressourcensparender Weise realisiert.

Betrachtet man längerfristige Trends, so muss von einer weiteren Stärkung der Verwaltung (Exekutive) gegenüber den gewählten Körperschaften (Legislative) mindestens auf der lokalen Ebene ausgegangen werden (vgl. zum Forschungsstand Flick 2008 und Flick 2009). Dabei finden sich durchaus gegenläufige Prozesse. So ist in den letzten 20 Jahren fast flächendeckend die Direktwahl der Bürgermeister (als Verwaltungsspitzen) in den Kommunalverfassungen verankert worden. Durch die gleichzeitige Stärkung von Minderheitenrechten in den Räten gegenüber den Mehrheitsfraktionen und der Verwaltung (insbesondere Akteneinsichtsrechte) sei hier, so meint etwa Monika Fricke auch ein Trend zu einem Abbau der Exekutivdominanz auf der Ebene der Kommunalverfassungen auszumachen (Flick 2009). Generell allerdings liegt in der Literatur keine Arbeit vor, die das Maß der Exekutivdominanz unmittelbar an den politischen Entscheidungsprozessen selbst untersucht.

Die Stärke dieser neuen Konstellation fließt durchaus auch aus einer neuen sachlichen Verflechtung mit der privatkapitalistischen Wirtschaft. Eine Kehrseite der Verschiebung im Charakter öffentlicher Verwaltung und öffentlicher Unternehmen ist ein schleichender Kompetenzverlust. In den öffentlichen Unternehmen äußert sich das in der beschriebenen Dominanz des Betriebswirtschaftlichen gegenüber dem Technischen (also des ökonomischen gegenüber dem materiellen Effekt) – in den öffentlichen Verwaltungen in der Auslagerung und Privatisierung von öffentlichen und Verwaltungsaufgaben. Dies wiederum ist verbunden mit einem Abfluss von Wissen über Verwaltungs- und politische Prozesse in die Privatwirtschaft. Die Einführung von Softwarelösungen in der Verwaltung hat sich zudem zu einem gigantischen Geschäft entwickelt. In den verschiedenen Verwaltungen sind wahrscheinlich Tausende von Softwarelösungen (sog. Fachverfahren), die in der Regel kaum miteinander kompatibel sind, eingesetzt. Allein die Einführung und Pflege dieser Verfahren setzen umfangreiche Prozessanalysen voraus. Die gefundenen Lösungen strukturieren wiederum die Arbeitsweise der Verwaltungen. Dies, wie auch die Einbindung externer Beratungsfirmen, verstärkt in der Resultante einseitige betriebswirtschaftliche Denkweisen. In Würzburg wurde vor einigen Jahren durch den Out-

sourcing-Dienstleister *arvato*, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Bertelsmann SE & Co. KGaA, ein Vorstoß unternommen, nach dem Vorbild der Verwaltung des englischen Landkreises East Riding die Optimierung von Verwaltungsabläufen und teilweise die Verwaltungsabläufe selbst zu externalisieren. Dies wäre zweifelsfrei auch in materieller Hinsicht eine neue Stufe der Verflechtung von Kapital und Staat gewesen. Allerdings ist dieses konkrete Projekt gescheitert. Die Tendenz ist aber ungebrochen. Generell hat sich im Bereich des E-Government eine Grauzone der Interaktion von Exekutive und Unternehmen entwickelt, die in ihrer politischen Dimension fragwürdig ist. Nun ist Kooperation von Verwaltungen und Unternehmen an sich kein Problem – die hier genannten verlaufen aber eben außerhalb jeglicher Möglichkeit demokratischer Kontrolle. Vor diesem Hintergrund verschränken sich Unternehmensinteressen und Interessen von Teilen der Verwaltungen, findet eine Angleichung von Werten und Verhaltensweisen statt und baut sich so ein repressives Potenzial auf. Die Verschränkung von Interessen erfolgt, im Unterschied zum klassischen Lobbyismus, mit einer äußerst langfristigen Perspektive und in Prozessen, die unmittelbar die Umsetzung politischen Willens in politisches Handeln betreffen. Diese neue Konstellation hatte ihre Bewährungsprobe in der Krise und erfuhr durch die Krise einen weiteren Impuls.

Worum es geht, ist eher eine »Verexekutivierungen« (Brangsch 2009). Dahinter steht nicht einfach der Staat, sondern ein Teil des Staates, der Teil, der unmittelbar als Teil der neuen Finanzoligarchie agiert. Mit den Diskussionen zu einer EU-Wirtschaftsregierung und der Erweiterung der Rolle von Eurostat, mit der Troika-Praxis nun auch als Repressionsorgan gegen Regierungen und Parlamente und der nun in ESM usw. festgeschriebenen Neuregulierung des gesamten Feldes von Entscheidungsfindung und -durchsetzung (vgl. Bundestag 2012) erstreckt sich die fiskalpolitisch vermittelte Entdemokratisierung auf immer mehr Bereiche. Nationale und EU-Politik fließen auf der exekutiven Ebene immer mehr ineinander.

Schlussbemerkung

In den Darlegungen wurde nur ein kleiner Teil der im Staat gegenwärtig ablaufenden transformatorischen Prozesse erfasst. Unter den hier nicht berücksichtigten Bereichen sind vor allem Forschung und Bildung hervorzuheben. Die Veränderungen in Wissensproduktion und -verbreitung (darunter auch die Bereiche der Politischen und Ökonomischen Bildung, die sich als zentrale Instrumente der Transformation darstellen) bedürfen in diesem Kontext einer tieferen Untersuchung. Trotz der fehlenden Elemente zeigt der hier dargestellte Aufriss, dass sich die Art und Weise, wie »fremder Willen angeeignet« wird, grundlegend verändert hat. Die Veränderungen und Brüche im Staatsapparat selbst eröffnen gleichzeitig neue Chancen, Widerstand auf neue Art zu organisieren. Es gibt zwei transformationsrelevante Schwachpunkte: der fiskalpolitisch verursachte Steuerungsverlust des Staates auf allen Ebenen bis hin zur EU und die Zwischenstellung des öffentlichen Dienstes. Die Lösung des Fiskalischen vom Materiellem bedroht permanent den Status der Beschäftigten und treibt sie durch immer neue Wellen von Reformen. Dieser neue Staat muss sich beständig reformieren um jede Andeutung von Steuerungsmöglichkeit zu fassen, gleichzeitig aber die Privatisierungsdogmen zu realisieren. Die Privatisierung der öffentlichen Räume ist wiederum das wahrscheinlich wirksamste Mittel, um soziales Lernen als unbedingtes Erfordernis politischer Organisation zu fragmentieren. Das beständige Schwanken zwischen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und Entdemokratisierung ist so keine zeitweilige Form der Inkorporation, sondern notwendiges Element, um weiter jenseits der offenen Repression steuerungsfähig zu sein. Hier liegen die Interessen der Verwaltung und der Bürger eng beieinander – bei allen sonstigen Widersprüchen. Für ein linkes Transformationsprojekt ist das Bündnis mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zentral. Sie sind die Verlierer der neoliberalen Staatstransformationen und gleichzeitig die Ausführenden, manchmal auch (meist nur zeitweise) die Gewinner. Verwaltung ist heute politischer denn je, da ihre Vermittlungsfunktion immer komplexer, damit aber auch ihre Stellung prekärer wird. Mit der neuen Konstellation sind aber zudem neue Formen von politischer Organisa-

tion und von Widerstand entstanden. Diese Formen sind Spiegel neuer sozialer Schichtungen als Transformation des traditionellen Proletariats. Ausdruck dessen ist die Formierung der Piraten-Partei und die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auf der einen Seite und die Occupy-Bewegung auf der anderen Seite. Für diese Pole gibt es in der gegebenen Staatlichkeit keine adäquaten Reaktions- und Bearbeitungsformen, außer der offenen Gewalt oder das Vertrauen auf die bzw. das Befördern der innere/n Erosion. Die Erosion des Lohnverhältnisses entzieht aber dem bisherigen Staat jenseits der Nutzung physischer Gewalt jegliche in früheren Zeiten vorhandenen Instrumente der Integration dieser neu entstandenen bzw. entstehenden Schichten.

Literatur

Adler, Frank, and Schachtschneider Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftlichen Wandel. München: oekom verlag.

AG (2012), ÖPP Deutschland. Partnerschaften Deutschland. ÖPP Deutschland AG [abgerufen 04.07.2012]. <http://www.partnerschaften-deutschland.de/>.

Agnoli, Johannes (1968): »Die Transformation der Demokratie.« In: Die Transformation der Demokratie, hrsg. von Johannes Agnoli and Peter Brückner. Frnkfurt a.M.

Agnoli, Johannes (1975): Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Klasse und Staat. Der Staat des Kapitals. Parlamentarismus als Strategie? Berlin

Althusser, Louis (2012): »Ideologie und ideologische Staatsapparate.« In: Ideologie und ideologische Staatsapparate, hrsg. von Frieder Otto Wolf, Hamburg, 37 ff.

BMF (2010): http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Geld_und_Kredit/20100917-FMSA.html?__nnn=true (Stand 20.09.2010)

Bogumil, Jörg/Stephan Grohs/ Sabine Kuhlmann/Anna K. Ohm (2007): Zehn Jahre Neues Steuerungsmodell. Eine Bilanz kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Berlin.

- Brangsch, Lutz (2007): »Die neuen Angstregime.« In *Schöne neue Demokratie* hrsg. von Michael Brie. Berlin.
- Brangsch, Lutz (2009): »Verstaatlichung in Krisenzeiten – Politik und Ökonomie.« in: *PROKLA 1*, S. 161ff.
- Brangsch, Lutz/Judith Dellheim/Jochim H. Spangenberg, and Frieder Otto Wolf (2012): *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation.* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 99. Berlin.
- Brethauer, Lars/Alexander Gallas/John Kannankulam, and Ingo Stütze (2006): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie.* Hamburg.
- Brie, Michael/Frigga Haug (2011): *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Staatsverständnisse.* Baden-Baden.
- Bundesgesetzblatt (2009): Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (Stabilitätsgesetz) = Art. 1 des Begleitgesetzes zur Föderalismusreform II vom 10. August 2009, BGBl. I S. 2702.
- Bundesregierung (2012a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/9109 vom 26.3.2012. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Bundesregierung (2012b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Kunert, Sabine Leidig, Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE., Drucksache 17/9457 vom 15.5.2012. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Bundestag, Deutscher. Die Beschlüsse des Bundestages am 28. und 29. Juni 2012 [abgerufen 04.07.2012, http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/39612147_kw26_angenommen_abgelehnt/index.html].
- derStandard.at. (2012): EZB-Chef sieht Ende des Sozialstaates. Der Standard, <http://derstandard.at/1329870252237/Sparen-sparen-sparen-EZB-Chef-sieht-Ende-des-Sozialstaates>.
- Edeling, Thomas (2003): »Rollenverständnis des Managements im kommunalen Unternehmen.« In *Die Ökonomisierung des öffentlichen Sektors: Instrumente und Trends.* Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Bd. 50, hrsg. von Jens Harms/Christoph Reichard, Baden-Baden.
- Edeling, Thomas (2009): »Brüchige Grenzen: Delegitimierung kommunalen Wirtschaftens durch Angleichung an die Privatwirtschaft?« In: *Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?* Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Bd. 30, hrsg. von Rosenfeld, Peter / Haug, Martin T.W. Baden-Baden.
- Edeling, Thomas/Sebastian Abel (2009): *Auswirkungen der Organisationsprivatisierung auf das Management, Präsentation auf der Tagung »Re-Kommunalisierung und Partizipation« am 10. und 11. Juli 2009.*
- Erdem, Isabel/Wolfgang Nešković (2012): *Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!* hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Fanon, Frantz (1986): »Die Verdammten dieser Erde.« In: *Das kolonialisierte Ding wird Mensch. Ausgewählte Schriften.* Leipzig.
- Flick, Martina (2008): *Parlamente und ihre Beziehungen zu den Regierungen.* In: Freitag, M./Vatter, A.: *Die Demokratien der deutschen Bundesländer. Politische Institutionen im Vergleich.* Opladen, S. 161-194.
- Flick, Martina (2009): »Machtstrukturen auf kommunaler Ebene. Das Verhältnis zwischen lokaler Exekutive und Legislative im Bundesländervergleich.« In: *Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Institutionen, Staatstätigkeit und politische Kulturen. Policy-Forschung und Vergleichende Regierungslehre, Bd 7,* hrsg. von Markus Freitag and Adrian Vatter. Berlin, S. 36-39.
- Friedrich, Horst (2010): *Hegels »Wissenschaft der Logik«.* Ein Marxistischer Kommentar. Dritter Teil. Berlin.
- FTD (2009a): *Das Ende der Viererbande* [abgerufen 7.10.09. <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:spitzenbeamte-das-ende-der-viererbande/50019983.html>].

- FTD (2009b): »Happy birthday Soffin.« Financial Times Deutschland vom 15.10.09.
- FTD (2012): Die Schengen-Reform ist eine Niederlage für Europa. <http://www.ftd.de/politik/europa/:mehrgrenzkontrollen-die-schengen-reform-ist-eine-niederlage-fuer-europa/70047589.html>.
- Fuchs, Michael/Rüdiger Möller (2012): Soziale Marktwirtschaft – Ethik der Verantwortung. Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik unter der Leitung von Dr. Joachim Pfeiffer MdB, vorgelegt von Dr. Michael Fuchs MdB und StS a.D. Rüdiger Möller. <http://www.cdu.de/doc/pdfc/beschluss-bfa-wirtschaft-soziale-marktwirtschaft.pdf>.
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm (1951): Wissenschaft der Logik. Erster Teil. Leipzig.
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm (1966): Einleitung in die Geschichte der Philosophie, Philosophiehistorische Studientexte. Berlin.
- Innenministerkonferenz (2003a): Anlage zum IMK-Beschluss vom 21.11.2003.
- Innenministerkonferenz (2003b): Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 21. November 2003 in Jena.
- Kommission (2003): Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft. Bericht der von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzten Kommission. Düsseldorf: Kommission Zukunft des öffentlichen Dienstes.
- Kommission, Europäische (2010): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. EU-Strategie der inneren Sicherheit: Fünf Handlungsschwerpunkte für mehr Sicherheit in Europa. In KOM(2010) 673 endgültig vom 22.11.2010, Brüssel.
- Korte, Jan (2010): »Aktuelle Innenpolitik und Herausforderungen für die Linke.« In Demokratie und Krise - Krise der Demokratie, hrsg. von Peter Wahl/ Dieter Klein. Berlin, S. 76–87.
- Kropotkin, Peter (1997): »Moderne Wissenschaft und Anarchismus.« In: Der Anarchismus. Ursprung, Ideal und Philosophie, hrsg. von Heinz Hug. Grafenau/Württ.
- Kutscha, Martin (2011): »Im Mahlstrom des Ausnahmezustandes.« In Grundrechtreport 2011. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, hrsg. von Till Müller-Heidelberg u.a. Frankfurt a. M.
- Lebuhn, Henrik (2010): »Das Neue Steuerungsmodell und die (Markt-)Logik städtischer Verwaltung.« In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Heft 83 (September 2010).
- Mamut, Leonid (1982): Karl Marx als Staatstheoretiker. Moskau.
- Marx, Karl (1962a): Das Kapital. Erster Band. In: Marx Engels Werke. Berlin.
- Marx, Karl (1962b): »Konspekt von Bakunins Buch ›Staatlichkeit und Anarchie.« In Karl Marx Friedrich Engels Werke, Berlin, S. 597-642.
- Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857–1858. Berlin.
- Marx, Karl (1975): »Lassalle.« In: Marx Engels Werke. Berlin.
- Marx, Karl (1982): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx Engels Werke. Berlin.
- »Meinungsfreiheit vor Loyalität.« 2012. Financial Times Deutschland, 20.05.2012, S. 20.
- Monroy, Matthias. 2011. Grenzschutz mit Satellitenüberwachung. telepolis, <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36050/1.html>.
- Mundt, Volker. 2009. Hartz IV: Rechtsprobleme des SGB II und seiner Anwendung Expertise im Auftrag der Bundestagsfraktion DiE LINKE. edited by Bundestagsfraktion DiE LINKE. Berlin.
- Poulantzas, Nicos. 2002. Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg.
- Redaktion. 2011. »Licht ins ›sächsische Dunkel‹ bringen. Dresden offenbart eine neue Qualität staatlicher Eingriffe.« Informationsbrief des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (106, November 2011):S. 7-9.
- Reich, Wilhelm. 1997. Die Massenpsychologie des Faschismus. Köln: Kiepenheuer&Witsch.

Staatsaufgabenkritik. 2001. Abschlussbericht der Expertenkommission Staatsaufgabenkritik. Berlin.

Steinborn, Susanne. 2009. »Regulierung der Finanzmärkte in Deutschland unter Berücksichtigung der Rahmensetzung durch die EU; Kurzstudie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung.« In, ed Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. <http://ifg.rosalux.de/wp-content//Regulierung-der-Finanzmärkte-in-Deutschland3.pdf>.

Stowasser, Hans. 2007. Anarchie! Idee - Geschichte - Perspektiven. Hamburg: Edition Nautilus.

Wahl, Asbjørn 2011. The rise and the fall of the Welfare State. London: Pluto Press.

WBGU. 2011. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Žižek, Slavoj. 2011. Die bösen Geister des himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert. Translated by Frank Born. 2. ed. Frankfurt/Main: S.Fischer Verlag.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Ulrich Brand

geb. 1967, Politikwissenschaftler, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Mitglied u.a. im wissenschaftlichen Beirat von Attac, im Institut Solidarische Moderne, in der Bundeskoordination Internationalismus.

Jüngere Veröffentlichungen:

Brand, Ulrich/Radhuber, Isabella/Schilling-Vacaflor, Isabella (eds., 2012): Plurinationale Demokratie. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen in Bolivien. Münster: Westfälisches Dampfboot;

Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (eds., 2012): ABC der Alternativen 2.0. Hamburg: VSA;

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte|Gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg: VSA;

Brand, Ulrich (2012): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations In: Journal für Entwicklungspolitik 28(3), 118–137;

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2012): Green Economy oder Great Transformation? Konflikte über die Gestaltung des sozial-ökologischen Fortschritts. In: WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift 35(3), 19–32.

Lutz Brangsch

geb. 1957, Dr.oec. und Dipl.oec., Politökonom, Wissenschaftlicher Referent Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jüngere Veröffentlichungen:

Überlegungen zu Veränderungen des Staates in der Krise / in: Krause, G. (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderungen für Transformation, Berlin 2011

Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg: Soziales Lernen und politische Macht, in: »Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung: Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg«, hrsg. M. Brie und F. Haug, Baden-Baden 2011, S. 92–144;

Krisentheorien und -konzepte in der Geschichte des Kapitalismus, in: Hawel, M./Blanke, M. (Hrsg.): Kritische Theorie der Krise, rls-Texte 72, Berlin 2012, S. 47–70.

Michael Brie

geb. 1954, Sozialphilosoph, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne

Jüngere Veröffentlichungen:

Rosa Luxemburgs Symphonie zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2012, S. 9–30

Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. In: Michael Thomas (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Gesellschaften. Debatten und Deutungen. Münster 2011, S. 61 – 84,

Der Fall Millerand – Regierungsbeteiligung der Sozialisten als Testfall marxistischer Staatstheorie. In: Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung: Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, hrsg. Michael Brie und Frigga Haug, Baden-Baden 2011, S. 33–61.

Solidarische Gesellschaftstransformation – Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit. In: Horst Müller (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. Norderstedt 2010, S. 12 – 56.

gemeinsam mit Dieter Klein: Sozialistische Kapitalverwertungsmaschine? Das Konzept des »modernen Sozialismus« neu betrachtet. In: Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 2/2010, S. 90 – 95.

Linke Mehrheiten gibt es nicht – sie müssen geschaffen werden! In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 11/2009, S. 44–47

Sind wir Auto? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und politische Praxis. Heft 1/2009, S. 165 – 172.

Mario Candeias

geb. 1969, Dr.rer.pol., Co-Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Redakteur der Zeitschrift LuXemburg

Jüngere Veröffentlichungen:

Passive Revolution vs. sozialistische Transformation, Berlin 2010;
<http://www.rosalux.de/publication/35998/passive-revolutionen-vs-sozialistische-transformation.html>

Neoliberalismus. Hemgemonie. Hochtechnologie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, verbesserte Neuaufl., Berlin-Hamburg 2009

Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, hgg. zus. mit Rainer Rilling, Berlin 2009;
<http://www.rosalux.de/publication/28446/krise-neues-vom-finanzkapitalismus-und-seinem-staat.html>

Erhard Crome

geb. 1951, Dr. rer. pol. habil., Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jüngere Veröffentlichungen:

(Hrsg.): Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Reihe Potsdamer Textbücher: Band 12, Potsdam: Verlag WeltTrends 2009.

(Hrsg.): Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Reihe Manuskripte: Band 89, Berlin: Karl Dietz Verlag 2010.

Erhard Crome: Der libysche Krieg des Westens. Hintergründe und Zusammenhänge des sogenannten Arabischen Frühlings, Berlin: Verlag Das Neue Berlin 2011.

Die Linke und der Stalinismus. Besichtigung eines Streitplatzes, Berlin: Verlag am Park 2012.

Ungarns "Wende": Ein Laborversuch. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise und der Trend zu autoritären Regimes, Berlin: Verlag Das Neue Berlin 2012.

Judith Dellheim

geb. 1954, Dr. oec., Politökonomin, wissenschaftliche Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet Solidarische Wirtschaft, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE.

Jüngere Veröffentlichungen:

Gemeinsam mit Lutz Brangsch, Joachim Spangenberg, Frieder Otto Wolf (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. Berlin;

gemeinsam mit Günter Krause (Hrsg.) (2008): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin;

gemeinsam mit Günter Krause (Hrsg.) (2010): Sichtbare Hände – Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus. Berlin.

Alex Demirovic

geb. 1952, apl. Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Gastprofessur für Kritische Theorie, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jüngere Veröffentlichungen:

gemeinsam mit Thomas Sablowski: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, Reihe Analyse der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2012

gemeinsam mit Julia Dück, Florian Becker, Pauline Bader (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011

gemeinsam mit Heike Walk (Hrsg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Münster 2011

Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt der Emanzipationsperspektiven, in: Prokla 165, Dezember 2011

Radhika Desai

geb. 1963, Promotion an der Queen's University at Kingston; lehrt an der University of Manitoba, Winnipeg, Canada

Jüngere Veröffentlichungen:

Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire, Future of World

Capitalism series, London, erscheint im Februar 2013.

gemeinsam mit Paul Zarembka (Hrsg.): Revitalizing Marxist Theory for Today's Capitalism, Emerald, New York, 2011

Marx, List and the Materiality of Nations. In: Rethinking Marxism, Vol. 24, 1, January 2012, pp. 47–67.

The New Communists of the Commons: Twenty-first Century Proudhonism? In: Feminists at Law, Vol 1, No.2 2011. http://journals.kent.ac.uk/index.php/feminist_satlaw/article/view/34

The New Communists of the Commons: 21st Century Proudhonists. In: International Critical Thought. June 2011, pp. 204–223

gemeinsam mit Alan Freeman: Value and Crisis Theory in the Great Recession. In: World Review of Political Economy, Vol.2, no. 1, 2011

Is India Having a Good Crisis? In: Soundings, 48, Winter 2010.

Consumption Demand in Marx and in the Current Crisis. In: Research in Political Economy, Volume 26, 2010, pp. 101–41.

Richard Detje

geb. 1954, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus, VSA-Verlag, Mitarbeiter der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik (WISSENTTransfer)

Jüngere Veröffentlichungen:

gemeinsam mit Dieter Sauer: Vom Kopf auf die Füße stellen. Für eine arbeitspolitische Fundierung wirtschaftsdemokratischer Perspektiven, in: W. Fricke/H. Wagner (Hrsg.): Demokratisierung der Arbeit, Hamburg 2012

gemeinsam mit Joachim Bischoff: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus - Zur Kritik an Colin Crouch, in: Sozialismus 2/2012

gemeinsam mit Michael Schumann: Demokratisierung der Wirtschaft von unten - ein neuer Anlauf für Systemkorrekturen, in: H. Meine/M. Schumann/H.-J. Urban (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen, Hamburg 2011

Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen

im Betrieb - die Sicht von Betroffenen, Hamburg 2011

Joachim Bischoff/Frank Deppe/Richard Detje/Hans-Jürgen Urban: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte, Hamburg 2011

Alan Freeman

Year of Birth 1946, a cultural economist, formerly a principal economists with the Greater London Authority. He is a visiting Professor at London Metropolitan University, and a Research Fellow of Queensland University of Technology, Australia, and of the University of Kent, Englan

2010. 'Trends in Value Theory since 1881'. World Review of Political Economy, Volume 1, number 4, Winter 2010. pp 567-606.

2009. 'Benchmarking for Pluralism in Economics', International Review of Economics Education, London: Department of Education. Volume 8, Issue 2, 2009.

2009. 'Investing in Civilisation', in Antony, W. and Guard, J. (2009) (eds) Bailouts and Bankruptcies, Winnipeg: Fernwood Press.

2009. 'Not Rocket Science: a Roadmap for Publicly-funded R&D in the Arts'. London: 'Money, Missions, Models', December 2009 <<http://www.missionmodelsmoney.org.uk/page.php?id=48>>

2009. 'Measuring the Intrinsic Value of the Arts: how to Stop Worrying and Learn to Love Economics'. London: 'Money, Missions, Models', April 2009 <<http://www.missionmodelsmoney.org.uk/page.php?id=34>>

2009. 'The Poverty of Statistics', Third World Quarterly Vol. 30. No. 1. 2009

2008. Creativity in the Age of the Internet: Presented to the Science Policy Research Unit, Sussex University, November 2008 <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/14903/2/MPRA_paper_14903.pdf>

2007: 'Heavens Above: What Equilibrium Means for Economics' in Mosini, V. (ed) (2007) Equilibrium in Economics: Scope and Limits, London: Routledge.

Frigga Haug

geb. 1937, Prof. Dr. habil, Dipl.so., Wissenschaftsdisziplin: Soziologie und Sozialpsychologie; heutige Tätigkeit: Schreiben - wissenschaftliche und politische Texte; Reden: auf Kongressen, Seminaren, Versammlungen, Konferenzen zur Veränderung der Welt; Herausgeberin und Redakteurin von Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Zeitschrift Das Argument; Verlagsleitung und Geschäftsführung

Jüngere Veröffentlichungen:

Hrsg.: Briefe aus der Ferne. Anforderungen an ein feministisches Projekt heute. Hamburg 2012

Die Vier-in-Einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, 3.A 2011;

Stichworte Liebe, Linie Gramsci-Luxemburg, Feministische Kritik in HKWM 8/1, 2012

Christina Kaindl

geb. 1971, Diplom-Psychologin, bis Oktober 2012 leitende Redakteurin der Zeitschrift „Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit November 2012 Leiterin der Abteilung Grundsatzfragen und Strategie der Partei DIE LINKE. Mitglied der Redaktion von Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften und Fellow am Berliner Institut für kritische Theorie e.V.

Jüngere Publikationen

Gegen den Neoliberalismus anddenken. Linke Wissenspolitik und sozialistische Perspektiven (Mithrsg., 2012);

Das Subjekt - zwischen Krise und Emanzipation (Mithrsg. und Verf. 2010);

„Abstrakt negiert ist halb kapiert“ Beiträge zur marxistischen Subjetwissenschaft. Morus Markard zum 60. Geburtstag (Mithrsg., Verf., 2008);

Subjekte im Neoliberalismus (Hrsg. und Verf., 2007);

Subjekte im Neoliberalismus (Mithrsg. und Verf. 2007);

Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hrsg. und Verf., 2005)

Dieter Klein

geb. 1931, Prof. Dr. habil, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jüngere Veröffentlichungen:

Widersprüche in der Brandenburger Energiewende. Horizonte sozialökologischer Transformation. papers der rls (2012);

Eine zweite Große Transformation und die Linke. kontrovers der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2010;

Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht. Berlin 2008;

Milliardäre - Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums. Berlin 2006.

Wolfgang Küttler

geb. 1936, Prof. Dr. sc.phil., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Geschichtsmethodologie, Geschichtsphilosophie, Wissenschaftsgeschichte

Jüngere Publikationen

Perspektiven und Grenzen des Kapitalismus als Gesellschaftsformation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Kapitalismuskritik von Marx, in: Kapitalismus und Krisen heute. Herausforderung für Transformation, hg. v. G. Krause, Berlin 2011.

Stichwort Kapitalismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus,, hg. v. .F.Haug, F. Haug u. P. Jehle, Nd. 7/1, Hamburg 2008, Sp. 238-271.

Was ist Geschichte? Aktuelle Entwicklungstendenzen von Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft. Hg. zus. mit Wolfgang Eichhorn, Berlin 2008.

Rolf Reißig

geb. 1940, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastdozent an der FU Berlin, regelmäßige öffentliche Vorträge. Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises.

Jüngere Veröffentlichungen:

"Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wan-

dels." VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.

»Zweite Große Transformation«. Bedingungen, Inhalte und Perspektiven eines neuen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfades. Helle Panke e.V., Heft 169, Berlin 2012.

Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 30/31, Bonn 2010.

Rainer Rilling

geb. 1945, Prof. Dr., Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jüngere Veröffentlichungen:

Das Auto: keine Zukunft nirgends? In: Globale Ökonomie des Autos. Mobilität|Arbeit|Konversion, Hrsg. Mario Candeias/Rainer Rilling/Bernd Röttger/Stefan Thimmel (Hrsg.), Hamburg 2011, S. 220–227

Wenn die Hütte brennt...In: Luxemburg 3/2011 S.134–139

Plädoyer für das Öffentliche In: Mario Candeias/Rainer Rilling/Katharina Weise (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen, Berlin 2009 S.175–190

Hrsg.: Eine Frage der Gewalt. Antworten von links. Berlin 2008

Risse im Empire. 184 S. Dietz Berlin 2008

Michael Thomas

geb. 1951, Dr. phil., Philosoph und Soziologe, Mitarbeiter im Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)

Jüngere Veröffentlichungen:

(Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster-Hamburg-Berlin-London 2011.

Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad noch einmal neu erfinden muss, in: Kollmorgen, R./Koch, Th./Dienel, L. (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden 2011, S. 361–384

Einstiege in einen sozialökologischen und solidarischen Umbau. Erfahrungen aus Deutschland. In: Binas, E. (Hrsg.): Die Neue Region. Gesellschaftliches Labor für gelingendes Leben. Frankfurt a.M. 2012, S. 73–86.